GERMAN LIBRARY.

OF THE

UNIVERSITY OF CALIFORNIA.

Received July *1885*

Accessions No 26938 *Shelf No.*

Aus der Zeit

Friedrichs des Großen

und

Friedrich Wilhelms III.

Aus der Zeit
Friedrichs des Großen
und
Friedrich Wilhelms III.

Abhandlungen zur preußischen Geschichte

von

Max Duncker.

Leipzig.
Verlag von Duncker & Humblot.
1876.

DD403
.8
D7

Das Recht der Ueberſetzung wie alle anderen Rechte vorbehalten.
Die Verlagshandlung.

16938

Vorwort.

Mehrfach aufgefordert, die Forschungen, welche ich auf dem Gebiete der preußischen Geschichte angestellt und in gesonderten Abhandlungen veröffentlicht habe, zugänglicher zu machen, habe ich diesem Wunsche zunächst für diejenigen entsprochen, welche bestimmt sind, Lagen und Ereignisse unserer Vergangenheit von weitergreifender Bedeutung aufzuklären.

Die Erwähnung der Veranlassungen, die mich zur ersten Publikation der nun in dieser Sammlung vereinigten Abhandlungen bewogen hatten, glaubte ich, da Beziehungen dieser Art ohne dauerndes Interesse sind, tilgen zu sollen. Dagegen habe ich nicht unterlassen, die historischen Arbeiten und Untersuchungen, welche inzwischen erschienen sind und den Gegenstand der einen oder der anderen dieser Abhandlungen berühren, zu beachten, und meine eigenen seitdem weitergeführten archivalischen Studien für diese erneute Publikation zu verwerthen.

So wird, wie ich hoffe, diese Sammlung dazu beitragen, theils ungenügende, theils irrige Ueberlieferungen und Auffassungen aus den Darstellungen unserer Geschichte zu entfernen.

Berlin, im Mai 1876.

Max Duncker.

Inhalt.

Eine Flugschrift des Kronprinzen Friedrich 3

Die Schlacht von Kollin 49

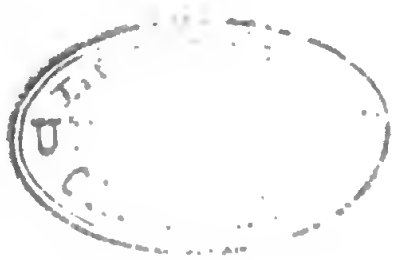
Die Besitzergreifung von Westpreußen 113

Preußen während der französischen Okkupation 265

Eine Milliarde Kriegsentschädigung, welche Preußen Frankreich gezahlt hat 503

Die Mission des Obersten von dem Knesebeck nach Petersburg . . . 551

Eine Flugschrift
des
Kronprinzen Friedrich.



Die Oeuvres posthumes de Frédéric II. haben eine bis zum Jahre 1788 unbekannte Handschrift des Königs, welche die Aufschrift: Considérations sur l'état présent du corps politique de l'Europe trägt, veröffentlicht. Man hat in diesen „Betrachtungen", welche nach der Bemerkung der Herausgeber im Jahre 1736 abgefaßt sein sollen, eine bündige und geistreiche Schilderung der Lage Europa's kurz vor dem östreichischen Successionskriege, einen trefflichen Beweis gereiften Geistes und durchdringender politischer Beobachtung gefunden.

Diese Meinung muß ich in so weit bestreiten, als die „Betrachtungen" mit nichten eine einfache Schilderung oder eine objektive Erörterung der damaligen Lage Europa's sind, in welcher der junge Prinz etwa die Ergebnisse seiner Beobachtung und seines Nachdenkens über die Stellung, die Machtverhältnisse und Zielpunkte der europäischen Staaten zusammengefaßt und zum Ausdruck gebracht hätte. Der Gedankengang der Schrift ist etwa folgender.

Die Fürsten leiden an zwei Fehlern, die einen an unersättlichem Ehrgeiz, der sie von Erwerbung zu Erwerbung treibt, die anderen an Trägheit und Nachlässigkeit, welche sie hindern, die Absichten und Projekte des Ehrgeizes ihrer Nachbarn zu durchschauen, die Maßregeln zur Abwehr rechtzeitig zu treffen und sich durch gute Allianzen zu decken, an denen die Pläne der Ehrgeizigen scheitern würden. Diese üblen Eigenschaften haben herbeigeführt und zugelassen, daß das Gleichgewicht Europa's bereits schwere Störungen erlitten hat, daß traurige Umwälzungen, ja ein völliger Umsturz erfolgen werden, daß die Herrschaft Frankreichs, die Universalmonarchie dieses Staates in Aussicht steht.

Was in den letzten Jahren geſchehen iſt, zeigt deutlich, was weiter geſchehen wird. Frankreich und Oeſtreich bedrohen durch weitausſehende Projekte und ihre enge Verbindung Europa. Oeſtreich trachtet nach despotiſcher Gewalt in Deutſchland. Der Kaiſer verletzte die Wahlkapitulation, als er ſich ohne Wiſſen des Reiches mit Rußland alliirte, um den Polen einen König zu geben, als er das Reich in den Krieg gegen Frankreich warf, der ihn allein anging, als er fremde Truppen ins Reich rief und Lothringen abtrat ohne förmliche Zuſtimmung des Reiches. Oeſtreich will dem Reiche die Wahlfreiheit rauben, die Kaiſerkrone in ſeinem Hauſe erblich machen. Aber ſeine Macht hat ſich in den letzten Kriegen nicht ſolid conſtituirt gezeigt. Die Mehrzahl der Kurfürſten iſt doch ſtark genug, um nicht leicht überwältigt zu werden, und in dem Stolz, in der Gewaltthätigkeit, mit der Oeſtreich auftritt, liegt ſchon ein Gegengewicht gegen die von ihm ausgehenden Gefahren. Sein Syſtem iſt einfach und leicht zu durchſchauen. Gefährlicher ſind die, welche uns durch Sanftmuth, Schmeichelei und Liſt in die Sklaverei locken und ein viel complicirteres, verdeckteres, darum aber nicht minder conſequentes Syſtem verfolgen. Erweckte einſt Ludwig XIV. das offenkundige Streben nach der Univerſalmonarchie zahlreiche Gegner — der Kardinal Fleury weiß durch den Schein der Mäßigung, der Friedensliebe und Uneigennützigkeit dies Vorurtheil zu beſeitigen. Er hat Richelieu und Mazarin übertroffen, indem er die Nachbarn Frankreichs eingeſchläfert hat. Er führt Krieg, indem er verſichert, die Grenzen Frankreichs nicht ausdehnen zu wollen; ſchließlich ſieht er ſich genöthigt, im Frieden Lothringen anzunehmen, nur um Deutſchland von dieſer läſtigen Provinz zu befreien. Und mit Frankreichs Unterſtützung gewinnt das bourboniſche Spanien die Beſitzungen, auf die es zu Utrecht verzichtet hat.

Die katholiſchen Mächte haben ſich die Hand gereicht: Frankreich und Oeſtreich haben Frieden geſchloſſen wie Auguſtus und Antonius; es giebt nur noch Dankbarkeit und gegenſeitige Freundſchaft zwiſchen ihnen. Aber Frankreich wird in dieſem Bunde die Rolle des Auguſtus ſpielen. Frankreich kann nur nach Oſten hin wachſen. Elſaß und

Lothringen gehören ihm bereits. Nun ſtößt man hier auf ein kleines Herzogthum Luxemburg und Flandern, ein Bisthum Trier, ein Bisthum Lüttich, die Barrièreplätze, einige andere Bagatellen. Der Kardinal überſtürzt nichts. Aber wird der Kaiſer für die Dienſte, welche Frankreich ihm jetzt durch Vermittlung des Friedens mit der Pforte leiſtet, weniger thun können, als Luxemburg an Frankreich abtreten?

Wie einſt Rom miſcht ſich Frankreich überall ein, in die Succeſſionsfragen in England, Spanien, Polen, in die Händel der Genfer, in die der Korſikaner, in den Krieg Oeſtreichs mit der Pforte; in einer rein deutſchen Sache, in der Frage der Succeſſion von Jülich und Berg nimmt es das Recht der Entſcheidung in Anſpruch. Aber dabei verſteht der Kardinal zu warten; er verſteht, zu raſche, zu geräuſchvolle Erfolge zu vermeiden — ſie könnten die Seemächte aus dem Schlummer erwecken. Dieſe ſind freilich bereits von dem Abſchluſſe der großen Verträge zwiſchen Frankreich, Spanien, Sardinien und Oeſtreich ausgeſchloſſen; natürlich nur um den Miniſtern Englands keine Mühe zu machen, die ſo viel mit dem Parlament zu thun haben. Die Seemächte ſind bei Seite geſchoben; dagegen hat der Kardinal Schweden und Dänemark an ſich gezogen; und wenn der Kaiſer ſtirbt, ſo giebt dem Kardinal die Garantie der Erbfolge in Oeſtreich, die er übernommen, das Recht der Einmiſchung und die beſte Gelegenheit, Europa das Geſetz vorzuſchreiben.

Das „Glück“ Frankreichs beſteht in der Vorausſicht ſeiner Miniſter, in den guten Maßregeln, die ſie zu ergreifen wiſſen. Die tüchtigen Gegner, welche Ludwig XIV. einſt gegenüberſtanden, haben keine Nachfolger gefunden. Die Fürſten, welche heut Frankreich widerſtehen könnten, beſitzen dazu weder ausreichenden Geiſt noch ausreichende Kraft. Ueberdies ſind ſie uneins. Dieſe Uneinigkeit braucht nur unterhalten zu werden. Und ſo verdankt Frankreich heut ſeine Erfolge nicht ſo ſehr ſeiner Tapferkeit als dem Geſchick ſeiner Unterhandlungen, weniger ſeiner Kraft als der Uneinigkeit ſeiner Gegner.

Wie Rom vordem im Orient, iſt Frankreich heut der gebietende

Schiedsrichter über alle Streitigkeiten Europa's. Es ist die Politik Philipps von Makedonien, mit der Frankreich den Einfluß der Seemächte untergräbt und sie bald einschüchtert, bald streichelt, bald mit Bagatellen beschäftigt, während es selbst die großen Streiche führt und die Uneinigkeit in Deutschland fördert, indem es den Schwachen gegen die Stärkeren Hülfe in Aussicht stellt. Aber Frankreich braucht die Thermopylen nicht erst wie Philipp zu besetzen, es besitzt Phokis in Lothringen, die Thermopylen in Straßburg; „und wenn euere Rechnung auf den Tod des Kardinals gestellt ist, so sage ich euch mit Demosthenes: wenn Philipp stirbt, werdet ihr euch einen neuen Philipp machen."

So die „Betrachtungen." Wollte man darauf beharren, eine mit so beißender Ironie geschriebene Philippika gegen den Kardinal Fleury, eine Denunciation der Politik Frankreichs wegen Umsturz des Staatensystems, eine Anklageakte der französischen Politik wegen versuchter Aufrichtung der Universalmonarchie eine einfache Schilderung zu nennen; wollte man ferner darüber hinwegsehen, daß von Preußens Stellung und Interessen, die dem Autor doch am meisten am Herzen liegen mußten, nicht die Rede ist; wollte man endlich selbst darauf kein Gewicht legen, daß, falls der Kronprinz in diesen Betrachtungen seine aufrichtige Meinung über die Lage Europa's ausgedrückt, er sich selbst auf das Schärfste widerlegt hätte, indem er zwei Jahre nach Abfassung dieser Schrift (sie ist 1738 vollendet) Frankreich das Bündniß Preußens gegen England antrug und dann sechs Monate später durch seinen Einmarsch in Schlesien den Kardinal in die Lage setzte, den in den „Betrachtungen" so bedenklich geschilderten Augenblick des Ablebens Karls VI. in umfassendster Weise für Frankreich auszubeuten — wie kam der Kronprinz dazu, in dieser Schrift zu sagen: „Wenn diese Betrachtungen das Glück haben, zu den Ohren einiger Fürsten zu dringen, so werden diese in ihnen Wahrheiten finden, welche sie aus dem Munde ihrer Höflinge und Schmeichler niemals vernommen haben;" und: „Wenn irgend eine Macht fände, daß ich mich mit zu großer Freiheit ausgesprochen hätte, so soll sie wissen, daß die Frucht stets einen Geschmack des Erdreichs bewahrt,

und daß es mir, der ich in einem freien Lande geboren bin, erlaubt iſt, mich mit edlem Freimuth und einer Aufrichtigkeit auszuſprechen, welche die Mehrzahl der Menſchen nicht kennt, und welche vielleicht denen, die in der Knechtſchaft geboren und in der Sklaverei erzogen ſind, als ein Verbrechen erſcheinen wird.“ Mochte der Kronprinz, als er die Betrachtungen ſchrieb, über das Geſchick ſeiner Jugend bereits ſo denken, wie dies zehn und zwanzig Jahre ſpäter notoriſch der Fall war — niemand wird behaupten wollen, daß der Kronprinz in dieſer Weiſe ernſtlich die Bedingungen ſeines eigenen Lebens bezeichnen konnte.

Demnach muß es mit dieſer Schrift eine andere Bewandtniß haben. Einen ſo lebhaften Appell zur Wahrung des europäiſchen Gleichgewichts, wie ihn die „Betrachtungen“ enthalten, kann der Kronprinz weder zu ſeiner Belehrung noch etwa zur Aufklärung ſeines Vaters geſchrieben haben. Es waren die Seemächte, die ſeit Wilhelm von Oranien als die Regulatoren der Wage Europa's galten. Nur ihnen konnte man zurufen: „Wollt ihr fortfahren, im Arme der Trägheit, am Buſen der Sorgloſigkeit zu ſchlafen? Seht ihr nicht, was bereits geſchehen iſt, was hiernach weiter geſchehen muß? Seht ihr nicht, daß ihr ſeit dem polniſchen Succeſſionskriege zur Seite geſchoben ſeid, daß ihr ſeitdem ausgeſchloſſen ſeid von den europäiſchen Verträgen, daß Oeſtreich, euer alter Alliirter, euch entriſſen iſt, daß Oeſtreich und Frankreich das Progamm Villars, d. h. das Bündniß der katholiſchen Mächte, realiſiren, daß auch Schweden und Dänemark euch entzogen werden?“ Die Seemächte offenbar werden darauf hingewieſen, daß Frankreich, nachdem Lothringen erworben iſt, unzweifelhaft nach Flandern, Luxemburg und den Barrièreplätzen die Hand ausſtrecken wird. „Was wollt ihr thun, wenn der Kaiſer ſtirbt, wenn Frankreich, eng mit Spanien verbunden, nach den beſten Stücken des Erbes greift — wo ſind dann eure Alliirten?“

An die Seemächte alſo könnten die „Betrachtungen“ gerichtet ſein; insbeſondere um England ſcheint es ſich zu handeln. Wozu ſonſt die nachdrückliche Hervorhebung des Traktats von Sevilla? Mit dieſem Vertrage, ſo ſagt der Kronprinz den Engländern, habt ihr

ſelbſt den Bourbons in Spanien die Hand geboten, zu eurem ſchweren Schaden in Italien Fuß zu faſſen und von dieſer Stellung aus Sicilien und Neapel zu gewinnen, den Frieden von Utrecht, euer eigenes Werk, über den Haufen zu werfen. Wollt ihr auch heut trotz allem, was ſeitdem geſchehen, in gleicher Weiſe fortfahren? Nimmt man dazu, daß der Kronprinz den Autor der Schrift als den Angehörigen eines freien Landes bezeichnet, daß er in einem Briefe an Voltaire vom 19. April 1738 ſagt: es ſei ſeine Abſicht geweſen, die „Betrachtungen" anonym in England drucken zu laſſen; einige Gründe hätten ihn genöthigt, die Ausführung dieſer Abſicht zu verſchieben, ſo wird kaum ein Zweifel beſtehen, daß die „Betrachtungen über den gegenwärtigen Zuſtand Europa's" an die Adreſſe der Seemächte gerichtet waren. Sie ſollten in England gedruckt werden als die Schrift eines Engländers, ſicherlich um die öffentliche Meinung Englands und Hollands über die Politik des Kardinals Fleury aufzuklären und wo möglich in Harniſch zu bringen.

Alſo keine theoretiſche Erörterung zu eigenem Nutz und Frommen, eine zum Druck beſtimmte Flugſchrift, in praktiſcher Abſicht und zu praktiſchen Zwecken geſchrieben, haben wir in den „Betrachtungen" vor uns.

Was konnte den Prinzen zur Abfaſſung einer ſolchen Schrift, zur Abſicht des Drucks und dann wieder zum Aufſchieben, endlich zum Aufgeben dieſer Abſicht beſtimmen? Verſuchen wir, ob ein Blick auf die auswärtige Politik Preußens in jenen Jahren hierüber Auskunft zu gewähren vermag.

Während der zweiten Hälfte der Regierung König Friedrich Wilhelms I. waren für die deutſche wie für die geſammte auswärtige Politik Preußens die nahe rückenden Ausſichten auf zwei höchſt werthvolle Erwerbungen unbedingt maßgebend: die Ausſicht auf den Anfall der Herzogthümer Jülich und Berg, die Ausſicht auf den Anfall Oſtfrieslands. Mit dem Hauſe Pfalz-Neuburg hatte Kurfürſt Friedrich Wilhelm das kleviſche Erbe dergeſtalt getheilt, daß Kleve, Mark und Ravensberg an Brandenburg, Jülich und Berg an Pfalz-Neuburg fielen. Pfalz-Neuburg hatte darnach den Beſitz der Hauptlinie, die Pfalz mit

der Kurwürde, im Erbgang gewonnen; jetzt ſtand es ſelbſt am Erlöſchen. Kurfürſt Karl Philipp war ohne Söhne und bereits hoch in Jahren; ſeine beiden Brüder gehörten dem geiſtlichen Stande an, der eine Biſchof von Augsburg, der andere Kurfürſt von Trier, darnach von Mainz. Auf Oſtfriesland hatte Kaiſer Leopold Brandenburg Exſpektanz ertheilt, um es für ſeine Verluſte im Kriege gegen Schweden zu entſchädigen; der regierende Fürſt Oſtfrieslands, Georg Albert hatte nur einen Sohn, deſſen ſchwache Geſundheit weder langes Leben noch Erben verſprach.

Niemand täuſchte ſich in Berlin darüber, daß das gute Recht beim Eintreten des Erbfalls weder die Beſitznahme von Jülich und Berg noch die von Oſtfriesland gewährleiſte. Beide Erwerbungen waren Fragen nicht nur der preußiſchen und deutſchen ſondern der europäiſchen Politik.

Oeſtreich war ſo wenig wie Frankreich gemeint, Preußen in Beſitz von Jülich und Berg treten zu ſehen. Preußen die beiden Herzogthümer überlaſſen, das hieß, den Proteſtantismus am Niederrhein zur Herrſchaft bringen. Oeſtreich war außerdem nicht geneigt, eine ſo erhebliche Machtvergrößerung Preußen zuzugeſtehen. Frankreich hatte gegen einige Erweiterung Preußens nichts einzuwenden, aber durch ſolche durfte der Uebergang über den Niederrhein doch nicht in ſtärkere Hände gelangen; Düſſeldorf und das Rheinufer in Preußens Beſitz zu wiſſen, widerſprach beſtimmt nicht nur den kirchlichen ſondern auch den politiſchen Intereſſen Frankreichs.

Um ſo lebhafter hätten ſich die proteſtantiſchen Seemächte für den Uebergang der Herzogthümer an Preußen intereſſiren ſollen. Das Gegentheil war der Fall. Die Politik Englands in dieſer Frage wurde lediglich durch die Eiferſucht Kurbraunſchweigs auf Kurbrandenburg beſtimmt; die Generalſtaaten fürchteten die Uebermacht Preußens an ihren Grenzen; Preußen in Jülich und Berg iſt ein Meſſer in unſerem Leibe, ſagte einer der Hochmögenden.

Dieſelbe Beſorgniß für die Freiheit ſeiner Grenzen, die weitere Beſorgniß, daß Preußen, im Beſitze von Emden, ſeinem Handel Konkurrenz machen könnte, ſtellte Holland unter die Gegner der Er-

werbung Oſtfrieslands. Die Rivalität Kurbraunſchweigs gegen Kurbrandenburg hatte bereits Herzog Ernſt Auguſt von Kalemberg im Jahre 1691 eine heimliche Erbverbrüderung mit dem Vater Georg Alberts abſchließen laſſen.

In der Frage der Herzogthümer hatte demnach Preußen die vier Großmächte des damaligen Europa ohne Ausnahme gegen ſich. In dieſer Frage ſtanden Oeſtreich und Frankreich in erſter Linie gegen Preußen, in zweiter Linie die Seemächte.

In der oſtfrieſiſchen Frage ſtanden England und Holland in erſter Linie gegen Preußen, in zweiter Oeſtreich, für welches ſelbſtverſtändlich die Ertheilung der Exſpektanz und der reale Anfall des Fürſtenthums weit auseinander lagen; nur Frankreich hatte hier kein direktes Intereſſe gegen Preußen.

Zu dieſen gewaltigen Gegengewichten trat dann das pfälziſche Haus ſelbſt. Kurfürſt Karl Philipp wünſchte die Erbfolge in den Herzogthümern der Linie Pfalz-Sulzbach, welche in den Kurlanden folgte, zuzuwenden. In Verbindung mit ſeinen beiden Brüdern, mit den Stammesvettern von Baiern, in deren Händen damals zugleich das Kurfürſtenthum Köln, die Bisthümer Münſter, Osnabrück, Paderborn und Hildesheim waren, gebot Karl Philipp über eine unverächtliche Macht. Dazu kam, daß das pfälziſche Haus in der Erbſchaftsfrage von Jülich und Berg das katholiſche Intereſſe vertrat. Der Ahn Karl Philipps, Wolfgang Wilhelm, hatte einſt den Mitbeſitz des kleviſchen Erbes durch den Uebertritt zum Katholicismus, durch die Anlehnung an Spanien und die Liga gewonnen; ſeine nächſten Vorfahren wie Karl Philipp ſelbſt, hatten nicht blos am Niederrhein den Proteſtantismus niedergehalten, ſie drückten ſchwer auf ihre neuen Unterthanen, die Reformirten der Pfalz, derſelben Pfalz, die einſt an der Spitze der Union geſtanden, deren Kurfürſt Friedrich an der Spitze der Böhmen den Krieg gegen Oeſtreich gewagt hatte.

So war Karl Philipp der Unterſtützung der katholiſchen Reichsſtände zu Gunſten der Erbfolge der Linie Sulzbach gewiß, und das übereinſtimmende Intereſſe, das die großen katholiſchen Mächte Oeſtreich und Frankreich in dieſer Frage gegen Preußen ſtellte, erlaubte

Karl Philipp, ſeine Anlehnung ſowohl an Oeſtreich als an Frankreich zu nehmen.

Um die auswärtige Politik Friedrich Wilhelms I. gerecht zu beurtheilen, darf man dieſe Lage der Verhältniſſe nicht überſehen, muß man ſich gegenwärtig halten, daß die Stellung Brandenburg-Preußens in Deutſchland ſeit den Tagen des großen Kurfürſten durch die Erſtarkung Hannovers, die Succeſſion des hannoverſchen Hauſes in England, des ſächſiſchen Hauſes in Polen erheblich erſchwert war. Auch Sachſen-Polen erhob Anſprüche auf die Erbfolge in Jülich und Berg.

Den Anfall der Herzogthümer zu erreichen, war, abgeſehen von dem guten Recht, in dem man ſich fühlte, von höchſtem Werthe für Preußen. Kleve und Mark waren weit entfernte, dazu vereinzelte und kaum zu vertheidigende Beſitzthümer, wenn ſie nicht durch Jülich und Berg verbunden wurden. Erſt mit dieſen war Zuſammenhang, Abrundung und Gedeihen des rheiniſchen Beſitzes zu erwarten.

In Erwägung der Stellung der Großmächte, des ſtarken Rückhalts, über welchen das pfälziſche Haus gebot, durfte man in Berlin nicht hoffen, dieſen Beſitz davonzutragen, wenn es nicht gelang, das Widerſtreben wenigſtens einer der beiden continentalen Großmächte durch Dienſte zu überwinden, welche Preußen einem anderen Intereſſe derſelben zu leiſten vermochte.

Der Tradition des Hauſes, der Politik ſeines Großvaters und Vaters gemäß, in der Ueberzeugung, daß das Zuſammengehen Oeſtreichs und Preußens zu gleichem Rechte den Intereſſen beider Staaten am förderlichſten ſei, in der Hoffnung, daß dieſe Allianz die immer höher anſchwellende Fluth der katholiſchen Reaktion in Deutſchland durch die Rückſicht gegen Preußen, zu welcher Oeſtreich ſolche Verbindung nöthige, hemmen müſſe, endlich ſeiner lebhaften nationalen Empfindung wie dem Zuge ſeines Herzens folgend, entſchied ſich König Friedrich Wilhelm I. für die Anlehnung an Oeſtreich.

Es beſtand in jenen Jahren eine ſchwer wiegende Aufgabe für das Kaiſerhaus, zu deren Löſung Preußen ſehr erheblich beitragen konnte. Die Zukunft der Dynaſtie, die geſammte Exiſtenz des

öſtreichiſchen Staates war in Frage, da Karl VI. männliche Erben fehlten. Hier galt es die Erhaltung des Staates; für Preußen handelte es ſich um einen Zuwachs. Half Preußen dem Kaiſerhauſe, die Succeſſion auf die weibliche Linie zu übertragen, d. h. den Beſtand Oeſtreichs zu ſichern, ſo war es ein billiger Gegendienſt, daß Oeſtreich Preußens Succeſſion in Jülich und Berg unterſtützte.

Auf dieſer beiden Theilen gerechten Grundlage mußte ſich eine dauernde und erſprießliche Allianz errichten laſſen. Oeſtreich ſchien um ſo feſter an ſolche gebunden, als der überwiegende Vortheil auf ſeiner Seite lag, der dadurch noch erheblicher wurde, daß König Friedrich Wilhelm ſich mit Berg allein begnügen zu wollen erklärte. Er verzichtete auf das größere und beſſere der beiden Herzogthümer, um das kleinere deſto ſicherer zu erhalten. Gegen Friedrich Wilhelms Gewähr der pragmatiſchen Sanktion, d. h. der Erbfolge Maria Thereſia's, verpflichtete ſich Karl VI., dem preußiſchen Hauſe zur Erbfolge in Berg zu helfen. So beſtimmten die Verträge, die zu Wuſterhauſen und Berlin (12. Oktober 1726 und 3. Dezember 1728) geſchloſſen wurden.

Die Bewegungen der europäiſchen Politik nach dem Frieden von Utrecht ſind von dem Beſtreben der neuen Dynaſtie, die Frankreich in Spanien eingeſetzt hatte, ausgegangen, die Beſitzungen der ſpaniſchen Krone in Italien, welche der Utrechter Friede der deutſchen Linie des Hauſes Habsburg zuerkannt hatte, zurückzuerwerben. Als die bourboniſche Linie zu Madrid in dieſem Streben nicht nur Oeſtreich und die Seemächte ſich gegenüber ſah, ſondern auch Frankreich in der Reihe der Feinde erblickte, dem es unter der Regentſchaft, Angeſichts der Erſchöpfung, in welche der ſpaniſche Erbfolgekrieg das Land verſetzt hatte, aufrichtig um Erhaltung des Friedens in Europa zu thun war, — verſuchte ſie, durch ein Bündniß mit Oeſtreich zum Ziele zu kommen. Die Töchter des Kaiſers ſollten mit den beiden jüngeren Infanten Don Carlos und Don Philipp vermählt werden, und jenem nach der Meinung des ſpaniſchen Hofes die öſtreichiſchen Erblande mit dem deutſchen Kaiſerthum, dieſem die italieniſchen Lande Oeſtreichs zubringen. Als Oeſtreich zögerte, die Verlobung Maria

Thereſia's mit dem neuen Karl V. auszuſprechen, warf ſich der ſpaniſche Hof wieder auf die entgegengeſetzte Seite. Nicht nur Frankreich, ſondern thöricht genug auch die Seemächte, weil der Kaiſer in Belgien eine Handelscompagnie für Indien begründet hatte, gewährten König Philipp V. von Spanien dafür in jenem Vertrage von Sevilla die Erwerbung Toskana's für Don Carlos (9. November 1729).

Wenn die Engländer dieſen Vertrag wirklich, wie der Kronprinz ſagt, die Quelle ihrer Thränen nannten, ſo war dieſes Urtheil durchaus begründet. England konnte das Syſtem ſeiner gegen die Suprematie des bourboniſchen Hauſes in Europa gerichteten Politik nicht ſtärker desavouiren. Der Kaiſer ſchickte ſich an, die Ausführung des Vertrages von Sevilla mit den Waffen zu hindern. König Friedrich Wilhelm brachte das Reich für den Kaiſer gegen die Sevillaner unter Waffen, trieb die Anerkennung der Erbfolge Maria Thereſia's auf dem Reichstage gegen den Widerſtand von Kurpfalz, Kurbaiern und Kurſachſen durch und verlobte den Kronprinzen nach dem Rathe des Kaiſers mit der Prinzeſſin von Bevern.

Aber Karl VI. hatte bereits v o r den Verträgen von Wuſterhauſen und Berlin am 16. Auguſt 1726 dem Kurfürſten Karl Philipp zugeſichert, dem Hauſe Pfalz-Sulzbach in der männlichen und weiblichen Poſterität zum Beſitze der beiden Herzogthümer zu helfen und es darin gegen jeden Angriff mit aller Macht zu vertheidigen. Als dann England, ſobald der Kaiſer auf die oſtendiſche Compagnie verzichtete, ſeine Feindſchaft gegen ihn fallen ließ, als es die Gewähr der pragmatiſchen Sanktion ſeinerſeits gegen Oeſtreichs Anerkennung der Erbfolge des Don Carlos in Toskana, Parma und Piacenza im Wiener Frieden vom 16. März 1731 übernahm und damit das alte Verhältniß der Seemächte zu Oeſtreich, die Freundſchaft Englands und Oeſtreichs herſtellte, glaubte Karl VI. Preußens nicht mehr zu bedürfen. Die dem Kaiſerhofe nicht unerwünſchte Abneigung England-Hanovers gegen jeden Fortſchritt Preußens, insbeſondere gegen die Erwerbung auch nur eines der beiden Herzogthümer wurde in Wien benutzt, die Verpflichtungen, welche man gegen Preußen übernommen

hatte, zunächſt zu beſchränken. Der Kaiſer muthete nun in den Prager Propoſitionen dem Könige zu, auch auf die Hauptſtadt Bergs, auf Düſſeldorf und dazu auf das Rheinufer zu verzichten. Nachdem England-Hanover fünf Jahre hindurch vergebens darnach getrachtet hatte, durch Knüpfung erweiterter Familienbande ſeinen Einfluß am preußiſchen Hofe zu verſtärken, nachdem man öſtreichiſcherſeits Alles aufgeboten hatte, dieſe Heirathen zu vereiteln, gab ſich der Kaiſer nunmehr dazu her, die von ihm ſelbſt angerathene Verlobung des Kronprinzen von Preußen mit der Prinzeſſin von Bevern im Intereſſe Englands rückgängig zu machen und dieſelbe noch in aller Eile durch eine engliſche Prinzeſſin zu ſupplantiren. Es iſt bekannt, wie dieſer Verſuch ſchließlich am Hochzeitstage ſelbſt mit dem Hinweiſe darauf wiederholt wurde, daß England dagegen der Erwerbung Bergs „ohne Düſſeldorf und das Rheinufer" für Preußen zuſtimmen werde.

Während Oeſtreich ſich bemühte, die Verpflichtungen zu mindern, welche es für die Unterſtützung eines Zuwachſes Preußens am Rhein übernommen, führte es zugleich den verderblichſten Schlag gegen die Stellung dieſes Staates im Oſten. Die nachtheiligſte Veränderung, die dieſe ſeit den Tagen Kurfürſt Friedrich Wilhelms erlitten, lag in der Erwerbung der polniſchen Krone durch Auguſt den Starken von Sachſen. Sie war mit dem Uebertritt zum Katholicismus erkauft; aber Sachſen-Polen umfaßte Preußen nun von Oſt und Weſt und unterband damit deſſen Zukunft. Seitdem war es das erſte Gebot der Politik Preußens, die Verbindung zwiſchen Sachſen und Polen nicht zu einer dauernden werden zu laſſen. Zu dieſem Ende mußte man ſich Rußland nähern. In drei Verträgen, die Friedrich Wilhelm I. mit Katharina I., mit Peter II. und der Kaiſerin Anna ſchloß (10. Auguſt 1726, 9. September 1729, 30. September 1730), wurde feſtgeſtellt, daß Preußen und Rußland bei Erledigung des polniſchen Thrones bemüht ſein würden, die Krone einem polniſchen Edelmanne zuzuwenden. Oeſtreich hatte ſich in jenem Vertrage von Berlin (3. Dezember 1728) verpflichtet, in den ruſſiſch-polniſchen Sachen „ſich jederzeit vertraulich mit Preußen zu vernehmen." Oeſtreich erfüllte dieſe Verpflichtung nicht. Als Auguſts des Starken

nahes Ende vorausgeſehen werden konnte, ſchlug Karl VI. in Petersburg einen Infanten von Portugal vor und gewann die Kaiſerin Anna für dieſen Plan. Es war gegen jene Verträge zwiſchen Preußen und Rußland. Um Friedrich Wilhelm zu gewinnen, verſprach man ihm, auf die Zuwendung Kurlands an einen preußiſchen Prinzen Bedacht zu nehmen, wenn er mit den Kaiſerhöfen für Dom Emanuel eintrete. Der König verpflichtete ſich für Dom Emanuel (13. Dezember 1732), weſentlich in der Abſicht, der Excluſion Sachſens ſicher zu ſein. Er erreichte dieſe trotzdem nicht. Auguſt der Starke ſtarb am 1. Februar 1733; der neue Kurfürſt von Sachſen, Friedrich Auguſt II., gab in Wien zu verſtehen, daß er auf ſeinen Anſpruch auf die Erbfolge in Oeſtreich verzichte, wenn er durch den Wiener Hof die Wahl zum Könige von Polen erreiche. Friedrich Auguſt II. war ein Tochterſohn des älteren Bruders Kaiſer Karls VI. Sollte in Oeſtreich der Weiberſtamm folgen, ſo gingen die Abkommen der älteren Sproſſen deſſelben, d. h. die Kurfürſten von Baiern und Sachſen, den Abkommen des jüngeren Sproſſen vor. Der Kaiſer ſchloß am 16. Juli 1733 mit Sachſen ab: gegen Anerkennung der Erbfolge Maria Thereſia's ſollte Kurfürſt Friedrich Auguſt II. König Auguſt III. von Polen werden. Die Kaiſerin Anna wurde durch ihren Oberkammerherrn Biron für Sachſen gewonnen, der ſelbſt durch das Verſprechen Friedrich Auguſts II. gewonnen war, ihm das von Polen zu Lehen gehende Herzogthum Kurland, deſſen Herzogsgeſchlecht der Kettler am Ausſterben ſtand, zu verleihen, wenn er auf den Thron von Polen gelange. Man hatte in Wien eben ſo wenig Bedenken getragen, die Intereſſen Preußens im Oſten dem Gewinne Sachſens für die pragmatiſche Sanktion zu opfern, wie man deſſen Intereſſen im Weſten der Ausſöhnung, dem herzlichen Einverſtändniſſe mit England-Hanover geopfert hatte.

Die „Betrachtungen" deuten an, wie gebieteriſch der Wiener Hof in Polen die Wahl des Kurfürſten verlangt, wie er durch Drohungen ſeinen Zweck zu erreichen geſucht, während Frankreich durch das ſanftere Mittel des Geldes für die Wahl des Stanislaus gewirkt habe. In der That wurde dieſer am 6. September 1733 auf

dem Felde von Wola gewählt. Aber unter dem Schutze eines ruſſiſchen Truppencorps proklamirte eine ſchwache Gegenpartei Auguſt von Sachſen (5. Oktober 1733). Stanislaus war der Schwiegervater König Ludwigs XV. von Frankreich. Fünf Tage nach der Scheinwahl König Auguſts überſchritten die franzöſiſchen Armeen den Rhein. Spanien, voll Befriedigung, endlich mit Frankreich vereinigt Oeſtreich bekämpfen zu können, warf ſich auf Mailand und Neapel. Sardinien ſchloß ſich dem Kriege gegen den Kaiſer an. In Deutſchland waren alle Linien des pfälziſchen Hauſes bereits ſeit vier Jahren für Frankreich gewonnen. Zu der Zeit, als Frankreich Bundesgenoſſen in Deutſchland gegen jene drohende Verbindung Spaniens und Oeſtreichs ſuchte, hatte es dem Kurfürſten Karl Philipp und deſſen Brüdern im Vertrage von Marly (15. Februar 1729) Jülich und Berg garantirt und ſich verpflichtet, nach Ableben der drei Brüder wirkſam dafür zu handeln, daß das Haus Pfalz-Sulzbach in deren Beſitz erhalten werde, bis die Frage in Gemäßheit des weſtfäliſchen Friedens und des Vertrages von Kleve more amicabili per arbitros geſchlichtet ſei. Die „Betrachtungen" bemerken, daß Frankreich als Garant des weſtfäliſchen Friedens leider auch in dieſe Frage ſich einzumiſchen ein Recht habe. Mit Kurpfalz ſtanden Kurbaiern und Kurköln auf Frankreichs Seite. Kurbaiern bezog längſt Subſidien von Frankreich; es ließ ſich dieſe am 15. November 1733 von Frankreich und Spanien erhöhen, indem es ſich gegen Frankreich verpflichtete, den Proteſt, den es 1730 zu Gunſten ſeiner Erbfolge in Oeſtreich gegen die pragmatiſche Sanktion eingelegt hatte, aufrecht zu halten. Entſcheidender war, daß die Seemächte ſich nicht veranlaßt fanden, zu Gunſten der polniſchen Succeſſion für Oeſtreich einzutreten. Seit der Zeit Wilhelms von Oranien hatte Oeſtreich zum erſten Mal ohne die Seemächte gegen Frankreich zu kämpfen.

In den „Betrachtungen" iſt dieſer Krieg ſcharf hervorgehoben. Er war von großer Bedeutung für das europäiſche Staatenſyſtem, von recht ſchweren Folgen für Preußen. Die Urſache des Krieges war dem Reiche völlig fremd. Preußens Intereſſen ſtellten es auf die Seite des Stanislaus; der Berliner Vertrag vom 3. Dezember 1728

gebot ihm, dem angegriffenen Oeſtreich Hülfe zu leiſten. Aber Oeſtreich kämpfte für das ſächſiſche Königthum in Polen; die preußiſchen Truppen an der Seite Oeſtreichs ſtanden ſomit gegen ein fundamentales Intereſſe des eigenen Staates im Felde und halfen jene Verbindung zwiſchen Polen und Sachſen befeſtigen, welche Preußen um ſo verderblicher werden mußte, als Sachſen nunmehr den beiden Kaiſerhöfen ſeine Erhebung und bei glücklichem Ausgang des Krieges ſeine Erhaltung verdankte. Andererſeits beſchränkte ſich Frankreich auf den Krieg am Oberrhein, um Holland nicht zu beunruhigen und Preußen nicht zu reizen; es näherte ſich ſogar Preußen mit Befliſſenheit und ſtellte die Erwerbung eines Theils von Weſtpreußen als Gegengewähr für die Unterſtützung des Königs Stanislaus in Ausſicht (Frühjahr 1734).

König Friedrich Wilhelm glaubte die Verpflichtungen ſeines Vertrages mit Oeſtreich trotz Allem erfüllen zu müſſen. Er blieb ihm treu, auch da alle ſeine Verſuche als Kompenſation der Nachtheile, die ſeinem Staate daraus im Oſten erwachſen mußten, wenigſtens für ſeine Anſprüche im Weſten Vortheil zu ziehen, ſcheiterten. Er bot dem Kurfürſten von Sachſen die Anerkennung als König von Polen für den Verzicht Sachſens auf deſſen Erbanſprüche auf Jülich und Berg, die es zugleich mit dem Abſchluß mit Oeſtreich über die polniſche Krone wieder angemeldet hatte. Ein kaiſerliches Mandat vom 12. Juni 1733 hatte dem Reichshofrathe befohlen, den Prozeß über Jülich und Berg aufzunehmen. Daß von Berlin her longissimi temporis praescriptio eingewendet wurde, blieb unbeachtet. Ebenſo vergebens erbot ſich Friedrich Wilhelm in Wien, mit ſeiner ganzen Macht gegen Frankreich für Oeſtreich einzutreten, wodurch dann allerdings die Beſetzung von Berg durch Preußen gegeben geweſen wäre. Abgewieſen, begnügte er ſich, den Buchſtaben des Vertrages zu erfüllen. Er entfernte den Geſandten Frankreichs nicht von ſeinem Hofe. Als Stanislaus und ſeine vornehmſten Anhänger vor den Ruſſen aus Polen und Danzig weichen mußten, gewährte ihnen der König Zuflucht in Königsberg.

Der Krieg endete mit der herbſten Enttäuſchung für Preußen.

Man hatte in Berlin feſt darauf gebaut, daß Frankreich ſeinen Schwiegervater nicht im Stich laſſen könne. Frankreich ließ den Schwiegervater, Oeſtreich den Schwiegerſohn, den Herzog von Lothringen, fallen; der Krieg ſchloß nicht mit dem Königthum des Stanislaus ſondern mit der Anerkennung Auguſts III. auf dem polniſchen Throne durch Frankreich, mit der Abtretung Lothringens an Frankreich. Die alten Gegner ſeit der Zeit Kaiſer Karls V., Frankreich und Oeſtreich, reichten ſich die Hand (3. Oktober 1735), ſie wurden Verbündete. Der für Oeſtreich unglückliche Gang des Krieges, obwol der Kaiſer, wie der Kronprinz nicht unbemerkt läßt, im Sommer 1735 ruſſiſche Truppen ins Reich gezogen hatte, namentlich in Italien, das den Spaniern und Sardiniern vollſtändig in die Hände gefallen war, die Vergeblichkeit aller Anſtrengungen, die Seemächte zur Theilnahme für Oeſtreich zu bewegen, endlich das Anerbieten Frankreichs, die pragmatiſche Sanktion zu garantiren, hatten den Kaiſer zu dieſer unerwarteten Wendung bewogen. „Erkennt hierin", ſo rufen die „Betrachtungen" den Seemächten zu, „die Politik des Kardinals! Er gelobt, keine Gebietserweiterung zu machen; er ſieht ſich am Ende gezwungen, Deutſchland von einer läſtigen Provinz zu befreien."

Die Baſis der Politik, welche Preußen ſeit dem Vertrage zu Wuſterhauſen, dem 12. Oktober 1726, verfolgt hatte, war vernichtet. Preußen hatte Oeſtreich durch Dienſte für deſſen Politik zur Unterſtützung der preußiſchen Intereſſen am Niederrhein zu gewinnen geſucht und in gefährlichen Zeiten weſentliche Hülfe geleiſtet. Jetzt ſtanden ihm beide Großmächte des Kontinents eng verbunden gegenüber. Oeſtreich fand, daß Preußen im letzten Kriege nicht ausreichenden Dienſt gethan, Frankreich, daß es auf der Seite ſeiner Gegner gefochten hatte. Welchen Werth hatte Preußens Allianz, ſeine Garantie der Erbfolge für Oeſtreich, nachdem die Seemächte, Sachſen, Frankreich dieſe garantirt und Frankreich Oeſtreichs Bundesgenoſſe geworden war?

Die Seemächte ſahen ſich durch die plötzliche Verbindung Frankreichs und Oeſtreichs zu ihrem Schrecken von den kontinentalen Angelegenheiten ausgeſchloſſen. Sie verſuchten, ihre Wiederaufnahme in

das europäiſche Koncert auf Koſten Preußens zu bewerkſtelligen. Zwiſchen Oeſtreich und Frankreich waren vorerſt nur Präliminarien geſchloſſen; die Friedensverhandlung fand in Spaniens Widerſtreben, ſeine Eroberungen und Beſitzungen in Norditalien gegen Ueberlaſſung Neapels und Siciliens an Oeſtreich zurückzuſtellen und abzutreten, an Sardiniens Begehrlichkeiten unerwartete Hinderniſſe. Die Seemächte meinten, daß außer den im Generalfrieden zu entſcheidenden Fragen noch andere vorhanden wären, welche ſchleunig zu ſchlichten ſeien. Die Frage der Succeſſion in Jülich und Berg könne neuen Krieg entzünden; ſie ſei deshalb vor den Friedenscongreß zu ziehen, d. h. Preußen ſei durch einſtimmiges Votum der vier Großmächte die Beſitznahme von Jülich und Berg zu unterſagen. Den Generalſtaaten ſchien eine Verſtändigung der Mächte über „Maßregeln", um „Thätlichkeiten" in dieſer Frage vorzubeugen, geboten. Auf der Brücke der Frage der Herzogthümer ſuchten die Seemächte ihren Platz in der Berathung und Feſtſtellung der europäiſchen Fragen, den ſie durch ihre Neutralität im polniſchen Succeſſionskriege eingebüßt, wieder zu gewinnen.

Zugleich bemühte ſich England in Wien ſehr eifrig, ſeine Zurückhaltung, ſeine Neutralität im letzten Kriege vergeſſen zu machen, die Mißſtimmung des Wiener Hofes gegen Preußen wegen ungenügender Hülfsleiſtung zu nähren (Hanover hatte freilich ſelbſt noch viel weniger gethan, es hatte nur 6000 Mann geſtellt); es wies auf Hanovers Anſprüche auf Oſtfriesland hin, die jetzt in Wien in der That Beachtung fanden. Am 12. Oktober 1736 ertheilte ein kaiſerliches Decret Kurbraunſchweig das Kommiſſorium der Vergleichung der alten Streitigkeiten zwiſchen Fürſt und Ständen in Oſtfriesland, d. h. England-Hanover erhielt kaiſerliche Vollmacht, hier feſten Fuß zu faſſen. Im Dezember dieſes Jahres ſchloß Georg II. von England einen Vertrag mit Kurſachſen, in welchem er deſſen Erbrecht auf Jülich, Kleve und Berg förmlich anerkannte; im nächſten Frühjahr ließ er den preußiſchen Konſul in London unter nichtigem Vorwande verhaften, und erklärte, den preußiſchen Geſandten nicht mehr empfangen zu wollen. Jener Vertrag ſtellte nicht nur das Erbrecht

Preußens auf Jülich und Berg ſondern auch den preußiſchen Beſitz Kleve's in Frage. Hanover und Sachſen ſchienen ſich verbunden zu haben, um ſich gegenſeitig gegen Preußen in der Erwerbung der Herzogthümer und Oſtfrieslands zu unterſtützen, mindeſtens deren Beſitznahme durch Preußen zu hindern [1]).

Und ſchon hatten Oeſtreich und Frankreich in den erſten Tagen des Januar 1737 den Seemächten erklärt, daß ſie zwar nicht darein willigen könnten, die Frage der Herzogthümer in die Friedensverhandlungen einzubeziehen; dagegen ſei man bereit, mit den Seemächten gemeinſam die Mittel zu finden, Thätlichkeiten in den Herzogthümern zuvorzukommen und ein gerechtes Abkommen zu erzielen. Damit war klar, daß Oeſtreich ſich nicht nur nicht mehr an den Vertrag von 1728 gebunden hielt, ſondern ſich auch bereits in dieſer Frage mit Frankreich gegen Preußen verſtändigt hatte. Man kannte in Berlin den Vertrag Oeſtreichs mit Karl Philipp von der Pfalz vom 16. Auguſt 1726 (S. 13); der Vertrag, den dieſer mit Frankreich am 15. Februar 1729 geſchloſſen (S. 16), war hier nicht bekannt; aber man glaubte zu wiſſen, daß Frankreich dem Hauſe Pfalz-Sulzbach die ungeſchmälerte Succeſſion in den Herzogthümern zugeſichert habe. Die Seemächte ſtimmten jener öſtreichiſch-franzöſiſchen Erklärung noch im Januar (29. Jan. 1737) zu. Daß ein Verſuch, den König Friedrich Wilhelm Ende November 1736 eingeleitet hatte, Berg von dem Kurfürſten Karl Philipp in direkter Verhandlung für Preußen zu erlangen, indem Preußen (wie im Vertrage mit Oeſtreich) dem Uebergange Jülichs an Pfalz-Sulzbach zuſtimmte, ſcheitern werde, war ebenfalls ſchon zu Anfang des Jahres 1737 nicht mehr zu bezweifeln; Karl Philipp hatte eben Frankreich und Oeſtreich hinter ſich.

Die Erklärung Frankreichs und Oeſtreichs: die Frage der Herzogthümer in die Hand zu nehmen, der Beitritt Englands und Hollands ſtellten ein Koncert der vier Mächte gegen Preußen in Ausſicht. Traten Oeſtreich und Frankreich bereits für Kurpfalz engagirt in

[1]) Droyſen, Geſchichte der preußiſchen Politik 4, 2, 303.

dieſe Verhandlung, ſo war England in feindſeliger Haltung gegen Preußen, und Holland ängſtlich bedacht, einem Kriege an ſeiner Grenze vorzubeugen. Das Koncert zu trennen, war um ſo weniger Ausſicht, als die europäiſche Stellung der Seemächte zunächſt lediglich an der Frage Jülich und Berg hing. So drohend hatten ſich die Wetter gegen Preußen zuſammengezogen. Am 8. Februar 1737 forderte der König das Votum der Miniſter, ob es gerathen ſei, die größere Hälfte der Armee zwiſchen Minden und Weſel, die kleinere Hälfte gegen Sachſen und Hanover aufzuſtellen, um im gegebenen Augenblicke ſchlagfertig dazuſtehen und Berg beſetzen zu können. Man glaubte, daß Karl Philipp in Paris darauf dringe, daß franzöſiſche Truppen die Herzogthümer beſetzten; ſelbſt wenn dies nicht geſchah, waren andere Maßregeln der vier Mächte zum Präjudiz Preußens zu beſorgen. Die Huldigung für Pfalz-Sulzbach konnte vorgenommen, die Garantie für dies Haus ausgeſprochen werden, der Erbfall ſelbſt konnte eintreten; Kurfürſt Karl Philipp ſtand im ſiebenundſiebzigſten Jahr. Dazu kam dann noch, daß es dem Kardinal Fleury gelang, den Großſiegelbewahrer Chauvelin zu ſtürzen (21. Februar 1737), der dem Bündniſſe mit Oeſtreich abgeneigt war und in dieſem Sinne die Prätenſionen der Verbündeten Frankreichs im letzten Kriege, der Spanier und Sardinier, gegen Oeſtreich unterſtützt hatte. Die Verbindung zwiſchen Frankreich und Oeſtreich trat damit in eine neue, noch engere Phaſe. Wenige Tage nach Chauvelins Fall ſtarb der letzte noch lebende Bruder des Kurfürſten von der Pfalz, der Biſchof von Augsburg, und neben der heftigen Feindſchaft, welche König Georg II. gerade damals gegen Preußen an den Tag legte, wollte es wenig bedeuten, daß der Prinz von Wales Neigungen für Preußen zur Schau trug; er verband ſich eng mit den Führern der parlamentariſchen Oppoſition und ſcheute vor anſtößigen Auftritten nicht zurück. Endlich gingen im Laufe des Sommers bedenkliche Anzeigen in Berlin ein: Frankreich ziehe Truppen in Franzöſiſch-Flandern, Lüttich gegenüber zuſammen.

Dennoch verzögerte ſich die vollſtändige Einigung der vier Mächte gegen Preußen. Der Friede zwiſchen Oeſtreich, Frankreich und

Spanien war noch immer nicht im Reinen. Ueberdies war Oeſtreich im Oſten beſchäftigt. Für die Verluſte, die es im letzten Kriege erlitten, für Neapel und Sicilien, gedachte es ſich an der unteren Donau zu entſchädigen. Es ſchloß ſich im Juli dem Kriege an, welchen die Kaiſerin Anna gegen die Pforte begonnen, in welchem ſie bereits die Linien von Perekop und Aſow gewonnen hatte. Aber den erſten Erfolgen Oeſtreichs im Hochſommer folgten harte Niederlagen im September und Oktober — Seckendorff, der Befehlshaber der kaiſerlichen Armee, wurde verhaftet, als er Anfang November nach Wien zurückkehrte — und Kaiſer Karl VI. hatte ſich ſchon Mitte Oktober genöthigt geſehen, Frankreich zu erſuchen, ihm einen erträglichen Frieden zu vermitteln. Die angebotene Mediation der Seemächte hatte Oeſtreich zurückgewieſen. Wenn man jedoch in Berlin hoffte, daß die Niederlagen Oeſtreichs den Wiener Hof Preußen wieder annähern müßten, und ſich in dieſem Sinne von neuem bemühte, ſo täuſchte auch dieſe letzte Hoffnung. Und wenn die Seemächte im Sommer aus freilich ſehr verſchiedenen Motiven den preußiſchen Vorſtellungen wenigſtens noch in ſo weit Gehör gegeben hatten, daß ſie die Herzogthümer dem Hauſe Pfalz-Sulzbach nicht garantiren und nicht ſofort in gemeinſame „Maßregeln" mit Oeſtreich und Frankreich gegen Preußen eintreten wollten, ſo ließen ſie ſich doch im November durch den vereinten Druck Frankreichs und Oeſtreichs bewegen, wenigſtens den proviſionellen Beſitz der Herzogthümer dem Hauſe Pfalz-Sulzbach zuzugeſtehen und eine eventuelle Beſetzung der Herzogthümer durch Truppen der koncertirenden Mächte nicht auszuſchließen. Der König verſuchte nunmehr für den Fall, daß es im Weſten zum Kriege komme, freundlichere Beziehungen zu Rußland wiederherzuſtellen (2. November 1737). Auch dieſe Unterhandlung ſcheiterte.

Es war am 10. Februar 1738, daß in Berlin gleichlautende Noten der vier Mächte übergeben wurden, welche den proviſionellen Beſitz der Herzogthümer dem Hauſe Pfalz-Sulzbach zuſprachen und das Verſprechen des Königs forderten, während der nächſten beiden Jahre nichts zu unternehmen, damit während dieſer Zeit durch Vermittelung der vier Mächte ein Abkommen herbeigeführt werde. Der

König ließ am 19. Februar erwidern: die vier Mächte möchten über den proviſionellen Beſitz ſich in einer Weiſe erklären, die es ihm möglich mache, weitere Antwort auf ihre Noten zu ertheilen.

Dieſer raſche Ueberblick über die preußiſche Politik des Jahrzehnts von 1728 bis zum Jahre 1738 genügt, um zu zeigen, welchen Schiffbruch das Syſtem der Anlehnung an Oeſtreich erlitten hatte, in welcher Iſolirung ſich Preußen ſeit dem Herbſt 1735 befand, wie drohend und nahe die Gefahr war, durch das Einverſtändniß der vier Großmächte des guten Rechts auf die Herzogthümer verluſtig zu werden und dieſe den katholiſchen Gegnern im Reiche in die Hände fallen zu ſehen. Wo aber war eine Anlehnung zu finden, nachdem Oeſtreich und Frankreich einig und eng verbunden ſtanden, nachdem Oeſtreich auch mit dem ruſſiſchen Hofe in beſtem Einvernehmen und Bündniß war? Nur an die Seemächte durfte man denken. Freilich mußte von vornherein davon abgeſehen werden, die Rivalität England-Hanovers gegen Preußen, die durch die perſönliche Stimmung Georgs II. geſchärft war, zu bekehren. Aber ſollte es nicht möglich ſein, die Vertretungen Englands und Hollands über die kleinlichen Geſichtspunkte, die ihre Staaten in das Koncert gegen Preußen geführt hatten, hinauszuheben, ſie zu überzeugen, daß ſie gegen ihre klarſten und höchſten Intereſſen handelten, wenn ſie mit Oeſtreich und Frankreich in dieſer Frage weiter gingen, wenn ſie ſich nicht aus dem Schlepptau der beiden großen Kontinentalmächte losmachten? Man mußte verſuchen, die öffentliche Meinung in England und Holland aufzuklären, deren Bevölkerungen den Verluſt ihres ganzen Einfluſſes in Europa, die Gefahren, denen ſie entgegengingen, wenn ihre Lenker auf dem bisherigen Wege beharrten, eindringlich zu zeigen, ihnen deutlich zu machen, daß ſie in Preußen den letzten Alliirten verlieren würden, den ſie auf dem Kontinent haben könnten.

Dieſer Aufgabe unterzog ſich der Kronprinz. Die „Betrachtungen" ſind in allen Punkten durchſichtig, ſobald ſie von dieſem Geſichtspunkte geleſen werden. Man nahm ihnen im voraus jede Wirkung, ſobald das Intereſſe Preußens, der Standpunkt Preußens,

die Jülich-Berg'ſche Frage hervorgekehrt wurden. Der Kronprinz hat dies auf das geſchickteſte vermieden. Die „Betrachtungen“ räſonniren und argumentiren lediglich aus dem Standpunkte der eigenſten Intereſſen der Seemächte. Ebendarum wollte er auch, daß ſie in England gedruckt würden. Wohin iſt es mit Europa gekommen? Wo iſt eure alte Wachſamkeit und Aufmerkſamkeit? Wo ſind die wackeren Gegner Ludwigs XIV.? Durchſchaut ihr dieſen Kardinal noch nicht? Was habt ihr mit dem Vertrage von Sevilla erreicht? Ihr habt Frankreich und Spanien vorwärts geholfen. Jetzt hat Frankreich nun auch Lothringen, Spanien Italien gewonnen, Frankreich und Oeſtreich ſind verbündet und ihr helft ihnen immer noch weiter. Seht ihr nicht, daß Flandern, daß die Barrièreplätze, daß Luxemburg an die Reihe kommen, daß ihr in allen europäiſchen Fragen bei Seite geſchoben ſeid, bei den Friedensverträgen im Weſten wie bei denen im Oſten? Es iſt Frankreich, das in allen Fragen, in den großen wie in den kleinen, zwiſchen Oeſtreich und der Pforte wie über Jülich und Korſika entſcheidet. Welche Allianzen habt ihr, wenn Frankreich ſich in Luxemburg oder Flandern feſtſetzt, wenn der Kaiſer ſtirbt? Oeffnet endlich die Augen!

Die Bemerkung der Herausgeber der „Betrachtungen“ zu deren Abdruck in den Oeuvres posthumes, daß ſie im Jahre 1736 geſchrieben ſeien, iſt irrig. Die Erwähnung von Ereigniſſen, welche den letzten Wochen des Jahres 1737 angehören, in den „Betrachtungen“ zeigt unwiderſprechlich, daß die Schrift erſt im Beginn des Jahres 1738 vollendet ſein kann. Beſſer begründet erſcheint die Angabe derſelben Anmerkung (welche die neue Ausgabe nicht hätte durch ſtillſchweigende Weglaſſung beſeitigen ſollen), daß der Miniſter Grumbkow ſeit 1732 dem Kronprinzen alles mitgetheilt habe, was in der Regierung vorgegangen ſei. Zwar in dem behaupteten Umfange möchte ich dieſe Angabe nicht aufrecht halten; daß aber die Berichte der preußiſchen Geſandten dieſer Periode dem Kronprinzen nicht unbekannt waren, beweiſt nicht nur der Umſtand, daß in den „Betrachtungen“ die Mittheilung einer diplomatiſchen Aeußerung Frankreichs an deren Schluß in Ausſicht geſtellt wird, ſondern auch,

und mit weit größerer Bestimmtheit, die Vergleichung der diplomatischen Korrespondenz jener Jahre mit den „Betrachtungen." Markante Züge der letzteren verdanken ersichtlich dieser Korrespondenz ihren Ursprung. Die Vertreter Preußens im Auslande führen z. B. in den Monaten März und April 1737 den Sturz Chauvelins wiederholt auf dessen Widerstand gegen die Politik der Allianz mit Oestreich zurück. Die „Betrachtungen" sagen: „es ist zu bemerken, daß Spanien und Sardinien erst nach dem Sturze Chauvelins in die Unterhandlung mit Oestreich eintraten." In einem Erlasse der auswärtigen Minister vom 20. Juli 1737 heißt es: der Marschall Villars habe vor Zeiten das System formirt, daß die Einigkeit des kaiserlichen und des französischen Hofes dem Ueberrest von Europa Gesetze vorschreiben und denselben in Furcht halten solle und könne; die „Betrachtungen" stellen die Voraussetzung auf: „daß der Marschall Villars sein System, wie man es in seinen Memoiren findet, dem Kardinal mitgetheilt habe." Was die „Betrachtungen" von dem „Büffetkriege" anführen, beruht ebenfalls auf den Berichten des preußischen Gesandten im Haag vom 26. November und 13. Dezember 1737. Dieser versichert, der Kardinal habe den Vertreter Frankreichs angewiesen, die préséance festzuhalten; der Kronprinz braucht dasselbe Wort. Die Hinweisungen der „Betrachtungen" auf die Gelüste Frankreichs auf Flandern, auf Luxemburg, auf angebliche Abmachungen hierüber zwischen Frankreich und Oestreich originiren aus derselben Korrespondenz (Berichte vom 25. Oktober, 1. November 1737, 10. Januar 1738). Endlich findet auch die scharfe Apostrophe der „Betrachtungen" an die Seemächte: „Ihr werdet euch einen neuen Philipp machen, wenn Philipp todt ist", durch die Berichte aus dem Haag ihre Erklärung, welche mehrmals, z. B. am 2. August 1737 hervorheben: die Holländer trösteten sich damit, daß das Werk des Kardinals mit seinem Tode zusammenbrechen werde. Diese leicht zu vermehrenden Beispiele dürften genügen.

Ich habe gezeigt, daß die politische Lage Preußens dazu angethan war, dem Kronprinzen den Gedanken dieser Schrift einzugeben. Naturgemäß unterstützte er die Ausführungen derselben durch zutreffende

Züge, die ſich ihm bei der Lektüre der Geſandtſchaftsberichte ergaben. Dieſe Uebereinſtimmung der „Betrachtungen“ mit den Akten der auswärtigen Politik reicht noch weiter. Sie ſind genau in der Richtung geſchrieben, welche den Geſandten Preußens für ihre Thätigkeit einzuhalten aufgegeben wurde. Nachdem Oeſtreich und Frankreich zuſammenſtanden, war die auswärtige Leitung Preußens darauf angewieſen, die Seemächte von dem verderblichen Gedanken abzubringen, in der Jülich-Berg'ſchen Frage mit Oeſtreich und Frankreich gegen Preußen zu gehen. Man erinnerte ſie daran, daß den katholiſchen gegenüber die proteſtantiſchen Mächte zuſammenhalten müßten. Man ließ ſie darauf aufmerkſam machen, mit welchen Gefahren das Uebergewicht Frankreichs insbeſondere Holland bedrohe, wie bedenklich die Ausſicht auf die Verbindung der Flotten Frankreichs und Spaniens für Englands geſammte maritime Stellung ſei. Man fand ihre Indolenz unbegreiflich der weiter und weiter fortſchreitenden Präponderanz Frankreichs gegenüber (Weiſungen vom 30. Juli und 27. Auguſt 1737). Am 9. November, endlich am 24. Dezember 1737 wird der Geſandte im Haag inſtruirt: die Seemächte darauf vorzubereiten, daß das Ungewitter nächſtens über ſie ausbrechen werde. Oeſtreich werde Alles thun, um ſich Frankreichs Unterſtützung in Konſtantinopel zu ſichern; der Kardinal könne dort unmöglich Frankreichs Intereſſen ohne Gegengewährung preisgeben, und die Franzoſen ließen ihre Abſichten auf Luxemburg deutlich merken; „gewinnen dieſe aber Luxemburg, ſo ſind ſie der Monarchie universelle ſehr nahe und werden ſie erreichen, wofern die evangeliſchen Puiſſancen dies nicht durch genaue Zuſammenſetzung hindern. Wie können die Seemächte in ſolcher Lage der Dinge blindlings auf das eingehen, was der kaiſerliche Hof in der Jülich'ſchen Sache zu unſerm Nachtheil proponirt hat? Sie werden es zu empfinden haben, wenn ſie künftig unſere Hülfe brauchen.“

Was die Miniſter den Lenkern Hollands und Englands durch die Geſandten ſagen, das will der Kronprinz, überzeugt, daß weder König Georg II. noch Robert Walpole, noch die derzeitigen Staatslenker Hollands zu mannhaften Thaten angelegt ſeien oder ſich zu

ſolchen aufraffen könnten, dem Parlament Englands, den Generalſtaaten Hollands, der öffentlichen Meinung in England und Holland ſagen. Er durfte ſich mit Recht einigen Erfolg verſprechen. Hatte nicht bereits der „Craftsman“ den engliſchen Miniſtern vorgeworfen, daß ſie eine Konſpiration der Hauptmächte Europa's, d. h. Oeſtreichs und Frankreichs, gegen England veranlaßt, daß ſie die Inſultirung Englands zur See und zu Lande duldeten?

Um ſo auffallender, daß der Druck dennoch unterblieben iſt. Wie wir ſahen, ſchrieb der Kronprinz an Voltaire: einige Gründe hätten ihn veranlaßt, die Ausführung ſeiner Abſicht, die „Betrachtungen“ in England drucken zu laſſen, aufzuſchieben (S. 8). Gewiß nicht äußere Gründe. Vielmehr, wie dieſe Schrift aus Motiven der derzeitigen preußiſchen Politik entſtanden, wie ſie zur Unterſtützung und Förderung derſelben geſchrieben, iſt ſie ſicherlich auch aus Gründen zwingender Art, welche gleichfalls dieſer Politik entſprungen ſind zuerſt zurückgelegt, dann unterdrückt worden. Der politiſche Grund, welcher dafür maßgebend war, iſt auch nicht allzu ſchwer zu entdecken.

Die identiſchen Noten der vier Großmächte, welche den proviſionellen Beſitz von Jülich und Berg dem Hauſe Pfalz-Sulzbach zuſprachen, waren am 10. Februar 1738 in Berlin übergeben worden. Am 19. deſſelben Monats hatte Preußen abgelehnt, auf dieſer Baſis in Unterhandlung einzutreten. Man ſtand in Erwartung der Maßregeln, mit welchen Oeſtreich und Frankreich dieſe Ablehnung beantworten würden. Sie hatten ſich über dieſelbe jedoch zunächſt noch mit den Seemächten zu koncertiren. Die Beſetzung der Herzogthümer durch franzöſiſche Truppen lag in naher Ausſicht. Es hieß, daß auch Sachſen rüſte. Der König befahl die Mobilmachung der Armee. Der letzte Augenblick war gekommen, um alle Mittel aufzubieten, die Seemächte von der Zuſtimmung zur Beſetzung der Herzogthümer abzuhalten. Die Veröffentlichung der „Betrachtungen“ gehörte zu dieſen Mitteln.

So war die Lage, als Anfang April 1738 in Berlin die Nachricht eintraf, daß Kardinal Fleury auf indirektem Wege, im Haag,

vertrauliche Eröffnungen gemacht habe: es ſei ſeine aufrichtige Abſicht, auf einen Ausgleich in der Frage der Herzogthümer hinzuwirken; der König möge ſeine Bedingungen bezeichnen. Die Wendung war höchſt unerwartet. Der König beſchloß Mitte April, die Probe zu machen, ob ſie ſich ſtichhaltig erweiſe. Sobald Preußen auf dieſe Annäherung des Kardinal Fleury auch nur verſuchsweiſe einging, war es unmöglich, ihn vor dem Tribunal Europa's der Gründung der Univerſalmonarchie, vor dem Tribunal der Seemächte der Politik Philipps von Macedonien anzuklagen. Der Kronprinz ſchob demgemäß die Veröffentlichung ſeiner Philippika auf. In denſelben Tagen, in welchen die preußiſchen Geſandten im Haag und in Paris angewieſen wurden, die Abſichten des Kardinals näher zu erforſchen (8. April und 19. April 1738), ſchrieb der Kronprinz in jenem Briefe an Voltaire, er werde ihm eine Schrift: Betrachtungen über die gegenwärtige Lage des europäiſchen Staatenſyſtems, deren Veröffentlichung verſchoben ſei, zuſenden; er dürfe ſie jedoch Niemand zeigen (19. April 1738).

Es kam zunächſt darauf an, abzuwarten, ob der Zwiſchenfall zu neuen Beziehungen zwiſchen Preußen und Frankreich führen würde. Solche traten in der That ein. Die Annäherung des Kardinals war durch deſſen Vorausſicht motivirt, daß die zwiſchen Spanien und England über den Schleichhandel in den weſtindiſchen Gewäſſern ausgebrochenen Streitigkeiten zu einem Kriege führen würden, an welchem theilzunehmen Frankreich durch den Familienpakt verbunden war, den der Kardinal ſelbſt zwiſchen den beiden bourboniſchen Linien vor fünf Jahren abgeſchloſſen hatte. Um England für dieſen Krieg die Bundesgenoſſenſchaft Preußens zu entziehen, ſchien ihm angezeigt, dieſem Staate einige Konceſſionen in der Frage der Herzogthümer in Ausſicht zu ſtellen und, erforderlichen Falls, in nicht zu großem Umfange zu machen. So geſchah es, daß die zurückgelegten „Betrachtungen" liegen blieben, daß ſie erſt volle funfzig Jahre ſpäter, nach dem Tode ihres Verfaſſers ans Licht gekommen ſind.

Wenn jene Anmerkung der Oeuvres posthumes ſich in ſo weit begründet erwieſen hat, daß die auswärtige Korreſpondenz jener Jahre

dem Kronprinzen genau bekannt war, ſo iſt auch die weitere Angabe der Herausgeber, daß eine Korreſpondenz exiſtire, die der Kronprinz mit dem General von Grumbkow geführt, in welcher der Kronprinz die Mittheilungen des Letzteren mit den feinſten und zutreffendſten Reflexionen beantwortet habe, vollkommen richtig. Einige Stücke dieſer Korreſpondenz aus den Jahren 1737 und 1738 gewähren über die Entſtehung der „Betrachtungen" den intimſten und ſicherſten Aufſchluß [1]).

Am 20. Januar 1737 ſchrieb der Kronprinz dem General Miniſter von Grumbkow aus Rheinsberg:

Mon très cher Général! — Quant aux lettres politiques je Vous avoue à parler franchement qu'elles m'ont causé un véritable chagrin. Je prévois sans nécromancie que notre plan pour Juliers et Bergue est manqué (S. 20); on n'a qu'à lire les effets dans leur causes pour en être convaincu. Sensible autant qu'on peut l'être à la gloire du roi, je souffre de voir que l'on ne prend pas toutes les mesures, qui seroient nécessaires pour conduire ce projet à une heureuse fin. Il me semble même, que je vois un dessein caché formé contre nous, des nuages qui s'assemblent pour former un orage. Peutêtre seroit-il encore temps de l'éviter, peutêtre que par de bonnes mesures on pourrait nous rendre les esprits plus propices qu'ils ne le sont. Mais ce qui m'allarme le plus, c'est de voir une certaine léthargie de notre côté dans des tems où l'on est bien revenu de la terreur de nos armes, dans des tems où l'on pousse la témérité jusqu'à nous mépriser. Je n'ose pas dire ce que je crains, peutêtre que mon hypochondre enflé me suggère de sinistres pensées. Vous les pénétrerez, Monsieur, sans que je Vous les dise; enfin je crains des malheurs d'autant plus grands que l'on s'en attend moins. Veuille le ciel, qui veille sur les royaumes, qui les élève et les détruit selon qu'il

[1]) Die folgenden Abdrücke ſind den Originalen des geheimen Staats-Archivs zu Berlin entnommen.

lui plaît, détourner tout ce que mon génie allarmé me présage de funeste. Personne ne peut s'intéresser plus que moi au salut de la Prusse. Il est naturel et juste que j'y prenne part et si Vous trouvez, que mes conjectures sont trop exagérées, Vous les trouverez d'autant plus excusables, qu'une personne qui a des objets fort à coeur outre toujours la matière. Il ne me reste qu'à Vous assurer de la véritable estime avec laquelle je suis, mon cher Général, Votre tres fidèlement affectionné ami Frédéric.

A Reinsberg ce 28 de Janvier 1737.

Mon très cher Général! Vous voyez que mes conjectures ne sont pas tant fausses; le voyage de l'envoyé d'Angleterre en Saxe Vous ouvre les yeux (S. 19). Cette cour et celles qui ont contribué à son élévation se ligueront ensemble, elles nous chercheront noise et nous forceront malgré que nous en ayons (sic) à prendre les armes ou à souscrire aux conditions les plus ignominieuses qu'ils nous imposeront. Je vois de sang froid du fond de ma retraite tout ce qui se passe dans le monde. Arrive ce que voudra, ma réputation et ma gloire n'en souffriront point; je peux par conséquence mieux juger des événements que ceux qui s'intéressent trop à leurs propres ouvrages, qui se confient trop à leurs forces et qui se croyent au dessus des malheurs. J'aime le roi, j'ai sa gloire à coeur et je me sens un véritable attachement pour ma patrie, ce sont les seuls motifs qui m'engagent à m'intéresser au salut de l'état. Ce sont ces sentiments qui m'allarment et qui me font craindre pour l'avenir. Il seroit à souhaiter, que le roi reconnut à la fin l'électeur de Saxe pour roi de Pologne [1]); il pourrait peutêtre avec cette seule démarche changer beaucoup la face des affaires, adoucir une cour qui n'est que trop aigrie, rentrer en liaison avec ses ennemis, céder à l'orage pour

[1]) Geſchah am 12. April 1737.

l'éviter et gagner du tems, afin qu'après un certain écoulement d'actions des circonstances plus favorables survenants il fût en état d'en profiter.

Je m'intéresse très peu aux revues hors la mienne, dont j'espère de me tirer tant bien que mal. Le siècle, où nous sommes, est plus fameux (malheureusement pour nous) en faits de négotiations qu'en faits de guerre. Nous sommes en bonne posture de côté du militaire; mais nos négotiations n'ont point de vigueur; il semble, qu'un engourdissement pernicieux aye assoupi les affaires étrangères. J'en dis peutêtre trop; mes intentions sont très pures, et si je pêche, c'est par trop d'attachement pour le roi. Cette faute est pardonnable relativement à son principe, et je suis du sentiment qu'il vaut toujours mieux témoigner trop de zèle que de la froideur. En pensant ainsi Vous pouvez bien juger, Monsieur, que l'amitié et l'estime que j'ai pour Vous seront toujours actives, étant, mon cher Général, Votre très affectionné ami

Frédéric.

A Reinsberg ce 14 de Février 1737.

Mon très cher General! Je vous renvois toutes les lettres que Vous m'avez communiquées touchant la négotiation de Juliers et Bergue, craignant trop de voir de semblables pièces entre mes mains. Ce que je ferais dans ce cas (S. 21) et ce que je crois que le roi fera, ce serait de me mettre avant toute chose bien avec l'empereur, de faire accroire aux Hollandais que j'ai besoin de leurs négotiations, de ne m'engager à rien avec eux et de faire en attendant défiler tous les 40 escadrons de dragons avec ceux des hussards vers le pays de Cleve, de laisser deux régimens de cavallerie avec les garnisons des villes en Prusse et de rassembler toute l'infanterie et le reste de la pesante cavallerie dans les marches afin que dès que quelqu'un fît semblant de vouloir s'opposer à mes desseins, je sois en état de lui tomber sur le corps; et ces 40 escadrons

de dragons auraient ordre, dès que le cas auroit échu S. 21), d'entrer dans Juliers et Bergue et de s'emparer des deux duchés. Ensuite si l'on veut en venir à une négotiation tout ce qu'on pourra faire sera de nous faire rendre Juliers et nous garderons Bergue, au lieu que si nous n'envahissons que Bergue, on nous en fera encore rendre la moitié. Peutêtre que Vous pourrez faire usage de mes réflexions; si Vous les trouvez bonnes à Vous permis de Vous les approprier. Ce qu'il y a de plus important à observer, c'est de faire bientôt défiler les dragons et avant que le cas vînt à exister; car si nous manquons le moment de la mort de l'électeur, notre coup est perdu.

Ne pourrait on pas peutêtre gagner quelques officiers Palatins, qui sont en quartier avec leurs régimens dans les duchés, afin qu'ils nous livrent les villes dès que le cas viendra à exister.

Je Vous jette toutes sortes d'idées qui me passent par la tête, choisissez, retranchez et corrigez ce que Vous en voudrez, pourvu que Vous puissiez vous servir de quelque chose.

Adieu, mon cher Général, je suis avec une très parfaite estime Votre très affectionné ami

Frédéric.

A Remusberg ce 16 de Mars 1737.

Mon cher Général! J'ai bien reçu la lettre que Vous venez de m'écrire avec toutes les incluses. Je Vous avoue que je ne saurais assez admirer le sang froid du roi, qui souffre patiemment qu'on imprime ouvertement en d'autres lieux des libelles diffamatoires, qui attaquent sa personne et qui le décrient dans l'esprit des gens qui ne le connaissent pas. J'avoue que le feu m'en est monté à la tête et que j'aurais fort bien su tirer raison de l'impudence du poëte

et de l'infamie de celui par l'ordre de qui ces vers ont été composés [1]).

Un des chefs d'accusation du garde des sceaux est justement ce qui le disculpe dans mon esprit. Il n'a donc point donné les mains dans cette indigne paix (S. 18. 21), il n'a pas été assez fourbe pour trahir l'honneur de son maître et les engagements qu'il avoit pris avec ses alliés (S. 18. 19). Donc Monsieur Chauvelin étoit trop honnêt homme pour rester dans un ministère, où il n'y a que des infames comme le Cardinal, qui méritent de faire agir un roi — comme Louis XV.

Passez moi cet enthousiasme, je Vous en prie; l'article de la paix m'avoit trop frappé pour garder le silence sur les indignités du Cardinal.

Quelle fougue prend au prince de Galles (S. 21)? Tout d'un coup il se met à la tête d'un parti contre son père; il va l'attaquer ouvertement et lui manquer aux respects, qu'il lui doit et aux quels tant d'engagements l'obligent. Je ne saurais approuver sa conduite:

Un fils s'armera-t-il contre un coupable père?
Il détourne les yeux, le plaint et le revère.
Les droits de Souverains sont ils moins précieux?
Nous sommes leurs enfans, leurs juges sont les dieux.

Cabaler mercenairement et se vendre à des mécontents séduit par l'appas de 50,000 livres Sterl. cela me parait bien bas [2]).

Je Vous quitte, mon cher Général, Vous priant de m'envoyer des nouvelles toutes agréables et réjouissantes l'ordinaire qui vient. J'ai véritablement envie d'être de bon humeur; ne

---

[1]) Es handelt ſich um ein gegen den König gerichtetes Pamphlet Epitre à Dom Quixotte. — [2]) Der Führer der Oppoſition, Pulteney, hatte am 22. Februar 1737 den Antrag in das Haus der Gemeinen eingebracht, den König zu bitten, die Dotation des Prinzen von Wales von 50,000 Pfund jährlich auf 100,000 Pfund zu erhöhen.

m'offrez rien que des objets gracieux, des choses riantes et tout ce qui est propre à entretenir le plaisir. Je suis avec une très parfaite estime, mon cher Général, Votre très fidèlement affectionné ami Frédéric.

A Reinsberge 4 dc. Octobre 1737.

Monsieur le Maréchal! J'ai reçu la relation que Vous avez eu la bonté de me faire de votre séjour de Wusterhausen avec bien de plaisir. Vous m'avez comme transporté sur les lieux et j'ai cru voir tous les objets dont Vous faites mention.

La nouvelle la plus agréable, que Vous pouviez m'apprendre, c'est la bonne santé du roi et l'égalité de son humeur, qui avec l'aide de dieu servira à la lui conserver longtemps.

Il parait que les nouvelles politiques et belliqueuses de Vienne doivent être conformes aux désirs du roi (S. 21). L'orgueil et le dédain de cette impérieuse maison devroit être rabaissé par toutes ces contrecoups, qui leur sont arrivés, et de plus le roi aura bientôt la consolation de voir la Saxe brouillée avec la Russie et par conséquent touts les projets de ces fiers ennemis détruits, comme les feuilles le sont en cette saison par l'effort des aquilons.

Vous avez dit au roi tout ce qu'un homme d'esprit, un grand politique et un honnêt homme peut dire a son maître sur le sujet dont il s'agissoit. Je me flatte encore, que nos affaires iront mieux qu'on ne l'avait osé attendre. Quelques actions écoulent dans la suite des temps, changent la situation des choses et ce qui paraissait incroyable, devient naturel et possible par ces changements.

Il me sied bien de politiquer à moi qui suis un solitaire et qui fais consister mon plus grand bonheur à n'être point chargé du fardeau des affaires. C'est un plaisir bien doux que de pouvoir raisonner sur les actions des autres ou former des projets sans en craindre la mauvaise issue; j'ai ce plaisir

et ce qui le rend encore plus agréable c'est que je l'ai dans le moment qu'il me plait de me le procurer.

Ma solitude salue Votre politique et ma personne Vous prie de me compter toujours au nombre de Vos amis étant avec une très parfaite estime, Monsieur le Maréchal, Votre très affectionné ami Frédéric.

A Remusberg ce 7 d'Octobre 1737.

Mon cher Maréchal! Je suis fâché de Vous savoir encore incommodé, j'espère cependant que Vous en serez quitte pour la migraine. Les nouvelles de Vienne ne sont pas fort favorables pour l'armée de l'empereur. Il parait qu'il pourrait bien encore perdre des provinces en Hongrie comme il a perdu des royaumes dans la dernière guerre en Italie. Ce sont ses affaires et celles de ses ministres; j'attends impatiemment de voir de quelle manière cette impérieuse cour se conduira quand elle aura le dessous, et si son arrogance et sa hauteur ne se rabaisseront pas de beaucoup à la vue des mauvais succès de ses entreprises.

Les nouvelles de London me font pitié, c'est une honte que de voir un père qui prostitue son fils[1]) et un fils qui cabale contre son père; il vaudrait autant qu'ils s'éborgniassent les uns les autres pour se faire pièce. En Angleterre le courroux d'un roi contre son fils n'est d'aucune suite; de prince de Galles, qu'il étoit, il devient chef de parti d'autant plus dangereux que ses adhérants sont animés par l'aiguillon de l'espérance. Abandonnons cette malheureuse famille à la discorde et goûtons d'autant plus des fruits qu'une heureuse union produit. Qu'on est heureux quand on sait opposer une barrière à son ambition! Et quand on sait étouffer en leur naissance des passions d'autant plus dangereuses qu'elles sont

[1]) Der Befehl König Georgs II., welcher den Prinzen von Wales und dessen Familie aus St. James verbannte, ist vom 21. September 1737.

insatiables et qu'elles tyrannisent ceux qui les nourissent. Ces réflexions m'engageroient trop avant si je voulais m'y abandonner et de plus ce serait abuser de Votre patience et jetter de l'eau en pleine mer.

Je Vous souhaite une prompte et entière reconvalescence Vous priant d'assurer le Diable[1]) de mon estime et de me croire à jamais, mon cher Maréchal, Votre très fidèlement affectionné Frédéric.

A Remusberg ce 19 d'Octobre 1737.

Mon cher Maréchal! Je ne saurais assez me louer de l'exactitude avec la quelle Vous voulez bien m'informer des événements de l'Europe. Quels changements et quelles révolutions n'avons nous pas vu arriver depuis deux à trois ans? L'empereur, la Russie et la Saxe dans une alliance offensive et défensive favorisent ce dernier pour monter au trône de Pologne. L'empereur déclare inconsidérément la guerre à la France, perd des batailles, des villes et des royaumes. La Russie d'un autre côté soutenue d'une fortune constante investit la Pologne, prend Danzig après une longue résistance et place Auguste sur le trône des Sarmates; elle fait plus, elle déclare la guerre aux Tartares et après avoir englouti les provinces dépendantes du Chan pousse ses conquêtes et le cours triomphant de ses prospérités jusqu'à Bender où elle met pour ainsi dire le couteau à la gorge du Turc. D'un autre côté les Français après avoir commencé les hostilités sont victorieux, battus, et puis encore victorieux en Italie. Ils prennent quelques places dans l'empire et parvenus à un point où l'on croyoit qu'ils alloient donner la loi à l'Europe, ce sont les victorieux qui demandent la paix aux vaincus. Ils démentent leur manifeste, ils abandonnent le roi Stanislaus (toujours roi en figure et vil jouet du sort), ils trahissent la foi publique et

[1]) D. i. Ernſt Chriſtoph von Manteuffel.

moyennant l'acquisition de la Lorraine ils font une paix honteuse et qui leur fera un tort éternel jusqu'à la dernière postérité. Cette paix n'est qu'ébauchée et l'empereur n'étant pas encore tout à fait sorti de ses malheurs hazarde de nouveau. Il rompt contre l'équité et la justice la trève, qui n'était point encore expirée avec la Porte Ottomane; il les attaque dans un tems, que les Turcs épuisés par les guerres des Perses ont toute la puissance Russienne sur les bras. La trahison et la perfidie sont punies tôt ou tard. Dieu se déclare pour la cause du grand Seigneur; un esprit de division se répand dans l'armée de l'empereur, la sagesse et la prévoyance, la vigilance et l'activité quittent son conseil, la jalousie détruit ses desseins et la confusion fait périr son armée nombreuse. C'est ainsi que la sagesse de Dieu règle les évènements du monde et qu'en plaçant les rois au premier rang des humains elle leur prépare aussi des revers proportionnés à leur grandeur. Le roi de Pologne en fait la rude expérience; la défaite de ses troupes en Hongrie éclipse peutêtre pour un tems l'idée flatteuse que sa nouvelle royauté lui avait offerte.

Ne suis je pas bien heureux de me trouver dans une situation, où je n'ai pas à craindre de pareils revers? Plût à Dieu, que je puisse dire toute ma vie, comme le premier Dauphin, le roi mon père!

Il n'y a qu'à connaitre les grandeurs pour s'en désabuser; mon cher Cicero me dit mille bonnes choses à ce sujet.

J'aime trop à m'acquitter de touts mes devoirs pour manquer de ma vie à ce que je dois à mon père. Mais si jamais il y avoit quelque chose qui pût me fortifier pour faire des voeux pour sa conservation, ce sont les réflexions que me font faire les révolutions rapides que j'ai vu arriver dans un si court espace.

Vous m'avez enhardi, Monsieur, à Vous dire mes sentiments sur les événements politiques, je me flatte, que Vous aurez d'autant plus d'indulgence pour les réflexions que je Vous

communique. Je suis dans une situation où je regarde tous les artifices, les ruses et les intrigues de la politique de nos jours comme un jeu puérile d'enfans à qui se trompera le plus finement. Effectivement ce n'est pas autre chose, car le moindre événement inopiné fait avorter tous les dessins que la sagesse avoit conçue et qu'il semblait que la prudence allait conduire à ses fins.

La bonne foi lésée ouvertement et sans ménagement, la générosité méconnue et les vues d'intérêt produites si ouvertement laissent entrevoir toute la méchanceté du coeur humain sans avoir égard aux simples apparences de la vertu.

Il faut avouer que cette grossièreté ne sauroit être du gout des honnêtes gens et qu'elle fera guère honneur à notre siècle dans des tems postérieurs aux nôtres, où les égards dus à des personnes d'un rang distingué disparaitront et où on ne jugera de nous que selon nos actions. Ce qui met le comble à mon indignation c'est de voir les panégyriques faits à l'honneur des plus méchants hommes de la terre et la lâcheté et la bassesse avec lesquelles leurs flatteurs honorent la perfidie et comblent de louanges le crime. Vous avez vieilli dans le monde, Vous avez eû le tems de faire souvent les réflexions que je fais à présent, et vu la connaissance, que Vous devez avoir acquise dans l'histoire de l'esprit humain, peutêtre que ce que je trouve étrange Vous paraitra ordinaire. Le vice je Vous l'avoue, ne fit jamais tant de progrès dans la retraite que dans les cours, il m'est plus inconnu et me parait de là peut-être plus étrange; je trouve que c'est un bonheur! Heureux si on en pouvoit ignorer jusqu' au nom.

Je Vous prie de ne point douter de l'estime avec la quelle je suis, mon cher Maréchal, Votre très fidèlement affectionné ami

Frédéric.

A Remusberg ce 9 de Novembre 1737.

Mon cher Maréchal! Je ne crois pas qu'il soit possible d'accumuler plus de mauvaises nouvelles, qu'en contient Votre lettre.

La mauvaise santé du roi, le prognostique funeste que Vous faites, le triste succès de nos négotiations touchant Juliers et Bergue, les brouilleries avec la cour d'Hanovre et récemment avec celle de Cologne, toutes ces nouvelles, dis je, seroient capables de faire pendre vingt Anglais. Pour moi j'en suis de si mauvaise humeur, que je crois avoir pris un peu de Spleen. Fournissez moi, je Vous prie, des nouvelles plus agréables et plus réjouissantes par la poste, qui vient.

Que ne joue-t-on la pareille à la cour de Vienne? Pourquoi ne tâche-t-on pas de semer la mésintelligence et la discorde entre elle et celle de Russie (S. 22); ensuite on trouveroit moyen d'entrer en alliance avec cette dernière et peutêtre encore avec celle de Saxe. Peutêtre que la Hollande, le Danemarc et la Suède se mettroient aussi du jeu et avec un parti aussi bien ligué que celui, que je propose, on pourroit agir offensivement sans craindre ces puissances orgueilleuses qui affectent de donner la loi à l'Europe (S. 20) — —.

Dieu sait que je souhaite une longue vie au roi; mais si de son vivant le cas de la succession ne vient pas à exister, on verra qu'on n'aura pas eu lieu de m'accuser de sacrifier mes intérêts à d'autres puissances. Je crains plutôt qu'on pourra me reprocher trop de témérité et de vivacité. Il semble que le ciel ait destiné le roi pour faire tous les préparatifs que la sagesse et la prudence exigent qu'on fasse avant que de commencer une guerre. Qui sait, si la providence ne me réserve pas pour faire l'usage glorieux de ces préparatifs et pour les employer à l'accomplissement des dessins, aux quels la prévoyance du roi les avoit destinés? Si Vous avez le coeur assez dur pour ne vouloir pas me donner de bonnes nouvelles et que Vous voulez pourtant que je Vous les par-

donne, apprenez moi du moins quelque chose de consolant sur la santé du roi, ne m'allarmez pas en vain et ne troublez pas le repos de ma chère solitude, qui me tient lieu de cour, de royaume et de gloire.

Soyez persuadé que je suis avec une très sincère estime, mon cher Maréchal, Votre très fidèlement affectionné ami

Frédéric.

A Remusberg ce 15 de Novembre 1737.

Mon cher Maréchal! Je viens de recevoir avec beaucoup de plaisir la lettre que Vous venez de m'écrire. Je Vous suis bien obligé de ce que Vous voulez bien m'épargner toutes les nouvelles fâcheuses qui regardent l'affaire de Juliers. Une heureuse sécurité fondée sur l'habilité du pilote qui conduit le navire est préférable aux inquiétudes mal fondées de tant de faux politiques. C'est le parti que je dois prendre, c'est le plus raisonnable et c'est sans contredit le plus heureux. Si toutefois Vous voulez me faire le plaisir de me communiquer des nouvelles d'Hongrie, d'Angleterre et de France les événements les plus remarquables de ces cours relativement aux choses indifférentes, je Vous en aurai une obligation infinie.

La chûte de Seckendorf (S. 22) est de ces événements qu'on pouvoit lire dans leur cause. Les brigues de ses ennemis, joint à un projet formé et bien lié de le perdre ne m'ont pas laissé douter de son malheur. Après tout il faut avouer que Seckendorf ne s'est jamais fait des amis; il a toujours été extrêmement intéressé et d'ailleurs d'une humeur peu insinuante et brusque. Quelle leçon que sa chûte! Et combien tout homme dans quelque caractère qu'il se trouve ne doit il point être attentif à ne jamais désobliger personne; il ne faut qu'un ennemi pour nous perdre au lieu que beaucoup d'amis ne peuvent quelque fois nous sauver. Il faut cependant rendre justice à Seckendorf en quoi elle lui est due;

il ne manque aucunément de capacité pour la guerre, il est laborieux et je crois qu'il seroit en état de rendre des services distingués à l'empereur si on pourvoyoit à tous les besoins de l'armée, si on l'empêchoit à se livrer à son avarice et si on lui laissoit la disposition entière des opérations de la campagne.

Laissons agir l'empereur comme il l'entend et croyez moi toujours avec une très parfaite et sincère estime, mon cher Maréchal, Votre fidèlement affectionné ami Frédéric.

A Remusberg ce 4 de Mars 1738.

Monsieur! J'ai lieu de me louer de votre exactitude; je viens de recevoir deux de Vos lettres à la fois. Dans la première Vous me faites le procès sur ce que je Vous avais prié de ne point importuner le roi sur le sujet de mes finances, en quoi je ne vois point ce qui Vous a pu paraître étrange. J'ai très bien distingué les bonnes intentions que Vous avez manifestées pour mes intérêts des suites fâcheuses ou inutiles que ces bonnes intentions pourraient avoir. — — J'en viens à Votre seconde lettre. Vous vous étonnez que je ne réponds pas sur l'article de la déclaration. Vous vous êtes aperçu qu'elle n'étoit pas tout à fait conforme à mon sens. Quand on ne me demande pas mon sentiment je sais garder le silence; mais lorsqu'on me le demande, je trahirais la bonne foi et la confiance qu'on me témoigne si je ne parlais pas franchement. Souvenez Vous donc, Monsieur, que Vous m'extorquez cette réponse et que je me serois tû, si Vous ne me forciez pour ainsi dire à m'expliquer. Je Vous avoue donc que je trouve dans la réponse faite aux médiateurs (S. 23) un conflict de grandeur et de bassesse, dont je ne m'accorde pas. Cette réponse ressemble à celle d'une personne qui n'a pas envie de se battre: mais qui en fait le semblant. Il n'y avoit que deux parties à prendre: ou de répondre avec une noble fierté et ne point biaiser par de petites négotiations dont on appréciera

bientôt la juste valeur, ou de plier sous le joug honteux que l'on veut nous imposer. Je ne suis pas assez fin politique pour accorder ensemble un contraste de menaces et de soumissions, je suis jeune, je suivrais peutêtre l'impétuosité de mon tempérament, toutefois je ne ferais pas des choses à demi.

Voilà mes sentiments, Monsieur, puisque Vous voulez les savoir. S'ils ne sont pas conformes aux Votres, souvenez Vous que les façons de penser sont aussi variées que les physionomies des hommes. Lorsque je Vous parlerai d'hardiesse Vous m'opposerez la prudence, j'y consens. Souvencz Vous seulement, je Vous prie, que la prudence est fort propre à conserver ce qu'on possède, mais que la seule hardiesse fait acquérir. Je suis avec une très parfaite estime, Monsieur le Maréchal, Votre très fidèlement affectionné ami

Frédéric.

Noch in demſelben Monat ſchrieb endlich der Kronprinz:

Mon cher Maréchal! En lisant le mémoire présenté à la Haye, il me sembloit entendre le discours insolent que Popilius ambassadeur Romain tint à Antiochus roi de Syrie lorsque ce prince à la tête de quatre vingt mille hommes tentoit de faire une incursion en Egypte. L'orgueil, la hauteur et la fierté y sont poussés à l'outrance. Il semble que la France ne le cède pas en puissance et en pouvoir à Dieu le père. S'opposer à Versailles c'est s'opposer aux décrets divins, quelle impertinence! On ne croiroit pas que de misérables mortels fussent capables de tant de hauteur [1]). Je leurs répondrais que le roi de Prusse est comme

La nobile palma
se spiantare si tenta allor inalza la cima altiera.

[1]) Es iſt offenbar dies Memoire, das unter Wiederholung des Hinweiſes auf C. Popilius Laenas in den „Betrachtungen" erwähnt wird und an deren Schluſſe mitgetheilt werden ſollte. Preuß hat in den Oeuvres de Frédéric das

Passez moi ces vers Italiens; ils conviennent au roi, à ses forces et à sa maniere digne dont il soutient ses justes prétentions. Vos réflexions sur le mémoire sont fort justes, mais il ne faudroit pas les débiter à l'ombre du Cabinet. Croyez moi, il est tems d'écrire pour préparer et pour gagner les esprits, il faut que la presse roule à présent et j'ai plus envie que jamais de publier ma pièce. Si Vous le jugez à propos, je l'enverrai en Angleterre, où elle paraitra premièrement en Anglais; ensuite mon original se débitera en Hollande comme une traduction. C'est là mon idée, Vous pourriez de même faire imprimer vos remarques sur le mémoire en forme de lettre d'un ami à un Hollandais ou à un Anglais. Je crois que cela ferait un effet merveilleux sur l'esprit du public, d'autant plus qu'il est paresseux et que dès qu'il trouve un raisonnement tout fait, il l'adopte pour s'épargner la peine d'en tirer un de son propre fond.

Memoire vom 3. Januar 1737 abdrucken laſſen (8, 28), welches in keinem Falle gemeint ſein kann; vielmehr handelt es ſich um das von dem des öſtreichiſchen Hofes abweichende, am 14. Dezember 1737 von Fénélon im Haag übergebene Schriftſtück, deſſen Hauptſtelle lautet: Sa Majesté (le Roi de France) et Sa Majesté Impériale — ont fait dresser le Mémoire, qu'Elles ordonnent à leurs ministres de remettre tant à Berlin qu'à Manheim. Elles espèrent que Sa Majesté Brittanique et Leurs Hauts Puissants ne feront aucune difficulté de l'adopter, ne contenant rien qui ne soit entièrement conforme aux principes établis dans la résolution des Etats généraux du 25. Novembre dernier. Sa Majesté et Sa Majesté Impériale estiment que le Mémoire doit être présenté sans délai et Elles ne perdront pas un seul moment à l'envoyer dans les cours de Berlin et de Manheim aussitôt que Sa Majesté Brittanique et Leurs Hauts Puissants l'auront approuvé, afin que le concert conforme des quatre Puissances, au nom desquelles il sera remis, fasse connaitre, que leurs principes sont invariables, que ce serait inutilement qu'on essaierait de les contredire, et qu'Elles requièrent avec un égal empressement une réponse promte et qui soit telle, que l'on sache incessament à quoi s'en tenir sur les intentions des parties intéressées. Remis par nous Ambassadeur Fénélon.

Dieſe Briefe beweiſen, wie aufmerkſam und mit wie lebhaftem Antheil der Kronprinz der auswärtigen Politik jener Jahre folgte. Die Auffaſſungen und Urtheile derſelben wiederholen ſich zum Theil wörtlich in den „Betrachtungen." Daß die in dem letzten Schreiben erwähnte Pièce die „Betrachtungen" ſelbſt ſind, bedarf keines Wortes.

Auch der Wendung der auswärtigen Politik Preußens, die ihn nöthigte, die „Betrachtungen" ungedruckt zu laſſen, hat ſich der Kronprinz angeſchloſſen. Die mit jener Annäherung des Kardinals Fleury (S. 28) einſetzende Politik der beiden letzten Jahre König Friedrich Wilhelms I., welche zum Ziele hatte, durch Anlehnung, ſei es an Frankreich, ſei es an England, das Herzogthum Berg für Preußen zu gewinnen, hat der Kronprinz als König zunächſt geradlinig weiter verfolgt. Für das Zugeſtändniß des Beſitzes des Herzogthums Berg bot er ſowohl Frankreich als England das Bündniß Preußens. Aber er kam nicht weiter als ſein Vater. Die auf dieſer Baſis mit dem Kardinal und Georg II eingeleiteten Unterhandlungen ſcheiterten hier wie dort, obwohl inzwiſchen jener Krieg zwiſchen Spanien und England zum Ausbruch gekommen war, deſſen Vorausſicht den Kardinal ſchon im April 1738 zur Annäherung an Preußen beſtimmt hatte, und demgemäß ſowohl Frankreich, das in denſelben einzutreten im Begriff ſtand, wie in weit höherem Maße England Bundesgenoſſen brauchte. Der Kardinal wie Georg II. von England wollten ſich nicht zu nahe mit Preußen ſtellen, um ſich dadurch nicht mit Oeſtreich zu entzweien. Der Kardinal hielt ſich außerdem überzeugt, daß England nicht im Stande ſei, bei den Beziehungen, die er zwiſchen Oeſtreich und Frankreich begründet, die Coalitionen der Zeiten Wilhelms von Oranien und des ſpaniſchen Erbfolgekrieges zu erneuen, und beharrte darauf, daß der Uebergang über den Niederrhein nicht in Preußens Hand gelangen dürfe. Bei Georg II. wirkten außer jener Rückſicht auf Oeſtreich die kurbraunſchweig'ſche Eiferſucht auf Preußens Vergrößerung und die Meinung, daß Frankreich ſo beſtimmte Verpflichtungen gegen das pfälziſche Haus übernommen habe, daß es Preußen reelle Zugeſtändniſſe für Jülich und Berg zu machen nicht vermöge.

Alle Verſuche, in der Frage der Herzogthümer vorwärts zu

kommen, auch nur das geringere und kleinere derſelben, Berg, Preußen zu ſichern, waren conſtant geſcheitert. Je genauer der junge König als Kronprinz den langen wechſelvollen diplomatiſchen Phaſen dieſer Frage gefolgt war, um ſo beſtimmter überzeugte ihn nun der Mißerfolg ſeiner eigenen Unterhandlungen, die unter der denkbar günſtigſten europäiſchen Conſtellation begonnen und unter dieſer mit dem lebhafteſten Eifer fortgeführt worden waren, daß in dieſer Frage nicht durchzudringen und zwar darum nicht durchzudringen ſei, weil in derſelben Oeſtreich und Frankreich Preußens Intereſſen gleichmäßig entgegenſtanden.

Die feſte Ueberzeugung, gegen die Oppoſition Frankreichs und zugleich gegen die Oppoſition Oeſtreichs nicht einmal den vollen Beſitz Bergs erreichen zu können, beſtimmte dann den König, als die Nachricht von Kaiſer Karls VI. Ableben eintraf, zu dem Entſchluſſe, auf die Herzogthümer zu verzichten und ſtatt dieſer Erwerbung eine andere ins Auge zu faſſen, bei welcher er gewiß ſein konnte, wenigſtens zunächſt nicht Frankreich und Oeſtreich im Gegenſatze gegen Preußen zu finden. Es war eine Wendung, welche dem Zielpunkt der „Betrachtungen“ ſcharf widerſprach. Oeſtreich hatte dieſelbe lediglich ſeinem eigenen Verfahren, ſeinem hartnäckigen und vertragswidrigen Widerſtande gegen die Erwerbung des wenig bedeutenden Herzogthums Berg zuzuſchreiben.

Den Grundgedanken der „Betrachtungen“ hat der König dennoch feſtgehalten. Die Initiative gegen Oeſtreich gehörte ihm allein. Nicht im Schlepptau Frankreichs, in voller Selbſtſtändigkeit führte er ſeine Sache. Daß Frankreich aus der großen Konjunktur, die er ihm weit geöffnet, nicht zuweit gehende Vortheile zöge, hatte er wohl im Auge. Zwei Mal hielt er im Laufe des Krieges inne, ſobald ſeine Intereſſen ihm inne zu halten geboten. So geſchah es, daß Frankreich 1748 nach dem Aachener Frieden viel weiter von der Univerſalmonarchie entfernt war als im Jahre 1738. Damit hatte König Friedrich freilich nur erreicht, daß Frankreich und Oeſtreich jenes Einverſtändniß, das ſie von 1735 bis 1740 verbunden, nunmehr gegen ihn erneuten. Aber es war jetzt Oeſtreich, dem die Rolle des Auguſtus zufiel. Gegen dies neue Bündniß der katholi-

ſchen Mächte behauptete ſich der König im ſiebenjährigen Kriege. Wie auf dem Schlachtfelde, hielt er ſtarke Wacht im Kabinet, als die beiden Gegner auch nach dem Kriege ihr Einverſtändniß fortſetzten und durch Familienbande feſtigten. Aber der König hätte keinen Grund mehr gehabt, Europa vor der Uebermacht Frankreichs zu warnen.

Voltaire fand, als ihm der Kronprinz unter dem 17. Juni 1738 die Handſchrift der „Betrachtungen“ mit wiederholter Ermahnung, ſie nicht aus der Hand zu geben (die Folgen werde er leicht begreifen), zugeſendet hatte, die Politik Frankreichs zu hart verurtheilt. Lothringen ſei doch wohl niemals Lehen des deutſchen Reiches geweſen; es ſei mehr Zufall und Glück als Entſchluß und Konſequenz, dem Frankreich ſeine Erfolge verdanke; am Ende ſei es nicht zum Erſtaunen, daß ein ſehr reicher Mann, von Leuten umgeben, die ſich im Kleinen ruinirten, ihren Beſitz um geringen Preis erſtehe (5. Auguſt 1738). Der Kronprinz hielt ſeine Ausführungen in den Betrachtungen aufrecht.

Hat man in Deutſchland geirrt, indem man die „Betrachtungen“ für eine Studie allgemeiner Art über die Beziehungen des Staatenſyſtems, die der Kronprinz zu ſeiner Orientirung verfaßt, für den Ausdruck ſeiner politiſchen Grundſätze und Anſchauungen genommen, ſo iſt neuerdings in Frankreich ein ganz anderes Misverſtändniß aufgetaucht. Einem jener Publiciſten, an denen Frankreich leider keinen Mangel hat, iſt die Entdeckung gelungen, daß die Schrift des Kronprinzen eine Apologie der Politik Frankreichs, ein Zeugniß für die Rechte Frankreichs auf Elſaß und Lothringen, ja ſogar auf die Rheingrenze ſei. Eine Stelle der „Betrachtungen“, in welcher die Ländergier Frankreichs und die fortſchreitende Beraubung Deutſchlands und der Niederlande mit bitterſter Ironie gegeißelt werden, wird als Beweis dafür genommen, daß Friedrich II. unſeren Anſpruch auf Elſaß-Lothringen im voraus verurtheilt habe. Solchen Scharfſinn unſerer überrheiniſchen Nachbarn zurückzuweiſen, hat in der eben gedachten Aeußerung Voltaire bereits übernommen, deſſen Autorität man dort auch wohl in dieſer Frage gelten laſſen wird.

Die Schlacht von Kollin.

In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag den 19. Juni 1757, Morgens 1 Uhr, traf der Adjutant König Friedrichs II., Major Grant, von Kollin im Lager vor Prag ein. Er war noch zuletzt dem Könige auf dem Schlachtfelde zur Seite gewesen, als dieser die Flüchtigen des Regiments Anhalt um die Fahnen sammelte, zur Attaque schlagen ließ und sie in der Hoffnung vorführte, daß die Infanterie des linken Flügels sich anschließen, wenigstens sich wiederum setzen werde. Darnach hatte ihn der König mit einigen Feldjägern nach Prag gesendet: „Benachrichtigen Sie die Generale von dem Unglück, welches ich gehabt. Ich habe Alles gethan, die Schlacht zu gewinnen; es war aber nicht mehr möglich." Den Bericht, welchen Major Grant dem Prinzen Heinrich noch in der Nacht im Beisein von dessen Adjutanten Grafen Henkel von dem Hergange der Schlacht erstattete, hat dieser letztere am Sonntag Vormittag in sein Tagebuch eingetragen. In demselben heißt es: Prinz Moritz von Dessau habe zur Schlacht getrieben, dem König zum bevorstehenden Siege Glück gewünscht und den Degen gezogen. Da die Stellung der Oestreicher außerordentlich fest, der linke Flügel sogar unangreifbar war, habe der König beschlossen, seinen rechten Flügel ganz und gar zurückzuhalten und nur mit dem linken anzugreifen. „General Hülsen nahm zu diesem Zwecke zehn Bataillone der Flanke und der Reserve und griff den rechten feindlichen Flügel an. Die zahlreiche, vortrefflich und etagenweis aufgestellte, gut bediente feindliche Artillerie wüthete mörderisch. Unsere brave Infanterie erstieg die Anhöhen und warf den Feind zurück. Wir gewannen immer mehr Terrain auf der Höhe, und einige Bataillone bemächtigten sich der Kanonen und feindlichen Fahnen. Kaum hatten

ſie jedoch die Anhöhe völlig erſtiegen und glaubten ſich Herren des Schlachtfeldes, als ſie in das Kartätſchfeuer anderer unzähliger Batterien kamen, die dermaßen ihre Reihe lichteten, daß ſie nicht mehr Stand halten konnten. Die feindliche Kavallerie benutzte dieſen Augenblick. Fürſt Moritz, der mit dem linken Flügel nichts mehr anfangen konnte, feuerte den rechten Flügel, ganz gegen den Schlachtplan, zum Angriff an. Der Sieg wäre, ungeachtet der verteufelten Stellung, unſer geweſen, wenn wir ſtark genug geweſen, die errungenen Vortheile zu verfolgen. Niemals hat eine Infanterie ihre Sache beſſer gemacht, als die unſere an dieſem Tage, aber niemals auch eine Kavallerie ſchlechter[1]." Am folgenden Tage (20. Juni), Morgens 4 Uhr, meldet der Vertreter Englands, Mitchell, aus dem Lager vor Prag dem Lord Holderneſſe: „The whole force of the Prussian army consisted of 32 bataillons and 111 squadrons making by the nearest computation 32,000 men (Henkel berechnet nur 25—26,000 Mann). — The Prussian infantry attacked with great bravery and intrepidity. They drove the Austrian from two „hauteurs" which were „garnies" with cannons and afterwards attacked the third „hauteur", but not being supported by their cavalry they were flancked by the austrian cavalry and put into confusion and suffered greatly from the cartridge shot of the cannon[2]." Mittags deſſelben Tages ſpeiſte Mitchell zu Welwarn mit einem Oberſt, der ſich auf dem linken Flügel befunden hatte (der Herausgeber von Mitchell's Papieren hat den Namen nicht leſen können), und Oberſt Finck; beide waren verwundet[3]). „The first told me — that the infantry advanced and made themselves masters of two heights, that the enemy's firing ceased; that no cavalry advanced notwithstanding of

[1]) Henkel, Militairiſcher Nachlaß 1, 230—235. — [2]) Mitchell Memoirs I, 250. 251. — [3]) Verwundet wurden von der Avantgarde: die Oberſten von Geiſt vom Regiment Münchow und von Lindſtädt vom Regiment Schulz, von den Grenadieren v. Kahlden und v. Fink. Bei den neun Bataillonen des linken Flügels wurde kein Oberſt verwundet, mit Ausnahme des Oberſten von Bredow vom Regiment Anhalt, von welchem jedoch ein Bataillon gegen Chotzemitz verwendet wurde.

the Kings repeated order and though he put himself at their head; that the enemy's cavalry flanked the Prussians, who at the same time were raked by cartridge shot. It is the Colonels opinion that, if he had been supported only by four squadrons, the victory was sure, as the right of the enemy had given way, and their left would by their retreat have had their flank exposed. — Most of the above facts were confirmed by Colonel Finck [1])." Am 21. Juni ſchreibt Eichel dem Miniſter Podewils: „Ob ich gleich vor dieſes Mahl eine Zeuge von dieſer unglücklichen Affaire ſein und mich hinter dem zweiten Treffen aufhalten müſſen, ſo bin doch nicht im Stande, Ew. Excellenz einen deutlichen und ordentlichen Rapport — zu erſtatten, da eines Theils es nicht von meinem Metier iſt, andern Theils ich von den vielen Tagemärſchen — und denen mehrentheils ganz ſchlafloſen Nächten ſo fatiguirt bin, daß ich Mühe habe, einige Gedanken in Konnexion zu ſammeln. — Bei verſchiedenen Regimentern muß der Verluſt gar groß und beträchtlich ſein, weil dieſelben, da die ganze feindliche Infanterie in drei Treffen auf der Höhe eines ſteilen und gegen den Fuß mit vielen — Ravins coupirten Berges, ſo außerordentlich mehrentheils mit Batterieſtücken garnirt geweſen, ſtand, inſonderheit, als ſie den dritten Poſten emportiren ſollen, durch ein grauſames kontinuirliches Kartätſchenfeuer gar ſehr gelitten haben — wozu gekommen, daß vielen von den Kavallerieregimentern gleich anfänglich der Kopf gedreht hat, daß ſolche gar nicht zu ihrem Devoir zu bringen geweſen ſind — welches der feindlichen Kavallerie Gelegenheit gegeben, verſchiedene Regimenter Infanterie ſehr zu moleſtiren. Dahingegen unſere Huſaren und einige wenige Kavallerieregimenter deſto braver gethan und erſtere inſonderheit Alles von feindlichen Küraſſieren, Dragonern, Infanterie, worauf ſie getroffen übern Haufen geworfen und ruinirt haben, welche aber nicht Alles ausrichten können, da das Gros von der Kavallerie ſie nicht ſoutenirt hat." [2]) Der General von Manſtein und Hauptmann Varenne,

[1]) Mitchell Memoirs I, 348. 349. — [2]) Geheimes Staatsarchiv.

welche Mitchell am 23. Juni ſprach, erzählten ihm, daß die Stellung ſehr ſtark geweſen, daß der König trotzdem den Sieg ſchon ſo gut wie gewonnen hatte: „that, if the infantry had been supported by the cavalry, it could not have failed, that even some more bataillons of infantry would have done the business alone [1]).“ Am 26. Juni trägt Mitchell alle Bemerkungen, die er bis dahin über die Schlacht gehört hat, zuſammen. Die weſentlichen Punkte ſind, daß der König mit ſeiner ganzen Linie die Front angegriffen, in welcher, außer dem Vortheil des Terrains, der Feind 250 Geſchütze, wie einige ſagen, in der Linie und in Rondouten gehabt, daß zu wenig Infanterie da geweſen, daß die Kavallerie dieſe nicht unterſtützt habe [2]).

Die Avantgarde des General Hülſen hatte die öſtreichiſche Batterie von 12 Geſchützen bei Kretſchor genommen; fünf davon hatten die Oeſtreicher noch zurückſchaffen können. Neben der Avantgarde, auf dem linken Flügel hatten die Regimenter Bevern, Hülſen, Wied, Prinz Heinrich und ein Bataillon vom Regiment Anhalt, zuſammen neun Bataillone gefochten. Der Herzog von Bevern bittet am 24. Juni den König: „ſeinem Regimente die allerhöchſte Gnade auch ferner zu continuiren, da nach dem Zeugniß derer Generals ſo ſolches unter ihrem Kommando gehabt, ſelbiges bereits 8 Fahnen und 11 Kanons auch viele Gefangene vom Feinde gehabt (die öſtreichiſche Verluſtliſte geſteht 1630 Gefangene und Vermißte zu), ehe ſie unglücklicher Weiſe auf allen Seiten umringt und von der Kavallerie größeſten Theils niedergehauen worden. — Im Augenblicke zähle daſſelbe nur 5 Offiziere und 249 Mann unter Gewehr [3]).“ Das Regiment Bevern hatte den größten Verluſt erlitten, da es zuerſt von den fliehenden Küraſſieren des Regiments Prinz von Preußen übergeritten, darauf von der ſächſiſchen und öſtreichiſchen Kavallerie umringt und nach tapferer Gegenwehr geſprengt worden war; es zählte 27 todte oder vermißte Offiziere, 1018 todte oder

---

[1]) Mitchell l. c. p. 350. — [2]) Mitchell l. c. p. 352. — [3]) Geheimes Staatsarchiv.

vermißte Gemeine, 4 verwundete Offiziere und 170 verwundete Gemeine. Das Regiment Wied zählte an Todten oder Vermißten 16 Offiziere und 643 Gemeine; an Verwundeten 8 Offiziere und 347 Gemeine. Der Kommandeur deſſelben, Major Böhm (der Oberſt und der Oberſtlieutenant waren geblieben), berichtet unter dem 21. Juli, daß das Regiment nach der Schlacht 470 Mann ſtark geweſen; durch die auf dem Rückmarſch nach der Lauſitz erlittenen Verluſte ſei es jetzt auf 340 Mann geſchmolzen, Deſertion habe daſſelbe jedoch nicht gehabt, und ſchließt: „Ew. Majeſtät werden hoffentlich mit dem Verhalten allergnädigſt zufrieden ſein, zumahl da ich in der letzten Bataille zwei Treffen über den Haufen geworfen und 16 Kanons weggenommen hatte, auch den Platz maintenirt haben würde, wenn entweder die Kavallerie beſſer gethan hätte, oder ſtatt derſelben noch ein paar Bataillone Infanterie zur Unterſtützung vorhanden geweſen wären [1])."

Als die öſtreichiſche Reiterei die immer weiter vordringenden Bataillone des linken preußiſchen Flügels aufzuhalten, ihr weichendes Fußvolk zu retten ſuchte, war, nach dem erſten wenig wirkſamen Angriffe der Küraſſiere des alten Generals Pennavaire, Oberſt Seydlitz mit dem Regiment Normann Dragoner vorgegangen. Der Inhaber des Regiments, General-Major von Normann, bittet am 22. Juni den König: „allergnädigſt zu akkordiren, daß ſein Regiment den Grenadiermarſch ſchlagen dürfe," da daſſelbe „nicht nur in die öſtreichiſche Infanterie eingehauen, viele niedergemacht, von derſelben fünf Fahnen erobert, ſondern auch ein darauf geſtoßenes Sächſiſches Karabinierregiment faſt gänzlich ruinirt, von ſelben eine Eſtandarte erobert (Premier-Lieutenant von Barfuß habe dieſe genommen), auch bereits 40 feindliche Kanons gehabt, welche, weil keine Pferde dabei geweſen und die völlige Macht ihm auf den Hals gefallen, es wieder müſſen ſtehen laſſen. Dieſe vom Regiment erwieſene beſondere Bravour, da es den Feind völlig zum Weichen gezwungen, können der

[1]) Geheimes Staatsarchiv.

Generallieutenant von Ziethen und der Generaladjutant von Krockow umſtändlich eingezengen [1])."

Anders lauten die Berichte vom rechten Flügel, auf welchem die Regimenter Fürſt Moritz und Kalkſtein im erſten Treffen ſtanden. Fürſt Moritz berichtet über das Verhalten ſeines Regiments aus Nimburg am 24. Juni: „Das mir anvertraute Regiment beſtehet anjetzo noch allhier aus 290 Mann und iſt allein durch die Canons und durch das Infanterie-Feuer ruinirt worden. Man könnte zwar wohl gedenken, weil viel Ausländer beim Regiment geweſen, daß auch viele könnten übergelaufen ſein. Es iſt aber daraus zu erkennen und zu beweiſen, daß das Regiment ſeine Schuldigkeit gethan hat, daß die drei älteſten Stabs-Offiziers davon (Obriſt von Döbritz, Obriſt von Steinwehr und Major von Bronck) nebſt ſiebzehn Offiziers, ſo Pelotons commandirt haben, alle todt und bleſſirt und nicht mehr als ein Stabsoffizier und ein Hauptmann unbleſſirt, alle Kapitains und Lieutenants aber, ſo Pelotons geführt haben, todt und bleſſirt ſind (der Verluſt des Regiments betrug an Todten oder Vermißten 13 Offiziere und 951 Mann, an Verwundeten 13 Offiziere und 214 Mann). Sie haben von Anfang von zwei ſtarken Batterien, ſo übereinander geſtanden, in der Flanke Feuer bekommen, ehe ſie geſchoſſen haben, und da ſie näher angerückt, ſind ſie mit Kartätſchen beſchoſſen worden, worauf ſie noch auf die Grenadiers geſtoßen ſind, mit denen ſie ſich noch eine ganze Zeit herumchargiret und einige Leute an die 20 Patronen gegen ſie verfeuert haben. Es kann wohl ſein, daß einige ſchwach Bleſſirte, worunter auch wohl Geſunde geweſen ſein mögen, zurückgekommen ſind, wovor ich, weil faſt ſämmtliche Stabsoffiziers und diejenigen, ſo Pelotons kommandirt haben, todt oder bleſſirt geweſen, nicht gut ſein kann. — Solches werden aber Ew. Königl. Majeſtät allergnädigſt nicht mir und dem Regimente, ſo Ew. Königl. Majeſtät mir 17 Jahre anvertraut, und denen ſehr braven Offiziers, die mit vielem Vergnügen für Ew. Königl. Majeſtät und der Ehre Dero Armee lieber todt geblieben als ge-

[1]) Geheimes Staatsarchiv.

wichen ſind, in ihrem Tode zurechnen, als wenn ſie nicht aus Ehre ihre Schuldigkeit mit aller Bravour bis in die letzte Stunde ihres Lebens bewieſen hätten [1])." Ueber die Haltung der beiden Bataillons des Regiments Kalkſtein auf dem äußerſten rechten Flügel berichtet Oberſt Eckart ebenfalls am 24. Juni dem Könige: „Ich bin gewiß, daß Ew. Königl. Majeſtät ein gnädiges Urtheil über uns zu fällen geruhen werden, wenn allerhöchſt Derſelben ich in tiefſter Unterthänigkeit, jedoch auf Ehre, Pflicht und Gewiſſen hierdurch vortragen kann, daß das Kalkſtein'ſche Regiment ſich gewiß mit aller Bravour gegen den Feind verhalten habe. Weil aber daſſelbe beinahe die ganze Bataille hindurch mit linksum marſchiren müſſen, indem nach dem linken Flügel zuwärts beſtändig ſo ſtarke Lücken gekommen, daß wir über Vermögen haben laufen müſſen, um nur an das neben uns ſtehende Regiment angeſchloſſen zu bleiben, ſo geſchah es, daß wir gar bald in das Kanonen- und Kartätſchenfeuer von denen feindlichen Batterien gekommen ſind. Demohngeachtet aber haben wir unſern Marſch mit linksum continuiret, ſind in Ordnung und geſchloſſen geblieben, ohngeachtet der großen Menge von Todten und Bleſſirten, ſo das Regiment während dieſem Marſch verloren hat, als welche Ew. Königl. Majeſtät allein aus der Anzahl der theils gleich auf dem Platze todt gebliebenen, theils ſehr hart bleſſirten Offiziers, ſo ſich an 21 belaufen, und worunter 3 Stabsoffiziers und 5 Kapitains befindlich ſind, zu beurtheilen allergnädigſt geruhen werden, wie denn auch noch 8 Feldwebels, 5 Gefreite-Korporals und der größte Theil der übrigen Unteroffiziers bei dieſer Gelegenheit geblieben ſind. Insbeſondere hat die Gewalt des feindlichen Kartätſchenfeuers das zweite Bataillon dergeſtalt betroffen, daß nicht mehr als ein einziger Lieutenant von denen, ſo Pelotons kommandirt, übrig geblieben, wodurch dann die Konfuſion, nachdem das Regiment Fronte gemacht, avancirt und auf den Feind chargirt hat, entſtanden, weil faſt kein Offizier und Unteroffizier mehr übrig geweſen, die Leute in Ordnung zu halten und dieſes um ſo viel mehr,

[1]) Geheimes Staatsarchiv.

weil die Unordnung weit über uns schon hinterm Dorfe her, den Anfang genommen, daher es dann wohl sein kann, daß einige leicht Blessirte, auch welche, so gar nicht blessirt gewesen, diesem bösen Exempel gefolgt sind. Nichts desto minder bin ich mit dem Rest des ersten Bataillons, welches ich zu führen die Ehre hatte, so etwa aus 200 Mann bestand, nebst denen noch übrigen gesunden Offiziers (der Verlust des Regiments betrug an Todten oder Vermißten 8 Offiziere und 726 Mann, an Verwundeten 12 Offiziere, 221 Mann) und sämmtlichen Fahnen in beständigem Chargiren auf den Feind geblieben, bis endlich die feindliche Kavallerie, so uns sowohl auf der rechten als linken Flanke zu coupiren oder niederzuhauen heranrückte, so nahe kam, daß wir uns in den auf unserer rechten Hand befindlichen hohlen Weg ziehen mußten. Hierinnen haben wir uns gesetzt, die feindliche Kavallerie aus selbigem chargiret, viele Leute und Pferde todt geschossen, und sie auch glücklich repoussiret, uns nachher aus diesem Posten herausgezogen und hinter selbigem abermals stehen geblieben, von wo uns des Fürst Moritz Durchlaucht an sich vom Champ de bataille gezogen. Ew. Königl. Majestät erlauben gnädigst, daß ich mich hierüber auf das Zeugniß gedachter Sr. hochfürstl. Durchlaucht beziehe und noch allerunterthänigst anzeige, daß ich die sämmtlichen Fahnen des Regiments bei mir gehabt, auch die Kanonen des ersten Bataillons conserviret habe. Ew. Königliche Majestät bitte ich in allerunterthänigster Submission, keine Ungnade auf das Kalkstein'sche Regiment und mich zu werfen, sondern allergnädigst zu glauben, daß das Regiment seine Schuldigkeit wie rechtschaffene Soldaten von Ew. Königl. Majestät Armee vollzogen habe [1])."

In der Armee bestand die Meinung, welche schon in dem oben angeführten Bruchstück des Henkel'schen Tagebuches vom 19. Juni hervortritt, daß Fürst Moritz nicht bloß zur Schlacht gedrängt, sondern auch in der Schlacht gegen die Disposition gehandelt habe. Warnery, ein Augenzeuge der Schlacht, sagt: „Nicht der Feind hat uns die Schlacht verlieren lassen. Es war das schlechte Manöver

[1]) Geheimes Staatsarchiv.

von Moritz und Manstein.“ Fürst Moritz und General Manstein hätten, statt der Avantgarde zu folgen, innegehalten und Front gemacht, um einige Kroaten, die in den Gärten und Baumstücken waren, von wo sie unsere Linien tiraillirten, während diese linkshin marschirten, zu vertreiben. Da sie deshalb rechts schwenkten, that der Rest der Infanterie, welcher folgte, dasselbe, in dem Glauben, an dem Punkte zu sein, von welchem aus angegriffen werden müsse. Dadurch sei die Lücke zwischen der Avantgarde und dem linken Flügel entstanden. Als dann Moritz sah, daß die Avantgarde Erfolg hatte, rief er, daß man Theil an dem Ruhme haben müsse, den jene erlange, und ließ seine Truppen geradeaus angreifen [1]). Ebenso hatte Tempelhof schon im Jahre 1783, d. h. fünf Jahre, bevor Warnery's Darstellung erschien, hervorgehoben: „daß es nicht genug sei, die Disposition anzuhören.“ Einen großen General (Manstein) habe das Feuer der Kroaten aus den Feldern und Dörfern, obwohl aus großer Entfernung, auf die vorbeimarschirenden Kolonnen verdrossen; er habe das zweite Bataillon Bornstedt Front machen und herausrücken lassen, um die Kroaten zu verjagen. Da sich nun nach königlichem Befehl Alles links richten sollte, hätte der jenem Bataillon folgende Theil der Infanterie ebenfalls Front gemacht und wäre gegen den Feind vorgegangen. Die oberhalb jenes Bataillons marschirenden Truppen (der linke Flügel) wären jedoch weiter marschirt, bis sie die Lücke bemerkt und nun geglaubt hätten, daß es Zeit sei, ebenfalls Front zu machen [2]). Auch Archenholz, der seine Arbeit am 4. Januar 1788 schloß, berichtet, daß Manstein, dem Dorfe Chotzemitz gegenüber, im Marsche innegehalten und dadurch die Schlachtlinie gebrochen habe.

Hören wir den König selbst. Seine erste Aeußerung über die Schlacht liegt in einem eigenhändigen Briefe vor, welchen er am zweiten Tage nach derselben, am 20. Juni, an den König von England gerichtet hat [3]). „Monsieur Mon Frère. Pour me conformer

[1]) Warnery, Campagnes de Frédéric I, 156 seqq. 171. Das Buch ist 1788 erschienen. — [2]) Tempelhof 1, 211—215. — [3]) Ueber die Unechtheit des

aux désirs de Votre Majesté j'ai cherché les moyens qui pouvoient me mettre en état de détacher vers le duc de Cumberland et vers le Landgrave de Hesse Cassel. Je n'en ai pas trouvé de plus convenable que celui d'attaquer l'armée de Daun campée dans les environs de Collin. J'y suis marché le 18. Après l'avoir attaqué à deux heures l'après-midi et après lui avoir emporté deux batteries et deux villages garnis d'infanterie, nous avons été repoussés à notre gauche et obligés de nous retirer à Nimbourg. Les suites de cette bataille ont été que je me suis vu obligé de lever le blocus de Prague, et que pour le commencement cela me met hors d'état de faire des détachements. Je travaille incessament à réparer mes pertes et à me mettre en état de réparer cet échec. J'écris à Votre Majesté les choses dans la plus grande vérité sans augmenter mes avantages ni diminuer mes pertes. J'espère dans quelque temps pouvoir Lui mander des nouvelles plus agréables. Il n'y a rien de désespéré; après huit batailles que nous avons gagnées consécutivement, voilà la première de perdue, et cela parceque l'ennemi avoit trois postes garnis les uns derrière les autres. Après en avoir emporté deux, les bataillons de l'attaque et ceux qu'on y avoit envoyés pour les soutenir avoient si fort souffert qu'ils se trouvaient réduits à rien et que le combat finit faute de combattans. Nous avons repoussé l'ennemi deux fois à notre droite, et il n'a pas eu le coeur de nous suivre ou de nous inquiéter en aucune manière. Je ne désespère de rien et je puis assurer à Votre Majesté qu'Elle en verra les effets. Il ne me faut que quelque temps pour remettre les troupes, après quoi j'espère trouver des moyens pour réparer notre échec [1]).

Briefes vom 18. Juni an Lord Mariſchal, der leider Aufnahme in die Oeuvres (20, 276) gefunden, iſt kein Wort zu verlieren. Lord Mariſchal iſt unter dem 24. Juni durch die Kabinetsminiſter von Berlin aus von der Schlacht bei Kollin benachrichtigt worden; Geh. Staatsarchiv.

[1]) Geh. Staatsarchiv. Genau daſſelbe läßt der König an demſelben Tage

Am 22. Juni ſchrieb der König in Böhmiſch-Liſſa den zur Veröffentlichung beſtimmten Bericht über die Schlacht eigenhändig ohne irgend eine Korrektur nieder. Er lautet: „Le 18 nous occupâmes la hauteur de Planian et l'armée défila par la gauche vis à vis de celle des ennemis. On fit la disposition pour l'attaquer, en opposant nos troupes légères aux Hongrois, qui voulaient se mettre sur notre flanc, que l'on poussa sur le chemin de Collin jusqu' au delà d'une hauteur de laquelle il fallait être maître pour attaquer le flanc droit de l'ennemi. Le Général Hülsen fut commandé avec 7 bataillons pour s'en emparer. La ligne de l'infantérie devoit se former en réfusant sa droite pour soutenir cette attaque à laquelle on était résolu de borner l'action. Nos grenadiers gagnèrent la hauteur, ils prirent un village que l'ennemi abandonna, ils se rendirent de plus les maîtres de deux batteries chacune de 12 ou 13 canons. Alors notre infanterie par une ardeur déplacée attaqua tout d'un coup et sans qu'on put l'arrêter le front du poste des ennemis. Son engagement nous empêcha de soutenir l'attaque de la hauteur; si l'on y avoit pu porter 4 bataillons la bataille était gagnée. L'ennemi profita habilement de cette faute, il fit filer de l'infanterie derrière son front qui attaqua nos 7 bataillons fondus par trois charges consécutives et par le feu de 40 canons aux quels ils avoient été exposés. Notre infanterie la repoussa encore, le régiment des dragons de Norman donna dans cette infanterie, la dissipa, lui enleva 5 drapeaux, se

---

ſeinen Geſandten im Haag und in London ſchreiben. Nur heißt es hier nach den Worten lever le blocus de Prague: Après huit batailles que nous avons gagnées consécutivement voilà la première de perdue et cela parceque l'ennemi avait trois postes sur une montagne assez élevée garnis d'un grand nombre de canons de batterie les uns derrière les autres. Après en avoir emporté deux, les bataillons de l'attaque et ceux qu'on y envoyait pour les soutenir avoient si fort souffert qu'ils se trouvaient réduits a trop peu de monde pour forcer le troisième poste et que le wie oben bis à notre droite, qui n'a pas trouvé bon de nous suivre après l'action.

tourna ensuite sur les carabiniers saxons, qu'ils poursuivirent jusqu'aux environs de Collin. Pendant ces entrefaites notre infanterie avançait toujours sur le poste des Autrichiens. Le grand feu de canon leur ayant fait perdre du monde, les bataillons fondus avoient de trop grands intervalles; pour y suppléer, les cuirassiers de Prusse se mirent derrière l'intervalle des régiments de Bévern et de Henri, ils chargèrent sur un régiment autrichien d'infanterie qui était vis à vis d'eux et ils y seraient entrés, si en même temps une batterie chargée de mitraille n'avait été exécutée contre eux. Ce feu les fit tourner, ils se renversèrent sur le régiment de Bévern, une troupe de cavalerie autrichienne les poursuivit, les régiments de Bevern et de Henri furent si fort ruinés qu'il fallut les retirer. Cette ouverture nous coupa la communication avec l'attaque des hauteurs et nous obligea de nous retirer. Le bataillon des gardes qui avait la droite repoussa 4 bataillons d'infanterie qui l'attaquèrent et deux régiments de cavalerie qui voulurent l'entourer et fit des prodiges de valeur. Notre infanterie et cavalerie de la gauche resta sur le terrain que les Autrichiens avaient occupé au commencement de la bataille jusqu' à 9 heures du soir après quoi ils se retirèrent. L'armée marcha à Nimbourg sans voir d'Autrichiens et sans que personne eût le coeur de la poursuivre [1])."

An demſelben Tage ſchrieb der König an den Miniſter von Schlabrendorff in Breslau: „. . . Da indeſſen der Leopold Daun mit ſeiner ziemlich verſtärkten Armee vorwärts gegen Kollin marſchiret, wo ich auch denſelben den 18. d. M. auf den Kollinſchen Höhen poſtirt gefunden, und darauf des Nachmittags um 2 Uhr mit dem linken Flügel attakirt habe. Es haben auch die dazu kommandirt geweſenen Bataillons ſowohl zwei conſiderable Batterieu vom Feinde, als auch zwei ſtark mit Infanterie beſetzte Dörfer weggenommen, und den Feind repouſſirt. Wie aber der Feind auf drei Anhöhen

[1]) Geheimes Staatsarchiv.

hinter einander ſtark poſtirt geſtanden, ſo haben die kommandirten Bataillons nebſt denen, welche ſolche zu ſouteniren kommandirt worden, durch das ſtarke Kartätſchenfeuer aus den Batterie-Stücken, ſo auf der dritten Anhöhe poſtirt geſtanden, ſo viel gelitten, daß ich lieber zur Retraite reſolviren, als die Regimenter noch weiter zu ſehr exponiren wollen. Indeſſen der rechte Flügel den Feind noch zwei Mal pouſſirt hat, ſo daß deſſen Verluſt ſo ſtark geweſen, daß, als ich die Regimenter zum Abmarſch beordern laſſen, der Feind ſich von ſeinem Poſten nicht gerührt, noch ſich unterfangen hat, die ſich zurückziehenden Regimenter weder zu verfolgen noch ſonſten auf ihrem Marſch im geringſten zu inquietiren)[1]."

Ebenfalls aus Böhmiſch-Liſſa ſchreibt der König am 26. Juni dem General-Feldmarſchall Lehwaldt: „Ich bin alſo den achtzehnten dieſes auf ihn marchiret, da ich ihn in einer avantageuſen Poſition auf denen Bergen in der Gegend von Kollin fand. Weil ich aber glaubete, daß keine Zeit weiter zu verlieren wäre, ſo attaquirete ich ihn des Nachmittages um 3 Uhr mit meinem linken auf ſeinem rechten Flügel. Nachdem wir ihm zwei Batterien genommen, auch aus zwei mit Infanterie ſtark beſetzten Dörfern delogiret, ward der linke Flügel durch des Feindes ganz außerordentliches Kanonen- und Kartätſchen-Feuer repouſſiret und wir obligiret, uns gegen Nimburg zurückzuziehen. Der Feind hatte drei garnirte Poſten auf den Bergen hinter einander, ſo ſtark mit ſchwerer Artillerie beſetzet waren. Zwey davon hatten wir emportiret, mit dem dritten aber wollte es nicht reüſſiren, weil die Bataillons zur Attaque und die ſo ſelbige ſoutenirten durch das heftige Kanonen- und Kartätſchen-Feuer ſo ſtark gelitten hatten, daß das Treffen auf dieſem Poſten aus Mangel derer ſo ſolches continuiren konnten ſich endigte. Auf unſerm rechten Flügel ward der Feind zweimahl repouſſiret und die Sache würde nach Wunſch ausgeſchlagen ſeyn, wenn mein linker Flügel nicht ſo ſehr gelitten hätte und die Bataillons dadurch ſehr delabriret worden

[1]) Archiv des Generalſtabes der Armee.

wären, auch verſchiedene von denen Regimentern Kavallerie ihr Devoir gehörig gethan hätten [1])."

Aus dem Munde des Königs notirte Mr. Andrew Mitchell am 27. Juni in ſein Tagebuch: „The King was then pleased to describe to me very particulary the last unhappy battle. — The ardour of his troops to attack a village that lay upon the right of the enemy led them into sustaining a most dreadful cannonade. His intention, he says, was to have flanked their right, which would have obliged them to make an alteration in their disposition of which he might have profited. — He said his intention was to have engaged only his left „pour tourner l'ennemi"; but the ardour of his troops in attacking the village had been the cause of his misfortune. He owned that he had too few troops [2])." Unter dem 29. Juni bemerkt daſſelbe Tagebuch: „Ich hatte verſchiedene Unterredungen mit dem Könige, von denen ich unter dieſem Datum Lord Holderneſſe Bericht erſtattet habe." Der Herausgeber hat dieſen Bericht nicht abdrucken laſſen; jedoch kann dieſe Lücke durch den Auszug, den Fr. von Raumers Beiträge unter dem 29. Juni geben, einigermaßen ergänzt werden: „Der König ſchreibt den Verluſt der Schlacht dem Eifer ſeiner Soldaten zu, welche den Feind in der Front angriffen. Denn nach ſeiner Anordnung ſollte allein der linke preußiſche Flügel den rechten der Oeſtreicher in der Seite angreifen. Dies geſchah mit großem Erfolge: man nahm einige Batterien, rückte 200 Schritt darüber hinaus vor, gewann ſo die Seite der Feinde und brachte ſie in große Verwirrung. Des Königs Abſicht war, im Fall des Bedürfniſſes Mannſchaft von ſeinem rechten Flügel nach dem linken hinzuziehen und wenn jener in der ihm angewieſenen Stellung blieb, würde er den linken öſtreichiſchen Flügel in Achtung erhalten haben. Allein die guten Wirkungen dieſer Anordnungen wurden gänzlich vereitelt durch den großen Eifer ſeiner Soldaten towards the centre. Als dieſe nämlich die Fortſchritte des linken Flügels ſahen, wurden

[1]) Geheimes Staatsarchiv. — [2]) Mitchell Memoirs 1. 355. 356.

ſie begierig, auch Theil an dem für gewiß gehaltenen Siege zu haben, und griffen zuerſt ein Dorf an, welches ein wenig zur Linken des öſtreichiſchen Centrums lag. Sie nahmen es, wodurch aber der ganze preußiſche rechte Flügel in's Gefecht gezogen und dem furchtbaren Feuer der mit Kartätſchen geladenen Batterien ausgeſetzt ward [1])."

In einer Urkunde, welche der König in der zweiten Hälfte des Juli, in der Zeit der größten Bedrängniß, in einem Augenblick, in welchem ſeine Lage hoffnungslos erſchien, niederſchrieb, um ſein Verhalten dereinſt nach ſeinem Tode zu erklären und zu rechtfertigen, in den Raisons de ma conduite militaire, ſagt der König über die Schlacht von Kollin: „Sur cela je me disposais à faire mon effort principal avec la gauche, de refuser ma droite, de prendre l'ennemi en flanc par les hauteurs qui sont vers Kollin et de le pousser vers tous les défilés qu'il avait à dos et dans son flanc gauche. Cette manoeuvre lui rendait une partie de son armée inutile. Si elle avait été exécutée, son canon ne m'aurait pas fait grand mal, parcequ'il ne pouvait agir que contre une section de mes troupes; et s'il avait été poussé vers ces étangs, son infanterie était en grande partie obligée de mettre les armes bas. Je n'ai d'autre reproche à me faire, que de ne m'être pas porté à l'extrémité de notre gauche pour reconnaître ce terrain, qui se trouva plus étendu qu'on ne l'avait décrit. Mon malheur voulut que dans un clin d'oeil toute mon infanterie s'engageât contre mes ordres avec l'ennemi, que ma cavalerie n'obéît point aux officiers généraux qui voulurent la mener à notre gauche et qu'un concours de causes secondes me fut entièrement contraire. Dès que toute mon infanterie se fut engagée mal à propos, la seconde ligne y entra incontinent et je n'eus pas un bataillon à ma disposition pour soutenir l'attaque de la gauche. Ma gauche avait emporté trois postes et chargé à sept reprises contre des troupes fraiches qu'on lui avait opposées; quatre bataillons frais gag-

[1]) Raumer Beiträge 2, 429. 430.

naient la bataille; la droite de l'ennemi était totalement battue. Il s'en manqua donc de bien peu que l'affaire ne réussît pas entièrement selon nos souhaits."

Sechs Jahre ſpäter hat ſich der König in ſeiner Darſtellung der Ereigniſſe des ſiebenjährigen Krieges, welche er am 17. Dezember 1763 beendete, ausführlicher über den Hergang der Schlacht ausgeſprochen und die Generale genannt, deren Abweichung von der Dispoſition die vorzeitige Engagirung der geſammten Infanterie und damit neben der Unthätigkeit der Kavallerie und dem üblen Verhalten einiger Regimenter derſelben den Verluſt der Schlacht herbeigeführt habe. Wie das geſammte Werk, iſt auch dieſer Theil eigenhändig und zwar ſichtbar in Einem Zuge und ohne jede Korrektur niedergeſchrieben. „Il fut résolu d'attaquer la droite de l'ennemi, parcequ'elle était mal appuyée et parceque c'était l'endroit le plus facile. Le front des Autrichiens s'étendait sur des rochers âpres et escarpés, aux pieds des quels quelques villages semés dans la plaine étaient fareis de pandours. Plus ils étaient inexpugnables dans cette partie, moins ils l'étaient à leur droite. L'endroit par lequel la gauche des Prussiens devait attaquer, était une hauteur qu'ils occupaient déjà; de là se présentait un cimetière isolé, garni de Croates, et qu'il fallait emporter; ensuite en tournant un peu plus à gauche on prenait l'armée du maréchal Daun à dos et en flanc. Pour soutenir cette attaque il fallait la nourrir de toute l'infanterie prussienne qui se trouvait dans l'armée. Par cette raison le Roi se proposa de refuser toute sa droite aux ennemis, et il défendit sévèrement aux officiers, qui la commandaient de dépasser le grand chemin de Kollin. Cela était d'autant plus sensé, que la partie de l'armée autrichienne postée vis à vis de cette droite occupait un terrain inabordable. Si la position que le roi avait prescrite à ses troupes avait été observée, il aurait été maître durant l'action de faire filer, selon le besoin, des bataillons pour soutenir les brigades qui avaient la première attaque. — Lorsque tout fut réglé, M. de Hülsen partit à la tête de sept

bataillons et de quatorze pièces d'artillerie, pour engager l'action. Des vingt et un bataillons, qui restaient, six formèrent la seconde ligne et les quinze autres la première. Telle fut cette disposition qui aurait rendu les Prussiens victorieux, si elle avait été suivie. Mais voici ce qui arriva. M. de Ziethen attaque Nadasdy; il le mit dans une déroute générale et le poursuivit jusqu' à Kollin, de sorte qu'il fut séparé des Autrichiens, et que de cette journée il ne pouvait plus nuire aux entreprises du Roi. A une heure de l'aprés-midi M. de Hülsen attaqua le cimetière et le village de la hauteur, où il ne rencontra pas grande résistance; il se rendit ensuite maître de deux batteries chacune de douze pièces de canon. Tout succédait aux voeux des Prussiens dans cette première attaque. Mais voici les fautes qui causèrent la perte de la bataille. Le Prince Maurice qui conduisait la gauche de l'infanterie au lieu de l'appuyer derrière ce village que M. de Hülsen venait d'emporter, la forma à mille pas de cette hauteur. Cette ligne était en l'air; le Roi s'en aperçut et la mena près du pied de cette hauteur; en même temps on entendit un feu assez vif, qui se faisait à la droite. Il fallut qu'il se dépêchât et ne pouvant faire autrement il remplit les vides qui se trouvaient dans sa ligne par les bataillons de la seconde. Il se rendit de là en hâte vers la droite pour savoir de quoi il était question. Il trouva que M. de Manstein qui avait engagé sa brigade si mal à propos à la bataille de Prague venait de retomber dans la même faute. M. de Manstein avait aperçu des Pandours dans un village proche du chemin que la colonne tenait. La fantaisie le prend de les en déloger: il entre contre ses ordres dans le village, il en chasse l'ennemi, le poursuit et se trouve sous le feu de mitraille des batteries autrichiennes; à son tour on l'attaque et la droite de l'infanterie marche à son secours. Lorsque le Roi arriva sur ces lieux, l'affaire était si sérieusement engagée, qu'il n'y avait plus moyen de retirer les troupes sans être battu. Bientôt la gauche entra également en jeu,.

ce que les généraux auraient pu cependant empêcher. Alors la bataille devint générale et ce qu'il y avait de fâcheux c'est que le Roi n'en pouvait être que spectateur, n'ayant pas un bataillon de reste dont il pût disposer. Le Maréchal Daun profita en grand général des fautes des Prussiens. Il fit filer derrière son front sa réserve qui vint à son tour attaquer M. de Hülsen, jusqu'alors victorieux; il se soutint néanmoins et si l'on avait pu lui fournir quatre bataillons frais, la bataille était gagnée. Il repoussa encore cette réserve autrichienne, les dragons de Norman donnèrent alors dans l'infanterie ennemie, la dispersèrent et lui prirent cinq drapeaux; ils attaquèrent ensuite les carabiniers saxons, qu'ils chassèrent jusqu'à Kollin. Pendant ces entrefaites l'infanterie prussienne du centre et de la droite avait gagné quelque terrain sans cependant avoir remporté d'avantage considérable. Ces bataillons qui tous avaient beaucoup souffert du canon et du feu des pctites armes étant fondus à moitié faisaient entre eux des intervalles du triple plus spacieux qu'ils ne devaient être, et puisqu'il n'y avait ni seconde ligne ni réserve, il fallut y suppléer par des régiments de cuirassiers qu'on plaça à quelque distance derrière ces ouvertures. Le régiment de Prusse cavallerie attaqua même un gros de l'infanterie ennemie et l'aurait détruit, si une batterie chargée à mitraille n'eût pas été exécutée à propos contre lui. Il rebroussa chemin en confusion et renversa les régiments de Henri et de Bévern qui étaient derrière lui. L'ennemi s'aperçut de ce désordre; il lâcha aussitôt sa cavalerie, qui profitant de ce moment rendit le désordre général. Le Roi voulut faire charger des cuirassiers qui étaient à portée et qui auraient pu réparer les choses en partie; il lui fut impossible de les mettre en mouvement; il eut recours à deux escadrons de Truchsess qui prirent la cavalerie ennemie en flanc et la ramenèrent aux pieds de ses montagnes."

Man ſieht, die Darſtellung des Königs iſt eine durchaus kon-

ſtante, welche ſich ſelbſt in allen weſentlichen Puntten ohne Abweichung treu bleibt. Sie wird durch das Zeugniß der Gegner beſtätigt. In der Erläuterung eines von öſtreichiſcher Hand entworfenen Schlachtplans, welcher nicht lange nach dem Tage von Kollin in der im Auguſt 1757 bei Bernſtadt erbeuteten Bagage des Generals Nadasdy gefunden worden iſt, heißt es: „Unterdeſſen als der Feind mit ſeiner zweiten Stellung bei E am Wirthshauſe Slati Slunze fertig war, und die vorausgeſchickten drei Kolonnen gegen die Anhöhe M marſchirten, fing er an, nachdem er geglaubt, die K. K. Armee überflügelt zu haben, den Angriff zu machen und griff das Corps de réserve bei H mit aller Gewalt an. — Sobald er die Anhöhe in M etwas gewonnen, ſo ließ er das Dorf Kretſchor anzünden, welches das Zeichen ſeiner Truppen war, aller Orten anzugreifen, die auch ins geſammt anfingen, kolonnenweis zu attaquiren (unter Lit. N). Jedoch wendete der Feind ſeine größte Forçe auf den kaiſerlichen rechten Flügel — wo zum erſten Male um halber drei Uhr Nachmittag angegriffen wurde und ſofort das kleine Gewehrfeuer anging, welches nicht ehender aufgehört hat, als um 7 Uhr Abends [1]).“

Es war ſchwer, den Sieg gegen eine Armee zu gewinnen, welche faſt die doppelte Stärke, welche den Vortheil der Stellung und einer ſehr zahlreichen und durch dieſe Stellung um ſo viel wirkſameren Artillerie für ſich hatte. Was mehr war, Daun konnte von ſeinem Standpunkte aus jeden Mann in den Reihen des Königs zählen, jede Bewegung erkennen und jedem Manöver zuvorkommen, da er zugleich den Vortheil der kürzeren Linien hatte. Von allen preußiſchen Berichten, zuerſt und zumeiſt vom Könige ſelbſt, wird überdies zugeſtanden, daß die Infanterie zu früh und zu vollſtändig gegen die Front des Feindes engagirt und ſo gleichzeitig an dieſer zerſchlagen wurde. Und trotzdem war die Schlacht bereits gewonnen und wäre vollends gewonnen worden, wenn das Gros der Kavallerie, bei welcher, da ſie faſt ebenſo ſtark als die öſterreichiſche war, eben deshalb die Entſcheidung lag, entſchloſſener eingegriffen hätte. Auf dem linken

[1]) Siehe den beiliegenden Schlachtplan nebſt Erläuterung.

Flügel der Avantgarde befand sich Ziethen mit achtzig Schwadronen. Es war ihm bestimmt vorgeschrieben, Nadasdy zurückzuwerfen, den Angriff Hülsen's zu decken und, sobald das feindliche Fußvolk durch den Angriff der Infanterie erschüttert sei, sich auf dieses zu werfen. Ziethen begnügte sich, die Reiterei Nadasdy's hinter den Grund von Radowesnitz zu treiben. „So schwach das Hülsen'sche Korps," sagt ein östreichischer Zeuge der Schlacht, der Veteran (Cogniazzo), „gegen unsere verstärkte Flanke war, so würden doch diese Bataillone den Sieg unfehlbar erfochten haben, wenn zu gleicher Zeit, als sie schon siegreich die ganze Linie unseres Fußvolkes vor sich hertrieben, die Kavallerie, welche der König, da sie sonst aller Orten auf diesem Schlachtfelde fast unbrauchbar war, zu dem Ende auf seinen linken Flügel gestellt zu haben scheint, zu ihrer Unterstützung erschienen wäre [1])." Nicht nur, daß General Ziethen diesen entscheidenden Moment, den Sieg zu sichern, vorübergehen ließ; seine Unthätigkeit war es, welche gestattete, daß, nachdem die Reiterei der östreichischen Reserve durch den Angriff der Normann-Dragoner zurückgeworfen war, ein Theil der Reiterei Nadasdy's (die drei sächsischen Chevauxlégers-Regimenter und die 1000 deutschen Pferde Stahrembergs, wenn nicht noch mehrere) die Aufstellung ihm gegenüber verlassen konnte, um sich mit den Dragoner-Regimentern de Ligne und Eugen von Savoyen aus der Stellung hinter dem Eichbusch bei Kretschor [2]) auf die erschöpften Bataillone des linken Flügels zu werfen. Das war die Entscheidung. Generallieutenant Ziethen war verwundet worden.

Halten wir für den Fortgang unserer Untersuchung fest, daß jener östreichische Bericht ergiebt: die preußische Armee hat, nachdem der Angriff in der Flanke erfolgte und das Dorf Kretschor in Brand gerathen, aller Orten kolonnenweise angegriffen. Der Bericht erklärt die Anzündung Kretschors für das der preußischen Armee vorgeschriebene Signal zum Angriff. Der König sagt, im Resultat vollkommen übereinstimmend: das Corps de Bataille machte mit

[1]) Geständnisse 2, 356. 357. Das Buch erschien 1789. — [2]) Arneth, Maria Theresia und der siebenjährige Krieg 1, 197.

dem linken Flügel zu früh Halt und Front. Darnach wurde vom rechten Flügel desſelben aus angegriffen, gleich darauf kam auch der linke Flügel ins Gefecht. Dieſer Hergang konnte von der öſterreichiſchen Stellung aus nur als ein Angriff in Kolonnen erſcheinen.

Weder in jener Reihe von Schreiben und Aeußerungen des Königs unmittelbar nach der Schlacht, noch in den Raisons de ma conduite militaire wird des Fürſten Moritz von Deſſau oder ſeines Verhaltens während der Schlacht erwähnt. In den „Raisons“ heißt es: „Mein Unglück wollte, daß ſich in einem Augenblicke meine ganze Infanterie gegen meine Befehle mit dem Feinde einließ.“ Erſt in der Geſchichte des ſiebenjährigen Krieges, die weder beſtimmt war, als Buch gedruckt, noch von vielen geleſen zu werden [1]), macht der König die Bemerkung, daß Prinz Moritz bereits dieſſeit Kretſchor habe Front machen laſſen; dann habe der Angriff Manſteins auf Chotzemitz den rechten Flügel engagirt; unmittelbar darauf ſei der Angriff des linken Flügels, „den die Generale hätten verhindern ſollen,“ gefolgt.

Ohne dies Urtheil des Königs zu kennen, hatte die Armee daſſelbe Urtheil über das Verhalten Manſteins und des Prinzen Moritz gefällt; es liegt in jenen Darſtellungen von Warnery, Tempelhof und Archenholz vor, welche ſämmtlich vor der Publikation der histoire de la guerre de sept ans erſchienen. Daß bereits unmittelbar nach der Schlacht in der Armee über den Prinzen Moritz ebenſo geurtheilt worden war, beweiſt die Bemerkung Henkels im Tagebuch unter dem 19. Juni 1757, daß Prinz Moritz gegen die Dispoſition gehandelt habe (S. 50). Darnach, am 5. Juli, ſchrieb derſelbe — es war der Tag, an dem Moritz in Leitmeritz wieder zum Könige ſtieß: „Seine Majeſtät zogen den Letzteren nicht mehr zur Tafel. — Jedermann war darüber erfreut; denn ſeit dem Tage von Kollin war er der Abſcheu der Armee.“ Er legt das Hohnſchreiben eines Offiziers über die vortrefflichen Dispoſitionen bei, welche Moritz am 26. und 27. Juni getroffen habe [2]). In gleicher Weiſe urtheilt Warnery

[1]) Oeuvres 4; Avant propos p. 14. 19. — [2]) Henkel a. a. O. 1, 245. 460.

über die Maßnahmen des Prinzen in dieſen Tagen und über den Eindruck, den ſeine Vermahnungen auf die Stabsoffiziere der Kavallerie über deren Verhalten in der Schlacht gemacht hätten [1]). Auch der Stabsfeldprediger Küſter weiß, daß Moritz gegen den Plan des Königs angegriffen, daß man ihm „bekanntlich" die größte Schuld am Verluſte der Schlacht beigemeſſen habe. Es ſei deshalb ſehr peinlich geweſen, als er am Sonntage (10. Juli) in Leitmeritz auf Befehl des Königs den Offizieren und Gemeinen, welche ſich in der Schlacht ſchlecht gehalten, ihre Pflichtvergeſſenheit habe zu Gemüthe führen und dieſe Predigt im Zelte des Prinzen Moritz habe halten müſſen. Unmittelbar nach der Predigt habe ſich Prinz Moritz indeß vollkommen gerechtfertigt, ſo daß er ſchon eine Stunde nachher den entzogenen Ehrenpoſten wiedererhalten habe [2]).

Eine völlig entgegenſtehende Auffaſſung des Verhaltens des Prinzen Moritz iſt erſt vierzig Jahre nach der Schlacht, aber mit großer Beſtimmtheit öffentlich ausgeſprochen worden. Nach dieſer hätte nicht Moritz beim Könige ſich zu rechtfertigen, vielmehr der König ſich bei Moritz zu entſchuldigen gehabt. Nicht Moritz, der König ſelbſt habe den Verluſt der Schlacht verſchuldet. Von ſeiner eigenen vortrefflichen Dispoſition ſei er abgegangen; den Prinzen Moritz habe er durch die ſchwerſten Drohungen gezwungen, dieſer entgegenzuhandeln. Höchſt ſeltſam und wohl ohne Beiſpiel, daß der Feldherr, wie hier behauptet wird, ohne Veränderung der Umſtände den ſelbſterdachten und gegebenen Schlachtbefehl über den Haufen wirft oder vergißt — dennoch hat man nicht dem Könige, man hat dieſer Verſion Glauben geſchenkt.

Heinrich von Berenhorſt wurde 1759 Hauptmann im Stabe des Königs. Die perſönlichen Klagen, die er ſehr bald über den König zu haben glaubte, auch nur erwähnen, hieße ihnen Gewicht zuerkennen. Er forderte und erhielt 1762 den Abſchied, um in den Dienſt des Fürſten Franz Leopold von Anhalt-Deſſau zu treten, den er dann auf deſſen Reiſen begleitete. Er wurde Oberhofmeiſter und

[1]) Campagnes I, 173—175. — [2]) Küſter, Lebensrettungen S. 25. 30. 31. 183.

Erzieher des Erbprinzen Friedrich. Als ſolcher publicirte er im Jahre 1797 anonym die bekannten „Betrachtungen über die Kriegskunſt.“ Er verſucht in dieſen den Satz durchzuführen, daß Friedrich II. zwar verſtanden habe, gute Dispoſitionen zu entwerfen, aber nicht, ſie auszuführen, daß er am beſten gethan haben würde, jedes Mal vor der Schlacht den Befehl niederzulegen, daß er keinen perſönlichen Muth beſeſſen und deshalb im Gefecht unruhig und verlegen geweſen ſei. Als Beweis für dieſen Satz muß dann auch die Schlacht bei Kollin dienen. „Unbegreiflicher Weiſe,“ ſagt Berenhorſt, „und mit einem Male entging ihm die Geduld, eben als der Haken ſeiner ſchiefen Schlachtordnung die feindliche Flanke mit dem ſchönſten Erfolge zurückdrängte. Vielleicht beſorgte er, Hülſen möchte ohne ſeine Zuthun die Schlacht gewinnen. Ein noch lebender Augenzeuge, der dies leſen wird, weiß, daß der König Moritz von Deſſau, der durchaus mit den beiden Treffen, die in Zügen marſchirten, der Dispoſition getreu, noch nicht rechts einſchwenken wollte, hart anfuhr und bei dem Befehle dazu den Degen zog. Nun warf ſich der ganze linke Flügel wild dem Feinde entgegen. Ein Brigadeführer aus der Mitte, den das mit Kroaten beſetzte Dorf Chotzemitz außer Beſonnenheit brachte, gab den erſten Anlaß zu der unglücklichen Uebereilung [1]).“

Berenhorſt hatte Beſchwerden gegen den König. Er ſtand in engſter Beziehung zu dem Fürſtenhauſe Anhalt-Deſſau. Es kam ihm, wie er ſelbſt ſagt, auf „die Apologie des Fürſten Moritz“ an. Seine Enthüllungen hätten ſchwerlich große Beachtung gefunden, wenn nicht fünf Jahre nach den „Betrachtungen“ ans Licht gekommen wäre, was Gaudi über die Schlacht von Kollin geſchrieben und geſammelt. Gaudi war ſeit dem 21. Juni 1756 Kapitain des Guides und damals mit dem Könige von Prag gegen Daun aufgebrochen. Den auf die Schlacht von Kollin bezüglichen Theil ſeines Journals, welches er 1778 abgeſchloſſen (er ſtarb 1788), ſammt Schlachtplan hatte er nach Retzows Angabe dieſem mitgetheilt [2]); nach Gaudi's Tode ließ

[1]) Betrachtungen S. 203. 204. 220. 221. — [2]) Retzow Zuſätze und Berichtigungen S. 16. Minerva 1803 S. 490.

Retzow dieſe Darſtellung überarbeitet, mit einigen Veränderungen, Ungenauigkeiten und Uebertreibungen, zunächſt ohne ſeinen Namen, in der Minerva 1802 abdrucken. Als die Tête des Corps de Bataille, heißt es hier, Brziſtwy gegenüber iſt, kommandirt der König plötzlich Halt. Moritz remonſtrirt, da nach der Dispoſition noch 2500 Schritt weiter marſchirt werden müſſe. Vergeblich. Nach einiger Zeit bittet Moritz, den Weitermarſch nach der Dispoſition zu geſtatten. Dies wird in unangenehmen Ausdrücken abgelehnt. Es trifft Meldung von glücklichen Fortſchritten Ziethens und Hülſens ein; der König befiehlt, daß auf der Stelle aufmarſchirt und angegriffen werde. Auf Moritz' Gegenvorſtellungen wird dieſer Befehl wiederholt. Auf abermalige Remonſtration reitet der König mit entblößtem Degen auf Moritz zu und fragt ihn mit drohender Stimme: ob er gehorchen wolle. „Die, welche Zeugen von dieſem Auftritte waren," heißt es in Gaudi's Handſchrift, „fürchteten, daß der König ihm ſeine Unzufriedenheit gegen die Widerſprüche noch auf andere Art bezeugen würde," d. h. daß er den Degen gebrauchen würde [1]). So muß denn Moritz wider die Dispoſition, wider beſſere Einſicht, wider ſeinen Willen mit dem linken Flügel, den er zunächſt führt, angreifen.

Man ſieht, die Verſionen der beiden Offiziere des königlichen Stabes decken ſich keineswegs. Beide ſind mit dem Könige darin einverſtanden, daß der linke Flügel zu früh Front gemacht, zu früh angegriffen habe. Aber wenn der König das Erſte dem Fürſten Moritz, das Zweite dem Eifer der Truppen zuſchreibt, ſo behaupten beide Adjutanten, daß des Königs Befehl den Marſch der Kolonnen des Corps de Bataille zu früh gehemmt. Berenhorſt begnügt ſich, den König zu früh Front ſchwenken zu laſſen; im Uebrigen berichtet er wie der König, daß ein Brigadeführer der Mitte zuerſt angegriffen und dieſer Angriff auch den linken Flügel zu unglücklicher Uebereilung des Angriffs veranlaßt habe. Gaudi-Retzow behauptet dagegen, daß der König zuerſt Halt, darnach Front, endlich auch den Angriff des linken Flügels befohlen, und den Prinzen Moritz zur Ausführung

[1]) Vgl. Retzow Charakteriſtik 1, 126. 128. 129

dieſes Befehls gezwungen habe. Ferner läßt Gaudi-Retzow den General Manſtein erſt, nachdem Ziethen und Hülſen glückliche Fortſchritte gemacht, der Letztere den Eichbuſch genommen und wieder verloren hat, zu der Zeit, als trotzdem „der linke Flügel den rechten des Feindes mit ſo gutem Erfolge pouſſirte", d. h. etwa um vier Uhr, Chotzemitz angreifen.

So ſtark die Differenzen zwiſchen den „Betrachtungen" und „Gaudi-Retzow" ſind, die Publikation Retzow's war Berenhorſt äußerſt willkommen. Am 25. April 1803 ſchreibt er an Hugo in Göttingen: „Ueber meine Apologie Moritzens bin ich nie verlegen geweſen. Fürſt Franz (der 1803 regierende Herzog) war bei der in Frage ſeienden Scene dicht hinter den Pferden des Königs und Moritzens; er meint, daß niemand weiter, wenigſtens in der Nähe nicht, dabei zugegen geweſen. Von ihm kommt hauptſächlich die Kunde davon her. Da er ein Jüngling von 17 Jahren und dafür bekannt war, ohne Falſch zu ſein, ſo hat niemand von den Optimaten des Heeres, die Brüder des Königs am allerwenigſten, an ſeiner Ausſage, die er gleich auf friſcher That abgelegt, gezweifelt; unter dem Kanaillorum iſt ſie indeſſen nicht ruchbar geworden. Gaudi, der Gewährsmann Retzow's, hat den Vorfall in ſeine Geſchichte des ſiebenjährigen Krieges aufgenommen; er konnte allenfalls ein von Fürſt Franz nicht bemerkter Augenzeuge geweſen ſein, denn unter dem Einſchlagen der Kanonenkugeln überſieht man einander leicht. — Wenn Sie die Minerva durchſehen, werden Sie im Januarheft derſelben wahrgenommen haben, daß der große Friedrich ein paar Champione gefunden hat, die den Bock von Kollin durchaus nicht wollen auf ihn kommen laſſen. — Was ſie vorbrachten, war abgeſchmacktes Zeug. — Ich forderte Fürſt Franz auf, ſeines Oheims Ehre durch ein an Archenholz gleichfalls eingeſandtes Zeugniß zu retten; er äußerte aber ſo viele Beſorgniſſe, daß ich gern von meiner Aufforderung abſtand [1])."

Daß Fürſt Franz den Brüdern des Königs den Vorfall wenigſtens nicht, wie Berenhorſt behauptet, unmittelbar nach der Schlacht

---

[1]) Berenhorſts Nachlaß 1, 184.

mitgetheilt hat, folgt aus der durchaus gegentheiligen Auffaſſung des vertrauten Adjutanten des Prinzen Heinrich, die oben aus deſſen Tagebuche gegeben iſt. Wenn Berenhorſt gegen den nach ſeiner eigenen Ausſage einzigen Zeugen des Vorfalls anführt: dieſer könnte Gaudi wohl überſehen haben, ſo behauptet Gaudi ſeine Gegenwart nicht. Er war in der Schlacht; wäre er bei dieſem Vorfalle geweſen, ſo hätte er nach ſeiner Weiſe geſagt: wir; dagegen heißt es in ſeiner Handſchrift: „die, welche Zeugen von dieſem Auftritte waren, fürchteten“ u. ſ. w. Nach Gaudi waren alſo mehrere Zeugen vorhanden, nach Ausſage des Fürſten Franz nur er ſelbſt. War Letzteres der Fall, ſo muß Gaudi die dreimaligen langen taktiſchen Erörterungen, die er Moritz ſowohl bei dem Befehl, zu halten, als während des Halts und bei dem Befehl, Front zu machen und anzugreifen, in den Mund legt, dem Fürſten Franz verdanken. Aber freilich war dieſer erſt 17 Jahr. Die, wie Gaudi zugiebt, lediglich den Generalen und nur mündlich gegebene Dispoſition zur Schlacht hatte er wohl kaum mit angehört und ſelbſt, wenn dies geſchehen, doch kaum deutlich auffaſſen können. Der junge Prinz war deshalb ſchwerlich in der Lage, den Streitpunkt recht zu verſtehen, noch weniger, die von Gaudi direkt gegebenen Reden von Wort zu Wort zu behalten und genau wiederzugeben. Am ſchlimmſten iſt freilich, daß dieſer einzige Zeuge ſich weigert, öffentlich zu wiederholen, was er Berenhorſt vertraulich mitgetheilt hat, obwohl 1803 ſein Oheim bereits ſeit 43 Jahren, der König ſeit 17 Jahren todt war.

So ſteht es mit dem einzigen Zeugen Berenhorſts. Sehen wir, welche Zeugen Gaudi für ſeine Darſtellung zur Verfügung ſtehen. Er verſichert: Fürſt Moritz habe lange nach der Schlacht geſagt, es werde ihn ewig gereuen, der drei Mal wiederholten, endlich mit unangenehmen Begegnungen begleiteten Ordre zum Angriff nachgelebt zu haben; er hätte ſollen noch mehrere Extremitäten abwarten[1]). Retzow verräth in einer Entgegnung in der Minerva gegen die von Berenhorſt erwähnten Vertheidiger des Königs und in den Berich-

[1]) Journal 2, 155.

tigungen zur ersten Ausgabe seiner Charakteristik die Grundlage dieser Aeußerung Gaudi's. Er bringt eine Erzählung vor, die er einem ungenannten höheren Offizier der Armee verdanke, welcher sie von zwei inzwischen verstorbenen Offizieren des Regiments Münchow, von Voß und Schmettau, wissen will, die sich zwei Tage nach der Schlacht zu Nimburg hinter den Ofen versteckt und so ein vertrautes Gespräch zwischen Moritz und dem Herzoge von Bevern gehört hätten, in welchem der Erstere sich einen Vorwurf daraus gemacht, daß er nicht lieber den Hieb des Königs ausgehalten habe, als den linken Flügel aufmarschiren zu lassen und gegen den Feind zu führen[1]). Die Aeußerung des Fürsten Moritz wäre hiernach unmittelbar nach der Schlacht geschehen. Sehr lange darnach konnte sie überhaupt nicht geschehen, da Fürst Moritz am 10. April 1760 gestorben ist.

Wenden wir uns zu der dritten und letzten Quelle dieser Darstellung der Schlacht von Kollin. Es sind die Diktate, die der vieljährige Adjutant des Prinzen Heinrich, nachmals Feldmarschall Graf Kalkreuth, 59 Jahre nach der Schlacht, im Jahre 1816, aus seinen Erinnerungen und seiner Lektüre niederschreiben ließ. Bei Kollin hatte er sich bei der Schwadron Gardes dü Corps befunden, welche den König hierher begleitet. Diese stand auf dem äußersten rechten Flügel, und so hat Kalkreuth auch den König, wie er selbst angiebt, erst dann gesehen, als er das Schlachtfeld verließ. Den Vorfall mit Moritz erzählt er abweichend von Gaudi-Retzow und, wie es scheint, nach Berenhorst's Quelle, in höchst dramatischer Weise, wie er pflegt, obwohl er den Degen des Königs nicht verwendet. Während nach Gaudi-Retzow der König das Corps de Bataille Halt machen läßt, „um den Erfolg Hülsen's abzuwarten", sagt Kalkreuth mit Berenhorst: „Der König hatte den Ruf, gute Dispositionen zu machen, aber er war der Erste, sie nicht zu befolgen, aus bloßer Ungeduld. Moritz kannte die Ungeduld des Königs; er sah diesen ganz in der Nähe und trieb die Soldaten, den Schritt zu verdoppeln. Als der König Moritz sagte: machen Sie Front! that dieser, als hätte er es

[1]) Minerva 1803 S. 491. 492. Berichtigungen S. 28.

nicht verſtanden, und rief: vorwärts, vorwärts! Der König wiederholte den Befehl; mit gleichem Erfolge, weil der Prinz, der das Unheil vorausſah, wenn man debordirt Front machte, nicht eingeſchwenkt hatte. Zum dritten Mal rief der König: Prinz Moritz, machen Sie Front! Und der Prinz wiederum: vorwärts, vorwärts! Da ſprengte der König ſein Pferd mit dem Kopfe gegen die Schabracke des Fürſten und rief: Bei allen Teufeln, machen Sie Front, wenn ich es befehle! Nun kommandirte der Prinz mit trauriger Stimme Front und ſagte zum gegenwärtigen Herzog von Anhalt, der bei ihm war: die Schlacht iſt verloren. Das war die eine Urſache des Verluſtes der Schlacht; hier die zweite. Daun hatte vom Rande des Höhenzuges Kroaten in's Gebüſch herabſteigen laſſen, welche in die Kolonnen feuerten, die nach dem linken Flügel marſchirten. — Der König rief den Marquis de Varenne, den Befehl an das erſte Regiment der Kolonne zu bringen, Front zu machen und auf die Kroaten zu feuern; jedoch ſollte der Ueberreſt den Marſch fortſetzen. Der Marquis, der vom Kriege nichts verſtand, brachte nun dem Fürſten Moritz, welcher zum Centrum der erſten Linie zurückgekehrt war, den Befehl, mit dem rechten Flügel Front zu machen. Der Fürſt verſammelte die Generale, welche in der Nähe waren; der Herzog von Bevern proteſtirte gegen den Befehl, aber General Manſtein ſtimmte dafür, und Moritz meinte, man müſſe gehorchen, da „He“ es befohlen habe. Manſtein und Varenne ſollten vor das Kriegsgericht; aber der Tod fuhr mit ſeinem Schwamm darüber [1]).“

Es wird unſerer Unterſuchung förderlich ſein, die Frage über den Angriff Manſtein's zunächſt zu erledigen. Kalkreuth's Verſion über dieſen leidet zunächſt an dem Widerſpruch, daß der rechte Flügel nicht mehr linkshin marſchiren konnte, wenn der linke bereits eingeſchwenkt hatte. Woher Kalkreuth's Erzählung über Varenne und deſſen falſch verſtandenen Befehl ſtimmt, wird weiterhin erhellen. Die Handſchrift Gaudi's ſagt in Uebereinſtimmung mit der Angabe des Königs: bei Ertheilung der Dispoſition ſei vielfältig wiederholt

[1]) Minerva 1840, 2, 515–521.

worden, daß der rechte Flügel nicht engagirt werden, daß derſelbe am Kaiſerwege verbleiben ſolle; Gaudi fügt hinzu, daß der Herzog von Bevern beſonders angewieſen worden ſei, für die Ausführung dieſes Befehls zu ſorgen. Als Manſtein nun dennoch angreift, erwiedert er auf Bevern's Frage: der König habe ihm durch einen Adjutanten befehlen laſſen, Chotzemitz zu attaquiren. Retzow führt an: „daß man ihn verſichern wollen, daß dieſer Adjutant Kapitain Varenne geweſen und daß, da Manſtein mit drei Bataillonen aus der Mitte angegriffen habe, es ſehr wahrſcheinlich bleibe, daß der König ihm das Kommando in der Hoffnung übertrug, ſeine ihm bekannt gewordene außerordentliche Herzhaftigkeit werde bei dieſer Gelegenheit ebenſo wirkſam ſein, als bei der Schlacht von Prag [1])." Gaudi iſt verſtändiger. Er hebt hervor, daß die Manſtein gegebenen Befehle ſehr beſtimmt lauteten und ſein Fehler um ſo größer geweſen ſei, als er ſich nicht mit der Wegnahme von Chotzemitz begnügt, ſondern weiter gegen den dahinter liegenden Berg vorgerückt ſei. Sein Angriff zog mit den Verluſt der Schlacht nach ſich: „denn man konnte die Sachen auf dem linken Flügel mit vier Bataillonen herſtellen; ſo viel waren nur nöthig, deſſen Angriff zu unterſtützen und ihm die Flanke zu decken. Allein wo ſollte man ſie hernehmen, da Manſtein die, welche am nächſten an dieſem Flügel waren, engagirt hatte?" Nach der Schlacht, als Bevern den General Manſtein befragte, welcher Adjutant den Befehl zum Angriff gebracht, habe Manſtein Varenne genannt. Allein Manſteins Adjutant habe ſpäter verſichert, daß Varenne keineswegs einen Befehl des Königs zum Angriff gebracht, ſondern im Vorbeigehen geäußert habe, man müſſe die Kroaten aus dem vorliegenden Dorfe hinauswerfen [2]).

Die Quelle, aus welcher Gaudi dieſen Theil ſeiner Darſtellung geſchöpft, liegt, freilich ohne Datum und Unterſchrift, im Archiv des Generalſtabes. Sie rührt von einem Offizier her, welcher ſich in der Schlacht auf dem rechten Flügel befand, und iſt vor dem Jahre 1770 niedergeſchrieben. Ich führe den Wortlaut an, zugleich als Beiſpiel,

---

[1]) Charakteriſtik 1, 134, 135. — [2]) Gaudi Journal 2, 157.

wie Gaudi die zahlreichen Mittheilungen, welche er für ſein Journal erbat oder aus freien Stücken erhielt, benutzte. „General Manſtein entamirte das Engagement auf Chotzemitz mit dem Regiment von Borſtedt aus dem Centro und, falls man nicht irrt, mit einem Bataillon von Anhalt. Der linke Flügel des Regiments von Manteuffel wurde mit in's Feuer gezogen und insensiblement das ganze Regiment. Der Herzog von Bevern ſchickte zuerſt den Lieutenant Krummenſee, und als dieſer nicht ſogleich zurückkam (er wurde gefangen), den Lieutenant, jetzigen Rittmeiſter Grafen Schmettau. Der General Manſtein ſagte, daß ihm der Angriff durch einen königlichen Adjutanten expreſſe befohlen ſei. Als der Herzog nach der Schlacht den General befragte: welcher von den Adjutanten des Königs die Ordre gebracht habe, nannte der General den Hauptmann Vareune und wiederholte dies auf Verlangen des Herzogs in Gegenwart des General von Ziethen und anderer noch lebenden Generale u. ſ. w. So viel hat ferner der noch lebende Adjutant des Generalmajor von Manſtein, jetziger Oberſtwachtmeiſter von Möllendorf Braunſchen Regiments verſichert, daß der Hauptmann Vareune zu ſeinem damaligen General gekommen und geſagt, man müſſe die einigen Kroaten aus dem Dorfe Chotzemitz herausjagen, darauf denn der General mit den Bataillons an und in daſſelbe gerückt und dadurch das Engagement angefangen habe. Beide jetzt nicht mehr lebende Akteurs waren Leute von großer Ambition und wollten coute que coute ſich durch ausnehmende Aktions hervorthun. Wer weiß, ob ihnen dieſe Begierde zu der mehrgedachten, übel digerirten Equipée nicht verleitet hat.“

General Manſtein wurde in den linken Arm verwundet; die Wunde war nicht gefährlich. Mit dem ebenfalls verwundeten Kapitain Vareune brach er mit einem Transport von 26 verwundeten Offizieren in der Nacht vom 23. zum 24. Juni von Leitmeritz nach Dresden auf. Da der Weg unſicher war, befahl Manſtein dem Oberſt Plotho: 100 Mann nach Dirmitz vorauszuſenden und den Transport ſelbſt durch weitere 100 Mann des Regiments Prinz

Friedrich von Preußen geleiten zu laſſen [1]). Bei Welmina wurde der Transport von Laudon's Huſaren und Panduren überfallen und ſammt der Bedeckung gefangen oder niedergemacht. Unter den Todten befand ſich Manſtein, der ein Gewehr ergriffen und am Gefecht Theil genommen hatte. Keith ſchreibt noch am 24. Juni Mitchell: „Ich bin ſehr betrübt über das Mißgeſchick des armen Manſtein. Seine Ungeduld iſt Schuld. Aber dies bleibt unter uns [2])." Der König ſelbſt ſchreibt am 6. Juli: „Es hat mir um den ſonſt guten und tüchtigen Generalmajor von Manſtein beſonders leid gethan, daß derſelbe durch eine faſt nicht anders zu nennende Etourderie ſich ſelbſt in Unglück — gebracht hat [3])." Varenne war gefangen fortgeführt worden und ſtarb wenige Tage darauf in Millischau an ſeiner Wunde.

Gleich nach der Publikation der „Charakteriſtik der wichtigſten Ereigniſſe des ſiebenjährigen Krieges" gab Scharnhorſt in den Denkwürdigkeiten der Berliner militäriſchen Geſellſchaft im Jahre 1803 einen Umriß der Schlacht von Kollin auf Grund der Angaben Retzow's. Bei Erwähnung des Angriffs des Generals Manſtein bemerkt Scharnhorſt: „Ein ſehr glaubwürdiger Augenzeuge dieſes Vorfalls war bei dem General Manſtein gegenwärtig, als der königliche Adjutant, der Kapitän Varenne, dem General dazu den Befehl vom Könige brachte. Es iſt aber von der anderen Seite her ſehr wahrſcheinlich, daß er einen anderen Befehl des Königs falſch verſtanden, zumal, da er ſich bei ſeinem Tode den Vorwurf gemacht: daß er durch ein Verſehen den Verluſt der Schlacht bei Kollin auf ſich geladen habe." Der glaubwürdige Augenzeuge Scharnhorſts iſt Niemand anders als der Sohn des Generals Manſtein ſelbſt, nachmals Generaladjutant König Friedrich Wilhelm's II., endlich Generallieutenant und Vicegouverneur von Danzig. Als Manſtein, der Sohn, die „Charakteriſtik" geleſen, ſagte er Anfangs Dezember 1802 einem ſeiner Offiziere, daß er damals Adjutant ſeines Vaters geweſen, und ließ ſich über die

[1]) Ploetho an den König, 30. Juni. Keith an den König, 25. Juni; Geheimes Staatsarchiv. — [2]) Mitchel Memoirs 2, 460. — [3]) Geheimes Staatsarchiv.

Schlacht bei Prag, insbeſondere über die Schlacht bei Kollin näher aus. Dieſe ſeine Aeußerungen referirte der Vertraute einem Freunde in folgenden Worten: „Die Relation (Retzows) der Schlacht von Kollin findet er (Manſtein) völlig richtig; nur die Behauptung, daß der König an ſeinen Vater den Befehl gegeben habe, anzugreifen, ſcheint ihm zu gewagt. Er erzählt die Sache ſo: Varenne habe ſeinem Vater im Namen des Königs den Befehl zum Angriff gebracht, worauf ſein Vater geantwortet: das kann ich unmöglich und werde es nicht thun, denn wir riskiren darüber die Schlacht zu verlieren. Darauf ritt Varenne zum Fürſten Moritz und ſagte dem, daß Manſtein nicht folgen wolle, worauf dieſer mit Varenne zurückkam und ihm ſagte, da der König es befohlen, ſo müße es ſchon geſchehen; darauf Manſtein geantwortet: nun wenn es ſein ſoll, ſo will ich nicht der Letzte ſein. Die Folgen ſind bekannt. Als Varenne nach der Schlacht mit Depeſchen nach Paris geſchickt werden ſollte, erfuhr er, daß ſich Manſtein habe nach Leitmeritz bringen laſſen, um von da nach Dresden zurückzugehen, und beide fanden ſich in Leitmeritz. Manſtein erkundigte ſich hier nach der Sicherheit des Weges über den Paßcopol, die ihm als vollkommen angeprieſen wurde. Demohnerachtet nahm er einen Capitain, 100 Mann und einige Huſaren aus Leitmeritz mit; dieß waren lauter Sachſen. Als ſie bei Welmina ankamen, bemerkten ſie feindliche Huſaren am Fuß des Paßcopol und bald darauf Kroaten. Manſtein ließ gleich eine runde Wagenburg auf einem Hügel auffahren, ſtellte ſeine Pferde und Menſchen herein und ſchickte nach Leitmeritz nach Unterſtützung. Laudon zeigte ſich gleich darauf in zwei Colonnen und marſchirte mit ſeinen Kroaten von drei Seiten gegen ihn auf, ritt dann vor die Fronte und winkte den Preußen zu, ſich zu ergeben. Manſtein ſagte zu Varenne: hier werden wir uns doch wohl ergeben müſſen. Varenne antwortete aber: ich ſtehe zwar unter Ihrem Befehl, allein Sie wiſſen von meinen Depeſchen, pour moi il faut que je passe. Manſtein ärgerte das, und kurz erwiederte er: eh bien, je suis de la partie. Indem Laudon noch winkte, ließ Manſtein drei Jäger zugleich nach ihm ſchießen, die ihn aber alle fehlten. Die Kroaten attaquirten nun mit Geſchrei, und Varenne

ward zuerſt bleſſirt; indem er fiel, ſchrie er Pardon und die ganze Mannſchaft mit ihm und warf die Gewehre weg. Manſtein ſchrie: „was Pardon, nun iſt's nicht Zeit," und ſo ſprang er vor die Oeffnung, die eben ein herabrollender Wagen machte und ſtach den erſten Eindringenden nieder, der zweite aber ſtach und ſchoß ihn zugleich durch die Bruſt. Unſer Manſtein war nun mit Varenne zuſammen gefangen und bei ſeinem Tode gegenwärtig, wobei dieſer ſich viele Vorwürfe machte und laut geſtand, er ſei an dem Verluſt der Schlacht bei Kollin Schuld. Manſtein nimmt daraus, daß Varenne wahrſcheinlich den König falſch verſtanden und dieſer nur geſagt habe, Manſtein ſolle das Dorf reinigen oder ein Bataillon ausrücken laſſen. Dies theile ich dir mit, um es Scharnhorſt zu ſagen, wenn er auf die Schlacht von Kollin kommt [1])."

Die wunderſame Erzählung des jüngeren Manſtein über den Tod ſeines Vaters können wir bei Seite laſſen. Es genügt, für den wahren Hergang auf die bereits oben mitgetheilten urkundlichen Zeugniſſe hinzuweiſen. Nur was der Sohn über das Verhalten ſeines Vaters in der Schlacht und was er über Varenne's Selbſtanklage erzählt, iſt für uns von Intereſſe. Der Sohn findet die Behauptung, daß der König ſeinem Vater den Befehl ertheilt habe, anzugreifen, zu gewagt. Varenne habe freilich den Befehl im Namen des Königs überbracht; ſein Vater habe ſich geweigert; darauf habe Varenne dem Fürſten Moritz den Ungehorſam Manſteins angezeigt, worauf dann Moritz Manſtein angewieſen, da der König es befohlen habe, müſſe es ſchon geſchehen. Kalkreuths Diktate führen dieſe Verſion des jüngeren Manſtein dann weiter dahin aus, daß Moritz die Generale zur Berathung über den Befehl des Königs verſammelt und endlich ſagt, da „he" es befohlen, müſſe es geſchehen (S. 76). Kalkreuth und Manſtein haben im Jahre 1807 Danzig ehrenvoll gegen die Franzoſen vertheidigt, und es bedarf keiner Ausführung, daß des

[1]) Vier Jahre nach der erſten Publikation dieſer Abhandlung hat Dr. Lehmann dieſes Schreiben im Archiv des Generalſtabes unter den nachgelaſſenen Papieren des Generals v. Scharnhorſt ermittelt; Preußiſche Jahrbücher 1874, 1, 343 ff.

jüngeren Manſtein Mittheilungen den modificirten und erweiterten Angaben Kalkreuths zu Grunde liegen. Weiter verſichert der jüngere Manſtein, bei dem Tode Varenne's gegenwärtig geweſen zu ſein, wobei ſich dieſer viele Vorwürfe gemacht und laut geäußert habe, er ſei an dem Verluſt der Schlacht von Kollin Schuld. Hieraus *entnimmt* Manſtein, der Sohn, daß Varenne *wahrſcheinlich* den König falſch verſtanden und dieſer nur geſagt habe: „Manſtein ſolle das Dorf reinigen oder ein Bataillon ausrücken laſſen.“ Varenne hätte alſo nicht nur dem General Manſtein ſondern auch dem Prinzen Moritz einen Befehl des Königs überbracht, gegen deren Remonſtrationen auf der Ausführung deſſelben beſtanden und ſich dennoch im Tode angeklagt, daß er an dem Verluſt der Schlacht Schuld ſei. Alſo *ſich ſelbſt*, nicht den Befehl des Königs, den er zu überbringen hatte, hielt er für die Urſache des unglücklichen Ausganges der Schlacht. Dieſen höchſt auffallenden Widerſpruch ſucht Manſtein, der Sohn, durch eine Konjektur zu heben; er ſupponirt ein Mißverſtändniß des Adjutanten: nur das Dorf hätte Manſtein reinigen, nicht aber die Stellung der Oeſtreicher angreifen ſollen. Kalkreuth weiß dann dies Mißverſtändniß noch um einige Grade beſſer aufzuhellen.

Dieſe Konjektur iſt erſt nach Retzows Publikation und in der Abſicht, Scharnhorſt aufzuklären, zu Tage gekommen. Sie iſt überdies Tempelhofs Darſtellung entlehnt, der uns ſchon oben (S. 57) ſagte, daß Manſtein ein Bataillon Bornſtedt aus der Alignementskolonne habe herausrücken laſſen. Gegen die Suppoſition des Sohnes, dem das Andenken des Vaters von einem Vorwurfe zu reinigen als Pflicht der Pietät erſcheinen konnte, ſteht das ältere, vollkommen unverdächtige Zeugniß des Adjutanten, der in jener Stunde an Manſteins Seite war, das bereits angeführte Zeugniß Möllendorfs: daß Varenne ſeinem General *keinen Befehl des Königs überbracht*, wohl aber geäußert habe: „man müſſe die einigen Kroaten aus dem Dorfe hinaus werfen.“ Varenne konnte ſich mithin bei ſeinem Tode nur darüber Vorwürfe machen, durch ſeine Aeußerung den ohnehin ſehr ungeduldigen Ehrgeiz des Generals Manſtein viel-

leicht noch weiter angeſtachelt und ſomit auch ſeinerſeits Veranlaſſung zu jenem Angriff gegeben zu haben.

Hiernach ſteht unzweifelhaft feſt, daß Manſtein ohne den Befehl und gegen die Befehle des Königs angegriffen hat, und es bleibt nach des Oberwachtmeiſters von Möllendorf, Tempelhofs [1]) und Berenhorſts eigenem Zeugniſſe dabei, daß Manſtein angegriffen hat, **bevor** der linke Flügel angriff. Damit fällt die ganze Erzählung Gaudi-Retzows von dem Befehl, den der König dem Prinzen Moritz vorzeitig zum Angriff ertheilt habe, und nur die Angabe Berenhorſts und Kalkreuths wäre mit dieſer Reihefolge der Thatſachen vereinbar, daß der König zwar nicht den Angriff, aber doch die Formirung des linken Flügels zu früh befohlen oder vielmehr erzwungen habe.

Gaudi's Journal iſt der Sammelort für alle Entſchuldigungen der Generale, für alle möglichen Anklagen gegen den König geworden. Man ließ Gaudi von allen Seiten, auch aus den höchſten Kreiſen, Rechtfertigungs- und Anklageſchriften mit den Beweisdokumenten für die eigene Vertheidigung oder Verherrlichung, ſo viel man irgend auftreiben konnte, zugehen. Um bei dem Feldzuge von 57 ſtehen zu bleiben, ſo ſind Gaudi für dieſen von dem Herzoge von Bevern die Befehle des Königs, die er während des Kommando's gegen Daun vor der Schlacht bei Kollin, dann während ſeines Kommando's in der Lauſitz und Schleſien gegen Karl von Lothringen erhielt, vorgelegt worden; nach dem Tode des Herzogs ſorgte deſſen Bruder Karl für die Vertheidigung des Verſtorbenen; von den Vertrauten des Prinzen Auguſt Wilhelm gingen Gaudi die Inſtruktionen und Befehle zu, welche dieſer vom Könige vor und während des Rückzuges nach Bautzen erhalten hatte [2]). Die von Gaudi hervorgehobenen Stellen der Befehle an Bevern ſollen natürlich unter Weglaſſung entgegenſtehender,

---

[1]) Geſchichte des ſiebenjährigen Krieges 1, 214. 215. — [2]) Gaudi 2, 402. Vgl. im Archive des Generalſtabes das Schreiben Karls von Bevern aus Glücksburg vom 7. Januar 1789. Die Originalbefehle des Königs an den Herzog von Bevern im geheimen Staatsarchive zeigen noch heute die Bleiſtiftſtriche an den Stellen, die Gaudi abſchriftlich mitgetheilt worden ſind.

z. B. des Befehls vom 5. Juni 57, die Widersprüche aufweisen, in welche sich der König verwickelt habe, und den Beweis erbringen: „daß in diesen auch der Klügste stecken geblieben wäre [1])." Seinen Bericht über den Rückzug des Prinzen August Wilhelm schließt Gaudi dann mit den Worten: „Es ist unumgänglich nöthig gewesen, die mitgetheilten Operationen ausführlich zu beschreiben, damit man sich von selbigen recht deutliche Begriffe machen und die Kenner des Handwerks ein Urtheil darüber fällen können, ob wohl Jemand dreist genug sein dürfe, die der Armee zugestoßenen Unglücksfälle dem großen Prinzen zuzuschreiben, der über selbige das Kommando führte [2])." Retzow geht noch einen Schritt weiter. Er kann die Hypothese, die gemacht worden sei, nicht verschweigen, daß der König nur darum dem Prinzen das Kommando übertragen habe, damit durch die nun zu erwartenden Unfälle der Unfall, der ihn selbst bei Kollin getroffen, in Vergessenheit gebracht werde [3]).

Um die falschen Vorstellungen und Widersprüche zu beweisen, in denen sich nach Gaudi der König in der Regel bewegte, verwendet Gaudi nicht nur die Befehle desselben an Bevern vor Kollin, sondern auch die, welche der Prinz Moritz nach der Schlacht von Kollin zwischen dem 19. und 30. Juni vom Könige erhielt. Diese Letzteren sind nun Gaudi nicht etwa von Moritz selbst mitgetheilt, sondern der Verfasser jenes Berichts im Archiv des Generalstabes, den wir oben als freilich ungenau benutzte Quelle Gaudi's für den Angriff Manstein's nachgewiesen haben (S. 77), hat am Schlusse seiner Auslassung sechs dieser Befehle abschriftlich beigefügt, von denen Gaudi fünf theils in direkter theils in indirekter Rede oder auszugsweise wiedergiebt. In Gaudi's Quelle sagt der König: „Ew. Liebden Schreiben vom 29. d. erhalte ich sogleich, ersehe aber mit Erstaunen daraus, daß Dieselben sich als morgen auf Zittau zurückziehen wollen. Ew. Liebden werden aber doch so . . . . nicht sein, sich ohne meine positive Ordre zurückziehen zu wollen." — „Dieselben werden mir

[1]) Gaudi 2, 96. 105 u. a. a. O. — [2]) Gaudi 2, 169—220. — [3]) Charakteristik 1, 157.

alſo davor reſponſable bleiben, wenn Sie ohne meine Ordre ſich zurückziehen wollen." Die Quelle fährt fort: „Vermuthlich muß ein Mißverſtand zu dieſer Königlichen Antwort Anlaß gegeben haben, da der Fürſt in ſeinen früheren Rapports ein Räſonnement wegen des Marſches auf Zittau beigefügt und die Beſchwerlichkeit der subsistance bei ſo weiter Entfernung von den Magazinen berührt haben möchte, ſonſt weiß man ſich nicht zu erinnern, daß der Fürſt ſollte intentionirt geweſen ſein, ſich zurückzuziehen." Gaudi erlaubt ſich nun nicht blos, in die Lücke, die das Schreiben des Königs in ſeiner Quelle hat, das Wort „toll" hineinzuſchreiben, er erhebt die bedingte Verneinung der Rückzugsabſicht der Quelle zu poſitiver Gewißheit, indem er fortfährt: „Vermuthlich hat ein Mißverſtändniß zu dieſem überaus harten Briefe Veranlaſſung gegeben, denn dem Fürſten war niemals eingefallen, ſich heute (30. Juni) zurückzuziehen; wohl aber hatte er in ſeinen Rapports von der Beſchwerlichkeit der Subſiſtenz wegen Entfernung der Magazine in Zittau geſprochen[1])." Unglücklicherweiſe — für Gaudi nämlich — liegt das betreffende Schreiben des Prinzen Moritz, „Lager bei Jung-Bunzlau, 29. Juni," im geh. Staatsarchive. Das P. S. deſſelben ſagt in Chiffren: „Von dem Generallieutenant Brandis iſt noch keine Nachricht eingelaufen, alſo daß wir uns übermorgen auf Zittau zurückziehen müſſen, 29. Juni." Der König hat auf dies Poſtſcript eigenhändig geſchrieben: „Er mögte nicht ſo ungeſcheit ſeindt, Sich ohne Meine Ordre zurückzuziehen, ich könnte noch allenfalls von hier Brodt hinſchicken." Die Ausfertigung (Leitmeritz, 30. Juni) lautet: „Ew. Liebden Schreiben vom 29. erhalte ſogleich und erſehe mit Erſtaunen daraus, daß Dieſelben als morgen ſich auf Zittau zurückziehen wollen. Ew. Liebden werden doch aber ſo ungeſcheit und unbedachtſam nicht ſein, ſich ohne meine Ordre zurückzuziehen, da allenfalls ich noch von hier aus Brodt ſchicken kann; Dieſelben alſo werden mir davor reſponſable bleiben, wenn Sie ohne meine Ordre ſich zurückziehen wollen."

[1]) Gaudi 2, 171.

Gaudi ist mit den Operationen des Königs von der Schlacht bei Prag ab sehr unzufrieden. Den Sieg bei Prag erklärt er für schädlich. Auch nach diesem durfte man sich seiner Ansicht nach nicht auf die Einschließung Prag's einlassen. Der König habe dann die einmal begonnene Unternehmung aus Eigensinn durchsetzen wollen [1]). Daß er persönlich gegen Daun aufgebrochen, erklärt Gaudi daraus: „daß er den Verdruß nicht habe aushalten können, bei einer Armee zu bleiben, wo der glückliche Erfolg länger, als man gehofft, ausblieb [2])." Die Zurücktreibung Dauns sollte die endliche Ergebung von Prag rasch erzwingen. Vor der Schlacht selbst hat dann der König, wie dies bei Gaudi üblich, die falschesten Vorstellungen von den Absichten und der Stellung des Gegners und giebt sie wie vor Roßbach selbst Gaudi's Rapporten gegenüber nicht auf, bis er sich denn endlich sehr spät durch den Augenschein überzeugen muß. Weiter kann der König es nicht erwarten, zum Schlagen zu kommen, ertheilt zwar eine sehr gute Disposition, handelt dieser jedoch „aus Ungeduld und Verachtung gegen den Feind" entgegen, weil er glaubt, dieser ziehe sich schon zurück. So in der Schlußbetrachtung über die Schlacht. Freilich hat Gaudi in seiner Schlachterzählung selbst das Gegentheil angegeben. In dieser läßt der König das Corps de Bataille halten: „um die Fortschritte Ziethens und Hülsens abzuwarten." Nach dem Unglück sei dann der König um so schmerzhafter bewegt gewesen, weil er sich dasselbe selbst gegen die Vorstellungen anderer Leute zugezogen [3]).

In diesen Zusammenhang paßte eine Hervorhebung des Fürsten Moritz auf Kosten des Königs vortrefflich, obschon es etwas gewagt war, einen zwar sehr tüchtigen Soldaten aus der strengen Schule seines Vaters, von brennendem Ehrgeiz und unvergleichlicher Bravour, dessen Pedantismus und wenig hervorragende Kapacität jedoch nicht verborgen waren, zum taktischen Mentor Friedrichs II. zu erheben. Als Moritz am Nachmittage des 16. Juni zum Könige stößt, läßt Gaudi den König zum Prinzen sagen: „er werde Daun bei Golz-

[1]) Gaudi 2, 105. 106. 155. — [2]) 2, 107. 108. — [3]) 2, 155—158.

Jenkau in der linken Flanque angreifen, indem er hinzufügte, er bäte ihn ſehr, ſich nicht einfallen zu laſſen, ihm von Letzterem abzurathen, ſofern er ſein Freund bleiben wolle [1])." Hiernach hätte der König für nöthig gefunden, ſich im voraus gegen die als ſicher vorauszuſetzende Vorſicht des Fürſten und dieſer entſprechende Remonſtrationen zu ſchützen. Als Einleitung zu den Vorſtellungen, die Gaudi dem Prinzen während der Schlacht in den Mund legt, iſt die Aeußerung des Königs vortrefflich, hiſtoriſch leider unhaltbar. Wußte der König, daß Moritz nach Lage der Dinge bedenklich war zum Schlagen, er hätte ihn, dem er eben erſt bei ſeinem Abmarſch das Kommando vor Prag auf dem rechten Ufer der Moldau übertragen hatte, ſicherlich nicht nachkommen laſſen. Das Schreiben des Königs vom 14. Juni, welches Moritz rief, ſagt ſehr deutlich und beſtimmt: „Es kommt hier auf wenige Tage, zugleich aber auch auf wenige Stunden an." Daß die Brüder des Königs, daß die Umgebung des Prinzen Heinrich *nach* der Schlacht dafür hielten, daß Fürſt Moritz den König zur Schlacht gedrängt habe, dafür ſind oben die Beweiſe gegeben. Daß ſie dies bereits *vor* der Schlacht befürchteten, zeigt Henkels Tagebuchnotiz vom 18. Juni: „Wir waren ſehr in Unruhe über den Ausgang der Unternehmungen des Königs, da wir wohl wußten, daß ſeine Hitze und der grenzenloſe Ehrgeiz des Fürſten Moritz, welcher Letztere keinen Anſtand genommen haben würde, das Schickſal des Staats auf eine Nadelſpitze zu ſetzen, die Sache bis aufs Aeußerſte treiben würden [2])."

Aber zugegeben, die Dinge zwiſchen dem Könige und dem Fürſten ſeien in der Schlacht gerade ſo zugegangen, wie Gaudi ſie darſtellt, ſo müßten ſich Spuren eines ſo ſchweren Vorganges in dem perſönlichen Verhältniſſe des Königs und des Prinzen wenigſtens in den erſten Wochen nach der Schlacht finden. Dies iſt keineswegs der Fall. Als der König während des Feldzuges von 1756 den Prinzen einmal hart angelaſſen hatte, ſchrieb er gleich darauf unter einen Befehl vom 11. September: „Sein Sie mir nicht mehr böſe",

[1]) Gaudi 2, 124. — [2]) Henkel a. a. O. 1, 229.

und wiederholt denſelben Zuſatz am Schluſſe des Befehls vom 12. September. Von 19. Juni bis 5. Juli 1757 liegen die täglichen Meldungen des Prinzen vor. Sie ſind in dienſtlichem Stil gehalten und von ihm nur unterſchrieben. Am 24. Juni bittet er: ins Hauptquartier des Königs kommen zu dürfen, um ſich über die Stellungen auf dem linken Elbufer zu unterrichten und wegen der Verpflegung Abrede zu treffen. Er erhält dieſe Erlaubniß, ſpricht den König am 25. in Liſſa, ſchreibt am 27. über die Befehle, die der König ihm mündlich ertheilt habe, und fährt dann fort: „Wenn beide Armeen vereinigt würden, wäre mein Wunſch erfüllt, Eurer Majeſtät aufzuwarten.“ Eigenhändig fügt er hinzu: „Gott wird meine Wünſche erfüllen, Eure Majeſtät wiederum tranquilliſirt zu ſehen.“ Als er dann ſeinen Rückzug nach Jung-Bunzlau aus Beſorgniß vor dem Anmarſch der Oeſtreicher anzeigt, antwortet der König am 28.: „Ich habe nicht gerne geſehen, daß Er ſich ohne Noth zurückgezogen hat, aber weil es geſchehen iſt, laſſe ich es paſſiren. Morgen wird mein Bruder, der Prinz von Preußen, abgehen; wenn meinem Bruder dort Alles übergeben iſt, ſoll Er mit ſeinem Regiment zu mir ſtoßen.“ Wie der König die Meldung des Prinzen, daß er am 31. Juni auf Zittau zurückgehen werde, erwiderte, iſt oben angegeben.

Nichts in dieſem Briefwechſel deutet auf ein tiefgehendes Zerwürfniß, auf beſondere Verletzungen. Hatte der König dem Prinzen hartes Unrecht gethan, ſo konnte Moritz nicht wünſchen, den König zu ſprechen, um laufende Dinge des Dienſtes zu regeln, noch weniger, dauernd in ſeiner Nähe zu ſein, unter dem perſönlichen Befehle des Königs zu ſtehen. Noch weniger konnte es dem Könige genehm ſein, die lebendigſte Mahnung an einen von ihm ſelbſt begangenen ſchweren Fehler, der ſich ſo furchtbar gerächt hatte, in ſeiner Umgebung zu haben. Dieſer Briefwechſel macht in keiner Weiſe den Eindruck, als ob der König ſich irgend etwas gegen Moritz vorzuwerfen hatte, vielmehr den, daß Moritz das Bedürfniß fühlte, die Gewogenheit des Königs wiederzugewinnen. Daß ihn der König in Leitmeritz nicht mit entſchuldigender Freundlichkeit empfing und ebenſo wenig freund-

lich die Brüder des Königs, haben wir bereits gesehen (S. 69). Der Grund, warum der König ihn nach Leitmeritz rief, war der, daß er Moritz nicht für fähig hielt, die Armee selbstständig zu führen. Er gab das Kommando dem Prinzen August Wilhelm, weil er erwartete, die Generale würden sich dem Thronfolger williger fügen und dieser selbst dem Rathe Winterfeldts folgen.

Zu diesen Indicien aus dem Verhalten des Prinzen Moritz nach der Schlacht dem Könige gegenüber tritt der Bericht eines Augenzeugen, der, etwa ebenso jung, wie Fürst Franz Leopold, im Gefolge des Prinzen Moritz, im Gefolge des Königs der Schlacht beiwohnte. In diesem hatten sich wie immer zwei Leibpagen, von Schwerin und von Putlitz, befunden. Der Letztere, welcher, auf dem Schlachtfelde von Leuthen zum Lieutenant ernannt, darnach Major im ersten Garde-Bataillon gewesen war, schreibt am 20. Juli 1798 dem Könige Friedrich Wilhelm III. aus Stölitz in Pommern: er dürfe nicht länger schweigen, besonders da König Friedrich II. nach der Schlacht zu Melnik gesagt, seine Pagen würden ihm einst bezeugen, wie wenig seine Befehle bei Kollin ausgeführt worden seien. Er schließt seine Zuschrift an den König mit den Worten: „Ich habe dies mein Zeugniß nach Ehre und Gewissen abgelegt und will es nicht mit ins Grab nehmen." Man wird dieser direkt und unter Uebernahme der Vertretung der Wahrheit abgegebenen Aussage doch mindestens denselben Glauben beimessen müssen, als der indirekt durch Berenhorst (und in zweiter Linie durch Kalkreuth) überlieferten Aeußerung des Herzogs von Dessau, die ebenfalls erst um diese Zeit, nach Veröffentlichung der histoire de la guerre de sept ans, im Jahre 1797 zu Tage getreten ist[1]). Putlitz berichtet: „Der König sagte zu allen Herren Generals: — wir müssen den Feind blos auf seinem rechten Flügel angreifen, denn hier kann er uns höchstens nur 6 bis 8 Bataillons Fronte weisen, mit unserm linken Flügel ziehen wir uns daher an den Kolliner Fluß weg; und so rollen wir den Feind ordentlich auf,

[1]) Gegen Retzows Charakteristik hat derselbe Georg Karl Gans Edler zu Putlitz nachmals Memoiren abgefaßt.

indem wir ſeinen rechten Flügel in deſſen linken hineinwerfen, der entweder in den Moraſt, oder ſich uns ergeben muß. Unſer rechter Flügel muß ſich zurückhalten, und zwar ſo, daß er womöglich keinen feindlichen Schuß höre, geſchweige einen ſolchen empfinde. Sie ſehen, meine Herren, dort ganz links die großen Gebäude oder Speicher, dabei liegt ein kleines Dorf und einige Teiche; hier muß ſich unſer rechter Flügel appuyiren, und ſollte dieſer ſich links ziehen, wenn unſer linker Flügel attaquirt, ſo muß er doch immer ſich ſo zurückhalten, wie ich geſagt habe. Wagt ſich nun der Feind von ſeinen Bergen in die Plaine, ſo empfängt ihn unſere ganze Cavallerie, welche ſogleich in den Feind einhauen muß. Die Herren von der Cavallerie werden ja ſehen, wie ſie ihre Sache am beſten machen; der General Ziethen hat den feindlichen Huſaren den Weg gewieſen: machen Sie es auch ſo, ſo ſind die Feinde gewiß verloren. Er, mein lieber General Hülſen, nimmt 8 Bataillons von unſerm linken Flügel und greift mit dieſen des Feindes Verſchanzungen bei jenem Dorfe vor deſſen rechtem Flügel an und nimmt ſie weg; ich folge ihm gleich mit der Armee. General Treskow marſchirt mit meinem linken Flügel ſo, daß er damit an General Hülſens rechten ſtößt; und ſo folgen die andern Herren Generals; auf dieſe Art wird unſer rechter Flügel wohl an jene maſſiven Gebäude ſtoßen, wo ſich derſelbe unbewegt halten muß, bis es nöthig iſt und ich ſchicke, er ſolle ſich auch links ziehen. Die Cavallerie bleibt hinter der Infanterie à portée, damit ſie bereit iſt, hinzugehen, wo es nöthig iſt, und ſie einhauen kann; überdem hat ſie die ſchöne Plaine vor ſich. Ueberhaupt muß ſich an kein feindliches Schießen eher gekehrt werden, bis wir unſre Stellung haben; nur der General Hülſen greift ſogleich an, wie er an den Feind kommt. Der König forderte jetzt noch die Herren Generals auf, zu ſagen, ob ſie ihn alle recht verſtanden hätten, indem er ſagte: wer von den Herren es nicht verſtanden, der ſage es, ich nehme es nicht übel und will es gern wiederholen. Alle bejaheten, es verſtanden zu haben; der Fürſt Moritz ſagte noch: wer wolle das nicht verſtehen, es iſt ja ſo deutlich, daß niemand fehlen kann. Und o leider, daß ich es meiner Pflicht gegen

den großen König und der Wahrheit gemäß ſagen muß: gerade Er, der ſonſt ſo tapfere und erfahrene Krieger, war derjenige, der alles mißverſtanden hatte und die ganze Diſtance der Armee verſchlug. Er hatte die Punkte, wo die Flügel zu ſtehen kommen ſollten, mit einander verwechſelt, und da, wo nach des Königs Befehl der rechte Flügel ſtehen ſollte, hat er den linken ſchon halten laſſen; mithin ging die ganze Diſtance der Armee des Königs und des Corps des General Hülſen verloren. Wie nun unſer linker Flügel auf den Punkt, welcher für den rechten beſtimmt war, kam, ſo ſpielten die öſtreichiſchen Batterieen auf denſelben, und — o Gott, wenn ich daran gedenke — Fürſt Moritz ſprach das unglückliche Wort: Halt! Aufmarſchirt! General Treskow rief dem Fürſten zu: Ihro Durchlaucht, was machen Sie? Der König hat ja befohlen, hier ſoll der rechte und nicht der linke Flügel ſtehen. Beide verwickelten ſich hierüber in einen Wortwechſel, der dem Zuſchauer einen augenblicklichen Duell erwarten ließ. General Treskow ward äußerſt heftig und ſagte: Bleiben Ew. Durchlaucht auf Ihrem Platz, hier iſt der meinige, der König hat mir Verhaltungsbefehle gegeben. Der Fürſt erwiederte hierauf: Aber, aber Ew. Excellenz, ich befehls ſo, ich befehls; und änderte nichts an dem gegebenen Befehle zum Aufmarſch. Ihr Streit ging ſo weit, daß wir Pagen ſowohl denſelben als auch die Urſache davon bemerkten und unter uns ſagten: Wenn es heute gut geht, ſo gehts jederzeit gut. Der König, welcher ſich mit Beobachtung des Feindes beſchäftigte, hörte es, ſahe ſich um und entdeckte jetzt, was für ein Mißverſtändniß herrſchte. Er ſprengte hinzu, ſchrie: Aber, Ihr Herren, Halt! Halt! ins Teufels Namen, was machen Sie? Halt! Halt! Allein hier war an kein Halten zu denken; es war einmal durch die ganze Armee Marſch geſchlagen; der König mochte ſchreien und rufen, ſoviel er wollte, vergebens. Nun, ſo geh es in Gottes Namen ſagte der König, zog den Degen, und ſo ging es friſch vor ſich. General Manſtein, dem gleich die Schuld an dieſem Fehler beigelegt wurde, hatte ſeine Brigade in der Mitte; was war alſo natürlicher, als daß er folgen mußte, und auch aufmarſchiren ließ, da der linke Flügel ſchon aufmarſchirt ſtand?

Sowohl die Mitte, als auch der rechte Flügel, den der Herzog von Bevern kommandirte, mußten glauben, der König habe es anders befohlen, und folgten dem Beiſpiel des linken Flügels; wo ſollten ſie auch hin, da dieſer ſchon feſt ſtand? Es ging alſo vorwärts. Der Herzog von Bevern hat dem allen ohngeachtet ſeinen rechten Flügel ſoviel wie möglich zurückgehalten. Der Zwiſchenraum beider Armeen, des Königs und General Hülſens, war zu groß, um ausgefüllt werden zu können. Sechs Bataillons waren nur im zweiten Treffen, zwei davon mußten ſogleich, für ein bekanntes Regiment, welches wich, ohnerachtet der König ſelbſt es wieder einmal heranführte, ins erſte Treffen, die vier andern rückten in die Lücke, waren aber nicht hinlänglich, um den Feind zu verhindern, daß er ſich des großen Zwiſchenraumes bediente. Der König befahl, die Kavallerie ſolle dort einrücken, allein auch dies war nicht möglich zu machen. Die Attaque ging alſo vor ſich. General Manſtein traf mit ſeiner Brigade auf ein Dorf vor des Feindes Front, welches mit ſtarken Leim-Mauern umgeben und beſetzt war; alles ward hinausgeworfen, und ſo gingen unſere Leute gerade auf die Berge los, ohnerachtet der Feind aus ſeinen daſelbſt eingeſchnittenen Kanons ein ſchreckliches Kartätſchenfeuer auf ſie machte, brachten alles zum Weichen. Die Oeſtreicher warfen Bataillons- und Regimenterweiſe die Gewehre weg und kamen zu uns herüber, ſo daß ich mit Grunde der Wahrheit behaupten kann: es befanden ſich gewiß 8 bis 10,000 Mann als Gefangene und Deſerteurs hinter unſerer Armee. Während dieſem hatte auch General Hülſen das Dorf weggenommen, und alles zurückgeworfen, und viele Kanonen erobert. Das Regiment Normann ließ dem Könige melden: daß es allein 24 Kanonen erobert hätte. Durch die Attaque des General Hülſen auf den feindlichen rechten Flügel, und des Königs auf die Mitte, war der feindliche rechte Flügel völlig geſchlagen und gewichen, ſo daß öſtreichiſche Deſerteurs und unſere eigenen gefangen geweſenen Leute verſicherten, der Feldmarſchall Daun ſei mit dem Reſt des rechten Flügels ſchon $1^1/_2$ Meile hinter der feindlichen Armee geweſen. Der Feind glaubte ſich ſelbſt ganz geſchlagen und mochte wohl, um ſeinen Rückzug zu decken, die Kavallerie

vorgeſchickt haben. Der König beſorgte nicht ohne Grund, dieſe möchte ſich die Blöße des linken Flügels zu Nutze machen und in ſolchen, wie es nachher auch wirklich geſchahe, einhauen. Er ſchickte alſo Mal auf Mal: unſere Cavallerie ſolle attaquiren und die Infanterie decken; allein ſie kam, ſo oft der König auch nach ihr geſchickt hatte, nicht. Der holländiſche Oberſtlieutenant van der Hoppe, den der König dreimal hingeſchickt hatte, ſagte endlich: Ew. Majeſtät, ſie wollen nicht attaquiren. Die Oeſtreicher fingen ſchon an, in unſere Infanterie einzuhauen, und zogen ſich hinter unſern linken Flügel. Nun ſprengte der König zur Kavallerie: Aber meine Herrn Generals, wollen Sie nicht attaquiren, ſehen Sie nicht, wie der Feind in unſere Infanterie einhaut? Ins Teufels Namen, attaquiren Sie doch! Allons ganze Kavallerie, Marſch! Marſch! und ſo brachte ſie der König heran. Die Oeſtreicher hatten ſich mit der noch hinzugekommenen Kavallerie formirt, während daß ſich Panduren in einen hohlen Weg gezogen, die ſonſt im Getreide lagen. Die öſtreichiſche Kavallerie hatte dazumal noch die Gewohnheit, zuvor ihre Karabiner abzufeuern, ehe ſie den Pallaſch aufnahm; dies that ſie auch hier; ihr Geknatter und der Panduren Feuer, mitunter auch wohl Kanonen- und Kartätſchen-Kugeln, brachten unſere Kavallerie zum Fliehen, und zwar ſo, daß der König, alle Generals und Offiziers alles Haltſchreiens ohngeachtet ſie nicht zum Stehen bringen konnten; ſondern der König ward im Stiche gelaſſen u. ſ. w "

Die Erzählung Gaudi's hat ihre Hauptſtütze in der Dispoſition gefunden, welche ſie dem Könige für die Schlacht beilegt. Der König ſpricht, wie die oben mitgetheilten Dokumente zeigen, überall nur davon, daß es ſeine Abſicht geweſen, den rechten Flügel und die rechte Flanke des Feindes anzugreifen, ſeinen eigenen rechten Flügel aber ganz zu verſagen, der deswegen „ſtrengen Befehl erhalten habe, den großen Weg nicht zu überſchreiten." Nach Gaudi's Angaben ſoll der König dagegen beabſichtigt haben, den Feind zu umgehen. Zu dieſem Zwecke ſollte Hülſen dem Corps de Bataille tauſend Schritt voraufgehen und, von Ziethen links gedeckt, Kretſchor, insbeſondere aber den Eichbuſch nehmen, der einen Kanonenſchuß über

der Flanke des Feindes liege. Der linke Flügel ſollte beſtändig fortmarſchiren, zwiſchen Kretſchor und Kutlirz durchgehen und den Eichbuſch zum point d'appui nehmen. Darauf, daß der König dann den Fortmarſch des Corps de Bataille bis zum Eichbuſch nicht geſtattet habe, baſiren alle jene Vorwürfe über Abweichung von der Dispoſition, welche Gaudi gegen den König erhebt. Wenn der Feldherr uns ſeine Dispoſition angiebt, der Adjutant eine davon abweichende, wem von beiden haben wir zu glauben? Die Dispoſition iſt, wie Gaudi zugiebt, nur mündlich ertheilt, und es ſteht nach dem Zeugniß eines bei der Schlacht Anweſenden feſt, daß die Adjutanten des Königs nicht gegenwärtig waren, als der König ſämmtlichen Generalen die Dispoſition zur Schlacht ertheilte [1]). Gaudi kennt dieſelbe alſo nur, wie ſich unten weiter beſtätigen wird, aus zweiter Hand, und die Befehle, welche er über die vom Könige ſelbſt angegebenen hinaus dieſen ertheilen läßt, erregen doch einiges Bedenken. Was hatte es für einen Sinn, dem General Hülſen einen Vorſprung von tauſend Schritten zu laſſen, wenn das Corps de Bataille bis eben dahin marſchiren ſollte, bis wohin Hülſen links vorzugehen befehligt war, nämlich bis zum Eichbuſch? Was hatte es für einen Sinn, dem rechten Flügel zu befehlen, den Kaiſerweg nicht zu überſchreiten oder, wie es bei Gaudi wiederholt heißt, „am Kaiſerwege zu bleiben", wenn es darauf abgeſehen war, die Armee die Stellung einnehmen zu laſſen, welche ihr Gaudi auf ſeinem Schlachtplan giebt und welche er im Text erläutert, daß der rechte Flügel ſüdwärts vom Kaiſerwege, der linke am Eichbuſch ſtehen ſollte? Es wäre dies kein Verſagen des rechten Flügels geweſen, ſondern eine Umgehung, der Aufmarſch der geſammten Armee des Königs in der rechten Flanke der öſtreichiſchen Armee. Die Attacke Hülſens wäre dann nicht die Vorſchiebung des linken Flügels geweſen, ſondern eine Attacke vor der Linie. Hülſen hätte mit zehn Bataillonen im erſten Treffen geſtanden, Fürſt Moritz mit vierzehn im zweiten, und hinter dieſen hätten ſich acht Bataillone im dritten Treffen nebſt den

[1]) Neue Bellona 1805 S. 118.

Kavallerieregimentern befunden, welche Ziethen nicht überwieſen waren. Daß von „nicht Ueberſchreiten“ des Kaiſerweges bei dieſer Aufſtellung keine Rede ſein konnte, beweiſt ein Blick auf das Terrain. Die Linie derſelben auf Gaudi's Plane mißt über 3000 Schritt, die Entfernung vom Kaiſerwege bis zum Eichbuſch beträgt, mit Einſchluß des Letzteren, gegen 4000 Schritt; die vierzehn Bataillone des erſten Treffens des Corps de Bataille konnten bei der damaligen zuſammenhängenden Aufſtellung dieſen Raum nicht einmal ausfüllen.

Es iſt an ſich nicht wahrſcheinlich, daß der König eine Dispoſition dieſer Art gegeben hat. Die geniale Anſchauung, welche den König beſtimmte, von den Parallelſchlachten abzugehen, die er vorfand, ſeine ſogenannte ſchräge Schlachtordnung will eine überlegene Stärke auf einen der feindlichen Flügel bringen, den angegriffenen Flügel in der Front und in der Flanke faſſen, durch dieſen Angriff zugleich die Aufſtellung des Feindes derangiren. Der refüſirte Flügel war dazu beſtimmt, die nicht angegriffene Schlachtlinie des Feindes in Reſpekt zu halten, dem eigenen angreifenden Flügel aber zum Soutien, im Falle des Rückzuges als Reſerve zu dienen. Nahm man den refüſirten Flügel ganz weg, ſo veränderte dann auch der Feind entſprechend ſeine Stellung und gewann freie Hand, alle ſeine Kräfte auf den bedrohten Punkt zu wenden. So die konſtante Anſchauung des Königs. Sie iſt bereits in der Inſtruktion vom 17. März 1742 angedeutet [1]), darnach in den Principes généraux de la guerre von 1748 und 1753, in den Pensées (1755), ſpäterhin in den Inſtruktionen von 1756 und 57, in dem Befehl an den Grafen Dohna vom 20. Juli 1758, in der Dispoſition und den Reflexionen deſſelben Jahres u. ſ. w. ausgeſprochen [2]). Dieſe beſtimmten, durch Pläne erläuterten Vorſchriften laſſen keinen Zweifel über die Abſicht, die der König auch bei Kollin verfolgte. Auch bei Leuthen gingen neun Bataillone dem Feinde direkt in die Flanke, aber nicht tauſend Schritt dahinter, wie bei Kollin, ſondern dicht angeſchloſſen folgte

[1]) Oeuvres 30, 53. — [2]) Oeuvres 28, 74. 112. 113. 30, 203. 222. 237. 238. 251. 28, 149. 160.

der rechte Flügel unter dem Kommando deſſelben Prinzen Moritz. Eben um zu vermeiden, was bei Kollin geſchehen, war befohlen, daß die Bataillone des rechten Flügels nur in Staffeln angreifen ſollten, daß jedes Bataillon ſeinen Nachbar zur Rechten funfzig Schritt vorauslaſſen müſſe. Der linke Flügel aber blieb dem Centrum des Feindes bei Leuthen gegenüber, bis der Angriff der vorgeſchobenen Flanke und des rechten Flügels gelungen war. Wollte der König bei Kollin ſeine Stellung vor der Front des Feindes nicht wenigſtens weſtlich bis Chotzemitz feſthalten, wollte er nicht wenigſtens einen Theil der feindlichen Front in Reſpekt halten, warum wurde dann das erſte Treffen auf 14 Bataillone verſtärkt, das zweite auf 8 Bataillone reducirt? Warum begab ſich dann der König nicht gleichzeitig mit der Flanke und den beiden Treffen, d. h. in dieſem Falle mit allen drei Treffen dicht aufgeſchloſſen hinter Kretſchor, um den Feind hier mit voller Macht über den Haufen zu werfen? Sollte dies ſucceſſive geſchehen, etwa um den Feind zu täuſchen und Gegenanſtalten deſſelben zu hindern? Aber der Feind überſah von ſeinen Höhen ja jede Bewegung der preußiſchen Armee.

Die Dispoſition, welche Gaudi dem König unterlegt, widerſtreitet nicht nur den eigenen Angaben des Königs und ſeiner konſtanten Taktik; er konnte die Gaudi'ſche Dispoſition überhaupt nicht geben. Letztere hätte den Parallelmarſch des Feindes nach ſich gezogen. Aber auch, wenn dies nicht geſchah, war mit dem Aufmarſch der preußiſchen Armee in der von Gaudi gegebenen Linie nicht blos Daun, ſondern auch ſie ſelbſt umgangen. Sie ſelbſt ſtellte Daun zwiſchen ſich und Prag, ſie gab Daun die Straße nach Prag frei und mußte mit der Elbe hart im Rücken fechten. Daun brauchte nicht mehr mit dem Könige zu ſchlagen, um das Belagerungscorps auf dem rechten Ufer der Moldau im Rücken zu faſſen. Und wenn man nicht ſo weit gehen will, das preußiſche Gepäck lag in Kaurzim, die Armee des Königs, die beiden Armeen vor Prag lebten aus den Magazinen von Nimburg und Brandeis.

Es hieß, alles dies preisgeben, wenn man die Kaiſerſtraße aufgab. Gerade daß dieſe beiden Magazine und zugleich die Belagerung

von Prag zu decken waren, bezeichnet der König als die Schwierigkeit seiner Aufgabe. Es war kühn genug, wenn der König den Kaiserweg von Chotzemitz westlich bis Planian freigab. Wollte er mit der ganzen Armee nach Osten, dann durften die Verwundeten nicht, wie geschah, nach Planian, sie mußten nach Predhrad und Podiebrad gebracht werden.

Die Disposition des Königs bei Gaudi-Retzow ist erfunden, aber nicht ganz frei erfunden. In jener Handschrift, welcher Gaudi die oben besprochenen Befehle an den Fürsten Moritz entlehnte, heißt es: „Die Husaren sollten das bei Kutlirz stehende Nadasdy'sche Korps attaquiren und die daselbst gelegene Anhöhe okkupiren. Die sechs Grenadier-Bataillone und die Reserve unter Hülsen und Oberst Finck sollten Brzistwy und Kretschor emportiren —, mittlerweile die Armee am Kaiserweg entlang marschiren sollte, bis selbige mit der Tête zwischen Kutlirz und Kretschor durchmarschiren könnte, alsdann der linke Flügel der Infanterie an das Hölzchen, so auf der Anhöhe von Kretschor lag, appuyirt werden und solcher Gestalt der Feind in seiner Flanke angegriffen und raflirt werden sollte. der rechte Flügel der Armee aber immer zurück und am Kaiserwege gehalten werden sollte. Die Tête der Infanterie linken Flügels war kaum bei dem am Kaiserwege gelegenen Wirthshaus Braditz angelangt, so ward aufmarschirt, so daß Brzistwy noch über den linken Flügel vorwärts hinaus zu liegen kam. Was zu dieser Abänderung Anlaß gab, hat man während der Aktion auf dem rechten Flügel nicht erfahren; vermuthlich kann ein gebrachter Rapport, daß das schwierige Terrain den Marsch nicht zulassen wolle, und die Kanonade des Feindes gegen das Altbevern'sche Regiment und andere Mannschaften, in denen Pelotons auf dem Marsche todtgeschossen wurden, zu diesem zeitigen Aufmarsch Gelegenheit gegeben haben. Die Folgen davon sind bekannt; da zwar die Bataillone des linken Flügels Alles vor sich Findende über den Haufen warfen und Fahnen nebst vielen Kanons erbeuteten, so wurden doch solche von den ihnen links stehen gebliebenen feindlichen Corps de Reserve in der Flanke

attaquirt und endlich theils völlig entourirt, theils geſchlagen und gefangen."

Man wird zugeben, daß es mindeſtens auffallend iſt, wenn gerade diejenige Quelle Gaudi's, deren Verfaſſer dem Prinzen Moritz ſo nahe ſtand, daß er die dieſem unmittelbar nach der Schlacht zugegangenen Befehle des Königs abſchreiben konnte, nur Vermuthungen über die verfrühte Formirung des linken Flügels zu äußern wagt. Für die Feſtſtellung der Geneſis der Dispoſition Gaudi's iſt jedoch die Angabe dieſer Quelle, „daß der linke Flügel der Infanterie ſich an den Eichbuſch ſtützen ſollte", von Werth. Hiermit ſtimmt Putlitz, der den König ſagen läßt, daß Treskow ſich an Hülſens rechten Flügel anzuſchließen habe, wie Tempelhofs Darſtellung: „Sobald die Têten der Kolonnen etwas über den rechten Flügel der Armee hinausgekommen ſein würden, welches ohngefähr Kretſchor gerade gegenüber geſchehen mußte, ſollte General Hülſen den avancirten Poſten des Feindes bei Kretſchor angreifen. Sobald er den Feind von dieſem vertrieben, ſollte er ſich immer links halten und auch den Feind aus dem Eichbuſch bei Radowesnitz vertreiben. Unterdeſſen ſollte die Armee ihren Marſch fortſetzen. Erreichte Hülſen ſeine Abſicht, ſo ſollten die Bataillons vom linken Flügel gerade auf des Feindes rechten Flügel losgehen; die Linie ſollte aber nicht auf einmal den Feind angreifen, ſondern der ganze rechte Flügel ſich beſtändig zurückhalten." Dann fährt Tempelhof fort: „Hieraus folgte alſo, daß, wenn Hülſen den Poſten bei Kretſchor über den Haufen geworfen und weiter nach dem Eichbuſche vorrückte, die Tête der Kolonnen zwiſchen Kretſchor und Kutlirz durchgehen mußte, ſo daß, wenn dieſer General ſich auch zum Meiſter des Eichbuſches gemacht hätte, der linke Flügel ſich an denſelben angeſchloſſen hätte. Alsdann hätte die Armee ſich durch ein Rechtsſchwenken der Züge formiren ſollen, und dadurch würde ſie die ſchräge Stellung erhalten haben, die der König im Sinne hatte; der linke Flügel würde der feindlichen Flanke gegenüber, der rechte ungefähr in der Gegend vom Wirthshauſe (Slate Slunze) zu ſtehen gekommen ſein[1])." Ob, um den Anſchluß

[1]) Tempelhof a. a. O. 1, 210.

an Hülſen zu erreichen, die Tête zwiſchen Kretſchor und Kutlirz durchgehen mußte, wie Tempelhof folgert, Gaudi als Vorſchrift des Königs angiebt, oder aber, wenn Hülſen den Feind bereits weit genug zurückgeworfen hätte, Kretſchor links laſſend, den Anſchluß erreichte, iſt hierbei gleichgültig.

Wenn in den Angaben jener Quelle Gaudi's, in der Ausſage des von Putlitz, in der Darſtellung Tempelhofs Anzeichen liegen, aus welchen Elementen die Dispoſition, welche Gaudi dem Könige unterlegt, erwachſen iſt, ſo erhellt deren Entſtehung noch deutlicher aus einer anderen Urkunde. Das Archiv des Generalſtabes bewahrt eine zweite Handſchrift: „Relation der Bataille bei Kollin“, nicht lange nach der Schlacht von einem Manne geſchrieben, der die Ereigniſſe in der Nähe geſehen hatte und ſcharf aufzufaſſen vermochte. Dieſe Handſchrift liegt Gaudi's Erzählung zu Grunde; er folgt derſelben an vielen Stellen wörtlich, an anderen mit geringen ſtiliſtiſchen Veränderungen und entlehnt ihre Urtheile. Zugleich aber hat er dieſe Relation erweitert und jene Unterredungen des Königs mit Moritz in dieſelbe an den Stellen, welche ich bezeichnen werde, eingeſchoben. Die Einleitung der Relation ſtimmt wörtlich mit der Erzählung bei Gaudi. Dann läßt die „Relation“ den König bei Novi mesto mit der Tête der Armee halten, um die Queue abzuwarten und während der Zeit die Dispoſition zum Angriff zu machen. Darnach heißt es: „Die Huſaren rückten bis Slate Slunze vor. Der Feind hatte mehr Vertrauen auf den ſtarken Poſten, ſo er inne hatte, als auf ſeine Armee. Es war unmöglich, etwas auf ſeiner Fronte zu unternehmen.“ Gaudi legt die hervorgehobenen Worte mit einer kleinen Aenderung dem Könige in dem Augenblick in den Mund, als die Armee ſich wieder in Marſch ſetzt; der König ſagt bei Gaudi: „Sicher verläßt ſich Daun mehr auf ſeinen feſten Poſten als auf den Muth ſeiner Truppen.“ Die „Relation“ fährt fort: „Der König ließ die Generals zuſammenkommen und beſchloß, den Feind ganz zu tourniren, nichts wie ſeinen rechten Flügel und Flanke anzugreifen und den unſrigen beſtändig zurückzuhalten, ohne ihn ins Feuer zu bringen, welches unterſchiedene Mal wiederholt

wurde. — Es war zu glauben, daß der Feind alles anwenden würde, um ſeine Flanke zu decken; deshalb wurde General von Hülſen mit einer Avantgarde von drei Grenadierbataillons aus der rechten Flanke und vier von der Reſerve, ingleichen der General-Lieutenant von Ziethen — kommandirt, um nebſt vier ſchweren Kanons vor der Armee, die noch eine halbe Meile vorwärts rücken mußte, ehe ſie dem Feinde gegenüber war, zu marſchiren, das Nadasdy'ſche Korps zurückzutreiben, die bei Kretſchor liegende Batterie wegzunehmen, die anderen Hinderniſſe aus dem Wege zu räumen, die der Feind uns, um ſeinen rechten Flügel und Flanke zu unterſtützen, machen würde, und zu gleicher Zeit die linke Flanke der Armee zu decken, auf welche wir befürchteten, daß der General Nadasdy etwas unternehmen würde, und zu dem Ende Kretſchor und einen vor der feindlichen rechten Flanke auf der Höhe liegenden Eichbuſch zu beſetzen. Die fernere Veranſtaltung brachte mit ſich, daß der linke Flügel der Infanterie Kretſchor nahe links laſſend und an gedachten Eichbuſch angelehnt, die Kavallerie dieſes Flügels aber auf der anderen Seite ſich ſetzen und durch dieſe Stellung Front gegen des Feindes Flanke und nach Plauian gemacht werden ſollte." — „Hülſen ſtellte ſeine Avantgarde in den Grund vor der Kirche von Kretſchor; die drei Grenadierbataillons ſetzte er ins erſte Treffen, die vier übrigen ins zweite — und die vier ſchweren Kanons wurden auf dem rechten Flügel des erſten Treffens aufgefahren. Es war zwei Uhr Nachmittags, als der Angriff auf dieſer Seite zu machen angefangen wurde. Die Armee, welche noch im Marſch war, blieb in Kolonnen halten, um den Erfolg deſſelben abzuwarten. Die Kavallerie des linken Flügels war, in Zügen bleibend, bis unten an den Berg von Kretſchor gerückt und die Infanterie neben ihr weg, bis faſt an ihre Tête marſchirt, wo ſie auch ſtehen blieb. Die Folge lehrte uns, daß wir beſſer gethan, wenn wir noch weiter und bis an den Eichbuſch marſchirt wären."

Was alſo die Folge gelehrt hat, ſetzt Gaudi in die Dispoſition des Königs. Er ſchiebt weiter bei dieſem Halt der Armee die erſte Unterredung des Prinzen mit dem Könige, jene Vorſtellung des Letz-

teren, ein, „daß die Armee, um den befohlenen Stützpunkt zu erreichen, noch länger in Marſch bleiben müſſe.“ Befohlen war aber nach der „Relation“ nur, daß Hülſen die Batterie und Kretſchor wegnehmen, Kretſchor beſetzen, dann den Eichbuſch gewinnen ſolle.

Die „Relation“ fährt fort: „Der General-Major von Hülſen fand bei ſeinem Angriff viele Hinderniſſe; die Batterie hinter Kretſchor und die, ſo vor der feindlichen Kavallerie lag, feuerte unaufhörlich mit Kartätſchen, und ſeine Bataillons litten viel dadurch; ſie gewannen indeſſen doch immer Terrain, und ſobald ſie die Höhe erreicht, zog er die vier Bataillons, ſo er im zweiten Treffen hatte, ins erſte, um eine längere Front gegen den Feind zu haben, welcher, ſobald dieſe Bataillons durch Kretſchor gegangen, die Batterie verließ und ſich mit einigen von ſelbiger noch geretteten Kanons in den oft bemeldeten Eichbuſch warf. Die Kavallerie des Nadasdy'ſchen Korps, ſo zwiſchen Kretſchor und Kutlirz ſtand, wurde von den Huſaren und Dragonern unſerer Avantgarde bis Radowesnitz getrieben; allein beim Nachhauen wurden ſie aus dem Eichbuſch im Rücken beſeuert und genöthigt, ſich mit dem rechten Flügel wieder an Kretſchor und mit dem linken an Kutlirz zu ſetzen. Der König detaſchirte die beiden Grenadierbataillons aus der linken Flanke, um den rechten Flügel der Attaque des Generalmajors Hülſen noch mehr zu ſouteniren. — Kretſchor gerieth in Brand, als die Infanterie des Hülſen'ſchen Korps durch war, und das Bataillon von Finck mußte den Kirchhof desſelben beſetzen.“

Gaudi ſchiebt in dieſen Theil der „Relation“, und zwar in dem Moment, „wo zwar noch keine Meldung Hülſens eingetroffen, aber man doch mit bloßen Augen entdecken konnte, wie viel Terrain Hülſen bereits gewonnen“, die zweite Unterredung des Prinzen Moritz mit dem Könige ein, die erneute Bitte des Prinzen, bis zum Eichwald fortmarſchiren zu dürfen. Der Eichwald war aber von Hülſen noch nicht genommen, und zwiſchen Kutlirz und Kretſchor wäre der Prinz noch weniger durchgekommen, da Nadasdy den Terrainabſchnitt hinter dieſen beiden Dörfern wieder mit ſeiner Kavallerie beſetzt hatte. Dann kommt bei Gaudi die Meldung von Hülſens und Ziethens

glücklichen Erfolgen und die dritte Unterredung mit Moritz; der Aufmarsch des Corps de Bataille wird vom Könige erzwungen.

Die „Relation" fährt nach den Worten, bei denen wir oben abgebrochen haben, unmittelbar fort: „Die Armee blieb in Kolonnen auf eben dem Platze, wo sie Halt gemacht, stehen, bis der Feind noch eine Batterie formirte, welche dem linken Flügel unserer Infanterie etwas Schaden that. Darauf wurde aufmarschirt, so sehr auch einige der Meinung waren, den Marsch en colonne noch weiter fortzusetzen und sich alsdann zu formiren." Weiter unten, in der Beurtheilung der Führung der Schlacht, bemerkt die „Relation:" „Es ist zu glauben, daß es uns widerfahren, zu zeitig aufzumarschiren, weil wir sahen, daß der Angriff der Avantgarde auf die Batterie von Kretschor gut von Statten ging, und wir nicht glaubten, nöthig zu haben, bis an unsern vorgesetzten point d'appuy zu marschiren." Die Schlachtbeschreibung selbst führt die „Relation" in folgender Weise weiter: „Wir verdoppelten jetzo unsere Fehler, und es entstanden daraus nachfolgende widrige Sachen. Wir konnten, da wir nunmehr en linie standen, nicht mehr den Angriff des General-Major von Hülsen unterstützen, denn wir waren würklich von dem rechten Flügel derer Bataillons, so ebengedachten Angriff machten, noch mehr als 1000 Schritt entfernt. Wir hatten uns vorgenommen, nur den rechten Flügel und Flanque des Feindes anzugreifen, und hätten zu dem Ende eine vortreffliche Stellung genommen, wenn wir unserem ersten Vorhaben zu Folge den linken Flügel der Infanterie an den Eichbusch gesetzt hätten. Jetzt aber standen wir dem starken Posten, den der Feind mit seiner Fronte inne hatte, gegenüber, und unser erstes Treffen hatte alle die Berge, welche wir selbst vor unersteiglich hielten, vor sich (vgl. Gaudi 2, 139), anstatt, daß, wenn wir den Marsch noch fortgesetzt hätten, der Angriff viel leichter hätte werden müssen und der rechte Flügel unserer Infanterie auf den Platz wäre zu stehen gekommen, wo der linke mit so gutem Fortgang operirte. Man suchte allem diesem durch ein beständiges Linksziehen abzuhelfen; allein da einige Kanonenkugeln in die Regi-

menter ſchlugen, dachte der Soldat nicht weiter an die Bewegung, die er machen ſollte, ſondern ging gerade auf die Batterien zu, um ſie wegzunehmen. — Die Regimenter des linken Flügels avancirten nicht in der beſten Ordnung; es wurden gleich durch das Linksziehen große Lücken, welche durch die Bataillons des zweiten Treffens zugemacht wurden. — Obgleich des Königs Intention nicht erfüllt ward und man, ſtatt den linken Flügel beſtändig zu verſtärken, aller Orten, wo man nur den Feind ſah, ſich einließ, ſo gingen doch die Sachen auf dieſem Flügel ſehr glücklich; denn nachdem der General Hülſen ſich der Batterie, ſo hinter Kretſchor lag, bemeiſtert und die feindliche Infanterie, ſo dabei geſtanden, geſchlagen, ſo zwangen unſere Grenadiers durch ihr heftiges Feuern die gegen ſie ſtehende Kavallerie, daß ſie die Spitze des rechten Flügels ganz bis über die Flanke des zweiten Treffens zurückziehen mußte. Der General-Major Hülſen ließ anfänglich das Regiment Münchow bei Kretſchor; nachgehends zog er es nach Brziſtwy, und zuletzt folgte es der avancirenden Infanterie nach. Allein da er die Höhen genommen, ſo zog er ſich, anſtatt laut Dispoſition den Eichbuſch wegzunehmen, rechts längs der Anhöhe gerade nach der Batterie, die vor dem rechten Flügel der feindlichen Kavallerie lag, um ſich dem Feuer, welches der Feind aus gedachtem Buſche machte, nicht auszuſetzen; er fand alſo, anſtatt nach dem Eichbuſch zu ebenes Feld war, allhier einige hohle Wege, die er mit Mühe paſſiren mußte. Man reüſſirte dennoch auf dieſer Seite in der Fortſetzung des Angriffs. Die Regimenter Bevern, Prinz Heinrich, Hülſen und Wied, ob ſie gleich, wie die ganze Armee, nicht auf ihrem rechten Platze ſtanden und das von Bevern, welches den linken Flügel hatte, mehr als 1500 Schritt von dem Eichbuſch, an den es ſtoßen ſollte, entfernt war, reüſſirten nicht weniger; ſie trieben den Feind zurück, eroberten mit der Avantgarde zugleich die Batterie, ſo vor dem feindlichen rechten Flügel der Kavallerie lag, und noch eine andere, ſo mehr rechter Hand war, und kamen mit den feindlichen Grenadiers bis auf die Bajonetts zuſammen. Ueberhaupt hatten wir auf dem linken Flügel ſchon mehr als 1000 Schritt Terrain gewonnen; der

rechte des Feindes war, zum Theil in der größten Unordnung, eine halbe Meile weit bis Gbell geflohen u. ſ. w."

Die Vergleichung der „Relation" mit Gaudi's Darſtellung läßt deutlich erkennen, daß Gaudi ſeine Quelle hier in derſelben ungenirten Art alterirt hat, die wir oben in Bezug auf eine andere nachgewieſen haben. Wenn die „Relation" die poſitive Dispoſition des Königs von den „Intentionen deſſelben", von dem, „was die Veranſtaltung mit ſich brachte" und „was die Folge lehrte", unterſcheidet, ſo nimmt Gaudi ſich die Freiheit, auch die vorausgeſetzten Intentionen des Königs, auch die Folgerungen der „Relation" aus dieſer, „die Lehren der Folge", als poſitiv ertheilte Befehle an die Spitze zu ſtellen und die Erwägungen und Betrachtungen der „Relation" dem Prinzen Moritz in den Mund zu legen. An poſitiven Befehlen kennt die „Relation" nur die Zurückhaltung des rechten Flügels, die Wegnahme der Batterie bei Kretſchor und die Beſetzung dieſes Dorfes, die Wegnahme und Beſetzung des Eichbuſches durch Hülſen. In der Beurtheilung der Schlacht wiederholt die „Relation": „Wenn wir uns endlich nicht hinter der Attaque des General Hülſen formiren wollten, ſo hätten wir doch nicht, da einige Kanonenkugeln in gedachten linken Flügel ſchlugen, als die Armee noch in Zügen ſtand, aufmarſchiren ſollen, ſondern wenigſtens, in Kolonnen bleibend, bis Kretſchor vorrücken und durch unſern zu zeitigen Aufmarſch nicht eine ſo große Intervalle zwiſchen dem Hülſen'ſchen Korps und unſerm linken Flügel laſſen ſollen."

Stimmt die „Relation" hierin wörtlich der histoire de la guerre de sept ans zu, ſo findet dies nicht minder für den Manſtein'ſchen Angriff ſtatt. Sie erwähnt, wie wir ſahen, die wiederholte Weiſung bei Ausgabe der Dispoſition: den rechten Flügel nicht ins Feuer zu bringen, und berichtet dann, daß vor Anfang der Bataille, d. h. bevor Hülſens Angriff begann, Manſtein noch einmal hieran erinnert worden ſei. Bei Gaudi erfolgt dieſe Wiederholung, nachdem der König den Angriff des linken Flügels befohlen hat; Gaudi läßt dann, wie wir ſahen, Manſtein etwa zwei Stunden ſpäter angreifen. Die „Relation" ſagte uns ſchon, daß die Armee, nachdem

die Spitze etwa bis unten an den Berg vor Kretschor gerückt, Halt gemacht habe. Weiter heißt es dann: „Der rechte Flügel, der dem Feinde ganz refüsirt werden sollte, hielt sich eine Zeit lang ziemlich zurück, bis er auf Chotzemitz und Brzezan kam. Aus diesen Dörfern feuerten die darin liegenden feindlichen Truppen mit Kanons und kleinem Gewehr; die feindlichen Batterien fingen an, ein heftiges Feuer auf diesen Flügel zu machen, und da sie demselbigen einigen Schaden thaten, wurde der Angriff allgemein.“ Da die Armee noch im Marsch sein mußte, um Manstein Chotzemitz gegenüber ankommen zu lassen, der Halt derselben aber bald nach dem Anfang von Hülsens Angriff um zwei Uhr erfolgte, muß Manstein seinen Angriff also auch nach diesem Zeugniß vor dem des linken Flügels und zu der Zeit begonnen haben, als man auf dem linken Flügel noch mit der Formirung beschäftigt war. Es bedarf hierfür indeß im Grunde weder der Erinnerung an jenen östreichischen Bericht, daß nach der Wegnahme Kretschors „aller Orten kolonnenweis angegriffen worden sei“, noch der oben erbrachten Beweise, noch des Zeugnisses der „Relation.“ Die beiden Bataillone Bornstedt und das Bataillon Anhalt mußten unbedingt dem linken Flügel, d. h. der Division Treskow, zu dem sie gehörten, folgen und wären ihm gefolgt, wenn sie nicht bereits durch jenen Angriff gegen Chotzemitz engagirt gewesen wären.

Verlorene Schlachten werden stets die Frage und mit der Frage Anklagen und Gegenklagen hervorrufen, wer die Schuld des Mißlingens trage. Nachdem die Vortheile, die der Besitz des Eichbusches den Oestreichern gewährt, der bedeutsame Einfluß, den dieser auf die Kavallerie-Angriffe Ziethens und Pennavaire's, auf den Gang der Schlacht ausgeübt hatte, erfahrungsmäßig zu Tage lagen, mußte sich die Aufmerksamkeit der Beurtheilung wesentlich auf diesen Punkt lenken. Es war das auch bei dem Könige selbst der Fall. Er sagte uns oben in den Raisons de ma conduite militaire: „Ich habe mir keinen anderen Vorwurf zu machen, als den, mich nicht auf den äußersten linken Flügel begeben zu haben, um dieses Terrain zu rekognosciren, welches sich ausgedehnter fand, als man es beschrieben

hatte.“ Der Armee des Herzogs von Bevern war daſſelbe ſehr genau bekannt; auf dem Vormarſche gegen Daun war das Hauptquartier in Kretſchor geweſen. Aber dieſe Bemerkung des Königs berechtigt in keiner Weiſe, ihm als Dispoſition unterzulegen, was die „Relation“ als eine „Lehre der Folgen“, als das nach dieſer Beſſere bezeichnet, daß nicht bloß die Avantgarde, ſondern auch der linke Flügel des Corps de Bataille ſich an den Eichbuſch hätte lehnen ſollen.

Wer unſere Unterſuchung geduldig begleitet hat, kann nicht zweifeln, daß des Königs konſtante, in allen Wiederholungen vom 20. Juni 1756 bis zum Winter 1763 ſich gleichbleibende Darſtellung der Schlacht das Feld behauptet. Die Skizze der Schlacht in der Geſchichte des ſiebenjährigen Krieges entſpricht in allen Momenten dem anderweit feſtzuſtellenden Hergange vollkommen. Alle Entſchuldigungen, Ausreden und Verdunkelungen haben ſich ſchließlich gegen die ſchlichte Wahrhaftigkeit dieſer Erzählung ohnmächtig erwieſen. Dieſelbe wird hinfort in jedem Punkte für hiſtoriſch geſichert gelten können.

Die Gegner haben dem Könige eine Dispoſition untergelegt, die er nicht gegeben, um ihn von derſelben abweichen zu laſſen. Was etwa zugeſtanden werden kann, iſt eine erregte Begegnung zwiſchen dem Könige und dem Prinzen. Solche konnte nach Lage der Dinge ſtattfinden, als der Prinz mit ſeiner Tête etwa Brziſtwy gegenüber Front machte, oder als der König, durch Manſteins Angriff nach Chotzemitz gezogen, das Gefecht hier bereits ernſthaft engagirt und, darauf zurückkehrend, auch den linken Flügel bereits in vollem Angriff fand. Für dieſen Moment iſt ſolche Begegnung von Putlitz bezeugt. Man könnte noch weiter gehen. Es könnte zugegeben werden, daß der König ſelbſt, „um den Angriff der Avantgarde mit der geſammten Infanterie zu nähren“, die Tête des Corps de Bataille halten ließ, daß Moritz den weiteren Vormarſch, die Formirung hinter der Attaque Hülſens für zweckmäßiger gehalten und ſich in dieſem Sinne gegen den König ausgeſprochen habe. Aber von Putlitz läßt den Streit über das Halten nicht zwiſchen dem Könige und

Moritz, ſondern zwiſchen Moritz und Treskow, dem Kommandeur der Diviſion des linken Flügels, vor ſich gehen, und wenn Moritz gegen das Anhalten der Tête an vorgedachter Stelle Einwendungen zu machen hatte oder gemacht hatte, ſo konnte und durfte er noch weniger von dieſer Stelle aus angreifen. Beides: jene Remonſtration und dann der Angriff eben aus dieſer Aufſtellung, iſt hölzernes Eiſen. Und gerade die Schuld des übereilten Angriffs hat auch Berenhorſt, der einzige für Moritz in Betracht kommende Zeuge, demſelben abzunehmen nicht einmal verſucht. Die Behauptung Gaudi's, daß der linke Flügel früher als Manſtein angegriffen, aus welcher ihm dann folgte, daß der König den Befehl zum Angriff des linken Flügels gegeben haben müſſe, haben wir als völlig hinfällig erwieſen.

Es war die Abſicht des Königs, den linken Flügel der Avantgarde, d. h. den äußerſten linken Flügel der Infanterie, an den Eichbuſch zu bringen; das große Kavalleriecorps ſollte ſich jenſeit desſelben anſchließen, um im gegebenen Moment auf Flanke und Rücken des Feindes zu wirken. Der Angriff der Avantgarde ſollte ſucceſſive verſtärkt werden. In dieſem Sinne ſchickt der König den 7 Bataillonen Hülſens zunächſt 3 weitere Bataillone zu Hülfe, die deſſen rechten Flügel verlängern. Der Kaiſerweg ſollte vom rechten Flügel der Armee, der Diviſion Bevern, feſtgehalten werden, d. h. von den 6 Bataillonen der Brigade Manſtein im erſten, den 4 Bataillonen der Brigade Puttkammer im zweiten Treffen und 16 Schwadronen als Reſerve. Zwiſchen der Attaque Hülſens und dem linken Flügel der Diviſion Bevern befand ſich die Diviſion Treskow, d. h. die Brigaden Prinz Franz und Pannewitz mit 8 Bataillonen im erſten, die Brigade Ingersleben mit vier Bataillonen im zweiten Treffen und 20 Schwadronen als Reſerve. Demnach waren für die Schlachtlinie vom Kaiſerwege bis zum Eichbuſch 22 Bataillone und 20 Schwadronen beſtimmt. Hülſen nahm Kretſchor und die Batterie, beſetzte das Dorf, wendete ſich dann aber nicht mit ſeiner vollen Kraft gegen den Eichbuſch, ſondern ging mit dieſer von Kretſchor gerade

gegen die Flanke des Feindes vor; er gewann den Eichbuſch entweder gar nicht oder nur auf einen Augenblick. Der linke Flügel, ſtatt bis nach Kretſchor zu marſchiren, ſtatt ſich an den rechten Flügel Hülſens anzuſchließen, macht 1000 Schritt von dieſem Front gegen die Front des Feindes. Während dieſer Fehler durch das Vorziehen der Brigade Ingersleben ins erſte Treffen gutzumachen verſucht wird, greift Manſtein in der Front an und entzieht dadurch auf der anderen Seite dem linken Flügel drei auf deſſen rechtem Flügel ſtehende Bataillone. Der linke Flügel des Corps de Bataille iſt damit auf neun, ſämmtlich im erſten Treffen ſtehende Bataillone reducirt. Auch dieſe werfen ſich gleich nach Manſteins Angriff auf den Feind.

So iſt die geſammte Infanterie, die ſucceſſive ins Gefecht kommen ſollte, auf Einen Schlag engagirt, und die Bataillone des linken Flügels müſſen ſich noch im Gefecht links ziehen, um den Anſchluß an Hülſens rechten Flügel zu erreichen. Die Folgen liegen zu Tage. Die Kraft des Angriffs am entſcheidenden Punkte, deſſen volle Laſt über vier Stunden hindurch auf denſelben Bataillonen lag, mußte endlich erlahmen. Keine Reſerve war zur Hand. Da General Ziethen den Moment, in welchem er nicht bloß das erſchöpfte Fußvolk zu unterſtützen und abzulöſen, ſondern die Entſcheidung zu geben vermochte, unbenutzt vorübergehen ließ, die Küraſſiere Pennavaire's ihre Schuldigkeit nicht thaten, die Schönaichs ſich nicht zeigten, konnte der übereilte Verbrauch der geſammten Infanterie gegen einen doppelt ſo ſtarken Gegner, gegen eine feſte Stellung und eine weit überlegene Artillerie kaum anders, als mit deren Unterliegen enden.

Es gereicht ihr nicht zur Unehre. Sie hatte tapferer als an den Tagen gefochten, an denen ſie den Sieg gewann. Das Urtheil, welches Henkel unmittelbar, nachdem er den Bericht Grants gehört, ausſprach, iſt durch alle ſpäteren Berichte beſtätigt. Nur die Bataillone Treskows vermochte die feindliche Kavallerie zu überwältigen. Auf dem rechten Flügel wieſen die Unerſchütterlichkeit des erſten Gardebataillons und die energiſchen Angriffe der Meinecke-Dragoner

das Vordringen des Feindes zurück. Mit den Normann-Dragonern zeigten die Letzteren, was die Kavallerie unter entschlossener Führung zu leisten vermochte.

Aber es ist nicht die Aufgabe dieser Untersuchung, weder über die Operationen noch über die Führung oder die Truppen zu urtheilen, sondern die Thatsachen festzustellen. Wäre ihr dies gelungen, so würde damit erwiesen sein, daß Gaudi weniger zuverlässig als betriebsam und fleißig gearbeitet hat und daß sein Journal nicht ohne nähere Prüfung als maßgebende Quelle für die Ereignisse des siebenjährigen Krieges gelten darf.

Die Besitzergreifung von Westpreußen.

Zu beiden Seiten der unteren Weichsel hatte der deutsche Orden ein wohlgeordnetes und mächtiges Staatswesen gegründet. Die heidnischen Preußen und Letten waren Christen und Deutsche geworden; aus zahlreichen deutschen Einwanderern war ein ansehnlicher Herrenstand, ein freier und wohlhabender Bauernstand, ein rühriges Bürgerthum erwachsen. Die Macht dieses weitgebietenden Staates unterlag im funfzehnten Jahrhundert der Verbindung Polens mit Litthauen, wie vordem die Zusammenfassung der Stämme der Lechen zum Königreiche Polen das Vordringen der deutschen Kolonisation über die Oder hinaus gehemmt hatte. Die schwere Niederlage, die der Orden im Jahre 1410 bei Tannenberg erlitt, hätte er wohl überwinden und wieder gut machenkönnen. Aber dem Adel des Landes und den Städten war die harte Herrschaft des Ordens lästig; kurzsichtig und verrätherisch traten sie auf die Seite der Polen. Nach schweren Kämpfen sah der Orden sich im Jahre 1466 gezwungen, im Frieden von Thorn Ermeland, die Gebiete von Kulm und Marienburg im Osten der Weichsel, ganz Pomerellen im Westen der Weichsel, d. h. die größere Hälfte seines Gebietes. dem polnischen Reiche abzutreten und den Ueberrest als Lehen von Polen zu empfangen. Die Ohnmacht des deutschen Reiches sah so schweren Einbußen im Osten, wie denen im Westen, ohne Versuch der Hülfe und Abwendung zu. Jener Ueberrest des Ordenslandes blieb polnisches Lehen, auch nachdem der Hochmeister Albrecht von Brandenburg mit demselben zum Protestantismus übergetreten war. Vergebens weigerte er die Lehnshuldigung, ließ er es auf die Entschei-

dung der Waffen ankommen. Im Vertrage von Krakau (1525) erreichte er nur, das Ordensland als erbliches Herzogthum für seinen und seiner Brüder männlichen Stamm zu Lehen zu empfangen.

Nachdem die langen und blutigen Wirren und Kämpfe, welche die katholische Reaktion gegen die religiöse Bewegung des sechzehnten Jahrhunderts über Europa und vor Allem über Deutschland gebracht, vorübergegangen waren, erhob sich im Süden Deutschlands, vornehmlich durch die glänzenden Siege, die Prinz Eugen über die Osmanen erfocht, durch den Gewinn des gesammten Ungarns und dessen festen Anschluß, die Macht Oesterreichs, während in Norddeutschland Kurfürst Friedrich Wilhelm den Grund der brandenburgisch-preußischen Staatsmacht legte. Dem Beispiele der westlichen Nachbarn Polens folgte Rußland. Peters blutige und energische Reformen schufen das moskowitische Reich um und gaben demselben ungeahnte Beweglichkeit und Stärke.

Die Republik Polen ging den entgegengesetzten Weg. Der Sieg, den die katholische Reaktion hier vornehmlich durch die Thätigkeit der Jesuiten in den letzten Decennien des sechzehnten Jahrhunderts errungen, im siebzehnten befestigt hatte, trug weder dem staatlichen noch dem geistigen Leben der Nation gute Früchte. Hatte sich die Wahlkrone schon bis dahin nur mit Mühe neben den großen Familien des Adels behauptet, so gewann deren Stellung durch die nunmehr eintretende solidarische Verbindung mit der Kirche an Schwergewicht. Ihre Häupter, welche die Kron- und Landesämter mit deren reichen Ausstattungen lebenslänglich verwalteten, verfügten für ihre jüngeren Söhne über die Bisthümer und Abteien wie über die Stühle der Domherren, während sie an die Begünstigten ihrer zahlreichen Klienten aus dem niederen Adel die unteren Aemter im Gericht und in der Verwaltung vergaben und diesen Bauernadel zu Hunderten in ihren Dienst nahmen. In ihren Palatinaten und Starosteien geboten sie nun als so mächtige Herren, daß gegen ihre Willkür weder Schutz bei der Krone noch bei den Gerichten zu finden war. War der niedere Adel in Polen den Magnaten nicht lehns-

pflichtig, er war ſchutzbedürftig und begierig, in ihrem Dienſte zu glänzen und zu raufen, an der Tafel der Herren zu ſchwelgen. Auf den Landtagen und Reichstagen, bei den Wahlen der Tribunale bekämpften ſich die Parteien und Dienſtleute der Magnaten mit Worten und Säbeln. Die Freiheit des polniſchen Adels, d. h. die Zuchtloſigkeit, gedieh gerade zu der Zeit, da ſich die Staatsgewalt bei den Nachbarn emporzuheben begann, dahin, daß die Stimme, der Proteſt eines einzigen Edelmannes genügte, jeden Landtag und jeden Reichstag zu ſprengen und damit nicht bloß den Beſchluß, gegen den er proteſtirte, ſondern auch alle zuvor gefaßten Beſchlüſſe hinfällig zu machen. So ſtand es bereits um Recht, Geſetz und Regierung, als Auguſt der Starke im Jahre 1697 den Thron beſtieg. Weder ſeine noch ſeines Nachfolgers Auguſt III. Regierung ſchaffte Wandel. Während Alles daran lag, eine Staatsgewalt zu gründen, welche die zuchtloſen Kräfte zuſammenfaßte, welche der rechtloſen Maſſe des Volkes Anlehnung und Schutz zu gewähren vermochte, blieben Selbſtgefühl und Trotz der Magnaten, Unbändigkeit und Schlemmerei der Schlachta, die Verkümmerung der Städte und das Elend der Bauern in beſtändigem Steigen. Das religiöſe Leben erſtarrte in Devotion und Kirchenprunk. Verſtändniß, Wille und Kraft der Jugend wurden in den Jeſuitenſchulen, den einzigen, welche beſtanden, auf die Wege des Scheins und der Abfindung geleitet. Nur auf Einem Gebiete zeigte die Republik Leben und Thätigkeit. Die Aktion gegen die Diſſidenten, d. h. die griechiſch gläubige Bevölkerung im Oſten und die proteſtantiſche des vormaligen Ordenslandes im Weſten, erlahmte nicht. Biſchöfe und Jeſuiten hetzten gegen Kalviniſten und Lutheraner; tumultuariſche Angriffe auf ihre Kirchen und Schulen waren nicht ſelten, und wenn auch nur die proteſtantiſche Schuljugend ſich zu widerſetzen wagte, ſo zeigten die höchſten Inſtanzen des Reiches den Proteſtanten in jener Hinrichtung des Bürgermeiſters mit zwölf ſeiner Glaubensgenoſſen zu Thorn im Jahre 1724, was es bedeute, den Fanatismus der Polen zu reizen oder Anlaß zum Einſchreiten zu geben.

Die Beſchlüſſe des Reichstages vom Jahre 1733 erklärten alle

Nichtkatholiken für immer unfähig zu allen Beamtungen und Ehrenämtern, zu allen Richterstellen, zur Wahl für den Reichstag. Nicht geringeren Druck als die Protestanten hatten die griechisch Gläubigen in Roth- und Weiß-Rußland zu leiden. Sie klagten, daß ihre Processionen gestört, daß Kirche auf Kirche trotz der Bestimmungen des Friedens von 1686 ihnen genommen werde (sie zählten deren 150 auf [1]), daß sie zum Uebertritt zur katholischen Religion genöthigt würden, daß bei den Gerichten für einen griechisch Gläubigen nur das Recht zu erlangen sei, das ein Lamm unter tausend Wölfen zu erlangen vermöge [2]). Ein Staat, dessen ständiger Zustand die Ohnmacht der Regierung, die Willkür der Gerichte und die Anarchie des Adels waren, durfte nicht darauf rechnen, mitten zwischen erstarkenden Mächten intakt zu bleiben, am wenigsten, die Gebiete zu behaupten, die er ihnen einst in West und Ost entrissen hatte.

In scharfem Gegensatz zu den Slavenstämmen des Ostens, zu dem polnischen Staatswesen war die brandenburgisch-preußische Macht emporgekommen. Zum Grenzschutz gegen die Slaven war einst die Nordmark gegründet worden. Kolonisirend war sie von der Elbe zur Oder, über die Oder hinaus vorgedrungen. Nach manchem Wechsel war mit diesen Marken der Rest, den jene Siege Polens und Litthauens von dem Ordenslande übrig gelassen, vereinigt worden, waren die Gebiete der unteren und oberen Oder, die sich selbstständiger dem deutschen Wesen zugewendet, dem aus den Marken und dem Ordenslande gebildeten Staatswesen angeschlossen worden. Aus und auf deutschem Kolonialgebiet erwachsen, war dieser Staat zu leisten berufen, was das deutsche Reich längst nicht mehr vermochte. Dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm war es gelungen, den Lehnsverband des Herzogthums Preußen mit der Krone Polen zu sprengen, indem er zuerst mit Schweden gegen Polen, sodann mit Polen gegen Schweden ging. Aber die Verträge von Wehlau 1657 und von Oliva 1660 bestimmten, daß das Herzogthum nach dem Aus-

---

[1]) Sſolowjoff Fall von Polen, D. Ueb. S. 25. — [2]) Röpell in Sybels historischer Zeitschrift 18, 77. 79.

ſterben des hohenzollernſchen Mannesſtammes an Polen zurückfalle. Die anſehnlichen Herrſchaften Lauenburg, Bütow, Draheim, Stadt und Gebiet von Elbing hatte Brandenburg 1657 und 1668 theils zu Lehen, theils pfandweiſe von der Republik erworben. Die Stadt Elbing war dieſer bereits von dem Nachfolger des großen Kurfürſten zurückgeſtellt worden. Auch das Gebiet von Elbing und Draheim mußten mit Erſtattung der Pfandſumme an Polen zurückfallen. Mit Auguſts des Starken Thronbeſteigung in Polen ſah ſich Brandenburg-Preußen in Weſt und Oſt von einer gegneriſchen Macht umfaßt. Kein anderer Fürſt hatte durch ſeine Verbindungen in Wien, Petersburg und Verſailles ſoviel zur Bildung der großen Koalition gegen Preußen beigetragen, deren Ziel die Theilung, die Zurückführung Preußens auf die Mark Brandenburg war, als König Auguſt III. von Polen. Im Laufe dieſes Krieges zeigte ſich dann ſehr bald, daß die abgetrennte Lage Oſtpreußens, damals ein Gebiet von 500,000 Menſchen, deſſen Vertheidigung gegen die ruſſiſchen Heere unmöglich mache. Vier Jahre hindurch blieben die Ruſſen im Beſitz gerade desjenigen Theils von Preußen, auf welchen Friedrich I. die Königskrone gegründet. Wohl hatte die Trägheit der Republik und mehr noch ihre vollſtändige Ohnmacht — ſie beſaß nur einige tauſend Mann unbrauchbarer Truppen — dem Anſinnen widerſtanden, ſich dem Kriege gegen Preußen anzuſchließen; aber ſie war darum nichts weniger als neutral geblieben, ja ſie hatte nicht einmal einen ernſthaften Verſuch gemacht, den Pflichten eines neutralen Staates gerecht zu werden. Während der ganzen Dauer des Krieges war und blieb Polen die Operationsbaſis der ruſſiſchen Armeen gegen Preußen. Wie ſehr namentlich der Weſten der Republik, Groß-Polen, Kaliſch und Kujawien unter den Einquartirungen und den Lieferungen für die ruſſiſchen Armeen litten, die Republik erhob ſich kaum zu einem Anlauf, die ungebetenen Gäſte zu entfernen. Vielmehr bildeten polniſche Magnaten Freicorps gegen Preußen und ſchloſſen ſich den Streifzügen der ruſſiſchen leichten Truppen nach Preußen, deren Einfällen in die Neumark und in Schleſien an. Es konnte nicht ausbleiben, daß preußiſcher Seits dieſe Feindſeligkeiten erwidert wurden; preußiſche

Corps drangen wiederholt in Polen ein, die Magazine der Ruſſen zu vernichten. Preußen und Rußland führten Krieg auf dem Gebiete der Republik, ohne daß dieſe ſich geregt hätte.

Nach den Friedensſchlüſſen von Paris und Hubertsburg erneuerte Oeſtreich den Allianztraktat mit Frankreich, den es am 1. Mai 1756 zu Verſailles geſchloſſen hatte. Durch den erneuten Familienpakt feſt mit Spanien verbunden, behauptete Frankreich trotz der großen Verluſte, die ihm der Krieg gebracht, ein überwiegendes Anſehen in Südeuropa, während Oeſtreich, durch das Bündniß mit Frankreich in Flandern und Italien ſicher, im Stande war, ſeine geſammte Kraft gegen Preußen zu wenden. Mit England zerfallen, welches durch ſeinen Sonderfrieden mit Frankreich Preußen preisgegeben hatte, fand ſich Friedrich II. nach dem Kriege noch iſolirter als während desſelben. Da näherte ſich Rußland. Er ergriff die Hand, die ihm geboten wurde.

Die Prinzeſſin von Anhalt-Zerbſt fühlte ſich unſicher auf dem Throne von Rußland, den ſie am 9. Juli 1762 beſtiegen hatte. Der Urenkel des Feodor Alexejewitſch ſaß im Kerker zu Schlüſſelburg; den Enkel des großen Peter hatte ſie ſelbſt entthront. Eine Fremde ſtand Katharina allein, von ſehr wenigen zuverläſſigen Anhängern außer den Mördern ihres Gemahls umgeben. Die Garden, die Popen, das Volk hielten den Großfürſten Paul, ihren Sohn, für den rechtmäßigen Erben der Krone. Die Umtriebe der Großen, die Verſchwörungen der Offiziere riſſen nicht ab. Die Geſandten der Mächte wiederholen beſtändig in ihren Berichten, wie wenig auf Dauer dieſer neuen Regierung zu rechnen ſei. Bei ihrer Krönung in Moskau gewahrte Katharina lebhafter als zuvor, daß es ein ruſſiſches Volk gebe, daß ſein Glaube deſſen Gemüth ausſchließlich erfülle und beherrſche. Mit dem richtigen Blick, der ihr eigen war, erkannte ſie bald, daß ſie ſich in Rußland nur nationaliſiren könne durch die ruſſiſche Kirche, durch die Ergreifung der Tendenzen, welche in den Herzen des ruſſiſchen Volkes allein lebendig waren. Es war nicht ihre Meinung, die Geiſtlichkeit als unabhängige Macht neben ſich zu ſtellen; ſie hielt vielmehr das Dekret aufrecht, welches zum Sturze ihres Gemahls

am meiſten beigetragen hatte: die Einziehung des Kirchengutes. Aber ſie beſeitigte den Widerſtand der Biſchöfe durch reichliche Gewährungen von Staatsmitteln; ſie zeigte ſich eifrig im rechtgläubigen Ritus, und ſie fühlte, daß nichts die Empfindungen des ruſſiſchen Volkes beſſer zu befriedigen, nichts deſſen Vertrauen ihr mehr zu gewinnen vermöge, als wenn ſie die Sache der ruſſiſchen Kirche zu der ihrigen mache. Falls ſie dazu gelangte, den Glaubensgenoſſen, die unter dem Druck der Republik Polen, unter dem Druck des Halbmondes ſeufzten, Hülfe und Schutz zu gewähren, ſo konnten ihr Neigung und Liebe ihrer Unterthanen nicht fehlen.

Sie wollte und mußte zu den Wegen Peters des Großen zurückkehren. Wohl hatte dieſer den Uebergriffen gegen die griechiſch Gläubigen auf dem Gebiete der Republik Einhalt zu thun vermocht; aber die enge Verbindung mit Oeſtreich, welche unter der Kaiſerin Anna eingetreten war, deren erſte Folge die Einſetzung des zweiten Kurfürſten von Sachſen zum König von Polen geweſen, die unter Eliſabeth aufrecht erhalten wurde, hatte dazu geführt, daß die Klagen der griechiſchen Kirche in Polen am Petersburger Hofe wenig Berückſichtigung fanden: ſie wurden dem guten Einvernehmen mit Oeſtreich und Sachſen hintangeſetzt. Der Abt eines rechtgläubigen Kloſters zu Wilna, Stephan Leontowitſch, hatte ſchon in den Jahren 1756 und 1758 darauf aufmerkſam gemacht, daß, wenn die ruſſiſche Regierung auf dieſem Wege beharre, ihr Einfluß in Polen verloren gehen werde. Er wies darauf hin, daß die raſche und nachdrückliche Unterſtützung, welche König Friedrich II. von Preußen im Jahre 1756 durch ſeine energiſchen Vorſtellungen den Lutheranern nicht bloß ſondern auch der ruſſiſchen Kirche zu Keidany verſchafft, die Ausſicht, welche er dem ganzen diſſidentiſchen Adel zur Wiederherſtellung ſeiner Rechte eröffnet, daß dieſer Schutz der Proteſtanten und Griechen dem Könige die größten Vortheile in Polen eintragen und ebenſo große Nachtheile für Rußland herbeiführen werde. Dieſen Mann beſchied die Kaiſerin, als ſie im September 1762 zur Krönung in Moskau war, dorthin; auch der Biſchof des polniſchen Weiß-Rußlands, Georg Konisky, war zu jener Zeit dort. Auf die

Frage der Kaiſerin: „welcher politiſche Nutzen für Rußland aus der Vertheidigung der Glaubensgenoſſen im polniſchen Reiche hervorgehen könne," führte Leontowitſch in einer Denkſchrift aus, daß der Vertrag von 1686 nachdrücklich geltend gemacht werden müſſe, daß die Kaiſerin nicht nur die Rechtgläubigen ſondern auch die Lutheraner und Kalviniſten, welche bereits mit jenen in nähere Verbindung getreten wären, unter ihren Schutz nehmen müſſe; dann werde es ihr nicht fehlen können, ein gutes Stück polniſchen, von Rechtgläubigen bewohnten Landes der Republik abzunehmen. Die Kaiſerin möge ſich Preußen nähern; ſchon Peter I. habe ſtets mehr Liebe und Zutrauen zu den Proteſtanten als zu den katholiſchen Franzoſen und Polen gehabt [1]). Preußen und Rußland waren bereits früherhin zum Schutze der Diſſidenten in Polen zuſammengetreten. Die Verträge, welche 1718 und 1730 zwiſchen beiden Staaten geſchloſſen worden waren, enthielten Beſtimmungen in dieſem Sinne.

Für Katharina handelte es ſich in ihrem Verhalten zu Polen nicht nur darum, den Empfindungen des ruſſiſchen Volkes Genugthuung zu geben, es handelte ſich um naheliegende und ſchwerwiegende politiſche Intereſſen. Polen ſich ſelbſt überlaſſen, hieß nur, anderen Mächten den Platz in Warſchau räumen. Seitdem die engen Beziehungen zu Oeſtreich und Sachſen eingetreten waren, hatte man in Petersburg wie die Wünſche der Diſſidenten ſo auch die ruſſiſch geſinnten Polen vernachläſſigt. Insbeſondere hatte man während des ſiebenjährigen Krieges, nachdem Frankreichs Allianz mit Oeſtreich und Rußland Ludwig XV. nicht mehr erlaubte, eine eigene Partei in Polen aufrecht zu halten, dem Hofe zu Warſchau geſtattet, ſich von dem Einfluſſe der ruſſiſchen Partei bei der Vergebung der Kronämter und Güter zu emancipiren. Ja, Rußland wäre in Gefahr gekommen, ſeine Stützen im Kreiſe der polniſchen Magnaten zu verlieren, wenn Katharina nicht ſchon, als ſie noch Großfürſtin war, dafür geſorgt hätte, wiſſen zu laſſen, daß unter der nächſten Regierung ein anderes Verfahren zu erwarten ſei. Solange

[1]) Röpell in Sybels hiſtoriſcher Zeitſchrift 18, 86.

die ruſſiſche Armee in Polen ſtand, war man ſchlimmſten Falles immer noch Herr im Lande. Aber als dieſe nun nach dem Frieden mit Preußen zurückgezogen wurde, mußte an ihrer Stelle die ruſſiſche Partei in Polen aufgerichtet und dieſer wieder größerer Einfluß geſichert werden.

Es lag auf der Hand, daß Rußlands Gewicht für Europa erheblich verlor, wenn Polen aufgegeben wurde, daß ſein Anſehen im Weſten in dem Maße wachſen mußte, als es ſeinen Einfluß in Polen zu ſtärken vermochte. Am wenigſten Katharina konnte ihre Regierung mit Verzichten, mit Rückſchritten beginnen. Sie brauchte vielmehr und recht dringend Erfolge. Die erwünſchteſten waren die, welche dem Reiche keine beſonderen Anſtrengungen koſteten, welche ohne großen Aufwand zu erreichen waren. Die Verwaltung war unter Eliſabeths ſchlaffer Regierung in Unordnung und Verwirrung gerathen, die Finanzen völlig erſchöpft. Aber die ruſſiſche Partei in Polen war ohne große Opfer neu zu beleben, zu ermuthigen und zu verſtärken; auf Rußland geſtützt und feſt an Rußland gebunden, mußte ſie im Stande ſein, die Republik im Sinne Rußlands zu leiten, Rußlands indirekte Herrſchaft über Polen zu gründen und zu erhalten. Und ſorgte man nun zugleich dafür, neben dieſer Partei die griechiſch Gläubigen, die Geſammtheit der Diſſidenten ſich zu verpflichten, ſo gaben deren Schutzbedürftigkeit und Dankbarkeit, das Intereſſe und der Einfluß ihrer Geiſtlichkeit dem vorwaltenden Anſehen Rußlands in Polen gewiß eine breite Grundlage.

Wollte Katharina in dieſem Sinne vorgehen, dann mußten die bisherigen Rückſichten für Oeſtreich und den ſächſiſchen Hof fallen. Wollte ſie die exkluſive Herrſchaft des Katholicismus in Polen brechen, ſo konnte ſie nicht mit dem ſteif katholiſchen Oeſtreich gehen, ſo mußte ſie in Zukunft auf eine Beſetzung des Thrones in Polen Bedacht nehmen, die keine auf dies Prinzip, keine in erſter Linie auf Oeſtreich oder Frankreich geſtützte Regierung in Ausſicht ſtellte.

Gegen die Fortſetzung der ſächſiſchen Herrſchaft in Polen hatte Katharina noch einen näher liegenden Grund. Nachdem die Kaiſerin Eliſabeth den Herzog Biron von Kurland nach Sibirien verbannt,

hatte König Auguſt III. während des ſiebenjährigen Krieges im Jahre 1759 ſeinem dritten Sohne, dem Prinzen Karl, dies Herzogthum als erledigtes Lehen der Krone Polen verliehen. Katharina gedachte Biron, den ihr Gemahl aus dem Exil zurückgerufen hatte, in Kurland wieder einzuſetzen, unter der Vorausſetzung, das Herzogthum nach ſeinem Ableben dem ruſſiſchen Reiche zu annektiren. Von ihren auf dem Rückmarſch aus Preußen und Polen befindlichen Truppen ließ ſie 15,000 Mann in Kurland einrücken. Biron zog am 21. Januar 1763 in Mitau ein; die Stände erklärten die Regierung des Prinzen Karl für ihnen aufgedrungen: im Frühjahr mußte er aus dem Lande weichen.

Die Intereſſen Preußens und Rußlands begegneten ſich in Polen. In den Fragen der polniſchen Lehnslande, in der Diſſidentenfrage deckten ſie ſich. Auch Schweden gegenüber berührten ſich die Intereſſen Preußens und Rußlands näher. Auf dieſer Baſis waren Preußen und Rußland ſeit den Anfängen Peters I. in Verbindung getreten, hatte Preußen ſchließlich am Kriege Rußlands gegen Karl XII. Theil genommen, waren die Verträge zwiſchen Preußen und Rußland von 1718 und 1730 über gemeinſames Verfahren in den polniſchen Angelegenheiten geſchloſſen worden. Bereits hatte man im Jahre 1732 einen weiteren Vertrag in dieſer Richtung vereinbart, als Kaiſerin Anna zum öſtreichiſchen Syſteme überging, um mit Oeſtreich gegen Preußen Auguſt III. zum Könige von Polen zu machen. Seitdem war dieſe Richtung dann von der ruſſiſchen Politik dreißig Jahre hindurch feſtgehalten worden; ſie hatte ihren ſchärfſten Ausdruck in dem Vertrage von 1757, im ſiebenjährigen Kriege gefunden.

Für die entgegengeſetzte Richtung der ruſſiſchen Politik, für die Verbindung mit Preußen ſprachen bei Katharina nicht nur die nächſtliegenden Intereſſen Rußlands, die vorwaltende Stellung in Polen zu gewinnen, ſondern auch Erwägungen der allgemeinen europäiſchen Politik. Hatte Eliſabeth nicht die größte Thorheit begangen, zur Vernichtung der einen der beiden deutſchen Mächte mitzuwirken, da Rußland doch offenbar dadurch am beſten für ſich ſorgte, wenn es Oeſtreich

und Preußen im Gleichgewicht hielt? Und war nicht Oeſtreich Frankreichs Bundesgenoſſe, Frankreich aber der alte Widerſacher Rußlands in Schweden, in Polen und bei der Pforte, welcher deren Gegenſatz und Macht Rußland gegenüber zu erhalten befliſſen war, um die Stützpunkte ſeiner Politik im Oſten nicht zu verlieren? Preußen und England boten ſomit in der damaligen Lage gemäßere Allianzen als Oeſtreich und Frankreich.

Katharina hatte den Frieden, den Peter III. am 5. Mai 1762 mit Preußen geſchloſſen, aufrecht erhalten, aber die ruſſiſchen Truppen vom Heere des Königs abgerufen, das Bündniß, welches dann Peter am 8/19. Juni 1762 mit Friedrich geſchloſſen, das von dieſem am 30. Juni genehmigt worden war, nicht ratificirt. Sie wollte, daß Friedrich einen neuen Vertrag durch einige Konceſſionen erkaufe. Dem König Auguſt III. verſprach ſie, für den Verzicht auf Kurland die Räumung Sachſens zu bewirken (19. Auguſt). Wenige Tage darauf ſagte Graf Kaiſerlingk, der Mann ihres Vertrauens, dem Vertreter des Königs zu Petersburg, die Kaiſerin werde nicht abgeneigt ſein, in nähere Verbindung mit Friedrich zu treten [1]). Katharina wünſchte als vermittelnde Macht zwiſchen Preußen, Oeſtreich und Sachſen zu treten; ſie bot Maria Thereſia wie dem Könige ihre Vermittelung an [2]). Es lag ihr ferner daran, daß der König ſich zu einer Entſchädigung für Sachſen herbeilaſſe, die ihr die Erwerbung Kurlands auf Koſten des ſächſiſchen Hauſes erleichtere. Als Friedrich auf die ruſſiſche Vermittelung nicht einging und die Entſchädigung für Sachſen ablehnte, ſchrieb ſie ihm perſönlich: ſie befolge die drei Grundſätze der Gerechtigkeit, der Wahrheit und den des Intereſſes ihres Reiches. Demgemäß ſei ſie in der Frage über Kurland verfahren, habe ſie die Vortheile des Krieges geopfert und den Frieden mit Preußen beſtätigt. Sie hätte anders verfahren können, ſie habe die Mittel dazu gehabt und habe ſie noch. Leider erfahre ſie von allen Seiten, daß der König dem Frieden widerſtrebe; was ſie auch

---

[1]) Goltz' Bericht vom 24. Auguſt 1762; geh. Staatsarchiv. — [2]) Schon im Auguſt: Beer Erſte Theilung 1, 15. 16.

vorgeſchlagen, habe das Ziel nicht erreicht, das ſie ſich im Intereſſe der Menſchlichkeit, und um in ihrem Syſteme bleiben zu können, vorgeſetzt habe. Gebe es denn keinen Weg, zum Frieden zu gelangen? Daß der Wiener Hof dazu geneigt ſei, ſei ihr bekannt, und ſie glaube, daß die Schwierigkeiten mit Sachſen durch ein Etabliſſement für einen ſeiner Prinzen gehoben werden könnten. Die Ablehnung des Königs laſſe ſie fürchten, daß ihre beſten Intentionen ſcheiterten und ſie auf einen Standpunkt gedrängt werde, der ihren Wünſchen und Neigungen widerſpreche (28. November 1762). Der König erwiderte: er ſei der leidende Theil in dieſem Kriege; einem ehrenvollen Frieden widerſtrebe er nicht, einem ſchimpflichen ziehe er den Tod vor. „Wer liebt den Frieden? Oeſtreich, welches Erwerbungen machen will, oder Preußen, das allein ſeinen Beſitz vertheidigt (22. Dezember [1])?“

An der Spitze der Gegner König Auguſts III. in Polen, der ruſſiſchen Partei, ſtanden die Brüder Michael und Auguſt Czartoryski, jener Kanzler von Litthauen, dieſer Palatin von Weißrußland. Ihr Neffe, Stanislaw Poniatowski, dem Katharina vor wenigen Jahren in Petersburg ihre beſondere Gunſt geſchenkt, mit dem ſie in vertraulichem Briefwechſel geblieben war [2]), ließ König Friedrich melden, trotz der Empfindlichkeit Katharina's über die Ablehnung der Entſchädigung für Sachſen werde der Abſchluß einer Allianz, wenn der König auf die Herſtellung des Friedens, der Katharina außerordentlich am Herzen liege, eingehe, keine Schwierigkeit haben. Kaiſerlingk, jetzt Katharina's Vertreter in Warſchau, ſprach auch dem dortigen Reſidenten des Königs von der Neigung der Kaiſerin zur Allianz mit Preußen und ſagte dem Legationsrath Korff, den der König im Januar 1763 nach Warſchau ſendete: Oeſtreich und Frankreich würden in Polen das Uebergewicht davontragen, wiederum einen Sachſen einſetzen und dadurch die Krone erblich machen, wenn Rußland und Preußen ſich nicht verſtändigten [3]). Und

---

[1]) Schäfer Geſchichte des ſiebenjährigen Krieges 2, 2, 759 ff. — [2]) Röpell, Polen S. 153 und 154. — [3]) Korffs Berichte vom 22. Januar, 22. Februar

Panin, der mit Kaiserlingk Katharina's Vertrauen theilte, eröffnete in den ersten Tagen des Januar dem Gesandten Friedrichs, Grafen Solms, zu Petersburg, daß im Betracht der dauernden gemeinsamen Interessen Preußens und Rußlands in Polen, der Abschluß einer Allianz nach Herstellung des Friedens erwünscht sein werde [1]). Als die Verhandlungen zu Hubertsburg zwischen Preußen, Oestreich und Sachsen eröffnet wurden, erneuerte Katharina den Wunsch, die Vermittelung zu übernehmen, und Panin gab den Rath: der König möge die Grafschaft Glatz opfern, auf deren Abtretung Oestreich zu beharren schien, und Sachsen eine Entschädigung gewähren. Wiederum wich der König der Vermittelung aus und beharrte auf Glatz. Zugleich hatte Katharina Eröffnungen über die polnischen Angelegenheiten machen lassen. König August III. war im Januar schwer erkrankt; der Thron Polens konnte jeden Augenblick zur Erledigung kommen; es war dringlich, hierüber Entschluß zu fassen.

Bei der Mittheilung vom Abschluß des Friedens, die Friedrich sofort am 15. Februar 1763 Katharina machte, äußerte er sich zugleich kurz über die Frage der eventuellen Thronbesetzung in Polen. Er versichert, daß er jedem Kandidaten, den Rußland vorschlage, mit Ausnahme der Mitglieder des östreichischen Hauses, im voraus zustimme: nach seiner Meinung würde die Wahl eines Piasten den Interessen beider Höfe am zuträglichsten sein. Katharina antwortete am 4. März: „Da Eure Majestät findet, daß es zum Frieden beitragen heißt, wenn man den Ideen folgt, die Fürst Dolgoruki Ihnen meinerseits mitgetheilt hat, und da Sie mir sagen, daß Ihnen jeder Kandidat von meiner Seite recht sein würde mit Ausschluß der östreichischen Prinzen, so stimme ich dem unter der Voraussetzung zu, daß Eure Majestät jeden von Frankreich unterstützten Kandidaten ausschließt. Auch mir ist ein Piast willkommen. Hierüber wünsche ich eine Vereinbarung und, wie ich bereits vorgeschlagen habe, eine Deklaration, daß keine sächsischen Truppen nach Polen durch Preußen

und 2. März 1763. In dem letzten heißt es, daß die Kaiserin Kaiserlingks annähernde Schritte ausdrücklich gebilligt und nunmehr Preußens Anträge erwarte.

[1]) Solms' Bericht vom 9. Januar 1763: geh. Staatsarchiv.

marſchiren dürfen. Im Falle der Thronerledigung werde ich Alles thun, dieſes Projekt durchzuführen, welches nach Ihrem Wunſche, um Intriguen der übrigen Mächte zu verhindern, geheim bleiben wird [1])." Der König erklärte am 5. April ſein Einverſtändniß und wies darauf hin, daß die gegenſeitigen Intereſſen eine intimere Verbindung verlangten. Katharina dankte für die freundſchaftliche Art, in welcher der König dem zugeſtimmt, was ſie für Polen vorgeſchlagen habe; die intimere Verbindung zwiſchen Rußland und Preußen exiſtire bereits, obwohl die gewöhnlichen Formalitäten nicht angewendet ſeien. Für die polniſchen Angelegenheiten verlaſſe ſie ſich auf das Wort des Königs (26. April)

König Auguſt III. war inzwiſchen wieder geneſen. Katharina hatte in den erſten Monaten nach ihrer Thronbeſteigung die Parteien des Hofes um die Richtung, die in der auswärtigen Politik einzuſchlagen ſei, gegen einander kämpfen laſſen. Aus der Verbannung zurückgerufen, vertrat der alte Großkanzler Beſtuſchew das Syſtem der Kaiſerinnen Anna und Eliſabeth, das Syſtem der Allianz mit Oeſtreich. Seine Bemühungen wurden von Wien her lebhaft unterſtützt. Man wußte hier den Unwillen, den man über den Abfall Rußlands empfand, der alle Anſtrengungen gegen Friedrich erfolglos gemacht habe, zu verbergen, um die neue Regierung Rußlands in das alte Geleiſe zurückzuführen. Die entgegengeſetzte Meinung hatte ihre Stützen in Kaiſerlingk und Panin, der dem Grafen Solms vertraute, Rußland habe in dem Bündniß mit Oeſtreich im Verhältniß der Unterordnung geſtanden; die Rolle des Hundes am Seil ſei ihm zugefallen, den Oeſtreich losgelaſſen habe, wenn es Krieg führen wollte [2]). Ein ſyſtematiſcher und etwas doktrinärer Kopf, zielte Panin auf eine große nordiſche Allianz; der Allianz Oeſtreichs mit Frankreich und Spanien gegenüber gedachte er die nordiſche zunächſt auf das Bündniß Rußlands und Preußens, auf die Vaſallenſchaft Polens zu grünnden, darnach Dänemark und England zu derſelben

[1]) Geh. Staatsarchiv. — [2]) Solms' Berichte vom 15 April und 19. Juni 1764.

heranzuziehen. Dadurch werde dem Einfluſſe Frankreichs in Polen und Schweden ein Ende gemacht und der geſammte Norden ſeinen eigenen Intereſſen zurückgegeben werden. Katharina ſelbſt hielt bis zum Hubertsburger Frieden aus verſchiedenen Gründen mit ihrer Anſicht zurück; ſie hatte perſönliche Rückſichten gegen ihre Umgebung zu nehmen. Peters Friedensſchluß mit Preußen war nicht populär geweſen; ſie hoffte, durch Zurückhaltung, verbunden mit unverbindlichen Andeutungen des Wunſches der Annäherung, Friedrich zu jenen Zugeſtändniſſen ihrer Vermittelung und einiger Begünſtigung für Sachſen zu nöthigen. Zu dieſer Politik gehörte, daß Beſtuſchew nicht zu früh desavouirt wurde. Daß ihr eigener Entſchluß über den Weg, den ſie zu gehen hatte, ſehr bald nach der Thronbeſteigung feſtſtand, beweiſt die Berufung des Leontowitſch nach Moskau, die Stellung, welche ſie alsbald zur ruſſiſchen Partei in Polen einnahm. Schon im Juli 1762 hatte ſie Poniatowski verſichert, feſt auf ihre Unterſtützung zu bauen; im Oktober ließ ſie den Hof zu Warſchau darauf aufmerkſam machen, daß die Czartoryski unter ihrem Schutze ſtänden [1]).

Die ſcharfe und drohende Sprache gegen Auguſt III, zu der ſie bald überging, ſollte nicht nur deſſen Widerſtand bezüglich Kurlands beſeitigen, ſondern auch ihre Partei in Polen ſoweit ermuthigen, daß ſie bei Erledigung des Thrones im Stande ſei, entſchieden einzugreifen. Dieſe Schritte wirkten. Nach langer Vernachläſſigung ſahen ſich die Czartoryski geſtützt und geſucht. Ungeduldig, wieder zu Anſehen und Macht zu gelangen, gedachten ſie ſofort eine Konföderation gegen Auguſt III. zur Abſchaffung der Mißſtände der polniſchen Verfaſſung zu bilden. Sie erbaten dazu Hülfe an Geld und Truppen. Katharina gewährte zunächſt 30,000 Dukaten und ſagte die Bereithaltung ruſſiſcher Truppencorps in Kurland und bei Smolensk für den Monat Mai zu (3. April 1763). Die Vorbereitungen zu dieſer Schilderhebung waren bereits weit vorgeſchritten, ja die Truppen Soltykows hatten bereits Litthauen betreten, angeblich um durch

[1]) Benoits Bericht vom 20. Oktober 1762; geh. Staatsarchiv.

Polen nach Kiew zu marſchiren[1]), als Katharina anderen Sinnes wurde.

Es war doch nicht rathſam, ſo weit zu gehen, nur um den Widerſtand Auguſts in der kurländiſchen Frage zu brechen, nicht rathſam, ein großes Feuer zu entzünden, bevor man mit Preußen einig wäre. Am 9. Juli 1763 forderte ſie Friedrich auf, ihr den Entwurf eines Allianzvertrages zugehen zu laſſen, und wies Kaiſerlingk an, die Ungeduld ihrer Freunde in Polen zu mäßigen; ſie wolle nicht weiter fortgeriſſen werden, als ihr Intereſſe verlange; ſie wolle keinen offenen Bruch, keine Veränderung der polniſchen Verfaſſung, keine Konföderation vor dem Tode des Königs. Sie habe Rückſichten zu nehmen; ihre Koffer ſeien leer und würden es ſo lange bleiben, bis ſie ihre Finanzen geregelt habe, was nicht das Werk eines Augenblicks ſei. Auch habe ſie keine Allianzen; ſie arbeite erſt an dieſen. Ihre Regimenter ſollten ohne Aufſehen in ihre Quartiere zurückkehren[2]). Muth und Vertrauen ihrer Partei in Polen inzwiſchen aufrecht zu halten, ließ ſie ſich angelegen ſein.

Die Allianz mit Preußen war noch nicht geſchloſſen, als unerwartet König Auguſt III. am 5. Oktober 1763 ſtarb. Friedrich ſchrieb auf der Stelle der Kaiſerin: ſie möge dem ſächſiſchen Hofe erklären, auf die Wahl des Kurfürſten zum Könige von Polen nicht eingehen zu können, ihre Partei in Polen verſtärken und für den Fall der Bildung einer Gegenpartei den Czartoryski befehlen, den Schutz Rußlands zu erbitten (11. Oktober). Katharina hatte ebenfalls gleich nach Empfang dieſer Kunde an Friedrich geſchrieben: „Bei der Nachricht vom Tode des Königs von Polen wende ich mich an Eure Majeſtät. Ließen wir jetzt einen Sachſen zu, ſo würde der Thron in dieſem Hauſe erblich werden. Da über die Wahl eines Piaſten Uebereinſtimmung beſteht, ſo ſchlage ich ohne Umſchweife Eurer Majeſtät unter den Piaſten einen vor, welcher mehr als die übrigen Eurer Majeſtät und mir ſich verpflichtet fühlen wird für das, was

[1]) Benoits Berichte vom 25. Juni und 27. Juli 1863. — [2]) Geh. Staatsarchiv und Schreiben vom 26. Juli, 5. und 18. Auguſt 1763 bei Röpell Polen S. 191 ff.; Sſolowjoff Fall von Polen S. 14. 15.

wir für ihn thun. Es iſt, wenn Eure Majeſtät damit einverſtanden iſt, der litthauiſche Stoljnik Stanislaw Poniatowski. Die Truppenbewegungen an den Grenzen Litthauens werden Sie nicht in Erſtaunen ſetzen; unſere Miniſter in Warſchau und Konſtantinopel müſſen in Uebereinſtimmung handeln (17. Oktober)." Und als nun das Schreiben des Königs vom 11. Oktober einging, erwiderte die Kaiſerin: ſie ſei dem Rathe des Königs zuvorgekommen und habe dem Kurfürſten und der Kurfürſtin von Sachſen in jenem Sinne geſchrieben [1]). Der Allianzvertrag zwiſchen Preußen und Rußland werde nächſtens zum Abſchluſſe kommen; das Gegenprojekt (zum preußiſchen Entwurfe) ſei vor acht Tagen von Petersburg abgegangen. Sie ſchloß mit der Wiederholung der Aufforderung, die ſie ſchon im Frühjahr dem Könige ausgeſprochen hatte, den Sachſen den Durchmarſch nach Polen nicht zu geſtatten.

Es kam dem Könige vor allem darauf an, daß die Beſetzung des polniſchen Thrones nicht zum Kriege führe, daß er nicht in neue Wirren und Kämpfe gezogen werde. Er beharrte darauf, nur einen Defenſivtraktat mit Rußland zu ſchließen, und ermahnte in Petersburg dringend zu gemäßigtem Auftreten. Das Einverſtändniß Rußlands und Preußens werde ausreichen, Poniatowski's Wahl herbeizuführen. Die Aufforderung Panins, dem Katharina im November die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertrug, auch preußiſche Truppen in Polen einrücken zu laſſen, wies der König ab; ja, er wollte ſich nicht einmal dazu verſtehen, Truppen innerhalb Preußens an der polniſchen Grenze zuſammenzuziehen. „Vor meinem Staate und vor der Nachwelt würde ich mich verantwortlich machen," ſchreibt der König an Solms am 27. Dezember, „wenn ich mich leichtſinnig um Rußlands willen in den Krieg ſtürzte." Mit der Laſt eines Krieges ſtehe ſelbſt die Throngelangung eines Sachſen in Polen außer Verhältniß. Panin möge nicht bloß auf Polen, ſondern auch auf Europa, auf Oeſtreich und Frankreich ſehen. Wenn wir marſchiren ließen, würden die Oeſtreicher auch marſchiren. Rußland ſei ſtark genug,

[1]) Das Schreiben an den Kurfürſten bei Beer Erſte Theilung 1, 306.

in Polen durchzuſetzen, was es wolle, wenn Preußen einverſtanden ſei und Oeſtreich dadurch zurückgehalten werde. Auch drohende Erklärungen ſeien verfrüht; je milder Rußland auftrete, um ſo ungeſtörter und gewiſſer werde es zum Ziele kommen [1]). Panin beharrte auf dem Wunſche, daß der König wenigſtens an ſeiner Grenze militäriſche Demonſtrationen mache; die Oeſtreicher hätten ebenfalls Truppen an ihrer Grenze zuſammengezogen; komme es zum Kriege, ſo werde Preußen nicht leer ausgehen [2]). Katharina ſelbſt ſchrieb dem Könige: ſie werde, wenn ſie nicht gezwungen würde, den Weg der Thathandlungen (voies de fait) nicht betreten; aber Demonſtrationen an den Grenzen machen, das heiße doch nur, ſich des natürlichen Vortheils der Nachbarſchaft bedienen (19. Januar 1764). Der König erklärte, er würde im Nothfalle höchſtens ein paar Huſaren-Regimenter an die Grenze rücken laſſen (10. Februar).

Endlich kam es zum Abſchluß des Allianzvertrages, den weniger Beſtuſchews und der öſtreichiſchen Partei Gegenwirkungen als Katharina's Behutſamkeit, dieſe Partei nicht zu früh zurückzuweiſen und Oeſtreich ſelbſt in Ungewißheit zu laſſen, neben ihren Friedrich unerwünſchten Forderungen verzögert hatten (11. April 1764). Auf Solms' Bericht (31. März), daß er nunmehr zeichnen könne, bemerkte der König: „Recht! In Polen wird's ruhig gehen; aber Gott verhüte eine neue Revolution in Petersburg; Frankreich, Oeſtreich und Sachſen arbeiten daran (16. April)." Und gleich darauf ſagt er Solms noch einmal: „Jeder Kandidat iſt mir recht, mit Ausnahme eines Oeſtreichers; welcher Piaſt gewählt wird, iſt mir gleichgültig. Nur Rußland hat ein direktes Intereſſe und den Vortheil von ſeinem Kandidaten, den es durchbringt, einen Vortheil, den ich ihm auf die Gefahr hin, von Oeſtreich und Frankreich angefallen zu werden, verſchaffe [3])."

Nach Maßgabe der früheren Verträge zwiſchen Preußen und

[1]) Weiſungen an Solms vom 10. Februar und 27. Mai 1764. — [2]) Solms' Berichte vom 30. Dezember 1763 und 24. und 31. Januar 1764. Weiſung an Solms vom 27. Januar 1764. — [3]) Weiſung an Solms vom 19. April 1764; vergl. die Weiſung vom 15. März 1764; geh. Staatsarchiv.

Rußland verpflichtete dieſe Allianz zu gemeinſamem Handeln in Polen. Die Wahl ſoll auf Stanislaw Poniatowski gelenkt werden. Im Fall einer Gegenkonföderation der Polen übernimmt es Rußland, ein Truppencorps einrücken zu laſſen, Preußen, eine Demonſtration an der Grenze zu machen. Der Vertrag, der 1730 zwiſchen Preußen und Rußland geſchloſſen worden war, enthielt bereits eine Beſtimmung über den den Diſſidenten zu gewährenden Schutz; in den Vertrag mit Peter III. vom 8/19. Juni 1762 aufgenommen (S. 123), ging dieſelbe, nur in etwas verſtärkter Faſſung — die Diſſidenten hatten Friedrichs Schutz gleich nach Auguſts III. Tode erbeten [1]) — in den preußiſchen Vertragsentwurf vom 6. Auguſt (S. 128) und aus dieſem in den neuen Traktat über. Wenn nach dem Vertrage von 1762 vorerſt eine ſtärkere Unterdrückung als die vorhandene nicht zugelaſſen werden ſoll, ſo wollte man nach dem neuen Vertrage „ſtarke und freundſchaftliche Vorſtellungen thun, damit die Diſſidenten in ihre früheren Rechte, Privilegien, Freiheiten und Prärogativen wiedereingeſetzt würden", ſowohl in kirchlichen als in bürgerlichen Dingen. Wäre es nicht möglich, dies ſogleich zu erlangen, ſo „werden die den Vertrag ſchließenden Theile günſtigere Zeiten und Konjunkturen abwarten und gegenwärtig ſich begnügen, zu bewirken, daß die gedachten Perſonen wenigſtens gegen die Ungerechtigkeiten und gegen die Bedrückungen geſchützt werden, unter welchen ſie gegenwärtig ſeufzen [2])." Wie nach den früheren Verträgen ſollte auch nach dieſem das Recht der polniſchen Nation, den König zu wählen, in Zukunft auf jede Weiſe aufrecht erhalten und, wenn nöthig, mit Gewalt der Waffen der Umſturz der Konſtitution und der Grundgeſetze Polens verhindert werden. In gleicher Faſſung ſtand auch dieſe Beſtimmung bereits im Vertrage von 1762. Endlich verbanden ſich Preußen und Rußland, dem Einfluſſe Frankreichs in Schweden entgegenzuarbeiten und gemeinſam dahin zu wirken, daß die Verfaſſung von 1720 in Schweden in Kraft bleibe. Die kontrahirenden Theile garantiren ſich ihre gegen-

[1]) Weiſung Finkenſteins und Hertzbergs an Benoit vom 28. Oktober 1763. — [2]) Geheimes Staatsarchiv.

wärtigen Beſitzungen und unterſtützen ſich gegen jeden Angriff Dritter durch ein Hülfscorps von 12,000 Mann oder durch Zahlung jährlicher Subſidien. Würde die Wahl des Königs oder dieſer ſelbſt nach ſeiner Einſetzung durch den Einmarſch von Truppencorps einer dritten Macht in Polen bedroht, ſo wird der König von Preußen 20,000 Mann in Polen einrücken laſſen, und dieſe werden hier gemeinſchaftlich mit den ruſſiſchen Truppen operiren. Die Dauer dieſes Bündniſſes war auf acht Jahre beſtimmt.

Die Vortheile lagen weſentlich auf der Seite Rußlands. Ueber das entſcheidende Motiv, das den König zum Abſchluß bewegte, ſagt er: „Die Engländer hatten uns durch ihren Separatfrieden verlaſſen und mit uns gebrochen; man mußte ſich nach Hubertsburg einige Jahre eines ſoliden Friedens verſchaffen, um die zu Grunde gerichteten Provinzen wiederherzuſtellen. Dieſen Vortheil bot uns die Allianz mit Rußland [1])." Wenn Rußland nach außen hin ſicherer ſtand, im Innern war deſſen Lage noch immer ſehr wenig konſolidirt. Graf Solms, dem der König nicht ohne Grund vorwarf, die ruſſiſchen Dinge in zu günſtigem Lichte zu ſehen, berichtet drei Wochen nach Abſchluß des Vertrages (4. Mai 1764): „Die Dauer der Herrſchaft Katharina's kann man jetzt nach menſchlichem Maße auf vier bis ſechs Jahre für geſichert betrachten" Dann ſei der Großfürſt volljährig, und von der Haltung, die er dann annehme, werde viel abhängen [2]).

Die Gegenwirkungen Oeſtreichs und Frankreichs gegen das gemeinſame Vorgehen Preußens und Rußlands in Polen blieben hinter den Erwartungen Friedrichs zurück. Der Tod des Nachfolgers Auguſts III. in Sachſen, des Kurfürſten Friedrich Chriſtian, der unvermuthet ſchon im Dezember des Jahres 1763 ſeinem Vater ins Grab folgte, entzog, da ſein älteſter Sohn erſt im dreizehnten Jahre ſtand, den Höfen von Wien und Paris wie der ſächſiſchen Partei in Polen den Kandidaten, auf den man ſich am leichteſten hätte ver-

[1]) Friedrich an Heinrich 9. Februar 1770; geh. Staatsarchiv. — [2]) Geh. Staatsarchiv.

einigen können. Man schwankte in Wien zwischen dem Herzog Karl von Lothringen und dem Prinzen Xaver von Sachsen in Paris zwischen diesem und dem Prinzen Conti, in Dresden selbst zwischen Xaver und dem Krongroßfeldherrn Branizki, dessen hohes Alter baldiges Ableben verhieß; vielleicht konnte Sachsen dann um so sicherer auf die Wiedererlangung des Thrones rechnen — während Prinz Karl von Sachsen seine Kandidatur auf eigene Hand aufstellte, um sich für den Verlust Kurlands schadlos zu halten. Nachdem man sich in Dresden für Branizki entschieden, nahmen auch Oestreich und Frankreich dessen Kandidatur an. An großen Worten, daß die Republik auf seine Hülfe zählen könne, wenn ihre Wahlfreiheit bedroht werde, ließ es Frankreich nicht fehlen, wohl aber an Geld, und da auch Oestreich in diesem Punkte zurückblieb, vermochten 50 bis 60,000 sächsische Dukaten nicht viel auszurichten. Als man sich in Wien überzeugte, daß auf eine ausreichende Unterstützung Frankreichs nicht zu rechnen sei, daß die Wahl Poniatowski's durch diplomatische Mittel nicht zu hindern sein werde, sah Kaunitz die schwersten Gefahren über Oestreich hereinbrechen: damit sei eine Tripleallianz zwischen Preußen, Polen und Rußland angebahnt, die Oestreich den Untergang bringen könne. Man würde solcher Gefahr selbst durch Krieg vorbeugen müssen, wenn die Wunden des letzten Krieges nicht so frisch und so groß seien. „Sobald der eine Theil mit Gewalt zu Werke geht und der andere sich derselben nicht bedienen kann, hat der erstere gewonnen Spiel [1])." An der Spitze der antirussischen Partei in Polen standen der Palatin von Litthauen, Karl Radziwil, „der große Schlemmer", und Potozki, der Woiwode von Kiow. Eine Fraktion dieser Partei beschloß, sich Preußen in die Arme zu werfen, um sich vor Rußland zu retten. Mokranowski, der vordem zur französischen Partei in Polen gehört hatte, eilte nach Berlin, dem Prinzen Heinrich die Krone anzubieten. Das Anerbieten wurde sehr bestimmt abgelehnt. Inzwischen hatten die übrigen Parteigenossen sich für den Krongroßfeldherrn Branizki erklärt; sie hofften mit ihm und durch

[1]) 28. April 1764 bei Beer Erste Theilung 1, 151.

ihn die Kronarmee zu gewinnen. Als aber nun im Frühjahr 1764 die ruſſiſchen Truppen herankamen, zeigte es ſich, daß der Krongroßfeldherr höchſtens über 3 bis 4000 Mann zu verfügen, Radziwil in Litthauen nicht mehr als 5 bis 6000 Mann zuſammengebracht hatte. Um die Mitte des April erreichten die ruſſiſchen Truppen die Umgegend von Warſchau [1]); am 7. Mai wurde hier der vom Primas, dem Erzbiſchof von Gneſen, berufene Konvocationsreichstag, der die pacta conventa feſtzuſtellen hatte, eröffnet. Die antiruſſiſche Partei proteſtirte gegen die Unfreiheit des Reichstages und erklärte, an deſſen Berathungen nicht Theil zu nehmen. Der Reichstag, d. h. die ruſſiſche Partei, 35 Senatoren und 140 Landboten [2]), konföderirte ſich, entſetzte Branizki alsbald ſeines Amts, ernannte Michael Czartoryski zum Befehlshaber der Kronarmee und wies dieſe an, nur Czartoryski's Befehlen zu gehorchen. Vor den Ruſſen weichend, zog ſich Branizki an die ungariſche Grenze; Anfang Juni, nach einem Gefecht bei Slonim (20. Juni), mußte auch Radziwil ſein Heil in der Flucht ſuchen. Am 24. Auguſt trat der Wahlreichstag zuſammen. Unter dem Drucke der ruſſiſchen Truppen und unter der ebenſo wirkſamen Beihülfe von drei Millionen Rubeln [3]), wurde Stanislaw Poniatowski am 7. September 1764 von den wenig zahlreich verſammelten Edelleuten Polens zum König gewählt. Beim Empfang dieſer Nachricht ſchrieb Katharina Friedrich II.: die Wahl ſei ruhig und einſtimmig erfolgt; ihm habe ſie dieſen Erfolg zu danken. Friedrich hatte ſie nicht lange zuvor auf die Anſtrengungen aufmerkſam gemacht, durch welche Oeſtreich und Frankreich in Petersburg ihr Vertrauen zu Panin zu untergraben trachteten. Sie fügte in dieſer Beziehung hinzu: weder die Eiferſucht der einen, noch der Groll der anderen Macht werde ſie von ihrem Wege abbringen; ſie ſei mit Panin ſehr zufrieden (17. September [4]). Dieſem ſelbſt ſchrieb Katharina: „Ich gratulire zum Könige, den wir gemacht haben. Dies

[1]) Benoits Bericht vom 14. April 1764. — [2]) Benoits Bericht vom 12. Mai 1764. — [3]) So hoch veranſchlagt Benoit die Geſammtausgabe Rußlands ohne Einrechnung der Koſten für ſeine Truppen; Bericht vom 16. Juni 1764. — [4]) Geh. Staatsarchiv.

Ereigniß hat mein Vertrauen zu Ihnen umſomehr geſteigert, als ich ſehe, wie fehlerlos alle von Ihnen getroffenen Maßregeln waren [1])."

Es war ein Erfolg, der den Thron Katharina's wohl etwas feſter zu ſtellen vermochte; ſeine Bedeutung lag weſentlich darin, daß Rußland feſten Fuß in Polen gefaßt hatte und von hier aus weiter zu kommen vermochte. Nicht lediglich um zur Macht zu gelangen, hatten ſich die Czartoryski Rußland ergeben; ſie hofften, daß, wenn nur erſt Rußland ihnen zur Gewalt geholfen, ſich Mittel und Wege finden laſſen würden, den verkommenen Zuſtänden Polens aufzuhelfen. Sie hatten eine ernſthafte Reform im Sinn. Die Befugniſſe der Regierung ſollten geſteigert, die Krone von der Bevormundung durch die großen Kronämter befreit, die Juſtiz zur Thätigkeit und zu Anſehen gebracht, das Finanzweſen durchgreifend verbeſſert, die Armee auf einen anderen Fuß geſetzt werden; das liberum veto wollte man auf den Landtagen und auf dem Reichstage beſeitigt wiſſen. Der neue König war nicht nur durch Bande nächſter Verwandtſchaft und Pietät von den Czartoryski, die ſeine Oheime waren, abhängig, er war gewohnt, ihrem Rath zu folgen. Seine Bildung reichte aus, ihn die Schwäche des polniſchen Staatsweſens klar durchſchauen zu laſſen, und er war um ſo eifriger für die Reform geſtimmt, als dieſe auch die Einkünfte der Krone verbeſſern ſollte; er wäre dadurch der drückendſten Seite ſeiner Abhängigkeit von Rußland entgangen. Die Nothwendigkeit der Reform hatten die Czartoryski bereits ſeit einem Jahrzehnt durch Publikationen einleuchtend zu machen geſucht; ſie hatten derſelben perſönlich Anhänger geworben; ſie hatten ſie ſchon als Panier jener Konföderation, die ſie im Sommer 1763 beabſichtigten (S. 127), erheben wollen. Ihre ausgedehnten Beſitzungen, ihre Familienverbindungen, ihr Reichthum, den ſie zuſammenzuhalten und wohl zu verwenden verſtanden, mußten ſo patriotiſchen Abſichten Gewicht und Nachdruck geben. Gleich auf jenem Konvokationsreichstage, dem die Gegenpartei fern blieb, verſuchten ſie

[1]) Sſolowjoff a. a. O. S. 22.

einen großen Schritt zu thun, und sie hatten Grund dazu. Es war der denkbar günstigste Moment, mit der Reform während des Interregnums, d. h. in einer Lage vorzugehen, in welcher Rußland ihrer bedurfte. So brachten sie auf diesem Tage zur Annahme, daß den großen Kronämtern nicht mehr wie bisher die Verwaltung des Schatzes und der Polizei, der Justiz und der Armee selbstständig zustehen solle. Vier Kommissionen, vom Reichstage erwählt, jede aus 16 Mitgliedern bestehend, sollten die Verwaltung des Schatzes, der Polizei, der Justiz und der Armee führen. Außerdem wurde eine Steuer auf die Starosteigüter gelegt; von den Grenzzöllen sollte der Adel nicht mehr frei sein, und die so erhöhten Einkünfte sollten dazu dienen, die Armee zu verstärken [1]). Das Palladium der polnischen Freiheit, das liberum veto bei der Wurzel anzugreifen, wagten die Czartorysti selbst in dieser nur aus ihren Parteigenossen bestehenden Versammlung nicht. Sie versuchten jedoch, es zu beschränken; der Antrag ging dahin, daß fortan auf den Reichstagen in allen Angelegenheiten, welche die vier Kommissionen zu verwalten hätten, die Mehrheit entscheiden werde.

Diesem Antrage traten die beiden Vertreter Katharina's in Warschau, Kaiserlingk und Repnin, entgegen. Schon im November 1763 hatte Panin, bald nachdem ihm die auswärtigen Angelegenheiten übertragen waren, bei der Diskussion der Allianz mit Preußen, die, wie bemerkt, am 11. April 1764 zum Schluß kam (S. 130), dem Grafen Solms anläßlich der Festsetzung des Artikels, der die Aufrechthaltung der Wahlfreiheit und der Fundamentalgesetze der Republik aussprach, eröffnet, daß jeder Schritt des Reichstages verhindert werden müsse, der eine Erstarkung der königlichen Gewalt zur Folge haben könnte; die zu allen Beschlüssen erforderliche Einstimmigkeit müsse beibehalten, die Vermehrung des Heeres dürfe nicht gestattet werden. Der König war einverstanden, daß das gemeinsame Interesse Preußens und Rußlands fordere, Polen in dem gegenwärtigen Zustande zu erhalten. Die Instruktion, welche der außer-

[1]) Benoits Bericht vom 16. Juni 1764.

ordentliche Botschafter Katharina's, Fürst Repnin, am 6. November 1763 bei seiner Abreise nach Warschau erhielt — sie war für ihn und Kaiserlingk bestimmt —, sprach jene Absichten noch deutlicher aus. Der erste und wichtigste Punkt sei, daß das Wahlreich nicht in ein Erbreich übergehe; dieser Schritt werde alle übrigen Rußland schädlichen Reformen nach sich ziehen. Ferner sei alle Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die gegenwärtige Form der Regierung vollständig erhalten, daß das Gesetz der Einstimmigkeit nicht verändert, daß die Armee niemals vermehrt werde. „Hierauf," so heißt es wörtlich, „beruht der vornehmste Vortheil unseres Reichs, hierdurch werden wir direkten Einfluß auf die europäische Politik gewinnen [1]."

Repnin und Kaiserlingk konnten somit nicht unterlassen, gegen die Erhebung jenes Antrages zum Beschlusse zu protestiren. Um die russische Partei, der man zur Königswahl nicht entbehren konnte, nicht zu stark zu verstimmen, und weil die Kaiserin zugleich Repnin und Kaiserlingk angewiesen, für die Vermehrung der Ausstattung der Krone zu sorgen, damit der neue König ihr nicht zu theuer werde [2]), wurde die Konzession gemacht, daß die Angelegenheiten der Schatzkommission auf allen freien Reichstagen nach der Mehrheit entschieden werden könnten; die des Inneren, der Justiz und des Krieges sollten nicht erwähnt, aber in der bezüglichen Konstitution sollte ausdrücklich festgestellt werden, daß zur Auflegung neuer Steuern und zur Vermehrung des Heeres Einstimmigkeit erforderlich sei. Der Konvokationstag beschloß demgemäß [3]).

Trotzdem hatten die Czartoryski Ursache, mit den Erfolgen des Konvokationsreichstages zufrieden zu sein. Immerhin war eine Beschränkung des liberum veto erreicht, und die geminderte Befugniß der Kronämter mußte eine merkliche Erweiterung der Regierungsgewalt und zugleich eine ordnungsmäßigere Verwaltung herbeiführen. Benoit hob hervor, daß der Aufschwung der Polen auf diesem Reichstage be-

[1]) Angeberg Recueil des traités concernant la Pologne p. 5. — [2]) Instruktion vom 6. November Art. 12 a. a. O. — [3]) Finkenstein und Hertzberg an Solms 28. Oktober 1766.

achtenswerth ſei, daß derſelbe bedenkliche Folgen für Preußen herbeiführen könne [1]). Im September gelang dann die Wahl Stanislaws, und da die Konföderation, in welche ſich der Konvokationsreichstag verwandelt hatte, auch über den Wahlreichstag hinaus feſtgehalten wurde, durften die Czartoryski ſchon hoffen, die Reform auf dem dadurch geſicherten Wege der einfachen Mehrheit gedeihlich zu fördern.

Wie großes Gewicht Katharina auf die Protektion der Diſſidenten legte und legen mußte, iſt hervorgehoben. Im Sommer 1763 ſchrieb ſie Kaiſerlingk: „Ich vertraue die Rechtgläubigen in Polen Ihrem Schutze an [2])." In der Inſtruktion vom 6. November 1763 ſagte ſie: „In Mißachtung des Vertrages von 1686 ſind alle polniſchen Unterthanen unſerer Religion unterdrückt; ihre Mehrzahl iſt dem unirten Ritus inkorporirt; der Ueberreſt in Weiß-Rußland mit ſeinen Kirchen und Klöſtern wird von dem katholiſchen Klerus und dem Adel jener Gebiete mißhandelt. Der Krönungsreichstag wird allen denen, die den griechiſchen Glauben bekennen, unbeſchränkte Religionsfreiheit zu bewilligen und die Kirchen und Grundſtücke zu reſtituiren haben, die ihnen vormals entriſſen worden ſind [3])." Aber die Dinge ließen ſich auf dieſem Gebiete nicht nach Katharina's Wunſche an. Als Benoit und Repnin nach Eröffnung des Konvokationsreichstages die Herſtellung der alten Rechte der Diſſidenten forderten, beſtätigte dieſer vielmehr am 17. und 18. Mai (1764) die gegen die Diſſidenten erlaſſenen Konſtitutionen von 1717, 1733 und 1736 [4]); ja, es war dieſe Beſtätigung ein Beſchluß, den die gemäßigte Seite der Verſammlung gegen diejenigen durchgetrieben hatte, welche die Verſchärfung der Geſetze gegen die Diſſidenten verlangten. Immerhin hatte dieſer Reichstag deutlich genug zu erkennen gegeben, daß auch die ruſſiſche Partei nicht gemeint ſei, in dieſer Frage zu weichen. Die noch in Petersburg weilende Deputation der Diſſidenten, welche dieſe nach Auguſts Tode an Katharina abgeordnet hatten, er-

[1]) Bericht vom 16. Juni 1764. — [2]) Sſolowjoff a. a. O. S. 14. — [3]) Inſtruktion vom 6. November 1763 bei Angeberg l. c. p. 4. 8. — [4]) Oben S. 115. Benoits Bericht vom 19. Mai 1764.

bat den Beſchlüſſen vom 17. und 18. Mai gegenüber um ſo dringender Katharina's Intervention [1]. Panin gab nicht nur Kaiſerlingk auf, für die Sache der Diſſidenten einzutreten, er wünſchte eine gemeinſame Erklärung Oeſtreichs und Preußens, gemeinſame Schritte zu Gunſten der Diſſidenten [2]. Der König erwiederte, Benoit ſei bereits inſtruirt, ſich in dieſer Frage mit den Vertretern Katharina's in Warſchau zu verſtändigen; er widerrathe, eine zu ſtarke Sprache zu führen; es würde unklug ſein, den Klerus zu reizen. Gemeinſame Schritte hielt er im Augenblick für nicht recht opportun, geſtattete Solms jedoch endlich, hierüber eine Vereinbarung mit Panin zu treffen. Dieſelbe ſtellte feſt, daß beide Höfe übereingekommen ſeien, ihre Miniſter in Warſchau zu beauftragen, ſowohl während des Interregnums als bei dem neuen Könige nach der Wahl darauf zu dringen, daß die Diſſidenten in vollen Beſitz ihrer Rechte eingeſetzt würden, und da auch andere Höfe dieſe Wünſche theilten, ſollten dieſe eingeladen werden, ſich den Schritten Preußens und Rußlands anzuſchließen (Petersburg 11. Juli 1764 [3]). Sieben Tage nach ſeiner Erwählung überreichten Benoit und Repnin Stanislaw eine in dieſem Sinne abgefaßte Denkſchrift [4]. Panin ſchrieb dem Fürſten Repnin am 13/24. Oktober (Kaiſerlingk war am 30. September geſtorben): von ſeinem Urtheile und ſeinem Einverſtändniſſe mit dem preußiſchen Geſandten hänge die rechtzeitige und wirkſame Anwendung der Mittel ab, die, wenn es ſich durchaus unmöglich zeigen ſollte, den Diſſidenten Alles ihnen Geraubte zurückzugewinnen, dieſen wenigſtens, was irgend wichtig und für ihren Nutzen bedeutſam ſei, wiederſchafften. „Wie ſehr der Vortheil und die Ehre unſeres Vaterlandes und beſonders der perſönliche Ruhm Ihrer kaiſerlichen Majeſtät bei der gerechten Zufriedenſtellung der Diſſidenten intereſſirt ſind, bedarf keiner Ausführung. Für den äußerſten Fall geben Sie zu verſtehen, daß Ihre kaiſerliche Majeſtät, wenn ihrer Interceſſion in einer ſo

[1]) Weiſung des Königs an Benoit vom 5. Juli 64. — [2]) Solms' Berichte vom 19. Juni und 3. Juli 1764. — [3]) Deklaration vom 11. Juli, gezeichnet: Panin, Galitzin, Solms. Weiſungen an Benoit vom 8. September und 12. Oktober 1764; geh. Staatsarchiv. — [4]) Martens Recueil 1, 340 ff.

gerechten Sache seitens der Republik so geringe Achtung erwiesen würde, sich genöthigt sehen könnte, ihre Truppen, welche bis jetzt mit so bedeutenden Unkosten zum ausschließlichen Vortheil und Dienst der Republik gebraucht wurden, anzuweisen, weiterhin auf deren Gebiete zu verweilen Es wird nöthig sein, daß Ew. Durchlaucht Rede und That in Einklang bringen und demgemäß für das weitere Verweilen unserer Truppen in Polen Anstalten treffen, um durch Einschüchterung zu erreichen, was auf gütlichem Wege nicht erlangt werden kann. Ich denke nicht, daß es möglich ist, den Dissidenten auf ein Mal Alles zurückzugewinnen; es ist genug, wenn sie in einige Rechte und Privilegien wiedereingesetzt werden und vor neuen Verfolgungen vollkommen geschützt sind; bei Fortdauer der Bedrückungen könnten sie zu nicht wiederauszugleichendem Schaden unserer Staatsinteressen vollkommen ausgetilgt werden [1])." Katharina selbst wies Repnin an, energisch für die Dissidenten vorzugehen: „Sie haben die Truppen dort, sorgen Sie, daß es gelinge [2])!" Sie wollte demnach, wie sie schon elf Monate vorher Repnin in der Instruktion vom 6. November 1763 vorgeschrieben (S. 138), auf dem Krönungsreichstage weitreichende Konzessionen für die Dissidenten erlangen; sie scheute es nicht, zu diesem Ende sofort Drohungen aussprechen zu lassen.

Die Czartoryski gedachten auf diesem Reichstage mit dem, was ihnen am Herzen lag, mit der Verfassungsreform, weiter zu kommen. Unmittelbar nach der Wahl Stanislaws war Rzewuski, der Gesandte des neuen Königs in Petersburg, beauftragt worden, die Genehmigung zur Einbringung eines auf weitere Beschränkung des liberum veto zielenden Antrages auf dem Krönungsreichstage zu erwirken. Vollständige Abschaffung war weder bei Rußland und Preußen noch voraussichtlich, trotz Festhaltung der Konföderation, auf dem Reichstage und wenn selbst auf diesem, so doch nicht bei der weit überwiegenden Mehrzahl der Magnaten und der Gesammtheit des Adels zu erreichen. Die Czartoryski wollten demnach nicht Abschaffung

---

[1]) Sſolowjoff a. a. O. S. 24. 29 ff. — [2]) Benoits und Carolaths Bericht vom 17. November 1764.

des liberum veto, ſondern des liberum rumpo zunächſt für die Landtage genehmigt haben, d. h. das liberum veto ſollte nur den Beſchluß treffen, gegen den es gerichtet war, nicht aber zugleich alle früher auf demſelben Landtage gefaßten Beſchlüſſe. Man hoffte hierfür um ſo eher in Petersburg Gehör zu finden, wenn man dieſe Frage mit den den Diſſidenten zu gewährenden Zugeſtändniſſen in Verbindung brachte: „Sie wollen," ſchrieb der neue König von Polen der Kaiſerin, „daß Polen unabhängig bleibe, daß der Bund zwiſchen Polen und Ihrem Staate noch feſter und vortheilhafter für beide Völker werde als früher, daß jeder Bürger Polens, die Diſſidenten miteingeſchloſſen, Sie liebe und ſich Ihnen verpflichtet fühle. Ihre Majeſtät intereſſirt ſich lebhaft für die Diſſidenten; aber ihre Sache wie jede andere erheiſcht mehr Ordnung auf dem Reichstage, und dieſe kann nicht erreicht werden ohne Reform unſerer Landtage (15. November 1764 [1])."

Dieſe Reformvorſchläge fanden in Petersburg kein ganz ungünſtiges Gehör. Panin ſchien von ſeiner vor der Wahl Stanislaws ſo beſtimmt formulirten Meinung, daß die beſtehende Verfaſſung in ihrer Geſammtheit unverändert beibehalten werden müſſe, zurückzukommen. Je ſicherer Rußland Polen bereits in der Hand zu haben glaubte, um ſo nachſichtiger konnte es einer ſo mäßigen Reform gegenüber ſein. War man gewiß, in Polen zu gebieten, dann hatte man doch auch ein Intereſſe daran, eine beſſere Ordnung und Verwerthung ſeiner Staatskräfte zu geſtatten, damit der neue Vaſall Rußlands im Stande ſei, dem Oberherrn im Nothfall einigen Dienſt leiſten zu können. Panin meinte, eine beſſere Ordnung in Polen ſei doch wünſchenswerth, um deſſen Kräfte benutzen und die Lücke ausfüllen zu können, die für Rußland im Süden gegen die Pforte durch den Verzicht auf die öſtreichiſche Allianz entſtehe. Katharina zeigte weniger Geneigtheit; aber auch ihr wäre es doch nicht unerwünſcht geweſen, wenn gegen eine Konceſſion in der Verfaſſungsfrage, das Zugeſtändniß, welches

[1]) Sſolowjoff a. a. O. S. 24.

ihr am meiſten am Herzen lag, d. h. wenigſtens Erleichterung, wenn nicht Gleichſtellung für die Diſſidenten zu erlangen geweſen wäre.

Anders lagen die Dinge für König Friedrich. Ihm war nicht die Frage der Diſſidenten, ihm war die Aufrechterhaltung der polniſchen Verfaſſung, d. h. der Unſchädlichkeit Polens für Preußen, die Hauptfrage, eine Frage von weſentlicher Bedeutung. Nahm Katharina die Initiative in der Frage der Diſſidenten, Friedrich ergriff dieſelbe für Aufrechterhaltung der Verfaſſung. Man war in Berlin der Meinung, daß eine Aenderung die andere herbeiführen werde [1]), und Friedrich ſchrieb am 30. Oktober der Kaiſerin: die Abſicht, das liberum veto durch das Mehrheitsvotum zu erſetzen, ſei von großer Bedeutung für alle Nachbarn Polens. „Von Stanislaw iſt nichts zu fürchten. Aber in Zukunft kann Polen in Folge dieſer Reform ein den Nachbarn gefährlicher Staat werden.“ Um die Polen zu verhindern, ſich ihrem erſten Enthuſiasmus zu überlaſſen, werde es das Beſte ſein, die ruſſiſchen Truppen bis zum Schluß des Reichstages in Polen zu laſſen [2]). Die Vorſtellungen des Königs wirkten. Katharina erwiderte, daß ſie zur Aufrichtung des Syſtems der Mehrheit die Hand nicht bieten werde. Wenigſtens gegenwärtig ſei nicht daran zu denken; einſt könne man ſehen, was zu thun ſein werde, wenn man dazu gelange, eine Allianz mit Polen zu ſchließen [3]).

Stanislaws Krönung fand am 25. November 1764 ſtatt; der Krönungsreichstag war eröffnet. Am 29. Novbr. verlangten Benoit und Repnin ungeſtörte Religionsübung für die Diſſidenten, deren Zulaſſung zu den Staatsämtern und Würden, einen Sitz im Senate für den griechiſchen Biſchof von Mohilew. Unmittelbar darauf überbrachte ein Kurier aus Petersburg Weiſungen für Repnin: die Kaiſerin unterſage die beabſichtigte Beſchränkung des liberum veto. Der König habe geweint, nachdem ihm Repnin dieſe Weiſung eröffnet,

---

[1]) Weiſungen an Benoit vom 5. und 8. Oktober 1764. — [2]) Geh. Staatsarchiv. Vergl. Finkenſteins und Hertzbergs Immediatberichte vom 4. und 26. Oktober 1764. — [3]) Solms' Bericht vom 20. Nov. 1764. Weiſung an Benoit vom 28. November 1764.

berichtet Benoit; aber er habe verſprochen, für dieſen Reichstag auf die Abſchaffung des liberum veto und die Vermehrung der Armee zu verzichten [1]). Stanislaw erfüllte ſein Verſprechen. Er ließ einen Geſetzentwurf einbringen, der den Diſſidenten Freiheit der Religionsübung zuſagte. Kaum hatte der Primas von den Forderungen der Diſſidenten zu ſprechen begonnen, als der wildeſte Tumult losbrach; nicht einmal die Verleſung des Entwurfs war zu erreichen [2]). Stanislaw ſchrieb der Kaiſerin: „Gegen die Anſicht meiner ſämmtlichen Rathgeber erhob ich die Diſſidentenfrage, weil es Ihr Wunſch war. Faſt hätten ſie den Primas in meiner Gegenwart getödtet [3])."

Katharina gedachte nicht, von ihren Forderungen abzulaſſen. Auf dem erſten regelmäßigen Reichstage, der im Herbſte des Jahres 1766 zuſammentreten mußte, ſollte die Frage zur Entſcheidung gebracht werden. In ſechs Wochen werde Rußland ſeinen Feldzug in Polen eröffnen, ſo berichtet der engliſche Geſandte zu Petersburg am 5. Auguſt 1766 ſeinem Hofe; „Panin ſagte mir: er wolle lieber 50,000 Mann opfern und Alles über den Haufen werfen, als ſeine Pläne mißlingen ſehen [4])." Auch die Berichte des Grafen Solms ließen in Berlin keinen Zweifel, daß man in Petersburg entſchloſſen ſei, die Gleichſtellung der Diſſidenten ſelbſt mit den äußerſten Mitteln durchzutreiben. Die Kaiſerin habe den Ehrgeiz, für die Schützerin der Unterdrückten zu gelten; man beginne ſeine Kraft zu fühlen, die Finanzen ſeien geordneter, die Truppen gut [5]). Vergebens ermahnte Friedrich zur Mäßigung: es ſei gerathen, bei der Forderung der freien Religionsübung und der bürgerlichen Gleichberechtigung ſtehen zu bleiben, den Zugang zu den Staatsämtern und den Zutritt zu den Landtagen und zum Reichstage aber nicht zu beanſpruchen, da dieſe Forderung an ſich ſchwer zu begründen, den größten Widerſtand hervorrufen und nur auf die Gefahr kriegeriſcher Verwicklungen hin werde durchgeführt werden können. Als Solms meldete (unter dem

---

[1]) Benoits Berichte vom 1., 5., 8. Dezember 1764. — [2]) Benoits Berichte vom 22. und 29. Dezember 1764. Solms' Bericht vom 4. Januar 1764. — [3]) Sſolowjoff a. a. O. S. 25. — [4]) Raumer Beiträge 2, 47. — [5]) Solms' Bericht vom 22. Auguſt 1766.

8. Auguſt 1766), König Stanislaw habe verſprochen, in der Diſſidentenfrage ganz nach den Wünſchen der Kaiſerin zu verfahren, wurde ihm erwidert: dies Verſprechen möge wohl ehrlich gemeint ſein (Stanislaw kannte den Umfang der ruſſiſchen Forderungen noch nicht und gedachte nur für freie Religionsübung einzutreten); was aber vermöge er gegen den Klerus und die geſammte Katholicität, die man aufrufen werde? Niemals würden ſich die Polen dazu verſtehen, die Diſſidenten in den vollen Umfang ihrer alten Rechte wiedereinzuſetzen, würden ſie nicht mit Gewalt dazu gezwungen. Sie würden ſich eher den äußerſten Folgen ausſetzen, als das Zugeſtändniß voller Gleichberechtigung machen. Wolle man jene Folgen über ſie bringen, wolle man ſie mit Gewalt zwingen, ſo werde dies die Einmiſchung der Höfe von Wien und Verſailles zur Folge haben, und es ſei überdies zu fürchten, daß die Pforte ſich überreden laſſe, ſtarke Maßnahmen für die Diſſidenten als auf den Umſturz der polniſchen Verfaſſung gerichtet anzuſehen. Man möge in Petersburg erwägen, ob der Zweck, den man im Auge habe, ſolche Folgen auf ſich zu nehmen werth ſei. In keinem Falle werde ſich Preußen bei gewaltſamen Maßregeln betheiligen [1]).

Katharina ließ ſich nicht zurückhalten. Panin ſchrieb dem Fürſten Repnin: „Wir können und wollen die polniſche Angelegenheit nicht als definitiv geordnet anſehen, ſolange die Lage der Diſſidenten nicht in gerechter Weiſe verbeſſert iſt, und ſollte dies ſelbſt eine bewaffnete Negotiation erfordern.“ Repnin habe die vollſtändige Gleichberechtigung, die Wählbarkeit für den Reichstag, die Zugänglichkeit aller Staatsämter für die Diſſidenten durchzuſetzen. „Die ertheilten Befehle ſind entſetzlich,“ ſo erwidert Repnin dem Grafen Panin, „und die Haare ſtehen mir in der That zu Berge, wenn ich daran denke; denn ich habe nicht die geringſte Hoffnung, anders als einzig durch Gewalt den Willen der allergnädigſten Monarchin bezüglich der bürgerlichen Privilegien der Diſſidenten durchzuführen

[1]) Weiſungen vom 19. und 23. Auguſt und 4. November 1766 an Solms.

(6/17. September)." Er ſtellte jene Forderung beim Könige: es ſei Rußlands letztes Wort; würde auf dem bevorſtehenden Reichstage nicht Alles durchgeführt, ſo ſtänden 40,000 Mann an der Grenze zum Einrücken bereit. Stanislaw entwickelte die Unmöglichkeit, die Nation dafür zu ſtimmen, und ſchrieb ſeinem Geſandten in Petersburg, dem Grafen Rzewuski: „Die letzten Repnin ertheilten Befehle, die Diſſidenten ſelbſt in die Geſetzgebung einzuführen, ſind ein wahrer Donnerſchlag für das Land und für mich perſönlich. Wenn es irgend menſchenmöglich iſt, ſo ſtellen Sie der Kaiſerin vor, daß die Krone, die ſie mir verſchafft hat, für mich zum Gewande des Neſſus werden wird; es wird mich verzehren, und mein Ende wird entſetzlich ſein. Mir ſteht bevor, mich entweder von der Freundſchaft der Kaiſerin loszuſagen oder zum Landesverräther zu werden. Wenn Rußland die Diſſidenten durchaus in die Geſetzgebung einführen will, ſo werden ſie, und wenn ihre Zahl auch nicht mehr als zehn oder zwölf beträgt, geſetzlich exiſtirende Häupter einer Partei ſein, die in dem polniſchen Staate und in der polniſchen Regierung nur Feinde ſehen und beſtändig gegen dieſelben auswärts um Hülfe nachſuchen wird [1])." Bei dem ſtarken Widerſtand, auf den ſeine Forderungen nach den Berichten Repnins und dieſen Aeußerungen des Königs ſtoßen würden, hielt Panin für angemeſſen, Einiges zu mildern. Er ermächtigte Repnin unter dem 15/27. September 1766: auf die Zugänglichkeit zu den Stellen des militäriſchen Oberbefehls, wie zu denen der Senatoren für die Diſſidenten zu verzichten, wenn ihnen dagegen die Wählbarkeit für den Reichstag, für die Gerichtshöfe, für das Amt der ſtädtiſchen Staroſten mit der Maßgabe zugeſtanden werde, daß in gewiſſen Palatinaten neben zwei Katholiken ſtets ein Diſſident als dritter gewählt werden müßte. Das Ultimatum ſei die unbeſchränkte Zugänglichkeit der ſtädtiſchen Aemter mit unbeſchränkter Freiheit der Religionsübung in allen das Kirchenthum betreffenden Punkten. „Geht der Reichstag auf gar nichts

[1]) Sſolowjoff a. a. O. S. 43. 44. Vergl. Solms' Bericht vom 21. Oktober 1766.

ein, ſo haben Sie die Diſſidenten, von denen Sie eine ſo große Anzahl als irgend möglich um ſich in Warſchau verſammeln werden, zu beſtimmen, den Reichstag zu verlaſſen, eine Konföderation zu bilden und durch dieſe formell unſern Schutz und Beiſtand nachzuſuchen. Sie können von dieſer extremen Reſſource, da ſie unſre letzte und feſte Reſolution iſt, konfidentiell Mittheilung machen, damit die Polen wiſſen und überzeugt ſind, daß wir es nicht zulaſſen werden, die Sache nach ihrem einſeitigen Verlangen zu beſeitigen, ſondern daß wir dieſelbe eher bis zum Aeußerſten treiben werden." Repnin erwiderte am 5. Oktober (24. September): „Es iſt nicht die geringſte Hoffnung vorhanden, ohne Anwendung von Gewalt zu reüſſiren. So bleibt denn nichts weiter übrig, als ſich auf die Gewalt allein zu verlaſſen; denn nicht ein Theil des Reichstages wird der Sache entgegen ſein, ſondern alle, Kopf für Kopf, da außer der geſammten Geiſtlichkeit und ihrer Influenz der König, die Fürſten Czartoryski und ihr Anhang ſich den Gegnern anſchließen. Ich habe Soltikow (er befehligte die an der Grenze Litthauens verſammelten Truppen) heut durch Kurier den Befehl zugeſchickt, die Beſitzungen des Biſchofs von Wilna und des Biſchofs von Krakau zu beſetzen (ſie hatten ſich an die Spitze der Agitation gegen die Diſſidenten geſtellt [1]) und die Truppen von ihnen verpflegen zu laſſen; denn es kann mit der Diſſidentenfrage nicht ſchlimmer werden, als es bereits iſt, und vielleicht macht dies Verfahren einige Impreſſion [2])."

Der erſte ordentliche Reichstag unter der Regierung Stanislaws wurde am 6. Oktober 1766 eröffnet. „Die Gemüther der Polen", ſchreibt der Geſandte Englands in Warſchau, „ſind durch die Diſſidentenfrage erregt. Der vernünftige und leitende Theil der Nation iſt bereit, ihnen völlige Religionsfreiheit, aber keine Theilnahme an Regierung und Gericht zuzugeſtehen. Die Biſchöfe ſtehen an der Spitze des Widerſtandes. Die Ruſſen haben 30 bis 40,000 Mann bereit; Frankreich und Oeſtreich ermuthigen zum Widerſtande gegen die

[1]) Solms' Bericht vom 29. Auguſt 1766. — [2]) Sſolowjoff a. a. O. S. 31. 32. 45.

Forderungen Rußlands; die Folgen lassen sich nicht absehen[1])." Stanislaw hoffte trotz Allem die wesentlichsten Punkte der Reform: den Wegfall des liberum veto bei den Wahlen zu den Tribunalen und zum Reichstage, die Festsetzung des Mehrheitsbeschlusses für Vermehrung der Steuern und der Armee ohne Rußlands Einspruch durchbringen zu können, wenn er dagegen den Reichstag zu einigen Konzessionen für die Dissidenten bewege; Benoit glaubte, Stanislaw habe für diesen Fall ein Versprechen Katharina's, wenigstens die Steuererhöhung durch Mehrheitsbeschluß zuzugeben[2]). Nach allem, was man Solms in Petersburg hören ließ, wußte man hier von solchem Plane Stanislaws nichts. Er wurde durch den katholischen Eifer der Bischöfe in bedenklicher Weise gekreuzt. Als die pacta conventa, d. h. die Wahlkapitulation, im Reichstage verlesen wurden, damit die Landboten prüften, ob der König keinen Artikel derselben verletzt habe, erhob sich Roman Soltyk, der Bischof von Krakau, sowohl gegen Zugeständnisse für die Dissidenten als gegen die Reform. Der vornehmste Artikel, den der König beschworen, sagte er, sei die Beschirmung der katholischen Religion; die Dissidenten hätten den Schutz des Auslandes gesucht; er beantrage, ihnen keinerlei Zugeständniß zu machen; gegen Jeden sei die Todesstrafe zu beschließen, der in Zukunft überführt werde, den Beistand fremder Mächte verlangt zu haben; er beantrage, den Rückzug der russischen Truppen zu fordern und die allgemeine Konföderation aufzulösen, welche die Freiheit unter eine unerträgliche Diktatur beuge. Alles rief: So sei es, so sei es! Mit solchem Beschluß wäre jede weitere Verhandlung über die Dissidentenfrage abgeschnitten aber auch jede Reform durch Beseitigung der bestehenden Konföderation unmöglich gemacht worden. Es gelang Stanislaw, durch eine glänzende Improvisation die Abstimmung zu hindern. Er sei stolz, über ein Volk zu herrschen — so sagte er —, das von solchem Eifer für seine Religion beseelt sei; er verkenne die Gefahren nicht, welche bevorständen; aber man müsse die Religion

[1]) Berichte vom 24. September und 31. Oktober, bei Raumer Beiträge 2, 51. 70—73. — [2]) Weisung an Solms vom 22. Oktober 1766.

und die Freiheit retten oder zu Grunde gehen; er ſei bereit, für die Religion der Väter zu leben und zu ſterben. Indem er auf die Gefahren des Widerſtandes gegen Rußland hinwies, hoffte Stanislaw, den Reichstag zu beſtimmen, die Reformen als die unerläßlichſten Mittel des Widerſtandes zu beſchließen oder im anderen Fall auf ſeinen erſten Plan zurückzukommen, die Reformen durch Konceſſionen für die Diſſidenten zu erkaufen. Jedenfalls hatte er die Zurückſchiebung der entſcheidenden Frage erreicht (11. Oktober). Am 4. November übergaben Repnin und Benoit im Verein mit den Vertretern von England, Schweden und Dänemark eine Denkſchrift zu Gunſten der Diſſidenten. Der König erlangte wiederum, daß die Beſchlußfaſſung darüber bis zum Ende des Reichstages vertagt wurde.

Die Beſeitigung des liberum veto bei den Wahlen für die Tribunale wurde angenommen; aber die in Form einer Deklaration zur betreffenden Konſtitution des Konvokationsreichstages beantragte Geltung der Mehrheit bei Auflegung neuer Steuern und Vermehrung der Armee fand heftigen Widerſtand im Reichstage ſelbſt, insbeſondere bei den Biſchöfen, der auch durch den Hinweis auf die von Rußland in der Diſſidentenfrage drohenden Gefahren nicht zu beſeitigen war. Benoit war beſtimmt inſtruirt, der Ausdehnung der Pluralität auf neue Steuern und Zölle, auf die Vermehrung der Armee wie dem Fortbeſtehen der Konföderation, welche die Polen allmählig an die Geltung der Mehrheit gewöhnen könne, entgegenzuwirken [1]). Am 11. November übergab er mit Repnin, der bisher nur der Einführung der Mehrheit bei den Wahlen der Tribunale nicht der Finanzreform widerſtrebt hatte, dem Könige eine Erklärung, welche einen klaren Beſchluß darüber verlangte, daß die Pluralität, ſofern keine Konföderation ſtattfinde, bei der Auflegung von Steuern und Vermehrung der Truppen nicht ſtatthabe, ſondern Einſtimmigkeit erforderlich ſei, wie bei allen übrigen Angelegenheiten des Staates das liberum veto in Kraft bleiben müſſe. Am 20. November brachte der Großkanzler

[1]) Weiſung vom 28. Oktober 1766.

Zamoyski die beiden Erklärungen des ruſſiſchen und des preußiſchen Geſandten über die Diſſidenten- und die Verfaſſungsfrage zugleich an den Reichstag. Der König verlangte, daß zuerſt über die Verfaſſungsfrage abgeſtimmt werde. Tumultuariſch wurde gefordert, daß die Diſſidentenfrage zuerſt erledigt werde. Der König verließ die Sitzung. Am Tage darauf kam in der That die Verfaſſungsfrage zunächſt zur Verhandlung. Die Czartoryski hatten den Muth verloren; einſtimmig wurde die Reform vom Reichstage abgelehnt. Am 24. November ward die Diſſidentenfrage zur Berathung geſtellt und in Erwiderung der Deklaration vom 4. November eine Akte angenommen, welche die Konſtitutionen von 1717, 1733, 1736 und 1764 gegen die Diſſidenten einfach aufrecht erhielt. Unmittelbar darauf wurde der Reichstag geſchloſſen (30. November), und die Auflöſung der beſtehenden Konföderation, welche Benoit und Repnin mittelſt einer weiteren Erklärung gefordert hatten, votirt[1]). Repnin ſchreibt: „Ich bin mit der ſtrikten Mitwirkung ſowohl des Königs als der Czartoryski bei Ablehnung des Mehrheitsvotums vollkommen zufrieden. Ich muß der Wahrheit gemäß berichten, daß der Erfolg in der Diſſidentenangelegenheit weder in der Macht des Königs noch in der der Czartoryski ſteht. Der beſte Beweis dafür iſt die Vernichtung des Mehrheitsvotums. Unbeſtreitbar war ihnen dies theurer und nöthiger; aber den Abgrund, der ſich vor ihnen öffnet, gewahrend, machen ſie ſelbſt rückgängig, was ihnen das Theuerſte iſt, und ſo hätten ſie auch die Diſſidentenangelegenheit zu Stande gebracht, wenn es ihnen möglich geweſen wäre[2])."

Katharina war entſchloſſen und vorbereitet, die Gleichberechtigung der griechiſch gläubigen Polen mit den äußerſten Mitteln durchzutreiben. War ſie mit dem Könige und den Czartoryski nicht zu erreichen geweſen, ſo ſollte ſie jetzt ohne und gegen dieſe erreicht werden. Die Bildung jener Konföderation, die Panin für den Fall, daß der Reichstag in dieſer Frage Widerſtand leiſte, bereits ins Auge gefaßt (S. 146), ſollte nun ins Leben gerufen werden, alle

[1]) Weiſung an Solms vom 21. November 1766. — [2]) Sſolowjoff a. a. O. S. 47.

Neuerungen, die in die Verfassung gebracht waren, auch die vier Kommissionen sollten nun fallen, jede Erhöhung der Staatseinkünfte, jede Vermehrung der Armee abgeschnitten, das liberum veto überall streng festgehalten werden. Rußland nahm jetzt Partei für die Gegner der Czartoryski, für die volle alte Libertät des polnischen Adels [1]). König Friedrich wurde ersucht, wenigstens ein kleines Truppencorps zur Deckung der im Westen zu bildenden Konföderation der Protestanten einrücken zu lassen. Die Kaiserin, so berichtet Graf Solms, sei, wenn Oestreich sich einmische, auch zum Kriege gegen Oestreich entschlossen. Wenn Rußland, sagte Panin dem Grafen Solms, durch den Vertrag von 1686 berechtigt und verpflichtet sei, für die griechisch Gläubigen einzutreten, so sei es Preußen durch den Frieden von Oliva. Auch die Protestanten Deutschlands seien durch Oestreichs und Frankreichs katholische Liga bedroht. Diese habe nun zwar ihr Gegengewicht in der preußisch-russischen Liga gefunden; aber letztere müsse denn auch, um das Vertrauen des Protestantismus zu gewinnen, zeigen, daß sie ihren Willen durchzusetzen vermöge [2]).

Friedrich war mit dem gesammten Verfahren Rußlands in Polen durchaus nicht einverstanden. Er hielt es für ungerechtfertigt, für unklug und für geeignet, Oestreichs und Frankreichs Intervention zu provociren. Die Motive durchschaute er vollkommen: es handle sich nicht um die religiöse Frage, vielmehr um dauernde Aufrichtung der russischen Herrschaft in Polen [3]). Panins Argumentation überzeugte ihn nicht. Die Freiheit der Religionsübung für die Dissidenten genüge; er wollte sich nicht weiter betheiligen, als daß Benoit noch eine aber mäßig gefaßte Deklaration für die Dissidenten abgebe [4]). Oestreich schien entschlossen, seine Unthätigkeit enden, für seinen Einfluß in Polen, für den Katholicismus Partei nehmen zu wollen. „Wir können," sagte Maria Theresia im Januar 1767 dem Vertreter Englands, „nicht mit gekreuzten Armen dasitzen und zusehen, wie ein

---

[1]) Weisung Panins an Repnin vom 3. Februar 1767 bei Theiner. Mon. 4, 2, 155. — [2]) Solms' Berichte vom 17. und 25. Oktober, 9. und 12. Dezember 1766. — [3]) Weisung an Solms vom 12. Februar 1767. — [4]) Weisung an Solms vom 28. Dezember 1766.

Fürſt (Stanislaw), mit dem wir in Freundſchaft leben, muthwillig unterdrückt wird, weil er nicht alles that und thun konnte, was man verlangte [1])." Man nahm ſomit in Wien Partei für den König, den Rußland vor drei Jahren gegen Oeſtreich eingeſetzt hatte. In Berlin und Petersburg liefen Berichte von Truppenzuſammenziehungen in Mähren und Ungarn ein. Friedrich II. war durch ſein Bündniß mit Rußland verpflichtet, dieſem gegen den Angriff einer dritten Macht die vertragsmäßige Hülfe zu leiſten und den König Stanislaw in Polen aufrecht zu halten; die gewaltſame Durchführung der Abſichten Rußlands für die Diſſidenten in Polen zu unterſtützen, war er nicht gehalten; nur zu Vorſtellungen und Deklarationen zu Gunſten derſelben hatte er ſich verbunden, und dieſe waren gegeben worden, ſo oft Rußland ſolche verlangt hatte. Angeſichts der Rüſtungen Oeſtreichs brachte Panin die Ausdehnung des Vertrages auch auf den Fall der Intervention Oeſtreichs zu Gunſten der katholiſchen Partei in Polen in Anregung. Der König mußte ſich ſagen, daß die Ablehnung dieſes Antrages das Aufgeben der ruſſiſchen Allianz ſei. Dazu mochte er ſich um ſo weniger entſchließen, als die zwiſchen England und Frankreich beſtehenden Spannungen in naher Zukunft zu einem Kriege im Weſten führen konnten, deſſen Ausbruch iſolirt zu erwarten ihm nicht räthlich ſchien. Die Betrachtung, daß Oeſtreich es nicht zum Kriege treiben werde, wenn es ihn mit Rußland feſt vereinigt ſähe, daß der Krieg auf dieſem Wege vermieden werden könne, entſchied den König. Ende Januar 1767 erklärte er ſich zum Abſchluß einer neuen Konvention bereit [2]). Sie wurde am 23. April unterzeichnet. Die weſentlichen Beſtimmungen waren: nachdem Rußland es auf ſich allein genommen, die Rechte der Diſſidenten in Polen mit bewaffneter Macht aufrecht zu halten, wird ſich der König begnügen, die vereinbarte Erklärung zu Gunſten der Diſſidenten durch ſeinen und den Vertreter Rußlands in Warſchau übergeben und durch ſtarke und freundſchaftliche Kundgebungen unterſtützen zu laſſen. Rücken

[1]) Raumer Beiträge 2, 83. — [2]) Weiſung an Solms vom 26. Januar 1767; geh. Staatsarchiv.

jedoch östreichiſche Truppen in Polen ein und greifen dieſe die dort befindlichen ruſſiſchen Truppen thatſächlich an, ſo erklärt ſich der König von Preußen für dieſen Fall bereit, eine Diverſion in die öſtreichiſchen Staaten zu machen. Für die Koſten, welche dieſer Krieg verurſachen würde, verſpricht die Kaiſerin dem Könige eine angemeſſene Entſchädigung.

Waren die Nachrichten über Oeſtreichs Abſichten irrig geweſen, oder hielt das feſte Einverſtändniß Preußens und Rußlands Oeſtreich zurück, Maria Thereſia erklärte im Mai 1767 dem Vertreter Preußens in Wien, daß ſie trotz der dringenden Bitten, welche die Biſchöfe Polens an ſie gerichtet, ſich der Sache der römiſchen Kirche anzunehmen, von jeder Einmiſchung abſtehe, die zu Konflikten mit Rußland führen könne [1]).

Inzwiſchen hatte Repnin die griechiſch Gläubigen wie die Proteſtanten zur Bildung von Konföderationen getrieben. Von den Lutheranern und Reformirten waren nicht mehr als 573 Edelleute für die Konföderation zu gewinnen. Sie trat zu Thorn zuſammen und wählte den Staroſten von Tuchel, Grafen Goltz, zu ihrem Marſchall. Die griechiſch Gläubigen, an Zahl ſtärker, aber noch ſchwächer an Männern hervorragender Stellung, konföderirten ſich zu Sluz unter Führung des General Grabowski. Weder die Bedeutung noch die Zahl der Edelleute in dieſen Konföderationen reichten aus, um wirkſam eingreifen zu können. Aber Rußland bot jetzt nicht nur den Diſſidenten, ſondern auch ſeinen Gegnern, der vormals ſächſiſchen Partei, Schutz und Unterſtützung; es ſagte ſich los von dem Könige, den es ſelbſt geſetzt, und der bisherigen ruſſiſchen Partei. Die Czartoryski und ihren Anhang aus den Staatsämtern verdrängen und an ihre Stelle treten, die alte Verfaſſung ohne Reform herſtellen zu können, war eine unwiderſtehlich lockende Ausſicht für die „Malkontenten", für die Mehrzahl der Magnaten. Waren die Czartoryski durch Rußland zur Macht gelangt, warum ſollte es ſich die Gegenpartei verſagen, nicht auch durch Rußland emporzuſteigen? Bald

[1]) Weiſung an Solms vom 2. Juni 1767.

fand die neue Konföderation in allen Bezirken des Landes großen Zulauf. So konnten Anfang Juni des Jahres 1767 zu Radom 178 Marſchälle der Einzelföderationen zuſammentreten; die Zahl der konföderirten Edelleute wird auf 80,000 angegeben: niemals ſei eine Konföderation ſo zahlreich geweſen [1]). Am 23. Juni wurde Karl Radziwil, vormals der eifrigſte Gegner der ruſſiſchen Partei, auf Empfehlung Katharina's zum Generalmarſchall der geſammten Konföderation erwählt. Bei Feſtſtellung des „Inſtruments" derſelben machten ſich freilich einige Widerſprüche im Schooße der neuen Partei bemerklich, weniger bezüglich der den Diſſidenten zu gewährenden Konceſſionen — man wußte in dem engeren Kreiſe der katholiſchen Theilnehmer der Konföderation ſehr wohl, daß dies der Preis ſei, der Rußland für den Sturz der Czartoryski gezahlt werden müſſe; — aber man wollte die Gegenpartei gründlich niederwerfen, man wollte den König ſtürzen, der ſelbſt der Schlachta entſproſſen, die Magnaten unter die Reform zu beugen verſucht und begonnen hatte, und man widerſtrebte der Beſtimmung, deren Aufnahme in das Inſtrument Repnin verlangte, daß auf dem zur Pacifikation zu berufenden außerordentlichen Reichstage die Garantie Rußlands für die auf demſelben feſtzuſetzende Verfaſſung nachzuſuchen ſei [2]). Repnin drang mit offenem Zwange durch. Er ließ das Haus, in dem die Marſchälle beriethen, von ruſſiſchen Truppen umſtellen.

Es war nicht die Abſicht Katharina's, Stanislaw vom Throne zu ſtoßen; der Vorwand des Widerſtrebens des Reichstages gegen die Gleichſtellung der Diſſidenten ſollte ihm entzogen, er ſollte in der Diſſidentenſache dem Willen Rußlands einfach nachzuleben genöthigt werden. Der Reichstag konnte nicht mehr widerſtreben, nachdem ſich die große Konföderation für die Diſſidenten verpflichtet hätte. Sobald die Akte zu Radom gezeichnet war, wurde, wie ebenfalls in derſelben vorgeſehen war, der König zum Beitritt zu der Konföderation

---

[1]) Prowe Polen 1766—1768 S. 29. Hermann Geſchichte Rußlands 5, 419. — [2]) Schon in der Inſtruktion Repnins vom 6. November 1763 hatte Katharina ausgeſprochen, daß Polen die Garantie ſeiner Verfaſſung bei ihr nachſuchen müſſe; Angeberg l. c. p. 9.

eingeladen. Was blieb ihm übrig, nachdem dieſe ſo mächtige und zahlreiche Anhänger gewonnen hatte? Er vollzog den Beitritt und trat mit Repnin über die Ausdehnung der den Diſſidenten zu gewährenden Rechte in Berathung. Stanislaw hielt für unumgänglich, daß klargeſtellt werde, daß die den Diſſidenten zu gewährenden Rechte den Katholicismus ſelbſt nicht gefährdeten. Demnach müßten, wenn auf Rußlands Verlangen der griechiſche Biſchof von Weiß-Rußland im Senate Sitz erhalte, auch zwei Biſchöfe der Unirten in demſelben Platz nehmen. Beſtimmt ſei auszuſprechen, daß der König von Polen katholiſchen Glaubens ſein müſſe und die katholiſche Religion die herrſchende in Polen bleibe; daß die Strafbeſtimmungen gegen den Austritt aus der katholiſchen Kirche nicht aufgehoben würden, da andernfalls die, welche behaupteten, daß es auf die Untergrabung des Katholicismus abgeſehen ſei, im ganzen Lande Glauben finden würden; daß die Zahl der Diſſidenten im Senat und im Reichstage genau beſtimmt werde; endlich daß die vier griechiſchen Eparchien, welche zur unirten Kirche übergegangen ſeien, in ihrer gegenwärtigen Lage belaſſen würden. Selbſt dieſe Vorſchläge genügten dem Eifer Panins nicht. „Wenn auch," ſchrieb er dem Fürſten Repnin am 14/25. Auguſt 1767, „die Aufnahme von zwei unirten Biſchöfen in den Senat mit der Hauptregel (den anderen Konfeſſionen nicht zum Nachtheile des Katholicismus Vorſchub zu leiſten) übereinſtimmt, ſo würde dieſelbe doch einen Schatten auf den Ruhm ihrer kaiſerlichen Majeſtät werfen können. Könnte es nicht der Welt ſcheinen, als ſeien die unirten Biſchöfe in der Abſicht, die Kaiſerin zu ärgern, aufgenommen worden, während im Gegentheil die Lage der Dinge erheiſcht, daß alle ihre Wünſche ausgeführt werden?" Die Strafbeſtimmungen für den Austritt aus der katholiſchen Kirche müßten gleichfalls beſeitigt werden: „um die Lauterkeit unſerer Abſichten aufrecht zu erhalten, die unſeren eigenen Glauben betreffen", da der Uebertritt von der Union zur griechiſchen Kirche in Polen noch unlängſt geſtattet geweſen ſei. Weder der Senat noch der Reichstag dürften Sitzungen halten, wenn die feſtgeſtellte Zahl der diſſidentiſchen Mitglieder nicht vorhanden oder nicht anweſend ſei.

Von den vier Eparchien wie von den Unirten überhaupt ſei auf dem Reichstage wie in dem künftigen Vertrage zu ſchweigen: „da eine derartige Sekte weder dem einen, noch dem anderen Glauben direct verbunden gelten kann.“ Repnin erwiderte am 17/28. September mit vollſtem Rechte, dem Eintritt der unirten Biſchöfe in den Senat widerſprechen heiße: nicht Gleichſtellung der Konfeſſionen ſondern Vorrechte für die griechiſche Kirche verlangen. Erhielten die Rechtgläubigen (d. h. die griechiſche Konfeſſion) mehr Rechte, ſo würden die Unirten zum Uebertritt gereizt. „Heißt das nicht, die Ausbreitung unſeres Glaubens in Ausſicht nehmen? Es iſt wahr, daß nach dem Geſetze von 1635 der Uebertritt von der Union zur griechiſchen Kirche und umgekehrt geſtattet war; aber der Katholiken geſchieht in demſelben nirgend Erwähnung, und die ſtrengſten Geſetze verbieten den Abfall vom katholiſchen Glauben. Wie ſollen wir den Fanatismus und den Wahnwitz hier beſchwichtigen, welche ſich einbilden, daß wir eine andere Konfeſſion einführen wollen, wenn wir nicht geſtatten, dieſe Geſetze zu erneuern?“ Der Reichstag trete zuſammen, auch wenn in Folge der Sprengung von Woiwodſchaftsverſammlungen die Landboten derſelben fehlen; wenn nun dieſe oder jene Verſammlung, welche einen diſſidentiſchen Landboten zu wählen hat, breche, ſolle dann der Reichstag in Folge der Abweſenheit diſſidentiſcher Landboten nicht zuſammentreten dürfen, während er trotz des Nichterſcheinens katholiſcher Abgeordneter zuſammentrete? Gewiß könne eine feſte Zahl von Diſſidenten in den Senat aufgenommen werden; aber durch die Abweſenheit eines derſelben in Folge von Krankheit oder aus einem anderen Grunde dürften doch die Sitzungen nicht unmöglich gemacht werden. Die Diſſidenten ſelbſt baten inſtändigſt, ſie nicht in beſtimmter Zahl an der Regierung Theil nehmen zu laſſen. Es fehlte ihnen an für die höheren Aemter geeigneten Männern. Die Senatoren mußten adliger Herkunft ſein; der Biſchof von Weiß-Rußland, den Panin im Senate ſehen wollte, war unadligen Geſchlechts. Repnin mußte Panin erſuchen, Nachforſchungen anſtellen zu laſſen, ob ſich nicht in Klein-Rußland Mönche von polniſcher Abkunft befänden, die mit adliger Geburt die für die

Senatorenwürde erforderlichen Eigenſchaften verbänden (2/13. Oktober 1767 [1]).

Der außerordentliche Reichstag trat am 3. Oktober 1767 zuſammen. Das „Inſtrument von Radom“ ſollte ausgeführt werden. Repnin verlangte die Wahl einer Delegation, welche die zu faſſenden Beſchlüſſe mit ihm vereinbare. Inzwiſchen hatte Papſt Clemens XIII. den König und die Biſchöfe Polens durch Schreiben und Rundſchreiben aufgefordert, feſtzuhalten am katholiſchen Glauben; er hatte Kaiſer Joſeph und König Ludwig XV. aufgerufen, der bedrängten katholiſchen Kirche Hülfe zu leiſten. In der Sitzung des Reichstages verlas der Nuntius des Papſtes ein Breve, welches die Senatoren und Landboten zum Widerſtande gegen die Forderungen der Diſſidenten, zur Vertheidigung der katholiſchen Kirche aufrief. Der Biſchof von Krakau, Soltyk, der Biſchof von Kiow, Zaluski, und der Palatin von Krakau, Wenzel Rzewuski, ſprachen gegen die Bildung einer bevollmächtigten Delegation und ermahnten zur Vertheidigung des Glaubens; die Biſchöfe waren auf ihrer Seite, und die Mehrheit der Landboten, wenn ſie auch im Sinne der Konföderation gewählt und dem Inſtrumente gemäß inſtruirt war, ließ ſich nur zu leicht zu dem beſtimmen, was im Grunde Aller Meinung und Ueberzeugung war. Hatte ſich die Konföderation doch nur in dem Gedanken gebildet, die Partei Czartoryski zu ſtürzen. Dies konnte nie vollſtändig gelingen, wenn Stanislaw auf dem Throne blieb, und ſo war man um ſo weniger geneigt, Rußland den Preis zu zahlen, den es für ſeine, wie ſich gezeigt, doch nur halbe Unterſtützung verlangte. Den Widerſtand zu brechen, ließ Repnin in der Nacht vom 13. zum 14. Oktober die Biſchöfe von Krakau und Kiow, Soltyk und Zaluski, den Palatin von Krakau und deſſen Sohn Severin Rzewuski, Staroſten von Dolin, durch die Oberſten Igelſtröm und Karr verhaften: „weil ſie ſich gegen die Würde der Kaiſerin von Rußland und deren heilſame und freundſchaftliche Abſichten vergangen.“ Sie wurden nach Wilna, dann nach Kaluga abgeführt. Der Reichstag wich. Am 21.

[1]) Sſolowjoff a. a. O. S. 63 ff. 66.

Oktober wurde die Bildung der Delegation, welche ſich mit Repnin zu verſtändigen habe, genehmigt. Der Reichstag vertagte ſich bis zum 1. Februar des folgenden Jahres, um ſodann den Beſchlüſſen der Delegation die Zuſtimmung zu ertheilen. Die Delegation aus den vom König ernannten Senatoren und dem vom Marſchall des Reichstages (es war Karl Radziwil) ernannten Landboten gebildet, hatte Repnins Verlangen gemäß zuerſt die Diſſidentenfrage zu regeln. Am 19. November kamen die Verhandlungen hierüber zum Schluß. Alle diſſidentiſchen Edelleute ſind den katholiſchen in allen ſtaatsbürgerlichen Rechten gleichgeſtellt. Alle kirchlichen Streitigkeiten zwiſchen Diſſidenten und Katholiken werden durch gemiſchte, zur Hälfte mit Katholiken, zur Hälfte mit Akatholiken beſetzte Gerichte entſchieden. Die Akatholiken dürfen neue Kirchen, Seminarien und Schulen ungehindert anlegen, haben eigene Konſiſtorien und berufen eigene Synoden. Zur Erhaltung der katholiſchen Kirche haben ſie keine Beiträge zu leiſten. Die Bisthümer Mohilew, Orſſan und Miſcislaw gehören für ewige Zeiten der griechiſchen nichtunirten Kirche. Die Ehe zwiſchen Diſſidenten und Katholiken iſt geſtattet; die Söhne folgen dem Bekenntniſſe des Vaters, die Töchter dem der Mutter, ſofern der Ehevertrag nicht anders beſtimmt.

Dieſe Beſchlüſſe erfüllten alle Abſichten Katharina's. Aber um Polen vollſtändig zu mediatiſiren, wollte ſie auch die Verfaſſung Polens in ihre Hand nehmen. Die Grundgeſetze ſollten revidirt, in der Rußlands Intereſſe genehmen Form fixirt und unter Rußlands Garantie geſtellt werden. So hatte ſie ſchon vor vier Jahren in der Inſtruktion Repnins ihre Abſichten formulirt (S. 137). Gehorſam wendete ſich die Delegation auch zu dieſer ihrer zweiten Aufgabe. Da auch die Czartoryski Mitglieder der Delegation waren, konnte es nicht fehlen, daß die Reform, wenn auch in ſchüchternſter Weiſe, hierbei wieder zur Sprache gebracht wurde. Noch vor kurzem, als es ſich um die Bildung der Konföderation von Radom handelte, hatte Rußland die unverſehrte alte polniſche Verfaſſung auf ſeine Fahne geſchrieben. Nachdem die Konföderation ihren Dienſt gethan, nachdem ſie Rußland in der religiöſen Frage zum Siege verholfen, fand Repnin ſelbſt, daß es zweckmäßig ſein möchte, den verſtändigen

Theil der Nation durch einige Verbeſſerungen zu verſöhnen. Es liege das durchaus in Rußlands Intereſſe, bemerkt Repnin in einem Bericht vom 23. Dezember 1767. Wenn man Polen auch nur die geringſte Konſiſtenz geben wolle, „um daſſelbe zuweilen gegen die Türken zu gebrauchen," ſeien gewiſſe Reformen unerläßlich. Die Kaiſerin war einverſtanden: „Warum nicht unſeren Nachbarn geſtatten," ſchrieb ſie zu Repnins eben erwähntem Bericht, „ſich einer gewiſſen uns indifferenten Ordnung zu erfreuen, die außerdem uns bisweilen zum Nutzen gereichen kann[1])?" So durfte denn die Delegation beſchließen, daß auf den künftigen Reichstagen ſtets in den erſten drei Wochen die finanziellen Fragen behandelt und durch Stimmenmehrheit entſchieden werden ſollten; alle Staatsangelegenheiten aber, die in den letzten drei Wochen der Seſſion zu behandeln wären, dürften nur durch Einheit der Stimmen entſchieden werden. Sobald in dieſen ein Vorſchlag den Widerſtand einer Stimme erfährt, ſind die weiteren Beſchlüſſe ungiltig und ohne Geſetzeskraft. Auch dürfe der Landbote, deſſen Stimme den Reichstag bricht, niemals verfolgt werden.

Nach ſeinem Wiederzuſammentritt, am 4. Februar 1768 beſtätigte der Reichstag einfach die Akte, welche die Delegation mit Repnin vereinbart hatte. In vierundzwanzig Artikeln waren die Grundgeſetze der Republik aufgezählt, welche weder jemals unter irgend einem Vorwand und durch wen immer, weder durch Stimmenmehrheit noch durch Konföderationen, auch nicht durch Konföderation während des Interregnums, ſelbſt nicht mit Stimmeneinheit geändert werden dürfen. Darauf folgt in dreizehn Artikeln eine Aufzählung der Angelegenheiten, die nur durch Stimmeneinheit entſchieden werden dürfen. Am 24. Februar zeichneten Repnin und Podoski, gegenwärtig Primas der Republik, den ewigen Vertrag zwiſchen dieſer und Rußland, der die in jener Akte artikulirte Verfaſſung unter die Gewähr Katharina's ſtellte. Am 5. März wurde der Reichstag geſchloſſen und zugleich die Konföderation von Radom für aufgelöſt erklärt.

---

[1]) Sſolowjeff a. a. O. S. 72.

König Friedrich mißbilligte das gesammte Vorgehen Rußlands, die Bildung der Konföderation, die Forderung der Garantie für die Verfassung, die Verhaftungen, die Repnin vorgenommen hatte [1]). Als Finkenstein dem Könige vorstellte, daß es unmöglich sei, den Russen auf ihren Wegen in Polen weiter zu folgen, erwiderte Friedrich: „Wären sie mit Oestreich verbunden, müßten wir auch dulden, was sie in Polen thäten (31. Oktober 1767 [2])." Aber er blieb dabei, jeder Aenderung der polnischen Konstitution zu widersprechen [3]).

Die Stellung Preußens und Rußlands zu dieser Frage war eine total verschiedene. Rußland war durch das Bündniß mit Preußen zur Herrschaft über Polen gelangt; es hatte ein augenfälliges Interesse daran, das beherrschte Land zu seinem Vortheil zu verwerthen, die Kräfte desselben so weit zu organisiren, daß diese für Rußland wirksam werden konnten, ohne seine Herrschaft daselbst zu gefährden. Man konnte den König souverän machen, wenn man sicher war, daß er gehorchte [4]). Die Kaiserin selbst sagte dem Könige: sie verhehle nicht, daß es ihr wichtig sei, Polen für sich zu haben, um das zu ergänzen, was sie durch die Trennung von Oestreich der Pforte gegenüber verloren habe [5]). Forderte Preußens Interesse, Polens Schwäche zu erhalten, als Sachsen dort herrschte, wie viel stärker war dies Gebot, wenn Rußland dort regierte. Friedrich herrschte nicht in Polen; die Sorge, Rußland die größtmöglichen Vortheile aus

---

[1]) Weisungen des Königs an Solms vom 4. August und 14. September 1767. — [2]) Auch der Vertreter Englands in Petersburg berichtet am 15. November 1767: „Die Nothwendigkeit, welche aus der Verbindung Oestreichs mit Frankreich hervorgeht, zwingt den König von Preußen, mit Rußland zu gehen;" Raumer a. a. O. 2, 135. — [3]) Weisungen des Königs an Solms vom 6. Januar und 12. Februar 1768. — [4]) D'après mon opinion il faudrait raffermir les dissidents et donner au Roi quelque force, afin qu'il pût mettre sur un bon pied le peu de troupes que la Pologne possède pour en pouvoir plus tard tirer du secours au besoin. Un état devient tout à fait inutile, si on ne lui accorde pas une certaine réparation de ses forces, pour qu'il devienne un allié utile, sagte Saldern, den Katharina im Frühjahr 1766 nach Berlin gesendet hatte, die nordische Allianz hier und in Kopenhagen zu betreiben, dem Könige am 24. Mai 1766. — [5]) Verhandlungen über die nordische Allianz; geh. Staatsarchiv.

der Herrſchaft über Polen zu verſchaffen, lag ihm nicht ob. Sein Bündniß mit Rußland war auf acht Jahre geſchloſſen. Darnach konnte Rußland Polen ebenſo gegen Preußen gebrauchen wollen wie gegen die Pforte. Oder aber Polen entzog ſich der ruſſiſchen Herrſchaft aus eigener Kraft, durch Hülfe Oeſtreichs, Frankreichs oder der Pforte, durch die Gunſt einer europäiſchen Konjunktur. War es dann zu verantworten, dieſen Staat, der ſtets feindſelig gegen Preußen geweſen war und feindſelig bleiben mußte, der ſeine Pfandſchaften einlöſen, an den Oſtpreußen zurückfallen ſollte, ſtärker gemacht zu haben [1])?

---

[1]) Herr von Smitt, welcher Friedrich von Schmidt heißt und ein deutſcher Beamter im Dienſte Rußlands war, hat in ſeinem franzöſiſch geſchriebenen, ſomit für Frankreich und Polen berechneten Buche „Frédéric II, Cathérine et le partage de la Pologne“ den Beweis zu erbringen unternommen: „daß König Friedrich der erſte Urheber alles deſſen ſei, was an Bedrückung oder Beklagenswerthem Polen zugeſtoßen ſei, daß er auf geſchickte Weiſe bald durch Ueberredung und Schmeichelei, bald durch Anſtachelung der Leidenſchaften oder des Eigennutzes Rußland für ſeine Abſichten und geheimen Wünſche gewonnen habe (p. 105).“ Da Herrn v. Schmidt das kaiſerliche Archiv zu Moskau offen ſtand, durfte man erwarten, daß er ſeinen Beweis durch Schriftſtücke führen würde, die von der ruſſiſchen Regierung ausgegangen ſind. Dies iſt keineswegs der Fall. Mit Ausnahme von zwei oder drei, für ſeinen Zweck unerheblichen ruſſiſchen Aktenſtücken theilt er aus dem Archive zu Moskau nur preußiſche Akten mit, die der ruſſiſchen Regierung meiſt nur vertraulich kommunicirt worden ſind. Unſere ſehr objektive Darlegung der Politik Katharina's genügt, die falſchen Schlüſſe, welche Herr von Schmidt aus den bezeichneten Akten, deren Datum er zum Theil nicht einmal kennt, zu ziehen ſich bemüht hat, zu widerlegen. Zur Vervollſtändigung dieſer Widerlegung will ich noch einige Punkte berühren. Es heißt doch, den eminenten Verſtand und die große Thatkraft Katharina's tief unterſchätzen, wenn man dieſer Fürſtin die Rolle eines Werkzeuges in der Hand Friedrichs II. zutheilt, und es heißt, den Gipfel des Widerſinns erſteigen wenn man behauptet und zu demonſtriren verſucht, daß Friedrich noch im ſiebenjährigen Kriege und nach Eliſabeths Tode kaum aufathmend, den Gedanken der Theilung Polens gefaßt und den erſten Grund zu derſelben in dem Vertrage mit Peter III. (8/19. Juni 1762) gelegt habe (p. 75—80). Und welches war dieſer Grundſtein? Herr v. Schmidt antwortet: der Artikel über die zukünftige Wahl eines Piaſten in Polen, verbunden mit der Aufrechthaltung der polniſchen Verfaſſung, insbeſondere aber der Artikel über die Diſſidenten. Dieſen Artikel ſchmuggelte der König dann auch in den Vertrag vom 11. April 1764 ein und wußte Katharina, „der die Angelegenheit der Diſſidenten kaum

Katharina hatte ihr Ziel erreicht: das griechiſche Bekenntniß ſtand gleichberechtigt neben dem katholiſchen; der Reichstag und der Senat, alle Stellen im Heere und in der Verwaltung, die niedrigſten wie die höchſten Staatsämter waren den Diſſidenten zugänglich. Sie mußten an der Kaiſerin feſthalten, der ſie ſo Großes dankten, die allein

---

bekannt war", durch dieſen und zwei Memoires ſeines Geſandten in dieſe Angelegenheit zu verwickeln. Sobald dies in ausreichendem Maße geſchehen war, zog er ſich heraus und ließ Katharina darin ſitzen (p. 115—127). Es trifft ſich unglücklich für Herrn v. Schmidt, daß Czar Alexei bereits im Jahre 1653 von Polen gefordert hatte, die Bekenner des griechiſchen Glaubens bei ihren Rechten und Freiheiten zu belaſſen, daß der Friede von Oliva vom Jahre 1660 (Art. 2) für Polniſch-Preußen das freie Exercitium der evangeliſchen und katholiſchen Religion, wie ſolches vor dem Kriege beſtanden, beſtimmte, daß Katharina, wie im Texte gezeigt, die Diſſidenten ſchon vor dem Vertrage vom 11. April 1764 unter ihren Schutz genommen hatte, daß jene Artikel in dem Vertrage vom 8. Juni 1762 über die Aufrechthaltung der polniſchen Verfaſſung und die Diſſidenten einfach aus den alten Verträgen Rußlands mit Preußen von 1718 und 1730 übernommen ſind. Insbeſondere iſt der articulus separatus zu Gunſten der Diſſidenten aus dem Vertrage vom 30. September 1730 wörtlich in den Vertrag vom 8/19. Juni 1762 übernommen mit dem einzigen Unterſchiede, daß es in jenem heißt: „die Diſſidenten ſollen in dem Stande conſervirt werden, worin ſie ſich desfalls vor jetzo befinden", in dieſem: „desfalls bis jetzt befinden." Die Note des Grafen Solms, welche v. Schmidt p. 117 abdrucken läßt, iſt auf den wiederholten Wunſch des Grafen Panin und nicht im April 1764, wie Herr v. Schmidt will, übergeben worden. Sie geht der Deklaration vom 11. Juli 1764, die im Texte erwähnt iſt, unmittelbar voraus (3. Juli 1764). Das zweite „Memoire" aber, welches v. Schmidt p. 118 ff. als eine preußiſche Akte abdrucken läßt, iſt vielmehr die Denkſchrift, welche die Deputation der Diſſidenten der Kaiſerin gegen die Beſchlüſſe des Konvokationsreichstages übergeben hat; vgl. die Weiſung des Königs an Benoit vom 5. Juli 1764 (geh. Staatsarchiv). Die Weigerung des Königs, welche Herr v. Schmidt p. 126. 127 veröffentlicht, Truppen gegen die Diſſidenten in Polen einrücken zu laſſen, hätte er durch funfzig ähnliche vermehren können, nur daß ſie nicht für, ſondern gegen ihn beweiſen. War der König, wie Herr v. Schmidt will, ſo eifrig, Polen zu theilen, ſo mußte er baldmöglichſt einrücken. Ebenſo zeugt eine Reihe von vor dem Beginn des Konflikts erlaſſenen Weiſungen des Königs (vgl die im Text angeführte vom 19. April 1764), wie hunderte, die während deſſelben erlaſſen wurden, daß er Rußland konſtant zur Mäßigung in dieſer Sache gerathen hat; er mußte aber die Unruhen vermehren, wenn er den ihm unterſtellten Zweck verfolgte. Daß Herr v. Schmidt auf Friedrichs Standpunkt der Aufrechthaltung der polniſchen Verfaſſung für ſeinen

ihnen dieſen Beſitz ſichern konnte. Der König, den Katharina in Polen eingeſetzt, für ſich machtlos, war nun abhängiger als zuvor, und der Vertrag vom 24. Februar ſchien die Unterwürfigkeit Polens für alle Zukunft zu ſichern. Preußen wurde aufgefordert, die Gewähr der neuen Verfaſſung auch ſeinerſeits zu übernehmen. Friedrich lehnte ab [1]). Panin freute ſich ſeiner Erfolge. „Für uns iſt nun die Zeit der Ruhe gekommen," ſagte er dem Grafen Solms [2]).

Man täuſchte ſich ſehr in Petersburg. Noch vor dem Schluſſe des Reichstags hatte Benoit nach Berlin berichtet: „Die Garantie der Verfaſſung empört die Polen noch mehr als die Gleichberechtigung der Diſſidenten. Sie fürchten, daß ſie eine Provinz von Rußland geworden ſind. Sie würden ſich fremder Herrſchaft fügen; aber Rußland ſpricht ſtets von ihren Rechten und Freiheiten und tyranniſirt ſie; das iſt ihnen unerträglich [3])." Wenige Tage nach dem Schluſſe des Reichstages proklamirten Michael Kraſinski, der Bruder des Biſchofs von Kaminiez, und Joſeph Pulawski an der Südgrenze Polens zu Bar in Podolien die „heilige Konföderation", für die Vertheidigung der Religion und der Freiheit. Die Schildererhebung gewann im Südoſten Fortgang, als einer der Magnaten der alten antiruſſiſchen Partei, Joachim Potozki in Galizien und darnach Roſchewski in Lublin dem Beiſpiel von Bar folgten. Die geſammte Geiſtlichkeit ergriff Partei für die Konföderation, die Mönche eiferten, aller Orten konföderirte man ſich für Glauben und Freiheit. „Repnin weiß ſich nicht mehr zu helfen, der Kopf wirbelt ihm, ſo

---

Zweck das größte Gewicht legen muß, verſteht ſich. Ueber den Unterſchied des preußiſchen und ruſſiſchen Standpunktes und aus welchen Gründen und in wie beſchränktem Umfange der ruſſiſche vom preußiſchen in dieſer Beziehung abwich, iſt das Nöthige oben bemerkt. Die Gründe des nachmaligen Widerſtandes, wie der Verfaſſer will, des Zögerns, wie wir ſagen, Rußlands, ſchließlich zur Theilung zu ſchreiten, hat Herr v. Schmidt im Anhang p. 45. 50 richtig angegeben, damit aber auch den König, freilich ohne es zu wiſſen und zu wollen, vollſtändig gerechtfertigt.

[1]) Weiſung vom 2. März 1768. — [2]) Solms' Bericht vom 17. Februar 1769. — [3]) Bericht vom 1. Februar 1768; vgl. Bericht vom 10. September 1768 und Solms' Bericht vom 22. November 1768.

ſagt er mir ſelbſt," berichtet Benoit am 13. April. Die ruſſiſchen Truppen, im Ganzen nicht über zwölftauſend Mann, waren auf dem Rückmarſche. Dem Winke Repnins gehorſam, erbaten König und Senat bei Katharina die Verwendung derſelben zur Unterdrückung der Konföderation. Aber während die Konföderirten, hier und da von der Bevölkerung unterſtützt, die ruſſiſchen Truppen anfielen, blieb die Kronarmee Polens ſo gut wie völlig unthätig. Trotz ihrer geringen Zahl kamen die Ruſſen in Vortheil: ſie nahmen Bar am 20. Juni; Potozki und Pulawski flohen über den Dnjeſtr. Die ruſſiſchen Bauern der Ukraine erhoben ſich gegen ihre Grundherren, gegen die Konföderirten; eine ruſſiſche Abtheilung unter Obriſt Bauer nahm in der Nacht vom 16. zum 17. Auguſt Krakau mit Sturm. Aber die zerſprengten Scharen fanden ſich bald wieder zuſammen. Faſt ganz Polen iſt förmlich konföderirt, berichtet Benoit am 3. Auguſt nach Berlin. Der kleine Krieg ging unter den wildeſten Grauſamkeiten, die von beiden Seiten verübt wurden, fort. Unaufhörlich betheuerten Stanislaw und die Czartoryski dem Fürſten Repnin, das Land ſei nicht zu beruhigen, wenn nicht in den Beſtimmungen über die Diſſidenten Aenderung getroffen werde, wenn Rußland die Garantie nicht fallen laſſe. „Ich weiß es ſelbſt," antwortete Repnin, „daß die Unruhen aufhören würden, wenn wir von dieſen zwei Punkten ablaſſen; aber die Ruhe wäre theurer bezahlt als ſie werth iſt." Als Stanislaw wiederholte, daß Polen nicht anders zur Ruhe gelangen könne, als dadurch, daß den Diſſidenten die Kultusfreiheit bleibe, die Theilnahme am Gericht und der Legislation ihnen jedoch wieder entzogen würde und die Garantie der Verfaſſung wegfiele, antwortete Repnin: „die Arznei iſt ſchlimmer als die Krankheit." Stanislaw hob hervor, daß, wenn die Kaiſerin nicht von der Garantie und theilweiſe in der Diſſidentenſache zurückträte, er zwar ihr Freund, aber in vollſtändiger Wirkungs- und Exiſtenzloſigkeit bleiben werde. Repnin erwiderte: „die Kaiſerin könne von ihren Rechten nicht abgehen und ihre Würde nicht kompromittiren [1])."

[1]) Sſolowjoff a. a. O. S. 89. 91. 94.

Friedrich war dieſe neue Verwickelung höchſt unerwünſcht. Er hatte mit Beſtimmtheit darauf gerechnet, daß die ruſſiſchen Truppen nach dem Schluſſe des Reichstages Polen verlaſſen würden. Jetzt waren ſie nicht nur hier feſtgehalten, Dauer und Ausdehnung der Kämpfe ließen auch die Einmiſchung anderer Mächte beſorgen. Der leitende Miniſter Frankreichs, Choiſeul, arbeitete ſeit Stanislaws Thronbeſteigung unermüdlich, Oeſtreich, insbeſondere aber die Pforte gegen Rußland zu ſtacheln. Er ließ die Pforte aufmerkſam machen, welche Gefahr für ſie in der Aufrichtung der ruſſiſchen Herrſchaft in Polen liege; die Pforte werde in dieſem Falle die Moldau nicht behaupten können. Nach dem letzten Reichstage, nach der Schildererhebung der Konföderation von Bar verdoppelte er ſeine Anſtrengungen. Rußland, führte Graf Vergennes in Konſtantinopel aus, habe ſeine Verpflichtungen gegen die Pforte durch Aenderung der polniſchen Verfaſſung gebrochen. Die Konföderirten ſelbſt waren nicht minder thätig, Hülfe von der Pforte zu erlangen, um welche ſie ſich gleichzeitig auch in Paris und Wien bemühten. König Friedrich nahm ernſtlich Bedacht, die Pforte vom Kriege zurückzuhalten, und ſein Geſandter in Konſtantinopel ließ es an Eifer nicht mangeln, den Befehlen des Königs nachzukommen. Zugleich rieth Friedrich in Petersburg unaufhörlich zur Vorſicht und Mäßigung. Rußland — ſo lauten ſeine Weiſungen im Sommer 1768 — habe ſich die Verlegenheiten in Polen ſelbſt zuzuſchreiben; jetzt müſſe es dort pacificiren, gleichviel auf welche Weiſe, durch die Waffen oder durch Nachgeben. Bei Bekämpfung des Aufſtandes dürften jedoch die Ruſſen der Pforte in keiner Weiſe zu nahe treten und ſie zum Kriege reizen [1]). Aber Grenzverletzungen waren ſchwer zu vermeiden, da die Konföderirten wiederholt auf das osmaniſche Gebiet flüchteten. In den erſten Tagen des Juli verfolgte Oberſt Weißmann einen Trupp flüchtiger Konföderirten an der Grenze Podoliens nach Balta, einem Orte, der halb auf polniſchem, halb auf türkiſchem Gebiete lag. Auch der türkiſche Theil des Ortes wie die türkiſche Beſatzung deſſelben wurden angegriffen, der Flecken

[1]) Weiſungen an Benoit vom 20. März bis 6. Juli 1768.

niedergebrannt. Der König rieth dringend, der Pforte volle Satisfaktion zu geben und Podolien für neutrales Gebiet zu erklären; man werde sich die Türken unzweifelhaft auf den Hals ziehen, falls die russischen Truppen nicht aus Podolien zurückgingen [1]). „Wenn die russischen Truppen nur der Grenze nicht zu nahe kämen," schrieb er der Kaiserin selbst noch am 27. September, „werde die Pforte trotz Allem der Niederwerfung der Konföderirten wohl ruhig zusehen; aber diese zu erreichen, bedürfe es einer stärkeren Armee in Polen. Panin begehrte diese Verstärkung von Friedrich. Der aber lehnte dieselbe wiederholt und bestimmt unter Berufung auf den Vertrag vom 11. April 1764 ab: Rußland möge sich mit den Konföderirten zu verständigen suchen, wenn es allein sie nicht niederwerfen könne [2]).

Zu Konstantinopel fiel die Entscheidung, die König Friedrich verhüten wollte, bereits im Oktober. Die Kunde der Ereignisse von Balta hatte große Aufregung hervorgerufen. Frankreich drängte zum Kriege, der Sultan schwankte. Aber Bewegungen des erhitzten Volkes der Hauptstadt schreckten ihn; am 4. Oktober wurde im großen Divan der Krieg beschlossen. Der Großvezir ließ den Vertreter Rußlands, Obreskow, zu sich fordern. Als dieser nun die Erklärung zu geben ablehnte, daß Rußland die Sekten in Polen nicht weiter unterstützen und auf die neue Verfassung und deren Garantie verzichten werde, wurde er in die sieben Thürme abgeführt. Am 30. Oktober erfolgte die förmliche Kriegserklärung. Wider die bestehenden Verträge habe Rußland Truppen nach Polen geschickt, die Wahl des Königs erzwungen, die Freiheiten der Polen vernichtet, die oft ertheilte Zusage, seine Truppen aus Polen zurückziehen zu wollen, nicht erfüllt, innerhalb der osmanischen Grenzen mehr als tausend Moslim, Männer, Weiber und Kinder, niederhauen lassen [3]). So hatten denn die Ausdehnung und die Schärfe, die Rußland seinen Forderungen für die Dissidenten gegeben, die Hartnäckigkeit und Gewaltsamkeit, mit welchen es diese und die Gewähr der Verfassung

[1]) Weisungen an Solms und Benoit vom 17. August 1768. — [2]) 30. Oktober, 4. und 6. November 1768. — [3]) Manifest Mustapha's vom 30. Oktober 1768.

durchgeſetzt, nicht nur zum Aufſtande Polens, ſondern auch zum Kriege mit der Pforte geführt.

Der leitende Miniſter Frankreichs war nach den ſchweren Verluſten, die Frankreich im Frieden von Paris hatte auf ſich nehmen müſſen, von dem Gedanken erfüllt, die erlittene Einbuße an maritimer Macht wieder auszugleichen; er bereitete einen neuen Kampf gegen England um die Seeherrſchaft vor. Oeſtreichs ſicher, war ſein Hauptaugenmerk, zu verhindern, daß England für dieſen Fall etwa an Preußen und Rußland Anlehnung finde, damit Frankreich freie Hand für den Seekrieg behalte und, falls dieſer unglücklich gehen ſollte, ſich an Hanover ſchadlos zu halten vermöge. Nicht bloß um Frankreichs alte Stützen im Oſten: die Pforte, Polen und Schweden, aufrecht zu halten, drängte er in Konſtantinopel und Stockholm gegen Rußland, ſondern auch um der nordiſchen Macht Beſchäftigung zu geben, die ſie von England fern hielte. Weiter lag ihm daran, Preußen von Rußland abzuziehen und der Wiederkehr einer Allianz zwiſchen Preußen und England, der Wiederholung des Traktats von Weſtminſter, vorzubeugen. Im November des Jahres 1767 gab er in Wien zu bedenken, ob es nicht räthlich ſei, eine Verſtändigung mit dem Berliner Hofe zu verſuchen, Preußen von Rußland zu entfernen und gemeinſchaftlich mit Preußen Front gegen Rußland und deſſen Uebergriffe in Polen zu machen [1]). Nach der Schilderhebung der Konföderation von Bar war er eifrig, die Konföderirten mit Geld und geſchulten Offizieren zu unterſtützen. Und als es dann erreicht war, die Pforte zum Kriege zu bringen, verdoppelte er ſeine Anſtrengungen in Stockholm, auch Schweden zur Ergreifung der Waffen gegen Rußland zu beſtimmen. Es lag Choiſeul umſomehr daran, einen großen Brand im Oſten zu Stande zu bringen, als er eben den Genueſen die Inſel Korſika abgekauft hatte und die bereits beſtehende Spannung zwiſchen Frankreich und England durch dieſen kecken Griff Frankreichs ins Mittelmeer zum Kriege führen zu müſſen ſchien.

---

[1]) Beer Erſte Theilung 1, 281 ff.

Der diplomatiſche Verkehr zwiſchen Preußen und Frankreich war auch nach dem Schluſſe des ſiebenjährigen Krieges nicht wieder aufgenommen worden. Unerwartet wurde Ende Juli 1768 von Paris her der Abſchluß eines Handelsvertrages und die Abſendung eines Geſandten nach Berlin in Ausſicht geſtellt. „Choiſeul," ſchreibt der König ſeinem Bruder Heinrich, „zeigt uns den Himmel offen, und ich rechne darauf, an ſeinem angeblichen Paradieſe Theil zu nehmen, ohne mich mit den Anderen zu vereinigen, da dieſe Gegenſtände der Vereinigung fähig ſind [1])." Zwei Monate ſpäter: „Choiſeul hat uns die ſchönſten Anerbietungen für unſeren Handel gemacht; Du wirſt über die Details erſtaunen"; man hatte fallen laſſen, daß Frankreich nicht widerſprechen würde, wenn ſich der König der Hafenplätze Danzig und Hamburg bemächtige. „Korſika iſt der Grund dieſes plötzlichen Wechſels. Er fürchtet den Krieg mit den Engländern, er fürchtet, daß ich mit England und Rußland gegen ihn gehen könne; er hofft durch ſeine Anerbietungen mich neutral zu halten. Ich denke nicht daran, mich um die Zänkereien Englands und Frankreichs zu bekümmern (28. September 1768 [2])." Als der Bruch der Pforte mit Rußland erfolgte, war es klar, daß Choiſeul nicht bloß den Kriegsfall im Weſten im Auge gehabt, daß er darauf ausgehe, Preußen überhaupt von Rußland abzuziehen, und nicht bloß England Frankreich gegenüber, ſondern auch Rußland der Pforte gegenüber zu iſoliren beſtrebt ſei. Der König ſagte Finkenſtein: „die Franzoſen laſſe ich feſten Fußes kommen; die Unterhandlung wird nicht unnütz ſein, um ihre Projekte zu entdecken und alle Tracaſſerien, die Choiſeul in ſeinem Kopfe arrangirt. Können wir für unſern Handel davon profitiren, um ſo beſſer; wenn nicht, wird nichts leichter ſein als die Beendigung dieſer Tripotage [3])." In den erſten Tagen des folgenden Jahres erſchien der neue Geſandte Frankreichs, Herzog von Guines, in Berlin. In der Antrittsaudienz ſprach er den Wunſch ſeines Königs aus, die alte Verbindung Frankreichs mit

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 311. — [2]) Geh. Staatsarchiv. — [3]) Der König an Finkenſtein 27. Oktober und 18. November 1768; geh. Staatsarchiv.

Preußen erneut zu ſehen. Der Oberſt Goltz, den der König hierauf nach Paris ſandte, meldete bald, daß Choiſeul den Abſchluß des von ihm vorgeſchlagenen Handelstraktats von politiſchen Bedingungen abhängig mache (20. Februar). Der König erwiderte, daß in dieſem Falle aus dem Vertrage nichts werden würde. Als Frankreich vor 35 Jahren ſich der Einſetzung Auguſts III. in Polen mit den Waffen widerſetzte, hatte es König Friedrich Wilhelm I. Weſtpreußen geboten. Jetzt bot Choiſeul Goltz durch einen Mittelsmann Ermeland und Kurland (3. März 1769). Der König ſchrieb Solms: er erwarte das förmliche Erbieten, um ſolche Thorheiten abzuweiſen [1]).

Nicht allzulange nach den erſten Schritten, die Frankreich in Berlin gethan, erfolgte auch eine Annäherung Oeſtreichs an Preußen. Jenen Rathſchlag Choiſeuls, eine Verſtändigung mit Preußen zu ſuchen, hatte Kaunitz zuerſt abgelehnt, war aber kurz darauf, zu Anfang des Jahres 1768, lebhaft auf dieſen Gedanken eingegangen. Er empfand es tief, daß Oeſtreich dem Gange der Dinge in Polen unthätig zuſehen mußte. Die Allianz Preußens und Rußlands drückte ihn ſchwer [2]). Er meinte, daß das Gebahren Rußlands in Polen und deſſen Folgen dem Könige von Preußen die Allianz verleidet haben müßten; er glaubte zu wiſſen, daß Friedrich derſelben bereits überdrüſſig ſei. Er glaubte ferner, daß der König des Kaiſers und des Reiches bedürfe, um die weibliche Erbfolge in Preußen aufzurichten und anerkannt zu ſehen, da die Ehe des Prinzen von Preußen kinderlos ſei. Kaunitz meinte hiernach, daß es möglich ſein dürfte, den König von Rußland abzuziehen, wenn ihm das Bündniß Oeſtreichs geboten werde. Dazu kamen dann die Ausſichten auf den Krieg zwiſchen Frankreich und England. Kaunitz war feſt entſchloſſen, Oeſtreich in keiner Weiſe an demſelben zu betheiligen. Aber wenn Friedrich für England Partei ergriff, dann war Oeſtreich nach ſeiner Allianz mit Frankreich genöthigt, das Schwert für Frankreich gegen Preußen

[1]) Weiſungen des Königs an Solms vom 12. und 15. März 1769. Bei Smitt a. a. O. 2, 3 iſt die betreffende Mittheilung von Solms fälſchlich in den November 1769 verlegt. Vgl. den Bericht aus Berlin vom 5. Mai 1769 bei Raumer a. a. O. 2, 230. — [2]) Beer a. a. O. 1, 283.

zu ziehen. Solchen Eventualitäten vorzubeugen, war doch von größtem Werth. „Alles beſtätigt mich mehr und mehr in der Idee," ſchrieb Kaunitz am 28. Auguſt 1768 dem Kaiſer Joſeph, „daß der König von Preußen keinen Krieg mehr mit uns will, daß er wohl einſieht, von England nicht viel Vortheil ziehen zu können, daß er im Grunde ſeiner Seele des Bündniſſes mit Rußland müde iſt, daß er mit Oeſtreich lieber als mit irgend einem Anderen in Verbindung träte, wenn er ſich überzeugen könnte, daß Oeſtreich Schleſien für immer zu vergeſſen vermöchte." Dies Mißtrauen zu zerſtören, gäbe es nur ein Mittel: die perſönliche Zuſammenkunft des Kaiſers mit dem Könige. Dadurch werde ein Vertrauen hergeſtellt werden, welches nicht allein moraliſche Bürgſchaft für die Fortdauer des allgemeinen Friedens gewähren, ſondern auch Mittel ergeben würde, für die Zukunft Oeſtreich Vortheile vorzubereiten und zu ſichern, ſofort aber Oeſtreichs Gewicht Frankreich gegenüber verſtärken und damit deſſen Rückſichten gegen Oeſtreich vermehren würde[1]). Als nun wenige Wochen darauf die Pforte Rußland den Krieg erklärte, gewann die Frage, welche Stellung Preußen nunmehr nehmen würde, noch ein ganz anderes Gewicht. Der Krieg und deſſen Ausgang berührten Oeſtreichs Intereſſe ſehr nahe; Kaunitz ſah zudem in demſelben ein Mittel, endlich wieder zu einer aktiven Politik zu gelangen. „Der König müſſe fühlen," bemerkt Kaunitz, „welche Folgen der Krieg zwiſchen zwei Mächten haben könne, deren einer er verbündet, deren anderer wir benachbart wären, wenn man dieſen Folgen nicht durch ein freundſchaftliches Abkommen vorbeuge." Oeſtreich werde an dieſem Kriege nicht Theil nehmen, wenn der König ſeinerſeits demſelben fern bleibe. „Ich glaube nicht, daß er ſich mit der Pforte überwerfen will; jedenfalls wird uns dieſer Vorſchlag klar auf den Grund ſeiner Abſichten ſehen laſſen und man dadurch in den Stand geſetzt werden, die erforderlichen Maßregeln wenigſtens mit geringerer Gefahr als im Zuſtande der Ungewißheit zu ergreifen[2])."

---

[1]) Beer Erſte Theilung 1, 292. — [2]) Beer Zuſammenkünfte S. 15—21. 59 ff. Daß die Mittheilungen Beers aus dem Wiener Haus- und Staatsarchiv über die bereits im Juni 1766 zwiſchen Joſeph und Friedrich beabſichtigte Zuſammenkunft

Der Geſandte Oeſtreichs in Berlin, Rugent, wurde inſtruirt, die Neutraliſirung Deutſchlands für Kriegsfälle zwiſchen fremden Mächten in Anregung zu bringen, hervorzuheben, daß es zu dieſem Abkommen keines Vertrags (ſolcher würde die Verbindung mit Frankreich, die Kaunitz feſtzuhalten gedachte, gefährdet haben) ſondern nur des Wortes der Souveräne bedürfen würde, endlich dem Könige den Wunſch des Kaiſers nach einer perſönlichen Zuſammenkunft zu eröffnen.

Die Neutralität Deutſchlands, zu deren Erhaltung ſich der König im Januar 1756 nach Ausbruch des damaligen Krieges Englands und Frankreichs mit England verbunden, hatte das Bündniß Oeſtreichs und Frankreichs zum Abſchluß gebracht und den ſiebenjährigen Krieg herbeigeführt. Für den jetzt zu erwartenden Krieg zwiſchen Frankreich und England machte Oeſtreich ſelbſt dem Könige den Vorſchlag, dieſe Verpflichtung mit ihm einzugehen. Rugent entledigte ſich dieſes Auftrags in einer Audienz, die ihm der König zu Potsdam am 15. November gewährte. Auf die Zuſammenkunft ging der König auf der Stelle ein und erſuchte, Zeit und Ort dafür zu beſtimmen; er freue ſich der friedlichen Geſinnungen der Kaiſerin; Oeſtreich und Preußen hätten genug Krieg geführt. Was liege daran, ob ſich die Engländer und Franzoſen in Kanada, die Franzoſen mit Paoli herumſchlügen? Das Wort der Souveräne werde, wie Rugent vorſchlage, die Neutralität Deutſchlands ausreichend feſtſtellen. Aber es frage ſich, welche Ausdehnung Oeſtreich dieſer Neutralität zu geben gedenke, und ob Oeſtreich wirklich die Abſicht verfolge, die das Gerücht ihm beilege, einen ſächſiſchen Prinzen auf den Thron von Polen zu ſetzen. Durch den König unterrichtet, daß Rugent ſowohl Neutralität für den zu erwartenden Krieg zwiſchen England und Frankreich als für den Krieg zwiſchen der Pforte und Rußland vorgeſchlagen habe, bemerkte Finkenſtein: die Abſicht Oeſtreichs ſei offenbar, Preußen von Rußland zu trennen (17. November). Der König erwiderte: die Allianz mit Rußland ſchließe nicht aus, die Verſicherung gegen-

mit den betreffenden Schriftſtücken des geh. Staatsarchivs nicht ſtimmen, glaube ich doch nicht unbemerkt laſſen zu ſollen; vgl. daſelbſt Friedrich an Heinrich 22. Juni 66.

ſeitiger Neutralität für den Krieg zwiſchen Frankreich und England auszutauſchen. Als Rugent dann dem Könige die Frage vorlegte, ob ſich Preußen am Kriege gegen die Pforte betheiligen werde, antwortete dieſer mit voller Offenheit: da die Pforte der angreifende Theil, ſei er Rußland zur Hülfsleiſtung verpflichtet; aber er wünſche baldige Herſtellung des Friedens und werde ſich bemühen, ihn zu vermitteln. Im Uebrigen berühre dieſer Krieg in der Ukraine Deutſchland und deſſen Neutralität nicht (27. December 1768). Am 8. Januar 1769 konnte Rugent dem Könige mittheilen, daß er vom Fürſten Kaunitz auf ſeinen Bericht über die ihm in Potsdam gewährte Audienz vorzuſchlagen beauftragt ſei, die Zuſammenkunft im nächſten Herbſt in der Manöverzeit etwa in Schleſien ſtattfinden zu laſſen, was Niemandem Anſtoß geben könne. Ueber die in jener Audienz weiter berührten Punkte werde Fürſt Kaunitz ihm (Rugent) nächſtens ſchreiben. Die beſtimmt geſtellten Vorfragen des Königs waren ſomit noch unbeantwortet. Der König wiederholte ſie und fügte hinzu: Frankreich arbeite an der Entthronung des Königs Stanislaw in Polen; er ſei entſchloſſen, ihn aufrecht zu halten [1]). Kaunitz inſtruirte hierauf Rugent vertraulich: das Mißtrauen des Königs dadurch zu beruhigen, daß er Oeſtreichs Bereitwilligkeit, zur Herſtellung des Friedens zwiſchen Rußland und der Pforte mitzuwirken, hervorhebe. Oeſtreich werde ſeine guten Dienſte beim Divan eintreten laſſen, wenn ſich Rußland in Polen mit freier Religionsübung für die Diſſidenten begnüge, die alte Verfaſſung Polens herſtelle, die Garantie fallen laſſe und ſeine Truppen aus Polen zurückziehe. Gelang es, den König auf den Standpunkt der Vermittlung, d. h. zunächſt auf die mittlere Stellung zwiſchen Rußland und der Pforte zu bringen, ſo konnten ſich daraus leicht die Verbindung mit Oeſtreich und die Gegnerſchaft gegen Rußland ergeben [2]). Offen ſolle dagegen Rugent in Berlin erklären: da der König die Zuſammenkunft bedenklich zu finden ſcheine, Oeſtreich aber dem Könige

---

[1]) Finkenſtein an den König 6. und 9. Januar 1769; geh. Staatsarchiv. — [2]) Beer a. a. O. S. 101 ff.

keine Ungelegenheiten verurſachen wolle, ſo halte auch der Kaiſer für beſſer, die Entrevue auf friedlichere Zeiten zu verſchieben, falls der König ſie nicht ſelbſt noch in dieſem Jahre wünſche (10. Februar 1769). Obwohl dieſes Zurücktreten mit dem Eifer der erſten Eröffnung in Widerſpruch ſtand und jene Vorfragen noch immer nicht beantwortet waren, beeilte ſich der König, Rugent verſichern zu laſſen: „daß dieſe nur geſtellt worden ſeien, um im voraus jedes Hinderniß der Verſtändigung aus dem Wege zu räumen, daß das ſchmeichelhafte Anerbieten des Kaiſers den König keinen Augenblick habe ſchwanken laſſen, ihn dankbar zu empfangen und ſeinerſeits dazu beizutragen, die Spuren der Feindſchaft zwiſchen beiden Häuſern auszutilgen [1]." Die Zuſage Joſephs, zu erſcheinen, die hierauf erfolgte, war von der Erklärung begleitet, daß der Kaiſer ſich darauf beſchränken wolle, die perſönliche Bekanntſchaft des Königs zu machen. Man beharrte ſomit darauf, den Vorfragen des Königs auszuweichen und ſich in keiner Weiſe zu binden (10. März).

Indem Kaunitz eine Verbindung mit Preußen anſtrebte, indem er Friedrich Vertrauen einflößen und ihm beweiſen wollte, daß Oeſtreich Schleſien vergeſſen habe, hegte er gerade über Schleſien den entgegengeſetzten Gedanken. Sein Plan ging in den Wintermonaten des Jahres 1768 zu 1769 dahin, eine Allianz zwiſchen der Pforte, Oeſtreich und Preußen zu Stande zu bringen, die Rußland aus Polen zurückwerfen ſollte. Den Preis für ſeine Mitwirkung ſollte Preußen in dem Gewinn Kurlands, eines Theils von Polniſch-Preußen und in den Geldern finden, welche die Pforte für den ihr zu leiſtenden Beiſtand zahlte, dagegen aber Schleſien an Oeſtreich zurückſtellen. Maria Thereſia und Kaiſer Joſeph verwarfen dieſen Plan [2].

Wenn Frankreich und Oeſtreich ſich dem Könige näherten, Rußland bedurfte nach der Kriegserklärung der Pforte der Allianz

---

[1]) Finkenſteins Berichte vom 10., 12. und 13. Februar; geh. Staatsarchiv. In dem Abdruck der Erklärung des Königs bei Beer Zuſammenkünfte muß es heißen: l'offre flatteuse ſtatt l'offre gracieuse und ſtatt à la rencontre: à La recevoir. — [2]) Beer Erſte Theilung 1, 292 ff.

Preußens mehr als vorher. Der Ausbruch des Krieges fand Katharina völlig unvorbereitet. Auf jenes Schreiben des Königs vom 27. September, in dem er noch einmal gewarnt hatte, die türkiſche Grenze zu reſpektiren, antwortete ihm die Kaiſerin am 14. November 1768: „Seitdem Sie mir geſchrieben, iſt Alles verändert. Ich muß mich auf den Türkenkrieg vorbereiten. Ich halte mich verſichert, daß Eure Majeſtät an unſerer Allianz feſthalten wird. Die Maßregeln, die ich für die Pacifikation Polens ergriffen habe, werde ich durch Solms mittheilen laſſen.“ Sie gab hiermit zur verſtehen, daß ſie bereit ſei, dem Wunſche des Königs für mildere Maßregeln in Polen Rechnung zu tragen. Der König erwiderte am 15. Dezember: er wünſche die Allianz zu verlängern, die ſich dem Endtermine nähere, und ſie den gegenwärtigen Konjunkturen anzupaſſen. Die Kaiſerin werde hieraus ſehen, daß, wenn der Annäherung Choiſeuls die Abſicht, Preußen zu gewinnen, zu Grunde gelegen, dieſe geſcheitert ſei. Katharina nahm das Anerbieten dankbar an und fügte die Bitte hinzu, mit ihr in Stockholm, wo Frankreich immer weiter komme, gemeinſame Sache zu machen. In Polen werde ſie die Dinge gehen laſſen und nur die Räuberei bekämpfen (16/27. Januar 1769).

Die Kunde von der beabſichtigten Zuſammenkunft des Königs mit Kaiſer Joſeph, die Friedrich ſelbſt in Petersburg zu geben nicht unterließ, erweckte hier Beſorgniſſe. Dem Grafen Solms wurden Andeutungen gemacht, daß eine Zuſammenkunft des Königs mit der Kaiſerin wünſchenswerth erſcheine. Friedrich wies Solms an, zu erklären, daß, ſoweit man jetzt urtheilen könne, ſeine Zuſammenkunft mit dem Kaiſer, wenn ſie ſtattfände, ſich auf Beſprechungen darüber beſchränken werde, Deutſchland während des Türkenkrieges eine vollſtändige Neutralität zu verſchaffen. Wegen der Kandidatur des Prinzen Albert um den polniſchen Thron, die Oeſtreich feſthalte, werde er Joſeph ſagen, daß dieſe gegen ſeine Engagements ſei und Veranlaſſung zu einem neuen Kriege geben könne. „Eine Zuſammenkunft mit der Kaiſerin“, ſo ſchloß der König, „würde mir ſehr erwünſcht ſein; aber die gegenwärtigen Konjunkturen erlauben mir nicht,

mich aus meiner Hauptſtadt zu entfernen (12. Februar 1769 [1]).“ Panin ſprach den dringenden Wunſch aus, der König möge auf die Neutralität Deutſchlands nicht eingehen [2]). Der König erwiderte: Vorerſt wollen weder die Ruſſen, noch die Türken, noch die Franzoſen in Deutſchland einbrechen; wenn es aber zum Kriege zwiſchen Frankreich und England komme, ſei es vom größten Vortheil, daß Hanover gegen einen Angriff Frankreichs durch eine Uebereinkunft zwiſchen ihm und Oeſtreich: die Neutralität Deutſchlands aufrecht zu halten, gedeckt ſei (15. März 1769).

Friedrichs große Sorge war die Erhaltung des Friedens. Er war in die Allianz mit Rußland getreten, um ſich vor einem neuen Angriff Oeſtreichs und Frankreichs zu ſichern. Als ihm damals, noch vor dem Vertragsſchluſſe zu Ende des Jahres 1763 Panin Entſchädigungen für die Unterſtützung der ruſſiſchen Pläne in Polen in Ausſicht ſtellte, hatte er hierin nur ein Zeichen ernſter und weitgreifender Pläne Rußlands erkannt, deren Hintergrund die Theilung Polens bilde. Die Realiſirung ſolcher Pläne, ſchrieb er damals, könne nur zu neuen Wirren und Kriegen führen; Solms ſolle den ruſſiſchen Hof von ſolchen Gedanken abbringen [3]). Unaufhörlich hatte der König ſeitdem Mäßigung und Vorſicht in Petersburg gepredigt. Als dann Oeſtreich Miene zu machen ſchien, für Polen einzutreten, hatte er ſein Bündniß mit Rußland enger geſchloſſen, in der Erwägung, daß Oeſtreich nicht vorgehen und der Friede zu erhalten ſein werde, wenn Rußland und Preußen feſt zuſammenſtänden. Nachdem es nun zum Bruch zwiſchen Rußland und der Pforte gekommen war, bemühte er ſich, ſofort das Gewitter wieder zu beſchwören. Seinen Geſandten in Konſtantinopel wies er an, in dieſem Sinne zu arbeiten, während er zugleich Bedacht nahm, die weitere Ausdehnung des Brandes zu verhüten. Wie er die Aufforderungen: ſeine Truppen in Polen einrücken zu laſſen, die Panin nicht lange vor der Schilderhebung der Pforte an ihn gerichtet hatte, entſchieden

---

[1]) Geh. Staatsarchiv. — [2]) Solms' Bericht vom 28. Februar 1769. — [3]) Weiſung des Königs an Solms vom 21. Januar 1764.

zurückgewieſen, ſo lehnte er auch nach derſelben den enger begrenzten Vorſchlag Panins: für den Fall der Ausbreitung der Konföderation auf Polniſch-Preußen wenigſtens hierhin Truppen zu ſenden und den Krieg zwiſchen den eigenen Provinzen nicht zu dulden, beſtimmt ab. Endlich wies er Panins Anliegen: Schwediſch-Pommern zu beſetzen und einzuverleiben, da Frankreich in Stockholm immer mächtiger werde, rund zurück [1]). Aber ſein Bündniß mit Rußland wollte er, wie im Frühjahr 1767, ſo auch jetzt den verſtärkten Gefahren gegenüber, von denen Rußland bedroht war, nicht aufgeben. Die Angebote Frankreichs, zuerſt Danzig und Hamburg, darnach Ermeland und Kurland, hatten ihn, wie wir ſahen, keinen Augenblick in dem Entſchluß erſchüttert, ſeine Verbindung mit Rußland feſtzuhalten. Für den Oſten wollte er ſeine Verpflichtungen Rußland gegenüber aufrecht halten, erforderlichen Falls verſtärken, den Spannungen Frankreichs und Englands gegenüber die Annäherung Oeſtreichs zur Erhaltung der Ruhe an den Weſtgrenzen Deutſchlands verwerthen. Ließ ſich die Erhaltung des Friedens in Deutſchland nicht nur angeſichts des zu erwartenden Krieges der Weſtmächte, ſondern auch des ruſſiſch-türkiſchen Krieges mit Oeſtreich vereinbaren, ſo war dies um ſo erwünſchter. In jedem Falle war es vortheilhaft, der Annäherung Oeſtreichs entgegenzukommen. Der Preis ſeines Bündniſſes ſtieg in Petersburg, wenn der König zeigte, daß er nicht ausſchließlich auf die Allianz mit Rußland angewieſen ſei. Er gewann mit dieſer Annäherung ferner den Vortheil, Rußland von zu weitgreifenden Abſichten gegen Polen und die Pforte zurückzuhalten, wenn man in Petersburg beſorgen mußte, daß Friedrich ſich in ſolchem Falle mit dem Wiener Hofe gegen Rußland zu verſtändigen vermöge. Für die Erneuerung ſeines Bündniſſes mit Rußland gedachte er zunächſt bei verſtärkten Gefahren für Rußland, die ſeine Aſſiſtenz ebenmäßig ſchwerer machten, etwas beſſere Gegengewährungen zu verlangen.

Dazu kamen bei dem Könige noch andere Erwägungen. So

---

[1]) Weiſungen an Solms vom 10. Januar, 24. März und 15. November 1769.

oft er die Frage erwogen haben mochte, wie ſeinem Lande dauernder Friede zu ſichern ſei, war er ſtets zu dem Ergebniß gelangt, daß derſelbe nicht ſicher ſtehe, ſolange Oeſtreich und Frankreich verbunden blieben, ſolange kein Mittel zu finden ſei, Oeſtreich von Frankreich abzuziehen. Aber ſtand Preußen ſicherer, wenn das Bündniß zwiſchen Oeſtreich und Frankreich brach und Oeſtreich ſich ſtatt mit Frankreich mit Rußland verband? Das Mittel, Oeſtreich von Frankreich abzuziehen, lag vielleicht jetzt bereits in der Hand Rußlands, wenn Rußland ſich entſchloß, Oeſtreich aufzufordern, am Kriege gegen die Pforte Theil zu nehmen und die Beute mit ihm zu theilen. Der König ſah voraus, daß Rußland früher oder ſpäter zu dieſem Mittel greifen würde, und er irrte hierin nicht. Es war nicht wahrſcheinlich, daß Oeſtreich auf dieſen Vorſchlag eintrat. Die Pforte hätte ſich doch ſchwerlich zum Kriege gegen Rußland entſchloſſen, ohne wenigſtens durch Frankreich verſichert zu ſein, daß ſie von Oeſtreich nichts zu beſorgen habe; es war kaum anzunehmen, daß Kaunitz die Allianz mit Frankreich, das Werk ſeines Lebens und ſeinen Stolz, durch den Uebertritt zu Rußland gegen die Pforte und Polen gefährden oder vernichten werde; aber es war immerhin möglich. Dann waren Rußland und Oeſtreich wiederum, wie zur Zeit der Kaiſerinnen Anna und Eliſabeth, geeinigt und Preußen damit von neuem angewieſen, ſich an Frankreich oder England anzulehnen. Oder aber Oeſtreich hielt nicht bloß an Frankreich feſt, es trat in der polniſchen und orientaliſchen Frage auf Frankreichs Standpunkt hinüber. Dann hatte Preußen, der Verbündete Rußlands, den Angriff Oeſtreichs und Frankreichs zu befahren. Nur das Bündniß zwiſchen Preußen, Rußland und Oeſtreich konnte dieſe wie jene Eventualität abwenden, Oeſtreich dauernd von Frankreich abziehen, Preußen und Oeſtreich dauernd verſöhnen. Der Krieg mit der Pforte war da, der König war der Alliirte Rußlands, Oeſtreich näherte ſich ihm eben — ſollte es unmöglich ſein, Oeſtreich in das Bündniß zu ziehen, alle drei Mächte zu vereinigen?

In dem politiſchen Teſtament, welches der König in Sansſouci am 7. November des Jahres 1768 für ſeinen Nachfolger nieder-

geſchrieben hat, bezeichnet er dieſem die Aufgaben, die er dereinſt zu löſen haben werde. Für die Herſtellung der Konſiſtenz des Staates ſtehe die Erwerbung des polniſchen Preußen zwar nicht in erſter, aber doch in zweiter Linie; „nachdem man einige Weichſelplätze befeſtigt habe, werde man dann Oſtpreußen gegen die Unternehmungen der Ruſſen vertheidigen können." In dem Kapitel dieſes Teſtaments, das die Ueberſchrift: „Träume und chimäriſche Projekte" trägt, ſagt der König: „Bezüglich des polniſchen Preußen ſcheint mir, daß man das größte Hinderniß von Seiten Rußlands finden würde; es würde vielleicht beſſer ſein, dies Land durch Verhandlung Stück für Stück zu gewinnen, als durch das Recht der Eroberung. In einem Falle, in welchem Rußland ein dringendes Bedürfniß unſeres Beiſtandes hätte, wäre es vielleicht möglich, ſich Thorn, Elbing und einen Umkreis (une banlieue) cediren zu laſſen, um dadurch die Verbindung von Pommern nach der Weichſel zu erlangen." Es waren Träume der Zukunft, chimäriſche Pläne, denen nicht der König, aber vielleicht ſein Nachfolger dereinſt näher treten könnte. Einige Monate nachdem der König dieſes Teſtament niedergeſchrieben, handelte es ſich um die Erneuerung ſeines Bündniſſes mit Rußland. Oeſtreichs Widerſtreben gegen Rußlands Vorgehen in Polen, die Beſorgniſſe Oeſtreichs vor Erwerbungen Rußlands auf Koſten der Pforte traten deutlicher hervor. Als ſich der König die ernſte Frage, die dieſe Lage ihm ſtellte, vorlegte, ob nicht eine Baſis zu finden ſei, welche den Zuſammenſtoß Oeſtreichs mit Rußland und Preußen zu verhüten und das Einverſtändniß dieſer drei Mächte herbeizuführen vermöchte, kam ihm ein Gedanke, der die Möglichkeit einer ſolchen Baſis zu enthalten ſchien. Er zielte dahin, Rußland in den Stand zu ſetzen, ſich für die Koſten ſeines Krieges gegen die Pforte zu entſchädigen, ihn ſelbſt und Oeſtreich in den Stand zu ſetzen, dieſe Entſchädigung zuzulaſſen, zugleich aber auch Oeſtreich von Frankreich abzuziehen und mittelſt dieſer Verſtändigung eine Verbindung der drei Oſtmächte anzubahnen. Der König glaubte dies „Traumbild" wenigſtens einmal andeutend nach Petersburg hinwerfen zu ſollen. Einer Weiſung an den Grafen Solms fügte er am 3. Februar 1769 in eigenhändiger Nachſchrift

folgende Worte hinzu. „Der Graf Lynar iſt nach Berlin gekommen, um ſeinen Sohn der Tochter des Grafen Kamecke zu vermählen. Es iſt derſelbe, der den Frieden von Kloſter Seeven geſchloſſen hat. Er iſt ein großer Politiker und regiert Europa noch von dem Winkel des Dorfes aus, wohin er ſich zurückgezogen hat. Dieſer Graf Lynar hat eine ſehr ſonderbare Idee, um alle Intereſſen der Fürſten zu Gunſten Rußlands zu vereinigen und den europäiſchen Angelegenheiten mit einem Schlage ein anderes Anſehen zu geben. Er will, daß Rußland dem Wiener Hofe für deſſen Aſſiſtenz gegen die Pforte die Stadt Lemberg und ihre Umgebungen und die Zips anbiete, daß es uns das polniſche Preußen mit Ermeland und das Schutzrecht über Danzig gebe, und daß Rußland, um ſich für die Koſten des Krieges zu entſchädigen, für ſich denjenigen Theil Polens nehme, der ihm anſteht, und daß, da ſomit keine Eiferſucht zwiſchen Oeſtreich und Preußen beſtehe, dieſe wetteifernd Rußland gegen die Pforte Hülfe leiſten. Dieſer Plan hat einigen Schimmer; er erſcheint verführeriſch. Ich habe geglaubt, ihn Ihnen mittheilen zu ſollen. Sie werden, da Sie die Denkungsart des Grafen Panin kennen, entweder alles dies unterdrücken oder den Gebrauch davon machen, den Sie für angemeſſen halten, obwohl mir ſcheint, daß mehr Glänzendes als Solides darin ſteckt[1])." Am zwölften Februar erhielt der König das Schreiben Katharina's, in welchem ſie ſein Anerbieten, die Allianz zu erneuern, dankbar annahm, und zugleich ihre Verwunderung darüber ausſprach, daß Oeſtreich der Pforte gegenüber neutral bleibe, ſtatt ſich mit ihr gegen die Pforte zu vereinigen (S. 173). Der König antwortete auf der Stelle, die Kaiſerin möge ſich keinen Illuſionen über die Stellung Oeſtreichs zu der polniſchen und türkiſchen Frage überlaſſen. Es wäre höchſt wünſchenswerth, wenn in Konſtantinopel

[1]) Der Abdruck bei Schlözer, Friedrich und Katharina S. 212, weicht darin vom Original ab, daß dieſes bei der zweiten Erwähnung Lynars „Ce comte" hat, daß „et le Zips" bei Schlözer ausgefallen, daß bei dem Antheil für Rußland hinter accroche „pour elle" weggelaſſen iſt, und der König nicht: n'y ayant aucune jalousie entre l'Autriche et la Prusse ſondern: point de jalousie geſchrieben hat.

von Zeit zu Zeit Andeutungen über Rußlands Bereitwilligkeit zum Frieden gemacht werden könnten, ſo daß gleich nach der erſten Campagne zu dieſem zu gelangen wäre. Katharina entgegnete: ſie täuſche ſich nicht über Oeſtreichs Politik, über die Verlegenheit, in welcher ſich Oeſtreich zwiſchen ſeinen natürlichen Intereſſen und den Verpflichtungen gegen ſeinen Alliirten (Frankreich) befinde. Um noch klarer zu ſehen, habe ſie ihrem Miniſter in Wien befohlen, in Explikationen einzutreten (12. März 1769). Inzwiſchen hatte Solms auf jene Nachſchrift des Königs vom 3. Februar am 17. Februar berichtet, er habe das Projekt Panin noch nicht mitgetheilt; er müſſe bezweifeln, daß es nach deſſen Geſchmack ſei. Die Anhänger des gegenwärtigen Syſtems wollten keine Verhandlung mit Oeſtreich, die gegenſeitiges Vertrauen vorausſetze. Sie würden befürchten, daß Oeſtreich einen Vorſchlag dieſer Art mißbrauche, daß die früheren Maßregeln gegen Polen dadurch in das Licht geſtellt werden könnten, als ob deren Zweck von vornherein Polens Beraubung geweſen ſei. Man glaube überdies nicht an einen langen Krieg mit den Türken, hoffe, daß Polen ſich bald beruhigen werde, und vertraue, daß Preußen Oeſtreich im Zaume halte. Zudem wolle man ſich unintereſſirt zeigen und Glauben an ſeine Worte erwecken. Panin wolle Polen wirklich konſerviren, um es ſpäter gegen die Türken zu brauchen. Der König bemerkte Solms hierauf, daß er das Projekt Lynar als ſehr chimäriſch betrachtet und ihm überlaſſen habe, Gebrauch davon zu machen oder nicht. Noch jetzt hänge es von ſeinem Urtheile ab, es zu unterdrücken oder davon zu reden (3. März 1769). Bei Empfang dieſer Weiſung hatte Solms bereits mit Panin über das Projekt Lynar als die Idee einiger ſpekulativen Köpfe in Deutſchland geſprochen; er verſchwieg, daß ſie ihm vom Könige zugekommen ſei. Unvorbereitet, wie Solms beſonders hervorhebt, habe Panin erwidert, daß die Zips eine paſſende Erwerbung für Oeſtreich ſein würde, jedoch nicht Lemberg mitten in Polen und fern von Oeſtreichs Grenzen. Es würde nicht die Mühe lohnen, ſetzte er hinzu, drei ſo große Mächte bloß deshalb zu vereinigen, um die Türken über den Dnjeſtr zurückzuwerfen. Wenn dieſe Vereinigung ſtatthaben könnte, müßte man ſich nichts Geringeres

vorſetzen, als die Türken aus Europa und einem großen Theile Aſiens zu verjagen, was ihm nicht einmal ſchwer ausführbar erſcheine. Auch er betrachte eine aufrichtige Allianz der drei Höfe als das beſte Mittel, die Ruhe der Chriſtenheit zu ſichern. Das einzige Hinderniß derſelben bilde die Eiferſucht Oeſtreichs gegen Preußen. Oeſtreich müſſe ſich mit Rußland gegen die Türken wenden; es werde hier die ausgedehnteſte Entſchädigung für Schleſien finden. Dadurch würde Preußen Sicherheit gewinnen, deſſen Beſitzungen in dieſem Falle, wie das Projekt Lynar wolle, Polniſch-Preußen und Ermeland hinzugefügt werden müßten. Es wäre dann nicht ſchwer, der Herrſchaft der Türken in Europa ein Ende zu machen. Konſtantinopel und die Provinzen, die man den Osmanen laſſen würde, könnten eine Republik bilden. Auf Solms' Frage, was Rußland für ſich zu nehmen gedenke, erwiderte Panin: Rußland beſitze ſchon mehr Land, als es zu regieren vermöge; es bedürfe nur einiger Grenzfeſtungen (3. März 1769). Der König bemerkte Solms auf dieſen Bericht: der Plan des Grafen Panin dürfte in Wien ſehr große Schwierigkeiten finden. Er bezweifle, daß er ſo leicht auszuführen ſein werde als zu faſſen. Während des Feldzuges dieſes Jahres werde Oeſtreich ruhig bleiben — aber weiterhin? (Weiſung vom 19. März). Damit ließ der König das Projekt Lynar, d. h. jenes hingeworfene Wort, vollſtändig fallen.

Der Vertrag zwiſchen Preußen und Rußland vom 11. April 1764 ließ den Kontrahenten offen, dem angegriffenen Theile mit 12,000 Mann oder durch Subſidien zu Hülfe zu kommen Man war nach dem Ausbruche des Türkenkrieges übereingekommen, daß Friedrichs Hülfe in Subſidien beſtehen ſolle. Dem Könige war es erwünſcht, eine freiere, nicht direkt betheiligte Stellung zum Kriege gegen die Pforte zu bewahren. Die Erneuerung dieſes Vertrages machte er jetzt davon abhängig, daß die Verpflichtungen, die er in Beziehung auf Polen bereits übernommen, nicht geſteigert würden, daß nicht wie bisher alle Vortheile des Traktats auf der Seite Rußlands lägen. Rußland möge ſich für den Fall, daß Oeſtreich beim Ableben des Kurfürſten von Baiern dort Beſitz ergreife, was der

König mit gutem Grund vorausſah, zu ſeiner Unterſtützung verpflichten, und ihm den Anfall der Fürſtenthümer Anſpach und Baireuth beim Ausſterben der Linie von Anſpach (Baireuth war eben am 11. Februar 1769 erloſchen) garantiren. Kaunitz hatte bei den Verhandlungen zu Hubertsburg den Verzicht des Königs auf dieſe Erbſchaft zu erwirken geſucht und war im Begriff, darauf zurückzukommen. Es war Kaunitz' Ueberzeugung, daß nach der Vereinigung dieſer Fürſtenthümer mit Preußen der preußiſche Einfluß auch in Baiern und damit im Süden Deutſchlands dominiren, Oeſtreichs Macht den Kräften Preußens nicht mehr gewachſen ſein würde. Panin wollte von der bairiſchen Frage nichts hören; den Anfall der fränkiſchen Fürſtenthümer wollte er „nach Maßgabe der deutſchen Reichsgeſetze" gewährleiſten. Der König erwiderte, daß dies nichts bedeute, und ließ die Unterhandlung hinziehen.

Die Feindſeligkeiten gegen Rußland waren ſeitens der Pforte im Mai 1769 durch einen Raubzug der Tataren eröffnet worden, die ruſſiſche Armee hatte noch nicht mehr als einen vergeblichen Verſuch auf Chotſchim vollbracht, als Kaiſer Joſeph am 25. Auguſt bei dem Könige in Neiſſe eintraf. Er war mit einer ſehr ausführlichen Inſtruktion des Fürſten Kaunitz, in 25 Artikel gefaßt, verſehen, welche alle möglichen Punkte behandelte, die in Neiſſe zur Sprache kommen könnten [1]). Auf Grund der heimlich geöffneten Korreſpondenz des preußiſchen Geſandten zu Wien ſetzte Kaunitz voraus, daß der König vornehmlich ſuchen werde, die wahre Urſache des Beſuchs des Kaiſers, die gegenwärtigen Abſichten des Wiener Hofes zu entdecken und den Kaiſer gegen die franzöſiſche Allianz einzunehmen. Joſeph verſicherte den König, daß Oeſtreich nicht daran denke, Stanislaw zu entthronen, die Abſichten des ſächſiſchen Hofes in Polen zu unterſtützen; es waren das Nachrichten, die Friedrich aus Paris erhalten hatte. Das Syſtem Oeſtreichs ſei durchaus friedlich. Die Zurückhaltung, die Oeſtreich den Ereigniſſen in Polen gegenüber beobachte, beruhe auf der Hoffnung, daß die Weisheit des Königs von Preußen und

[1]) Beer Zuſammenkünfte S. 64 ff.

ſein eigenes Intereſſe ihm nicht geſtatteten, die Dinge über angemeſſene Grenzen hinausgehen zu laſſen, daß er Rußland zum Weichen nöthigen werde. Der König lächelte nach Joſephs Bericht, ohne zu antworten, und ſagte darnach: „Glauben Sie nicht, daß dies eine Kleinigkeit iſt.“ Auch in den Krieg Rußlands mit der Pforte gedenke Oeſtreich, ſo fuhr Joſeph fort, nicht einzutreten, wie günſtig die Gelegenheit ſei, Belgrad wiederzunehmen. Die Pforte habe ſich während der Kriege der Kaiſerin ſo loyal benommen, daß Oeſtreich ſeinerſeits nicht mit ihr brechen werde. Man wünſche nur, daß der Krieg bald endige, ohne das gegenwärtige Syſtem Europa's zu alteriren. Der König meinte, die Osmanen würden bald und vollſtändig unterliegen; Oeſtreich möge die Pforte veranlaſſen, ſeine (Oeſtreichs) Mediation zu verlangen. Als der König von der ſteigenden Macht und den Projekten Rußlands ſprach, ſagte Joſeph nach ſeinem Berichte mit möglichſter Gleichgültigkeit: gegen den Ehrgeiz der Kaiſerin von Rußland ſei Preußen die Avantgarde. „Da Sie uns nicht haben, Sire, iſt Ihnen die Allianz mit Rußland nothwendig; aber ſie koſtet Ihnen viel und iſt Ihnen oft unbequem.“ Der König habe geantwortet: „Dies iſt ſehr wahr [1]).“

Zu England und Frankreich, führte Joſeph weiter aus, befinde ſich Oeſtreich in anderer Stellung als früher; England und Holland dürften ſich nicht ſchmeicheln, Oeſtreich wieder zu der Abhängigkeit zurückzuführen, in der es früher zu ihnen ſich befunden. Der Allianz mit Frankreich werde es treu bleiben, aber nicht über den Buchſtaben der Verträge hinausgehen. Daß Oeſtreich nicht Frankreichs Diener ſei, zeige die von Frankreichs Richtung abweichende Politik, die es ſowohl in Konſtantinopel wie in Stockholm und Polen verfolge. Kaunitz hatte Joſeph inſtruirt, auf Grund dieſer Betrachtungen und auf die Vorausſetzung hin, daß auch der König nicht verpflichtet ſei, England gegen Frankreich zu unterſtützen, vorzuſchlagen: für den Fall des Krieges zwiſchen Frankreich und England in gutem Vernehmen zu leben und gemeinſam den Frieden und die Ruhe Deutſch-

[1]) Beer a. a. O. S. 72. 73; vgl. Arneth Maria Thereſia und Joſeph 1, 301 ff.

lands zu ſichern, wenn der König wie Oeſtreich geneigt wäre, neutral zu bleiben und ſich hierüber mit Oeſtreich zu vereinbaren. Nach Joſephs Bericht kam ihm der König zuvor: er habe den Wunſch der Neutralität für den Fall eines Krieges zwiſchen England und Frankreich ſchon lange auf dem Herzen; verſchiedene Umſtände hätten ihn zurückgehalten; er habe keine Verbindlichkeit gegen England. „In der Beſorgniß," ſo bemerkt Joſeph, „daß er an einen förmlichen Vertrag hierüber denke, ſchlug ich ihm das Mittel gegenſeitiger Briefe vor, das er auf der Stelle annahm [1])."

Auch in dem Wunſche, daß in Zukunft, trotz der Allianz Oeſtreichs mit Frankreich und Preußens mit Rußland, Oeſtreich und Preußen in gutem Vernehmen ſtehen und in engerem Einverſtändniß leben möchten, den Joſeph auszudrücken beauftragt war, ſah ſich dieſer von Friedrich überholt. Gleich nach der erſten Begrüßung ſprach der König, wie Joſeph berichtet, den Wunſch einer vollſtändigen Verſöhnung und einer aufrichtigen Freundſchaft aus. „Dies wurde hundert Mal wiederholt und ſchien mir aufrichtig. Ich glaube, daß er aufrichtig den Frieden wünſcht, aber daß er möchte, wir ließen uns auf irgend eine üble Sache ein. Als ich geltend machte, daß die Begründung einer guten und aufrichtigen Freundſchaft eine reifere Erwägung erfordere, antwortete er: Nein, fangen wir heut an. Als ich jung war, war ich ehrgeizig, ich bin heute nicht mehr derſelbe; dies ſagte er zwei Mal. Ihr haltet mich für unzuverläſſig, ich weiß es, ich habe das ein wenig verdient; die Umſtände verlangten es, aber dies hat ſich geändert. Das deutſche Vaterlandsgefühl verlangt, daß wir Freunde ſein und uns nicht gegenſeitig abſchlachten ſollen, und wenn nicht heute, ſo wird unſere Allianz in zwanzig Jahren nöthig ſein, um dem Despotismus Rußlands zu widerſtehen [2]). Ich ſagte, daß wir Schleſien vollſtändig vergeſſen hätten, und daß die gegenſeitigen Vortheile, die wir uns ohne einen Schuß

[1]) Arneth a. a. O. 1, 310. 311; Beer a. a. O. S. 68. — [2]) Arneth a. a. O. 1, 301. Beer a. a. O. S. 65. 67. 69. Es iſt ein offenbarer Druckfehler, wenn es bei Beer S. 67 heißt: Vous me croyez rempli de mauvaise foi, je le suis ſtatt je le sais.

zu thun verſchaffen könnten, bedeutender ſeien als für uns Schleſien und für ihn ein Stück von Böhmen. Er ſtimmte zu, aber ſchwach, obwohl ich die größte Wärme hineinlegte. Es ſei doch ſchwer, ſagte er, von vornherein Vertrauen zu einem verſöhnten Feinde zu haben; aber mit der Zeit würde „das deutſche patriotiſche Syſtem", wie er es nennt, dies Vertrauen bewirken. Ich wies auf den Nutzen und die Wirkung hin, die ſchon der Name des Bundes zwiſchen uns herbeiführen würde, daß dies Europa in zwei Theile theilen und einen Kordon zur Aufrechthaltung der Ruhe vom adriatiſchen zum baltiſchen Meere ziehen heiße, daß wir unſere Armeen vermindern und unſere Völker erleichtern könnten. Ich rathe Ihnen dies nicht, ſagte er, man kann niemals für die Ereigniſſe einſtehen [1])." Seine Verſicherung, daß Schleſien vollſtändig vergeſſen ſei, ſchwächte Joſeph ſelbſt dadurch ab, daß er dem Könige, offenbar im Hinblick auf jenen Plan des Fürſten Kaunitz (S. 172) und die Anerbietungen, die Frankreich dem Könige im Frühjahr gemacht hatte (S. 168), hinwarf, man habe geſagt, daß er Oeſtreich Schleſien geben wolle, um Danzig zu haben. Ja, um König von Polen zu werden, habe Friedrich lachend erwidert; aber, ſetzt Joſeph weit irrend hinzu, „er kam in Verlegenheit [2])."

Der Entwurf der Neutralitätsverſicherung, welchen Kaunitz in der Form eines Handſchreibens dem Kaiſer mitgegeben hatte, lautete: „Verſprechen wir uns ſomit auf Treue und Wort von Königen, daß, wenn auch das Feuer des Krieges zwiſchen England und dem Hauſe Bourbon ſich jemals wieder entzünden ſollte, wir den glücklich zwiſchen uns hergeſtellten Frieden getreulich aufrecht halten und daß wir ebenſo die ſtrengſte Neutralität in Kriegsfällen, die zwiſchen anderen Mächten Europa's entſtehen könnten, beobachten werden." Eben auf die Ausdehnung, die man der Neutralität zu geben gedenke, war jene wiederholte Vorfrage des Königs gerichtet geweſen, die Kaunitz un-

[1]) Beer a. a. O. S. 81. — [2]) Arneth a. a. O. 1, 304. Wie wenig Joſeph Schleſien vergeſſen hatte, zeigen ſeine Aeußerung im Juni 1766 gegen Rugent: „la Silésie arrondirait mieux nos états" (Beer a. a. O. S. 55), und das Votum vom 22. Januar 1771: „nichts kann uns mehr conveniren als das Glatziſche und Neiſſiſche" bei Arneth a. a. O. 2, 316.

beantwortet gelaſſen hatte. Friedrich fand nun die Neutralität für alle Kriege zwiſchen auswärtigen Mächten ausgeſprochen. Er ſagte dem Kaiſer, wie Joſeph ſeiner Mutter ſchreibt, daß er Schwierigkeit finde, die Neutralität für alle zukünftigen Kriege zu gewährleiſten, daß die Allianz mit Rußland ihn hierin hindere. Für jeden Krieg in Deutſchland oder für die gegenſeitigen Beſitzungen würde er es ſogleich thun; aber er könne nicht dafür einſtehen, was Rußland in Polen oder Schweden weiterhin unternehmen möchte; deshalb werde er dem Schreiben eine andere Wendung geben [1]). Die Zuſchrift, welche der König hierauf am 27. Auguſt an Joſeph richtete, ſagte: „Ich verſpreche Ihnen auf Treue des Königs und Wort des Ehrenmannes, daß, ſelbſt wenn ſich jemals das Feuer des Krieges zwiſchen England und den Häuſern von Bourbon wieder entzündet, ich den glücklich zwiſchen uns hergeſtellten Frieden getreulich bewahren werde und auch in dem Falle, daß ein Krieg einträte, deſſen Urſache gegenwärtig unmöglich vorauszuſehen iſt, die ſtrengſte Neutralität für Ihre gegenwärtigen Beſitzungen beobachten werde, wie Sie mir dieſelbe für meine gegenwärtigen Beſitzungen verſprechen wollen.“ Damit waren der gegenwärtige Krieg zwiſchen Rußland und der Pforte, die polniſchen Wirren und die Kriegsfälle, die ſich an dieſe Fragen knüpfen konnten, von dem Neutralitätsverſprechen ausgenommen und demſelben die Beſchränkung gegeben, die der König von vornherein im Auge gehabt hatte, daß Oeſtreich und Preußen, wenn ſie ſich auch an Kriegen zwiſchen dritten Mächten betheiligten, ſich trotzdem in ihren Beſitzungen nicht angreifen würden. Joſeph verſprach hierauf in einem Schreiben vom folgenden Tage (28. Auguſt) „im Namen Ihrer Majeſtät der Kaiſerin und in ſeinem Namen“ in den bezeichneten Fällen (er wiederholte die Worte des Königs) die ſtrengſte Neutralität für des Königs gegenwärtige Beſitzungen, wie der König ſolche „für unſere gegenwärtigen Beſitzungen verſprochen hat [2]).“ In ſeiner Relation bemerkt Joſeph: „Da der König die

[1]) Arneth Maria Thereſia und Joſeph 1, 304. — [2]) Der Abdruck des Koncepts dieſes Briefes bei Beer, Zuſammenkünfte S. 82—84, weicht von der Reinſchrift ab, indem letztere nicht ſagt: que nous maintiendrons, ſondern que

Worte, die er geändert hat, für unvereinbar mit ſeinen Verbindlichkeiten gegen Rußland anſah, würde das Beſtehen darauf gezeigt haben, daß man ihn ſie brechen machen wolle. Deshalb habe ich dieſe Aenderung auf mich genommen. Endlich iſt die Sache unſchuldig und vollkommen gleichgültig, indem ſie jedem Theile die Hände frei läßt, ſich nach Gefallen in jeden fremden Krieg zu miſchen [1])." „Da der König mich fragte," ſo berichtet Joſeph weiter, „ob ich ihm nicht erlaube, mir in ähnlichen Fällen eigenhändig zu ſchreiben und meinerſeits nicht ebenſo verfahren wolle, konnte ich es nicht abſchlagen; aber ich beſchränkte es auf die Fälle der Nothwendigkeit und auf diejenigen, in denen die beiderſeitigen Miniſter ununterrichtet bleiben ſollten [2])." Die Zuſammenkunft endete mit dem Verſprechen des Königs, den Beſuch des Kaiſers im nächſten Jahre zu erwidern.

Joſeph urtheilte ſehr hart über den König. Seine Worte: „Er iſt ein Genie und ein Mann, der bewunderungswürdig ſpricht, aber keine Aeußerung, die nicht den Schelm (fourbe) verriethe [3])", ſind vielleicht ſeiner Mutter zu Liebe geſchärft, die in Beſorgniß war, daß Friedrich ihren Sohn bei dieſer perſönlichen Berührung umgarnen und verführen könne. Kaum günſtiger ſpricht ſich Kaunitz über die politiſchen Abſichten des Königs aus: „Der König", ſo bemerkt er der Kaiſerin über die Berichte des Kaiſers, „fürchtet ohne Zweifel die Ruſſen viel weniger, als er ſie gefürchtet machen will. Was er fürchtet, iſt, daß der Wiener Hof ſich früher oder ſpäter mit ihnen ausſöhnt und ſie ihm entführt. Darum wünſcht er die Löſung der Bande, welche den Wiener und den Petersburger Hof einſt vereinigten, zu erweitern und zu verewigen. Indem er uns über die Macht und die Projekte Rußlands allarmirt, hofft er uns zu einem Schritte in dieſer Richtung fortzureißen." Die Reden des Königs, daß die Türken ſo ſagt Kaunitz der Kaiſerin weiter, unſere Mediation verlangen,

---

je maintiendrai, und die Unterſchrift in dieſer nicht: Monsieur mon frère de Votre Majesté le bon et fidèle frère Joseph, ſondern nur: de Votre Majesté le bon frère Joseph lautet.

[1]) Arneth a. a. O. 1, 306. 307. 311 ff. Beer a. a. O. S. 69. — [2]) Beer a. a. O. S. 70. — [3]) Arneth a. a. O. 1, 300.

ſollen, ſind eine Falle oder eine Lächerlichkeit. Es iſt ein Widerſpruch, vorauszuſetzen, daß die Ruſſen den Willen und die Macht hätten, das Geſetz vorzuſchreiben und dem gegenüber zugleich die Möglichkeit einer Mediation. Die Briefe ſeien, da man den König weder dazu habe bringen können, ſich zu verpflichten, bei Kriegsfällen inter alios neutral zu bleiben, noch die Ruhe Deutſchlands zu gewährleiſten (letzteres war wenigſtens in ſeinem eigenen Entwurfe nicht vorgeſchlagen), ohne alle Bedeutung; ſie ſagten nichts als was die zwiſchen Oeſtreich und Preußen bereits beſtehenden Verträge feſtſtellten. „Wenn Frankreich im Kriege mit England ſich einfallen ließe, in Hanover Krieg zu führen, ſo hätten weder er noch wir ein Recht, uns dem zu widerſetzen; wir könnten ſogar die Franzoſen unterſtützen, ohne daß er ein Recht hätte, uns deswegen anzugreifen, und ebenſo, wenn Rußland die deutſchen Beſitzungen Dänemarks angriffe, wären er und wir nicht im Recht, uns dem zu widerſetzen, ja er könnte ſogar, wenn er wollte, die Ruſſen unterſtützen [1])." Dies Urtheil über das Verhalten und über die Abſichten des Königs wiederholt Kaunitz gemäßigter in einer Weiſung an Mercy in Paris: die beſondere Rückſicht und viele Aufmerkſamkeit für Rußland, alles, was dieſem Hofe mißfallen könnte, zu vermeiden und ſich vielmehr ihm gefälliger zu machen, welche der König zu Neiſſe gezeigt habe, dürften nicht ſowohl einer wahren Freundſchaft als der Abſicht beizumeſſen ſein, ſeine Lande rückwärts ſicher zu ſtellen und uns die Gelegenheit zur Ausſöhnung mit Rußland zu erſchweren.

Anders urtheilte der König. Dem Miniſter Finkenſtein ſchreibt er unmittelbar nach der Zuſammenkunft: „Der Kaiſer iſt ein Mann von lebhaftem Geiſt und liebenswürdigem gewinnendem Weſen. Er hat ernſthaften Sinn für das Militär. Er hat mich verſichert, daß er Schleſien vergeſſen habe, was ich nach Gebühr zu würdigen weiß. Er hat mir dann eine gegenſeitige Reduktion der Armee vorgeſchlagen, was ich ſo höflich als möglich abgelehnt habe. Er iſt von Ehrgeiz verzehrt. Ich kann im Augenblick noch nicht ſagen, ob er

[1]) Beer a. a. O. S. 86 ff. 109.

es auf Venetien, Baiern oder Lothringen abgesehen hat; aber es ist sicher, daß Europa in Feuer stehen wird, sobald er zur Herrschaft gelangt (2. September)." Friedrich unterrichtet seinen Minister dann weiter: „Wir haben für den Kriegsfall zwischen Frankreich und England einen Neutralitätsvertrag für Deutschland geschlossen und ein Engagement, uns nicht in unseren gegenwärtigen Besitzungen anzugreifen, wenn andere Unruhen uns anderswo ins Spiel zögen. Dies ist um so besser, als ich keinen Traktat mit England habe und die Russen (das Schlimmste vorausgesetzt) mich nur mit Schweden oder Polen überwerfen können. Im Uebrigen ist der Kaiser offen und voll von Aufrichtigkeit, und ich bin fast moralisch überzeugt, daß er mir persönlich nichts Böses, sondern des Guten genug wünscht. Des Weiteren aber nöthigt die Politik die Fürsten oft zu Verpflichtungen und Maßnahmen, welche sie gegen ihre Neigungen zu handeln zwingen, so daß ich für die Zukunft nichts garantiren will." Finkenstein fand in der Konvention einen unwiderleglichen Beweis der guten Absichten des Kaisers und in derselben nichts, was Preußens Verbindlichkeiten gegen Rußland widerspreche, wohl aber eine Sicherheit für andere Ereignisse, die bei der gegenwärtigen Lage der polnischen Angelegenheiten nur doppelt erwünscht sein könne (8. September). Als der König dann seinem Bruder Heinrich, der ihn nach Neisse begleitet hatte, mittheilt: er höre zu seiner Freude von Wien, daß Joseph von der Zusammenkunft befriedigt sei (17. September), erwidert Heinrich: es würde ihn befremdet haben, wenn Kaiser Joseph nicht volle Satisfaktion über den Empfang bezeigt hätte, den der König ihm bereitet (22. September). Nachdem Friedrich darauf seinen Bruder unterrichtet, daß er Josephs Besuch im nächsten Herbst erwidern werde, fügt er hinzu: „Ich gehe auf alles dies ein, um ein aufrichtiges Einvernehmen zwischen den beiden Häusern anzubahnen und die Geister auf engere Bande vorzubereiten, für welche mit der Zeit die ehrgeizigen Absichten der Russen Anlaß geben können. Demgemäß werde ich auch weiterhin Zusammenkünfte einleiten, um ganz allmählig einen Schritt nach dem anderen vorwärts zu kommen und mich in dem Vertrauen des Kaisers und, wenn es

möglich iſt, der Mutter zu befeſtigen. Vorausgeſetzt, daß es mir nicht gelänge, würde ich nur meine Mühe verloren haben (18. November 1769)." „Das Projekt, das Einverſtändniß mit dem Kaiſer aufzurichten", antwortet Heinrich, „iſt groß, nützlich und heilſam. Zwei Mächte, wie die Deinige und die der Kaiſerin, können alle Unternehmungen durchführen, wenn ſie über ihre gegenſeitige Erhebung einmal einig ſind. Der Krieg kann dann nicht erſchöpfend und der Friede wird ſo dauernd ſein, als ſie es verlangen. Zwiſchen die Nordmächte, die ihre Einigung in Reſpekt halten wird, und Frankreich, England und Spanien geſtellt, ſetzen ſie auch dieſen eine Barrière entgegen. Dieſe Einigung wird ſicher und eine wahrhafte ſein, wenn das Vertrauen bis zu dem Punkte befeſtigt ſein wird, daß Du das Reich mit dem Kaiſer nach dem Beiſpiele des Oktavius und Antonius theilſt. Nichts wünſche ich mehr, überzeugt, daß dies das größte Glück und die höchſte Erhebung wäre, zu der Du gelangen könnteſt (22. November 1769)." „Ich erwartete", entgegnet der König, „daß Du über mich und meinen letzten Brief ſpotten würdeſt, über die weitſchichtigen Projekte, welche ein Greis entwirft, der ſich dem Grabe nähert. Nicht ich, glaube es mir, lieber Bruder, werde die Einigung des Hauſes Oeſtreich mit dem unſerigen zur Reife zu führen vermögen. Nicht nur, daß die Zeit die Erinnerung an das Geſchehene auslöſchen muß; ein vollſtändiges Vertrauen muß Platz greifen, und die Kaiſerin muß die Gewohnheit, mich zu haſſen, die ſie ſich ſeit 30 Jahren zu eigen gemacht hat, aufgeben. Und nun frage ich Dich, lieber Bruder, ohne Rückhalt, ob man ſich nahe an ſechzig Jahren vernünftiger Weiſe ſchmeicheln kann, die Dinge zu dieſem Ziele zu führen? Dazu treten andere Betrachtungen. Iſt es nicht die Allianz, in der wir mit Rußland ſind, welche die Oeſtreicher nöthigt, ſich gut mit uns zu ſtellen? Solange ſie beſteht, ſind ſie in der Unmöglichkeit, etwas zu unternehmen. Ich leugne nicht, daß der junge Kaiſer Hinneigung zu uns bezeigt hat, daß er wohlgeſinnt zu ſein ſchien; aber darf man auf einen jungen Fürſten zählen, der bei der Leichtfertigkeit ſeines Alters unſchwer ſeine Meinung ändern mag? Zu allem, was ich ſage, kommt, daß die Mutter noch lange

leben kann und daß er mit dem beſten Willen von der Welt noch viele Jahre unthätig bleiben muß. Demnach betrachte ich, mein lieber Bruder, alles, was ich für dieſe Vereinigung thue, als Verſuche in die Zukunft, die ein glücklicher Zufall über Erwarten gelingen laſſen, die ein entgegengeſetzter Zufall fehlſchlagen laſſen kann. In Wahrheit weiß man niemals, was man thut, wenn man Entwürfe in die Zukunft vortreibt. Eine Art von Fatum, wenn es ein ſolches giebt, oder ebenſo unbekannte ſekundäre Urſachen wenden meiſt die Ereigniſſe auf eine Weiſe, die man weder ſich vorſtellen noch vorherſehen konnte. Wir ſind Blinde, die taſtend in der Dunkelheit ſchreiten. Wenn günſtige Umſtände ſich zeigen, giebt es helle Augenblicke, welche geſchickte Leute ergreifen. Alles Uebrige iſt ein Spielball der Ungewißheit (26. November)." Prinz Heinrich antwortete: „Wenn meine Wünſche erhört werden, wirſt Du das Gelingen noch mancher Entwürfe erleben, unter denen keiner eine bedeutſamere Aenderung herbeiführen könnte, als wenn jemals zwiſchen Dir und dem Hauſe Oeſtreich die Einigung aufgerichtet würde. Du ſiehſt zu weit, um nicht zu gewahren, daß das Vertrauen ſich nicht ſo ſchnell herſtellen kann. Nach einer Feindſchaft von faſt 30 Jahren iſt es durchaus natürlich, daß Du auf Deiner Hut biſt, ganz wie die Kaiſerin-Königin auf ihrer Hut ſein muß. Aber wenn das Glück wollte, daß man ſich weiter über die gegenſeitigen Intereſſen eröffnen könnte, ſo glaube ich doch, daß man ſich leicht einigen würde. Es giebt keine Mächte, die ſich nicht befreundeten, ſobald ſie in Traktate eintreten, welche die Vergrößerung der gegenſeitigen Staaten bezwecken. Gelangte man dahin, ſo wäre hierin ſo viel, was Du noch viel beſſer durchſchauſt als ich, zu thun, daß die beiden Souveräne ſich vollkommen Genüge leiſten könnten. Man kann einwerfen, daß Oeſtreichs Macht, durch neue Beſitzungen geſteigert, noch gefährlicher ſein würde; aber man kann entgegnen, daß für die Dauer des Bündniſſes die Kräfte im Verhältniß bleiben würden und, wenn es bräche, die Eiferſucht der übrigen Mächte ſich gegen den mächtigſten wenden und Du in dieſem Falle mehr Bundesgenoſſen als die Oeſtreicher finden würdeſt. Ich geſtehe ferner, daß ich wünſche, daß, wenn die Einigung zwiſchen

Dir und der Kaiſerin zu Stande kommen ſoll, dies während des Krieges zwiſchen den Ruſſen und Türken einträte und in einer Zeit, wo Frankreich und England durch die Finanzen und häuslichen Zwiſt beſchäftigt ſind (1. Dezember 1769)." „Die Menſchen", erwidert der König, „haben ihre Zeit; iſt ſie vorüber, ſind ſie nichts mehr nütze. Dies hindert nicht, daß der, dem die Regierung des Staates obliegt, an die Zukunft denken muß. Aber alle Vorkehrungen dieſer Art ſind ſehr abhängig vom Zufall. Zunächſt fürchtet man, ſich einer Macht gegenüber zu äußern, welche es ſo lange als ihren Beruf betrachtet hat, Dein Feind zu ſein, wegen der Beiſpiele ſchlimmen Gebrauches, den die Höfe von ähnlichen vertraulichen Eröffnungen gemacht haben. Jedoch habe ich das Mittel gefunden, ohne mich bloßzuſtellen, der Kaiſerin-Königin zukommen zu laſſen, daß, wenn ſie mit Zuſtimmung der Pforte die Vermittlung des Friedens übernehmen könnte, ich meinen ganzen Einfluß in Petersburg für die Annahme dieſer Vermittlung anwenden würde. Die Kaiſerin wünſcht dies ſelbſt; aber ſie findet ſich in Konſtantinopel durch die Franzoſen gehemmt, ſo daß wir recht in Verlegenheit ſind. Dies ſind jedoch ſchon immer ein paar Schritte vorwärts. Bei der Reiſe nach Mähren wollen wir ſehen, was ſich weiter thun läßt. Man darf jedoch niemals vergeſſen, daß in der Politik das Mißtrauen die Mutter der Sicherheit iſt. Ich beſchränke mich darauf, das Nothwendige vorzubereiten, Hülfsmittel aufzuhäufen, das Meſſer ſcharf zu ſchleifen, damit ſich meine Nachfolger nicht über meine Nachläſſigkeit beſchweren können [1])."

Das waren die Pläne des Königs für die Zukunft. Gegenwärtig fielen ihm bald nach der Rückkehr von Neiſſe die erſten Früchte der dortigen Zuſammenkunft zu. Gegen Ende des September 1769 traf die Erklärung Panins in Berlin ein, daß Rußland bereit ſei, die Gewähr für den Anfall von Baireuth und Anſpach einfach, d. h. ohne die Klauſel „nach Maßgabe der deutſchen Reichsgeſetze," zu über-

[1]) Der König an Heinrich 3. Dez. 1769 und 1. Febr. 1770; geh. Staatsarchiv.

nehmen; dagegen möge Preußen ſich verbindlich machen, mit Rußland in Schweden gegen Frankreichs Verſuche, die Souveränetät herzuſtellen, einzutreten, um dort die Verfaſſung von 1720 aufrecht zu halten und zwar nöthigenfalls durch Beſetzung von Schwediſch-Pommern [1]). Auf dieſe Bedingungen und mit dieſen Zuſätzen erfolgte die Erneuerung des Traktats vom 11. April 1764 bis zum Jahre 1780 ſchon am 12. Oktober, da man ſich ſchließlich in Petersburg beeilte; man brauchte Preußen und fürchtete deſſen Annäherung an Oeſtreich.

Im Felde erlangten die Ruſſen noch im Herbſt 1769 einige Erfolge gegen die Osmanen. Chotſchim, das die türkiſche Beſatzung verlaſſen hatte, konnten ſie beſetzen. Die griechiſch gläubige Bevölkerung der Moldau und Wallachei gerieth allmählig in Bewegung, der Gegenſatz des Chriſtenthums gegen den Halbmond erwachte, die Geiſtlichkeit trat offen auf die Seite der Glaubensgenoſſen; ohne Anſtrengung konnte die ruſſiſche Armee die Moldau beſetzen; zu Jaſſy huldigten die Bojaren der rechtgläubigen Kaiſerin. Die Archimandriten, die Hegumenen und Popen der Wallachei baten die ruſſiſchen Feldherren, auch hierher vorzurücken, und unterſtützten ihre Unternehmungen. Und ſchon waren, wie einſt zu Peter I., im Sommer 1769 Abgeordnete der Griechen von Morea nach Petersburg gekommen mit der Bitte an die Kaiſerin: ſie vom Joche der Ungläubigen zu befreien. Katharina zögerte nicht, die Beſchützung der rechtgläubigen Kirche und ihrer Bekenner, die ſie für Polen übernommen, auch auf das osmaniſche Reich auszudehnen. Das ruſſiſche Volk ſtand mit ſichtbarer Begeiſterung in dieſem Kriege, mit dem die Ungläubigen Rußland eben des Schutzes wegen, den es den Glaubensgenoſſen in Polen gewährte, heimſuchten, ſeiner Herrſcherin zur Seite. Mit den Moreoten wurden Verabredungen getroffen; die Flotte des baltiſchen Meeres ſollte ins Mittelmeer, ſie gegen die Pforte unterſtützen. Hatte die Protektion der Diſſidenten Katharina Fuß in Polen zu faſſen und die Republik in tödtliche Verwirrung zu ſtürzen vermocht, daſſelbe Mittel ſchien bei der viel härteren Spannung des

[1]) Fintenſteins Bericht vom 23. September 1769; geh. Staatsarchiv.

Gegenſatzes, der ſo viel zahlreicheren chriſtlich-griechiſchen Bevölkerung das osmaniſche Reich noch vollſtändiger aus den Angeln heben zu müſſen. Ende Februar 1770 ankerte Katharina's Flotte, von Alexei Orlow geführt, an der Küſte von Morea. Sein Manifeſt verhieß die Befreiung der geſammten griechiſchen Nation vom Joche der Ungläubigen. Die Mainoten erhoben ſich. Aber die osmaniſchen Beſatzungen zu Modon und Tripolitza widerſtanden den ruſſiſchen Abtheilungen, welche gelandet waren; dieſe wurden bald wieder zurückgezogen, die Aufſtändiſchen verfielen der blutigſten Rache der Osmanen. Beſſer gelang es den Ruſſen zur See. Bei Chios wurde die türkiſche Flotte am 5. Juli geſchlagen und am folgenden Tage in der Bucht von Tſchesme, in welcher ſie Schutz geſucht, verbrannt. Wenige Tage darauf ſchlug das Landheer unter Rumäntzow am Larga die Armee des Chans der Krim und entriß ihr 60 Geſchütze; darnach wurde am 1. Auguſt der Großvezir ſelbſt am Kaghul in entſcheidender Schlacht überwältigt.

Dem Wiener Hofe hatte Katharina zwar, wie ſie dem Könige angedeutet (S. 179), jede Erwerbung, die Oeſtreich auf Koſten der Pforte machen wolle, wenn Maria Thereſia ſich ihr gegen die Pforte verbinde, geboten, aber kein Gehör gefunden. Vielmehr hatte Oeſtreich im Frühjahr 1770 ſeine Allianz mit Frankreich durch die Vermählung der Erzherzogin Maria Antonia mit dem Dauphin befeſtigt und, um für jeden Fall vorbereitet zu ſein, Rüſtungen in Siebenbürgen begonnen. Der König machte in Petersburg auf dieſe aufmerkſam, wies darauf hin, daß Choiſeul in Wien zum Kriege dränge, und hob hervor, daß, wenn die Ruſſen beabſichtigten, in der Moldau und Wallachei Nachbarn der Oeſtreicher zu werden, dies unfehlbar zum Kriege führen würde[1]). Zugleich war es ſchon vor jenen Niederlagen der Pforte dem preußiſchen Geſandten Zegelin in Konſtantinopel gelungen, dieſe zur Bereitſchaft zum Frieden zu ſtimmen; Friedrichs Vermittlung in Petersburg wurde erbeten. So konnte der König den Grafen Solms am 21. Mai beauftragen, die Bedingungen

[1]) Weiſungen an Solms vom März und April 1770; geh. Staatsarchiv.

zu ermitteln, unter welchen Katharina den Frieden mit der Pforte zu ſchließen gedenke, insbeſondere ob man in Petersburg gemeint ſei, die Moldau und Wallachei zu behaupten [1]). Solms berichtete am 15. Juni: die Kaiſerin ſei dem Könige für das wiederholte Anerbieten ſeiner guten Dienſte zur Herſtellung des Friedens dankbar. Sie ſei bereit, unter ſicheren und ehrenvollen Bedingungen Frieden zu ſchließen. Der König möge die Pforte beſtimmen, nähere Eröffnungen zu machen. Vorbedingung ſei die Freilaſſung ihres Geſandten Obreskow (S. 165). Panin hatte hinzugefügt: die Kaiſerin wolle nichts gewinnen; ſie habe den Krieg nicht aus Ehrgeiz begonnen, ſich zu vergrößern und ihre Grenzen auszudehnen. Aber Ehre und Pflicht nöthigen ſie, für die einzutreten, die für ſie Partei genommen hätten; insbeſondere könne ſie die Griechen der Rache der Türken nicht preisgeben; für deren Schutz müßten genügende Sicherheiten gewonnen werden. Dieſe Antwort war ſcheinbar höchſt gemäßigt; thatſächlich ausweichend, ließ ſie jedoch alle Fragen offen. Klar erhellte, daß Katharina entſchloſſen war, die Protektion der griechiſch Gläubigen feſtzuhalten, und jene Erfolge, welche Flotte und Heer dann im Juli und Auguſt gegen die Osmanen davontrugen, waren nicht geeignet, den Rathſchlägen der Mäßigung in Petersburg Gehör zu ſchaffen.

Katharina blickte indeß doch nicht ohne eine gewiſſe Sorge auf den bevorſtehenden Gegenbeſuch, den König Friedrich dem Kaiſer Joſeph in Neiſſe abſtatten ſollte. Die Zuſammenkunft konnte Preußen und Oeſtreich einander näher bringen [2]); die Thatſache der Zuſammenkunft genügte vielleicht allein, die Pforte in ihrem Widerſtande zu ermuthigen und damit Oeſtreichs und Frankreichs Beſtrebungen gegen Rußland dort zu fördern. Wie vor der Zuſammenkunft in Neiſſe, lag Katharina daran, ein Gegengewicht zu finden, welches Preußen mit Rußland feſt vereinigt erſcheinen ließ. Von Peterhof aus richtete ſie am 19. Juli das Erſuchen an den König, ſeinem Bruder,

[1]) Der König an Prinz Heinrich 10. Mai 1770 und Weiſung an Solms vom 21. Mai; geh. Staatsarchiv. — [2]) Solms' Berichte vom 8. und 18. Juli 1770.

dem Prinzen Heinrich, zu geſtatten, daß er den Rückweg von Stockholm über Petersburg nehme. Der König hatte den Prinzen Heinrich nach Stockholm geſendet, um der Schweſter, der Königin Ulrike von Schweden, vertraulich mitzutheilen, daß er ernſtliche Verpflichtungen gegen Rußland für den Fall auf ſich genommen habe, daß Schweden dem Drängen Frankreichs nachgäbe und die Verfaſſung umgeſtoßen würde, um dem Souverän freie Hand zum Kriege gegen Rußland zu machen. Zugleich ſollte der Prinz die Königin zu vorſichtigerem Verhalten gegen die franzöſiſche Partei beſtimmen. Prinz Heinrich bemerkte dem Könige wiederholt, daß es doch höchſt läſtig ſei, den Ruſſen für ihren Krieg gegen die Pforte Subſidien zahlen und ihre anſpruchsvollen Pläne fördern zu müſſen, ohne auch nur den Schein eines Gewinnes; daß ſie die preußiſche Allianz ausbeuteten, die ihnen den Vortheil böte, daß keine andere Macht ſie angreifen könnte, und daß ſie Polen unter dem Namen eines Königs, der nur ihr Werkzeug ſei, vollſtändig zu beherrſchen vermöchten. Für die Fortdauer dieſer Dienſtleiſtung ſeien Gegenleiſtungen nöthig; die vagen Propoſitionen, die Rußland früher in dieſer Richtung gemacht habe, müßten ſich realiſiren; es müſſe Preußen ein gutes Stück Polen abtreten. „Ich will Dich als Herrn der Ufer des baltiſchen Meeres und Dich mit der ſtärkſten Macht Deutſchlands den Einfluß theilen ſehen, den dieſe vereinigten Kräfte in Europa ausüben können.“ Die gegenwärtige Lage Rußlands und Oeſtreichs könne zum Gelingen eines ſo nützlichen Zweckes beitragen, und wenn man einen Plan zu bilden vermöchte, der allen Intereſſen genugthäte, würden auch die preußiſchen mit voller Sicherheit befriedigt werden. Dieſer Plan müßte auf eine Garantie, welche die Betheiligten ſich gegenſeitig leiſten würden, baſirt werden. Der Krieg nöthige Rußland wie Oeſtreich, Preußen zu ſuchen; er dürfte noch ſonderbare Ereigniſſe herbeiführen, von denen ein günſtiges in dieſer Richtung benutzt werden könnte. Der König gab zu, daß Rußland ſeine Unterſtützung ſtark nutze; aber man müſſe ſich hüten, einmal eingegangene Verbindlichkeiten aus Aerger zu löſen. Weder Rußland noch Oeſtreich würden ihm einen Zuwachs gönnen; er werde von der ruſſiſchen

Allianz nichts haben als die Garantie von Anſpach, auf welche er nicht ſehr zähle [1]). Dennoch fand der König ſeine Lage augenblicklich nicht unvortheilhaft. Rußland bedurfte ſeiner, um den Krieg in Polen und gegen die Pforte fortſetzen und ſeine Abſichten hier wie dort durchführen zu können. Oeſtreich bedurfte ſeiner Mitwirkung, um Rußlands Uebergriffen in Polen, ſeiner Ausdehnung gegen die Pforte mit Erfolg entgegentreten zu können. Er gedachte das eingetretene beſſere Verhältniß zu Oeſtreich zur Mäßigung der Anſprüche Rußlands in Polen und an die Pforte zu verwerthen, die Allianz mit Rußland aber feſtzuhalten. Die Berichte Heinrichs aus Stockholm zeigten dem Könige, daß dort Alles Korruption und Unordnung ſei. Der Verrath ſei beiden Parteien, ſowohl der franzöſiſchen (den Hüten) als der engliſch-ruſſiſchen (den Mützen), gemeinſam. Der Hof könne nicht wohl neutral bleiben, da ſich dann beide Parteien gegen ihn vereinigen würden. Auch ſtehe derſelbe bereits in zu intimen Beziehungen zu Frankreich, und der Reichsrath ſei ſo abſolut franzöſiſch, daß der Hof eine andere Politik kaum einzuſchlagen vermöge. Doch verſichere die Schweſter, daß Frankreich zwar ſtark gegen die Verfaſſung arbeite, aber niemals eine Verpflichtung zum Kriege gegen Rußland verlangt habe; auch ſei ſolche nicht etwa von freien Stücken übernommen worden. Die Königin gehe durchaus darauf ein, Katharina in Zukunft zu menagiren [2]). Als König Friedrich am 12. Auguſt das Schreiben Katharina's erhielt, welches die Anweſenheit Heinrichs in Petersburg erbat, ſchrieb er, entſchloſſen, in erſter Linie ſeine Beziehungen zu Katharina intakt zu erhalten, ſeinem Bruder auf der Stelle: die Reiſe nach Petersburg werde ihm kein großes Vergnügen verurſachen; aber die Kaiſerin verlange ihn mit ſolchem Eifer, daß er glaube, Heinrich dürfe ſich derſelben nicht verſagen [3]). Der Prinz erwiderte am 24. Auguſt, daß er mit großer Ueberraſchung das Schreiben vom 12. mit dem Befehl, nach

[1]) Prinz Heinrich an den König 12. Februar, 18. März, 22. Juni und 30. Juni 1770; geh. Staatsarchiv. — [2]) Prinz Heinrich an den König 27. Auguſt und 25. Sept. 1770. — [3]) Vgl. Solms' Bericht vom 18. Juli 1770; geh. Staatsarchiv.

Petersburg zu gehen, empfangen habe; vor Ende September werde ihn die Schweſter nicht fortlaſſen; für die Rückreiſe durch Preußen werde er eine Escorte brauchen, da die Konföderirten auch durch Polniſch-Preußen ſtreiften. Der König wiederholte ihm am 30. Auguſt aus Neiſſe: die große Reiſe nach Petersburg ſei unglücklicherweiſe unvermeidlich. Er werde ſich dort jedoch in der Lage befinden, der Schweſter in Schweden gute Dienſte zu leiſten, die er (der König) als ihm ſelbſt geleiſtet anſehen werde. Er möge verſuchen, die Kaiſerin zu einer Erklärung über die Bedingungen zu bringen, unter denen ſie ihren Frieden mit der Pforte zu ſchließen gedenke. „Ich reiſe am 2. (September) nach Mähren und finde dort Leute, die dieſer Friede ſehr beſchäftigt und die am Ende ungeduldig werden könnten, wenn der Krieg im nächſten Jahre noch fortdauerte.“ Am folgenden Tage wiederholt der König noch einmal: „Wie unangenehm Dir die Reiſe ſein wird, ſie iſt unter den gegenwärtigen Umſtänden und nach den Avancen, die Katharina gemacht hat, unvermeidlich,“ und ermahnt ſeinen Bruder wiederum, die Schweſter bei der Kaiſerin außer Schuld zu ſetzen (31. Auguſt).

Die Beſetzung der Moldau und Wallachei, darnach die Niederlagen der Osmanen bei Tſchesme, am Larga und am Kaghul erhöhten die Beſorgniſſe des Wiener Hofes vor der ſteigenden Uebermacht Rußlands [1]). Hatte man nach der Beſetzung der Donaufürſtenthümer in Siebenbürgen zu rüſten begonnen, ſo bemerkte Kaunitz jetzt: „Die Türken erſcheinen nicht mehr geeignet, den Ruſſen zu imponiren, und wenn man nicht will, daß die Dinge zu weit gehen und die Heilmittel zu ſpät kommen ſollen, wird man ſich vielleicht in der Nothwendigkeit ſehen, ſich wenigſtens zu einer recht kräftigen Demonſtration entſchließen zu müſſen, damit dieſelbe ernſthaft genommen wird. Aber man kann ſich über nichts entſcheiden, bevor wir den König von Preußen geſehen haben (30. Auguſt).“ Dem Kaiſer ſagte Kaunitz: „daß man wahrſcheinlich genöthigt ſein werde, einen ernſthaften Entſchluß zu faſſen, der, wenn nicht gefährlich, doch

[1]) Beer Erſte Theilung 1, 302 ff.

mindeſtens koſtſpielig ſein werde. Nicht allein das Mehr oder Minder des Guten, das man wird thun können, ſondern vielleicht alles, was man überhaupt thun kann, wird von der Mitwirkung des Königs von Preußen abhängen. Zu etwas wenigſtens iſt Unglück gut, da ſich die Türken, wie es ſcheint, vollſtändig entſchloſſen haben, aufrichtig den Frieden und unſere Mediation zu wollen. Nun handelt es ſich darum, auch die Ruſſen das Eine wie das Andere wollen zu machen." Den Polen, fügte er hinzu, habe er auf das durch den Grafen Pac (er war gegenwärtig General-Marſchall der Konföderation von Bar und hatte perſönlich in Wien Hülfe erbeten) überreichte Memoire in einem Sinne geantwortet, der geeignet ſei, ſowohl den Ruſſen zu denken zu geben, wenn dieſe Antwort in deren Hände fiele, als auch Leuten, „deren man vielleicht in Kurzem bedürfen würde", nicht alle Hoffnung zu rauben. Aus dieſem Grunde habe er den Ausdruck „von dem Stande, in dem ſich die Dinge n o ch befänden" gebraucht [1]).

Am 3. September, Mittags, traf Friedrich II. zu Neuſtadt bei Brünn ein, den Beſuch von Neiſſe zu erwidern. Der Kaiſer und Kaunitz erwarteten den König. Kaunitz berichtete noch an demſelben Tage der Kaiſerin-Königin, daß der König nach dem Diner lange Zeit mit ihm über den gegenwärtigen Krieg und die zukünftige Pacifikation geſprochen, aber mit wenig Haltung und Folge in der Ordnung der Ideen. Er (Kaunitz) habe ſchon Gelegenheit gehabt, ihm hinzuwerfen, daß nach ſeiner Anſicht nichts weniger fein ſei als Finaſſerien; „ich werde morgen ſehen, ob dieſe Lektion einige Wirkung gethan hat." Ueber dieſes erſte Geſpräch mit dem Könige referirt Kaunitz dann der Kaiſerin ausführlicher: „Der König ſagte mir, daß er die baldigſte Herſtellung des Friedens wünſche, wie ich glaube, aufrichtig, theils ſeine Subſidien zu ſparen, theils weil er wohl fühlt, daß er im Grunde bei der Vergrößerung Rußlands noch mehr Gefahr läuft als wir. Zugleich aber wollte er mich glauben machen, daß er die Fortdauer des Krieges mehr unſertwegen als ſeinetwegen fürchte, da wir durch die Fortſchritte der Ruſſen, die wir nicht dulden könnten,

[1]) Beer Zuſammenkünfte S. 115 ff.

in einen Krieg mit den Ruſſen hineingezogen werden würden, welchem das Intereſſe der Menſchlichkeit, ſein Intereſſe und unſer Intereſſe zuvorzukommen geböten. Der Friede müſſe dieſen Winter geſchloſſen werden, damit nicht noch eine Campagne folge, durch welche, wenn die Türken unterlägen und wir dann ihre Partei nähmen, wir in den Krieg verwickelt werden könnten. Die Ruſſen würden ſich vorausſichtlich mit Aſow begnügen und mit der Einſetzung unabhängiger Fürſten in der Moldau und Wallachei. Die Türken könnten auf dieſe Bedingungen eingehen. Nachdem ich ſo wenig überlegte Ideen, welche ſeinerſeits ohne irgend eine Folge hingeworfen wurden und die ich in die Ordnung eines Raiſonnements gebracht habe, gehört hatte, begnügte ich mich, zu erwidern, daß ich aus den von ihm angeführten Gründen und aus vielen, die ich hinzufügen könne, einverſtanden ſei, daß der Friede lieber früher als ſpäter hergeſtellt werde. Aber dies ſei nicht ſo leicht. Die Türken würden nicht ſo nachgiebig ſein, wie er glaube, da ſie begriffen, daß es in dieſem Kriege auf Ausdauer ankomme. Sie hätten mehr Mittel als die Ruſſen, und das Glück der Waffen wende der Tag. Rußland könne wohl wiſſen, daß wir weder die Zerſtörung des osmaniſchen Reiches noch auch nur einigermaßen bedeutende Eroberungen, ſelbſt wenn der König, was ich von einem ſo erleuchteten Fürſten nicht annehmen könne, dieſe Ideen gut finden wollte, dulden könnten, und daß wir ſicherlich verſuchen würden, ſie zu verhindern, ſollten wir auch Rußland den Krieg machen, ſei es allein, ſei es mit der Pforte verbunden. Da Rußland aus dieſen Gründen den Frieden wünſchen müſſe, auch wenn es, wie der König annehme, die Mittel habe, den Krieg fortzuſetzen, wären wir gern bereit, wenn es möglich ſei, zur Beſchleunigung des Friedens mitzuwirken; aber da ohne ihn alle unſere Anſtrengungen ungenügend ſein würden, handele es ſich darum, zu wiſſen, bis zu welchem Punkte er ſeinerſeits zur Förderung eines Ereigniſſes beizutragen bereit ſei, welches ihn mindeſtens ebenſo ſehr intereſſire als uns.“ Kaunitz führt dann aus, wie er, nachdem er gefunden, daß das, was der König in dieſer erſten Unterredung geſagt, entfernt davon, lichtvoll zu ſein, vielmehr ſehr klein und ſehr

inkonſequent geweſen und ſomit entweder des Königs Ideen nicht klar wären oder deren Verwirrung und Gewundenheit ein Reſt des früheren Mißtrauens ſein müſſe, beſchloſſen habe, ihm dieſes zu nehmen und ihn in den Geſchäften weiter und beſſer ſehen zu machen, als er ſehe. Zu dieſem Zwecke hielt er dem Könige am folgenden Tage einen ſehr langen Vortrag, nachdem er zuvor gebeten hatte, ihn nicht zu unterbrechen. Der Kern war: Oeſtreichs Syſtem ſei ein Syſtem des Friedens. Es wolle keine Eroberungen. Deshalb habe es an den Unruhen in Polen nicht Theil nehmen wollen und die Gelegenheit, die ihm geboten war, ſich mit Rußland zur Vernichtung des osmaniſchen Reiches zu verbinden und deſſen Eroberung, die in dieſem Falle wahrſcheinlich nicht ſchwer geweſen wäre, zu theilen, nicht benutzen zu ſollen geglaubt. Oeſtreich ſei der Alliirte Frankreichs, das ihm den Rücken decke, Preußen der Alliirte Rußlands, das ihm ebenſo den Rücken decke. Durch dieſe Defenſivallianzen ſei das Gleichgewicht hergeſtellt, und dieſes für das beſondere Intereſſe Oeſtreichs und Preußens wie für das allgemeine Intereſſe beſtmögliche Syſtem müſſe aufrecht erhalten werden. Mit der aufrichtigen Anerkennung dieſes Syſtems, mit der Feſthaltung des defenſiven Charakters dieſer Allianzen ſei zugleich das loyale Verhalten Oeſtreichs und Preußens gegen einander und das gute Einvernehmen zwiſchen ihnen vereinbar und gegeben. Ein Vertrag ſei dazu nicht erforderlich. Preußen müſſe ſich enthalten, mit Frankreich anzuknüpfen und Oeſtreich in Paris zu ſchaden; Oeſtreich müſſe ſich enthalten, mit Rußland anzuknüpfen und Preußen in Petersburg zu ſchaden. Aus dieſem Grunde habe Oeſtreich verſchmäht und werde verſchmähen, ſich wiederum mit Rußland zu verbinden oder auch nur den Schein dieſer Abſicht anzunehmen, da dies Rußland dem Könige gegenüber nur noch ſtolzer und anſpruchsvoller machen würde. Es wäre wünſchenswerth und nützlich, wenn Oeſtreich und Preußen übereinkämen, den politiſchen Katechismus, den er aufgeſetzt habe, zu beobachten. Dieſer lautete: Sobald man Grund zu Mißtrauen und Argwohn zu haben glaube, werde man freundſchaftlich Aufklärung fordern. Man werde ſtets aufrichtig und freimüthig mit einander

verhandeln. Der Eine werde dem Anderen nichts Nachtheiliges vorſchlagen oder etwas, das nicht auf Gegenſeitigkeit gegründet ſei. Man werde alle übrigen Höfe von der Freundſchaft und Achtung, welche zwiſchen Preußen und Oeſtreich beſtehe, zu überzeugen ſuchen. Oeſtreich wird ſich Rußland, Preußen Frankreich nicht zu nähern ſuchen. Wenn Rußland dem Wiener Hofe oder Frankreich dem Berliner Hofe Allianzvorſchläge machen ſollte, wird man ſich dies getreulich und ſchleunig mittheilen. Bei Unternehmungen von einiger Wichtigkeit wird man ſich vorher Mittheilung machen. Der Eine wird ſich dem Vortheile des Anderen nicht widerſetzen, wenn ſolcher nicht von ſehr großer Bedeutung iſt. Bei wichtigen wird man ſich benachrichtigen und über die Gegenſeitigkeit und Verhältnißmäßigkeit des Vortheils im Voraus übereinkommen, welchen dann der Eine dem Anderen nicht bloß zubilligen, ſondern dieſem auch zu erlangen behülflich ſein wird. Ueber kleine und ſpecielle Dinge wird man ſich in Unterhandlung von Staat zu Staat zu treten enthalten. Man wird ſich gegenſeitig die Inſinuationen mittheilen, die von anderen Seiten gemacht werden, und den Argwohn, deſſen Erregung verſucht werden ſollte. Friedrich erwiderte, daß er von allen Empfindungen erfüllt ſei, welche der Wiener Hof wünſchen könne, und daß es ihm demnach nicht ſchwer fallen würde, ſich den Regeln dieſes Katechismus anzuſchließen [1]).

Dem Könige lagen die praktiſchen Fragen am Herzen. Am frühen Morgen waren faſt zu gleicher Zeit Kuriere in Neuſtadt eingetroffen, die Schreiben des Kaimakam für den König und Kaunitz überbrachten, welche dort Zegelin und Thugut eingehändigt worden waren. Die Pforte verlangte die Mediation Oeſtreichs und Preußens. Der König ſagte, nachdem er den Vortrag überſtanden, nach Kaunitz' Bericht: „Dieſer verdammte Türkenkrieg alarmirt und beunruhigt mich. Ich würde in Verzweiflung ſein, wider meinen Willen in einen neuen Krieg gegen Euch verwickelt zu werden, und ich fühle, daß, wenn die Ruſſen die Donau überſchreiten, Ihr kaum ruhige

[1]) Beer a. a. O. S. 117—128. 144. 145.

Zuſchauer dieſes Ereigniſſes und der weiteren Fortſchritte bleiben könnt. Wenn Ihr dann in Polen Krieg machen wolltet, ſo könnte mich dies Unglück treffen; denn meine Verpflichtungen gegen Rußland beziehen ſich gerade auf dieſes Land. Es würde in der That nicht derſelbe Fall ſein, wenn Ihr den Krieg in die Moldau und Wallachei verlegt, da ich nicht abſolut verpflichtet bin, mich hierin zu miſchen. Aber da man deſſenungeachtet doch niemals weiß, wie weit die Dinge gehen können, ſo wünſche ich nicht, daß Ihr in den Fall kommt, Euch direkt mit dieſen Leuten (ſo ſagte der König, bemerkt Kaunitz) zu überwerfen. Machen wir deshalb den Frieden, ich bitte Sie, ſo bald wie möglich." Kaunitz erwiderte: „Da eine einigermaßen bedeutende Vermehrung der ruſſiſchen Macht Oeſtreichs Sicherheit und die Preußens in der Folge ungewiß machen würde und ſomit in dem Augenblick, wo man noch auf die Mitwirkung der Pforte und ſelbſt auf die Polens zu rechnen vermöge, der Krieg ein geringeres Uebel ſein werde, als die Unthätigkeit, könne Oeſtreich ſich nicht entbinden, ſich zum Kriege zu entſchließen, falls Rußland einigermaßen bedeutende Eroberungen behaupten, oder verlangen wollte, daß die polniſchen Angelegenheiten auf einem Fuße blieben, der aus dieſem Reiche eine ruſſiſche Provinz mache. Wenn dann der König nicht mit Oeſtreich ginge, ſo wäre es nicht unmöglich, daß Oeſtreich ſich wieder in dem Falle befände, ihn angreifen zu müſſen, ſei es, um Rußland eine Diverſion zu machen, ſei es, um einen Feind wie ihn nicht im Rücken zu laſſen. Da es dem Könige nun ſo wenig zu konveniren ſcheine, mit Oeſtreich zu brechen, wie es Oeſtreich konvenire, mit ihm zu brechen, ſo müſſe man allerdings Alles anwenden, um den Frieden baldmöglichſt herbeizuführen. Oeſtreich habe dafür in Konſtantinopel gewirkt, indem es die Türken beſtimmt habe, die Mediation Oeſtreichs und Preußens zu verlangen. Damit habe ſich nun wenigſtens die Pforte dem Frieden geneigt gezeigt; es handle ſich demnach nur noch um Rußland. In Petersburg habe der König den größeren Kredit, er möge alſo dort alle Mittel der Ueberredung und ſelbſt ſtärkere anwenden, um „ſeine Kaiſerin" (dieſe Wendung legt ſich Kaunitz ſtets in den Mund) zu beſtimmen, Oeſtreichs Me-

diation anzunehmen und verſtändigen Bedingungen ſich zu unterwerfen. Weiche die Kaiſerin der Mediation aus, ſo würde er (Kaunitz) ſich berechtigt halten, anzunehmen, daß ſie die Dinge zum Aeußerſten treiben wolle, und würde Oeſtreich ſich dann nicht entbinden können, einen Entſchluß zu faſſen, der ihre Fortſchritte aufhalte und ſie nöthige, Waſſer in ihren Wein zu thun. Die Kaiſerin, habe der König entgegnet, ſei ſehr ſtolz, ſehr ehrgeizig und ſehr eitel; man könne zu ihr nicht in dem Tone ſprechen, wie zu einem Miniſter: „Könntet Ihr nicht Rumäntzow bedeuten, daß Ihr darauf zähltet, daß er ſich nicht einfallen laſſe, die Donau zu überſchreiten, oder könntet Ihr Frankreich nicht erklären laſſen, daß es Euch mit hunderttauſend Mann unterſtützen würde, wenn Ihr mit den Ruſſen brächet, falls dieſe die Donau überſchritten? Das würde Eindruck machen.“ Nachdem Kaunitz dieſe „kindiſchen Ideen“, wie er ſie qualificirt, aus dem Munde eines Fürſten, „der übrigens viel Geiſt habe“, vernommen, ſchlug er dem Könige vor: „ſeiner Kaiſerin“, zu ſchreiben, daß er zwar bei dem Kaiſer und Kaunitz keine Entfremdung und Erbitterung gegen Rußland bemerkt, daß er ihr aber nicht verbergen könne, daß, falls der Krieg länger dauere und eine bemerkliche Aenderung des Gleichgewichts zwiſchen Rußland und der Pforte herbeiführe, der Wiener Hof zu einem ernſten Schritte entſchloſſen geſchienen habe, um ein Ereigniß zu verhindern, das dieſer Hof für unvereinbar mit dem Staatswohle betrachte. Der König möge hinzufügen, daß es ihm auch ſehr wünſchenswerth erſcheine, daß vor den Friedensverhandlungen, oder wenigſtens vor dem Frieden die polniſchen Angelegenheiten geordnet wären. Die Kaiſerin möge zu dieſem Zweck einen Pacifikationsplan entwerfen und dieſen in Berlin und Wien mittheilen laſſen. Fänden ihn die beiden Höfe ausführbar, ſo würden ſie die Zuſtimmung des Königs von Polen und der verſchiedenen Parteien in Polen zu bewirken ſuchen; wären dieſe nicht verſtändig genug, darauf einzugehen, ſo würde es Rußland überlaſſen bleiben, ſie mit Gewalt dazu zu nöthigen, und würden die beiden Höfe erklären, daß ſie die Aufrechthaltung der Pacifikation garan-

tirten, wenn die Kaiſerin ihre Truppen aus Polen zurückgezogen haben würde. Der König erklärte ſich einverſtanden und ſagte dann nach Kaunitz' Bericht: „Wir haben uns eben verſtändigt und, wie mir ſcheint, gut verſtändigt über die gegenwärtige Lage der Dinge. Aber dieſe kann ſich ändern und ändert ſich, wie Sie beſſer wiſſen als ich, durch Ereigniſſe, welche von Zeit zu Zeit eintreten. Ich glaube deshalb, daß es gut ſein würde, wenn man ſich ſehen und ſprechen könnte, wäre es auch nur einen Tag im Jahre oder wenigſtens dann, wenn Veränderungen eintreten, über welche es wünſchenswerth wäre ſich zu verſtändigen." Kaunitz wich dieſem doch deutlich und entſchieden auf eine weitere Annäherung zielenden Vorſchlage aus. Die Miniſter an beiden Höfen würden dazu genügen, erwiderte er, wenn man nur geeignete Perſonen wähle. Träten ganz beſondere Ereigniſſe ein, ſo würde ſich ein Wiederſehen durch Mittel, die nicht ſchwer zu finden ſein würden, arrangiren laſſen. Das Wichtigſte ſei, daß der König ſich häufig an das erinnere und niemals vergeſſen wolle, was er die Ehre gehabt habe ihm zu ſagen.

Die Ergebniſſe der Beſprechungen faßt Kaunitz dahin zuſammen: „Der König iſt dieſen Morgen (7. September) um 5 Uhr abgereiſt. Ich habe Grund, zu glauben, daß meine Unterredungen auf den König einen lebhaften Eindruck gemacht haben und daß er mit anderen Empfindungen über uns und für uns abreiſt, als die, welche er mitgebracht. Ich habe ihn engagirt, allein in ſeinem Namen das Wort über die Mediation an Rußland zu richten. Er hat mit vieler Folgſamkeit die Wendung angenommen, die ich dieſem Schritte zu geben ihm vorgeſchlagen habe. Demnach werden wir Rußland gegenüber nicht kompromittirt ſein, wenn es ablehnt. Ebenſo hat er mit vieler Gelehrigkeit Rußland gegenüber die Ausführung eines Rathes übernommen, den ich ihm zur Beilegung der Unruhen in Polen an die Hand gegeben. Ich habe Grund, zu glauben, daß er uns in Zukunft trauen wird, ſoweit es ihm möglich iſt, jemandem zu trauen, und daß wir dagegen ihm mehr trauen dürfen, als dies bisher vernünftig geweſen wäre." Kaunitz ſchließt mit der Anführung, daß der

König auch den Katechismus (S. 200) unterſchrieben hätte, wenn der Kaiſer dies ſeinerſeits gethan [1]).

Dem Könige war die genaue Kenntniß, die er von den Abſichten des Wiener Hofes erlangt hatte, willkommen. Er war entſchloſſen, dieſe ſofort für die Mäßigung der Abſichten Rußlands gegen die Pforte wie in Polen nachdrücklich zu verwerthen und dadurch den Frieden baldmöglichſt zu erreichen. Von vornherein ſtark zu ſprechen, hielt er für unklug und den Erfolg gefährdend. So ſchrieb er, nach Potsdam zurückgekehrt, der Kaiſerin Katharina, daß er Kaunitz im Ganzen gemäßigter gefunden habe, als er erwartet, obwohl er die Aufrechthaltung des Gleichgewichts im Orient nachdrücklich hervorgehoben. Die Pforte habe Oeſtreichs und ſeine Mediation verlangt; er wünſche zu wiſſen, ob die Kaiſerin dieſe annehme. Als guter Alliirter könne er nur ſagen, daß der Friede in dieſem Augenblick wünſchenswerth ſei, um einen allgemeinen Krieg zu vermeiden, den Frankreich zu entzünden ſuche. Katharina's Mäßigung werde den Ruhm noch erhöhen, den ſie durch ihre Waffen erfochten habe. Auch die polniſchen Angelegenheiten verlangten gegenwärtig eine ernſte Erwägung. Der Würde Rußlands wäre es angemeſſen, wenn ſie vor dem Abſchluß des Friedens mit der Pforte beendigt werden könnten. Wenn die Diſſidenten ihre Forderungen mäßigten, was ſie, wie er glaube, von der Kaiſerin ſelbſt erbitten würden, würde es nicht unmöglich ſein, Polen den Frieden zu geben. Er glaube ferner ſogar, wenn er ſich nicht zu ſehr ſchmeichle, die Oeſtreicher bewegen zu können, in Gemeinſchaft mit ihm die Konföderirten zur Annahme ſolcher Bedingungen zu zwingen. Dieſe Ideen ſeien wichtig wegen der Folgen und der Zukunft; ſie verdienten, wohl diskutirt und wohl erwogen zu werden (14. September). Zugleich inſtruirte er Solms, daß, ſoweit er (der König) habe erforſchen können, der Wiener Hof kein Hinderniß entgegenſtellen werde, daß Rußland einen „ehrenvollen und ſicheren Frieden“ erlange, vorausgeſetzt, daß die Moldau

[1]) Beer a. a. O. S. 141. Ueber die geſammte Konferenz iſt die Mittheilung zu vergleichen, die Kaunitz dem Vertreter Englands am 3. October in Wien machte, bei Raumer a. a. O. 2, 255 ff.

und Wallachei unter türkiſcher Herrſchaft blieben. Der Pacifikationsplan für Polen müſſe auf ſehr gemäßigten Bedingungen beruhen, damit ſie den Konföderirten erträglich ſeien. Zuvörderſt müſſe der Thron dem Könige geſichert werden und die Diſſidenten auf den Eintritt in den Senat verzichten; ſodann ſei zuſammenzuſtellen, was Rußland zum Beſten des Friedens nachlaſſen zu können glaube. „Geſchieht dies, ſo erbiete ich mich, dies Projekt zu garantiren und vom Wiener Hofe garantiren zu laſſen und ferner die Konföderirten zu zwingen, ſich billigen Bedingungen, welche die Kaiſerin von Rußland ihnen vorſchriebe, zu unterwerfen (13. September)." Seinem Bruder Heinrich hatte er ſchon einige Tage früher aus Breslau geſchrieben: „Ich beklage Dich von ganzem Herzen wegen der harten und unangenehmen Reiſe, die Du in der Nothwendigkeit zu machen biſt. Aber ſie iſt im gegenwärtigen Augenblick unvermeidlich, und Du kannſt meiner Schweſter ſehr nützlich ſein und dazu beitragen, die Bedingungen des Friedens mit den Türken wie mit den Polen zu mäßigen [1])." Die Escorte durch Polniſch-Preußen für die Rückreiſe werde geſtellt werden. „Mit meiner Reiſe", fährt der König fort, „bin ich im Ganzen ſehr zufrieden und Alles geht nach Wunſch. Die Pforte hat meine und Oeſtreichs Mediation gefordert, was zu Konferenzen veranlaßt hat, die ich mit Kaunitz hierüber gehabt. Wir ſtimmen in unſeren Principien und Ideen ſo ziemlich überein. Wenn die Kaiſerin ſich in ihren Forderungen für die Diſſidenten etwas mäßigt, daß ſie keinen Antheil an der Geſetzgebung erhalten, daß der Krongroßfeldherr Herr der Armee iſt, daß Subſidien nur mit Zuſtimmung der Reichstage aufgelegt werden, ſo wird ſich Alles beruhigen; ja, wir und die Oeſtreicher werden uns ſelbſt verpflichten, die widerſtrebenden Polen zu ihrer Pflicht zu bringen, falls ſie ſo gemäßigten Bedingungen nicht zuſtimmen wollten. Dieſe Vorſchläge bei der Kaiſerin zu unterſtützen, haſt Du zwei große Argumente.

[1]) Dieſem Briefe wie den oben mitgetheilten, dieſer Reihe von Urkunden gegenüber bedürfen die Behauptungen von Smitts a. a. O. 1, 134. 136: wie kunſtvoll der König die Reiſe des Prinzen Heinrich nach Petersburg bewerkſtelligt habe, keiner Widerlegung.

Das eine iſt das ihres Ruhmes, der nicht höher ſteigen kann, als wenn ſie nach ſo vielen Siegen Mäßigung zeigt; das zweite iſt, daß, wenn man eines ſoliden Friedens genießen will, man ihn unter erträglichen Bedingungen ſchließen muß. Entſchließt ſich die Kaiſerin dazu nicht, ſo wird ſie an ihrem Werke in Polen immer von Neuem arbeiten müſſen, und ſchließlich könnten daraus ſo bedeutende Unruhen entſtehen, daß ſie ganz Europa in dieſe Streitigkeiten hineinziehen. Du haſt ſo viel Geiſt, daß Du das, was ich in zwei Worten ſage, nach Deinem Urtheile ausführen wirſt. Ich zweifle nicht, daß es Dir gelingt, dieſe Ideen zur Annahme zu bringen und in dieſem kritiſchen Augenblick das vornehmſte Werkzeug der Pacifikation Europa's zu werden (9. September [1]).“ Nach Erlaß ſeines Schreibens an die Kaiſerin und der Inſtruktion an Solms ſagt der König ſeinem Bruder: „Das Nützlichſte, was Du für unſer Wohl und das Wohl Europa's thun kannſt, iſt, wo möglich zu bewirken, daß die Mediation Oeſtreichs nicht zurückgewieſen wird und daß Polen keine zu ſchweren Bedingungen auferlegt werden. Giebt die Kaiſerin nach, ſo werden wir, ich und Oeſtreich, die Polen zur Vernunft bringen, und dieſe Ruhe wird dauernd ſein. Die Türken hoffen wir dahin zu bringen, Aſow abzutreten und Amneſtie für die Griechen des Peloponnes zu gewähren, auch die übrigen wegen ihrer Religion nicht zu beunruhigen. Die Garantie hierfür würde Venedig übernehmen, und vielleicht ließe ſich auch Oeſtreich dazu bewegen. Wenn Du zur Annahme einiger dieſer Punkte beitragen kannſt, ſo erweiſeſt Du Deinem Vaterlande und Europa einen Dienſt (18. September [2]).“ Heinrich hatte gewünſcht, der Kaiſerin einen Brief des Königs, der ihn berechtige, im Namen deſſelben zu ſprechen, in Petersburg vorzeigen zu können. Zu dieſem Zwecke ſchrieb ihm der König am 1. Oktober: „Die Pforte hat meine Mediation und die des Wiener Hofes verlangt. Wir erwarten die Antwort der Kaiſerin: ja oder nein, ob ſie dieſe Mediation annimmt.“ In Betracht der gemäßigten Abſichten der Kaiſerin werde das Werk der Mediation leicht ſein; die

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 323—325. — [2]) Geh. Staatsarchiv.

größten Hinderniſſe würden von der Wunderlichkeit und dem Eigenſinn der Türken kommen. Aber die ruſſiſche Flotte vor den Dardanellen ſchneide ihnen die Zufuhr aus Aegypten und Großgriechenland ab, und die Fortſchritte der Ruſſen in der letzten Campagne ſammt Hunger und Peſt würden ſie zur Nachgiebigkeit zwingen. Der Friede müſſe bald geſchloſſen ſein; Spanien habe die Engländer von den Falklandsinſeln verjagt; der Seekrieg Englands gegen die beiden bourboniſchen Höfe ſtehe bevor [1]).

So die Inſtruktionen des Prinzen Heinrich. Er traf am 12. Oktober nach einer ſtürmiſchen Ueberfahrt von acht Tagen in Petersburg ein. Die Dinge lagen hier anders, als der König vorausgeſetzt. Katharina war entſchloſſen, obwol ſie außer Stande war, neben der Führung des Türkenkrieges die Polen niederzuwerfen, dieſen fortzuſetzen, in keinem Falle ohne die entſchiedenſten Vortheile, ohne Anerkennung ihres Protektorats über die Griechen der Pforte Frieden zu ſchließen. Darnach war der Eintritt jeder Vermittelung, am meiſten die gemeinſame Vermittelung Oeſtreichs und Preußens, die ſie bei Feſthaltung ihres Zieles nur in Konflikt mit Oeſtreich und Preußen bringen konnte, zu vermeiden. Um ſo erwünſchter war ihr, daß ſie den Prinzen eingeladen, durch den man nun jede vertraulichſte Eröffnung nach Berlin gelangen laſſen konnte, die geeignet wäre, Preußen von Oeſtreich abzuziehen. Zunächſt handelte es ſich darum, der gemeinſamen Vermittlung auszuweichen. Dies geſchah am einfachſten, wenn Katharina eine direkte Verhandlung mit der Pforte eröffnete. Als das Schreiben des Königs vom 14. September in ihre Hand gelangte, erhielt der kommandirende General der Donau-Armee, Rumäntzow, Befehl, ſich mit dem Großvezir in Beziehung zu ſetzen, ihm mitzutheilen, daß die Kaiſerin bereit ſei, in Verhandlungen über den Frieden einzutreten, ſobald Obreskow freigelaſſen ſei [2]). Sodann

[1]) Geh. Staatsarchiv. Die Phantaſieen des Herrn von Smitt a. a. O. S. 134, der die Aufgabe des Prinzen ſehr genau zu kennen behauptet, an ſich unmöglich, werden zum Ueberfluß durch dieſe ausdrücklichen Urkunden widerlegt. — [2]) Vgl. Panin an Galitzin bei Görtz S. 2. Nach Beer (Erſte Theilung 2, 4) war Katharina bereits vor Eintreffen des Schreibens des Königs vom

ſchrieb die Kaiſerin am 9. Oktober (28. September) dem Könige: ſie ſei dem Frieden geneigt; ein neuer Beweis davon ſei, daß ſie durch Rumäntzow dem Vezir ihre Bereitſchaft zum Frieden habe erklären laſſen. Vor Obreskows Freilaſſung könne ſie jedoch auf keine Unterhandlung eingehen. Eine Vermittelung würde ſehr erwünſcht ſein und die des Königs am meiſten. Jedoch ſei ſie gerade hierin beengt. Seit dem Beginn des Krieges habe England die Mediation gewünſcht, und ſie habe dieſe zugeſagt, wenn es zur Mediation komme. Werde England zugelaſſen, ſo werde auch Frankreich Antheil an der Mediation verlangen; Choiſeul aber, „den geſchworenen Feind ihres Staates und ihrer Perſon", könne und werde ſie nicht zulaſſen. Gegen Oeſtreichs Mediation empfinde ſie bei weitem dieſe Abneigung nicht. Ueber ihre Dispoſitionen und dieſe Schwierigkeiten habe Panin ein Memoire aufgeſetzt, und der Theil, welcher die Mediation betreffe, ſei ſo redigirt, daß ſie dem Könige anheimſtellen könne, dieſen dem Wiener Hofe mitzutheilen, damit derſelbe hieraus ihre Rechtlichkeit, ihren guten Glauben und ihre wahren Gefühle über die Mediation erkenne. „Geben Sie", ſo ſchließt Katharina, „der Sache die beſte Wendung. Namen und Form der Mediation müſſen vermieden werden. Die guten Dienſte des Wiener Hofes bin ich bereit anzunehmen; die Eurer Majeſtät verlange ich. In Polen werde ich alle Mäßigung eintreten laſſen. Ich habe ſchon eine Deklaration abgegeben, die ohne die Intriguen der Czartoryski zur Pacifikation geführt hätte. Meinem Miniſter in Polen werde ich hierüber neue Inſtruktionen ertheilen und bitte, ihn durch Ihren Miniſter unterſtützen zu laſſen [1])."

Auf die Anzeige des Grafen Solms, daß Rumäntzow zu Unterhandlungen mit dem Großvezir beauftragt ſei, die vor dieſem Briefe der Kaiſerin in Berlin eintraf, ſchrieb der König am 15 Oktober ſeinem Bruder nach Petersburg: „Alſo man verhöhnt uns. Ich

14. September unterrichtet, daß die Pforte die Vermittelung Oeſtreichs und Preußens verlangt habe, und der betreffende Befehl an Rumäntzow ſchon vor dem 26. September ertheilt.

[1]) Geh. Staatsarchiv.

verzichte gern auf das undankbare Geſchäft der Mediation, wenn nur mein Rath für Polen, der allein zu völliger und dauernder Pacifikation führen kann, endlich in Petersburg angenommen wird. Die Peſt (von Süden her eingedrungen, wüthete dieſe ſeit längerer Zeit in Rußland und Polen und drohte ſich weiter nach Weſten zu verbreiten) wird Dich auf der Rückreiſe nicht beläſtigen. Ich habe einen Cordon von Teſchen durch die Neumark nach Tuchel gegen Marienwerder und Preußen ziehen laſſen und mir dadurch auch ſichere Kommunikation verſchafft." Im Beſitz des Schreibens der Kaiſerin ſagte er Heinrich dann am 26. Oktober: „Nach der Antwort, welche ich eben erhalte, lehnt die Kaiſerin die Mediation weder ab noch nimmt ſie dieſelbe an. Demnach gedenke ich mich in alles dies nicht mehr zu miſchen, um ſo weniger als General Rumäntzow Befehl hat, direkt mit dem Kaimakam und dem Großvezir zu unterhandeln. Die Kaiſerin verlangt, daß mein Miniſter in Warſchau alle Weiſungen, welche ſie ihrem Miniſter ertheilen wird, unterſtützen ſoll. Aber ich bin nicht gewohnt, meine Miniſter handeln zu laſſen, ohne zu wiſſen, womit man ſie beauftragt, und gewöhnlich theilen ſich alliirte Mächte die Dinge mit und verſtändigen ſich, bevor man handelt. Ich hoffe, daß Du dieſe allgemein angenommene Gewohnheit dem Grafen Panin ins Gedächtniß rufen wirſt. Bleibe, lieber Bruder, in jenem Lande, ſolange es Dir angenehm iſt und Du unſerer Schweſter nützlich ſein kannſt. Ich bin ſehr entſchloſſen, mich weder in den Frieden noch in die polniſchen Dinge zu miſchen ſondern einfacher Zuſchauer der Ereigniſſe zu bleiben. Die Leute da können unſere Mediation ablehnen oder annehmen; aber ſie dürfen uns nicht offen höhnen [1])."

Inzwiſchen hatte Katharina dem Prinzen Heinrich am 17. Oktober verſichert: ſie wünſche den Frieden und verlaſſe ſich auf die Vermittelung des Königs in Konſtantinopel; zunächſt müſſe jedoch die Antwort des Großvezirs auf Rumäntzows Schreiben erwartet werden und Obreskow frei ſein. Als Heinrich Panin darauf aufmerkſam

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 330.

machte, daß eine doppelte Unterhandlung durch Rumäntzow und Preußen nur ſchaden könne, erwiderte dieſer: man wolle durch Rumäntzows Auftrag ermitteln, ob die Pforte überhaupt zu unterhandeln gedenke. Ueber die Friedensbedingungen erfuhr der Prinz von Panin und Saldern (deſſen Vertrauten), daß außer Aſows Abtretung die Freiheit der Krim, die Handelsfreiheit auf dem ſchwarzen Meere und Amneſtie für die Griechen gefordert werden würden. Die Moldau und Wallachei würden der Pforte zurückgegeben werden. In Polen ſolle Wolkonski (der Nachfolger Repnins) zunächſt auf die beſſer geſinnten Magnaten einwirken [1]). Dann berichtete der Prinz: „Vor zwei Tagen (24. Oktober) nahm mich die Kaiſerin bei Seite und fragte mich, was ich glaubte, daß geſchehen werde, wenn der Friede nicht zu Stande komme, ob ich ihr dazu riethe, die Armee den Rubikon — ſo nannte ſie die Donau — paſſiren zu laſſen. Ich ſagte: dies würde die Eiferſucht der Oeſtreicher im höchſten Maße erregen; die Franzoſen würden ſie vorwärts drängen, und es würde ein allgemeines Kriegsfeuer ausbrechen. Du würdeſt zwar nicht zugeben, daß ihre Unternehmungen geſtört würden; aber wir würden es mit den Franzoſen zu thun bekommen. Man wird alſo Frieden machen müſſen, ſagte ſie lachend. Ich wünſche ihn; aber der Sultan iſt ein wilder Mann, und die Aufhetzungen der Franzoſen werden ihn hindern, vernünftig zu ſein. Du würdeſt ihn vernünftig machen, erwiderte ich, wenn ſie Dir ihre Intereſſen anvertraue. Sie entgegnete: vor dem nächſten Januar werde man nicht klar ſehen. Ich drücke ſtark auf die Aufſtellung eines Pacifikationsplans für Polen, der Dir mitgetheilt würde, und auf Grund deſſen man auch Oeſtreich engagiren könnte. Aber ſie mißtrauen den Oeſtreichern und würden ſie nur unter Deiner Direktion und unter der Hand zulaſſen. Orlow, der den Frieden ohne Intervention will, kreuzt Panins Abſichten (27. Oktober)." Die folgenden Berichte des Prinzen ſagten dem Könige, daß Panin der Vortheile erwähnt habe, welche der Wiener Hof hätte

[1]) Bericht des Prinzen vom 18. Oktober. Die Antwort auf dieſen iſt die in den Oeuvres 26, 331. 332 gedruckte Chiffre des Königs.

haben können, wenn er mit Rußland in den Krieg gegen die Pforte eingetreten wäre; Kaunitz habe ſich durch ſeine Leidenſchaft für Frankreich zu dieſem Fehler hinreißen laſſen. „Ich habe hierauf", meldet der Prinz, „lakoniſch geantwortet. Geſtern (30. Oktober) war Saldern bei mir und fragte mich, ob Panin nicht von den Vortheilen geſprochen, die Oeſtreich hätte erlangen können. Ich ſagte ja und fügte hinzu, wenn man ſich mit politiſchen Träumereien unterhalten wolle, ſo könnte man, wenn es unmöglich wäre, den Frieden von den Türken zu erhalten, daran denken, eine Tripleallianz zwiſchen Preußen, Rußland und Oeſtreich aufzurichten, durch welche gegenſeitige Vortheile für die drei Kronen feſtgeſetzt würden, ſobald dann die Türken zum Frieden gezwungen wären. Saldern fragte mich, ob er dieſe Idee dem Grafen Panin mittheilen dürfe. Ich antwortete: da ich mich Deinem Tadel ausſetzen könnte, wolle ich in nichts engagirt ſein. Du biſt ſomit durch dieſe Unterredung in keiner Weiſe kompromittirt, und falls ſich die Türken dieſes Jahr nicht zum Frieden herbeilaſſen wollen, iſt es doch möglich, daß ich Dir einen Dienſt in der Vorausſetzung leiſte, daß Du den Wiener Hof beſtimmen kannſt, in dieſelben Intereſſen einzutreten und für die Deinigen thätig zu werden, wie ich es wünſche. Ich werde ſie nun kommen laſſen und kein Wort mehr über dies Kapitel ſagen (31. Oktober)." Sie kamen noch an demſelben Abend, wie der Prinz in der Nachſchrift meldet: „Dieſen Abend bei Hofe ſagte mir Panin, daß es gut ſein werde, für den Fall, daß die Türken ſich nicht zum Frieden herbeiließen, Maßregeln zu treffen, um einen allgemeinen Brand zu verhüten. Er werde darüber mit mir ſprechen, um mir ſeine Ideen mitzutheilen; es würde ſich um eine beſondere Konvention handeln. Ich antwortete, daß ich ſehr erfreut ſein würde, mich mit ihm zu unterhalten. Der beſte Rath, den ich geben könne, wäre der, am Frieden zu arbeiten. Spräche er mir von anderen Dingen, ſo würde ich freimüthig antworten, obwohl ich über dieſe Gegenſtände zu reden nicht autoriſirt ſei, ſondern nur dazu, die Vortheile des Friedens geltend zu machen. Es ſcheint, daß der Wiener Hof ſie beunruhigt, daß ſie anfangen zu fürchten, du ſeiſt mit dieſem bereits feſter verbunden,

oder daß man Vergrößerungsideen verſteckt und wirklich zu einer Tripleallianz zu gelangen hofft, wenn es nicht zum Frieden käme.“ Die Vermuthung, daß beſondere Abſichten vorhanden ſein müßten, lag nahe, da Panin dem Prinzen, trotz alles Drängens, die Forderungen, die er an die Pforte zu ſtellen gedenke, erſt mittheilen wollte, wenn der Großvezir geantwortet habe. Den Pacifikationsplan für Polen konnte der Prinz endlich am 4. November dem Könige ſenden; er bemerkt, daß er ihn angenommen, um nicht zu chikaniren; das Einzelne könne im Laufe der Unterhandlung gebeſſert werden [1]).

Noch von Neuſtadt aus hatte Friedrich am 5. September ſeinen Geſandten in Konſtantinopel angewieſen, die Freilaſſung Obreskows zu verlangen. Der Reis Efendi hatte hierauf Zegelin und Thugut, den Vertreter Oeſtreichs, am 14. Oktober zur Konferenz einladen laſſen und ihnen erklärt, daß die Pforte bereit ſei, Obreskow loszulaſſen, ſobald ſie der ernſthaften Abſicht Rußlands ſicher wäre, Frieden zu ſchließen. Auch würde der Pforte ein Waffenſtillſtand erwünſcht ſein. Friedrich eilte, ſeinem Bruder dieſen Bericht zu ſchicken, und erwiderte dem Prinzen auf deſſen Schreiben vom 27. October: „Ich hoffe, man wird den Rubikon nicht überſchreiten, vielmehr raſch und direkt mit den Türken abſchließen. Ueberſchritten die Ruſſen den Rubikon, ſo gäbe es kein Mittel mehr, die Oeſtreicher zurückzuhalten, und Du kannſt darauf zählen, daß daraus unfehlbar ein allgemeiner Krieg hervorgeht. Seit meiner Rückkehr aus Mähren hat Frankreich in Wien Terrain gewonnen, und Durand, den Choiſeul dorthin geſchickt hat, intriguirt unaufhörlich mit den Konföderirten in Polen [2]).“ Auf die folgenden Berichte Heinrichs vom 30., 31. Oktober und 4. November antwortete der König: die Pacifikationsbedingungen für Polen ſeien ſo, wie man ſie nur wünſchen könne. Die Kaiſerin beſchränke ſich einfach darauf, ihren König aufrecht zu halten, und überlaſſe alles Uebrige dem Reichstage, Diſſidenten und Konföderirten, ſich zu vergleichen, wie ſie könnten. Was die Inſinuationen Panins

[1]) Der Plan iſt abgedruckt bei Beer Erſte Theilung Dokumente S. 112. — [2]) Friedrich an Heinrich 9. und 11. November 1770; geh. Staatsarchiv.

und Salderns betreffe, ſo habe der Prinz aus der ihm zugeſendeten Depeſche Zegelins geſehen, daß die Türken den Frieden inſtändig verlangten. Wollten die Ruſſen hierauf in keiner Weiſe eingehen, ſo ſtürzten ſie ſich muthwillig in einen neuen Krieg, „und ich wäre in dieſem Falle nach dem von allen Mächten angenommenen Gebrauch“ berechtigt, meine Subſidien zu verweigern.“ Den Wiener Hof werde nichts von Frankreich trennen, wenn nicht Frankreich ſelbſt, d. h. wenn Choiſeul oder ein anderer Miniſter vollſtändig gegen Oeſtreichs Intereſſe handele, und ſelbſt dann werde man ſein Mißvergnügen in Wien noch verbergen. Kaunitz habe ihm deutlich genug geſagt, daß ſein Hof das Gleichgewicht im Orient aufrecht halten und nicht dulden werde, daß die Ruſſen die Donau paſſirten und ſich in ihrer Nachbarſchaft feſtſetzten. Darnach müſſe man in Petersburg auf jede Hoffnung verzichten, Oeſtreich an den türkiſchen Eroberungen, die man dort plane, Theil nehmen zu laſſen. „Meine Allianz mit Rußland ruht auf der Garantie des Königs von Polen; in Folge derſelben habe ich Subſidien gegeben; will man den Krieg jetzt fortſetzen, ſo bin ich davon dispenſirt, und ich werde auf keine Weiſe das Wohl und den Vortheil eines Landes, deſſen Regierung mir obliegt, den weiten Eroberungsplänen einer anderen Macht opfern. Und welche Konvention wollen ſie mit mir machen? Welches Land verſprechen ſie mir? Um dieſes angebliche Land zu acquiriren, ſoll ich mir alle Streitkräfte Oeſtreichs, alle Streitkräfte Frankreichs auf den Hals ziehen ohne einen Alliirten, der mich unterſtützte! Das ſtimmt weder mit unſeren durch den letzten Krieg erſchöpften Kräften noch zur gegenwärtigen Lage Europa's. Alſo keine Ueberſchreitung des Rubikon und keine neue Konvention irgend welcher Art! Suchen wir ſie vielmehr baldmöglichſt zum Frieden zu bringen, oder wenn ſie ihr Glück verſuchen wollen, ſo mögen ſie allein Krieg machen, gegen wen ſie wollen. Ich habe die Allianz mit Rußland zu meinem Vortheil geſchloſſen, wie Oeſtreich die ſeine mit Frankreich, aber nicht um unter Rußlands Auſpicien einen verderblichen Krieg zu führen, der mich weder ſchwarz noch weiß intereſſirt.“ In ſeinem Verhältniß zu Oeſtreich ſei durch die Zuſammenkünfte lange nicht alles Miß-

trauen beſeitigt, das aus dem Unterſchiede der Intereſſen und Geſichtspunkte ſtamme, und werde auch durch hundert Zuſammenkünfte nicht beſeitigt werden; aber es ſei ſo viel erreicht, daß Oeſtreich ihn nicht von heut auf morgen angreifen werde, und dies gewähre Zeit zur Ordnung der inneren Angelegenheiten, die derſelben noch ſehr bedürften (15. und 16. November). Drei Tage darauf ſetzt der König ungeduldig noch hinzu: er erwarte, endlich zu erfahren, ob die Ruſſen den Krieg fortſetzen oder Frieden machen wollen. „Im erſten Falle wirſt Du ſie daran erinnern, daß meine Verpflichtungen ſo weit nicht gehen, daß ich mich nicht auf eine Unternehmung einlaſſen könne, bei der die ganze Gefahr auf meiner Seite wäre, bei der ich dem Verluſt aller meiner Beſitzungen am Rhein und meine übrigen, Länder unausbleiblichen und augenſcheinlichen Gefahren ausgeſetzt ſein würden.“ Gute Alliirte müßten auf ihre gegenſeitigen Intereſſen Rückſicht nehmen; der eine dürfe nicht verlangen, daß ſich der andere für jenes Intereſſen opfere (19. November [1]).

Inzwiſchen waren in Petersburg die Andeutungen und Inſinuationen über Vorkehrungen fortgeſetzt worden, welche für den Fall der Fortſetzung des Krieges zu treffen ſein würden. „Panin ſprach mir von den Maßregeln für den Fall, daß der Friede nicht zu Stande käme“, ſchreibt Prinz Heinrich am 5. und 8. November. „Im Geheimniß wolle er mir anvertrauen, daß eine Tripleallianz zwiſchen Preußen, Rußland und Oeſtreich die ſchönſte und glücklichſte Idee ſei, die man haben könne, da vermittelſt der für die Intereſſen der drei betheiligten Mächte zu treffenden Arrangements die übrigen Mächte Europa's nicht wagen würden, unſere Maßnahmen und Entwürfe zu ſtören. Er bitte mich jedoch, hiervon noch nicht zu ſchreiben, weil er, ſolange er Hoffnung habe, den Frieden zu Stande zu bringen, der Kaiſerin nicht davon ſprechen wolle, aus Beſorgniß, daß andere Ideen ein für die Menſchheit ſo nützliches Werk ſtören könnten. Wenn dieſe Hoffnung ſchwinde, werde er noch ernſtlicher darüber nachdenken.“ „Man glaubt hier nicht an den Frieden“, fügt der Prinz

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 337.

am 12. November hinzu; „man nimmt an, daß Frankreich seinen ganzen Einfluß auf den Sultan behauptet habe und Alles aufbieten werde, ihn zu einer neuen Campagne zu bestimmen." „Gestern Abend sagte mir die Kaiserin", so fährt Heinrich am 22. November fort, „daß sie ihr ganzes Vertrauen auf Dich setze. Im Conseil ist, wie man mir mittheilt, der Beschluß gefaßt worden, Dich zum Vertreter (dépositaire) der Interessen Rußlands zu machen [1]). Die Reflexionen auf einen allgemeinen Krieg kommen. Man denkt hier daran, falls die Tripleallianz nicht statthätte, welche Vortheile man Dir gewähren könnte, wenn Du allein in den Krieg einträtest. Panin meint, aus der Art, wie in Wien die Pacifikationsbedingungen für Polen und die Friedensbedingungen für die Pforte (die er mir am Ende dieser oder Anfang nächster Woche mittheilen will) aufgenommen werden würden, werde man Oestreichs Absichten erkennen. Mache man dort Schwierigkeiten, so wäre es Zeit, Arrangements für einen allgemeinen Krieg zu treffen. Ich habe hierauf nicht weiter eingehen wollen, weil ich Deine Antwort über die Frage der Tripleallianz noch nicht habe. Ich sehe, daß ihnen diese sehr erwünscht wäre, falls sie möglich ist. Solms, mit dem ich nie hierüber gesprochen, kam, mir zu sagen, ich dürfe darauf rechnen, daß, falls Mittel zu finden wären, eine Allianz zwischen Preußen, Rußland und Oestreich zu Stande zu bringen, diese hier allen Vortheilen vorgezogen werden würde, die man erlangen könnte. Ich erwiderte, daß ich hierauf nichts antworten könne, da ich keinen Befehl von Dir habe. Falls solche Allianz stattfinden sollte, könnte es nur unter der Bedingung sein, daß die Eroberungen, welche die Oestreicher gegen die Türken machten, Dir zu Gute gerechnet würden, da Du unmöglich wollen könntest, daß das gegenwärtige Machtverhältniß zwischen Dir und Oestreich verändert werde. Schreiben würde ich Dir übrigens hierüber nicht, der hiesige Hof müsse es denn ausdrücklich wünschen und mich zu diesem Schritt ermächtigen. Siehst Du überhaupt eine Möglichkeit zu dieser Allianz, so wäre

---

[1]) Heinrich an den König am 5., 8., 12., 22. November 1770; geh. Staatsarchiv.

mein Rath, ſich vorgängig mit Oeſtreich zu verſtändigen. Gelänge dies, ſo möchte ich die Zuſtimmung des hieſigen Hofes faſt garantiren. Andernfalls würde auch hier leicht zum Ziele zu kommen ſein, wenn es ſich um Erwerbungen in Deutſchland handelte; wenn Dein Antheil jedoch in Polen genommen werden ſollte, ſo habe ich Grund, zu vermuthen, daß man hier ſehr difficil ſein würde. Oeſtreich kann gegen die Pforte alles erlangen, was es verloren hat, und mehr, ja alles, was es wollte, ſelbſt bis zu den Thoren Konſtantinopels (27. November)."

Der König erwiderte auf die Berichte des Prinzen vom 5., 8. und 12. November: was Panin vom Wiener Hofe geſagt, ſei abſolut unausführbar. Derſelbe ſei Frankreich blind attachirt. „Da dies ſo iſt, wird man Kaunitz niemals (au grand jamais) beſtimmen, mit den Alliirten Frankreichs, den Türken, zu brechen, um den Kuchen mit den Ruſſen zu theilen. Man muß gar nicht daran denken, vielmehr daran, daß Katharina den Krieg nicht fortführen kann, ohne über den Rubikon zu gehen, und daß ſie damit eine Feuersbrunſt entzündet, deren Ende Gott allein kennt. Darum den Frieden, den Frieden ſo ſchnell wie möglich. Indem Katharina den Türken erträgliche und nicht zu demüthigende Bedingungen ſtellt, wird ſie zu demſelben gelangen, da Frankreichs Bemühungen durch die verzweifelte Lage der Pforte ihre Kraft verlieren. So hoffe ich auf den Frieden im Winter und Ruhe in Europa, ſolange es Choiſeul erlauben wird (30. November [1])." Auf Heinrichs Berichte vom 22. und 27. November bemerkt der König: „Wenn ich verſprechen wollte, Oeſtreich von Frankreich loszumachen, würde ich mich ſelbſt und die Kaiſerin von Rußland täuſchen. Daß man in Petersburg ſtets vom allgemeinen Kriege ſpricht, läßt mich annehmen, daß man, ſtolz auf ſeine Erfolge, das Glück möglichſt weit verfolgen will. Die Türken können nicht mehr thun, als den Frieden anbieten. Gehen die Ruſſen darauf nicht ein, ſo ſind ſie es, die den Frieden verwerfen. Kommt es zum allgemeinen Kriege, ſo muß ich die ganze Laſt tragen. Beim

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 340.

Frieden befände ich mich günſtigſten Falls im Beſitze meiner gegenwärtigen Länder; aber die Provinzen und die Armee wären ruinirt und das Geld des Staates im Dienſte Rußlands ausgegeben, was mir dann ein ſchönes Kompliment und einen Zobelpelz eintragen würde. Das iſt es, was ich vorausſehe, und darum bin ich ſo lau, mich in ſtürmiſcher Zeit einzuſchiffen (13. Dezember)." „Wollte man aufrichtig Frieden in Petersburg", fügt der König einige Tage ſpäter hinzu, „ſo würde man ſich mehr beeilen, den Grund dazu zu legen. Man wird das Frühjahr kommen laſſen und kann ſich dann nicht dispenſiren, noch eine Campagne zu machen. Ich fürchte, man wird mich melken, wie eine Milchkuh, und Dir den Schnabel ſo lange wie möglich ins Waſſer halten (16. Dezember [1])."

Die Weiſung des Königs vom 15. November, daß er Frieden und nichts als Frieden wolle, daß Oeſtreich ſich niemals von Frankreich trennen werde, daß kein Aequivalent die Gefahren aufwiege, die ihm bevorſtänden, wenn er ſich Rußland auf deſſen Wegen gegen die Pforte anſchließe, hatte der Prinz am 30. November erhalten. Er erwiderte ſogleich, daß er ſich hiernach richten werde, ſobald man auf die Maßregeln zurückkomme, die im Falle der Fortdauer des Krieges zu nehmen ſein würden. Man werde es nur durch Solms thun, den man mit dieſem Projekt vollgeſtopft habe, und dem er antworte, was die, die ihn ſchicken, wiſſen ſollen. Die Antwort des Sultans auf Rumänzows Anfragen ſei eingetroffen. Er (der Sultan) habe bereits Oeſtreich und Preußen zu erkennen gegeben, daß er den Frieden wünſche, und erwarte er die erſten Eröffnungen von dieſen Mächten. Damit ſei die direkte Verhandlung zwiſchen Petersburg und Konſtantinopel abgeſchnitten.

Es gab nun keinen Vorwand und keine Ausflucht mehr, die Bedingungen zurückzuhalten. Der Prinz machte noch einmal alle Gründe gegen die Fortſetzung des Krieges Panin gegenüber geltend und faßte die Motive für den Frieden in eine Denkſchrift zuſammen. Der engliſche Geſandte berichtet, der Prinz dringe auf Frieden und hebe

[1]) Geh. Staatsarchiv. Oeuvres de Frédéric 26, 342. 343.

hervor, daß es andernfalls das klare Intereſſe Oeſtreichs ſei, die Partei der Pforte zu ergreifen, um deren Fall zu hindern [1]). Trotz der Denkſchrift des Prinzen und trotz einer ſcharfen Note von Solms: daß eine längere Zurückhaltung das Verhältniß zwiſchen beiden Höfen erkälten könne [2]), entſchloß ſich die Kaiſerin erſt am 20. Dezember, dem Könige ihre Bedingungen mit einem eigenhändigen Schreiben zugehen zu laſſen. Im größten Vertrauen theile ſie dem Könige ihren Plan und ihre geheimſten Gedanken über den Friedensſchluß mit der Pforte mit. Die nach den erſten Eröffnungen eingetretenen Ereigniſſe (d. h. ihre weiteren Waffenerfolge) — Rumäntzow ſtand an der Donau, und General Panin, des Kanzlers Bruder, hatte Bender genommen — hätten ihr noch größere Sicherheit gegeben, ihren Völkern einen gerechten, ehrenvollen und ſicheren Frieden zu verſchaffen. Das Intereſſe jeder unparteiiſchen chriſtlichen Macht ſtimme vollkommen mit dem Zwecke, den ſie verfolge, Anlaß zu künftigen Kriegen aus dem Wege zu räumen, überein. Indem ſie den König zum Vertrauten aller ihrer Intentionen mache, ſei ſie überzeugt, daß er von dieſen den beſten Gebrauch machen werde. Die Freilaſſung Obreskows bleibe die Vorbedingung. In Konſtantinopel könne ſie die Unterhandlung nicht ſtattfinden laſſen; aber an jeden Ort der Moldau oder Polens werde ſie ihre Bevollmächtigten ſenden. Daß der Entwurf des Friedens, wie ſie ihn dem Freunde mittheile, dem Feinde nicht mitgetheilt werden könne, werde der König ſelbſt finden. Es würde zu früh ſein und müſſe dann in anderer Form geſchehen. Auch dem Wiener Hofe gegenüber halte ſie es bei deſſen Verbindungen mit Frankreich nicht gerathen, ſich näher zu eröffnen. Sie wolle in dieſer Sache nur mit dem Könige zu thun haben und bitte ihn, Oeſtreich gegenüber ſo zu verfahren, wie er in ſeiner eigenen Sache verfahren würde. Doch könne Oeſtreich auf keinen Fall Abſchrift des Plans mitgetheilt werden, „bevor wir

[1]) Raumer a. a. O. 2, 297. — [2]) Gedruckt bei v. Smitt a. a. O., der ihr ſelbſtverſtändlich die verkehrteſte Auslegung giebt. Vertrauliche Geſpräche waren hinreichend geführt worden; es handelte ſich vielmehr um einen amtlichen Akt.

nicht verſichert ſind, daß es zu beſſeren Grundſätzen über die Angelegenheiten Rußlands und von jener mit ſeinem klarſten Intereſſe ſo unvereinbaren Parteilichkeit zurückgekommen iſt. Andererſeits geſtehe ich, daß ich nicht durch zu große Zurückhaltung und Zeichen von Entfremdung dem Vortheile ſchaden möchte, den eine größere Intimität mit Oeſtreich unſerer eigenen Verbindung zubringen könnte. Wenn in Folge ſolcher Intimität es möglich wäre, Oeſtreich aus dem thörichten Syſtem, in dem es ſich befindet, zu löſen und es auf unſere Auffaſſungen eingehen zu laſſen, ſo würde ſich Deutſchland ſeinem natürlichen Zuſtande zurückgegeben ſehen und Oeſtreich wäre durch andere Ausſichten von den Abſichten auf Eurer Majeſtät Beſitzungen abgelenkt, welche ſeine gegenwärtigen Verbindungen unterhalten." Das dem Schreiben der Kaiſerin angeſchloſſene Memoire verlangte für Rußland Aſow, die beiden Kabardeien, die Unabhängigkeit der Tartaren der Krim, des Dnjeſtr, Bug und Dnjepr, den Beſitz der Moldau und Wallachei als Entſchädigung für die Kriegskoſten auf 25 Jahre oder deren Verwandlung in unabhängige Staaten, endlich freien Handel und freie Schifffahrt auf dem ſchwarzen Meere und die Abtretung einer Inſel im Archipel.

Prinz Heinrich, dem Brief und Denkſchrift vor der Abſendung mitgetheilt worden waren, begleitete ſie mit folgenden Bemerkungen. Die Bedingungen ſeien im Conſeil feſtgeſtellt worden. Er habe nicht zu ſtark widerſprochen, um Aufklärung zu gewinnen, durch welche Mittel man Oeſtreich für Rußlands Intereſſe zu engagiren gedenke. „Als ich ſagte, daß Oeſtreich die Abtretung der Moldau und Wallachei ſeinem Intereſſe präjudicirlich halten werde, erwiderte Panin: dann werde man dieſe Länder unabhängig machen. Ich fragte, wem ſie in dieſem Falle gehören würden; er antwortete: das ſei der Kaiſerin gleich, wenn nur die Türken ſie nicht beſäßen. Aber wenn Oeſtreich ſie verlangte, fragte ich. Warum nicht, war die Antwort, wenn Oeſtreich gerade geht und mit uns und Euch Freund ſein will. Die Abſicht iſt vornehmlich gegen die Pforte gerichtet. Durch ihre Erniedrigung hofft man Oeſtreich an ſich zu ziehen, und Oeſtreichs

Eingehen auf dieſen Standpunkt wird beſonders darum erſtrebt, um bei der erſten Gelegenheit über die Länder der Pforte disponiren zu können.“ Zeige Oeſtreich einige Bereitwilligkeit in dieſer Richtung, ſo werde die Kaiſerin deſſen gute Dienſte zur Herbeiführung des Friedens in Anſpruch nehmen. Sein Rath ſei, der König möge den Widerſtand gegen die Bedingungen Rußlands von der Pforte und von Wien her kommen laſſen. Dadurch behalte er die Unterhandlung in der Hand und werde ſie zu dem Ziele führen können, das er für das richtige halte.

Das Schreiben der Kaiſerin warf die Hoffnung des Königs auf den Frieden zu Boden. Er ſchloß aus demſelben, daß Rußland den Krieg mit Oeſtreich wolle, daß es mindeſtens ebenſo ſehr auf Polen wie auf die Pforte abgeſehen ſei. Durch einen von Preußen zu unterſtützenden Krieg gegen Oeſtreich ſollte dieſe Macht zurückgeworfen werden, Rußland freie Verfügung über Polen gewinnen. Konnte Friedrich dann, mit Oeſtreich von neuem verfeindet, die Einverleibung Polens in Rußland hindern? Er war empört; der Rath ſeines Bruders fand keinen Boden. Unmittelbar nach Empfang der Sendung ſchrieb er dem Prinzen am 2. Januar 1771: „Mir ſind Hörner gewachſen, als ich die Friedensbedingungen erhielt, welche die Ruſſen vorſchlagen. Weder den Türken noch den Oeſtreichern kann ich ſie mittheilen; denn ſie ſind nicht acceptabel. Du kannſt dieſes Schriftſtück als Kriegserklärung betrachten. Man verhöhnt uns, indem man uns ein ſolches Trugbild giebt. Ich werde ihnen einige Bemerkungen machen, und wenn ſie ſich nicht wenden, ziehe ich mich aus dem Spiele. Du kannſt darauf rechnen, daß ihnen die Oeſtreicher den Krieg machen. Dies iſt zu ſtark. Man kann Gefälligkeiten für ſeine Alliirten haben; aber es giebt Grenzen für Alles.“ „Was daraus komme“, fährt der König in Beziehung auf Heinrichs Rath fort, „ich kann in dieſem Augenblick nichts verbergen. Man muß beſtimmt ſprechen. Wenn man nicht weſentlich ändert und modificirt, verzichte ich auf jede Mediation und überlaſſe dieſe Herren ihrem eigenen Geſchick. Dir bleibt nichts übrig, als einen ehrenvollen Rückzug zu

machen [1])." Am folgenden Tage fügt er hinzu: „Ich kann das Projekt nicht nach Wien ſchicken: 1) weil die Oeſtreicher die franzöſiſche Allianz nicht aufgeben, 2) weil ſie den Krieg der ruſſiſchen Nachbarſchaft vorziehen, 3) weil die Türken, ſtatt ſolche Bedingungen anzunehmen, vorziehen werden, durch Abtretung Belgrads Oeſtreichs Hülfe zu erkaufen; 4) weil die Oeſtreicher nicht an der Vergrößerung Rußlands arbeiten ſondern dieſe verhindern wollen. Die Sache wird ſehr ernſthaft. Wenn die Artikel über die Moldau und Wallachei, die Krim und die Inſel im Archipel nicht ſo gut wie ganz gelöſcht werden, iſt der Krieg nicht zu vermeiden. Ich werde ihn den Oeſtreichern nicht machen, um den Ruſſen alle dieſe Erwerbungen zu ſchaffen. Ich halte mich an meine Allianz, die ſich auf Polen bezieht. Ich gehe keinen Schritt weiter. Sie werden dies übel nehmen; aber ich kann und darf einer feigen Nachgiebigkeit die Intereſſen meines Staates nicht opfern [2])." Am 4. Januar ſagte er Finkenſtein: man beabſichtige wohl in Petersburg, den Wiener Hof durch einige Konzeſſionen an der Grenze Ungarns zu gewinnen; Panin ſcheine keine richtigen Vorſtellungen von den Intereſſen und der Politik der Mächte Europa's zu haben; es ſei dies ein Mittel, ſich ſonderbar zu verirren. Der Kaiſerin Katharina ſchrieb er am folgenden Tage: ihre Friedensbedingungen gäben den Oeſtreichern die Waffen in die Hand. Wolle ſie ſich mit Aſow, den beiden Kabardeien und der freien Schifffahrt auf dem ſchwarzen Meere begnügen, ſo werde er die Zuſtimmung Oeſtreichs erwirken können; andernfalls werde er ſeinerſeits auf die Mediation verzichten. Eine dem Schreiben beigefügte Denkſchrift führte aus, daß die Pforte von neuem erklärt habe, nur durch Vermittelung Oeſtreichs und Preußens verhandeln zu wollen (der Reis Efendi hatte dies Thugut und Zegelin in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember wiederholt). Der König könne ſich die Unmöglichkeit nicht verbergen, die Geſammtheit dieſer Vorſchläge in Wien annehmbar zu machen, und dürfe der Kaiſerin die unüberwindlichen Hinderniſſe nicht verhehlen, denen ſie

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 344. 345. — [2]) Geh. Staatsarchiv.

bei der Pforte begegnen würden. Trotz der ſchlechten Lage, in der dieſe ſich gegenwärtig befände, werde ſie weder die Moldau und Wallachei noch eine Inſel abtreten, noch in die Unabhängigkeit der Krim willigen und, wenn man ſie auf's Aeußerſte triebe, ſich Oeſtreich in die Arme werfen und dieſem Belgrad abtreten. Oeſtreich ſei ſehr zufrieden, einen ſchwachen Nachbar zu haben, und wünſche hierin keine Veränderung. Selbſt die Unabhängigkeit der Moldau und Walachei ſei nicht nach ſeinem Geſchmack, und es werde eher Krieg führen, als eine Veränderung der Herrſchaft über dieſe Länder zugeben. Auch die Abtretung einer Inſel des Archipels würde Oeſtreichs Eiferſucht wie die der Staaten Italiens erwecken. Jeder Verſuch, Oeſtreich über dieſe Artikel zu anderen Anſichten zu bringen, werde ſcheitern und deren Mittheilung in Wien nur Frankreich Mittel gewähren, Oeſtreich zum Kriege für die Pforte zu beſtimmen. Beſtehe Rußland auf dieſen Bedingungen ohne Veränderung, ſo könne die Unterhandlung nur zur Verlängerung des Krieges führen und einen neuen hervorrufen, deſſen Folgen noch beunruhigender für Europa ſein würden [1]).

In einem nachträglichen Berichte vom 25. Dezember hatte Prinz Heinrich dem Könige gemeldet, daß er der Kaiſerin auf ihre vertrauliche Frage, ob der König ihre Bedingungen billigen und ihrem Vertrauen zu entſprechen geneigt ſein werde, nur geantwortet habe: der König werde für ihre Intereſſen ſorgen. Er habe dies gethan, um dem Könige das Recht zu geben, zu fordern, daß die Kaiſerin auch ihrerſeits für ſeine Intereſſen ſorge. Gegen die Bedingungen der Kaiſerin ſchon jetzt zu ſprechen, habe er unterlaſſen, um nicht den Glauben zu erwecken, als ob Preußen auf ihre Vortheile eiferſüchtig wäre. Dazu werde Zeit ſein, wenn Wien und die Pforte ſich über die Vorſchläge Rußlands geäußert hätten. Der König erwiderte: „Uebernähme ich die Negotiation auf Grund dieſer Vorſchläge, ſo wäre der Krieg zwiſchen Oeſtreich und Rußland im Frühjahr deklarirt. Siehſt Du nicht, daß ſie ſich jetzt den Rücken freimachen wollen,

[1]) Die Denkſchrift bei Görtz S. 129.

um bei der erſten Gelegenheit nach ihrem Gefallen über Polen zu verfügen? Ich würde den unverzeihlichen Fehler machen, mir ſelbſt meine Ketten zu ſchmieden, und nur die Wohlthat des Polyphem genießen, zuletzt verſpeiſt zu werden. Sie wollen den Krieg; ſonſt hätten ſie nicht die Wallachei, die Freiheit der Tataren, die Inſel gefordert. Ich werde nicht ſklaviſch für ihre Vergrößerung arbeiten, ohne daß irgend etwas zu meinen Gunſten ſtipulirt iſt. Ich halte mich an das, was ich der Kaiſerin geſchrieben, und ziehe mich vom Spiel zurück, wenn es keinen Eindruck macht. Du wirſt wohl thun, an Deinen Rückzug zu denken (11. Januar 1771 [1]).“

Katharina wollte nicht verzichten, aber auch den Bruch mit Oeſtreich vermeiden. Vielleicht wich Kaunitz, wenn die Donaulande nur nicht einfach Rußland einverleibt wurden. Prinz Heinrich berichtete, die Kaiſerin habe über das Schreiben des Königs geäußert, daß ſie nicht erwartet, daß der König die Sache der Türken plaidiren würde; ſie habe ſich wie Orlow verwundert, daß der König von der Sicherheit für die Griechen gar nicht geſprochen. Den Beſitz der Moldau und Wallachei für Rußland werde man in der Verhandlung fallen laſſen — ſo ſage ihm nicht nur Panin, ſondern auch Orlow; auch auf die Inſel im Archipel werde verzichtet werden. Man werde ſich nun an Oeſtreich wenden, um deſſen Mediation zu erlangen. „Willſt Du Dir die Allianz mit Rußland erhalten“, damit ſchloß der Prinz, „ſo überlaſſe zunächſt den Andern den Widerſtand (Berichte vom 23., 25., 29. Januar).“ Katharina ſelbſt ſchrieb dem Könige am 30. Januar: Obreskow ſei noch immer nicht frei, und die Türken beſtänden darauf, in Konſtantinopel zu unterhandeln. Dort werde ſie niemals unterhandeln und niemals, bevor Obreskow frei ſei. Aſow und die beiden Kabardeien hätten Rußland ſchon früher gehört und ſeien zum Grenzſchutz unentbehrlich. Auf das Sequeſter der Moldau und Wallachei verzichte ſie vollſtändig und wolle nichts dagegen einwenden, daß dieſe Länder unabhängig würden. Der Wiener Hof befinde ſich in offenem Widerſpruch mit ſeinen klarſten Intereſſen, wenn er dadurch ſeine

[1]) Geh. Staatsarchiv.

Eiferſucht in ſo hohem Maße erregen ließe. Wenn er einen ſo ſchwachen Nachbar wünſche wie die Pforte, ſo könne ihm eine kleine Souverainetät noch weniger Schrecken einflößen. Träten die Türken den Oeſtreichern Belgrad ab, ſo machten ſie kein gutes Geſchäft; denn die Moldau und Wallachei ſeien verloren und würden von ihnen nur durch Waffenglück wieder erobert werden können. Das Gleichgewicht im Orient, auf welches man in Wien freilich Nachdruck lege, werde doch nicht geändert, ob der Dnjeſtr oder die Donau die türkiſche Grenze bilde. Dies ſei entweder eine frivole Beſorgniß oder der Entſchluß Oeſtreichs ſtehe ſchon feſt, und dann würde auch durch Nachgiebigkeit nichts erreicht werden. Die Freiheit der Krim vom Despotismus der Türken ſei eine Forderung der Humanität. Die Stärke der Pforte werde dadurch nicht vermindert, und die Krim berühre die Grenzen Oeſtreichs nicht. Würden Moldau und Wallachei unabhängig, ſo ſei die Inſel des Archipels ihre einzige Entſchädigung, und die freie Schiffahrt auf dem ſchwarzen Meere werde die friedlichen Beziehungen zwiſchen ihrem Reiche und der Pforte ſtärken. Die Kaiſerin erſuchte dann den König, dieſe Auseinanderſetzung zu benutzen, um eine vorläufige Idee ihrer Bedingungen zu geben, die in Wien und Konſtantinopel erſt vollſtändig bekannt werden dürften, wenn die Unterhandlung im Zuge ſei. In Wien habe ſie eine erſte Eröffnung gemacht, welche ſie beifüge, nur um durch ihr Schweigen die Präventionen dieſes Hofes gegen ſie nicht noch zu vermehren, der übrigens ſein eigenes Schweigen durch die Abweſenheit ſeines Geſandten von Petersburg decke. „Ich bekomme keinen guten Frieden, wenn ich mich nicht hart mache gegen den Hochmuth der Türken und die Parteilichkeit, welche ſie unterſtützt.“ Das angeſchloſſene Schreiben Panins an Galitzin führte aus, daß die Kaiſerin den König von Preußen gebeten habe, dem Wiener Hofe mitzutheilen, daß ſie die guten Dienſte Oeſtreichs, verbunden mit denen Preußens, im Laufe der Verhandlung über den Frieden gern annehmen werde: „da, wenn der Wiener Hof einerſeits Gewicht lege auf die engen Verbindungen, welche zwiſchen ihm und der Macht beſtänden, welche die Kaiſerin als entſchieden geneigt, ihrem Intereſſe zu ſchaden, kennen müſſe, ſie

doch andererſeits nicht weniger überzeugt ſei, daß die beſonderen Intereſſen eines Alliirten nicht dem eigenen und weſentlichen Intereſſe der Staaten des Hauſes Oeſtreich gleichgeſtellt werden könnten. Das dauernde Intereſſe dieſer Staaten könne durch zufällige Umſtände nicht aufgewogen werden. Die Kaiſerin werde von der Pforte nichts fordern, was nicht gerecht und dem Intereſſe der Staaten des Hauſes Oeſtreich wie dem eigenen Intereſſe ihres Reiches konform wäre."

Zu dieſer nachgiebigeren Haltung hatte ein Zwiſchenfall beigetragen. Aus Warſchau hatte Benoit dem Könige mehrfach gemeldet, der dortige Vertreter Katharina's, Wolkonski (er war im Juni 1769 an Repnins Stelle getreten), habe ſich überzeugt, daß Rußland mit den Konföderirten nicht fertig werden könne; Oeſtreich und Preußen müßten zu Hülfe kommen und ſich für ihre Mühe bezahlt machen; nicht nur ihm (Benoit) habe Wolkonski dieſe Eröffnung gemacht, er habe in gleichem Sinne nach Petersburg berichtet. Am 7. März 1770 hatte Benoit weiter angezeigt: Wolkonski ſei der Meinung, die ruſſiſchen Truppen aus Polen zurückzuziehen, den Polen ihre Angelegenheit zu überlaſſen, und wenn ſie dann den Frieden von Oliva brächen, d. h. die freie Religionsübung der Diſſidenten antaſteten, ſollten Rußland und Preußen ihnen die nächſten Provinzen wegnehmen und Oeſtreich das Gleiche thun laſſen. Der König hatte geantwortet, die Gründe, auf welche Wolkonski ſeinen Plan ſtütze, ſchienen ihm nicht ſolid genug, um darauf einzugehen (15. März 1770). Als Benoit darnach im Beginn des Herbſtes berichtete, die Oeſtreicher hätten drei bis vier Staroſteien Polens an der ungariſchen Grenze beſetzt (22. September 1770), legte der König auch hierauf kein Gewicht. Im Oktober ließ Friedrich jenen Cordon gegen die Peſt, die bereits 16,000 Menſchen in Polen weggerafft haben ſollte, ziehen. Benoit rieth, in dieſen Cordon das ganze polniſche Preußen einzuſchließen; aber der König lehnte auch dieſen Vorſchlag ab (21. Oktober), wie er alle Aufforderungen Panins, in Polen einrücken zu laſſen oder Polniſch-Preußen zu beſetzen, abgewieſen hatte. Nunmehr, im Januar 1771, berichtete Benoit, die Oeſtreicher hätten

auch noch die Staroſtei Sandek okkupirt; Wolkonski rathe dringend, dies Beiſpiel nachzuahmen (12. Januar [1]). Der König erwiderte, er glaube nicht, daß die Oeſtreicher dieſe Gebiete behalten wollten (23. Januar).

Der König irrte. Jene Bezirke waren noch im September, gleich nach der Zuſammenkunft in Neuſtadt, wo nichts davon angedeutet worden war, beſetzt und darnach den Erblanden durch kaiſerliches Dekret vom 9. Dezember 1770 inkorporirt worden. Es waren anſehnliche Gebiete. Die 13 Städte der Zips hatten allerdings ehemals zu Ungarn gehört; ſie waren 1412 an Polen verpfändet worden. Darnach aber hatte Polen im Jahre 1589 auf die Wiedereinlöſung verzichtet. Außer der Zips hatte Oeſtreich die Staroſteien Novitak, Czotin, Sandek ſammt den Salzwerken annektirt. Oeſtreich wollte einen ſtarken Eindruck auf Rußland hervorbringen. Als man in Wien im November 1770 die Kunde erhielt, daß Rußland zögere, die Mediation Oeſtreichs und Preußens anzunehmen, wurde beſchloſſen, die Truppen aus Flandern und aus Italien heranzuziehen [2]). Im Januar 1771 wurde feſtgeſtellt, die Verſammlung eines Corps von 50,000 Mann im Banat vorzubereiten und eine Anleihe von vier Millionen Gulden zu machen, um handeln zu können, wenn die Ruſſen die Donau überſchritten oder mit der Flotte Konſtantinopel bedrohten, ohne Böhmen und Mähren zu entblößen [3]). Die Unterhandlung mit der Pforte über eine Defenſivallianz zu eröffnen, und wenn irgend möglich, von Seiten Preußens das Verſprechen der Neutralität für den Fall zu erlangen, daß Oeſtreich ſich genöthigt ſähe, das Schwert gegen Rußland zu ziehen, wurden Ende Januar die Geſandten in Konſtantinopel und Berlin den nunmehr gefaßten Entſchlüſſen gemäß inſtruirt (27. Januar [4]). Demgemäß erklärte van Swieten, der Nachfolger Rugents in Berlin, dem Miniſter Finkenſtein am 3. Febr.

---

[1]) Berichte Benoits vom März 1770 bis 12. Januar 1771. — [2]) Beer Erſte Theilung 2, 4. Maria Thereſia an Joſeph 25. Januar 1772 bei Arneth a. a. O. 1, 362. — [3]) Joſeph an Leopold 18. Dezember 1770 a. a. O. 1, 316 ff. — [4]) Joſeph an Leopold 10. Januar, an die Kaiſerin 19. Januar, an Leopold 24. und 31. Januar 1771 a. a. O. 1, 321 ff.

1771, daß das Wiener Kabinet mit dem ihm vom Könige zugesendeten Pacifikationsplan für Polen einverstanden sei und die Mittheilung der Bedingungen Rußlands für den Frieden mit der Pforte erwarte. Inzwischen habe dasselbe, um für jeden Fall vorbereitet zu sein, für den bevorstehenden Sommer die Zusammenziehung eines Corps von 50- bis 60,000 Mann in Ungarn angeordnet. Die Kaiserin-Königin sei zu jeder Entschließung bereit, wie gewaltsam dieselbe sein möge, die der König von Preußen vorschlüge und in Gemeinschaft mit ihr ausführe. Andernfalls liege ihm die Anfrage ob, ob sich der König durch einen eigenhändigen Brief an Kaiser Joseph verpflichten wolle, Oestreich in keiner Weise zu hindern oder ihm entgegenzutreten, wenn es mit Rußland breche; dies Schreiben werde strengstes Geheimniß bleiben. Zwei Tage darauf sprach er Finkenstein den dringenden Wunsch Oestreichs aus, mit Preußen vereinigt Rußland entgegenzutreten (5. Februar). Der Krieg schien unvermeidlich. Es handelte sich nur noch darum, auf welche Seite Preußen sich stellen würde.

In Petersburg hatte man am Schlusse des Jahres, wie wir sahen, die Hoffnung festgehalten, Oestreich werde sich entschließen, mit Rußland gegen die Pforte zu gehen und die türkische Beute mit ihm zu theilen. Als Katharina, die eine Reise nach Moskau gemacht hatte, am 6. Januar 1771 wieder in Petersburg eingetroffen war, fand sie die Nachricht von der Inkorporirung jener polnischen Gebiete durch Oestreich vor; Prinz Heinrich, der sie auf ihren Wunsch dorthin begleitet hatte, die starken Weisungen des Königs vom 13. und 16. Dezember, in denen dieser nachdrücklichst wiederholte, was er seinem Bruder bereits am 30. November gesagt, daß die Hoffnungen des russischen Kabinets auf Oestreichs Anschluß gegen die Pforte nichtig und eitel seien, er aber nicht gemeint sei, den Krieg gegen Oestreich und Frankreich für ein Kompliment und einen Zobelpelz zu übernehmen. Der Akt, den Oestreich auf seine Hand in Polen vorgenommen, trug den Stempel entschiedener Feindseligkeit gegen Rußland. Man mußte versuchen, Preußen bei der Allianz mit Rußland festzuhalten. Aber was hatte man zu bieten? Prinz Heinrich berichtet am 8. Januar:

wenn der Wiener Hof nicht ſo feſt an Frankreich hielte, wäre er im Stande, für ſich vortheilhafte Arrangements zu treffen. General Bibikow, der ihn nach Moskau begleitet — ein Freund Panins und in der Gunſt der Kaiſerin — habe ihn von den Vortheilen unterhalten, die das Wiener Kabinet beim Frieden erlangen könnte, und hinzugefügt, daß es dann gerecht ſein würde, daß auch Preußen ſeinen Vortheil habe. In Wien ſei man wohl von der hieſigen Denkweiſe nicht gut unterrichtet. Man würde hier Allem zuſtimmen, wenn nur die Pforte beraubt würde, und wäre mit dem kleineren Theile der Beute zufrieden. Die Nachſchrift lautet: „Nachdem ich dies geſchrieben, war ich Abends bei der Kaiſerin. Sie ſagte mir in der Unterhaltung, daß ſich die Oeſtreicher zweier Staroſteien in Polen bemächtigt und das kaiſerliche Wappen an deren Grenzen aufgeſteckt hätten. Sie fügte hinzu: Aber warum ſollte nicht Jedermann ebenfalls nehmen? Ich erwiderte: Du habeſt, obwohl Du einen Cordon gezogen, doch keine Staroſteien okkupirt. Aber, ſagte die Kaiſerin lachend, warum nicht ebenfalls ſolche okkupiren? Einen Augenblick darauf näherte ſich Graf Czernitſchew, ſprach mir über denſelben Gegenſtand und fügte hinzu: Weshalb wollte man ſich nicht des Bisthums Ermeland bemächtigen? Denn Alles zu Allem muß doch Jedermann etwas haben. Obwohl dies nur in Scherz geſagt war, iſt es doch ſehr gewiß, daß es nicht für nichts war, und ich bin überzeugt, daß es ſehr möglich ſein wird, daß Du von dieſer Gelegenheit Vortheil ziehſt. Morgen wird Panin zu mir kommen[1].“ Zugleich berichtete Solms an demſelben Tage, daß die Beſitzergreifung von Saudek großes Aufſehen in Petersburg mache. Man ſage, daß Preußen nun für ſeine Subſidien Ermeland nehmen müſſe, Rußland als Entſchädigung für ſeine Kriegskoſten das polniſche Liefland und Litthauen bis zur Dwina und zum Dnjepr. Solms fügte hinzu: die Umſtände

[1]) Der Abdruck der Nachſchrift in den Oeuvres (26, 345) weicht vom Original darin ab, daß es in dieſem heißt: il est très certain que ce n'était pour rien, während der Druck hat: il est certain que cela n'était pour rien, und ſodann: et je suis convaincu qu'il sera très possible, während der Druck hat: et je ne doute pas.

ſeien höchſt günſtig für alle drei Mächte (8. Januar). Ueber die Unterredung, die dem Prinzen mit Panin am 8. Januar Abends in Ausſicht geſtellt worden war, berichtete jener: Panin habe ihm erklärt, falls Oeſtreich aufrichtig den Frieden wolle, werde es ſich auch für dieſen verwenden, wenn ihm die wahren Intentionen des ruſſiſchen Hofes bekannt ſein würden, und daß es dann möglich ſein werde, den Wiener Hof allmählig auf einen andern Standpunkt zu bringen. „So ſehr man hier zufrieden wäre, eine Harmonie zwiſchen den drei Höfen herzuſtellen, ſo wird man den Wiener Hof doch nicht allein, ſondern nur durch Deine Vermittlung zu gewinnen ſuchen. Es iſt hier Grundſatz, mit Dir eng verbunden zu ſein.“ Mit der Beſitzergreifung der Oeſtreicher in Polen ſei Panin nicht ſo zufrieden. Er habe auch nicht von Ermeland geſprochen. Es ſei das eine Folge des Zwieſpaltes im Conſeil. Die, welche für die Vergrößerung ſeien, wollten, daß Jedermann nehme, damit zugleich auch Rußland nehmen könne, während Panin der Ruhe und dem Frieden geneigt ſei. „Uebrigens werde ich die Sache, weiter aufklären und ich bin immer der Meinung, daß Du nichts dabei wagſt, Ermeland unter einem plauſiblen Vorwand zu okkupiren, wenn es wahr iſt, daß die Oeſtreicher wirklich jene beiden Staroſteien in Beſitz genommen haben (11. Januar).“

Der König wollte von dieſen Dingen nichts wiſſen. Im Beſitz der Berichte des Prinzen und Solms' vom 8. Januar, die am 22. Januar in Berlin ankamen, ſchrieb er am 23. Januar, wie wir ſahen, an Benoit: „daß er nicht glaube, daß die Oeſtreicher jene Bezirke behaupten wollten,“ und am folgenden Tage dem Prinzen: „Die Oeſtreicher werden der Niederwerfung der Pforte niemals zuſtimmen, niemals. Wenn die Ruſſen von dieſem ihrem großen Projekte nicht abſtehen, ſo fürchte ich, daß ſie noch dieſes Jahr den Krieg mit Oeſtreich haben. Dies wird mich in große Verlegenheit ſetzen. Ich werde genöthigt ſein, in dieſem Lärm neutral zu bleiben, da der Krieg für uns zu vorzeitig iſt. Der, welchen wir durchgemacht, war zu zerſtörend und zu heftig, als daß wir ſo bald einen neuen unternehmen könnten, und das, was man uns in Ausſicht ſtellt, Ermeland, iſt nicht

werth, daß man ſechs Pfennige für deſſen Erwerbung ausgiebt. Wenn es zwiſchen Oeſtreich und Rußland zum Kriege kommt, wie ich ſehr fürchte, ſo werden ſie ganz andere Dinge untereinander zu regeln haben, als jenen Cordon in Polen. Ich werde mich demnach nicht beeilen und abwarten, ob die Ereigniſſe begünſtigen, eine Acquiſition zu machen oder ob ich beſſer bleibe, wie ich bin. Inzwiſchen giebt uns jeder Augenblick des Friedens neue Kraft, und wenn ſich Oeſtreich und Rußland gegenſeitig erſchöpfen, ſo glaube ich, daß die neutrale Macht mehr gewinnen kann, als die kriegführenden Mächte. Wenigſtens werde ich meine Neutralität mit Würde aufrecht halten können. Ich erwarte Deine Rückkehr, um von Deiner Einſicht und von dem, was Du dort geſehen haſt, profitiren zu können; aber ich glaube, daß Du, wenn ich Dich von gewiſſen Umſtänden unterrichtet habe, die man fremden Poſten nicht anvertrauen kann (wohl die nähere Kunde des Königs von den in Wien herrſchenden Abſichten), vielleicht meiner Meinung ſein wirſt. Ich würde einen unverzeihlichen Fehler zu machen glauben, wenn ich an der Vergrößerung einer Macht arbeitete, die ein furchtbarer Nachbar und bedrohlich für ganz Europa werden kann." Der Bericht Heinrichs vom 11. Januar kam am 30. in Berlin an. Der König antwortete am 31.: er ſehe, daß im Conſeil zu Petersburg nicht große Uebereinſtimmung herrſche; die Ideen Panins bezüglich Oeſtreichs auszuführen, ſei eine offenbare Unmöglichkeit. Der verdeckte Haß gegen Rußland in dieſem Lande überſteige jede Vorſtellung; er allein ſei bemüht, ihn zu erſticken und deſſen Ausbruch zu hindern. „Von Ermeland Beſitz zu ergreifen, habe ich mich enthalten, weil das Spiel nicht die Kerze werth iſt. Dieſe Portion iſt ſo klein, daß ſie nicht das Geſchrei aufwöge, das ſie erweckte. Aber Polniſch-Preußen würde die Mühe lohnen, ſelbſt wenn Danzig nicht einbegriffen wäre; denn wir hätten die Weichſel und die freie Verbindung mit dem Königreiche, was eine wichtige Sache ſein würde. Das würde die Mühe lohnen, wenn es ſich um Geld handelte, Geld und reichlich auszugeben. Aber wenn man Bagatellen mit Eifer nimmt, ſo giebt das einen Charakter von Habſucht

und Unerſättlichkeit, den ich mir nicht noch mehr beigelegt zu ſehen wünſche, als dies in Europa ſchon der Fall iſt [1])."

Als nun van Swieten jene Eröffnungen machte: Oeſtreich ſei bereit, dem Könige gegen Rußland zu folgen; wolle aber der König nicht mit Oeſtreich gehen, ſo möge er ſich verpflichten, Oeſtreich nicht zu hindern, wenn es mit Rußland breche, wies der König Finkenſtein an, beide Vorſchläge rundweg abzulehnen; er gedenke abſolut neutral zu bleiben [2]). Andererſeits erneuerte Katharina das Angebot, welches ſie dem Prinzen am Abend des 8. Januar hingeworfen, in jenem Schreiben an den König, in welchem ſie ihre Bedingungen milderte und vertheidigte, jedoch in unbeſtimmter Weiſe, indem ſie am Schluſſe ſagte: „Bleiben wir beide feſt, ſo halten wir alles im Zaume. Ich verlaſſe mich auf Ihre guten Dienſte und werde nichts vernachläſſigen, Ihre Intereſſen zu fördern, wenn die Umſtände mich dazu berufen (S. 224. 225)." Es machte keinen Eindruck auf den König; er erwiderte, nachdem er dies Schreiben am 12. Februar erhalten, obwohl Heinrich ihn ausdrücklich gebeten, nicht zu antworten, bevor er mündlich weitere Aufklärung gegeben, der Kaiſerin am 13. Februar: ſie möge die Friedensbedingungen nicht leicht nehmen, es ſei eine Verhandlung von größtem Gewicht; ſcheitere ſie, ſo könne ihr dies leicht einen ſchwereren Krieg als den, den ſie gegen die Osmanen führe, zuziehen [3]).

Prinz Heinrich war am 30. Januar von Petersburg abgereiſt; am 17. Februar traf er in Potsdam ein. Es lag auf der Hand, daß Rußland, nachdem es allein mit den Konföderirten und den Osmanen nicht hatte zu Ende kommen können, noch weniger Ausſicht hatte, durchzudringen, wenn ſich Oeſtreich dieſen Gegnern geſellte. Die Entſcheidung lag bei Preußen. Nur Preußens Unterſtützung konnte Rußland davor bewahren, vor Oeſtreich zurücktreten zu müſſen oder im Kriege gegen Oeſtreich, gegen die Pforte und gegen die Polen zu unterliegen. Aber für Preußen war es unmöglich, den Krieg

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 348—350. — [2]) Weiſungen an Finkenſtein vom 7., 9., 10. Februar. — [3]) Geh. Staatsarchiv.

gegen Oeſtreich, das ſich mit voller Kraft auf Preußen werfen würde, und vorausſichtlich auch den Krieg gegen Frankreich ohne Gegengewähr zu übernehmen, an Rußlands Wachsthum und Größe zu arbeiten, ohne zugleich an Preußens Wachsthum zu denken; um ſo unmöglicher, als, wenn man Rußland zum Siege verholfen, damit deſſen Herrſchaft in Polen definitiv befeſtigt war. Rußlands Herrſchaft zwiſchen den Marken und Oſtpreußen war ungleich unerträglicher für Preußen und Preußens Zukunft gefährdender, als die des ohnmächtigen und ſchwachen Polens. Wollte und ſollte Rußland in Polen herrſchen, ſo mußte wenigſtens Preußen ſeinen Zuſammenhang an der Oſtſee haben. Prinz Heinrich war der Meinung, daß Polniſch-Preußen und Ermeland als Preis der Fortdauer und Erneuerung des Bündniſſes nicht zu hoch befunden werden würden. Schließlich war Rußland in der Lage, ihn zahlen zu müſſen, wenn es nicht auf ſeine osmaniſchen Eroberungen verzichten wollte. Der König durfte ſich nicht verhehlen, wie er ſelbſt anführt, daß auch die Neutralität große Gefahren haben könne. Es war doch nicht auszuſchließen, daß, wenn er vom ruſſiſchen Bündniſſe zurücktrat, Rußland den Krieg gegen Oeſtreich nicht aufzunehmen wagte. Es ließ dann die Eroberungen im Orient fallen; die dadurch erlangte Verſöhnung mit Oeſtreich geſtattete ihm, ſich in Polen deſto feſter zu ſtellen. Damit gerieth die Verbindung zwiſchen den Marken und Oſtpreußen ſicher in Rußlands dann ſogar feindſelige Hand, und bei der Allianz Oeſtreichs und Frankreichs war Preußen wieder iſolirt, wie im ſiebenjährigen Kriege. Indem der König für jenen Preis das Bündniß mit Rußland feſtzuhalten ſich entſchloß, war es zugleich ſeine Meinung, den Krieg, den Oeſtreich im Sinne hatte, wo möglich abzuwenden. Zu dieſem Zwecke ſollte Rußland beſtimmt werden, ſeine Entſchädigung für die Kriegskoſten, ſtatt in der Moldau und Wallachei, in Polen zu nehmen, wodurch Oeſtreich Rußlands Nachbarſchaft an der Donau erſpart wurde. Zugleich ſollte Oeſtreich ebenfalls in Polen das Gegengewicht für den Machtzuwachs Rußlands und Preußens finden, wo es ja ſchon begonnen hatte ſich auszudehnen und einzurichten. „Du hältſt die Wage zwiſchen Oeſtreich und Rußland," ſagte der Prinz; „Rußland

wird ſich ſchließlich herbeilaſſen müſſen, für die Vortheile, die Du ihm verſchaffſt, Dir einen Vortheil zuzugeſtehen. Wenn die Oeſtreicher dies ſehen, werden ſie ebenfalls einen Vortheil ſuchen, und ſo werden die drei Mächte zu einem gegenſeitigen Koncert über ihre wahren Vortheile kommen [1])." Aber gerade dieſer Hauptpunkt, das Verhalten Oeſtreichs, blieb doch höchſt zweifelhaft. Man durfte freilich vorausſetzen, daß Oeſtreich es kaum zum Kriege gegen Preußen und Rußland treiben werde, wenn es dieſe feſt vereinigt ſehe, zumal wenn ihm zugleich ſo große Vortheile geboten wurden. Aber wenn Oeſtreich ſich auf Koſten Polens vergrößerte, ſo trat es in ſcharfen Gegenſatz zu der Stellung, die ſein Verbündeter, Frankreich, Polen gegenüber einnahm und nach dem Geſammtſyſtem ſeiner Politik einnehmen mußte, und ſetzte damit dieſe Allianz aufs Spiel. Sollte es ſich dazu entſchließen? Der Prinz ſtimmte dem Könige zu, daß Oeſtreichs Entſchluß ſchließlich von der Haltung Frankreichs und deſſen Bereitwilligkeit, Oeſtreich Kriegshülfe zu leiſten, abhangen werde.

Es war das Projekt Lynar, das des Königs vorſchauendes Auge zwei Jahre zuvor erblickt. Er hatte es ſeitdem, wie wir geſehen, vollſtändig fallen laſſen. Jetzt machte es Rußlands Streben, zugleich in Polen zu herrſchen und die Pforte niederzuwerfen, die Kriegsbereitſchaft Oeſtreichs, der bedrängten Pforte beizuſpringen, zum Programm der preußiſchen Politik. Zunächſt kam es darauf an, Rußland zum Verzicht auf die Herrſchaft über ganz Polen und damit zur Bewilligung des Preiſes für die Erneuerung der Allianz mit Preußen zu beſtimmen. Demgemäß wurde Solms am 20. Februar inſtruirt: nach den Okkupationen, welche die Oeſtreicher in Polen vorgenommen, handele es ſich nicht mehr um Polens Integrität, ſondern um die Erhaltung des Gleichgewichtes unter den Nachbarn Polens. Der König habe, um die Störung deſſelben zu verhüten, kein anderes Mittel, als ebenfalls eine kleine Provinz von Polen zu beſetzen, um ſie zurückzugeben, wenn Oeſtreich abſtehe, oder

[1]) Heinrich an den König 5. März 1771; geh. Staatsarchiv.

zu behalten, wenn es ſeine vorgeblichen Rechtstitel geltend machen wolle. Auch er habe alte Rechte geltend zu machen (die Zugehörigkeit Pomerellens zu Pommern). Der König wünſche jedoch hierüber zunächſt die Anſicht Katharina's zu kennen. Behaupte Oeſtreich ſeine Okkupationen, ſo könne Rußland auf die Moldau und Wallachei verzichten und die Kriegsentſchädigung gleichfalls in Polen nehmen; ihm ſelbſt würde ſeine Erwerbung in Polen Entſchädigung für die Subſidien gewähren, durch welche er Rußland die Kriegskoſten erleichtert habe; Polen aber würde für alles, was es an die drei Mächte in dem vorausgeſetzten Falle abzutreten haben würde, durch die Moldau und Wallachei entſchädigt werden können. In keinem Falle könnten ſich die Polen beſchweren, da ſie den Krieg der Pforte zu ihrer Unterſtützung herbeigeführt und es ſich gezeigt hätte, daß ſie nur durch eine Kooperation der drei Nachbarn oder mittelſt einer Schwächung durch Landabtretungen in Ordnung zu halten ſeien. Die Frage ſei ſchließlich, ob man ſich dem Vorgehen Oeſtreichs widerſetzen oder daſſelbe nachahmen wolle. Das Letztere ſei deshalb vorzuziehen, weil dadurch zugleich die Schwierigkeiten des Friedensſchluſſes zwiſchen Rußland und der Pforte beſeitigt würden [1]).

Panin konnte ſich nicht entſchließen, auf ganz Polen zu verzichten; er hoffte immer noch, Oeſtreich durch Anerbietung türkiſcher Gebiete gewinnen zu können, und glaubte nicht an deſſen Ernſt, Rußland entgegenzutreten. Er hütete ſich wohl, Solms' Eröffnungen zurückzuweiſen, verſuchte jedoch, ſie dilatoriſch zu behandeln. Er ließ durchblicken, daß der Plan des Königs im Conſeil wohl durchgehen werde, da ein Theil der Mitglieder demſelben günſtig ſei, betonte jedoch die großen Schwierigkeiten, die dem entgegenſtänden. Zunächſt komme es darauf an, feſtzuſtellen, ob Oeſtreich die okkupirten Staroſteien zu behaupten gedenke; der König möge hierüber in Wien Gewißheit zu erlangen ſuchen und, wenn Oeſtreich auf deren Beſitz beharre, würde man andeuten, daß auch andere Höfe Anſprüche erheben könnten. Die Antwort des Wiener Hofes werde ergeben, welchen Weg man

[1]) Weiſungen vom 20., 21., 27. Februar und 5. März 1771.

einzuſchlagen habe [1]). Friedrich wies Finkenſtein an, van Swieten mitzutheilen, der König ſei unter der Hand aufgefordert, die wahren Abſichten Oeſtreichs bei Beſetzung jener Gebiete zu erkunden. Er möge Swieten ſagen: ich ſei nicht eiferſüchtig, rathe ihnen vielmehr, ſich nach Gefallen auszudehnen; es ſei mir erwünſcht, dem Kaiſer dies anbieten zu können, da ſein Beiſpiel von den anderen Nachbarn nachgeahmt werden könnte (27. März). Swieten erklärte, die Meinung ſeines Hofes hierüber einholen zu müſſen [2]). Der König zweifelte, daß man in Wien auf dieſe Andeutungen eintreten werde. „Oeſtreich," ſo ſchreibt Friedrich ſeinem Bruder in den erſten Wochen des April 1771, „verlangt die Friedensvorſchläge Rußlands zu ſehen. Panin zögert, ſie vorzulegen. Die Campagne wird eröffnet; die Oeſtreicher ſtehen im Mai an der ungariſchen Grenze. Die geringſte Schwierigkeit kann das Feuer entzünden. Die flandriſchen und italieniſchen Truppen (ſie waren Anfangs März in Bewegung geſetzt worden) kommen nach Böhmen und Oeſtreich. Bei dem letzten ſchlechten Jahre (1770 hatte Hungersnoth geherrſcht) und dieſem, das ebenſo ſchlecht werden kann, wäre ich in einer furchtbaren Lage, wenn es zum Bruche käme [3]). Ich hoffe mehr vom Zufall als von der Klugheit der Ruſſen und der Weisheit der Oeſtreicher. Bis jetzt habe ich Panin nicht aus dem Schlafe der Sicherheit ziehen können; vielleicht erwacht er erſt bei dem erſten Kanonenſchuß, den die Oeſtreicher in der Wallachei abfeuern. Alle meine Nachrichten aus Wien verkünden den Krieg; gegen den Auguſt wird es ſicher zu Feindſeligkeiten kommen. Das wirft viel heilſame Entwürfe, die Wunden des Landes zu ſchließen, über den Haufen, und wenn unſer Flamberg jetzt heraus muß, ſo iſt an Erſparungen nicht zu denken." „Das Feuer entzündet ſich von allen Seiten; nicht hineingezogen zu werden, erſcheint faſt unmöglich. Nun ſage man mir noch, daß die Politiker die Herren der Ereigniſſe wären. Es iſt eine kritiſche Zeit; man

[1]) Solms' Berichte vom 12., 15. und 19. März 1771. — [2]) Immediatbericht Finkenſteins vom 28. März 1771. — [3]) Joſeph ſchreibt am 14. März 1771: „Mitten in einer Zeit der Peſt und der Hungersnoth, am Vorabend eines Krieges erwacht man (hier) nicht und faßt keinen feſten Entſchluß"; a. a. O. 1, 333.

muß das Ohr am Winde haben und ſich auf Alles vorbereiten [1])." Heinrich erwiderte: bevor die Entſchädigung geſichert ſei, könne der König ſelbſtverſtändlich in keinem Falle für Rußland eintreten. Solms berichtete: die Kaiſerin werde ſich nicht eher beſtimmt entſchließen, bis man klar über Oeſtreich ſähe; Panin glaube, Oeſtreich werde aus Eiferſucht gegen Preußen auf jene Diſtrikte verzichten, wünſche aber jetzt ſelbſt, daß Oeſtreich auf den Gedanken der Theilung eingehe; Orlow und Czernitſchew ſeien entſchieden dafür [2]).

Panins Vorausſetzung war irrig. Oeſtreich gedachte jene Gebiete in der That zu behaupten. „Geſtern," ſchreibt der König am 28. April an Solms, „hat ſich der Baron van Swieten bei mir melden laſſen, um mir die Antwort des Wiener Hofes in Betreff der Beſitzungen, die er ſich in Polen angeeignet hat, mitzutheilen. Dieſe beſteht darin: daß das Land Zips Oeſtreich ſeit alter Zeit gehöre und daß die anderen Staroſteien von Ungarn abgeriſſen worden ſeien. Oeſtreich habe ſein Eigenthum wiedergenommen und würde bei der Pacifikation Polens ſeine Urkunden vorzeigen und ſeine Rechte und Anſprüche beweiſen [3])." Dies ſei klar. Der Wiener Hof gebe das Beiſpiel. Rußland und Preußen ſeien dadurch ermächtigt, ebenſo zu verfahren. Rußland möge darnach mit Oeſtreich in Erörterungen über die Bedingungen des Friedens mit der Pforte eintreten und ſodann mit dem Könige über die Acquiſitionen übereinkommen, die von beiden Seiten in Polen zu machen ſeien. Der Wiener Hof werde ſich dem nicht widerſetzen können. Es handle ſich nicht um Erwerbungen in Oeſtreichs Nachbarſchaft, und Oeſtreich habe das Beiſpiel gegeben. Demnach komme es nur darauf an, ſich über die Moldau und Wallachei zu verſtändigen, deren Abtrennung von der Herrſchaft der Pforte Oeſtreich nach der Ueberzeugung des Königs niemals zugeben werde. Erfolge dieſe Verſtändigung, ſo werde alles Uebrige zur Genugthuung der Kaiſerin und ihres Alliirten gelingen. Auch dieſe Eröffnung und eine weitere Weiſung des Königs

---

[1]) Der König an Heinrich 3., 10. und 11. April. — [2]) Berichte vom 9., 12. und 19. April. — [3]) Vgl. Beer Van Swieten 1, 18.

vom 8. Mai: Rußland möge einfach den Verzicht auf die Moldau und Wallachei ausſprechen und ſich mit ihm über die in Polen in Beſitz zu nehmenden Diſtrikte verſtändigen, dann ſei Alles in Ordnung; ja, ſelbſt eine ſcharfe Note, die Solms am 16. Mai vorlegte: daß er bei längerer Zögerung in dieſer Sache für den Entſchluß des Königs nicht einſtehen könne, würden die Dinge in Petersburg kaum weiter vorwärts gebracht haben, wenn nicht um dieſe Zeit die Konföderirten in Polen neue Fortſchritte gemacht und Panin ſich überzeugt hätte, daß Oeſtreich, ſtatt ſich Rußland, wie er wähnte, zu nähern, vielmehr mit der Pforte ſich zu einigen im Begriff ſtehe.

Dem Rath des Königs gemäß waren die Bedingungen Rußlands für den Frieden mit der Pforte gemildert worden. Die Moldau und Wallachei ſollten unabhängige Staaten werden; auch auf die beiden Kabardeien verzichtete Rußland; nur die Unabhängigkeit der Tataren, Aſow und die Inſel im Archipel wurden feſtgehalten. Als Panin dieſe Bedingungen dem Vertreter Oeſtreichs am 31. Mai vorlegte, konnte dieſer auf Grund einer vorgängigen Weiſung des Fürſten Kaunitz vom 2. Mai auf der Stelle erwidern, daß auch die Unabhängigkeit der Moldau und Wallachei und die Freiheit der Tataren mit der Sicherheit und den Intereſſen Oeſtreichs unvereinbar ſeien. Dieſe Erwiderung wirkte. Am 2. Juni konnte Solms dem Könige berichten, daß die Idee angenommen ſei, die Kriegsentſchädigung in Polen zu nehmen, daß ſich Panin für die vertragsmäßige Theilung unter Theilnahme Oeſtreichs ausgeſprochen, daß er ſich in dieſem Sinne gegen Lobkowitz (den Vertreter Oeſtreichs in Petersburg) äußern und die Friedensbedingungen demgemäß modificiren werde, endlich daß Panin auf Befehl der Kaiſerin mit ihm in Konferenz über die Gebiete getreten ſei, die Preußen in Polen beanſpruche. Der König ließ hierauf Solms den betreffenden Vertragsentwurf zufertigen und bemerkte zugleich, daß er über den Antheil, den Rußland ſich in Polen beſtimme, in keine Diskuſſion eintrete, vielmehr demſelben überlaſſe, dieſen nach ſeinem Intereſſe und ſeinem Gutdünken zu regeln; er empfahl wiederholt die Entſchädigung Polens durch die Moldau und Wallachei. Zugleich berichtete Benoit

aus Warſchau, daß Saldern, der an Wolkonski's Stelle nach Polen geſchickt war, die Pacifikation herbeizuführen, weder der Konföderirten Herr werden könne (er hatte nur 16,000 Mann zu ſeiner Verfügung), noch mit der Bildung einer gemäßigten Partei zu Stande komme. Saldern habe ihm geſagt: die Theilung müſſe vereinbart werden und jeder ſich in Poſſeſſion ſetzen, ſonſt werde man nicht zu Ende kommen; Saldern habe Panin vorgeſtellt, daß die Theilung unvermeidlich ſei, Panin beharre jedoch auf vorgängiger Pacifikation. Saldern laſſe den König bitten, die entgegengeſetzte Anſicht in Petersburg zur Geltung zu bringen. Endlich richtete Saldern durch Benoit an den König das Erſuchen, ſeine Truppen in Polen einrücken zu laſſen. Friedrich lehnte ab [1]). Der Bericht des Fürſten Lobkowitz, welcher Kaunitz die ermäßigten Friedensbedingungen Rußlands überbrachte, war am 16. Juni in Wien. Kaunitz erwiderte am 1. Juli: „ein Friede mit der Pforte unter dieſen Bedingungen würde für das ruſſiſche Reich die größte und wichtigſte Eroberung ſein, die eine europäiſche Macht in den letzten Jahren gemacht habe, und eine höchſt gefährliche Veränderung des Gleichgewichts.“ Zugleich ſollte Lobkowitz vernehmen laſſen: wenn die ruſſiſche Armee die Donau überſchreite, werde ſich Oeſtreich gezwungen ſehen, zur Unterſtützung der Pforte am Kriege Theil zu nehmen [2]). An dem Tage des Abgangs dieſer Weiſung ſagte Maria Thereſia ſelbſt dem Geſandten Englands in Wien: „Es iſt unmöglich, der Pforte die ruſſiſchen Friedensvorſchläge mitzutheilen. Wir können bei der engen Verbindung der Höfe von Petersburg und Berlin die Vergrößerung Rußlands nicht mit Gleichgültigkeit betrachten.“ Sie deutete dann an, daß Rußland und Preußen einen Plan zur Theilung Polens entworfen hätten. „Sie werden leicht einſehen, daß wir dies nicht dulden können. Ich

---

[1]) Benoits Berichte vom 5. Mai, 15. Juni, 6. Juli, 23. Juli und 21. Auguſt 1771. Hiernach iſt die Anführung bei Sſolowjoff a. a. O. S. 136 zu beurtheilen, wie die bei Smitt a. a. O. 139, die übrigens ſchon durch das weiter oben im Text Mitgetheilte widerlegt iſt, und die Angaben über Salderns Verhalten gegen Benoit bei Raumer a. a. O. 2, 412. 413. 455. — [2]) Beer Erſte Theilung 2, 84 ff.

wünſche kein Dorf zu behalten, das mir nicht zukommt. Ich will keine Eingriffe machen, auch nicht dulden, daß ſolche gemacht werden. Beim Ausbruche dieſes unglücklichen Krieges ſagte ich Ihnen, ich wolle ſo lange als möglich neutral bleiben; ich ſage Ihnen jetzt mit derſelben Offenheit, daß ich daran Theil nehmen muß, wenn er länger dauert als dieſer Feldzug. Ich weiß, es iſt ein äußerſt verderblicher Krieg; wir werden dem Hunger, der Peſt, jeder Plage ausgeſetzt ſein; aber meine künftige Sicherheit, die Erhaltung meiner weſentlichſten Intereſſen fordern ihn ſo laut, daß mir keine Wahl bleibt. Ich hoffe, die Dinge werden nicht zu dieſem Aeußerſten kommen. Ich ſpreche vom Uebelſten, was geſchehen kann [1])."

Dieſe Haltung Oeſtreichs mußte, verbunden mit den Berichten, die Saldern aus Warſchau über die Unmöglichkeit einreichte, mit den Konföderirten ohne Unterſtützung der Nachbarmächte zu Ende zu kommen [2]), in Petersburg mehr und mehr überzeugen, daß Friedrichs Aſſiſtenz nicht zu entbehren ſei. So ſchwer es Panin wurde, auf die Herrſchaft über ganz Polen zu verzichten, er mußte ſich entſchließen, den Preis für die Aſſiſtenz, den der König forderte, zuzugeſtehen. Auf Friedrichs Mittheilung, daß Oeſtreich Rußlands Bedingungen vom 31. Mai ſtolz abgelehnt habe, erwiderte Prinz Heinrich: nach dieſer Antwort und ſeiner großen Rüſtung bleibe Kaunitz nichts übrig, als Krieg zu machen oder aufrichtig am Frieden zu arbeiten. „Dieſe Antwort muß Rußland drängen, ſich mit Dir zu einigen; Deine Unterſtützung iſt ſeine einzige Garantie für die Erlangung ſeiner Kriegsentſchädigung. Es muß eilen, mit Dir zu ſchließen; denn es kann nur mit Dir die Bedingungen des Friedens vorſchreiben (11. Juli)." Der Prinz ſah richtig „Nach den Schreiben, welche ich heute aus Rußland über meine Konvention erhalten," ſagte ihm der König ſchon am 21. Juli, „wird mein Antheil aus Pomerellen bis zur Netze, Kulm, Marienburg und Elbing beſtehen. Dies iſt ſehr anſehnlich und vergütet die gezahlten Suſidien und andere Ausgaben,

---

[1]) Bei Raumer a. a. O. 2, 392. — [2]) Benoits Berichte vom 6. und 23. Juli 1771.

die mir der Türkenkrieg verurſacht hat. Von Wien ſchreibt man mir, daß Kaunitz fortfährt, üblen Humors zu ſein. Da ich nicht glaube, daß er auf Frankreich zählen kann, könnte dies wohl dazu beitragen. Ich erwarte nun in Kurzem Nachricht, wie man in Petersburg die Antwort Oeſtreichs aufgenommen hat. Allem Anſchein nach muß ſie die beiden Höfe mehr als jemals entzweien. Dann muß man ſehen, welche Maßnahmen man in Petersburg für den Friedensſchluß mit den Türken nehmen wird. Dies alles wird uns bis Ende dieſes Jahres führen, bis wohin es nichts als eingeleitete Verhandlungen und neue Propoſitionen geben wird [1])."

In der That ſteigerte ſich die Entzweiung zwiſchen Oeſtreich und Rußland. Oeſtreich ſchien ſeinen Worten die That auf dem Fuße folgen laſſen zu wollen. Unter dem 5. Auguſt wies Kaunitz van Swieten an, dem Könige mitzutheilen, daß Oeſtreichs Entſchluß gefaßt ſei, eher das Aeußerſte zu wagen, als ſich ewiger Gefahr auszuſetzen [2]). „Van Swieten hat mir heute ſo geſprochen", ſchreibt der König am 14. Auguſt ſeinem Bruder, „daß ich glauben muß, der Krieg werde Anfang nächſten Jahres erklärt werden. Saldern ſchickt mir einen Offizier mit der Bitte, ich möchte den Peſtcordon, der ſeit acht Tagen aufgehoben iſt, bis an die Warthe und Poſen vorſchieben; ganz Litthauen iſt aufgeſtanden. Ich habe abgelehnt [3]). Panin ſchreibt unterdeß Memoiren, um zu beweiſen, daß ſeine Bedingungen höchſt gemäßigt ſind. Er muß ſich über die Moldau und Wallachei entſcheiden, darin liegt der Knoten. Die Sache verwickelt ſich ſo, daß der Ausgang nicht vorauszuſehen iſt. Ich fange an, die nöthigen Maßregeln zu treffen, um nicht unvorbereitet zu ſein." Von Glatz aus fügte der König am 22. Auguſt hinzu: „Swieten ſagte mir am 14., daß ſein Hof ſich mit allen Kräften jeder Zerſtückelung der Türkei widerſetzen werde, daß der Friede auf den Beſitzſtand vor dem Kriege geſchloſſen werden müſſe. Ich machte alle Gegenvorſtellungen und ſchloß, daß ſie in dieſem Falle den Ruſſen den Krieg erklären müßten. Dazu

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 352. 353. — [2]) Beer Erſte Theilung 2, 91. — [3]) Saldern an den König 31. Juli; Antwort des Königs vom 11. Auguſt 1771; geh. Staatsarchiv.

wären ſie, erwiderte er, nicht allein entſchloſſen, ſie ſtänden auch auf dem Punkte, mit den Osmanen eine Allianz abzuſchließen. Dies iſt klar. Ihr Stolz wird ſich kein Dementi geben, und ſo iſt außer Zweifel, daß ſie agiren wollen, jedoch erſt nächſtes Jahr, weil die Verhandlung mit Rußland noch nicht formell abgebrochen iſt, das ſchlechte Jahr den Unterhalt der Truppen unmöglich macht, die Allianz mit der Pforte noch nicht gezeichnet iſt (der König irrte, ſie war bereits gezeichnet) und ſie alsdann, da die Ruſſen nicht über die Donau gehen werden, noch zeitig genug kommen. Ich bereite Alles vor, remontire die Kavallerie und ſetze Alles daran, die Magazine zu füllen. Ueber meine Konvention bin ich noch ohne Nachricht aus Petersburg. Die Truppen hier ſind gut, und Silberberg iſt fertig." Der Prinz bemerkte, daß es nöthig ſein werde, den Kriegsplan mit den Ruſſen feſtzuſtellen, vor Allem aber Preußens Entſchädigung. Ginge man in Petersburg hierauf ein, ſo müſſe der König ſogleich für Rußland eintreten. Würden die Ruſſen zuerſt allein geſchlagen, ſo könnten ſie Preußen nicht helfen; ſiegten ſie allein, ſo würden ſie auf Preußen keine Rückſicht nehmen. Träten die Ruſſen auf den Kriegsplan und die Entſchädigung nicht ein — dann möge der König ſeine Neutralität erklären (26. Auguſt). Der König erwiderte: das Contreprojekt ſeiner Konvention ſei endlich angekommen (es war am 17. Auguſt aus Petersburg abgegangen); es ſei darin für den Vortheil Rußlands ſo gut geſorgt, daß das Material der Verhandlung ſehr groß ſei. Er bereite ſich ſehr ernſthaft vor, dem Haufen der Feinde widerſtehen zu können; ſeine Entſchädigung müſſe demgemäß vergrößert werden (10. September). Die Antwort des Prinzen hob hervor, daß Rußlands Zugeſtändniſſe die Kriegskoſten reichlich vergüten müßten. Die Oeſtreicher würden ohne Zweifel mit mehr Schnelligkeit und Reſolution als früher operiren; aber auch dies würde ein Vortheil ſein, da man ſie dann im Marſche und auf der Ebene faſſen könne. Doch glaube er noch immer, daß ſie ſich beſinnen würden, wenn ſie die Rüſtungen des Königs gewahrten. „Du wirſt über Krieg und Frieden entſcheiden oder aber einen glorreichen Krieg führen (16. und 20. September)." Wie entſchloſſen der König

ſeine Rüſtung betrieb, er unterließ keinen Augenblick, in Petersburg darauf zu dringen, daß man die Bedingungen für den Frieden mit der Pforte noch weiter über das Programm vom 31. Mai hinaus (S. 238) herabmindern, daß Rußland auch darauf verzichten müſſe, die Moldau und Wallachei zu unabhängigen Staaten zu machen. Solms erhielt unausgeſetzt Weiſungen in dieſem Sinne [1]). Der König täuſchte ſich nicht darüber, daß Oeſtreich ſeinem Intereſſe gemäß verfahre, wenn es die Fürſtenthümer nicht in Rußlands Hand oder in der Hand von Rußland abhängiger Fürſten ſehen wollte, daß ſelbſt, wenn Katharina ſich dazu verſtand, die Moldau und Wallachei der Pforte zu laſſen, Oeſtreich in der Verzichtleiſtung der Pforte auf die Oberhoheit über die Tataren, auf welcher Rußland beſtand, Anlaß zur Schilderhebung finden könne [2]). Aus Solms' Berichten, die in dieſen Tagen eingingen, erſah er, daß man ſich in Petersburg entſchließen könnte, die Losreißung der Donaulande fallen zu laſſen; aber damit waren eben nicht alle Anſtöße gehoben [3]). Am 22. September ſchreibt er ſeinem Bruder: „Die Oeſtreicher werden den Krieg haben. Die Nachrichten, die ich heute aus Rußland erhalten, zeigen die Kaiſerin ſehr erbittert gegen Maria Thereſia. Es bleibt zu erfahren, ob ich mich mit Katharina einigen kann. Meine Entſchädigung muß dem Wagniß und den enormen Koſten des Krieges entſprechen. Inzwiſchen ſuchen die Oeſtreicher das Reich in Bewegung zu bringen, beſonders Kaſſel und Würtemberg. Würtemberg und die Biſchöfe werden thun, was man in Wien haben will. Ich fahre fort, zu rüſten. Der Krieg kommt, wenn nicht Zwiſchenfälle eintreten, z. B. daß der Beichtvater Maria Thereſia's Gewiſſen erweicht wegen des Chriſtenblutes, das für die Türken fließen ſoll; Kaunitz wird ſich indeß wohl vorgeſehen haben. Ohne den Krieg zu wünſchen und ohne ihn zu fürchten, bereite ich mich auf alle Rollen vor, feſt entſchloſſen, nichts zu unternehmen, es ſei denn zum größten Vortheil des Vaterlandes." Maria Thereſia hatte

[1]) Weiſungen an Solms vom 5., 10., 12., 29. Auguſt, 8. und 10. September 1771. — [2]) Friedrich an Finkenſtein 13. September 1771. — [3]) Friedrich an Finkenſtein 19. und 20. September 1771.

höchſt überraſchend am 5. September dem Vertreter Friedrichs von ihrer Friedensliebe geſprochen, geäußert, daß Oeſtreich ſogar bereit ſein werde, die Krim in der Hand Rußlands zu laſſen, worauf der König Weiſungen in dieſem Sinne nach Konſtantinopel und Petersburg geſendet hatte; aber Kaunitz hatte gleich darauf van Swieten entgegengeſetzte Vorſchriften ertheilt [1]).

In dieſen Tagen erklärte der König van Swieten: er habe den Ruſſen die Moldau und Wallachei nicht garantirt; aber er werde nicht unthätig zuſehen, daß man ſeinen Verbündeten angreife; der Kaiſerin Katharina ſchrieb er: die Armee, die ſie weiſe beſchloſſen habe nach Polen marſchiren zu laſſen, werde ein ſiegreiches Argument ſein (30. Septbr.); zugleich ließ er die Erwiderung auf die ruſſiſchen Gegenvorſchläge (S. 242) nach Petersburg abgehen (1. Oktbr.). Es handelte ſich um den völligen Verzicht Rußlands auf die Moldau und Wallachei, auf dem der König beſtand, um die Verwendung des preußiſchen Hülfscorps, welches zur ruſſiſchen Armee ſtoßen ſollte, in dem Falle, daß Preußen ſelbſt angegriffen werde (der König war bereit, es zur ruſſiſchen Armee in Polen, jedoch nicht nach der Moldau marſchiren zu laſſen), und um Danzig, welches der König jetzt ſeinem Antheil hinzugefügt wiſſen wollte. Die Maßnahmen, zu denen man ſich in Petersburg entſchloſſen erklärte, ließen den König einen Augenblick glauben, daß ſich der Knoten ohne Krieg löſen laſſen werde. „Die Ruſſen", ſchreibt er ſeinem Bruder, „haben, durch die hochfahrende Antwort Oeſtreichs gereizt, beſchloſſen, im nächſten Januar eine Armee von 50,000 Mann nach Polen marſchiren zu laſſen. Das iſt der Moment, unſere Konvention zu zeichnen. Es wird dies die Bedingungen verbeſſern, die ich für mich wünſche, und andererſeits wird dieſe neue Armee, zwiſchen Krakau und Sandomir aufgeſtellt, die Oeſtreicher vom Handeln abhalten, ſo daß wir Acquiſitionen ohne Schwertſtreich machen werden. Kommt es jedoch zum Kriege, ſo dürfen wir weder Geld noch Subſidien ſparen (die Fürſten des Reiches zu gewinnen). Ich bereite die Bildung von vier Garniſon-

[1]) Beer Erſte Theilung 2, 110 ff.

bataillonen, 10 Freibataillonen und eines Husarenregimentes vor. Die Aushebungen erfolgen auf der Stelle, sobald der Vertrag mit Rußland gezeichnet ist (27. Septbr.). Wenige Tage darauf setzt der König hinzu: „Wenn die Oestreicher widerstreben, müßte Czernitschew (der Kriegsminister Katharina's) wohl selbst hierher kommen, um den Kriegsplan im voraus festzustellen. Ich habe einen Versuch gemacht, Danzig unserem Antheil hinzuzufügen, und dem Projekt hinzugesetzt, daß Jeder sich unmittelbar nach Zeichnung des Vertrages in den Besitz seines Antheiles setzen wird. Wir brauchen noch 20,000 Mann. Die Mobilmachung der Artillerie kostet allein eine Million, sie braucht 16,000 Pferde; die gesammte erste Ausrüstung 4,200,000 Thlr. ohne die Magazine. Ich muß sehr stark arbeiten, habe keine Hülfe und bedarf noch eines vollen Monates, um fertig zu werden (2. und 5. Oktbr. [1]).“ Die Kosten der ersten Campagne berechnet der König auf 13,700,000 Thlr.; er müsse auf den Angriff von 200,000 Mann (die Streitmacht Oestreichs und der deutschen Fürsten, die Oestreich folgen würden) gefaßt sein [2]).

Die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang, die der König seinem Bruder am 27. September angedeutet hatte, die er auch Finkenstein und Rhod am 8. und 9. Oktober aussprach, schien sich nicht zu erfüllen. Kaunitz beharrte auf dem Widerstande gegen die russischen Friedensbedingungen. Seinerseits ging der König auf den dringenden Wunsch des russischen Kabinets, zur Unterstützung der russischen Truppen in Polen ein Corps nach Posen vorgehen zu lassen, was er Saldern im August abgeschlagen, ein (22. Oktober [3]). Aber noch immer war der Vertrag zwischen Preußen und Rußland nicht gezeichnet. Der König schrieb Solms: er habe gerüstet; man möge sich aber in Petersburg überzeugt halten, daß er keine Katze marschiren lassen werde, bevor der Vertrag unterschrieben sei (30. Oktober); er habe den Russen die Bedingungen bezeichnet,

---

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 353—355. Geh. Staatsarchiv. — [2]) Weisungen an Solms vom 25. September und 6. Oktober 1771. — [3]) Solms' Berichte vom 1. und 13. Oktober 1771. Der König an Finkenstein 22. Oktober.

unter denen ſie ihn haben könnten; wollten ſie dieſe nicht annehmen, ſo miſche er ſich in nichts (3. November); „keine Beſitzergreifung, keine Truppen“ (6. November); und endlich, er verpflichte ſich nicht leichthin: „will man mich in Bewegung ſetzen, ſo muß dies unter guten Zeichen (bonnes enseignes) geſchehen[1].“ Seinem Bruder Heinrich ſagte er: „Die ruſſiſchen Langſamkeiten dauern fort. Aber wenn ich mich nicht täuſche, brauchen ſie meine Aſſiſtenz und werden genöthigt ſein, ſie durch das Geſchenk eines Landes zu erkaufen, das ihnen nicht gehört“; und Finkenſtein bemerkt er am 6. December: je länger Rußland die Sache hinausziehe, um ſo mehr werde es genöthigt ſein, ſeine Bedingungen anzunehmen.

An demſelben Tage wurde endlich in Petersburg dem Grafen Solms die Antwort auf die preußiſchen Vorſchläge vom 1. Oktober (S. 244) übergeben. Es widerſtrebe der Kaiſerin, ſo lautete dieſe Erklärung, chriſtliche Provinzen unter das Joch der Muhammedaner zurückkehren zu laſſen. Aber in der grauſamen Alternative, in welche ſie durch die Kriegsdrohung Oeſtreichs verſetzt ſei, im Falle ſie auf der Losreißung dieſer Provinzen beharre, entſchließe ſie ſich zu dieſem Opfer.

Es war der vollſtändige Verzicht auf die Moldau und Wallachei, den das Drängen des Königs erlangt hatte. Friedrich wird dann erſucht, dergeſtalt in Wien zu interveniren, daß es nicht den Schein habe, als ob dies Opfer der Kaiſerin durch den Wiener Hof auferlegt ſei. Dagegen müßten die Türken Bender, Otſchakow oder wenigſtens Kinburn abtreten. Die Forderung eines preußiſchen Hülfscorps von 20,000 Mann für die Moldau, für den Fall eines Angriffes auf Rußland von Seiten Oſtreichs, wurde aufrecht erhalten. Die Kaiſerin wolle ihre Truppen in Polen im Laufe des Winters auf 50,000 Mann bringen und ſei geneigt, die Operationen dieſer Armee mit denen des preußiſchen Hülfscorps zu kombiniren. Aber es laſſe ſich darüber im voraus nicht entſcheiden. Wenn die Oeſtreicher in den türkiſchen Provinzen die Türken unterſtützten, müſſe dieſe kombinirte Armee

[1] Weiſungen vom 30. Oktober, 3., 6., 7. und 27. November 1771.

nothwendig an die Donau marſchiren; wenn ſie in Polen einrückten, müſſe dieſelbe ſie nach Ungarn zurückwerfen. Aber in letzterem Falle ſei dieſe Armee nicht ausreichend, und Preußen müſſe eine mächtige Diverſion mit allen ſeinen Streitkräften in Oeſtreich ſelbſt machen. Wendete ſich Oeſtreich aber vornehmlich gegen Preußen, dann wolle man das Hülfscorps zurückſchicken und dieſem 6000 Mann Infanterie und 4000 Koſacken anſchließen. Wenn die Umſtände es erlaubten, werde dieſe Zahl verdoppelt werden, und falls der Friede mit den Türken zu Stande komme, würde man dem Könige mit allen Kräften zu Hülfe eilen, insbeſondere mit 50,000 Mann in Ungarn einbrechen. Die Beſitzergreifungen in Polen dürften *nicht unmittelbar* nach der Zeichnung des Vertrages (wie der König verlangt hatte) ſtattfinden. Polniſch-Preußen und Ermeland waren zugeſtanden; aber dem Wunſche des Königs in Bezug auf Danzig ſtänden unüberwindliche Hinderniſſe entgegen. Der ruſſiſche Hof habe dieſer Stadt wiederholt ihre Unabhängigkeit und ihre Privilegien garantirt, und die Seemächte wünſchten den Fortbeſtand ihrer gegenwärtigen Stellung. Trüge Rußland dieſer Auffaſſung nicht Rechnung, ſo würden die Seemächte Repreſſalien gegen den ruſſiſchen Handel nehmen. Katharina begleitete dieſe Erklärung mit den Worten an den König: „Heute habe ich Solms die nöthigen Aufklärungen für die Negotiation geben laſſen, welche zwiſchen uns ſchwebt. Mit Genugthuung betrachte ich dieſe Angelegenheit als bereits beendet. Eure Majeſtät kann überzeugt ſein, daß nur eine abſolute Nothwendigkeit, Folge der fundamentalen Intereſſen meines Reiches, mich verhindert hat, Ihrem Wunſche (bezüglich Danzigs) zu entſprechen. Die Zeit und die Ereigniſſe werden mich in den Stand ſetzen, Eure Majeſtät dafür zu entſchädigen (6. December)."

Der König war nicht gemeint, den ruſſiſchen Gegenvorſchlag ohne Weiteres zu acceptiren Er beharrte darauf, daß das preußiſche Hülfscorps nur in Polen verwendet werde; nach der Moldau könne er keine Truppen ſchicken, er werde von Oeſtreich und Frankreich angegriffen werden. „Ich will nichts verſprechen, was ich nicht halten kann; ich will unpolitiſch, aber ehrlich ſein (27. Decbr)." Die

Forderung auf Danzig ließ er fallen; aber die Beſitzergreifung von Polniſch-Preußen und Ermeland müſſe gleich nach Zeichnung des Vertrages vorgenommen werden. Dies ſeien Bedingungen sine quibus non (4. Januar 1772). „Es ſind meine letzten Bedingungen", fügt der König zu Solms' Direktion hinzu. Er ſah den Krieg vor der Thür. Aus der Haltung Oeſtreichs zog er den Schluß, daß ein geheimer Vertrag zwiſchen Oeſtreich und der Pforte geſchloſſen ſein müſſe [1]). Seinem Miniſter Finkenſtein ſagte er am 16. Januar, er wolle noch einen Verſuch bei Swieten machen; er hoffe jedoch davon nicht viel; er müſſe annehmen, daß Kaunitz zu tief mit der Pforte engagirt ſei. Und am 20. Januar: er habe geſtern mit Swieten geſprochen, ihm ohne zu drohen geſagt, daß, wenn ſie die Ruſſen angriffen, ſie auch mit dem Alliirten Rußlands zu thun bekämen. „Ich habe offen von meinen Aufſtellungen geſprochen, ihm alle Gefahren des Krieges in der lebhafteſten und dringendſten Weiſe vorgeſtellt, ihn darauf hingewieſen, daß 40,000 Ruſſen in Polen eingerückt ſeien und die geſammten Streitkräfte Preußens bereit ſtänden, in Oeſtreich einzubrechen, wenn die ruſſiſche Donau-Armee von den Oeſtreichern angegriffen würde. Es habe Eindruck auf ihn gemacht — aber auf Kaunitz [2])?"

In dieſer Spannung waren die Dinge, als am 31. Januar ein Kurier aus Wien bei dem Vertreter Oeſtreichs in Berlin eintraf, worauf dieſer dem Grafen Finkenſtein mittheilte, daß der Wiener Hof den Frieden den Wechſelfällen des Krieges vorziehe. Nachdem Rußland darauf verzichtet habe, die Moldau und Wallachei den Türken zu entreißen, ſo erklärte van Swieten Finkenſtein am 1. Februar, und damit die Bedingung weggefallen ſei, welche dem Intereſſe Oeſtreichs am direkteſten widerſprochen, ſtehe Oeſtreich nicht an, der Pforte die neuen Vorſchläge Rußlands mitzutheilen, halte es jedoch für zweckmäßiger, derſelben zunächſt einen Waffenſtillſtand und die Zuſtimmung zum Zuſammentritte eines Kongreſſes vorzuſchlagen;

[1]) Weiſung an Solms 12. Januar 1772. — [2]) Der König an Finkenſtein 20. Januar, an Solms 19. Februar 1772; geh. Staatsarchiv. Vergl. Swietens Bericht bei Beer Friedrich II. und van Swieten S. 55 ff.

über die in Polen zu nehmenden Entschädigungen sei Oestreich bereit, nach dem von Rußland neuerdings gemachten Vorschlage in eine Verständigung einzutreten. Die näheren Eröffnungen hierüber war Swieten angewiesen dem Könige persönlich zu machen. Dieser war von einem Gichtanfalle heimgesucht. Trotzdem empfing er Swieten am 4. Februar. Den Verlauf dieser Audienz schildert der König seinem Bruder in folgender Weise. „Du wirst wohl ebenso erstaunt sein, als ich es war, wenn Du den Auftrag, den Swieten erhalten hat, vernimmst. Die Komplimente bei Seite fing er an, mir zu sagen, daß es, um Mißhelligkeiten zu vermeiden, die aus Mißverständnissen hervorgehen könnten, gut wäre, sich über das zu verständigen, was man von Polen abreißen wolle. Vor Allem müsse man übereinkommen, daß keine Macht einen Vortheil vor der anderen habe. Ich antwortete, daß ich dieser Regel gern zustimme und daß der Wiener Hof in den Palatinaten von Lemberg und in der Nachbarschaft Ungarns Befriedigung finden werde. Hierauf hielt er mir einen großen Vortrag über die Karpathen, welche sie hinderten, jenseit derselben Besitzungen zu haben. Ich entgegnete: sie würden sehr erzürnt sein, wenn man ihnen das Mailändische nehmen wollte, obwohl sie durch die Alpen von diesem getrennt wären. Er meinte darauf, daß es vielleicht ein anderes Mittel gäbe, seinen Hof zu befriedigen, und zwar durch einen Austausch. Und durch welchen, sagte ich. „Wir würden Ihnen unsere ganze polnische Besitzung gegen die Grafschaft Glatz abtreten.“ Ich erwiderte, daß ich Mühe habe, zu glauben, daß es ein Minister Oestreichs sei, der mir nach dem Frieden von Hubertsburg und nach den Versicherungen, die mir der Kaiser selbst gegeben: auf immer alle Abtretungen, die mir Oestreich gemacht, zu vergessen, solche Vorschläge bringe. Es seien Vorschläge, die man mir machen könne, wenn ich die Gicht im Gehirn hätte, aber ich hätte sie nur in den Beinen. Hiervon sei aufzuhören. Der letzte Vorschlag war dann, daß es, um seinen Hof zu befriedigen, erforderlich sei, diesem die Cession Belgrads und Serbiens von den Türken zu verschaffen. Ich erwiderte, daß die Kaiserin von Rußland ihnen vor langer Zeit eine solche Entschädigung angeboten (ob.

S. 179), daß ich aber nicht wiſſe, ob ſie jetzt noch dieſer Meinung ſei. Jedoch würde ich das Terrain ſondiren und hielte die Sache für möglich. Du ſiehſt hieraus, daß Kaunitz' Entwurf derangirt iſt und daß er ſich, da er ihn nicht durchführen kann, nach allen Seiten wendet, was ſich etwa bekommen ließe; aber ich geſtehe, es iſt eine Perfidie von ihm, denen, die ſich ihm anvertraut, die Oeſtreich zu ihrem Vermittler gemacht, ein Gebiet entreißen zu wollen, das die Türken an der Grenze Ungarns ebenſo ſchwächt, wie die Ruſſen ſie in der Krim ſchwächen. Was uns betrifft, ſo bin ich jetzt ſicher, daß dieſe Leute den Krieg fürchten und Alles annehmen werden, was man vorſchlagen wird, ihn zu vermeiden (8. Februar 1772)." Van Swieten ſelbſt berichtet ſeinem Hofe: der König habe ihm den Urſprung des polniſchen Projektes mitgetheilt. Die Kaiſerin Katharina habe ſeinem Bruder in Gegenwart einiger ihrer Vertrauten von der Beſitznahme der Zips geſprochen; dabei ſei geäußert worden, daß nun auch Rußland in Polen nehmen und ein Theil Preußen gegeben werden könne. Er ſei darauf eingegangen. Aber erſt, nachdem Rußland geſehen, daß es der Pforte die Moldau und Wallachei nicht entreißen könne, habe es ſich auf Polen zurückgeworfen, um hier Entſchädigung zu finden. Er (Swieten) habe dann den König erſucht, ihm die Maßnahmen nicht zu verbergen, welche hierüber ſchon zwiſchen ihm und dem ruſſiſchen Hofe getroffen ſein könnten. Der König habe erwidert: es ſei noch kein Vertrag gezeichnet; er wiſſe nur, daß Rußland gewiſſe Gebiete behalten wolle, die eine feſte und ſichere Grenze gegen Polen gewährten, daß ihm ſelbſt Polniſch-Preußen und Ermeland mit Ausnahme von Danzig und Thorn zufallen würden, daß Oeſtreich ſich in den fruchtbaren Ungarn benachbarten Diſtrikten ausdehnen könne. Nun habe er (Swieten) dem Könige vorgeſchlagen: „die Grafſchaft Glatz und einen Theil Schleſiens abzutreten und dafür als Aequivalent den Antheil zu nehmen, der Oeſtreich in Polen zufallen ſolle." Der König habe dieſen Vorſchlag mit Lebhaftigkeit zurückgewieſen. Darauf habe er Belgrad, Serbien und einen Theil Bosniens genannt, die man vom Gebiete der Pforte abtrennen und Oeſtreich von Neuem

einverleiben könne. Der König habe dies gebilligt und verſprochen, der Kaiſerin von Rußland darüber zu ſchreiben [1]).

Der Zuſammenhang der Dinge war folgender. Nachdem man ſich in Wien nach der Zuſammenkunft zu Neuſtadt entſchloſſen hatte, die 13 Städte der Zips und die galiziſchen Staroſteien zu annektiren, „um einen heilſamen Eindruck“ bei Rußland hervorzubringen, d. h. zu zeigen, daß man nicht gewillt ſei, Polen vollſtändig Rußland zu überlaſſen, Rüſtungen vorzunehmen und ein Einſchreiten Oeſtreichs für den nächſten Feldzug in Ausſicht zu ſtellen, hatte ſich Panin bemüht, wie er dem Prinzen Heinrich während der letzten Wochen ſeines Aufenthalts in Petersburg wiederholt angedeutet, eine Verſtändigung mit Oeſtreich herbeizuführen. Er verſprach von Neuem alle Vortheile auf Koſten der Pforte, welche Oeſtreich wünſchen möchte, wenn es ſich Rußland anſchließen wollte, ſelbſt wenn ſich Oeſtreich nur entſchlöſſe, den Konföderirten keine Unterſtützung weiter zu gewähren und öffentlich zu erklären, daß dieſe nichts vom Wiener Hofe zu erwarten hätten [2]). Kaunitz beharrte feſt auf ſeinem Standpunkt. Er wies die gemäßigteren Friedensbedingungen Rußlands vom 31. Mai entſchieden zurück und erklärte, wie bemerkt (S. 239) im Juli und Auguſt, daß die Ueberſchreitung der Donau der Kriegsfall für Oeſtreich ſein werde. Joſeph war nur bedingt für den Krieg, Maria Thereſia der Meinung ihres Sohnes; aber Kaunitz ſah in einer kriegeriſchen Haltung das letzte Mittel, Friedrich auf Oeſtreichs Seite zu ziehen [3]). Der König, überdrüſſig, Rußlands Vergrößerungsplänen zu dienen, nun noch in Gefahr, um Rußlands willen als Rußlands Alliirter mit Oeſtreich in Krieg zu gerathen, werde die ruſſiſche Allianz aufgeben und ſich Oeſtreich anſchließen. Vereinigt könne man dann Rußland das Geſetz vorſchreiben. Das Mittel ſchlug in Berlin nicht an. Seit den Siegen der Ruſſen im Sommer 1770 hatte Kaunitz die Pforte insgeheim zum Widerſtand ermuthigt. Es kam ihm darauf an, ſie

---

[1]) Swietens Bericht vom 5. Februar 1772 bei Beer Erſte Theilung 2, 154 ff. Weiſung an Solms vom 5. Februar 1772. — [2]) April und Mai 1772 Beer Erſte Theilung 2, 72. 75. — [3]) Beer Van Swieten 1, 7.

davon abzuhalten, nach ihren Niederlagen Frieden zu ſchließen; er ſtellte ihr Oeſtreichs Hülfe zur Erlangung eines günſtigen Friedens in Ausſicht. Als er die Hoffnung, Preußen durch ſeine kriegeriſche Haltung von Rußland abzuziehen, aufgeben mußte, war ihm der Krieg der Pforte gegen Rußland um ſo unentbehrlicher. Er ließ am 6. Juli 1771 einen Allianzvertrag mit ihr zeichnen. Oeſtreich verpflichtete ſich in dieſem, der Pforte einen günſtigen Frieden zu verſchaffen entweder auf Grundlage des Belgrader Vertrages von 1739, d. h. auf Grundlage der Zurückſtellung ſämmtlicher Eroberungen von Seiten Rußlands, oder auf Grundlage anderer für die Pforte annehmbarer Bedingungen. Dagegen mußte ſich die Pforte verpflichten, die Wallachei bis zur Aluta Oeſtreich abzutreten, dem Handel Oeſtreichs Bevorzugung und Schutz zu gewähren und für den erſten Feldzug eine Subſidie von 20,000 Beuteln, d. h. 11,280,000 Gulden, zu gewähren, von denen 4000 Beutel ſofort gezahlt werden ſollten. Zum Zweck geheimer Ausgaben verpflichtete ſich die Pforte ferner 2—3000 Beutel zu zahlen. Für den zweiten Feldzug Oeſtreichs zu Gunſten der Pforte, wenn ſolcher nothwendig werden ſollte, war die Vereinbarung weiterer Subſidien vorbehalten [1]). Ob und wie weit man von dieſem Vertrage in Petersburg unterrichtet war, iſt nicht erſichtlich; aber es erhellt, daß Panin, auch nachdem er Preußen gegenüber bereits die Baſis polniſcher Abtretungen für die Erneuerung der Allianz zwiſchen Preußen und Rußland angenommen, die öſtreichiſche Erklärung, den Donauübergang als Kriegsfall anzuſehen, durch die weitgehendſten Anerbietungen erwiderte, um Oeſtreich zu ſich hinüberzuziehen. Um die Mitte Auguſt 1771 ließ Panin dem Wiener Hofe andeuten, daß die Moldau und Wallachei für Oeſtreich zu haben ſein würden. Aber nicht allein dies. Rußland bot Oeſtreich ſämmtliche türkiſche Beſitzungen am adriatiſchen Meere bis nach Morea: Bosnien, Serbien, das türkiſche Dalmatien, Macedonien, Albanien, wenn Oeſtreich zuſtimme, daß die am ſchwarzen Meere belegenen osmaniſchen Provinzen ſammt Konſtantinopel Rußland zufielen. Und für den

[1]) Görtz a. a. O. S. 205—210. Beer Erſte Theilung 2, 34 ff.

Fall, daß Oeſtreich ſo weit nicht gehen wolle, hatte Panin ein zweites Projekt bereit, nach welchem Oeſtreich die kleine Wallachei, Dalmatien, Bosnien, Serbien und Bulgarien gegen entſprechende Vortheile für Rußland zufallen ſollten [1]). Dieſe Andeutungen hatten zur Folge, daß im Oktober zu Wien der Beſchluß gefaßt wurde, die Verſtändigung mit Rußland zu ſuchen und mittelſt dieſer ſich Vortheile zu verſichern, Preußen aber leer ausgehen zu laſſen. Am 24. Oktober machte Kaunitz dem Vertreter Rußlands in Wien, Fürſten Galitzin, eine „geheimſte Eröffnung:" Rußland müſſe ſich der Pforte gegenüber mit Bedingungen begnügen, deren Annahme wahrſcheinlich ſei, und die mit dem Intereſſe Oeſtreichs nicht in Widerſpruch ſtänden. Dem Umſturze des Gleichgewichts werde Oeſtreich den Krieg vorziehen. Polen müſſe bei ſeiner Verfaſſung und ſeinem Territorialumfange bleiben. Beſtehe Rußland und ſein Verbündeter jedoch auf Vergrößerungen, ſo müßten auch Oeſtreich ſolche zu Theil werden. Indeß ſei die Durchführung großen Schwierigkeiten unterworfen, und ziehe der Wiener Hof demgemäß den erſten Weg vor [2]). Kaunitz hatte zu viel Feinheit in dieſe geheimſte Mittheilung gelegt. In Petersburg entſchloß man ſich nach Kenntnißnahme derſelben, die Gegenvorſchläge für die preußiſche Allianz am 6. December abgehen zu laſſen (S. 246), und beantwortete die öſtreichiſchen Vorſchläge vom 24. Oktober, die am 17. November in Petersburg eingetroffen waren, unter dem 20. Dezember mit der Aufforderung an Oeſtreich, ſich über die Annexion polniſcher Gebiete mit Rußland und Preußen zu vereinbaren. Nun erſt entſchloß man ſich in Wien, da man gegen Preußen und Rußland nicht vorzugehen vermöge, einzulenken, die Pforte trotz der Allianz fallen zu laſſen und, nach langen Berathungen und mannigfachen Differenzen — die Meinungen Maria Thereſia's, Kaiſer Joſephs und des Fürſten Kaunitz gingen weit auseinander —, auf das Theilungsprojekt, aber nicht ohne Hintergedanken, einzugehen [3]). Man wollte Rußland und Preußen die Gehäſſigkeit der polniſchen Annexion überlaſſen,

---

[1]) Dieſe und weitere Projekte bei Beer Erſte Theilung 2, 130. Vgl. ob. S. 217. — [2]) Beer a. a. O. 2, 123. — [3]) Beer Van Swieten 1, 27.

ſich ſelbſt aber als Aequivalent für den Verzicht auf den polniſchen Antheil zunächſt Schleſien und Glatz, oder Anſpach und Baireuth, Serbien und Bosnien oder andere türkiſche Gebiete verſchaffen. Kaunitz hatte ſieben verſchiedene Projekte hierüber aufgeſtellt, die Kaiſer Joſeph noch ſeinerſeits vermehrte.

Drei Tage nachdem jener Kurier an van Swieten abgegangen war (28. Jan.), eröffnete Kaunitz auch Galitzin, dem ruſſiſchen Geſandten in Wien, daß Oeſtreich auf die Theilungsidee eingehe, um das Gleichgewicht der Staaten nicht zu ſtören. Es werde vielleicht nicht nothwendig ſein, auf Polen allein zu rekurriren. Falls dieſes nicht Stoff genug böte, eine gleiche Theilung eintreten zu laſſen, würden ſich Mittel finden, einiges Land noch einem Andern zu nehmen, der ſolches hinreichend beſäße und der genöthigt ſein würde, ſich dazu herbeizulaſſen. Als Galitzin erwiderte: dieſer Andere könne doch nur die Pforte ſein, antwortete Kaunitz: ja [1]). Katharina ließ hierauf die preußiſche Allianz am 17. Februar in Petersburg zeichnen. Man gab hier Kaunitz fortdauernde Ermuthigung der Konföderirten in Polen ſchuld, und die gewundenen Erklärungen des Fürſten konnten kein Vertrauen erwecken [2]), während König Friedrich nach Swietens Eröffnung vom 1. Februar ſeine letzten Einwürfe hatte fallen laſſen. Katharina ſchrieb ihm: „Nach der Zeichnung der Verpflichtungen, welche unſerer intimen Verbindung das Siegel aufdrücken, kann ich den Kurier nicht abgehen laſſen ohne den Ausdruck der Genugthuung über den Erfolg einer ſo wichtigen Unterhandlung. Eure Majeſtät iſt von der Veränderung, welche in der Politik oder in der Sprache des Wiener Hofes bezüglich der guten Sache eingetreten iſt, unterrichtet. Ich ſchreibe dieſe Wandlung der Feſtigkeit und Geradheit zu, mit der Eure Majeſtät meine Intereſſen unterſtützt und gezeigt haben, daß nichts Sie von Ihrem Alliirten zu trennen vermag. Mit Befriedigung rufe ich mir alle Züge zurück, welche die Verpflichtungen, die ich gegen Eure Majeſtät habe, am meiſten bezeichnen. Vielleicht wird nun mein Wunſch erfüllt, den ich immer im Auge und im Herzen gehabt, die

[1]) Bei Görtz a. a. O. S. 183 ff. — [2]) Beer a. a. O. 2, 159. 160.

drei Höfe zu einem Syſtem der Einigung zu führen, deren bedeutſames Intereſſe dem Wiener Hofe jeden Gedanken an Schleſien nehmen muß. Das ſind meine Wünſche (19. Februar)." Prinz Heinrich ſprach dem Könige ſeinen Glückwunſch zum Abſchluß aus: „Hätteſt Du nicht gerüſtet, ſo hätte der Stolz der Oeſtreicher ſie zu Extremitäten fortgeriſſen; es wäre zum Kriege gediehen. Käme es zu dauernder Allianz der drei Mächte, ſie würde Europa das Geſetz geben (5. März)." Der König meinte, die Kraft und Wirkſamkeit dieſer Tripleallianz werde von dem Maße der Verſtimmung Frankreichs gegen Oeſtreich über deſſen Preisgebung Polens und der Pforte abhängen und von der Solidität der Grundlagen; es werde nicht fehlen, daß Oeſtreich und Preußen um den größeren Einfluß in Petersburg kämpfen würden. Dennoch werde ſie eine Garantie des Friedens ſein.

In Wien war man immer noch unentſchieden, welche Gebiete den größten Vortheil gewähren würden. Endlich entſchied Kaunitz' Meinung, daß man ſich, vorbehaltlich alles Weiteren, zunächſt den Antheil in Polen ſichern müſſe. Am 28. Februar zeigte Swieten an, daß Oeſtreich ſeinen Theil von Polen begehre; er habe dem Könige eine Erklärung des Kaiſers und der Kaiſerin hierüber vorzulegen. Es hieß in derſelben: „Da Seine Majeſtät von Preußen und Ihre Majeſtät von Rußland Rechte und Anſprüche auf einige Gebiete Polens erheben und Wir ſolche ebenfalls haben, ſo verſprechen wir Uns auf Wort und Glauben von Souveränen durch dieſe von Unſerer Hand gezeichnete Akte, daß, welches auch Ausdehnung und Grenzen der gegenſeitigen Anſprüche ſein mögen, die Erwerbungen, welche hieraus hervorgehen könnten, vollſtändig gleich ſein ſollen und der Antheil des Einen den des Andern nicht überſchreiten ſoll, und weit entfernt, Hinderniſſe den Maßregeln entgegenzuſtellen, welche jeder von Uns für angemeſſen erachten ſollte zu ergreifen, Uns nöthigenfalls gegenſeitig und guten Glaubens zu unterſtützen, indem wir Uns zugleich das vollkommenſte Geheimniß über die gegenwärtige Verpflichtung zuſagen; Wien am 19. Februar; Joſeph. Maria Thereſia." Der König vollzog die Akte, welche zugleich nach Petersburg abgegangen war und dort am 5. März von Katharina gezeichnet wurde. Er rieth nun in

Petersburg an, was er bei den Verhandlungen über ſeinen Vertrag mit Rußland vergebens zu erreichen geſucht hatte, daß Preußen und Rußland von den für ſie nunmehr ſtipulirten Antheilen ſofort Beſitz ergriffen: es ſei das einzige Mittel, ſowohl mit Oeſtreich als mit der Pforte raſch zum Abſchluß zu kommen. Kaunitz werde in Konſtantinopel nicht eher loyal für den Frieden wirken, vielmehr den Krieg unterhalten, bis er ſeinen Antheil in Polen, ſo wie er ihn wolle, erhalten habe, und lange Verhandlungen würden Frankreichs und Englands Einmiſchung möglich machen, deren Einwirkungen in Polen, Stockholm, Wien und Konſtantinopel dann fernere Weiterungen herbeiführen könnten. Der König ſah richtig. Aber Panin beharrte darauf, der Vertrag mit Oeſtreich müſſe vor den Beſitzergreifungen geſchloſſen ſein. Jene Einwirkungen ſind in der That nicht ausgeblieben. Doch kam die Umwälzung in Stockholm, für die Frankreich große Summen verwendete, zu ſpät.

Man überzeugte ſich endlich in Wien, daß der Verſuch in Petersburg auf türkiſche Gebiete vergeblich bleibe, daß zunächſt nur in Polen Erwerbungen zu machen ſeien; man wollte ſie nun aber möglichſt ausgedehnt und reich haben. Als Swieten am 19. April dem Könige den Theil Polens bezeichnete, den Oeſtreich verlange, fand Friedrich, „daß der Wiener Hof guten Appetit habe, daß der von ihm beanſpruchte Antheil etwa ſo groß ſein würde wie der preußiſche und ruſſiſche zuſammengenommen.“ Fürſt Kaunitz trat auch ſonſt nicht beſcheiden auf; er wartete nicht, bis ihm die Beſitzergreifung geſtattet wurde. Zu derſelben Zeit, da Swieten dem Könige jene Eröffnung machte, überſchritten bereits die öſtreichiſchen Truppen, 30 bis 40,000 Mann ſtark, unter Eſterhazy, d'Alton und Haddik, die früher okkupirten Diſtrikte und die polniſchen Grenzen und dehnten ſich weiter und weiter im Süden Polens aus. Auch der Orte, in denen ruſſiſche Garniſonen lagen, bemächtigten ſie ſich; „wir haben den Ruſſen Tinietz weggeblaſen“, ſchreibt Joſeph ſeinem Bruder Leopold, „das wird ſie ärgern. Man muß ſehen, was ſie thun werden [1]).“

[1]) Arneth Maria Thereſia und Joſeph 1, 373.

Es war von vornherein des Königs Meinung, daß der Antheil Oeſtreichs nicht ängſtlich bemeſſen werde; Krakau müſſe jedoch den Polen bleiben, Schleſien dürfe von dem öſtreichiſchen Antheil nicht umfaßt werden, und die Verbindung mit Rußland dürfe ihm durch das Vorſchieben der öſtreichiſchen Grenze bis gegen Warſchau hin nicht erſchwert werden. Auf die Palatinate Chelm und Lublin, die Kaunitz beanſpruchte, müſſe er demnach verzichten. Als dies endlich geſchehen war, rieth der König: die Salinen von Bochnia und Wieliczka und ſogar Lemberg, was Panin nicht zugeſtehen wollte, — auch Friedrich war zuerſt gegen den Uebergang der Salzwerke an Oeſtreich geweſen, — dem Wiener Hofe nicht vorzuenthalten. So kam der Vertrag vom 5. Auguſt 1772 zwiſchen Rußland, Preußen und Oeſtreich zu Stande.

Der Plan der Familie Czartoryski, Rußland herbeizurufen, ſich durch ruſſiſche Truppen zu Herren von Polen machen zu laſſen, um alsdann die Verfaſſung Polens zu reformiren, hatte ſich als höchſt unglückliche Täuſchung erwieſen. Er hatte Katharina die Brücken gebaut, auf welchen ſie bequem in Polen einziehen und mit der Forderung gleichen Rechts für ihre Glaubensgenoſſen ihre Herrſchaft über Polen zu gründen vermochte. Der Kampf für den katholiſchen Glauben und die Freiheit Polens, welchen die Konföderirten von Bar begannen, vermochte nicht, die nationalen Kräfte ernſthaft aufzurütteln und in ſeinen Dienſt zu ſtellen. Es war ein ſtaunenwerthes Schauſpiel. Vier Jahre hindurch währte dieſer Krieg. Gegenſtand des lebhafteſten Antheils der Nachbarmächte, blieb Polen ſelbſt unfähig, durch eigene Thaten beſtimmend auf ſein Geſchick einzuwirken. Von den Konföderirten gehaßt und feindlich behandelt, waren der König und die Czartoryski ohne Plan, ohne Entſchluß, ohne Mittel; ſie verfügten über nichts als eitle Hoffnungen bald auf Rußland, bald auf die Erfolge der Pforte, bald auf Frankreichs, bald auf Oeſtreichs Hülfe, endlich auf die Zwietracht der Nachbarmächte, die Polen erhalten und retten werde. Wenn der Landadel, die Schlachta, durch religiöſe vielmehr als durch nationale Motive in die Konföderation und den Kampf getrieben wurde — das Ziel der Magnaten war der Sturz des Königs, den ſie ſchon durch die Konföderation von Radom hatten her-

beiführen wollen. Die Poniatowski gehörten der Schlachta an, nicht den „Herren“, und dieſer König niederen Urſprungs hatte ſich erlaubt, Reformen einführen zu wollen, welche den Einfluß und das Gewicht der Magnaten beſchränken ſollten. Weder das eine noch das andere konnten ihm die Magnaten vergeſſen; die Zeiten ſollten wiederkommen, da ſie unter den Auguſten ungeſtört über Polen geboten [1]). Solche Motive waren nicht geeignet, dem Verhalten der Magnaten in dem Kampfe, der über die Unabhängigkeit, über die Exiſtenz Polens entſcheiden mußte, Nerv und Stahl zu geben. Dazu haderten ſie untereinander und nahmen bald für, bald gegen Rußland Partei, und Geld von jedem, der ſie erkaufen wollte. Kein Führer erſtand dieſem Volke, weder innerhalb noch außerhalb der Konföderation, der ihm den Weg gewieſen, oder es fortgeriſſen hätte. Vergebens verſuchten Dumouriez und Viosmenil, die Choiſeul geſendet, den Streitkräften der Konföderation feſte Ordnung zu geben. Es blieb bei Ueberfällen, Raubzügen und Plünderungen. Auch im Lager fuhren Magnaten und Schlachta fort, dem Spiel und der Liebe zu huldigen, in Saus und Braus zu leben, ſolange die „Herren“ franzöſiſches Geld erhielten oder die Raubzüge nach den Salzwerken Gewinn brachten [2]). Dieſer Freiheitskrieg war ein Raubkrieg, den die Polen gegen ſich ſelbſt führten, und der Widerſtand, den er den Ruſſen entgegenſtellte, reichte eben nur aus, die ſchlimmſte Wendung für Polen ſelbſt herbeizuführen. Nachdem die Konföderation zuletzt noch im Sommer und Herbſt 1771 nicht unerhebliche Erfolge davongetragen [3]), erloſch ſie, ſobald im nächſten Frühjahr die Nachbarmächte einig wurden, Oeſtreich den Konföderirten keine Zuflucht mehr gewährte und die Geldſendungen von Paris aufhörten.

Den Gedanken einer Theilung Polens hat ernſthaft zuerſt ein König von Polen gefaßt, Auguſt der Starke, und zwar bald nach ſeiner Thronbeſteigung. Er hoffte Peters Zuſtimmung zur Verwandlung des Wahlreiches in ein Erbreich durch Abtretungen polniſcher Gebiete zu

---

[1]) Von der Brüggen Preuß. Jahrbücher, Bd. 35, 15. — [2]) Bernhardi Geſchichte Rußlands 2, 2, 247. — [3]) Oben S. 239. 241. 245.

erkaufen. Im nordiſchen Kriege bot Schweden König Friedrich I., um ihn auf ſeine Seite zu ziehen, einmal Pomerellen, das andere Mal einen Strich Landes von Lauenburg durch Pomerellen bis zur Weichſel, Elbing und Ermeland, Auguſt dagegen Pomerellen mit Ausnahme von Danzig. Mit Theilungsgedanken hatte Auguſt ſeine Regierung begonnen, mit Theilungsentwürfen ſchloß er ſie; er hoffte Oeſtreich, Rußland und Preußen dadurch zu beſtimmen, ihm die Souverainetät in dem Ueberreſte zuzugeſtehen. In dem Kriege um Auguſts des Starken Nachfolge bot der Beſchützer Polens, bot Frankreich dem Könige Friedrich Wilhelm I. Polniſch-Preußen für die Unterſtützung des franzöſiſchen Kandidaten; dann Choiſeul, wie wir ſahen, im Anfange des Krieges der Pforte gegen Rußland, Ermeland und Kurland (S. 168). Gleich nach dem Tode Auguſts III., noch bevor Friedrich mit Rußland über die Wahl des Stanislaw Poniatowski abgeſchloſſen hatte, ging das Gerücht, daß nun die Theilung des Landes beginne; und um darnach die Pforte zur Kriegserklärung gegen Rußland zu bringen, hatte der Vertreter Frankreichs in Konſtantinopel hervorgehoben, daß Rußland und Preußen es auf die Theilung Polens abgeſehen hätten.

Wie unſere Ausführung gezeigt hat, waren es Katharina's Politik, ihre Rückkehr zu den Wegen Peters des Großen, ihr rückſichtsloſes Eintreten für die polniſchen Unterthanen griechiſchen Glaubens, die Erzwingung der Garantie der polniſchen Verfaſſung, um Polen in dauernde Abhängigkeit von Rußland zu bringen, der Konflikt mit der Pforte, zu dem dieſe Politik führte, und die Gegenwirkungen Oeſtreichs gegen dieſelbe, deſſen Okkupation einiger Grenzdiſtrikte des polniſchen Gebietes, um der Feſtſetzung Rußlands in Polen ein Gegengewicht zu geben, endlich Oeſtreichs Entſchluß, Rußlands Fortſchritten gegen die Pforte Halt zu gebieten, die zu den Abreißungen führten, welche mit dem Namen der erſten Theilung Polens bezeichnet werden. Katharina's Abſicht war auf die Beherrſchung des geſammten Polens gerichtet. Das geſammte Land zur Verfügung zu haben, war vortheilhafter, als dieſe auf Theile deſſelben zu beſchränken, und die Stellung Rußlands im Staatenſyſtem insbeſondere den deutſchen Mächten gegenüber wurde

einflußreicher, je weiter nach Weſten Rußlands dominirende Stellung reichte. Aber Katharina hatte mehr unternommen, als Rußlands Kräfte zu leiſten vermochten. Ihre Streitmittel reichten nicht aus, der Konföderirten Herr zu werden, nachdem die Pforte die Waffen erhoben hatte. Als Oeſtreich Miene machte, ſich den Konföderirten und der Pforte zuzugeſellen, ſah ſich Katharina genöthigt, die Allianz Preußens durch Zugeſtändniſſe feſtzuhalten. Die erhöhte Gefahr, die Preußen theilen ſollte, konnte der König ohne Gegengewähr nicht übernehmen. Die Andeutungen, welche dem Prinzen Heinrich in Petersburg gemacht wurden, waren vorerſt nur beſtimmt, die Abwendung der preußiſchen Politik von Rußland zu verhüten. Aber obwohl Oeſtreich Zeichen und Anſtoß des Zugreifens gegeben, obwohl ſeitdem, ſeit dem Herbſt 1770, Polen für Rußland nicht mehr intakt zu haben war, zögerte Katharina mit dem Entſchluß, Preußen den Preis der Aſſiſtenz zuzugeſtehen, bis die Erfolge der Konföderirten im Sommer 1771, die gleichzeitige Verbindung Oeſtreichs mit der Pforte keine Wahl mehr ließen.

Durch den Vertrag vom 5. Auguſt 1772 verlor die Republik nahezu 4000 Quadratmeilen und über fünf Millionen Bewohner. Aber es blieben ihr immer noch die anſehnliche Ausdehnung von gegen 6000 Quadratmeilen und die ſtattliche Volkszahl von neun Millionen Bewohnern, Raum und Kräfte genug, ein neues Leben zu beginnen, wenn die ſcharfe Lektion, die Polen durch dieſe Abreißungen erfuhr, nur den Erfolg hatte, Magnaten und Schlachta endlich zu ernſter Einkehr in ſich zu bewegen, die Ueberzeugung, daß die alten Wege verlaſſen werden müßten, in die Gemüther zu bringen, und eine ſittliche Regeneration anzubahnen.

Wenn Oeſtreich den Weg der Abreißungen gezeigt und den Anſtoß gegeben hatte, es trug auch den Löwenantheil davon. Die Gleichheit der Antheile, welche die Akte vom 19. Februar 1772 ſo feierlich feſtgeſetzt hatte, wurde nicht ausgeführt. Oeſtreich wurden die fruchtbaren Landſchaften Galiziens und Lodomeriens mit den reichen Salzwerken zu Theil; es waren 1280 Quadratmeilen mit faſt 3 Millionen Bewohnern. Rußland annektirte zum größeren Theile Landſchaften,

die ihm Polen vordem entriſſen, das geſammte Weiß-Rußland an der Düna und dem Dnjepr, 1975 Quadratmeilen mit 1,800,000 Bewohnern. Noch bedeutſamer war, daß Katharina bei der den Abtretungen folgenden Umgeſtaltung der Verfaſſung Polens ihren entſcheidenden Einfluß zu ſichern wußte, daß ſie in dem Frieden, den ſie mit der Pforte zu Kutſchuk-Kainardſche ſchloß, neben Aſow und Kinburn, Kertſch und Jenikale, den Thälern des Kuban und Terek, neben dem Verzicht der Pforte auf die Oberhoheit über die Krim, die freie Uebung des griechiſchen Glaubens wenigſtens für die Bewohner der Moldau und Wallachei, das Recht für Rußland, ſich für dieſe zu verwenden, und ein allgemeines Verſprechen der Pforte erlangte, die chriſtliche Religion und deren Kirchen zu ſchützen.

König Friedrich ergriff am 13. September 1772 Beſitz von ſeinem beſcheidenen Antheil, von Pomerellen, von den Palatinaten Kulm und Marienburg und der Stadt Elbing. Es waren 644 Quadratmeilen mit 600,000 Bewohnern. Deutſchland empfing die Gebiete zurück, die ihm Polen in den Zeiten ſeiner Macht entriſſen. König Friedrich hatte ſie ihm wiedergewonnen. Ich habe gezeigt, daß er dieſer Erwerbung nicht nachgetrachtet, daß, wie hoch er auch deren Werth für ſeinen Staat anſchlug, er dennoch die Hände nicht darnach geſtreckt hat Er hat ſie erworben auf dem Wege einer ſtandhaften Friedenspolitik, als Aequivalent der Subſidien, die er im Betrage von drei Millionen an Rußland gezahlt hatte, als Entſchädigung für ſeine Rüſtung gegen Oeſtreich, als Preis der Uebernahme der Gefahr eines Krieges gegen Oeſtreich und deſſen Bundesgenoſſen. „Ich habe dieſes Preußen geſehen," ſchreibt der König ſeinem Bruder, „welches ich gewiſſermaßen aus Deiner Hand erhalten; ich glaube, Kanada iſt ebenſo kultivirt, als dieſes Pomerellen." „Die Polen, welche Dir zufallen", entgegnet Heinrich, „empfangen die größte Wohlthat, die Befreiung aus ihrem jetzigen Zuſtande." Mit dem 13. September 1772 waren dieſem, Deutſchland ſo lange entfremdeten Lande beſſere Tage gekommen.

Preußen

während

der französischen Okkupation.

Die Behauptung, daß Napoleon den Ausbruch des Krieges zwiſchen Frankreich und Preußen gerade im Herbſt 1806 gewollt und herbeigeführt habe, würde um einen wenn auch kleinen Schritt über die Linie der Wahrheit hinausgehen. Er hatte dieſen Krieg in Ausſicht genommen, er war darauf vorbereitet und fand ihn zur gelegenſten Stunde. So konnte er ſeinen Miniſtern, als er am 21. September Paris verließ, mit nur zu gutem Grunde ſagen: „Meine Feinde greifen mich gerade in dem Augenblicke an, in welchem ich am ſtärkſten bin.“

Durch den Vertrag, den er neun Monate zuvor dem Grafen Haugwitz zu Schönbrunn diktirt (15. Dezember 1805), hatte er Preußen in den Gegenſatz gegen Oeſtreich, dem damit in jenem höchſt kritiſchen Momente ſeiner Friedensverhandlung zu Preßburg jede Ausſicht auf die Unterſtützung Preußens entzogen wurde, und zugleich, wie er meinte, in den Gegenſatz gegen Rußland gedrängt. Die Täuſchung, in welche er darnach König Friedrich Wilhelm zu verſetzen wußte, daß die Modifikation des Schönbrunner Vertrages, die deſſen Ausführung bis zum Frieden mit England hinausſchob, unter welcher in Berlin die Ratifikation erfolgt war, von ihm angenommen ſei, führte zu dem Beſchluſſe der Demobiliſirung der preußiſchen Armee (25. Januar 1806). Auch Hardenberg hielt die bezügliche Verhandlung mit Frankreich für glücklich beendet und widerſetzte ſich der Abrüſtung, dem Abmarſch der ruſſiſchen und engliſchen Hülfsvölker nicht[1]). So war Napoleon in der Lage, den Vertrag von Schönbrunn in ſeinem Sinne durch den Vertrag von Paris (15. Februar)

[1]) Immediatbericht vom 25. Jan.; Schreiben an Haugwitz 27. Jan. 1806; geh. Staatsarchiv.

zu verbeſſern, der Preußen nicht bloß in verſchärften Gegenſatz gegen England brachte, ſondern es auch in den Krieg mit England und Schweden drängte. Nachdem Haugwitz auch dieſen Vertrag gezeichnet, eröffnete ihm Napoleon, daß er Hanover zwar an Preußen cedirt, aber nur auf die Bedingung des Wohlverhaltens cedirt habe [1]).

Wenn Haugwitz meinte, mit dieſen ſeinen beiden Verträgen an Hanover die unſchätzbarſte Erwerbung für Preußen gemacht und ein erſprießliches Syſtem der Allianz mit dem Imperator begründet zu haben, — dem Könige waren beide Verträge erzwungen; ſie hatten für ihn nur den Sinn, die franzöſiſche Okkupation zwiſchen ſeinen Provinzen zu entfernen, nur den Zweck, ſeine Vorbereitung für den Krieg gegen Frankreich, den er als unvermeidlich anſah, ungeſtörter ausführen zu können. Seit dem Frühling des Jahres 1803, ſeit Napoleon mit dem Wiederausbruche des Krieges gegen England Hanover beſetzt, hatte er daran feſtgehalten, ſich nicht von Rußland trennen zu laſſen; er beharrte auch nach den Verträgen von Schönbrunn und Paris bei dieſem Grundſatze. Ohne daß Haugwitz darum wußte, blieb er im Briefwechſel mit dem Kaiſer Alexander. Alexander machte ihn darauf aufmerkſam, daß der Beſitz Hanovers einen Zwieſpalt zwiſchen Preußen und England, ſeinem Alliirten, begründe, welcher die Bildung der großen Koalition gegen Frankreich, die auch der König für erforderlich halte, unmöglich mache. Der König hatte am 1. Juli 1806 dem Kaiſer erwidert: „Hanover iſt für die Vertheidigung Preußens unentbehrlich. Solange der Krieg zwiſchen Frankreich und England dauert, muß ich es ungeſtört in Beſitz halten; darnach will ich mich gern mit England freundſchaftlich auseinanderſetzen.“ Dieſe Korreſpondenz führte zu einem geheimen Vertrage, den Alexander am 24. Juli zeichnete; er verpflichtete ſich darin: alle ſeine Streitkräfte für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Preußens bereit zu halten und zu verwenden [2]).

---

[1]) Haugwitz' Immediatbericht 19. Mai 1806; geh. St.-A. — [2]) Geh. St.-A.

Nach dem Friedensſchluß zu Preßburg (25. Dezember 1805) war es Napoleons Abſicht, auch mit England zum Frieden zu gelangen. Die Schlacht von Trafalgar hatte die franzöſiſche und die ſpaniſche Seemacht vernichtet; eine Epoche des Friedens, ein Waffenſtillſtand auf einige Jahre war erforderlich, um ſie herſtellen zu können. Dazu hatte er im Sinne, inzwiſchen dem deutſchen Reiche den letzten Stoß zu geben, die alte Reichsverfaſſung über den Haufen zu werfen, die deutſchen Mittel- und Kleinſtaaten unter die Herrſchaft Frankreichs zu ſtellen. Er mußte darauf gefaßt ſein und war es, bei Ausführung dieſer Wandlung dem Widerſtande Oeſtreichs zu begegnen. Nicht leichten Kaufs würde ſich Oeſtreich aus ſeiner mehr als vierhundertjährigen Stellung an der Spitze des deutſchen Reiches verdrängen laſſen, und wenn Preußens Intereſſe an Erhaltung der Reichsverfaſſung nicht lebhaft genug ſchien, dieſen Staat unter die Waffen zu bringen, ſo konnte es ſich doch der Schildererhebung Oeſtreichs anſchließen, ſo mußte es unzweifelhaft die Waffen erheben, wenn Napoleon ihm Hanover entzog, eine Entziehung, die unvermeidlich war, wenn der Friede zwiſchen Frankreich und England zum Abſchluß kommen ſollte. Für den Kampf, den Napoleon hiernach gegen Oeſtreich und Preußen vorausſah, war es die beſte Vorbereitung, nicht nur mit England, ſondern auch mit Rußland zum Frieden zu gelangen. Er hatte es dann mit den deutſchen Mächten allein zu thun, und er glaubte, die deutſche Frage ſo ſtellen zu können, daß er Oeſtreich und Preußen vereinzelt zu treffen vermöge.

Mit England zur Friedensverhandlung zu kommen, war nicht ſchwer. Dort war in den erſten Tagen des Februar 1806 Fox an Pitts Stelle getreten. Bis dahin Führer der Oppoſition, Gegner des Krieges mit Frankreich, mußte er, ans Ruder gelangt, dem Programm, zu welchem er ſich ſo laut und ſo lange bekannt, nunmehr an der Spitze des Staates Rechnung tragen. Gleich im Beginn der Unterhandlung, noch im März, bot ihm Napoleon Hanover. Rußland zur Unterhandlung zu bringen, bedrohte Napoleon Oeſtreich mit neuem Kriege. Oeſtreich hatte im Frieden von Preßburg Dalmatien an Frankreich abgetreten. Die öſtreichiſche

Beſatzung hatte Cattaro geräumt, ehe die zur Beſitznahme beſtimmten franzöſiſchen Truppen heran waren; die ruſſiſche Flotte im adriatiſchen Meere hatte dies benutzt, ſich Cattaro's zu bemächtigen. Napoleon verlangte vom Wiener Hofe, daß er ihm Cattaro ſchaffe, die ruſſiſche Beſatzung, wenn nöthig, mit Gewalt entferne; andernfalls werde er Oeſtreich mit Krieg überziehen. Dieſe Drohungen wirkten, was ſie ſollten; der Wiener Hof drängte in Petersburg, ihn aus ſo peinlicher und gefährlicher Lage zu befreien. Alexander entſchloß ſich, den Staatsrath Oubril zur Friedensverhandlung nach Paris zu ſenden. Wie Haugwitz in Schönbrunn und Paris, gelang es Napoleon, auch Oubril zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu ſchrecken. Er ließ ihm vorhalten, daß nur durch ſchleunigen Abſchluß Oeſtreich vor einem Vernichtungskriege gerettet und Deutſchland vor dem Umſturz der Reichsverfaſſung bewahrt werden könne. Nachdem Oubril am 20. Juli gezeichnet, ſchien auch der Friede mit England außer Frage. Es war nicht wahrſcheinlich, daß England, von Rußland verlaſſen, den Krieg allein fortſetzen werde. Am 22. Juli ließ Napoleon die Rheinbundsakte publiziren, die er ſchon zehn Tage zuvor (12. Juli) hatte zeichnen laſſen. Die große Armee, welche ſeit dem Frieden von Preßburg in Süddeutſchland ſtand, ließ er dergeſtalt dislociren, daß ſie am 15. Auguſt bei Linz koncentrirt ſein konnte. Gegen Preußen ließ er die Corps von Mortier und Bernadotte ins Baireuthiſche vorgehen, ſchob einige Diviſionen ins Großherzogthum Berg, andere nach Holland und erklärte am 28. Juli die Vereinigung der Feſtung Weſel mit Frankreich. Um Preußen und Oeſtreich zu trennen, Preußen zunächſt zurückzuhalten, ließ er den Grafen Haugwitz einladen, dem Rheinbunde gegenüber eine norddeutſche Konföderation unter Führung Preußens zu bilden.

Oeſtreich, noch unter der friſchen Wirkung der Schläge von Ulm und Auſterlitz, verzichtete auf jeden Widerſtand gegen den Umſturz der deutſchen Reichsverfaſſung. Mittelſt Erklärung vom 6. Auguſt legte Franz die deutſche Kaiſerwürde nieder. Drei Tage darauf befahl König Friedrich Wilhelm die Mobilmachung der preußiſchen Armee.

Napoleon hatte den König dazu getrieben, gegen Schweden Ernſt zu machen und ſich Schwediſch-Pommerns zu bemächtigen. Haugwitz war Feuer und Flamme dafür; der König hütete ſich wohl, durch ſolchen Kriegszug tiefer in das franzöſiſche Syſtem verſtrickt zu werden. Er duldete den Krieg, den Schweden ihm machte, ohne ihn zu erwidern. Noch am 12. Juli hatte der Vertreter Napoleons in Berlin die Aufforderung, Preußen möge ſich doch endlich Stralſunds bemächtigen, wiederholt; am 20. Juli ließ Napoleon Herrn von Oubril in jenem Friedensvertrag auch einen Artikel unterzeichnen, in welchem Rußland und Frankreich die Verpflichtung übernahmen, Schweden im Beſitz ſeines Gebietes in Pommern zu erhalten. Als Haugwitz die Unterhandlung über den norddeutſchen Bund begann, vernahm er in Dresden, Kaſſel und in den Hanſeſtädten, daß Napoleon hier hatte andeuten laſſen: der Eintritt in den Rheinbund ſtehe offen; erzwungenen Eintritt in den norddeutſchen Bund werde er nicht dulden. Dann kam die Kunde von der Annäherung franzöſiſcher Truppen an die Weſt- und Südgrenzen Preußens; endlich die Nachricht, daß Hanover England als Preis des Friedens geboten ſei. Der Unterhändler Englands zu Paris, erſchreckt durch die Iſolirung, in welche der ruſſiſche Friede England gebracht, hatte dem Vertreter des Königs in Paris dies ſelbſt mitzutheilen für geboten erachtet.

Jene Gegenwirkungen gegen den norddeutſchen Bund, auf die er geſtoßen war, die Annäherung franzöſiſcher Truppen an ſeine Grenzen, in Verbindung mit der Annexion Weſels, ließen Friedrich Wilhelm nicht zweifeln, daß es Napoleons Abſicht ſei, nachdem Rußland ſeinen Frieden geſchloſſen, welchem hiernach und nach dem Angebot Hanovers auch der Friede mit England unmittelbar folgen mußte, d. h. nachdem er Preußen Rußlands Hülfe abgeſchnitten und alle Streitmittel Frankreichs disponibel gemacht hatte, ihn anzufallen und niederzuwerfen. Er ſetzte ſich ſofort in Vertheidigungsſtand. Die Befehle ergingen am 9. Auguſt. Erſt 10 Tage ſpäter war er in Kenntniß und Beſitz jenes Vertrages, den Alexander am 24. Juli in Petersburg gezeichnet; erſt am 31. Auguſt erfuhr er, daß Kaiſer

Alexander die Ratifikation des Friedensvertrages weigere, den Dubril in Paris gezeichnet hatte.

Es ist eine Sage und, so oft sie auch wiederholt worden ist, eine völlig unbegründete Sage, daß der König schwankend und zögernd dem Ausbruche des Krieges entgegengegangen sei; die unzweideutigsten Zeugnisse beweisen das Gegentheil. Die Sage ist entstanden aus dem Täuschungssystem, welches Haugwitz Frankreich gegenüber zu befolgen für nothwendig hielt, bis Rüstung und Aufmarsch der Armee vollendet wären. Der 18. September war für die Beendigung des Aufmarsches in Aussicht genommen. Haugwitz selbst hatte im ersten Augenblicke der Rüstung nur in dem Sinne zugestimmt, Position gegen Frankreich zu gewinnen; aber der ungemeine Aufschwung der Stimmung im Lande und in der Armee überzeugte ihn schon in den nächsten Tagen, daß er sich nur behaupten könne, wenn er ernsthaft auf die Seite der Kriegspartei trete. Die bittere Empfindung, von Napoleon getäuscht zu sein, der Wunsch, sich dafür zu rächen, kamen bei ihm hinzu. Wohl mochte er sich verpflichtet halten, so lange am Ruder zu bleiben, bis die Rüstung vollendet war; dann aber mußte er sich sagen, daß es gelte, Armee und Land mit festem Vertrauen auf die Leitung zu erfüllen, welches für einen so schweren Krieg unbedingt nothwendig war, das Vertrauen der Höfe zu gewinnen, auf deren Unterstützung Preußen angewiesen war. Der Mann, der die Verträge von Schönbrunn und Paris geschlossen, der als Vertreter des französischen Systemes die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hatte, konnte dies Vertrauen weder im Lande noch außerhalb des Landes beanspruchen und gewinnen. Er wußte außerdem, in welchem Grade man ihm in Wien und Petersburg mißtraute. Er hoffte, dieses Mißtrauen überwinden zu können, indem er nicht, wie die ganze Situation gebot, den Angriff Napoleons abwartete, sondern Preußen in den Angriff warf. Niemand konnte mehr an seinem Ernste gegen Frankreich zweifeln, wenn man ihn den Krieg suchen und zum Kampfe vorgehen sah.

Die Waffenerhebung Preußens zerriß das künstliche System, durch welches Napoleon England und Rußland zum Frieden zu

bringen gedacht hatte. Sie ſtellte die Ratifikation des Dubril'ſchen Vertrages in Frage und machte die Ausſicht auf den Frieden mit England hinfällig. Aber noch vor der Nachricht vom Beginne der preußiſchen Rüſtung hatte Napoleon die Kunde von Oeſtreichs Fügung in den Rheinbund erhalten. Statt des Friedens mit Rußland und England (er ließ die Unterhandlungen mit England nur noch zum Scheine fortſetzen) eröffnete ſich ihm die Ausſicht, Preußen iſolirt faſſen zu können und Rußland durch einen Angriff der Pforte zu beſchäftigen. Die längſt eingeleitete Anreizung der Pforte zum Kriege gegen Rußland wurde durch ſeinen Vertreter in Konſtantinopel nun mit verdoppeltem Eifer betrieben und führte ſchon im September zum Beginn des Kampfes an der unteren Donau. Haugwitz' Täuſchungsſyſtem täuſchte ihn keinen Augenblick. Er erwiderte es mit gleicher Münze. Er hatte die gegen Oeſtreich aufgeſtellte Armee nur gegen Preußen zu wenden, ſie aus den Lagern von Meudon und Boulogne, durch ſeine Garde zu verſtärken. Bis dies geſchehen, der Aufmarſch vollendet, bis die Kontingente des Rheinbundes aufgeboten und wenigſtens die Baiern in erſter Linie verwendbar ſeien, ſuchte er Preußen in Ungewißheit zu halten. In dieſem Sinne beſchenkte er Knobelsdorff, floß er von Betheuerungen des äußerſten Wohlwollens für Preußen über, erklärte er, daß er ſeine Bewegungen nach denen Preußens richten werde, wies er ſeinen Geſandten in Berlin an, die Annäherung der franzöſiſchen Truppen an die preußiſchen Grenzen in Abrede zu ſtellen. Er erreichte immerhin ſo viel, daß Haugwitz die Sendung des Oberſten von Kruſemark nach Petersburg, d. h. die Verſtändigung mit dem einzigen Alliirten, den Preußen nicht ihm, ſondern dem Könige verdankte, bis zum 18. September und damit die Marſchordres für die ruſſiſchen Truppen bis zu den erſten Tagen des Oktobers verzögerte, daß Haugwitz die Benutzung des günſtigen Moments, der für die Offenſive Preußens noch offen war, dadurch verhinderte, daß er jede Angriffsbewegung vor dem 8. Oktober, dem in ſeinem Ultimatum geſtellten Termin, für unthunlich erklärte. Napoleon war bereits neun Tage, bevor dies Ultimatum überreicht wurde, d. h. neun Tage vor dem 1. Oktober, zu ſeiner Armee abgegangen.

Der Feldzug von 1806 habe es in seine Hand gelegt, Preußen zu vernichten, so hat Napoleon nachmals versichert; aus Großmuth habe er diesen Staat verschont, und nicht zum ersten Male habe dann die Erfahrung gezeigt, daß Großmuth ein schlechter Rathgeber in der Politik sei [1]). Jedermann weiß, daß Großmuth nicht zu den Schwächen Napoleons gehört hat. An dem Willen, Preußen zu vernichten, hat es ihm nicht gefehlt; die Macht fehlte, militärische und politische Nothwendigkeiten zwangen ihn, von den wiederholten Versuchen dieser Vernichtung abzustehen. Ueber die Maßnahmen, die Napoleon nach seinem Einzuge in Berlin für die Verwaltung Preußens traf, bemerkt Bignon: daß sie die Rückkehr des regierenden Hauses „fast problematisch gemacht hätten [2])." In der Friedenshandlung zu Charlottenburg verlangte Napoleon zunächst die Abtretung aller Gebiete Preußens westwärts der Elbe; als dies Zugeständniß gemacht war, erklärte er, daß die künftige Ausdehnung Preußens abhängig sei von den Bedingungen, die England für die Rückstellung der Kolonien eintreten lassen werde; noch deutlicher sagte seine Botschaft an den Senat vom 10. November: die französische Armee werde Berlin und Preußen nicht verlassen, bis England die spanischen, holländischen und französischen Kolonien zurückgestellt habe. Als sich dann die russische Armee der Weichsel näherte, machte Napoleon einen Versuch, Preußen und Rußland zu trennen. Der General Duroc traf am 20. November zu Osterode bei König Friedrich Wilhelm ein; im Namen Napoleons bot er Waffenstillstand, wenn Preußen seine Festungen, die noch hielten: Hameln, Nienburg, Kolberg, Danzig, Graudenz, Breslau, Glogau, übergebe und sich verpflichte, die russischen Truppen in ihre Grenzen zu bringen und während der Dauer des Waffenstillstandes innerhalb derselben zu halten. Es waren ähnliche Bedingungen, wie die, welche Napoleon dem Kaiser Franz nach der Schlacht von Austerlitz gestellt, die dieser angenommen hatte. Auch in Osterode stimmte Haugwitz, die Mehr-

[1]) Fain Manuscrit de 1813 1, 103; vgl. Correspondance de Napoléon 16, 112. — [2]) Histoire de France 6, 44. 50.

zahl der Miniſter und Generale, die der König hier zur Berathung verſammelte, für die Annahme dieſer Bedingungen. In vollſtändiger Uebereinſtimmung mit dem Gange ſeiner bisherigen Politik lehnte der König ab. Es war ein rettender Entſchluß. Nach der Schlacht bei Eilau war die Trennung Preußens und Rußlands Napoleon ſelbſtverſtändlich noch wünſchenswerther. Er bot dem Könige einen günſtigen Sonderfrieden. General Bertrand wurde beauftragt, dem Könige zu ſagen, daß Napoleon ſich einen Ruhm daraus mache, ihn in ſeine Staaten und ſeine Rechte zurückzuführen, daß er dieſen Ruhm keinem Vermittler verdanken wolle (Oeſtreich hatte ſeine Vermittelung angeboten), daß Napoleon für ſeine Verbündeten kein Opfer von Preußen fordere, vielmehr dem Könige überlaſſe, ſich mit denſelben abzufinden, wie er ſich ſelbſt vorbehalte, ſich ſeinerſeits mit den Verbündeten Preußens zu verſtändigen. In Betreff Polens, d. h. der polniſchen Provinzen des damaligen Preußens, hatte Bertrand zu erkennen zu geben, daß Napoleon keinen Werth auf Polen lege, ſeitdem er es kennen gelernt habe. Freilich hatte er Alles gethan und that Alles, den Polen die Wiederherſtellung ihres Reiches vorzuſpiegeln. Den freundlichen Erbietungen fehlte die Gegenſeite nicht; während Bertrand locken ſollte, mußte Talleyrand drohen. An Zaſtrow, der auf Hardenbergs Rath interimiſtiſch an Haugwitz' Stelle getreten war, ſchrieb Talleyrand gleichzeitig: der Kaiſer wünſche die Streitkräfte Preußens ſofort zur Vertheidigung und Erhaltung des osmaniſchen Reiches zu verwenden: „er ſchlägt deshalb dem Könige nicht bloß Frieden, ſondern auch Bündniß vor, das auf der Stelle zu zeichnen iſt. Die Zeit drängt, die Ereigniſſe drängen den Kaiſer, einen Entſchluß zu faſſen, und wenn er ihn einmal gefaßt hat, wird weder Rußland noch ſonſt Jemand den Kaiſer zur Aenderung deſſelben bewegen. Ich darf nicht verſchweigen, daß, wenn die Allianz nicht ſtattfände, der Kaiſer die Ausführung ſeiner Abſichten durch eine Maßnahme verfolgen würde, welche das Haus Brandenburg auf immer vom Throne ausſchließen würde." Der König widerſtand der Lockung wie der Drohung. Napoleon verſuchte es noch ein Mal mit einem freundſchaftlichen Briefe an

den König, in welchem er ſeinen Wunſch für die Herſtellung der preußiſchen Monarchie, „die als Zwiſchenmacht der Ruhe Europa's nothwendig ſei," ausſprach und zur Erreichung deſſelben das einfachſte und raſcheſte Mittel (d. h. den Sonderfrieden) anrieth. Wiederum vergebens.

Bei Friedland wurde die ruſſiſche Armee am 12. Juni geſchlagen, jedoch zu weiterem Kampfe nicht unfähig gemacht. Die unter General Labanow heranrückende Verſtärkung erſetzte den Verluſt des Kampfes vollſtändig. Die Widerſtandskräfte Preußens waren noch nicht gänzlich gebrochen. General Blücher ſtand mit 20,000 Schweden und Preußen auf Rügen bereit, eine Diverſion im Rücken Napoleons zu machen; er war eben durch die freilich unverantwortlich hinausgezogene Landung von 8000 Engländern verſtärkt, denen 20,000 Mann demnächſt folgen ſollten. In der preußiſchen Kriegskaſſe lagen noch 6 Millionen Thaler. Von Wien her war zugleich General Stutterheim eingetroffen; Oeſtreich ſchien entſchloſſen, in den Kampf einzutreten. Aber eine ſtarke Partei im ruſſiſchen Heere und am ruſſiſchen Hofe hielt dieſen Krieg für Preußen längſt für eine nutzloſe und unverantwortliche Vergeudung von ruſſiſchem Blut und ruſſiſcher Kraft; ſie hatte einen eifrigen Vertreter in dem Großfürſten Konſtantin. Nach dem Mißerfolge bei Friedland drang ſie mit verdoppelter Kraft in den Kaiſer. Alexander fürchtete, daß das Vordringen der franzöſiſchen Heere über die Grenze Rußlands nicht zu hindern ſei, daß dies einen Aufſtand in den vormaligen Gebieten Polens hervorrufen könnte. General Bennigſen hatte ſeinen Bericht über die Schlacht bei Friedland mit dem Hinweis darauf geſchloſſen, daß es gerathen ſei, Unterhandlungen zu beginnen, wenn auch nur, um Zeit zu gewinnen [1]). So ſandte Kaiſer Alexander den General Labanow in das Hauptquartier Napoleons, einen Waffenſtillſtand auf vier Wochen zu beantragen (19. Juni). Napoleon forderte die Uebergabe von Kolberg, Pillau und Graudenz; Labanow konnte nicht über preußiſche Feſtungen verfügen, er kehrte unverrichteter Dinge zurück. Aber ſchon am nächſten Morgen war Duroc im Haupt-

[1]) Bernhardi Geſchichte Rußlands 2, 2, 533.

quartier Bennigſens mit der Eröffnung: Napoleon ſei bereit, Waffenſtillſtand zu gewähren, wenn Alexander ſofort in Friedensverhandlungen eintreten wolle.

Labanows Sendung war Napoleon außerordentlich erwünſcht gekommen. Oeſtreichs Haltung war beunruhigend. Er hatte während des Winterfeldzuges erfahren, was dieſer Krieg in Oſtpreußen bedeute, der die ſtolze Armee von Boulogne, von Auſterlitz und Jena mindeſtens zur Hälfte aufgelöſt hatte. Sie reichte für eine Invaſion in Rußland nicht aus und war nicht begierig, den Kampf in den Wäldern und Sümpfen Litthauens fortzuſetzen [1]).

Napoleon bot dem Kaiſer Alexander nicht nur Frieden ſondern zugleich Bündniß. Es war der beſte diplomatiſche Zug, den er überhaupt gethan hat. Seine Erfolge gaben ihm kein Recht, von Rußland irgend ein Zugeſtändniß zu fordern, das über den Preis der Abwendung ſeiner etwa in Ausſicht zu ſtellenden Invaſion hinausging. Gewann er dagegen Rußlands Bündniß, ſo entzog er damit nicht nur dem niedergeworfenen Preußen, ſondern auch Oeſtreich und England die mächtigſte Stütze gegen Frankreichs Dominat. Er gewann damit dauernde Waffenruhe für Deutſchland; er konnte ungeſtört im Süden vorgehen. Das geſammte bisherige Staatenſyſtem brach zuſammen.

Kaiſer Alexander nahm die dargebotene Hand an. Bisher Vorkämpfer der Freiheit Europa's gegen Frankreichs Uebermacht, trat er nunmehr auf die entgegengeſetzte Seite. Hatten England und Oeſtreich es ſich nicht ſelbſt zuzuſchreiben, wenn er die Front wechſelte? Das engliſche Kabinet hatte in thörichtſter Verblendung ihm verweigert, die Gewähr für ein Anlehen von 6 Millionen Pfund zu übernehmen, d. h. für die Geldmittel, deren Alexander für die Kriegführung dringend bedurfte; Englands Landungstruppen waren zu ſpät gekommen; ſeine Intervention, die Pforte zum Frieden mit Rußland zu zwingen, das Erſcheinen ſeiner Flotte vor Konſtantinopel (Febr., März 1807), hatte ſich vollkommen unwirkſam erwieſen. Und

[1]) Lefèbvre histoire des cabinets 3, 89. 90.

Oeſtreich hatte, während unzweifelhaft die Entſcheidung bei ihm ſtand, während der ganzen Dauer des Krieges, d. h. neun volle Monate hindurch, keinen Entſchluß gefunden. Ließ Kaiſer Alexander, in ſeinen guten Abſichten für die Unabhängigkeit und das Gleichgewicht Europa's ſo ungenügend unterſtützt, nunmehr die europäiſchen Geſichtspunkte und ſelbſt die weiterliegenden Intereſſen Rußlands, ſo gewichtig ſie waren, fallen, faßte er nur die nächſten Intereſſen Rußlands ins Auge, ſo konnte eine günſtigere Konjunktur kaum jemals eintreten. Seinem Vordringen gegen Schweden ſtanden Frankreich und England ſtets im Wege; jetzt erbot ſich Frankreich, die Erwerbung Finnlands zu unterſtützen. Dem Gewinne der Donauländer ſtanden Oeſtreich in erſter, in zweiter Linie Frankreich und England entgegen. Jetzt war Oeſtreich ſchwach, und Frankreich ſtimmte nicht nur zu, es erklärte ſich zur Mitwirkung bereit. Der Feindſchaft Englands begegnete Rußland unter allen Umſtänden, wenn es gegen Schweden oder die Pforte vorging. War es ſomit eine zu ſchwere Gegenleiſtung, wenn man Napoleons Bedingung annahm und die Sperre des Kontinents gegen den Verkehr mit England, die Napoleon am 21. November 1806 von Berlin aus verfügt hatte, auch bei ſich einführte? Es iſt ſchwerlich richtig, daß Alexander, wie die franzöſiſchen Darſtellungen wollen, von Napoleons Perſönlichkeit, von den orientaliſchen Phantaſien, die er ihm vorſpiegelte, völlig umgarnt und geblendet worden ſei. Er ſah dem weiteren Verlaufe der Dinge doch nicht ohne Bedenken entgegen [1]).

Für Preußen war es das ſchwerſte Unheil, daß Alexander den Kampf aufgab, den er bis zum Aeußerſten zu führen zugeſagt hatte, noch unheilvoller freilich, daß Alexander dem Imperator über Preußen hinweg die Hand zum Bunde reichte. Soweit die Verhandlungen, die zu Tilſit unmittelbar zwiſchen Alexander und Napoleon ſtattfanden, ſich durchſchauen laſſen, war es Napoleons Abſicht, Preußen nun nicht nur die linkselbiſchen Lande zu nehmen, ſondern auch die polniſchen Erwerbungen aus der zweiten und dritten

[1]) Mazade Alexandre et Czartoryski p. 87. 89. 599.

Theilung ſowie Schleſien. Sachſen, Schleſien und die polniſchen Gebiete Preußens (das Herzogthum Warſchau) ſollten zu einem Staate unter der Herrſchaft ſeines Bruders Jerôme vereinigt werden, der Kurfürſt von Sachſen durch Heſſen und die rechtselbiſchen Beſitzungen Preußens entſchädigt, und Rußland mit dieſer Staatsbildung dadurch verſöhnt werden, daß es Oſtpreußen bis zur Weichſel in Beſitz nahm. Preußen wäre auf die Mittel- und Neumark, Pommern und Weſtpreußen beſchränkt worden. Für Rußland war es bedenklich genug, daß überhaupt ein polniſches Gemeinweſen mit der alten Hauptſtadt Warſchau wieder ins Leben trat; dieſer Staat, mit Sachſen und Schleſien verbunden, ſomit ein Staat von über ſechs Millionen Bewohnern, an ſich nicht ohne Bedeutung, hätte unter dem Bruder Napoleons das größte Schwergewicht dadurch erhalten, daß er Napoleons Herrſchaft bis an die Grenzen Rußlands heranſchob. Alexander konnte dieſe Kombination nicht geſtatten, wenn er Rußlands Sicherheit nicht völlig preisgeben wollte; Napoleons Herrſchaft bis zur ruſſiſchen Grenze war eine ſtete Bedrohung, ein permanenter Kriegszuſtand für Rußland. Alexanders Widerſtand gegen die Vorrückung der ruſſiſchen Grenze bis zur unteren Weichſel (der Vorrückung derſelben bis zum Niemen ſcheint er einen Augenblick zugeſtimmt zu haben), gegen Sachſen-Schleſien-Polen unter Jerôme überzeugte Napoleon, daß er dieſen Plan aufgeben müſſe, der überdies ſeine Hintergedanken zu früh verrieth. Er nahm ſeinen Rückzug, indem er Alexander am 4. Juli 1807 eine Note mit der Bemerkung zuſandte, daß er aus dieſer ſeinen Willen, ſich ſtets in der Stellung der Freundſchaft und Allianz mit Rußland zu halten und alles zu entfernen, was direkt oder indirekt dieſem großen und ſchönen Gedanken entgegen ſein könnte, erkennen werde. Die Note ſagt: „Jerôme auf den Thron von Sachſen und Warſchau berufen, das heißt alle unſere Beziehungen über den Haufen werfen. Jede Zollſtreitigkeit, jede Handelsdifferenz, jede Polizeifrage würde das Herz des Kaiſers Napoleon direkt erreicht haben, und durch dieſen Einen Fehler hätten wir den Allianz- und Freundſchaftsvertrag zerriſſen. Nachdem der Kaiſer über dieſe Frage nachgedacht hat, iſt

er vielmehr bereit, zu erklären, daß es ſeine Politik iſt, daß ſein unmittelbarer Einfluß die Elbe nicht überſchreitet. Er hat dieſe Politik angenommen, weil es die einzige iſt, die mit dem Syſtem aufrichtiger Freundſchaft, welche er mit dem großen Reiche des Nordens ſchließen will, vereinigt werden kann. Demnach werden die Länder zwiſchen Niemen und Elbe die Barriere zwiſchen den großen Reichen bilden, und die Protektion des Kaiſers von Rußland wird den König von Preußen in den Beſitz aller Länder zurücktreten laſſen, welche die beiden Haffs beſpülen und von der Quelle der Oder bis ans Meer reichen [1])." Alſo dem Kaiſer von Rußland zu Liebe und um der Freundſchaft zwiſchen Frankreich und Rußland keinen Stoff zu Streitigkeiten zu geben, verzichtete Napoleon darauf, auch noch Schleſien von Preußen abzureißen und Jerôme auf den Thron des neuen Sachſen-Polens zu ſetzen, wollte er „ſeinen unmittelbaren Einfluß" oſtwärts durch die Elbe begrenzen und König Friedrich Wilhelm in den Beſitz der Länder zurücktreten laſſen, welche von der Quelle der Oder bis an das Meer reichen, welche von der Elbe und vom Niemen begrenzt werden. Es war immer noch ein, wenn auch kleines Stück altpreußiſchen Gebietes, das Napoleon mit dieſer Begrenzung dem Kaiſer Alexander zuzuwenden gedachte, der ſchmale Streifen Landes von der Mündung des Niemen bis zur Grenze Kurlands mit dem Hafen Memel. Alexander wies auch dieſes Angebot zurück. In einem Schreiben vom 6. Juli ſagte er Napoleon: was Memel und deſſen Territorium betreffe, ſo ſei er bereit, darauf zu verzichten; mit der Abtretung der ioniſchen Inſeln und Jevers (Napoleon hatte Cattaro und die ioniſchen Inſeln für ſich und Jever, das Erbe Katharina's, für Holland verlangt) habe er den Wunſch verbunden, daß Preußen beſſere Bedingungen erhalte [2]). Dagegen acceptirte Alexander ein anderes Stück preußiſchen Gebietes aus dem polniſchen Antheile, den Bezirk von Bialyſtok, ein Gebiet von 200

[1]) Corresp. Napol. 15, 382. Lefèbvre l. c. 5, 105. Thiers Consulat et l'empire 1, 658. 659. Zu vergleichen ſind die Vorſchläge, die Napoleon für die Geſtaltung Preußens am 9. Auguſt 1813 für den Kongreß zu Prag machte bei Lefèbvre l. c. 5, 393. 394. — [2]) Bogdanowitſch 2, Anh. S. 43.

Quadratmeilen, das ihm Napoleon aufdrängte, um ihn mit Preußen möglichſt zu entzweien [1]). Er nahm es, um das Herzogthum Warſchau, dem es Napoleon anderenfalls hinzugefügt hätte, nicht zu vergrößern.

Der Friedens- und Allianzvertrag zwiſchen Rußland und Frankreich wurde am 7. Juli zu Tilſit gezeichnet. Beide Staaten ſind zu Schutz und Trutz verbündet; jeder Krieg in Europa, in welchen eine der beiden Mächte verwickelt wird, iſt ihnen gemeinſam. Rußland acceptirt die Vermittelung Frankreichs in ſeinem Kriege gegen die Pforte, Frankreich die Rußlands in ſeinem Kriege gegen England. Bleibt die Vermittelung bei der Pforte fruchtlos, ſo wird dieſelbe gemeinſam angegriffen und Rußland die Moldau, die Wallachei und Bulgarien, Frankreich Bosnien und Albanien, die griechiſche Halbinſel mit dem Peloponnes erhalten. Rumelien und Konſtantinopel bleiben von dieſer Theilung ausgeſchloſſen [2]). Bleibt Rußlands Vermittelung bei England fruchtlos, ſo werden Dänemark, Schweden und Portugal gemeinſam aufgefordert, England den Krieg zu erklären und ihre Häfen den Engländern zu ſchließen. Weigert dies einer dieſer Staaten, ſo wird er mit Krieg überzogen. Beide Mächte werden nachdrücklich darauf beſtehen, daß Oeſtreich den gegen England zu ergreifenden Maßregeln beitritt. Rußland erkennt den Rheinbund und Napoleon als deſſen Protektor an, wie Joſeph, Ludwig und Jerôme Bonaparte als Könige von Neapel, Holland und Weſtfalen.

Aufrichtiger Weiſe konnte dieſer Bund zwiſchen Frankreich und Rußland keine andere Baſis haben als die Theilung der Herrſchaft über Europa, ſo daß Frankreich der Weſten, Rußland der Oſten überlaſſen wurde. Nur indem Frankreich ſeine alten Allianzen im Oſten: Schweden, Polen und die Pforte, aufgab, konnte es eine Allianz mit Rußland gewinnen, welche den beiderſeitigen Intereſſen

---

[1]) Wer dieſe beſtimmte Abſicht bezweifeln wollte, würde auf Napoleons Aeußerung an Kurakin am 15. Auguſt 1811 zu verweiſen ſein, ſ. unten. — [2]) Lefèbvre l. c. 3. 113.

gerecht wurde, konnte es Rußland beſtimmen, mit ihm in den Handelskrieg gegen England ernſtlich einzutreten. Napoleon mußte Schweden und die Halbinſel des Balkan Rußland überlaſſen, wenn Rußland ihm dafür Italien, Spanien und Portugal, Belgien und Holland, die Schweiz und die Hälfte Deutſchlands überlaſſen ſollte. Kein Zweifel, daß Napoleon ſeiner Herrſchaft über Weſteuropa wie ſeinem Throne durch eine loyale Allianz mit Rußland Beſtand und Dauer zu geben vermocht hätte. Er konnte dies Ziel auf dieſem Wege erreichen; er konnte es, falls er dieſen verſchmähte, dadurch erreichen, daß er das italieniſche und das polniſche Volk durch Aufrichtung nationaler Staaten zu ſeinen Bundesgenoſſen machte. Die Geſchicke Italiens lagen längſt in ſeiner Hand; jetzt vermochte er auch Polen wiederaufzurichten, vollſtändig freilich nur um den Preis der Fortſetzung des Krieges gegen Rußland. Aber ſchon jetzt hätte er treue Bundesgenoſſen wie an den Italienern, ſo an den Polen erworben, wenn er weder hier noch dort mittelbar oder unmittelbar zu herrſchen begehrte. Die Dankbarkeit wie die Gefahr, welche Polen von den drei Theilungsmächten, Italien von Oeſtreich drohte, hätten das neue, wenn auch noch unvollſtändige Polen und das neue Italien unerſchütterlich auf der Seite Frankreichs gehalten. Es wäre die für Deutſchland nachtheiligſte Geſtaltung des europäiſchen Staatenſyſtems geworden. Napoleon beabſichtigte weder das Eine noch das Andere.

Man durfte zweifeln, auf weſſen Seite die nächſten Vortheile der neuen Allianz lagen. Napoleon gab die alten Bundesgenoſſen Frankreichs im Oſten, Schweden und die Pforte, auf; er verzichtete darauf, Polen in weiterem Umfange wiederherzuſtellen. Unmittelbar wurden Rußland Vortheile gegen Schweden und die Pforte geboten, während Rußlands Verpflichtungen, abgeſehen von der Uebernahme der Handelsſperre gegen England, in weiterer Ferne lagen. Gewann Alexander durch dieſen Syſtemwechſel Finnland, hatte er die Moldau und Wallachei, ſo konnte er das Weitere ſehr wohl von dem Verhalten des Bundesgenoſſen, von der Lage Europa's abhängen laſſen Thatſächlich aber gelang es Napoleon, und hierauf kam es ihm an,

Rußland dem Syſtem des Gegenſatzes gegen Frankreich zu entziehen und die Ausſicht zu erlangen, es mit Preußen, Oeſtreich und England auf lange Zeit hinaus zu verfeinden, Oeſtreich durch Rußland in Ruhe zu halten, ſolange er im Südweſten beſchäftigt ſein werde, und England durch eine längere Sperrung auch der ruſſiſchen Häfen zu ſchädigen. Vielleicht daß die durch die Schließung der Oſtſee verſtärkten Handelsverluſte England zur Reſtitution der franzöſiſchen und holländiſchen Kolonien beſtimmten. Als Gegengewähr für dieſe Dienſte war er bereit Finnland preiszugeben. König Guſtav IV. gehörte zu ſeinen hartnäckigſten Gegnern. Warum ſollte dieſer nicht durch einen franzöſiſch-ruſſiſchen Krieg beſtraft, warum Schwedens Häfen nicht auch den Engländern geſperrt werden? War Rußland ſtärker, wenn es die Schneefelder Finnlands beſaß? Nur Sweaborg und Helſingfors waren von Bedeutung. Finnland wollte Napoleon opfern, nicht mehr. Nicht daß er ſich in ſeinem Gewiſſen bedrängt gefühlt hätte, die Pforte, die er in den Krieg gegen Rußland geworfen, der er noch im April 1807 jede Unterſtützung und jedenfalls einen beſſeren Frieden als den von Jaſſy verſprochen hatte, nunmehr preiszugeben; nicht daß ihm etwa die Integrität der Pforte am Herzen gelegen hätte. Aber darauf kam es ihm an, in der Lage zu ſein, das entſcheidende Wort zu ſprechen, wenn es zur Theilung komme, und den beſten Theil für ſich nehmen zu können.

Dieſer Hintergedanke Napoleons war bereits in den Stipulationen zu Tilſit unſchwer zu erkennen. Warum hatte ſich Napoleon Cattaro und die ioniſchen Inſeln gegen den Bezirk von Bialyſtok von Rußland abtreten laſſen, als um ſeine Poſition in Dalmatien, die er dem Frieden von Preßburg verdankte, zu verſtärken, als um hier auf und an der Halbinſel des Balkan in der Lage zu ſein, nicht bloß in die Geſchicke der Pforte unmittelbar einzugreifen, ſondern auch Rußlands Vordringen gegen dieſelbe von hier aus hindern zu können? Warum legte er Gewicht darauf, die Vermittelung mit der Pforte in der Hand zu haben? Warum beſtimmte der Friede von Tilſit, daß Alexander die Moldau und Wallachei ſofort, bis das definitive Arrangement hergeſtellt ſein werde, räumen ſolle? Offenbar

doch, weil Napoleon die Hand im Spiele behalten wollte. Und hatte er ſich nicht auch unmittelbar an der Weſtgrenze Rußlands eine haltbare, der Erweiterung fähige Poſition geſchaffen, wenn er auch die Herſtellung Preußens bis zur Hälfte ſeines vormaligen Umfangs ſchließlich zuzugeſtehen ſich bequemt hatte? War die Aufrichtung des Herzogthums Warſchau nicht der Beginn der Wiederaufrichtung eines nationalen polniſchen Staates? Daß Napoleon ſeinen neuen Vaſallen, den König von Sachſen, zum Souverän dieſes Staates machte, geſchah doch ebenfalls in antiruſſiſchem Sinn, um das neue Polen in ſicherer Abhängigkeit von Frankreich zu halten und es Rußland unmöglich zu machen, auf dieſen Staat Einfluß zu gewinnen. Was bedeutete die Allianz, wenn mit dem Abſchluß derſelben zugleich ein franzöſiſcher Vorpoſten an der Grenze Rußlands aufgeſtellt wurde? Erwägungen dieſer Art müſſen ſich Kaiſer Alexander ebenſo aufgedrängt haben, wie ſie ſich unſerer Betrachtung darbieten.

Preußen wurde durch ſeinen Frieden mit Frankreich, den es am 9. Juli abſchloß, nach jenem Ausdruck Napoleons als „Zwiſchenmacht", oder als „Barriere", wie Napoleon Alexander gegenüber ſagte, zwiſchen den beiden Weltmächten, die ſich nun die Hand reichten, wiederaufgerichtet [1]). Die Reduktion war ſtark. Preußen verlor 2851 Quadratmeilen mit 5,158,489 Bewohnern; es behielt 2856 Quadratmeilen mit 4,594,000 Bewohnern [2]). Auch dieſſeit der Elbe wurden Preußen noch Gebietstheile entzogen, zu Gunſten Sachſens der Kreis Kottbus, zu Gunſten des Herzogthums Warſchau Thorn und das Kulmerland, zu Gunſten Frankreichs Danzig, das ſeitdem eine beſondere Republik mit franzöſiſcher Garniſon bildete. Und dazu war dieſer Friede, wie ein eifriger Bewunderer Napoleons, Bignon, ſelbſt eingeſteht: „nur der Name des Friedens", oder, wie Lefèbvre denſelben bezeichnet: „er war nicht aufrichtig [3])." Es war nicht bloß, daß das neue Polen auf Koſten und im ſcharfen Gegenſatz zu

[1]) Correspondance de Napoléon 15, 382. Fain Manuscrit de 1813 1, 280. — [2]) So Baſſewitz Kurmark 1, 581. Stein giebt in einer Denkſchrift aus dem Juli 1810 4,600,000 Einwohner, Hoffmann in einem Votum vom 2. Mai 1812 4,750,000 Einwohner. — [3]) Bignon histoire de France 6, 367. Lefèbvre l. c. 3, 356.

Preußen gebildet war, daß daſſelbe bis unter die Wälle von Graudenz reichte, daß es mit dem auf Koſten Preußens vergrößerten Sachſen wiederum wie vordem verbunden war, eine Verbindung, die Preußen nach dem Ausdruck Friedrich Wilhelms I. in den „Käſicht“ ſperrte, daß Polen und Sachſen in Oſt und Süd Preußen zu Wächtern geſetzt waren, wie das neue Königreich Weſtfalen, aus den rechtselbiſchen Landen Preußens und dem Kurfürſtenthum Heſſen gebildet, im Weſten. Auch dies ſo weit reducirte und ſo ſtark geknebelte Preußen nur dem Scheine nach noch fortbeſtehen zu laſſen, war Napoleons Abſicht. Wie gedrückt und fraglich die Lage war, man zögerte in Memel keinen Augenblick, die Reorganiſation der Armee, des Staates in Angriff zu nehmen. Unter dem Drucke der franzöſiſchen Okkupation begann Stein mit feſter Hand das Werk der moraliſchen und politiſchen Regeneration durch die einſchneidendſten Reformen, welche altberechtigte, tief eingewurzelte Intereſſen ſchwer verletzten und den erdrückenden Schwierigkeiten der äußeren Lage zunächſt noch innere hinzufügen mußten.

Die Ausführung der Verträge von Tilſit begann Napoleon ſowohl Preußen als Rußland gegenüber mit deren Bruch. Die Konvention vom 12. Juli beſtimmte, daß Preußen am 1. Oktober 1807 von den franzöſiſchen Armeen geräumt ſein ſolle; dieſelben waren jedoch bis dahin nur hinter die Paſſarge zurückgegangen. Nur dieſer Theil Oſtpreußens war geräumt. Die Rheinbundstruppen und die Garde Napoleons waren fortgezogen; im Uebrigen blieb die große Armee auch nach dem 1. Oktober 1807 in Preußen und lebte weiter auf Koſten des Landes. Es geſchah nicht nur, um dieſe Armee auf fremde Koſten zu verpflegen, um Preußen vollſtändig zu erſchöpfen und niederzuhalten. Dieſe Armee ſollte auch auf den neuen Alliirten, auf Rußland, uud auf Oeſtreich drücken. Ihr Kantonnement in Preußen und im Herzogthum Warſchau genügte, Alexander zu hindern, ſeine Streitkräfte in ſtärkerem Maße an die Donau zu werfen. Sie ſtand gegen Rußland bereit, wenn es zu ſelbſtſtändig und weiter, als Napoleon wünſchte, in der orientaliſchen Frage vorgehe [1]). Fand Rußland dieſe Bedrohung zu

[1]) Lefébvre l. c. 3, 358. 365.

ſtark dem Geiſte der Allianz widerſprechend, ſo ließen ſich Gegenbedingungen ſtellen, ſo ließ ſich auf dieſem Wege nachholen, was zu Tilſit nicht hatte erreicht werden können, ſo mochte Rußland den Rückzug Frankreichs aus Preußen mittelſt Einwilligung in eine neue Halbirung Preußens erkaufen, welche Napoleon die unmittelbare Verbindung mit dem Herzogthum Warſchau, die vorerſt durch ſeine Armee in Preußen geſichert war, auf andere Weiſe auch für die Zukunft gewährte.

Rußlands Beſchwerden über die vertragswidrige Fortdauer der Okkupation Preußens erwiderte Napoleon mit der Eröffnung, daß ihn die Fortdauer der Okkupation der Donaufürſtenthümer durch ruſſiſche Truppen zur Aufrechterhaltung der Okkupation Preußens berechtige. Als das Bündniß zu Tilſit geſchloſſen wurde, hatte die ruſſiſche Armee Chotſchim, Bender und Akjerman, die Moldau und die Wallachei der Pforte entriſſen; auf dem linken Donauufer behaupteten die Osmanen nur noch Giurgewo, Braila und Ismail. Von Napoleon abgeordnet, brachte General Guilleminot den im Vertrage von Tilſit vorgeſehenen Waffenſtillſtand behufs Geltendmachung der Mediation auf die Bedingungen zu Stande, daß zwar die von den Ruſſen eroberten Feſtungen geräumt, die von den Osmanen dieſſeit der Donau behaupteten aber in deren Beſitz bleiben, daß auch die von der ruſſiſchen Flotte eroberte Inſel Tenedos wie die von ihr genommenen osmaniſchen Schiffe zurückgegeben werden ſollten und die ruſſiſche Armee binnen 35 Tagen in die ruſſiſchen Grenzen zurückkehre. Dieſer Waffenſtillſtand, am 24. Auguſt zu Sloboſia gezeichnet, ſollte bis zum 3. April 1808 währen. Die ruſſiſche Armee trat ſofort den Rückmarſch an. Die Bedingungen waren ſo entſchieden zu Gunſten der Pforte, daß Alexander dieſe Vereinbarung ohne Modifikationen zu beſtätigen um ſo beſtimmter weigerte, als ihn Napoleon zu Tilſit verſichert hatte, es liege ihm nicht an der Räumung der Fürſtenthümer; man könne ſie in die Länge ziehen, um ihr zu entgehen [1]); die eroberten Schiffe könnten nicht zurückgegeben werden; eine beſtimmte

[1]) Bernhardi Geſchichte Rußlands 2, 2, 571.

Dauer des Stillstands sei unzulässig; nach erfolgter Kündigung müßten die Feindseligkeiten wieder eröffnet werden können. Da die Pforte die Annahme dieser Modifikationen verweigerte, blieben die russischen Truppen in den Fürstenthümern unter der Weisung, sich jeder Aggression zu enthalten.

Napoleon hatte die Artigkeit gehabt, mit der Wiedereröffnung des diplomatischen Verkehrs zuerst den General Savary, darauf Caulaincourt mit seiner Vertretung in Petersburg zu beauftragen, gerade die beiden Männer, die Napoleons Werkzeuge bei der Ermordung des Herzogs von Enghien gewesen waren, gegen welche Alexander damals so entschiedene Verwahrung eingelegt hatte. Es war Savary, der den Kaiser Alexander darauf hinzuweisen hatte, daß die Pforte die zu Tilsit stipulirte Vermittlung Frankreichs augenblicklich angenommen habe, daß die Räumung der Fürstenthümer unerläßlich sei, um dieselbe wirksam werden zu lassen. Je weniger bedacht sich der Imperator für die Interessen seines Freundes an der Donau zeigte, um so bestimmter mußte Rußland auf der Räumung Preußens bestehen. Das russische Kabinet führte aus, daß Rußland durch die Aufrechterhaltung der Besetzung der Moldau und Wallachei nur die Erfüllung der Versprechungen vorbereite, welche Napoleon in Tilsit gemacht habe, während Frankreich die heiligsten der übernommenen Verpflichtungen verletze, indem es nach dem Frieden 200,000 Mann auf Kosten Preußens in dessen Grenzen lasse [1]). Champagny, der Nachfolger Talleyrands im auswärtigen Ministerium, erwiderte (13. Oktober 1807): da die Verpflichtung zur Räumung Preußens von der Abtragung der Kontribution abhängig gemacht, diese Bedingung aber nicht erfüllt sei, bediene sich Frankreich nur eines unbestreitbaren Rechtes Preußen gegenüber [2]). Deutlicher war Napoleon selbst. Am 7. November schrieb er Savary: „Tolstoi (der Gesandte Alexanders in Paris) hat

---

[1]) Thiers (l. c. 8, 430) spricht sogar von 300,000 alten Soldaten, die an der Weichsel geblieben wären; Bignon (l. c. 6, 53) giebt 200,000 Mann an. Das Korps Davoust stand im Großherzogthum Warschau, Bernadotte in Schwedisch-Pommern; Preußen hatte 160,000 Mann zu verpflegen. — [2]) Lefèbvre l. c. 3, 354. 355.

mir viel von der Räumung Preußens geſprochen. Ich habe erwidert, daß ich ſie auch wünſchte, aber daß die Preußen nichts beendeten; daß ich erwartete, daß endlich ein Abkommen getroffen würde und daß dies bald geſchehen werde. Ich habe hinzugefügt, daß es übrigens ohne Zweifel den Wünſchen Rußlands entſpräche, die Moldau und Wallachei zu behalten. Wäre dies die Abſicht, ſo würde ich als Kompenſation einige Provinzen Preußens behalten [1])." Champagny bemerkte dann, der Kaiſer ſei der Erwerbung der Moldau und Wallachei durch Rußland nicht abſolut entgegen. Vielmehr könne dieſe ſeinen Intereſſen dienen, indem ſie ihn in den Stand ſetze, als Kompenſation die Abtretung eines Theils der preußiſchen Provinzen zu fordern, was durch weitere Schwächung dieſer Monarchie das Föderativſyſtem Frankreichs ſtärken würde. *Schleſien würde an Sachſen übergehen; Preußen werde hiernach nur noch zwei Millionen Einwohner haben*; aber wäre dies nicht genug für das Glück der Königlichen Familie (12. November)? Caulaincourt, der Ende November Savary in Petersburg erſetzte, that ſein Beſtes, Alexander durch immer erneute Vorſtellungen für dieſen Vorſchlag zu gewinnen. „Davouſt in Warſchau *und* Schleſien", ſagte Alexander, „ſind zu ſtarke Bedrohungen für Rußland. Ich habe volles Vertrauen zum Kaiſer Napoleon; aber ich kann es nicht Jedermann einflößen [2])." Bei dem lebhafteſten Wunſche nach dem Beſitz der Moldau und Wallachei — wie hätte Alexander auf Vorſchläge eingehen können, welche deutlich die Abſicht wiederaufnahmen, das franzöſiſche Syſtem in territorialer Kontinuität vom Rhein bis an die Grenzen Rußlands vorzuſchieben? Napoleon fand ſchließlich, daß auch die Hinausſchiebung der Entſcheidung Vortheile für ihn habe. Solange die große Armee in Preußen ſtand, befand ſich Rußland unter ſeinem Druck, und er gewann inzwiſchen Zeit, ſich der Pforte wieder anzunähern. Während er wiederholt Alexander ſchrieb: die Angelegenheiten der Pforte endgültig zu regeln, werde ohne eine neue

[1]) Correspondance de Napoléon 16, 146. — [2]) Caulaincourts Berichte vom 15. und 25. Februar 1808 bei Lefèbvre l. c. 3, 367. 368. Thiers (l. c. 8, 432. 499) hat den Kern der Frage möglichſt zurückgedrängt.

persönliche Besprechung nicht möglich sein [1]), hatte er bereits Caulaincourt am 12. Januar 1808 dahin instruiren lassen: daß es nicht dringend sei, die gegenwärtige Lage zu ändern. Die Frage der Räumung Preußens hänge nicht allein von der Zahlung der Kontributionen ab; es sei leicht geworden, sich hierüber zu verständigen; „sie hängt von der Schwierigkeit ab, dies Land zu räumen, bevor Alles zwischen Frankreich und Rußland geregelt ist, und von dem Frieden mit England." „Der Seekrieg zwingt den Kaiser, Herr des Kontinents zu bleiben, und er kann dies nur durch das Verbleiben seiner Armee in Preußen. Dies ist für Sie allein." Wie Napoleon die Regelung zwischen Frankreich und Rußland verstand, zeigt seine Weisung an Champagny von demselben Tage, dem Gesandten in Konstantinopel die Frage zu übermitteln: „wenn die Russen die Moldau und Wallachei behalten wollen, ist die Pforte geneigt, gemeinsam mit Frankreich Krieg zu führen, und welche Mittel besitzt sie zum Kriege [2])?"

Während Napoleon die Fortschritte seines Verbündeten gegen die Pforte von dessen Zustimmung zur Abreißung Schlesiens von Preußen abhängig machte und sie auch nach dieser Zustimmung zu vereiteln sich vorbreitete, war er für seine eigenen Interessen im Westen desto rücksichtsloser vorgegangen. Er hatte nicht gesäumt, Oestreich das Kontinentalsystem aufzulegen. Er hatte Dänemark zur Annahme desselben gezwungen, indem er Bernadotte am 17. August 1807 den Befehl ertheilte, in Holstein einzurücken [3]), was dann diesem unglücklichen Staate die Beschießung Kopenhagens und die Wegführung seiner Flotte von Seiten Englands eintrug; er hatte Toskana an Frankreich annektirt, „um diese Difformität auf der Halbinsel Italien zu beseitigen [4])"; er ließ den Kirchenstaat in Besitz nehmen, „der seine Verbindungen mit dem Königreiche Neapel erschwere [5])." Er ließ Portugal, dem er durch Vertrag vom 19. März 1804 gegen Erlegung einer

---

[1]) Correspondance de Napoléon 14. Octbr., 7. Novbr., 7. Decbr. 1807, 2. Febr., 17. Febr. 1808; 16, 132. 145. 187. 489. 500. — [2]) Lefèbvre l. c. 3, 365. Corresp. de Napoléon 16, 243. — [3]) Corresp. de Napoléon 2. und 17. August 1807. — [4]) Napoleon an Duroc 25. Septbr. 1807; Corresp. de Napoléon. — [5]) An Eugen 5. Aug. 1807; Corresp. de Napoléon.

Summe von 16 Millionen Franks zugeſtanden hatte, während der Dauer des Krieges zwiſchen Frankreich und England deſſen Schiffen ſeine Häfen zu öffnen, gebieteriſch auffordern, dieſelben gegen England zu ſchließen. Er verlangte außerdem die Konfiskation alles engliſchen Eigenthums im Lande [1]). Seine Truppen ſtanden bereit. Am 30. November 1807 rückte Junot in Liſſabon ein; im Namen Frankreichs nahm er Beſitz von Portugal, nachdem er ſich auf dem Durchzuge durch Spanien der ſpaniſchen Feſtungen auf und an ſeinem Wege bemächtigt hatte. Nachdem Napoleon auf dieſe Weiſe auch in Spanien Fuß gefaßt, fand er, daß der Krieg gegen England ohne die Beſitznahme Spaniens nicht beendet werden könne. Am 9. März 1808 unterrichtete er ſeinen Geſandten in Madrid, daß am 22. oder 23. ſeine Truppen Madrid erreichen würden; am 27. März forderte er von ſeinem Bruder Louis eine kategoriſche Antwort, ob er den ſpaniſchen Thron beſteigen wolle. Vier Wochen ſpäter folgten die Scenen von Bayonne. Von hier aus ſchrieb er, noch bevor er König Karl und dem Prinzen von Aſturien die Abdikation entriſſen, am 29. April an Alexander: er werde bald frei ſein, die große Angelegenheit, d. h. die orientaliſche Frage, mit ihm zu regeln. In vier bis ſechs Wochen hoffte er mit Spanien fertig zu werden [2]). Höchſt unerwartet nahmen die Dinge hier einen ganz anderen Verlauf. Seine Truppen vermochten weder Saragoſſa noch Valencia zu bezwingen. Die Diviſionen Dupont, Vedel und Dufour mußten bei Baylen vor den Spaniern, die Armee Junots bei Cintra vor der Armee Sir Arthur Wellesley's die Waffen ſtrecken; Madrid mußte geräumt, die franzöſiſche Armee hinter den Ebro zurückgezogen werden.

Nach ſolchen Unfällen (Juli und Auguſt 1808) blieb Napoleon nichts übrig, als die große Armee nach Spanien zu ſenden, d. h. Preußen zu räumen. Aber damit erhielt nicht nur Preußen eine Art von eigener Exiſtenz zurück, auch Rußland gewann die Freiheit ſeiner Aktion gegen die Pforte, und Oeſtreich wurde von dem Drucke

---

[1]) Napoleon an Talleyrand 18. Juli 1807. — [2]) Corresp. de Napoléon 16, 501. 17, 33. 47.

befreit, den die Lagerung der großen Armee in Preußen seinen Entschließungen auferlegt hatte. Oestreich hatte, wie wir sahen, den Umsturz des deutschen Reiches, sechs Monate nachdem der Friede von Preßburg dessen Bestand ausdrücklich gewährleistet hatte, hingenommen, die Anerkennung der durch den Frieden von Tilsit neu kreirten Könige von Neapel, Sachsen und Westfalen ausgesprochen, die diplomatischen und Handels-Beziehungen zu England auf das Gebot Napoleons abgebrochen. Aber es verbarg seinen Ingrimm nicht, welchen die jüngsten Gewaltschritte Napoleons in Italien (S. 287), die Entthronung der Bourbonen in Spanien zur Empörung steigerten. War zu erwarten, daß Oestreich bei solcher Stimmung die Entfernung der großen Armee aus Preußen, die Erfolge der Spanier unbenutzt lassen würde? Oestreich begann zu rüsten, und selbst in Preußen wurde, trotz der Okkupation und der Erschöpfung des Landes, trotz der noch immer fortdauernden Zurückhaltung der Gefangenen des Krieges von 1806 in Frankreich, die Reorganisation der Armee emsiger betrieben; bei Kolberg und Neisse erhoben sich neue Befestigungen, und die Briefe des leitenden Ministers in Preußen, deren sich der Befehlshaber der Okkupationsarmee in Preußen, Marschall Soult, zu bemächtigen wußte, zeigten Napoleon, welche Absichten und Hoffnungen hier gehegt wurden. Die Erhebung der Spanier und ihre Erfolge stellten die Erhebung Oestreichs und Preußens, ganz Deutschlands in Aussicht.

Napoleon mußte seinen Entschluß fassen. Nur Kaiser Alexander konnte helfen. Alexander hatte es alsbald nach den Ereignissen von Kopenhagen zum Bruche mit England gebracht, der auch den Handel Rußlands lähmen mußte, die Aufforderung, dem Kontinentalsystem beizutreten, an Schweden gerichtet und auf dessen Weigerung ihm den Krieg erklärt (21. Februar 1808). Die Stipulationen von Tilsit waren damit von Seiten Rußlands vollständig erfüllt. Jetzt sollte Alexander jedoch Napoleon noch wichtigere Dienste leisten. Alexander allein vermochte Preußen und Oestreich in Gehorsam zu halten. Von Schlesien war selbstverständlich nicht mehr zu reden. Vielmehr mußte die Räumung Preußens als endliches Zugeständniß an Rußland verwerthet werden. Aber dies genügte offenbar nicht mehr. Napoleon

mußte, um ſich Rußland feſt zu verbinden, neben Finnland noch eine weitere Erwerbung zugeſtehen, er mußte die Moldau und Wallachei darangeben; wenigſtens zunächſt, bis Spanien niedergeworfen, durfte er Rußland an der Donau nichts mehr in den Weg ſtellen. Jene perſönliche Beſprechung über den Orient, die er ſo oft in Ausſicht geſtellt, um den Kaiſer Alexander hinzuhalten, mußte nun ſofort ſtattfinden. Er empfand jetzt das lebhafteſte Bedürfniß des perſönlichen Gedankenaustauſches mit dem nordiſchen Freunde.

Rußland zu gewinnen, Oeſtreich und Preußen ſo ſtark wie möglich einzuſchüchtern und zu bedrohen, das waren die nächſten Aufgaben ſeiner Politik. Am 2. Auguſt hatte er die Nachricht von der Kapitulation von Baylen erhalten; am 5. erhielten zwei der in Preußen kantonnirenden Korps der großen Armee Marſchbefehl nach Mainz, und nach Petersburg ging die Verſicherung unverzüglicher Räumung Preußens ab [1]). Dies hinderte Napoleon nicht, den übrigen Bedrohungen, mit denen er den Vertreter Oeſtreichs, den Grafen Metternich, am 15. Auguſt in Paris überſchüttete, auch die hinzuzufügen: „er habe Schleſien räumen wollen; Oeſtreichs Rüſtungen zwängen ihn, zu bleiben und die ſchleſiſchen Feſtungen ſtark zu machen.“

Um einen Vorwand für die Okkupation Preußens zu haben und den Ueberreſt dieſes Staates vollends zu Grunde zu richten, hatte Napoleon erklären laſſen, die Kontributionen, die er ſucceſſiv während des Krieges den einzelnen Landestheilen im Betrage von 152 Millionen Franks auferlegt hatte, ſeien nicht vollſtändig bezahlt worden. Preußiſcher Seits wurde dagegen geltend gemacht, daß nach den Abtretungen des Friedens dem gegenwärtigen Preußen nur 115 Millionen von jener Geſammtſumme zur Laſt fallen könnten, daß hierauf bis zum 12. Juli 1807 über 98 Millionen Franks baar entrichtet worden ſeien. Napoleon ließ trotzdem als Kontributionsrückſtände und ihm vom 1. November 1806 bis zum 12. Juli 1807 gebührende Landeseinnahmen die Summe von 154½ Millionen fordern [2]). Hierin Nach-

---

[1]) Correspond. de Napoléon 17, 427–429. Lefèbvre l. c. 4, 34. —
[2]) Ueber die Einzelheiten der Forderungen und Rechnungen ſ. die folgende Abhandlung.

laß und die Räumung herbeizuführen, hatte König Friedrich Wilhelm ſchon im November 1807 ſeinen Bruder Wilhelm nach Paris geſandt. Sieben Monate lang trachteten der Prinz und der Geſandte Preußens in Paris, von Brockhauſen, vergebens, zu einer eingehenden Verhandlung zu gelangen. Erſt nachdem die Räumung Preußens nothwendig geworden war, am 11. Auguſt 1808, wurde ihnen ein Vertragsentwurf vorgelegt. Er ſetzte ſie in Schrecken. Preußen ſollte die unumgängliche Räumung theuer erkaufen, und zwar durch Zugeſtändniſſe, die Napoleon erlaubten, nach dem ſpaniſchen Kriege auf die weitere Dismembration, auf die Vernichtung Preußens zurückzukommen. Nach dieſem Entwurf hatte Preußen nicht nur noch 194 Millionen Franks zu entrichten; die Oderfeſtungen Stettin, Küſtrin und Glogau ſollten in der Hand Frankreichs bleiben, die preußiſche Armee auf 42,000 Mann reducirt werden und die Staatseinkünfte Preußens bis zum Tage des Abſchluſſes dieſes Vertrages Frankreich zuſtehen. Für den Fall eines Krieges zwiſchen Oeſtreich und Frankreich habe Preußen Napoleon ein Hülfscorps von 8000 Mann, ſpäterhin von 16,000 Mann ſtellen [1]). Der Prinz und Brockhauſen widerſprachen ſo exorbitanten Forderungen ſehr lebhaft. Am 3. September ſagte ihnen Champagny: „der Kaiſer müſſe wiſſen, ob Preußen Freund oder Feind ſei, um darnach die Bewegungen ſeiner Armeen regeln zu können. Nach dieſer Korreſpondenz (er legte zwei von Soult aufgefangene Schreiben Steins vor; das eine hatte Stein am 15. Auguſt an den Fürſten Wittgenſtein gerichtet) ſei Preußen Frankreichs Feind. Der Kaiſer bedürfe hiernach Gewißheit, eines einfachen Ja oder Nein unter dem Vertrage.“ Mit Mühe wurden noch einige Tage für die Unterhandlung, die Herabſetzung der Geldforderung auf 140 Millionen, die Beſeitigung eines ausdrücklichen Artikels, der Steins Entfernung im Vertrage ſelbſt ausſprechen ſollte, erreicht. Der Prinz wußte, daß Alexander die Zuſammenkunft, zu der ihn Napoleon aufgefordert, angenommen hatte, daß ſomit von Rußland für Preußen nichts zu hoffen ſei; er wußte, daß Oeſtreich den Drohungen Napoleons weiche und ſeine Kriegsabſichten

[1]) S. die folgende Abhandlung.

mindeſtens vertagt habe. Er zeichnete am 8. September und ſchrieb dem Könige am folgenden Tage: „Es ſind ſechs Monate, daß die Auffangung der Briefe des Freiherrn von Stein, von deren Authenticität ich unglücklicher Weiſe nur zu ſehr Urſache gehabt habe mich zu überzeugen, faſt den Untergang der Monarchie zur Folge gehabt hätte [1]). Heut vermindern die gegenwärtigen Konjunkturen vielleicht dieſe Gefahr; aber ſie beſeitigen ſie nicht. Bei der ungeheueren Truppenzahl, über welche der Kaiſer verfügt, bleiben ihm immer noch genug, die gewaltſamſten Maßregeln gegen Preußen in's Werk zu ſetzen, und der Inhalt der aufgefangenen Briefe gab ihm ſehr ausreichende Mittel, deren Ungerechtigkeit in den Augen ſeiner Nation, ſeiner Armee und der Alliirten Frankreichs, ja ſogar in denen Rußlands zu beſchönigen. Indem er dieſen Briefen einen officiellen Charakter gab, hätte er ſich darauf geſtützt, den Vertrag von Tilſit für gebrochen zu erklären. Das, Sire, war die Gefahr, die ich zu entfernen hatte." Jedenfalls ſei durch die Unterhandlung Zeit gewonnen, die Gefahr zu beſchwören. Der König möge entſcheiden, ratificiren oder neue Vorſchläge machen. Brockhauſen fügte hinzu: „Der Kaiſer iſt auf das Aeußerſte erbittert und entſchloſſen, Alles an Alles zu ſetzen. Ich hatte die heftigſten Angriffe zu beſtehen, um einen Artikel abzuwehren, der den König zwingen ſollte, Stein zu entfernen. Stein muß Deutſchland auf einige Zeit verlaſſen; er darf ſich der Gefahr nicht ausſetzen, den Franzoſen in die Hände zu fallen." „Ich habe Briefe aufgefangen; ich werde ſchnell ſein wie der Blitz", ſagte Napoleon einige Tage nach der Unterzeichnung zu Brockhauſen, „jeden Ausbruch böſen Willens zu erſticken. Aus den Briefen eines eurer Miniſter weiß ich, mit welchen Gedanken man umgeht, welche Hoffnungen man auf die ſpaniſchen Ereigniſſe ſetzt. Man irrt ſich; Frankreich beſitzt eine ſo ungeheuere Macht, daß es überall die Stirn bieten kann. Ich weiß Alles, ich kenne die Denkungsart eurer Miniſter; es iſt unmöglich, mich zu täuſchen [2])."

[1]) Vgl. Brockhauſens Bericht vom 18. März 1808; geh. Staatsarchiv. — [2]) Berichte Brockhauſens vom 9. und 16. September, Berichte des Prinzen Wilhelm vom 9. und 15. September; geh. Staatsarchiv.

Auf der Reiſe nach Erfurt, wo er mit Napoleon zuſammentreffen wollte, erreichte Alexander am 18. September Königsberg. Er rieth dem Könige zu möglichſter Nachgiebigkeit gegen Frankreich, zum Anſchluß an das franzöſiſche Syſtem. War er doch ſelbſt zu dieſem übergetreten und gegenwärtig gemeint, mit Frankreich vereinigt zu bleiben. Dagegen verſprach er, kräftige Unterſtützung für Verminderung der Geldforderungen Frankreichs und für die endliche Vollziehung des Tilſiter Friedens eintreten zu laſſen; Stein ſollte zu dieſem Zwecke dem Kaiſer nach Erfurt folgen. Am Tage nach der Abreiſe Alexanders von Königsberg (21. September) trafen hier die Berichte des Prinzen Wilhelm und Brockhauſens vom 9. September ſammt dem am Tage zuvor gezeichneten Vertrage ein. Der König ſchrieb Alexander auf der Stelle, betonte die Unmöglichkeit, dieſen Vertrag zu ratificiren, hob hervor, daß er ſich nur mit dem tiefſten Bedauern von Stein trennen, daß er ihn nicht entbehren könne, und erbat die Intervention des Kaiſers. Als Garant des Friedens von Tilſit ſei Alexander im Recht, ſich jeder Veränderung deſſelben zu widerſetzen, und nicht nur Preußens, auch Rußlands Intereſſen ſtänden in Frage. An Steins Stelle ſende er Goltz nach Erfurt. In der beigefügten Denkſchrift waren fünf Punkte bezeichnet, für welche Aenderungen erforderlich ſeien: Herabſetzung der Kontribution auf 100 Millionen, Verlängerung der Zahlungsfriſten, Uebergabe der Oderfeſtungen an Preußen, mindeſtens von Küſtrin und Stettin, Aufhebung der Beſchränkung der Stärke der preußiſchen Armee, Beibehaltung Steins. Dieſer ſelbſt ſchrieb Goltz vor deſſen Abreiſe: hilft die Verwendung Alexanders weder in Anſehung der Zeit noch der Summe, ſo muß man unterſchreiben und halten, was man halten kann.

Kaiſer Alexander hatte zu Erfurt das Geſchick Europa's in ſeiner Hand. Hielt er Oeſtreich und Preußen nicht zurück, ſo hatte Napoleon nicht nur gegen Spanien, ſondern auch gegen die beiden deutſchen Mächte zu fechten. That er das Gegentheil, ſo konnte er freilich mit Sicherheit darauf rechnen, daß Preußen, im Augenblick noch beſetzt, ſeinem Einverſtändniß mit Frankreich ſich fügen mußte.

Wenn aber Oeſtreich dieſem Einverſtändniß nicht wich? Sollte er dann ſeine Truppen mit denen Frankreichs vereinigen, um Oeſtreich niederzuwerfen, um Frankreichs Vordringen am adriatiſchen Meere zu unterſtützen und dieſem dadurch auch die Entſcheidung über die orientaliſche Frage in die Hand zu legen? Den Krieg gegen Schweden hatte er im Frühjahre eröffnet; die Unterſtützung, welche die engliſche Flotte der ſchwediſchen gewährte, hatte die Eroberung Finnlands noch nicht gelingen laſſen. Er wollte ſich weder Finnland noch die Moldau und Wallachei entgehen laſſen. Somit mußte das Bündniß von Tilſit feſtgehalten werden. Alexander hoffte, daß die ausdrückliche, handgreifliche Bekräftigung ſeiner Allianz mit Frankreich durch die Zuſammenkunft mit Napoleon, daß von ihm und Napoleon nach Wien gerichtete ernſtliche Vorſtellungen Oeſtreichs Schwert in der Scheide halten würden.

Aber ſelbſt bei dieſer Dispoſition durfte Alexander den Vertrag vom 8. September, nachdem er bereits das Herzogthum Warſchau, die Halbirung Preußens, deſſen vertragswidrige Okkupation, die ebenſowohl gegen ihn als gegen Preußen gerichtet war, über ein Jahr hindurch zugeſtanden, nicht zulaſſen; nicht etwa aus Fürſorge für Preußen, die ihm ſelbſtverſtändlich in zweiter und dritter Linie ſtand, ſondern aus Fürſorge für Rußland. Es war für Rußland keineswegs gleichgültig, daß Frankreich außer der Weichſellinie auch die Oderlinie feſthielt und das Recht erwarb, ſeine Truppen durch Preußen nach Belieben an die ruſſiſche Grenze vorzuſchieben. Dieſer Geſichtspunkt entging dem Kaiſer Alexander keineswegs; ſehr beſtimmt hatte er ihn, wie wir ſahen, hervorgehoben, als Napoleon auf ſeine Zuſtimmung zur Abreißung Schleſiens von Preußen drang, und er berührte ihn in Erfurt, indem er Napoleon ſagte, daß die Beſetzung der Oderfeſtungen Rußland näher angehe, als die Sicherſtellung der preußiſchen Kontributionszahlung. Ueberdies war er während der Verhandlungen in Erfurt von dem größten Mißtrauen gegen Napoleon trotz des zur Schau getrageuen größten Vertrauens erfüllt. Erklärte er mit Feſtigkeit, daß Napoleon in der Note vom 4. Juli 1807 zugeſagt habe, die Elbe niemals zu überſchreiten, daß

die Sorge für die Sicherheit Rußlands ihm nicht erlaube, franzöſiſche Beſatzungen in den Oderfeſtungen zu dulden, daß der Tilſiter Friede zwiſchen Frankreich und Preußen einfach auszuführen ſei, ſo mußte Napoleon in dieſem Punkte noch unbedingter weichen und den Räumungsvertrag mit Preußen demgemäß modificiren, wie ihn Alexanders Weigerung von einem anderen Verlangen abzuſtehen nöthigte, obwohl Alexander gegen dieſes das Vertragsrecht nicht wie für Preußen geltend machen konnte. Napoleon bedurfte Rußlands in Erfurt in ganz anderem Maße, als Rußland ſeiner bedurfte. Er hatte Alexander vorgeſchlagen, den Bruch mit der Pforte ſo lange zu verzögern, bis feſtſtehe, ob England die Friedensvorſchläge, die man ihm gemeinſam machen wolle, annehme oder ablehne, d. h. er wollte Rußlands Erwerbung der Moldau und Wallachei ſo lange hintanhalten, bis er in Spanien fertig ſei, um dann Rußland den Preis des Erfurter Vertrages wieder entwinden zu können, zugleich aber durch geräuſchvolle Friedensverhandlungen mit England das Vertrauen der Spanier auf die engliſche Hülfe erſchüttern. Alexander durchſchaute die Abſicht und vereitelte die ihm angeſonnene Verzögerung durch ſein Nein. Wenn Alexander gegen den Septembervertrag nicht ebenſo feſt war wie in dieſem Punkte, ſo mag wohl für dieſe Nachgiebigkeit der Wunſch der Erwerbung der Moldau, der zur Zeit Alexanders Politik dominirte, maßgebend geweſen ſein; doch iſt die Annahme nicht ganz auszuſchließen, daß er für Preußens Recht und damit für Rußlands Sicherheit weniger feſt eintrat, weil ihm zunächſt daran lag, daß Preußen ſich dem franzöſiſchen Syſtem nicht entziehe. Hatte Oeſtreich nicht auf Preußen zu rechnen, ſo blieb es deſto wahrſcheinlicher in Frieden mit Frankreich.

Aus ſolchen Motiven läßt ſich erklären, daß Alexander ſich begnügen konnte, dem Grafen Goltz zu Erfurt zu ſagen: Steins Brief habe zu ſtarke Präventionen zur Folge gehabt; vergebens habe er ſich bemüht, dieſe zu zerſtören; ohne vorgängige Ratifikation ſei an Milderung des Vertrages nicht zu denken. Goltz vollzog den Austauſch der Ratifikationen am 8. Oktober, dem im Vertrage feſtgeſtellten Termin; Alexander habe wiederholt und dringend dazu gerathen.

Was ſei anderes zu thun übrig geweſen, da Rußland abhängig von Frankreich, Deutſchland auf den Knieen vor Napoleon, und Oeſtreich durch Drohungen paralyſirt ſei? Die Aeußerungen Champagny's über Stein, den „furchtbaren Ausfall", welchen Napoleon ſelbſt gegen Stein gemacht habe, könne er nur mündlich berichten. An Stein ſelbſt ſchrieb Goltz ebenfalls, daß er ihm die Worte Napoleons nur mündlich mittheilen könne. Doch vertraut er dem Briefe, daß Napoleon geſagt: „Wie wagt es Stein, ſolche Geſinnungen ungeſtraft zu bekennen!" „Er erwartet die Maßnahmen des Königs in Bezug auf Sie, um ſein Verhalten gegen Preußen hiernach einzurichten." Die in Ausſicht geſtellte Milderung des Vertrages vom 8. September beſtand dann in einem angeblichen Nachlaß von 20 Millionen Franks an der Forderung von 140 Millionen. Sachſen hatte bereits Napoleon dieſe 20 Millionen für die Erlaubniß, preußiſches Eigenthum in Warſchau von mehr als dem fünffachen Werthe zu konfisciren, gezahlt. Alexander honorirte dieſe Milderung dann auch noch ſeinerſeits mit dem Verzichte auf einen Vorbehalt des Tilſiter Friedens zu Gunſten Preußens, nach welchem dieſem eine Vergrößerung zu Theil werden ſollte, falls Hanover mit dem Königreiche Weſtfalen vereinigt würde. Dem Könige von Preußen ſagte Alexander auf der Rückreiſe (er war vom 20. bis 24. Oktober in Königsberg), daß ſeine Bemühungen für Stein vergeblich geblieben ſeien; es ſei unumgänglich, eine politiſche Nothwendigkeit, Stein die erbetene Entlaſſung zu ertheilen.

Mit der Zuſammenkunft in Erfurt und dem neuen Vertrage, der dort am 12. Oktober 1808 gezeichnet worden war, hatte Alexander dem Kaiſer Napoleon aus einer bedrängten Lage geholfen. Für die Zuſtimmung Napoleons zur Erwerbung Finnlands und der Donaufürſtenthümer erkannte Alexander ſeinerſeits die Veränderungen an, die Napoleon ſeit dem Tilſiter Bündniß in Italien vorgenommen, und Joſeph Bonaparte als König von Spanien und Indien. Die Anerkennung des Beſitzes der Donaufürſtenthümer in Rußlands Hand, ſowie die Joſephs als Königs von Spanien waren als unerlaßliche Bedingungen des Friedens mit England feſtgeſtellt. War

dieſe Verpflichtung ernſtlich übernommen, ſo hatte damit auch Rußland einen endloſen Krieg gegen England vor ſich; denn daß England Alles daran ſetzen werde und müſſe, die Vereinigung der Kolonien und der Seemacht Spaniens mit der Frankreichs in Napoleons Hand zu hindern, unterlag keinem Zweifel. Noch wichtiger für den Augenblick war die Beſtimmung, daß, falls Oeſtreich Krieg gegen Frankreich beginnen ſollte, Rußland mit Frankreich gemeinſame Sache machen werde. Der Vertrag vom 8. September verpflichtete auch Preußen zur Hülfsleiſtung gegen Oeſtreich.

Befriedigt, eine gefährliche Konſtellation für ſeine Herrſchaft in Europa beſchworen zu haben, eilte Napoleon von Erfurt zu ſeiner bereit ſtehenden Armee am Ebro, nachdem er ſeinem Senat erklärt, daß er „den König von Spanien in Madrid krönen und ſeine Adler auf den Wällen von Liſſabon aufpflanzen werde.“ Die Rebellion ſollte zertreten, die Engländer ins Meer geworfen werden. Die ſpaniſchen Armeen wurden raſch genug bei Burgos (11. Novbr.), Eſpinoſa (13. Novbr.), Tudela (23. Novbr.) geſchlagen, der Weg nach Madrid erkämpft (4. Decbr.). Aber die Geſchlagenen ſammelten ſich von Neuem und die Gefangennahme der engliſchen Armee mißlang. Es war nach ihrer Einſchiffung zu Corunna (16. Januar 1809) keine Gelegenheit mehr zu glanzvollen Thaten in Spanien. Wodurch hätte Napoleon hier die Welt noch in Erſtaunen zu ſetzen vermocht? Die Aufgabe, durch mühevolle Märſche, unabſehbare Einzelkämpfe, ſchwierige Belagerungen dies renitente Volk vollends Provinz für Provinz, Stadt für Stadt zu unterwerfen, hatte keinen Reiz für ihn. Den vollen Nimbus ſeiner Kriegsgewaltigkeit glaubte er, nachden er das Waffenglück in Spanien wieder an ſeine Fahnen gefeſſelt, ſchneller und glänzender herſtellen zu können, wenn er ſich gegen Oeſtreich wendete, wenn er Oeſtreich für die Rüſtungen beſtrafte, die es ſich erlaubt hatte; denn nach Napoleons Völkerrecht durfte niemand rüſten, niemand gerüſtet ſein außer ihm ſelbſt. Als er die große Armee nach Spanien ſendete, hatte er zugleich mehr als 240,000 Rekruten in Frankreich ausgehoben. Die aus dieſen neuformirten Truppen bildeten in Verbindung mit den beiden Corps,

die er in Deutſchland gelaſſen, mit den zweien, die er aus Spanien zurückzog und den Rheinbundstruppen eine Armee von 324,000 Mann, mit den Kräften, die er in Italien hatte, eine Streitmacht von 424,000 Mann [1]). Mit dieſer Armee mußte Oeſtreich niedergeworfen und für immer unſchädlich gemacht werden können. Und hatte er nicht außer dieſer Armee Rußland auf ſeiner Seite? Wenn er nur den Schein der Aggreſſion auf Oeſtreich werfen konnte, wenn er den Ausbruch nur bis dahin verzögerte, daß Kaiſer Alexander den Krieg gegen die Pforte begonnen und dadurch vorerſt feſt an den Vertrag von Erfurt gebunden war. Noch von Valladolid aus erhielten die Rheinbundsfürſten Weiſung, ihre Kontingente mobil zu machen. Am 4. März 1809 ergingen die Marſchbefehle an die Rheinbundstruppen, „da es ſcheine, daß Oeſtreich marſchiren laſſe"; zugleich lud Napoleon Alexander ein, auch ſeine Truppen gegen Oeſtreich in Marſch zu ſetzen [2]).

Noch einmal hatte Alexander über die Geſchicke Europa's zu entſcheiden. Es lag ihm aufrichtig daran, daß der Krieg vermieden, daß er nicht genöthigt werde, ſelbſt zum Ruin Oeſtreichs zu helfen. Aber er vermochte nicht, den Entſchluß zu faſſen, der allein zu dieſem Ziele führen konnte, nämlich den, von ſeinem Bündniß mit Frankreich zurückzutreten. Der ſchwediſche Krieg, den Alexander im vorigen Frühjahr begonnen, dauerte noch fort; aber an der Donau beſtand jene faktiſche Waffenruhe, die hier, wie wir ſahen, im Auguſt 1807 eingetreten war. Ein Federzug befreite Alexander von allen Verpflichtungen, die er in Erfurt übernommen; er hatte einfach den Verzicht auf die Moldau und Wallachei auszuſprechen, dann gab es keinen neuen Krieg an der Donau, und Napoleon wußte, daß er nicht bloß Oeſtreich, ſondern auch Preußen und Rußland angreife, wenn

---

[1]) Corresp. de Napoléon 18, 445 seqq.; 8. April 1809. — [2]) Corresp. 18, 303 sqq. Die gewöhnliche Darſtellung, Napoleon habe aus Spanien zurückeilen müſſen, um dem Angriffe Oeſtreichs zuvorzukommen, der öſtreichiſche Krieg ſei ihm ſehr ungelegen gekommen, iſt aus inneren Gründen wie den Urkunden der Correspondance gegenüber völlig unhaltbar, und definitiv aufzugeben.

er den Degen zog. Die Moldau und Wallachei trug es auch im Frühjahr 1809 davon. Gleich nach der Rückkehr von Erfurt hatte Alexander Befehl ertheilt, die Feindseligkeiten gegen die Pforte wieder zu eröffnen. Es war bereits zu spät im Jahre. Aber in den ersten Apriltagen begann seine Armee an der Donau den Krieg mit dem Sturme auf Giurgewo. Alexander war an Napoleon gebunden. Wenige Tage darauf, am 9. April, überschritten die Armeen Oestreichs, um dem Angriffe Frankreichs zuvorzukommen, die Grenzen und brachen in Baiern, Italien und in das Herzogthum Warschau ein.

Von Preußen hatte Napoleon kaum etwas zu fürchten. Der Vertrag vom 8. September 1808 war die Fortdauer der Okkupation Preußens unter einer anderen Form, oder vielmehr die ernstliche und dauernde Festsetzung Frankreichs in Preußen. Behauptete Napoleon durch seine Besatzungen in Danzig, Thorn, Modlin und Warschau die Weichsel, gehörte ihm die Elblinie durch die französischen Garnisonen in Hamburg und Magdeburg, durch die sächsischen in Wittenberg, Torgau und Dresden, so hatte ihm jener Vertrag dazu die Oderlinie in die Hand gegeben. Die Weichsellinie und die Oderlinie in französischen Händen zerschnitten den Torso des preußischen Staates in drei Stücke und machten ihn kriegsunfähig. In Folge der Vereinigung des neuen Polens mit Sachsen hatte diesem eine Militärstraße über Glogau geöffnet werden müssen, darnach drei Handelsstraßen mit dem Rechte besonderer Zollbefreiungen zwischen Sachsen und Polen; der Septembervertrag zwang Preußen nun noch, nicht weniger als sieben Etappenstraßen zwischen Magdeburg und den Oderfestungen, zwischen diesen unter einander, zwischen Stettin, Küstrin und Danzig zuzugestehen. Damit war jede beliebige Bewegung der französischen Besatzungen, jeder weitere Einmarsch unter dem Vorwande der Ablösung oder des Durchmarsches nach Warschau und nach Danzig zulässig. In einem Marsche gelangten die sächsischen Truppen von ihrer Grenze an die Oderbrücken von Frankfurt, konnten die polnischen Truppen den Weichselübergang bei Graudenz durch Einschließung dieser Festung hemmen, konnte Napoleons Be-

ſatzung von Danzig den Uebergang bei Dirſchau verlegen; in zwei Märſchen erreichten die Sachſen Glogau und ſchnitten damit Schleſien ab; in drei Märſchen erreichten Franzoſen und Weſtfalen von Magdeburg aus Berlin. Während die preußiſche Armee nach dem Septembervertrage die Zahl von 42,000 Mann nicht überſchreiten durfte, hatte Napoleon 70,000 Mann franzöſiſcher Truppen zwiſchen Rhein und Elbe zurückgelaſſen, ſtanden ihm die Kontingente der Polen, Sachſen und Weſtfalen, die zuſammen auf 70 bis 80,000 Mann gebracht wurden, zur Verfügung [1]).

Faſt eben ſo ſchwer wog, daß Napoleon zugleich mit dem Septembervertrage den leitenden Miniſter Preußens entfernt hatte. Wie hätte er Stein im Amte laſſen ſollen, nachdem ihm die Tendenzen, die Stein verfolgte, durch deſſen eigene Briefe bekannt waren, in einem Moment, wo ihm, nach ſeinen Unfällen in Spanien, Alles darauf ankam, Oeſtreich und Preußen in Ruhe zu halten, zur Ruhe zu ſchrecken, bis er dort den Glanz ſeiner Waffen hergeſtellt hätte. Hatte er doch gleich nach Abſchluß des Pariſer Vertrages vom 15. Februar 1806 Hardenbergs Entfernung durchgeſetzt. Er hatte damals Haugwitz gegenüber kein Hehl daraus gemacht, daß er an der Spitze Preußens einen Mann des franzöſiſchen Syſtemes ſehen wolle; er hatte Hardenberg, eine vom engliſchen Gouvernement publicirte Note deſſelben benutzend, eine Note, die geſchrieben war, bevor man in Berlin den Abſchluß des Vertrages von Schönbrunn kannte, als einen von engliſchem Golde beſtochenen Hanoveraner, als den entehrteſten Mann Europa's denuncirt (21. März 1806). Bei der Verhandlung in Tilſit hatte er in dieſe nicht einzutreten erklärt, bevor Hardenberg 40 Lieues vom Hoflager des Königs entfernt ſei. Und er hätte Stein, gegen den er ganz andere Beweiſe in der Hand hatte, in einer für ihn viel bedenklicheren Lage im Amte laſſen ſollen? An dem Tage, an welchem Prinz Wilhelm in Paris unterzeichnete, nachdem ihm Steins Brief vom 15. Auguſt vorgelegt worden war,

---

[1]) Correspondance de Napoléon 23. Aug., 7. Sept., 10. Sept. und 4. Okt. 1808; 17, 464. 491. 495. 504. 558.

am 8. September, publizirte das Journal de l'Empire dieſen Brief „als ein Merkzeichen des Gedeihens und des Falles der Staaten.“ Wir ſahen, daß Napoleon die Zuſage der Entfernung Steins in den Vertrag ſelbſt aufgenommen wiſſen wollte; er war davon abgeſtanden, da dieſer Vertrag dem Könige ohnehin auflegte, alle Weſtfalen aus ſeinem Dienſte zu entlaſſen, und er Stein für einen Weſtfalen hielt. Am 10. September ſchrieb er dem damaligen Befehlshaber ſeiner Armee in Preußen, dem Marſchall Soult nach Stettin: „Sie ſehen in den Journalen, in welcher Weiſe man von dem Briefe des Herrn von Stein ſpricht. Ich habe verlangt, daß er aus dem Miniſterium gejagt werde; geſchieht dies nicht, ſo wird der König nicht in ſein Land zurückkehren. Des Weiteren habe ich ſeine Güter in Weſtfalen ſequeſtriren laſſen [1]).“ Trotzdem hielt der König Stein im Amte und nahm, wie wir ſahen, die Verwendung des Kaiſers Alexander in Anſpruch. Wie hätte ſich Napoleon bewegen laſſen ſollen, dieſen Mann am Ruder zu laſſen, während ſeine Armee noch in Preußen ſtand, ihn ſogar dann am Ruder zu laſſen, da er ſeine Armee aus Preußen zurückziehen mußte? Die Verwendung mußte vergeblich bleiben, ſelbſt wenn ſie eine ſehr ernſtliche geweſen wäre. Auch nachdem Alexander dies zuerſt Goltz noch in Erfurt mitgetheilt und dann auf der Rückkehr nach Petersburg dem Könige ſelbſt, zögerte dieſer, Stein die Entlaſſung zu geben. Hardenberg war erſtaunt, daß Stein nicht beſtimmter auf ſeinem Rücktritt beſtehe, da ſein Verbleiben im Amte in ſo kritiſcher Lage den Staat gefährde. Erſt vier Wochen nachdem Alexander Königsberg verlaſſen, gewährte der König Steins Rücktritt (24. November 1808).

Wenn Napoleon in Erfurt nicht weiter ging gegen Stein, ſo hatte dies ſeinen Grund darin, daß er dort, wie wir wiſſen, Urſache hatte, Alexander zu ſchonen und zu gewinnen, daß er demnach unangenehme Erörterungen vermeiden mußte, vor allem aber, daß die Ratifikation des Septembervertrages, die ohne Alexanders Einwirkung nicht ohne weiteres zu haben war, in ſeiner Hand ſein mußte. Daß

[1]) Corresp. de Napoléon 16, 503.

Napoleon es jedoch auch in Erfurt an Ausfällen gegen Stein nicht fehlen ließ, erfuhren wir schon. Er vergaß den Freiherrn in Spanien selbst am wenigsten; in dem Bülletin, welches er vier Wochen nach der Unterzeichnung des Erfurter Vertrages mit Rußland, am 13. November aus Burgos erließ, sagte er in Bezug auf die erste Niederlage der Spanier: das seien jene Streitkräfte, mit denen Frankreichs Adler zu bekämpfen Herr von Stein das erhabene Projekt hege. Am 16. December erfolgte von Madrid aus das Achts- und Konfiskationsdekret gegen Stein, das diesen für einen Feind Frankreichs und des Rheinbundes erklärte, seine Güter mit Beschlag belegte und ihn, wo er ergriffen werde, zur Haft zu bringen befahl. Die französischen Truppen hatten am 5. Dezember Berlin geräumt; nunmehr kam es darauf an, den Anhängern und Gesinnungsgenossen Steins in Preußen möglichst großen Schrecken einzuflößen. Es ist auffallend, wie sich dieser Reihe von Thatsachen, der bekannten Verfahrungsweise und dem Charakter Napoleons gegenüber die Tradition hat festsetzen und Glauben finden können, daß Steins Entfernung aus dem Amte wesentlich das Werk der preußischen Gegner seiner Reformen gewesen sei.

In Steins Amtsnachfolgern, dem Grafen Dohna und Altenstein, war in dem ersteren, obschon ihn Stein selbst dem Könige empfohlen, wohl der beste Wille, in dem zweiten wohl viel Einsicht und Geschick für besondere Verwaltungskreise, aber nichts von Steins Kraft, Geist und Leidenschaft; Preußen war mit Steins Entlassung auch in seiner Leitung entwaffnet. Nach den Erfolgen der Spanier und Angesichts der Rüstung Oestreichs im Juli und August 1808 hatte sich der König den Gedanken der Stein, Scharnhorst und Gneisenau nicht unzugänglich erwiesen, auf jede Gefahr die Waffen mit Oestreich zu erheben und alle Kräfte des Heeres und des Landes, der Truppen und der Insurrektion aufzubieten, die Unabhängigkeit wieder zu erkämpfen. Es war die Zeit, da die oben erwähnten Vorbereitungen getroffen wurden (S. 289). Darnach war Oestreich den Drohungen Napoleons, dem Einverständniß von Erfurt gewichen und hatte seine kriegerischen Absichten vertagt. Alexander hatte dem Könige bei der

Rückkehr von Erfurt zum Anschluß an das französische System gerathen; er lud ihn zum Winter nach Petersburg ein, um diesen Rath zu verstärken und einem Anschluß Preußens an Oestreich vorzubeugen. Wie konnte er anders, solange er selbst im Bündniß mit Napoleon war und dieses festzuhalten gedachte? Offen äußerte ihm der König in Petersburg seine Bedenken, nunmehr, nach der Räumung des Landes, seine Residenz wieder nach Berlin zu verlegen; er wies auf die Lage hin, in die er nach dem Septembervertrage in Berlin gerathen werde. Bei der Nähe der französischen und sächsischen an der Elbe und Oder garnisonirenden Truppen werde die Freiheit seiner Entschlüsse gefährdet, er werde dort nicht im Stande sein, sich dem Drucke Frankreichs zu entziehen. Alexander theilte diese Besorgnisse nicht. Friedrich Wilhelm gedachte gegen Napoleons Willen, gegen Alexanders und Steins Rath die weitere Entwickelung der Dinge zunächst in Königsberg zu erwarten [1]).

Als sich Napoleon vom Ebro gegen die Donau wendete, ließ er unter dem 24. Januar 1809 seinen Gesandten in Berlin, Herrn von Saint-Marsan, anweisen, wohl aufzupassen, daß in Preußen keine Truppenvermehrung statthabe; beständig habe er sein Augenmerk hierauf zu richten, er sei dafür verantwortlich. „Meine Absicht ist, eher den Krieg wieder zu beginnen, als eine Verletzung dieses wichtigen Artikels des Vertrages zuzugeben.“ Den Kaiser von Rußland versicherte er am 14. Februar 1809, daß er sich Preußen günstig zeigen werde, wenn es sich dem Rathe und den guten Lehren gemäß verhalte, die Alexander dem Könige und der Königin während ihres Aufenthalts (in Petersburg) ertheilt habe [2]). Sobald der Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Oestreich nicht mehr zweifelhaft war, bot man von Königsberg aus alle Mittel auf, den Kaiser Alexander der Sache Deutschlands und Europa's wiederzugewinnen. Man kannte den Vertrag von Erfurt in Königsberg nicht. Man glaubte hier, daß Alexander, nachdem alle Schritte, die er in Wien gethan, Kaiser Franz

---

[1]) S. die folgende Abhandlung und Friedrich Wilhelm an Alexander; kgl. Hausarchiv. — [2]) Corresp. de Napoléon 18, 237. 266.

zur Nachgiebigkeit zu bewegen, um dadurch den Krieg zu verhindern, ohne Erfolg geblieben, nachdem der Krieg unvermeidlich geworden, unmöglich die Wege, die ihm Napoleon gewieſen, weiter verfolgen, daß er ſelbſt zum Verderben Oeſtreichs beitragen könne. Alexander bezog ſich dieſen Anliegen gegenüber zunächſt auf die Verpflichtungen, die er gegen Frankreich übernommen, ohne dieſe jedoch näher zu präciſiren. Dann aber erfolgte in den erſten Tagen des April ſeinerſeits die Erklärung, daß Preußen auf Rußland nicht zählen dürfe, wenn es ſeine Verpflichtungen gegen Frankreich nicht erfülle. Wenn Rußland von Preußen verlangte, dieſer Verbindlichkeit gerecht zu werden, ſo war klar, daß Rußland mindeſtens dieſelben Verpflichtungen gegen Napoleon übernommen, daß es am Kriege gegen Oeſtreich Theil zu nehmen gedenke. Dieſe Erklärung wirkte in Königsberg „wie ein Donnerſchlag [1])." Durfte Preußen in ſeiner geknebelten Lage auf ſeine letzte Anlehnung, die an Rußland, verzichten und es darauf wagen, daß Alexander Oſtpreußen beſetzen ließ? Ging man trotzdem mit Oeſtreich, wer verbürgte, daß man in Wien zum Kriege auf Tod und Leben entſchloſſen war, daß nicht nach der erſten Niederlage, wie nach Auſterlitz, Waffenſtillſtand geſchloſſen, Preußen verlaſſen werde? War ferner irgend wirkſame Hülfe von England zu hoffen, oder war es zu tief in den ſpaniſchen Krieg verwickelt, um Streitkräfte nach Norddeutſchland werfen zu können? Nach den Erfahrungen von 1807 waren Truppen von England weder rechtzeitig noch in ausreichendem Maße zu erwarten. Aber Preußen brauchte ebenſo dringend Geld und Waffen und konnte dieſe nur von England erhalten. Man begann insgeheim in London und Wien zu verhandeln, die Kavallerie und die Artillerie auf den Kriegsfuß zu ſetzen und ſiſtirte die nach dem Vertrage vom 8. September fälligen Ratenzahlungen der Kontribution an Frankreich. Der leitende Miniſter Oeſtreichs, Graf Stadion, erleichterte Preußen den ſchweren Entſchluß nicht, den es zu faſſen hatte. Er erklärte den Abſchluß eines Vertrages für überflüſſig; Oeſtreich werde die Grundſätze nie aufgeben, mit welchen es

[1]) Schladen Tagebuch S. 345. Erwägungen des Königs April 1809.

in den Krieg trete. Das Ziel des Kampfes ſei für Oeſtreich und Preußen Wiederherſtellung; Oeſtreich kämpfe um ſeine Exiſtenz; nie werde es ohne Preußen Frieden ſchließen. Nicht viel ausſichtsvoller geſtaltete ſich die Unterhandlung mit England, welche die Landung eines engliſchen Corps an der Niederelbe und damit einen Stützpunkt für Preußen herbeiführen ſollte[1]). Dazu hatte nun der Krieg mit den ſchwerſten Unfällen für Oeſtreich an der Donau begonnen (19. bis 24. April), die Napoleon geſtatteten, am 13. Mai ſeinen Einzug in Wien zu halten. Der König ſuchte die Zuſage Alexanders, wenigſtens nicht Preußens Feind zu werden, wenn es ſich Oeſtreich anſchlöſſe, zu erlangen (12. Mai), und ließ Kaiſer Franz andeuten, daß er in den Krieg eintreten werde, ſobald ſeine Armee ſchlagfertig ſei (18. Mai), obſchon Alexander ihm erklärte, daß er auf ſeinem Syſteme beharre: Oeſtreich werde der König nicht retten, ſondern nur den eigenen Untergang entſcheiden, ihm aber jedes Mittel rauben, dieſen zu hindern (19. Mai). Graf Stadion hoffte, Preußen mit oder gegen ſeinen König fortreißen zu können. Erzherzog Ferdinand war gleich bei Eröffnung des Kampfes von Galizien aus in das Herzogthum Warſchau eingerückt und die Weichſel aufwärts vorgedrungen. Er war Ende April in Warſchau eingezogen und hatte am 18. Mai Thorn erreicht. Der weite Vormarſch war auf Preußen berechnet; man hoffte, Blücher und andere Befehlshaber gewinnen zu können, ſich mit ihren Truppen, nöthigenfalls ſelbſt gegen den Willen des Königs, dem Erzherzog anzuſchließen[2]). Schon hatte jedoch Rußland die Waffen für Napoleon ergriffen; eine ruſſiſche Armee unter dem Fürſten Galitzin rückte in das Herzogthum Warſchau ein; der Erzherzog mußte den Rückzug nach Krakau antreten, das er nach einem leichten Gefechte mit den Ruſſen am 15. Juni erreichte. Jene Andeutung des Königs erwiderte Stadion abſichtlich mit einer erkennbaren Miſſion. Ganz offen wurde Oberſt Steigenteſch nach Königsberg entſendet[3]), die Militär-

[1]) Ompteda Politiſcher Nachlaß 1, 429. 430. 433. — [2]) Valentini's Aufzeichnungen bei Häuſſer Deutſche Geſchichte 1, 380. — [3]) Weiſung an Schladen vom 21. Juni 1809.

konvention über den Operationsplan mit dem Könige abzuſchließen. Der König fragte den Bevollmächtigten Stadions, ob er ihn als einen Emiſſär zur Verführung ſeiner Truppen oder als einen Abgeſandten, der unter dem Schutze des Völkerrechtes ſtehe, anzuſehen habe. Trotzdem ſprach er ſich mit Offenheit und Vertrauen gegen Steigenteſch aus: „Ich hoffe, zu kommen und ich hoffe ſogar, nicht allein zu kommen.“ Aber der König ſollte ſofort in den Krieg. Auf der Rückreiſe über Berlin theilte Steigenteſch hier dem Geſandten Jerôme's, Baron Linden, abſichtlich die vertraulichen Aeußerungen des Königs und der Königin mit; ſie ſollten zur Kunde Napoleons gelangen und dem Könige nach ſolcher Kompromittirung keine Wahl bleiben. Wie beabſichtigt, trug Herr von Linden dieſe Geheimniſſe von höchſter Wichtigkeit ſofort dem Grafen St. Marſan zu. Sein Bericht vom 26. Juni ſchloß: „Nach meiner Ueberzeugung iſt der Krieg mit Preußen unvermeidlich, wenn Rußland ſich von Frankreich trennt oder die Oeſtreicher eine Schlacht gewinnen [1]).“ Steigenteſch hat ſchwerlich ohne Auftrag gehandelt; hatte Stadion doch auch Ende September 1806 Haugwitz' Eröffnung, daß der König ſich bei ſeiner Ehre verpflichte, dem nunmehr offen ergriffenen Syſtem gegen Frankreich treu zu bleiben, nach Paris mitgetheilt.

Der Hoffnung, welche der König angedeutet hatte, traten ſchwere Ereigniſſe entgegen. Die Schlacht von Wagram (6. Juli), der Rückzug des Erzherzogs Karl nach Mähren, der Waffenſtillſtand, den dieſer am 12. Juli mit Napoleon zu Znaym abſchloß, die völlig verkehrte und ſelbſtiſche, d. h. nur das nächſte und ausſchließliche Intereſſe Englands verfolgende Richtung, welche das engliſche Kabinet der endlich bereiten Landungsarmee gab, zu deren Ausrüſtung daſſelbe vier volle Monate gebraucht hatte, ſchienen jede Ausſicht abzuſchneiden. Dennoch votirte das preußiſche Miniſterium für den Eintritt in den Krieg [2]), der König, vom Abſchluß des Stillſtands benachrichtigt, ſendete den Major Kneſebeck in das öſtreichiſche Hauptquartier zu Dotis, um

---

[1]) Correspondance inédite de Napoléon 7, 395 sqq. Lefèbvre hist. des cabinets 4, 424. Lebensbilder 2, 264. 3, 265. — [2]) Geh. St.-Archiv.

Gewißheit zu erlangen, ob Oeſtreich ernſtlich gewillt ſei, den Kampf wiederaufzunehmen, und ſchrieb in der Ueberzeugung, daß Alexander nach der Wendung, die der Krieg nunmehr genommen, ſich von Frankreich trennen müſſe, dieſem am 24. Juli: Oeſtreich habe wahrſcheinlich nur Waffenſtillſtand geſchloſſen, um den übrigen Mächten Zeit zu geben, ſich zu erklären. Gelänge es Napoleon, Oeſtreich durch einen nachtheiligen Frieden in Abhängigkeit zu bringen, ſo ſei auch die Vernichtung Preußens unvermeidlich. Die Vorwände würden dem Kaiſer der Franzoſen nicht fehlen. „Es iſt im Hinblick auf die Schwäche der Streitkräfte, über welche ich im Augenblick verfüge, und die beſtändigen Unfälle, welche Oeſtreich erlitten hat, wenig wahrſcheinlich, daß ich dieſem traurigen Looſe entgehe, wenn ich mich allein den Anſtrengungen Oeſtreichs anſchließe. Es wäre der Entſchluß der Verzweiflung, der ſicherlich nur im äußerſten Falle gefaßt werden darf, wenn freilich mir dann Zeit dazu bleibt. Aber wie anders würde die Lage ſein, wenn Sie, Sire, es im Intereſſe Ihres Reiches erachteten, auf Ihr gegenwärtiges Syſtem zu verzichten, und Sich gegen Frankreich erklärten! Nicht bloß die Kräfte Oeſtreichs würden dadurch in doppelter Beziehung bedeutend verſtärkt, auch ich würde in dieſem Falle nicht mehr durch dieſes feindliche Polen, deſſen unbequeme Nachbarſchaft meinen Rücken bedroht, welches allein durch dieſen Entſchluß Eurer Majeſtät gezwungen ſein würde, ſich ruhig zu verhalten, gehindert ſein, meine Kräfte im Norden Deutſchlands frei zu entfalten, wo mir mächtige Verſtärkungen um ſo gewiſſer ſein würden, als alle Geiſter eine Wendung dieſer Art erhoffen und eifrig herbeiwünſchen. Die Ausdauer, welche Oeſtreich in dem Kampfe, in dem es allein ſteht, bisher gezeigt hat, gewährleiſtet noch größere Beharrlichkeit, wenn es unterſtützt wird. Es ſcheint mir endlich, daß, wenn Rußland, Oeſtreich und Preußen feſt entſchloſſen ſind, in ihren Anſtrengungen fortzufahren, ſie mit den Unterſtützungen, welche England und Spanien in Ausſicht ſtellen, ſchließlich dahin gelangen müſſen, Napoleon, ſelbſt wenn das Waffenglück ihm bis zum Ende treu bliebe, zu einem Frieden zu nöthigen, welcher Deutſchlands Freiheit ſicherte. Dann würde auch Eure Majeſtät

auf die intakte Bewahrung Ihrer jüngſten Erwerbungen mit viel größerer Sicherheit rechnen können, als wenn dieſe von der Zuſtimmung des ſiegreichen und dem ganzen Ueberreſt Europa's das Geſetz vorſchreibenden Frankreichs abhängig iſt. Wenn dieſe Erwägungen einer reiflichen Prüfung werth erſcheinen, ſo würde der Major Schöler die Ehre haben können, Eurer Majeſtät alle erforderlichen Nachweiſungen ſowohl über die effektive Stärke der gegenwärtigen Streitkraft Preußens, als über alles, was hierauf Bezug hat, vorzulegen." Das Schreiben des Königs blieb unbeantwortet und alle Anſtrengungen, die der Geſandte des Königs in Petersburg, Schladen, machte, dieſen Erwägungen Eingang und Beachtung zu ſchaffen, waren vergebens. Noch am 22. September überreichte er eine Denkſchrift, die unumwunden die Gefahren hervorhob, welche die Fortdauer des Bündniſſes mit Frankreich für Rußland herbeiführen werde [1]).

Die Berichte Kneſebecks aus Dotis lauteten ebenfalls nicht ermuthigend. Die Meinungen der Umgebung des Kaiſers waren ſichtbar getheilt; die einen für, die anderen gegen die Fortſetzung des Krieges. An Kräften dazu fehlte es in keiner Weiſe: Wagram war eine verlorene Schlacht, aber keine Niederlage; das Selbſtgefühl der Armee war durch den Tag von Aspern gehoben, durch den von Wagram nicht geſunken. Aber es war doch ein ſehr übles Zeichen, daß der Waffenſtillſtand Tirol völlig preisgab, und jene Verſicherungen Stadions, den Krieg bis zum Aeußerſten zu führen, war man offenbar nicht mehr geneigt feſtzuhalten; er ſelbſt ſchien erſchüttert und gebeugt. Wohl ſagte der Kaiſer Franz dem Major Kneſebeck: „wenn's nach mir geht, wird wieder geſchoſſen;" aber die ſtarke Gegenſtrömung entging ihm nicht, und Kneſebeck that ſehr wohl, zurückzuhalten, und das letzte Wort, zu dem er eventuell bevollmächtigt war, nicht zu ſprechen. Die Wahrheit war, daß die Lenker Oeſtreichs ſowohl den Ausgang des Feldzuges in Spanien als den Erfolg der großen engliſchen Expedition zu erwarten gemeint waren. Dieſe war, 40 Linienſchiffe, 30 Fregatten ſtark, mit 700 bis 800 Transportſchiffen, die 40,000

[1]) Schladen Tagebuch S. 360 ff.

Mann an Bord hatten, endlich in den letzten Tagen des Juli bei Walcheren vor Anker gegangen und hatte die Truppen ausgeschifft. Ende Mai nach der Schlacht bei Aspern an der Niederelbe gelandet, hätten 40,000 Engländer Preußens Entschluß frei gemacht und Hanover sowie Kurhessen unter die Waffen zu bringen, das Königreich Westfalen umzustürzen und ganz Norddeutschland fortzureißen vermocht. Statt dessen landeten sie Ende Juli auf Walcheren, um Antwerpen zu nehmen. Ende August war das Unternehmen kläglich gescheitert. Auch der Feldzug in Spanien zwang Napoleon nicht, seine Armee an der Donau zu schwächen, um seine Truppen in Spanien zu verstärken. Wohl hatte hier Sir Arthur Wellesley, dem das Ministerium endlich den Befehl auf der Halbinsel wieder übergeben, in Portugal den Marschall Soult zwar nicht wie im Sommer 1808 den General Junot zur Kapitulation gezwungen, aber doch zu verlustvollem Rückzuge genöthigt. Er war nach Spanien vorgedrungen, er hatte die Angriffe des Marschall Viktor bei Talavera am 27. und 28. Juli siegreich zurückgeschlagen; aber eine Bewegung Soults gegen seine linke Flanke nöthigte ihn zum Rückzuge nach Portugal, und die spanische Armee des Venegas war von Sebastiani in der Nähe von Toledo bei Almonacid total geschlagen worden (11. August). In Kenntniß des Scheiterns der Engländer auf Walcheren und solchen Ausganges des spanischen Feldzuges sandte Kaiser Franz acht Wochen nach dem Abschluß des Waffenstillstandes seinen Adjutanten, General Bubna, direkt an Napoleon: er hoffe, auf diesem Wege schneller zum Ziele zu gelangen, als durch die Verhandlungen der Diplomaten, die allerdings bis dahin absichtlich in die Länge gezogen worden waren. In seiner Erwiderung erklärte Napoleon, daß er sich mit einer Cession von 1,600,000 Seelen am Inn und in Italien und mindestens der Hälfte von Galizien für den König von Sachsen und den Kaiser von Rußland begnügen wolle (15. September). Am 14. Oktober war der Friede von Wien geschlossen. Er schob Baiern nach Salzburg und Berchtesgaden vor und in Oberöstreich hinein, gab Napoleon Görz, Triest, Krain und einen Theil Kärntens zur Herstellung voller Verbindung Italiens mit

Dalmatien; Napoleon wollte im Stande ſein, aus wirkſamer Nähe auf die Pforte und ihren Krieg mit Rußland einwirken zu können, er ſprach dies offen bei der Verhandlung aus. Weſtgalizien fiel mit Krakau und den übrigen Erwerbungen Oeſtreichs aus der dritten polniſchen Theilung an das Herzogthum Warſchau, von den Erwerbungen der erſten Theilung Oſtgalizien, d. h. der Bezirk Tarnopol (400,000 Einwohner), an Rußland. Es war ein Verluſt von 2000 Quadratmeilen, von 1½ Millionen Menſchen in Deutſchland und Italien, von über 2 Millionen in Polen. Außerdem verpflichtete ſich Oeſtreich zum Anſchluß an das Kontinentalſyſtem, zur Zahlung einer Kontribution von 85 Millionen Franks und mußte verſprechen, ſeine Armee auf die Hälfte, d. h. auf 150,000 Mann, zu reduciren und über dieſe Zahl nicht zu erhöhen.

Mit dem Abſchluß dieſes Friedens war die Zeit für Napoleon gekommen, für die Unruhe abzurechnen, die ihm der „Brigand" Schill und das Verhalten Preußens während des Krieges verurſacht hatten. Wir wiſſen, wie gut er von allem unterrichtet war, was in Königsberg geplant und geſprochen war. Das Verhalten Alexanders gab König Friedrich Wilhelm kaum Ausſicht und Hoffnung, gegen Napoleons Rachegedanken eine Anlehnung und Stütze an Rußland zu finden. Auf jenes Schreiben des Königs an Alexander vom 24. Juli erfolgte eine Antwort erſt nach dem Friedensſchluß, in welcher Alexander ſagte, daß er in Folge des Verhaltens, welches der König während des eben beendeten Krieges zu beobachten für angemeſſen erachtet habe, allerdings Verlegenheiten für ihn von Seiten Frankreichs vorausſehe. Er werde alle Anſtrengung aufbieten, dieſe zu mindern und auszugleichen; aber er habe nur dann Hoffnung, hierin Erfolge zu erreichen, wenn der König ihn durch ſeine Haltung Frankreich gegenüber unterſtütze. „Nur durch Sorgfalt, Ausdauer und beſonders durch Unveränderlichkeit in dem angenommenen Syſtem könne man ſich ſchmeicheln zum Ziele zu gelangen."

So wenig troſtreich lauteten die Rathſchläge aus Petersburg. Man mußte ſich hiernach auf das Schlimmſte von Paris her gefaßt

halten. Die Stimmung dort zu beſchwichtigen und zugleich einigen Aufſchluß über die Intentionen Napoleons zu gewinnen, ſchickte der König ſeinen Adjutanten, Oberſten Kruſemark, nach Paris, dem Kaiſer die unvermeidlichen Glückwünſche zum Abſchluß des Friedens zu überbringen. Napoleon empfing Kruſemark am 5. November. „Es war eine ſonderbare Idee", ſagte ihm Napoleon, „in Mitten einer allgemeinen Erregung Uebungslager zu bilden. Man konnte nichts Beſſeres thun, ſie zu ſteigern. In ungeſchickteſter Weiſe habt Ihr Eure Zahlungen eingeſtellt. Ihr wolltet mir den Krieg machen. Für das Ueble, das Ihr mir nicht gethan, bin ich Euch keinen Dank ſchuldig. Es iſt nicht Euer Verdienſt. Es wäre der Gipfel des Wahnſinnes geweſen, die Ruſſen im Rücken, mir den Krieg zu machen. Nicht Jena iſt Eure Schande; das Glück des Krieges iſt wandelbar. Vielleicht werdet Ihr mich auch einmal ſchlagen. Aber ein Dieb, ein Brigand deſertirt mit ſeiner Truppe. Andere Abtheilungen folgen ihm. Man ſetzt ihm nicht nach, man überläßt das den Dänen. Hier in Frankreich hat die Kanaille die Revolution gemacht, bei Euch hätte es die Armee gethan. Ich habe ſiebzehn dieſer Brigands erſchießen laſſen. Der König muß das auch thun, ſtatt die Entkommenen in Schutz zu nehmen oder zum Schein auf die Feſtungen zu ſchicken. Er iſt mir dieſe Satisfaktion ſchuldig. Warum iſt Leſtocq Kommandant von Berlin, warum nicht Graf Kalkreuth? Ich habe das Hülfscorps gegen Oeſtreich nicht gefordert; der König hätte es mir unaufgefordert ſchicken ſollen, wenn er ſeine Anhänglichkeit an mein Syſtem beweiſen wollte. Das wäre ein loyales Verfahren geweſen. Brockhauſen iſt ein abſcheulicher Menſch, der mit der ſchlechteſten Geſellſchaft verkehrt; er iſt nicht der Miniſter des Königs, er iſt der Miniſter Schills. Ich verlange, daß Preußen alsbald zahlt, was es mir ſchuldet. Iſt das nöthige Geld nicht vorhanden, ſo kann der König in Domänen und in Land zahlen, und wenn der König nicht nach Berlin gehen will, ſo gehe ich nach Berlin." Am folgenden Tage ſchrieb Napoleon dem Könige, daß er dem Oberſten Kruſemark die Beſchwerden auseinandergeſetzt, die er über das Verhalten mehrerer preußiſcher Corps und über andere

Dinge zu führen habe: „Reſultate der Desorganiſation, in welcher ſich die preußiſche Monarchie befinde.“ St. Marſan wies er am 13. Dezember an, die ernſtlichſten Schritte zu thun, um die Zahlungen herbeizuführen: wenn man in Preußen Geld habe, Truppen zuſammenzuziehen und 10 bis 12,000 Pferde auszuheben, ſo könne man auch zahlen. Der Kaiſer wolle ſeine Armee über den Rhein zurückziehen; er werde genöthigt ſein, ſie nach Magdeburg marſchiren zu laſſen. Am 8. Januar 1810 fragte er Kruſemark, warum Brockhauſen noch nicht abgerufen ſei, warum der König ſeine Armee nicht bis auf 6000 Mann entlaſſe und mit dieſer Erſparniß zahle: „la partie militaire est hors de saison en Prusse,“ fügte er hinzu. Wenn der König nicht zahlen könne, möge er eine Provinz abtreten. „Ich werde einen Termin ſtellen. Thut Preußen bis dahin weder das eine noch das andere, ſo laſſe ich meine Truppen wieder einrücken und ergreife von neuem Beſitz. Ich werde mich bezahlt zu machen wiſſen[1]).“ Darauf folgte die Weiſung an St. Marſan: zu erklären, daß 50,000 Mann nach Magdeburg dirigirt ſeien, welche nach Frankreich zurückkehren würden, wenn Preußen zahle (29. Januar 1810); wenige Tage ſpäter erhielt St. Marſan den Befehl, in feierlicher Form eine Note zu übergeben, welche hervorhebe, daß Preußen ſeit Beginn des öſtreichiſchen Krieges nichts und nach dem Frieden höchſtens eine Million bezahlt habe. Der Kaiſer wolle nicht unterſuchen, welche Vortheile man von den Ereigniſſen erwartet habe; aber die Zeit ſei gekommen, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Es ſei dies freilich unmöglich, wenn man eine Armee unterhalte, Lager bilde und eine zahlreiche Kavallerie verpflege. Maßnahmen dieſer Art zeigten, daß man nicht zahlen wolle. Der Kaiſer ſei nicht in der Lage, ein iſolirtes Corps an der Oder ſtehen zu laſſen, er müſſe daſſelbe durch 60,000 Mann bei Magdeburg unterſtützen. Vom 1. Januar ab müßten monatlich vier Millionen gezahlt werden, und

---

[1]) Geh. St.-Archiv. Corresp. Napol. 20, 18. 20. 60. 148. Bignon führt noch ein bezügliches Schreiben vom 9. Jan. 1810 an (9, 179), das ſich jedoch in der Correspondance nicht findet; vielleicht iſt das vom 29. Januar gemeint.

im nächſten Jahre der geſammte Reſt der Kontribution gedeckt ſein oder aber zur Entſchädigung Frankreichs Glogau und ein Theil Schleſiens abgetreten werden. Zugleich ſollte St. Marſan erklären, daß die Marſchordres ertheilt ſeien und daß der Kaiſer, wenn nöthig, die erforderlichen Mittel ergreifen werde, um weitere Verletzungen des Vertrages auf dem Wege des Zwanges zu hindern [1]). In einer nachträglichen Weiſung (12. Februar) wurde St. Marſan bedeutet, Glogau und Schleſien nicht zu nennen, ſondern einfach zu ſagen, wenn Preußen nicht zahlen könne, müſſe es eine Provinz abtreten. Kruſemark ſolle eröffnet werden: „daß ſich Alles ereignen könne, nur nicht, daß ſich der Kaiſer zum Spielball einiger Intriganten hergebe [2])." Demgemäß ſetzte Champagny Kruſemark am 15. Februar auseinander, daß Preußen ſich der ſteten Qual einer untilgbaren Schuld und einer unmöglichen Lage entziehen müſſe und, wenn es, wie er ſelbſt glaube, nicht zahlen könne, eine Abtretung „du coté de la Silésie" anbieten möge. In ſeinem Bericht über dieſe Unterredung hob Kruſemark hervor, daß die doppelte Forderung der Entwaffnung und der Abtretung vorliege, daß dieſe Forderungen möglicher Weiſe bereits in der Vorausſetzung eines Bruches mit Rußland geſtellt ſeien, da der Kaiſer überzeugt ſei, daß Preußen in dieſem Falle mit Rußland gehen werde. Er könne jede Abtretung nur widerrathen, ſie werde Preußen nicht retten, ſondern ſicherer und früher verderben. Weiter meldete er dann, daß Truppen nach Norddeutſchland und Magdeburg in Bewegung ſeien, daß dem däniſchen Geſandten in Paris mitgetheilt worden, dieſelben ſeien gegen Preußen beſtimmt, daß der Kaiſer Napoleon am 7. März der Fürſtin Thurn und Taxis geſagt habe: „Wenn der König von Preußen nicht zahlt, ſo muß er mir Schleſien abtreten [3])." Napoleon hatte in der That nach der Unterzeichnung des Friedens von Schönbrunn faſt die Hälfte der Franzoſen ſeiner Armee von der Donau nach Norddeutſchland dirigirt; unter Davouſts Kommando, der ſein

---

[1]) Corresp. Napol. 20, 181. 182. — [2]) Corresp. Napol. 20, 303. — [3]) Geheimes Staats-Archiv. Hiernach ſind die Angaben bei Pertz Gneiſenau 1, 592. 593. zu berichtigen.

Quartier in Hamburg nahm, ſollten ſie die Küſten beſetzen und die Sperre gegen England ſtreng durchführen.

Das Ungeſchick der Nachfolger Steins in der Leitung Preußens hatte den Staat an dieſen Abgrund geführt. Eine verkehrtere Maßregel war kaum denkbar, als mit dem Beginn des öſtreichiſchen Krieges die Zahlungen zu ſuspendiren. Erſt mit dem Augenblick der eigenen Kriegserklärung hätten dieſe Zahlungen aufhören dürfen. Nun hatte man ſelbſt Napoleon in das Recht, ſich aber ins Unrecht geſetzt. Nachdem Stein in der ausſichtsloſeſten, bedrängteſten Lage, unter den Augen der Okkupations-Armee die kühnſten Wege der Reform beſchritten, die Grundlagen zu einer Geſetzgebung gelegt hatte, welche darauf abzielte, das wirthſchaftliche Leben zu befreien, das Pflichtgefühl für die Aufgaben des Staates immer weiteren Kreiſen des Volkes einzupflanzen, den Staat durch die Mitarbeit des Volkes zu erneuern, ließen dieſe ſeine Nachfolger in unvergleichlich freierer Lage nicht nur die Geſetzgebung ſtocken, auch die Reorganiſation der Verwaltung blieb unvollendet, und die Finanzen geriethen in immer tiefere Verwirrung. Selbſt jetzt vermochte Altenſtein den drängenden Forderungen Napoleons, die offenbar die Exiſtenz des Staates in Frage ſtellten, nicht zu genügen. Und doch waren ſtatt der 68 Millionen Franks, die bis zum 8. März 1810 nach den Konventionen vom 8. Septbr. und 5. Novbr. 1808 gezahlt ſein ſollten, bis zum 1. Jan. 1810 nur 23½ Millionen abgetragen, während durch den Zins der nicht bezahlten Raten der Geſammtbetrag der Kontribution von 120 auf 127 Millionen Franks geſtiegen war. Im Januar 1810 hatte Altenſtein 1½ Million Franks abgeführt; im Februar wurden mittelſt eines Anlehens durch freiwillige Anerbietungen von 1½ Million Thalern[1]), auf welches gegen 1,400,000 Thaler eingezahlt wurden, noch 5 Millionen Franks abgetragen. Man hoffte mit dieſer Zahlung, mit dem Hinweis auf Forderungen, welche Preußen gegen Oſtfriesland und andere abgetretene Gebiete zuſtanden, durch die Erſetzung Brockhauſens durch Kruſemark in Paris, durch die

[1]) Edict vom 12. Febr. 1810. Baſſewitz Kurmark 1809 und 1810 S. 397.

Zuſage, daß auch der Graf Finkenſtein aus Wien (einige ſeiner Berichte während des Krieges, welche den Eintritt Preußens in denſelben dringend anriethen, waren den Franzoſen in die Hände gefallen) abberufen und General Scharnhorſt das Kriegsminiſterium aufgeben werde, durch halbe Maßregeln und ſchwächliche Mittel, endlich durch die Reſidenz des Königs in Berlin (dieſe Verlegung hatte jetzt freilich erfolgen müſſen; 23. Decbr. 1809) den Zorn Napoleons zu beſchwichtigen. Als nun aber jene Berichte Kruſemarks und jene Note, welche St. Marſan am 7. März in Berlin übergab, zeigten, daß dies weder gelungen ſei noch gelingen werde, hielt das Miniſterium wiederholte Berathung und faßte deren Ergebniß am 12. März in einem Vortrage an den König zuſammen. Das Miniſterium habe bereits in ſeinem letzten Berichte den Grundſatz aufgeſtellt und vertreten, daß die Exiſtenz Preußens nur durch die engſte Verbindung mit Frankreich geſichert werden könne und für dieſen Zweck jedes Opfer gerechtfertigt ſei. Der Kaiſer Napoleon beſtehe in Anſehung der Kontribution auf ſtrenger Erfüllung der Traktate. Dieſe ſei, zumal bei der durch die Konjunkturen mißlich gewordenen holländiſchen Anleihe, ſchlechterdings unmöglich. Daß Preußen das Verlangte in der Art, wie es verlangt werde, nicht zu leiſten vermöge, könne dem franzöſiſchen Hofe ſelbſt nicht unbekannt ſein. Wahrſcheinlich ſei deſſen geheime Abſicht längſt darauf gerichtet geweſen, den König zu dem Anerbieten einer Territorialceſſion als letztem Auskunftsmittel zu bewegen. Wenigſtens ſei nach den Aeußerungen Champagny's an Kruſemark außer Zweifel, daß jetzt dieſe Abſicht obwalte. Indeſſen bleibe doch die Möglichkeit des Gegentheils, und komme auf ſichere Erforſchung dieſes Punktes Alles an. Preußen habe weder durch ſich ſelbſt noch durch ſeine politiſchen Verbindungen die Macht, jene Abſicht, falls ſie, wie die Miniſter beſorgten, wirklich vorhanden ſei, zu vereiteln. „Denn Rußland, ſein einziger Alliirter, wird es gegen Frankreich, welches den Schein des Rechtes für ſich hat, nicht in Schutz nehmen *wollen* und würde es nach unſerem Dafürhalten auch gar nicht *können*. Ein Zerfallen der beiden Mächte wäre unter den gegenwärtigen Umſtänden für uns das größte Unglück. Iſt nun aber einmal einer

Loskaufung Preußens durch eine Territorialceſſion auf keine Weiſe auszuweichen, ſo ſcheint es uns von höchſter Wichtigkeit: Alles aufzubieten, damit der Werth derſelben den Betrag unſerer Schuld möglichſt wenig überſchreite; wir ſagen möglichſt wenig, weil, ſo wie die Dinge ſich zu geſtalten drohen, bedeutender Nachtheil wohl auf jeden Fall unabwendbar ſein dürfte; ſie dazu zu benutzen, die engſte Verbindung mit Frankreich zu begründen und ein völlig reines Verhältniß Preußens nicht nur mit dieſem Kaiſerſtaate, ſondern auch mit ſeinen Verbündeten, namentlich mit Sachſen und dem Großherzogthum Warſchau, wiederherzuſtellen. Unter dieſer Bedingung wäre eine Territorialceſſion, ſowenig wir auch ſonſt dazu rathen könnten, allerdings ſehr zu verantworten." Schleſien war nicht genannt; nur zu gut wußten die Miniſter, daß es ſich um Schleſien handele.

Der Gründe und der Weiſe iſt oben gedacht worden, aus welchen und in welcher Napoleon Hardenberg im Frühjahr 1806 aus dem auswärtigen Amte entfernte, wie er ihn dann wiederum von der Friedensverhandlung zu Tilſit ausſchloß; er gefiel ſich darin, zu wiederholen, daß Prinz Ludwig Ferdinand, die Königin und Hardenberg die Schuld des Krieges von 1806 trügen. So hatte es Hardenberg für ſeine Pflicht gehalten, nach der Rückkehr des Königs nach Berlin ſein in der Nähe belegenes Gut Tempelberg zu verlaſſen und ſich auf ein Landgut ſeiner Familie bei Grohnde zurückzuziehen. Als der König den Bericht des Staatsminiſteriums vom 12. März am 14. März erhielt, fertigte er noch an demſelben Tage einen Kurier an Hardenberg mit der Weiſung an dieſen ab, nach Berlin zu kommen. Die Königin fügte einige Zeilen hinzu: er möge ſeine Ankunft möglichſt beſchleunigen. Hardenberg kam. Nachdem er ſich von dem Stande der Finanzen unterrichtet und gefunden hatte, daß die Paſſiva des Staates 86 Millionen Thlr., die Aktiva 122 Millionen Thlr. betrugen [1]), erklärte er ſich bereit, die Leitung der Geſchäfte zu übernehmen, wenn die Lage Preußens Frankreich gegenüber durch ſeinen Wiedereintritt nicht erſchwert werde, wenn die Miniſter Altenſtein

[1]) Denkſchrift vom 28. Mai 1810; geheimes Staatsarchiv.

und Beyme ſowie der Vice-Generalpoſtmeiſter Nagler entlaſſen würden, wenn ihm die Beaufſichtigung ſämmtlicher Miniſterien übertragen werde, um die nöthige Einheit und Uebereinſtimmung der Verwaltung herzuſtellen und aufrechtzuhalten. Der König war einverſtanden. Aber es handelte ſich in letzter Inſtanz um die Genehmigung Napoleons. St. Marſan erhielt auf ſeine Anfrage in Paris, ob Hardenbergs Rücktritt in die Geſchäfte zuzulaſſen ſei, unter dem 16. Mai 1810 zur Antwort: daß er zuſtimmen könne, wenn er glaube, daß Hardenberg den Intereſſen des Kaiſers nützlich ſei. Er ſolle ihm ſagen: Preußen habe während des Krieges bewaffnete Lager gebildet und ſchlechte Dispoſitionen gezeigt. Es habe nach Rußland geſehen und Alles gethan, um Unruhen in Deutſchland zu fördern. Sein Benehmen ſei feindlich geweſen, und ein Theil ſeiner Truppen habe die Waffen gegen den Kaiſer erhoben. Die Albernheit habe man ſoweit getrieben, zu behaupten, daß jene Lager das Kontingent bilden ſollten, welches Preußen zur Armee des Kaiſers zu ſtellen habe. Daher die Verachtung, die der Kaiſer gegen das ſchwankende Benehmen Preußens an den Tag gelegt. Gewiß habe er Großmuth geübt, indem er Preußen beſtehen ließ und es unter den gegenwärtigen Umſtänden nicht angreife. Wolle Preußen ſeinen Kredit wiederherſtellen, ſo dürfe es nicht zwiſchen zwei Waſſern ſchwimmen, ſondern müſſe feſt und gerade einherſchreiten. Die Kontributionen müßten gezahlt werden. Die Mittel ſeien vorhanden, da man ſo viel Geld auf eine Armee verwende, die unnütz ſei [1]). Der Geſandte milderte dieſe Weiſung in der Mittheilung, die er in Berlin machte, fügte aber hinzu, daß er den ihm von dem Grafen Goltz als bevorſtehend angezeigten Rücktritt Finkenſteins und Scharnhorſts ſogleich nach Paris gemeldet habe; da dieſer inzwiſchen nicht erfolgt ſei, müſſe er bemerklich machen, daß es im Intereſſe des guten Vernehmens mit Frankreich angemeſſen erſcheine, deren Rücktritt gegenwärtig ſtattfinden zu laſſen.

Hardenbergs Eintritt in die Geſchäfte bewahrte den Staat vor einem Schritte, welcher die Kapitulationen von Magdeburg, Küſtrin

[1]) Corresp. Napol. 20, 359. 360.

und Stettin übertroffen haben würde, vor dem Anerbieten der Selbſtvernichtung. Folgte der König dem Rathe des Berichtes vom 12. März, trat er „Glogau und einen Theil Schleſiens“, d. h. Schleſien ſüdwärts von Glogau, alſo ganz Schleſien, den Kreis Grünberg etwa ausgenommen, ab, ſo wäre die weitere Halbirung Preußens, welche Napoleon zu Tilſit, dann in jenen Verhandlungen mit Rußland über die Donaufürſtenthümer verlangt hatte, vollzogen worden, Sachſen und das eben im Wiener Frieden um faſt zwei Millionen Seelen vergrößerte Herzogthum Warſchau wären in Territorialverbindung, der König von Sachſen in den Beſitz eines wohl arrondirten Länderkomplexes von über 5000 Q.-Meilen und gegen acht Millionen Menſchen gekommen. Es wäre durch Preußen ſelbſt erreicht worden, was Napoleon für Jerôme zu Tilſit gefordert hatte; Preußen ſelbſt hätte Sachſen an ſeine Stelle geſetzt und Frankreich das Gebiet ſeiner Herrſchaft vom Rhein ununterbrochen bis an die Grenze Rußlands, bis an den Bug vorgeſchoben. Die Schmach wäre um ſo größer geweſen, als Napoleon nur einen Verſuch machte, ob Preußen durch Drohungen bewogen werden könne, jenes Projekt von Tilſit und zwar in der Weiſe zu realiſiren, daß er dieſe Abtretung nicht ſowohl forderte als daß ſie ihm entgegengetragen wurde. Dieſe ſeine Abſichten zu durchſchauen, war man freilich damals in Berlin nicht in der Lage. Gewalt gegen Preußen brauchen, Schleſien mit bewaffneter Hand okkupiren, das hieß den Frieden von Tilſit und den Vertrag von Paris offen brechen. Das war der Krieg mit Rußland. Gewiß, dieſer Krieg lag ſeit dem Frieden von Wien, wie auch Kruſemarks Bericht andeutet und wie wir bald näher ſehen werden, in Napoleons Abſicht. Aber es war ein Unternehmen, das von langer Hand her vorbereitet werden mußte. Napoleon durfte, wollte er dieſe Vorbereitung nicht gefährden, Rußland nicht zu früh auf ſeine Abſichten aufmerkſam machen. Aus dieſem Grunde ſcheute er ſich, Schleſien offen und förmlich zu fordern. Die Forderung wurde alternativ geſtellt und Schleſien in St. Marſans Note auf Napoleons ausdrückliche Weiſung, wie wir ſahen, nicht genannt. Wenn Preußen ſelbſt Schleſien anbot, ſo konnte Rußland ſelbſtverſtändlich nichts zu

erinnern haben. War Schleſien jedoch auf dieſem Wege nicht zu gewinnen, ſo mußte Napoleon vorläufig verzichten. Er verzichtete in der That und beſtand nur noch auf den Zahlungen, ob er auch noch einmal im Auguſt 1810 wiederholte: „wenn Preußen die Mittel nicht finden kann, mich zu bezahlen, ſo werde ich ihm Schleſien nehmen [1])." Er brauchte Geld, und er ließ Hardenberg in die Geſchäfte eintreten, weil St. Marſan berichtet hatte, daß dieſer Geld ſchaffen werde; er unterſtützte ſogar den Abſchluß des holländiſchen Anlehens, das trotzdem ſchließlich kaum drei Millionen Thaler gewährte. In demſelben Sinne der Vermeidung eines unmittelbaren Bruches mit Rußland verhielt ſich Napoleon damals auch in den Angelegenheiten der Pforte.

Noch vor dem Abſchluß des Friedens zwiſchen Frankreich und Oeſtreich war es Alexander gelungen, ſeinen Krieg gegen Schweden glücklich zu enden. Als er ihn im Frühjahr 1808 begann, war ihm alsbald Sweaborg mittelſt Beſtechung des ſchwediſchen Kommandanten in die Hand gefallen; aber ſeine Flotte hatte der durch engliſche Schiffe verſtärkten ſchwediſchen Flotte gegenüber die See nicht halten können; die finniſchen Bauern hatten ſich bewaffnet und der ruſſiſchen Armee das Vordringen in den weiten und öden Gebieten Finnlands erſchwert. Alexander lag daran, zur Entſcheidung zu gelangen. Die ſchwediſche Flotte unwirkſam zu machen und die ſchwierige Kriegführung in dem unwirthlichen Finnland zu vermeiden, ſollte die ruſſiſche Armee über das Eis des bottniſchen Buſens geraden Weges Stockholm bedrohen. Von Abo aus erreichte Fürſt Bagration am 25. März 1809 die Alandsinſeln; die ſchwediſche Beſatzung wich über das Eis nach der ſchwediſchen Küſte. Die Spitze der ruſſiſchen Vorhut folgte und betrat eben das Feſtland Schwedens, als den ruſſiſchen Führern Waffenſtillſtand und Friede geboten wurden. König Guſtav IV. war von Offizieren ſeiner Armee vom Throne geſtoßen worden; ſein Oheim Herzog Karl hatte die Regierung angetreten und erklärte ſich zum Frieden bereit. Er gedachte nur, Zeit zu gewinnen, bis das Eis des

[1]) Kruſemarks Bericht vom 21. Auguſt 1810; geheimes Staatsarchiv.

Buſens der Frühjahrsſonne gewichen ſei. Die Feindſeligkeiten begannen von Neuem; die Ruſſen verſuchten nun auf dem ſchwierigen Wege über Tornea durch Lappland nach Schweden zu gelangen. Sie kamen nicht weit; aber als der Winter wieder nahte und Karl XIII. inne wurde, daß er auf wirkſame Unterſtützung Englands, das die Revolution, die ihn erhoben hatte, mißbilligte, nicht zu rechnen habe, bequemte er ſich zur Abtretung Finnlands ſammt den Alandsinſeln. Der Friede von Friedrichshamm (19. September 1809) machte den Torneo zur Grenze zwiſchen Rußland und Schweden und legte Schweden die Verpflichtung auf, der Handelsſperre gegen England beizutreten. Schweden war dem Bündniß mit England, der Gegnerſchaft Frankreichs entriſſen.

Auch gegen die Pforte trachtete Alexander nach baldiger Entſcheidung. Der Vertrag von Erfurt mußte raſch benutzt werden; Alexander kannte ſeinen großen Bundesgenoſſen bereits hinreichend, um zu wiſſen, wie bald er zurückzunehmen trachten würde, was ihm eine zwingende Situation zuzugeſtehen genöthigt hatte. Als Alexander in den erſten Apriltagen des Jahres 1809 die Feindſeligkeiten gegen die Pforte wieder eröffnen ließ (S. 299), hatten ſeine Generale Befehl, ſo weit wie möglich über die Donau vorzudringen, um dadurch den Frieden, d. h. die Abtretung der Donaufürſtenthümer, baldmöglichſt zu erzwingen. Aber ſowohl der Sturm auf Giurgewo (5. April) als der auf Braila (2. Mai) mißlangen. Erſt am 19. Auguſt, mehr als vier Wochen nach dem Waffenſtillſtand von Znaym, konnte die ruſſiſche Armee die Donau überſchreiten, und wenn ſie nun hier auch einige Erfolge erkämpfte, ſo waren dieſe um ſo weniger wirkſam, als ſie im Herbſt wieder über die Donau zurückgehen mußte. Alexander ſah ſich am Ende dieſes Feldzuges ebenſoweit wie im Beginn deſſelben von dem Beſitz der Moldau und Wallachei entfernt.

Der Zweck, um deſſen willen Alexander an der Allianz mit Napoleon feſtgehalten, um deſſen willen er ihn aus einer bedenklichen Lage befreit, ihm Hülfe gegen Oeſtreich zugeſichert und, wenn auch nicht eben eifrig, geleiſtet, um deſſen willen er Preußen gehindert hatte, war ſomit nicht erreicht; wohl aber hatte der Bundesgenoſſe

Oeſtreichs Niederwerfung bewerkſtelligt. Dieſe Folgen ſeiner eigenen Politik konnte Alexander nicht mehr abwenden, mochte er immerhin Napoleon ermahnen, Oeſtreich keine Landabtretungen aufzulegen, ſich mit der Schwächung der Streitkraft Oeſtreichs zu begnügen. Die Einladung Napoleons als Verbündeter Frankreichs und kriegführender Theil an den Friedensverhandlungen mit Oeſtreich Theil zu nehmen, lehnte Alexander ab. Er wollte ſich nicht zu ſcharf gegen Oeſtreich ſtellen, durch unwillkommene Bedingungen, die Oeſtreich auferlegt würden, ſich nicht ſelbſt binden, die Solidarität mit Frankreich vermeiden und möglichſt freie Hand bewahren. Am 21. Auguſt 1809 ſchrieb er Napoleon: „Meine Intereſſen ſind in den Händen Eurer Majeſtät. Ich ſetze mein ganzes Vertrauen auf Ihre Freundſchaft zu mir. Sie können mir ein ſicheres Pfand derſelben geben, wenn Sie ſich erinnern, was ich Ihnen bezüglich der Intereſſen Rußlands für die Angelegenheiten des vormaligen Polens zu Tilſit und Erfurt ſo oft wiederholt, was ich Ihren Geſandten beauftragt habe Ihnen in's Gedächtniß zu rufen." Alexander hatte, als die Polen Galiziens während des Krieges zu den Waffen gerufen wurden, als Poniatowski, der Befehlshaber der Truppen des Großherzogthums, ſich „Oberbefehlshaber der polniſchen Armee" nannte [1]), Caulaincourt nachdrücklich erklärt: er werde niemals eine franzöſiſche Provinz an ſeiner Grenze dulden, niemals in die Herſtellung Polens willigen: „es giebt kein Arrangement über Polen zwiſchen mir und Frankreich; ich kann die Sicherheit meines Reiches nicht aufopfern [2])." Trotz alledem entriß Napoleon, wie wir ſahen, Oeſtreich nicht nur große Gebietsſtrecken im Donauthal und im Süden; die Hauptabtretung Oeſtreichs beſtand in jenen polniſchen Landen, durch welche Napoleon das Herzogthum Warſchau nahezu um das doppelte vergrößerte. Wenn Oeſtreich dann auch auf ein Stück Oſtgaliziens zu Gunſten Rußlands verzichten mußte, ſo traf Napoleon dieſe Stipulation in der That nur, um es mit Oeſtreich zu verfeinden, in jedem Fall ſehr wider Alexanders Wunſch und Willen. Seinerſeits hatte Oeſtreich

[1]) Bernhardi Geſchichte Rußlands 2, 2, 598. — [2]) Lefèbvre l. c. 4, 206. 207.

gerade in der Abtretung dieſer polniſchen Lande die geringſten Schwierigkeiten gemacht; man ſah hier voraus, daß, je weiter Napoleon die Herſtellung Polens treibe, deſto eher der Bruch der Allianz zwiſchen Frankreich und Rußland erfolgen müſſe, der Allianz, der Oeſtreich das Mißlingen aller ſeiner Anſtrengungen, das Unheil des Wiener Friedens mit gutem Grunde zuſchrieb. Alexander zu beruhigen, ließ Napoleon ſeinen Miniſter Champagny am 20. Oktober 1809 nach Petersburg ſchreiben: „eine Bevölkerung, die ſich einmüthig für ihn erhoben, habe der Kaiſer nicht unter die Herrſchaft Oeſtreichs zurückkehren laſſen können. Aber er ſei weit entfernt, den Gedanken an eine Herſtellung Polens erwecken zu wollen; im Gegentheil werde er mit Alexander dahin wirken, alle alten Erinnerungen auszulöſchen und den Namen Polens und der Polen nicht allein aus jeder politiſchen Verhandlung, ſondern auch aus der Geſchichte verſchwinden zu laſſen [1])." Alexander wäre blind geweſen, hätte er nicht erkannt, was die Poſition bedeute, die Napoleon durch den Wiener Frieden am adriatiſchen Meere erlangt — ſie war jetzt von Venedig und Trieſt bis Cattaro und Raguſa hinab geſchloſſen, ſie ſtieß an Bosnien und erreichte die Nähe der ioniſchen Inſeln, die Alexander Napoleon im Frieden von Tilſit abgetreten hatte —, welche Gefahr die Verſtärkung des Herzogthums Warſchau für Rußland im Schooße trage, und falls er erfahren hat, wie gleich nach dem Wiener Frieden im Winter bis zum Frühjahr hin in Berlin auf die Abtretung Schleſiens gedrängt wurde (S. 311. 313), würde ihm dies weitere Aufklärung über die Abſichten Napoleons gegeben haben, wenn er deren bedurft hätte. Zunächſt gedachte er die erweiterte Reſurrektion Polens, die Verſtärkung der franzöſiſchen Anſiedlung an ſeiner Grenze nicht ohne Weiteres hinzunehmen. Er wollte ſeinen Bundesgenoſſen beim Wort faſſen, ihn wenigſtens nöthigen, beſtimmt Farbe zu bekennen. Jene Erklärung Champagny's vom 20. Oktober ſollte in einen förmlichen Vertrag verwandelt werden, in welchem Napoleon beſtätigte, daß das Königreich

[1]) Bogdanowitſch Feldzug von 1812 1, 8 D. Ü.; vgl. Bernhardi a. a. O. 2, 2, 599.

Polen nie wiederhergeſtellt, das Herzogthum Warſchau nicht weiter vergrößert werden würde.

Trotz alledem ſchien im Winter des Jahres 1809 zum Jahre 1810 das Verhältniß zwiſchen Frankreich und Rußland inniger werden zu ſollen als zuvor. Schon vor Erfurt hatte Napoleon verbreiten laſſen, er werde ſeine Ehe trennen, um eine Großfürſtin heimzuführen; in Erfurt hatte Talleyrand Alexander fragen müſſen, ob Napoleon in dieſem Falle die Hand der Großfürſtin Katharina zu Theil werden würde. Alexander war ausgewichen: in der Familie gebiete ſeine Mutter; eine ſo erwünſchte Verbindung werde ſich jedoch vielleicht in Zukunft herbeiführen laſſen. Aus dem öſtreichiſchen Feldzuge heimgekehrt, ließ Napoleon jetzt am 22. November 1809 an Caulaincourt Weiſung ergehen: Alexander habe Napoleon in Erfurt geſagt, daß die Großfürſtin Anna zur Verfügung ſtehe; Caulaincourt habe dem Kaiſer demnach ohne Umſchweife zu eröffnen, daß Napoleon, von ganz Frankreich gedrängt, ſich zur Scheidung ſeiner Ehe anſchicke, und Alexander zu fragen, ob man auf ſeine Schweſter rechnen dürfe; die Verſchiedenheit der Religion werde kein Hinderniß bilden. „Seine Majeſtät möge zwei Tage bedenken und dann offen antworten, nicht dem Geſandten Frankreichs, ſondern einem Manne, der beiden Fürſtenhäuſern ergeben ſei.“ Von der älteren Schweſter, Katharina, war in Erfurt die Rede geweſen; ſie war nicht zugeſagt und inzwiſchen verheirathet worden, vielleicht um etwaiger weiteren Werbung Napoleons zu entgehen; jetzt warb Napoleon um die jüngere Schweſter, die Großfürſtin Anna, die in Erfurt nicht genannt worden war. Die Weiſung wird Petersburg um die Mitte Decembers erreicht haben. Caulaincourt konnte ſie erſt am 28. December zur Ausführung bringen; Alexander war abweſend geweſen. Er wies auf die Jugend ſeiner Schweſter hin (die Prinzeſſin Anna war erſt fünfzehn Jahre alt), die einen Aufſchub unerläßlich mache, auf den Unterſchied des Bekenntniſſes und verſprach mit ſeiner Mutter zu reden. Es war in dieſen Tagen, am 5. Januar 1810, daß Caulaincourt den ihm vorgelegten Entwurf jener Konvention über Polen zeichnete. Inzwiſchen war jedoch eine neue Weiſung an ihn ergangen (unter

dem 13. December) augenblicklich eine kategoriſche Antwort zu fordern und zwar binnen zehn Tagen. Caulaincourt entledigte ſich am 10. Januar dieſes Auftrages. Alexander antwortete auf dies ſonderbare Ultimatum, wohl in Erwartung der Ratifikation des Vertrages über Polen, in ruhiger Höflichkeit, er habe den Beſorgniſſen und Gewiſſensbedenken ſeiner Mutter Rechnung zu tragen; aber er hoffe, ihr Widerſtreben überwinden zu können. Am 6. Februar traf ein Bericht Caulaincourts in Paris ein, daß Alexander noch keine beſtimmte Antwort gegeben habe, gerade an dem Tage, an welchem der Heirathsvertrag Napoleons mit der Erzherzogin Marie Louiſe feſtgeſtellt wurde. Am 7. Februar erfolgte die Zeichnung. Auf der Stelle ließ Napoleon Caulaincourt ſchreiben, daß er ſich anders entſchieden habe: „er könne in den Tuilerien keinen Popen dulden.“ Alexander zeigte bei Mittheilung einer ſo urbanen Botſchaft in ſo gewählter Form nicht die mindeſte Erregung; er wünſchte Glück zu den Folgen, welche die Verbindung Oeſtreichs und Frankreichs für den Frieden Europa's haben werde, und fügte nur hinzu: wenn nicht längſt, bevor man irgend eine Antwort von ihm erhalten, mit Oeſtreich unterhandelt worden ſei, ſein Alliirter unmöglich in der Lage geweſen wäre, den Ehevertrag mit der Erzherzogin am 7. Februar zu zeichnen [1]).

Napoleon hatte die Armee, die gegen Oeſtreich gefochten, zwar zur Hälfte nach Spanien gewendet, um hier endlich zum Ziel zu kommen, er hatte jedoch einen anſehnlichen Theil derſelben nach Norddeutſchland marſchiren laſſen. Wohl ſagte er am 3. December 1809 bei Eröffnung der Sitzung des legislativen Körpers, er werde nach Spanien gehen: „Sobald ich mich jenſeit der Pyrenäen zeige, wird der erſchreckte Leopard den Ocean ſuchen, um der Schande, der Niederlage, dem Untergange zu entgehen.“ Aber er blieb in Paris. Andere Abſichten erfüllten ihn. Die Werbung in Petersburg war nicht angeſtellt worden, um eine Großfürſtin, ſondern um eine Erzherzogin zu erlangen. Die Gefahr, daß das Bündniß zwiſchen Frankreich und

[1]) Correspondance de Napoléon 20, 181. 182.

Rußland noch enger, daß es zu einem dauernden, Oeſtreich völlig erdrückenden werden könne, ſollte dem Wiener Hof eindringlich gemacht werden. Dieſer Zug verfehlte ſeine Wirkung nicht. Metternich, der den Frieden von Wien verhandelt und an Stadions Stelle getreten war, wußte bereits in den erſten Decembertagen, d. h. bevor die erſte Weiſung zur Anfrage in Caulaincourts Hand war, darum. Er trug dem Soldatenkaiſer die Tochter des Erzhauſes entgegen. Es war ſeine Meinung, daß die Allianz Frankreichs mit Rußland nicht feſter werden dürfe, Oeſtreich vor weiterer Schädigung bewahrt und ihm wenigſtens auf einige Jahre Friede geſichert werden müſſe [1]). Andererſeits wollte Napoleon ſich Oeſtreichs verſichern, bevor er ſich gegen Rußland wendete. Nachdem Rußland ſeinen Dienſt gethan, war Oeſtreich von dem Augenblicke an unentbehrlich, wo es darauf ankam, Rußlands Fortſchritte gegen die Pforte zu hindern, gegen Rußland Front zu machen. Der Augenblick, dieſe Wendung vorzubereiten, war mit dem Frieden von Wien gekommen. Am 15. Dezember hatte Napoleon im Familienrath die Auflöſung ſeiner Ehe beſchloſſen, der Senat am 16. dieſe Auflöſung ausgeſprochen. Am 19. Dezember fand die entſcheidende Verhandlung zwiſchen dem Sekretär der öſtreichiſchen Geſandtſchaft in Paris, Herrn Floret, und dem Grafen de Laborde im tiefſten Geheimniß ſtatt. So konnte der Heirathsvertrag am 6. Februar 1810 geſchloſſen, am folgenden Tage gezeichnet werden [2]). Von der Konvention mit Rußland über Polen konnte nun ſelbſtverſtändlich nicht weiter die Rede ſein. Unter demſelben 6. Februar wurde Caulaincourt informirt, daß es „der Würde des Kaiſers entgegen ſei", zu erklären, daß das Königreich Polen nie wiederhergeſtellt werden ſolle, daß es abſurd und lächerlich ſei, die Verpflichtung zu übernehmen die Namen Polens und der Polen zu

[1]) Mittheilung Metternichs an Jakobi-Klöſt vom 11. Septbr. 1811 in deſſen Bericht an Hardenberg vom 12. Septbr. 1811; geh. Staatsarchiv. — [2]) Daß Napoleon am 21. Januar 1810 Rath halten ließ, ob die Verbindung mit Rußland oder Oeſtreich vorzuziehen ſei, unterſtützt die im Texte aufgeſtellte Meinung. Die Weiſung, das Ultimatum in Petersburg zu ſtellen, war längſt gegeben; es kam nur darauf an, einen Stützpunkt für die Ablehnung zu haben, falls Alexander zuſtimme.

unterdrücken. Es blieb Alexander überlaſſen dieſe neue Erklärung mit jener vom 20. Oktober 1809 in Uebereinſtimmung zu bringen. In einem Gegenentwurfe wollte Napoleon ſich nur verpflichten: „kein Unternehmen zu unterſtützen, das die Herſtellung Polens bezwecke.“ Alexander ließ die Faſſung ſeines Entwurfs im Weſentlichen wiederherſtellen und befahl im Juni 1810 ſeinem Geſandten in Paris, dem Fürſten Kurakin, dort zu erklären, daß die Weigerung, dieſen Vertrag anzunehmen, ihm als Beweis dafür gelten werde, daß Napoleon die Herſtellung Polens beabſichtige. „Was bedeutet dieſe Sprache“, fragte Napoleon den Fürſten, „will Rußland den Krieg [1])?“

Napoleon kam es zunächſt darauf an, daß die Pforte die Waffen nicht niederlege. Der Verluſt Siliſtria's bei Eröffnung des neuen Feldzugs, das Erſcheinen des ruſſiſchen Heeres vor Schumla erſchreckte den Sultan. Der Großvezir bot die Hand zum Frieden. Napoleon ließ in Konſtantinopel erklären: die Moldau und Wallachei habe er dem Kaiſer von Rußland zugeſtanden; gegen jede weiter gehende Forderung Rußlands werde er die Pforte ſchützen (Juli 1810 [2]). Die Donaufürſtenthümer hatten die Ruſſen bereits inne; weitere Verluſte konnten nach dieſer Erklärung für die Pforte nicht eintreten. Wie hätte ſie nicht bewirken ſollen, was Napoleon zunächſt wollte und brauchte, die Pforte zur Fortſetzung des Krieges zu beſtimmen, ohne ihn zu nöthigen, ſchon jetzt mit Rußland zu brechen? Oeſtreich unterſtützte dieſe Bemühungen Frankreichs nicht bloß in Konſtantinopel, ſondern drängte auch in Paris: „den Ehrgeiz Rußlands zu zügeln.“ Man wünſchte in Wien nicht nur, Oeſtreichs Intereſſen an der unteren Donau durch Rußland nicht beſchädigt zu ſehen, man wollte dem Kaiſer Alexander auch den Angriff vergelten, den er das Jahr zuvor gegen Oeſtreich gerichtet. Hatte Rußland rückſichtslos ſeine orientaliſchen Intereſſen verfolgt, ſo wollte nun auch Oeſtreich ſein Intereſſe an der unteren Donau rückſichtslos im Bunde mit Frankreich zur Geltung bringen, und in den Tagen der Hochzeit Marie Louiſe's wurden in Wien Projekte entworfen, Rußland an der Seite

[1]) Lefèbvre l. c 5, 45. — [2]) Corresp. de Napoléon 20, 505.

Frankreichs zu bekriegen, Polen unter einem öſtreichiſchen Erzherzog herzuſtellen, die Grenzen Oeſtreichs nach Oſten bis zur Donaumündung vorzuſchieben [1]).

Am 10. Juli 1810 verlangte Napoleon von ſeinem Kriegsminiſter zu wiſſen, ob die Waffen, welche er nach Warſchau geſchickt habe, dort angekommen ſeien, wie viel Waffen ſich überhaupt im Herzogthum befänden; es müſſe dort eine große Quantität vorhanden ſein, damit die Bevölkerung im Nothfalle bewaffnet werden könne. Am 2. Auguſt forderte er von ſeinem Geſandten zu Petersburg einen genauen Bericht über die Vertheilung, die Stellung und die Befehlshaber der ruſſiſchen Armee; mit dieſen Berichten ſolle er monatlich, ſtets in Chiffren, fortfahren [2]). Am 4. Auguſt befiehlt er ſeinem Kriegsminiſter, die Garniſonen von Danzig, Stettin, Küſtrin und Glogau zu verſtärken, und ſetzt dem König von Sachſen, Herzog von Warſchau, die Nothwendigkeit der Befeſtigungsarbeiten bei Modlin auseinander. Anfangs Oktober ordnete er an, Sachſen mit 60,000 Gewehren und mit Geſchützen aus Mainz zu verſorgen; er ſprach dem Könige von Sachſen ſeine Befriedigung darüber aus, daß die polniſche Armee auf 17 Infanterie- und 16 Kavallerieregimenter gebracht ſei, beſchäftigte ſich mit den Befeſtigungsplänen von Sierozk, Modlin und Praga und wies den König von Sachſen auf die Wichtigkeit dieſer Arbeiten hin. Die Brückenköpfe von Modlin und Praga auf dem rechten Ufer der Weichſel lagen Napoleon wegen des Ueberganges über dieſen Fluß beſonders am Herzen; Sierozk erachtete er weniger wichtig. Am 6. Oktober theilte er ſeinem Kriegsminiſter mit, daß die Armee in Deutſchland auf 200,000 Mann gebracht werden müſſe und zwar dadurch, daß das bereits in Deutſchland befindliche Corps des Marſchall Davouſt auf 64 Bataillone verſtärkt werde, daß ein zweites Corps von derſelben Stärke nach Deutſchland rücke, ein drittes aus ſechs älteren und 58 neuen Bataillonen, für welche die Kadres aus Spanien zurückzurufen ſeien, gebildet werde. Zur voll-

---

[1]) Lebensbilder aus dem Befreiungskriege 2, 9 ff. Lefèbvre l. c. 5, 27—33. — [2]) Corresp. de Napoléon 20, 457.

ſtändigen Aufſtellung dieſer drei Corps an Infanterie, Artillerie, Kavallerie in der Stärke von 200,000 Mann würden noch 70 bis 80,000 Mann erforderlich ſein. Dieſe 200,000 Mann würden durch 44,000 Polen, 30,000 Sachſen, 28,000 Mann weſtfäliſche, heſſiſche und bergiſche Truppen bis auf 300,000 Mann verſtärkt werden; für Italien müßten die Kadres einer Armee von 200,000 Mann bereit ſein [1]). Im November erhielt Napoleon Kunde, daß an der Düna und am Dnjepr geſchanzt werde, und obwohl dies eine höchſt beſcheidene Antwort innerhalb der Grenzen Rußlands auf die Befeſtigungsarbeiten bei Modlin, bei Praga und bei Sierozk war, die Napoleon 150 Meilen von ſeinen Grenzen an der Grenze Rußlands ſeit dem Sommer betreiben ließ, wies er ſeinen Geſandten in Petersburg darauf hin, daß dieſe Arbeiten üble Dispoſitionen Rußlands verriethen. Wolle man dort Frieden mit England machen und den Vertrag von Tilſit verletzen, ſo würde dies unverzüglich der Krieg ſein [2]). Die Drohung des unmittelbaren Angriffs hatte nur den Zweck, die ruſſiſche Rüſtung zu hindern, wenigſtens aufzuhalten.

Noch deutlicher als dieſe Rüſtungen, Fragen und Drohungen zeigten andere Schritte, was Napoleon im Schilde führe. Gleich nach dem Wiener Frieden hatte er den Entſchluß gefaßt, ſeinem Bruder Ludwig die ihm verliehene Königswürde Hollands wieder zu entziehen. Ludwig Napoleon nahm dieſe Würde zu ernſtlich. Er glaubte ſich verpflichtet, im Intereſſe des ihm anvertrauten Landes, welches ſeine Kolonien und ſeine Flotte durch den Anſchluß an Frankreich eingebüßt hatte und durch die Kontinentalſperre ruinirt wurde, die Verfügungen ſeines Bruders wenigſtens zu mildern. Er ſollte dieſe Keckheit, etwas Anderes als der Präfekt des großen Kaiſers ſein zu wollen, büßen; er ſollte büßen, daß er weder Geld genug, noch Truppen genug, noch Kriegsſchiffe, welche deſſen Anforderungen genügt hätten, den Holländern abpreſſe. Der Wunſch, einen Gewaltſchritt, wie die Abſetzung eines Bruders, möglichſt zu verdecken — welcher Souverän

---

[1]) Correspondance de Napoléon 21, 181—196. — [2]) Corresp. de Napoléon 21, 252. 302; 13. Oktbr., 4. Novbr., 5. Decbr. 1810.

war noch ſicher auf dem Throne, wenn es ſelbſt Napoleons Brüder nicht waren —, ließ Napoleon Umwege einſchlagen, welche die Annexion Hollands an Frankreich bis zum 9. Juli 1810 verzögerten; unter dieſem Datum erklärte ein Dekret des Kaiſers, im Moniteur abgedruckt, daß Holland wie Oſtfriesland und Jever, die Napoleon mit Holland vereinigt hatte, Theile des franzöſiſchen Territoriums geworden ſeien, um dieſe Gebiete den Engländern zu verſchließen und die Kontinentalſperre wirkſam durchzuführen. Am 10. Dezember 1810 gab eine Botſchaft des Kaiſers dem Senat und Europa Kunde, daß der Kaiſer ſich ferner genöthigt geſehen habe, außer den Mündungen der Schelde, der Maas und des Rheins, auch die Mündungen der Ems, der Weſer und der Elbe mit ſeinem Reiche zu verbinden; ſie bezeichnete außerdem dieſe Reunionen nicht als die letzten, vielmehr als „die erſten und die wichtigſten.“ Es war die geſammte noch übrige Nordſeeküſte Deutſchlands bis über die Elbmündung hinaus, bis zur Trave. Bremen, Hamburg und Lübeck waren auf einmal Städte des franzöſiſchen Kaiſerreiches geworden. Es geſchah mitten im Frieden, ohne auch nur den dürftigſten völkerrechtlichen Vorwand, geſchweige denn Grund, ohne vorgängige Mittheilung, allein nach dem Wohlgefallen Napoleons. Seine Abſicht dabei war, die Küſte vollſtändig in ſeiner Gewalt zu haben, nicht nur, um einer engliſchen Landung in ſeinem Rücken, wenn er nach Rußland vorgehe, ſicherer begegnen zu können; er wollte am baltiſchen Meere Fuß faſſen, um ſich näher an Rußland heranzuſchieben und Preußen noch feſter zu umklammern.

Waren Deutſchland durch dieſen Federzug Napoleons 600 Q.-Meilen ſeines Gebiets entzogen, Kaiſer Alexanders nächſter Verwandter, der Herzog von Oldenburg, war durch denſelben ſeines Landes beraubt. Oldenburg wurde okkupirt und das Schloß verſiegelt, obwol Napoleon zu Tilſit erklärt hatte, ſein direkter Einfluß ſolle die Elbe nicht überſchreiten (S. 278) und der zwölfte Artikel des Tilſiter Vertrages ihn ausdrücklich verpflichtete, den Herzog von Oldenburg und ſein Gebiet nicht anzutaſten; Alexander hatte in Erfurt noch einmal hieran erinnert. Die Schwere dieſer Beraubung empfand Alexander

in vollem Umfange; er ſagte Caulaincourt: „Das iſt eine Ohrfeige, die mir eine befreundete Macht vor den Augen Europa's giebt"; aber er begnügte ſich, durch den Fürſten Kurakin einen Proteſt zur Wahrung der Rechte des Hauſes Gottorp in Paris überreichen und den übrigen Höfen mittheilen zu laſſen. Champagny mußte auf Napoleons Gebot deſſen Zurücknahme fordern und ſchließlich das Dokument in Kurakins Wohnung zurücktragen; er legte es hier in deſſen Gegenwart auf den Tiſch [1]).

Der Bruch mit Rußland war längſt beſchloſſen; daß er nahe bevorſtehe, konnte Alexander nach ſolchem Vorgehen nicht zweifelhaft ſein. Und neben alledem ließ Napoleon ſeit dem Frühjahr 1810 in Petersburg unaufhörlich drängen, daß alle ſeine Maßnahmen, die er zur Verſchärfung des Kontinentalſyſtems in Frankreich einzuführen für gut fand: die Ausſchließung der neutralen Flaggen, die Ausſchließung der amerikaniſchen Schiffe, der Tarif von Trianon auch in Rußland eingeführt würden, ohne daß es ihm jemals eingefallen wäre, Alexander darum zu fragen, vor deren Erlaß mit ihm darüber zu verhandeln. Alexander blieb dabei, die Verpflichtungen, die er im Vertrage von Tilſit übernommen, zu erfüllen wie bisher; darüber hinauszugehen, ſei er nicht verbunden. Nachdem Napoleon wiederholt ſeinen Zolltarif geändert und ſchließlich auch gewiſſe ruſſiſche Produkte ausgeſchloſſen hatte, zeigte Alexander nach der Annexion Oldenburgs, daß auch er Herr ſeiner Grenzzölle ſei. Er hielt die Handelsſperre gegen England feſt, aber ſchloß gewiſſe franzöſiſche Manufakturwaaren aus (Ukas vom 15. Jan. 1811). Jenem Proteſte und dieſem Akte, deſſen Berechtigung Napoleon ſelbſt nicht beſtreiten konnte [2]), folgte ein erhöhter Betrieb der franzöſiſchen Rüſtungen, der jedoch auch ohne dieſe eingetreten ſein würde. Nach Warſchau gingen 100,000 Gewehre ab: man müſſe dort über 2—300,000 Gewehre disponiren, d. h. Polen vollſtändig bewaffnen können. Für die Oderfeſtungen und Danzig wurden Verſtärkungen an Truppen, Geſchütz und Munition angeordnet; die Beſatzung von Magdeburg wurde auf 18,500 Franzoſen

[1]) Bogdanowitſch a. a. O. 1, 16 D. Ü. — [2]) Corresp. Napol. 2. April 1811.

gebracht. Französische Corps wurden Ende Januar 1811 vom Rhein nach der Weser in Bewegung gesetzt, Davousts Corps gegen Ende des März auf 80,000 Mann gebracht [1]). Napoleon hoffte, daß Oestreich sich ihm bereitwillig anschließen werde, um Rußland den Gewinn der Donaufürstenthümer zu entreißen. Oestreich hierüber formell zu befragen, befahl er am 25. Februar 1811 [2]).

Als Hardenberg im Juni des Jahres 1810 die Leitung der Geschäfte antrat, konnte sein Programm kein anderes sein, als Preußen durch strikte Erfüllung der Pflichten, die es durch die Verträge von 1807 und 1808 übernommen, auch in sein vertragsmäßiges Recht wiedereinzusetzen. Die Herstellung der Finanzen stand in erster Linie, um die Verbindlichkeit der Kontributionszahlung erfüllen zu können. Die gute Ordnung der Verwaltung, die innere Kräftigung des Staates, die Herstellung der Steuerkraft bildeten die Mittel, das Land für den Augenblick vorzubereiten, in welchem es gelten würde, die Existenz zu behaupten oder die Selbstständigkeit wiederzugewinnen. Blieben die inneren Zustände in der schwankenden Verwirrung, in welche sie das Ministerium Dohna-Altenstein gebracht, so fand die Stunde der Abwehr der äußersten Gefahr oder die Stunde der möglichen Erhebung Preußen ohne Aussichten auf Erfolg. Für diese unentbehrliche innere Konsolidation Zeit und Ruhe zu gewinnen, das war die ebenso bestimmt gewiesene Aufgabe der auswärtigen Politik. Es zeigte sich bald, was es bedeute, daß die Leitung der Dinge in der Hand eines umsichtigen und sehr geschickten Mannes lag. Die Verordnung wegen veränderter Einrichtung der obersten Staatsbehörden gab Hardenberg die volle Aufsicht über sämmtliche Ministerien oder, wie sie damals bescheidener hießen, über sämmtliche Departements. Auch Stein hatte in Gemäßheit der Ordre vom 5. Oktober 1807 die obere Leitung aller Civilangelegenheiten geführt und bei der Reorganisation der Armee Mitwirkung zu üben gehabt. Nach den Divergenzen der Nachfolger Steins, bei der Stellung Preußens zu

[1]) Corresp. de Napoléon 21, 422. 456. 503. — [2]) Corresp. de Napoléon s. d.

Frankreich, bei der Lage Europa's war eine ſtreng einheitliche Leitung kaum jemals weniger entbehrlich geweſen. Zwar die Einkommenſteuer, welche Stein empfahl, der um Rath gefragt worden war [1]), wagte Hardenberg nicht, dem Lande aufzulegen. Aber ſein Steuerſyſtem erwies ſich doch, nachdem es einige Modifikationen erfahren hatte, nicht allzu drückend, da mit demſelben wirthſchaftliche Erleichterungen Hand in Hand gingen, die das Land in den Stand ſetzen ſollten und in den Stand ſetzten, die neuen Laſten zu tragen, und ausreichend einträglich, um in Verbindung mit der Einziehung der geiſtlichen Güter die Kontributionsraten abtragen und das Gleichgewicht im Staatshaushalte herſtellen zu können. Mit der Einführung der Gewerbeſteuer war zugleich die Gewerbefreiheit verfügt worden; der Einführung der das flache Land treffenden neuen Beſteuerungen ſtand der Wegfall des Mühlenbanns, des Brau- und Brennereizwanges, der Laſten des Vorſpannes und der Naturallieferungen für die Armee gegenüber. Das Edikt vom 27. Oktober 1810, welches das neue Steuerſyſtem eingeführt hatte, verhieß dem Lande zugleich eine zweckmäßig eingerichtete Nationalrepräſentation. Zunächſt wurde eine proviſoriſche Vertretung berufen (ſie war vom 23. Febr. bis zum 19. Septbr. 1811 verſammelt) und nach ihrem Votum der ländlichen Bevölkerung ſtatt der Mahlſteuer, die das Edikt vom 27. Oktober verfügt hatte, eine Perſonenſteuer nach gewiſſen Klaſſen des Einkommens aufgelegt (Finanzedikt vom 7. Septbr. 1811 [2]), mit ihrem Beirath das Geſetz über Regelung der bäuerlichen Verhältniſſe erlaſſen (14. Septbr. 1811), welches die Verwandlung aller bisher nicht eigenthümlichen Bauerhöfe in freies Eigenthum und die Ablöſung der auf denſelben ruhenden Dienſte verfügte, was für die Domänen des Staates bereits ſechs Monate früher geſchehen war. Der proviſoriſchen folgte die interimiſtiſche Nationalvertretung, welche auf Grund der Wahlordnung vom 11. Febr. 1812 im April dieſes Jahres zuſammentrat und bis zum März 1815 in Funktion blieb. Mit der wirth-

[1]) Denkſchrift Steins vom 10. Juli 1810; geh. Staatsarchiv. — [2]) Die Details ſind gegenwärtig am leichteſten zu überſehen bei Dieterici Geſchichte der Steuerreform S. 18 ff.

ſchaftlichen Befreiung des Gewerbes und des Bodens ging die Sorge für die ſittlichen Intereſſen des Landes Hand in Hand. Es genügt, der Eröffnung der Univerſität Berlin zu gedenken. Eine der ſchlimmſten Erbſchaften, welche das Miniſterium Dohna-Altenſtein Hardenberg hinterlaſſen hatte, war jene Zuſage des Rücktrittes des Generals von Scharnhorſt von der Verwaltung des Kriegsdepartements. Scharnhorſt hatte, ſobald er erfahren, daß St. Marſan die Erfüllung der von Goltz gegebenen Zuſage verlange (S. 317), gleich am 4. Juni 1810 ſeine Entlaſſung erbeten. Sein Rücktritt drohte das ſchwierige Werk der Herſtellung der Armee, auf Grund der ausnahmsloſen Wehrpflicht aller, unter den Augen Napoleons, in Frage zu ſtellen. Der König ertheilte Scharnhorſt unter dem 6. Juni die Entlaſſung als Chef des Kriegsdepartements, dem er ſeit dem 25. November 1808 vorſtand, aber nicht als Chef des Generalſtabes und Inſpekteur der Feſtungen und Ingenieure. Zugleich befahl eine geheime Kabinetsordre von demſelben Tage: „Sie werden ungeachtet Ihrer Entlaſſung fortfahren, die wichtigſten Angelegenheiten des Kriegsminiſteriums zu führen, ſoweit dies heimlich geſchehen kann, und ſich zu dieſem Behufe mit Oberſt Hacke (dem neuernannten Chef des Kriegsdepartements) verſtändigen. Sie ſind beide für das Geheimniß verantwortlich [1]).“

In der auswärtigen Politik hatte Hardenberg einfach die gegebene Lage anzunehmen. Man mußte ſich fügen und Fügſamkeit zeigen. Es war nichts übrig, als die Politik des Schwachen dem Starken gegenüber zu treiben und den Herrſcher Europa's über die letzten Abſichten zu täuſchen. Er am wenigſten hatte Offenheit und Ehrlichkeit zu beanſpruchen. Hardenbergs Art und Mittel eigneten ſich zu dieſer Aufgabe. Es hatte dieſen Grund, daß er wider Steins Rath dem Grafen Goltz die Führung der auswärtigen Angelegenheiten ließ. Die obere Leitung derſelben ſtand ihm als Staatskanzler zu. Die offizielle preußiſche Politik ſollte das Einverſtändniß mit Frankreich zur Schau tragen; alles Andere konnte nur im vorſichtigſten Geheimniß geſchehen.

---

[1]) Die hierauf zwiſchen beiden getroffene Vereinbarung iſt bei Klippel Scharnhorſt 3, 354. 355 veröffentlicht.

Hier war Hardenberg nicht unthätig. So bitter die Haltung Rußlands während des Krieges von 1809 empfunden worden war, so wenig freundlich Alexander ſich auch nach dem Wiener Frieden gezeigt hatte, die Anlehnung an Rußland mußte feſtgehalten, die Beziehung zu Oeſtreich trotz der Verſchwägerung mit Napoleon feſter geknüpft, namentlich die tiefe Kluft, die der Krieg von 1809 zwiſchen Oeſtreich und Rußland geöffnet hatte, überbrückt werden. Hardenberg verfolgte den eigenſten Gedanken des Königs, indem er eifrig an dieſer Ausſöhnung arbeitete; er ließ Wilhelm von Humboldt an Finkenſtein's Stelle in Wien treten. Die Vorbereitung des Befreiungskampfes lag in der herzuſtellenden Uebereinſtimmung zwiſchen Petersburg, Wien und Berlin. Keinen Augenblick ließ Hardenberg dieſen Geſichtspunkt außer Acht.

Beſtändige und ſteigende Nachgiebigkeiten gegen Frankreich waren unvermeidlich, die höchſt förderlichen Fortſchritte, welche Preußen unter Hardenberg's Verwaltung im Inneren machte, von dem herriſchen Gebieter Europa's zu erkaufen. Die ganze Reihe jener brutalen Maßnahmen, durch welche Napoleon das Kontinentalſyſtem ſowohl wirkſamer als ergiebiger zu machen unternahm[1]), führte Hardenberg ohne Widerſpruch auch in Preußen ein und hielt geduldig allen Chikanen Stand, die mit deren Ausführung verbunden wurden. Wozu konnte es führen, böſe Miene zum böſen Spiele zu machen, nachdem Bonaparte ſeinen eigenen Bruder wegen mangelhafter Durchführung des Kontinentalſyſtems des Thrones von Holland entſetzt hatte (S. 328). Mehr als einmal wurden dieſe Anforderungen in der ſchärfſten Weiſe geſtellt. Am 19. Oktober 1810 inſtruirte Napoleon Champagny: Preußen aufzufordern, das eben von ihm ergänzte Dekret von Trianon auch bei ſich in Ausführung zu bringen. Weigere man dies in Berlin, ſo ſolle St. Marſan abreiſen. Wenn die Ladungen der 600 Schiffe (thatſächlich waren es nur 63), welche in den Häfen Mecklenburgs abgewieſen ſeien, in Preußen gelandet und nicht konfiscirt würden, ſo werde er ſie konfisciren laſſen, was auch in dem

[1]) Sie ſind in der folgenden Abhandlung näher beleuchtet.

Falle geſchehen würde, wenn ſie etwa über Rußland nach Preußen gelangten. Die Küſten Preußens ſeien nur unter der Bedingung geräumt worden, daß Preußen den engliſchen Handel proſcribire. Schon am folgenden Tage übergab Champagny Kruſemark die demgemäß abgefaßte Note, und Napoleon konnte am 26. Oktober dem Geſandten Schwedens, welches zwar die engliſche, aber nicht auch die neutralen Flaggen von ſeinen Häfen ausſchließen wollte, Preußen als Muſter aufſtellen. „Lange genug," ſagte er, „bin ich der Betrogene Preußens und Schwedens geweſen. Preußen hat endlich durch die Kataſtrophe Hollands begriffen, daß man ſich entſchließen müſſe; es hat den Kriegszuſtand gegen England offen angenommen [1])." Als vier Wochen darauf eine Denunciation in Paris einlief: in Swinemünde ſeien zwar die Ladungen von fünf Schiffen konfiscirt, aber nur zum Scheine verkauft worden, verkündigte eine Note Champagny's vom 28. November, daß, wenn dieſes Verfahren nicht ſogleich rückgängig gemacht werde, die Beziehungen zu Preußen abgebrochen werden und St. Marſan abreiſen würde. Der Staatskanzler wies nach, daß kein Schiff ohne Approbation des franzöſiſchen Konſuls zugelaſſen werde und kein Verkauf konfiscirter Ladungen ohne dieſe Approbation ſtattfinde, auch in dieſem Falle nicht ſtattgefunden habe [2]). Es war keine leichte Aufgabe, den Staat unter ſolchem Druck, bei der Vernichtung des geſammten Seeverkehres und der Unmöglichkeit, den Landesprodukten Ausfuhr, der Fabrikation Material zu ſchaffen, in leiſtungsfähigem Stande zu erhalten.

Preußen war in ſein vertragsmäßiges Recht Frankreich gegenüber zurückgetreten. Es hatte ſeine Verpflichtungen erfüllt. Glogau war bereits von Rechtswegen zurückerworben; die beiden anderen Feſtungen, Küſtrin und Stettin, waren auf demſelben Wege nach Jahresfriſt wiederzugewinnen, als am Schluſſe des Jahres 1810 die Annexion Norddeutſchlands bis zur Trave Preußen in nächſter Nähe bedrohte. Dazu war Mecklenburg bereits von franzöſiſchen Truppen beſetzt, und da Schweden trotz der Wahl des Marſchalls Bernadotte

[1]) Bogdanowitſch 1, 398. Schöll Recueil 2, 373 sqq. — [2]) Geh. St.-A.

zum Nachfolger Karls XIII. (21. Auguſt 1810), trotz jener Mahnung fortfuhr, die neutralen Flaggen zuzulaſſen, war auch die Wiederbeſetzung des kaum vor Jahresfriſt von den Franzoſen geräumten Schwediſchen Pommerns demnächſt zu erwarten. Es ſchien darauf abgeſehen, alle Seeküſten des Feſtlandes unter Frankreichs Herrſchaft zu bringen, alle Fürſten, welche Seeküſten beſaßen, zu entſetzen. Preußen war nun durch die Annexionen und Okkupationen Napoleons auch im Norden umfaßt, wie es ſeit Tilſit durch Weſtfalen und Sachſen im Weſten und Süden, durch Polen im Oſten umklammert war. Wie ſchädlich die franzöſiſch-ruſſiſche Allianz bisher für Preußen geweſen, ſie hatte dem Kaiſer der Franzoſen doch immer die Rückſicht auferlegt, den Beſtand Preußens im Umfange des Friedens von Tilſit ohne Rußlands Zuſtimmung nicht anzutaſten. Wie nun, wenn der Bruch zwiſchen Rußland und Frankreich, der mit der Einziehung Oldenburgs offen zu Tage trat, zum Kriege führte? Gab es eine Heerſtraße, auf welcher die Armeen Frankreichs nach Rußland gelangen konnten, außer Preußen? Gab es einen Kriegsſchauplatz zwiſchen den Heeren Frankreichs und Rußlands außer Preußen?

Eben begannen die Kräfte des Landes ſich allmählig zu heben, die neuen Einrichtungen im Heere und in der Verwaltung Wurzel zu faſſen. Waren die franzöſiſchen Beſatzungen mit der vollſtändigen Abtragung der Kontribution entfernt, war man zur Konſolidirung der Reformen, zur Sammlung der Kräfte gelangt, ſo konnte man dem Entſcheidungskampfe in ganz anderer Stellung, mit größeren Mitteln und beſſeren Ausſichten entgegengehen. Zu früh drohte nun die Stunde der Entſcheidung. Und welcher Entſcheidung? Was konnte man von Rußlands Kriegführung nach den Erfahrungen von 1805 und 1807 hoffen? Was durfte man von Alexanders Feſtigkeit und Ausdauer gegen Napoleon erwarten, der die Kräfte Frankreichs, Italiens, Hollands, der Schweiz und des Rheinbundes gegen ihn ins Feld ſtellen konnte? Dazu kam, daß Kaiſer Alexander den Krieg gegen die Pforte fortſetzte. Man mußte ſich in Berlin erinnern, wie hinderlich im Feldzuge von 1807 für die Kriegführung an der

Weichſel der damalige Kampf an der Donau geweſen war. Wie eiferſüchtig Oeſtreich ihn jetzt anſah, iſt bemerkt. Er hinderte die Ausſöhnung Rußlands mit Oeſtreich, die dem preußiſchen Kabinet ſo unerläßlich ſchien, die Hardenberg beharrlich zu Stande zu bringen ſuchte. Wenn Kaiſer Alexander nicht auf die Moldau und Wallachei verzichtete, war die Vereinigung Rußlands und Oeſtreichs gegen Frankreich unmöglich. Endlich wußte man in Berlin, daß Alexander zugleich Pläne in Bezug auf Polen verfolgte, die den Gegenſatz zwiſchen Oeſtreich und Rußland nur ſteigern konnten.

Auch Alexander fühlte die Hemmung, die ihm der Krieg gegen die Pforte auferlegte, nachdem ihm der Wiener Friede, die Werbung und die öſtreichiſche Heirath wie das Verhalten Napoleons in den Verhandlungen über die Nichtwiederherſtellung Polens (S. 325) ſo deutlichen Aufſchluß über deſſen Abſichten gegeben hatten. Er wünſchte den Krieg gegen die Pforte beendigt zu ſehen, jedoch nicht ohne den Preis, den zu erreichen er überhaupt in das Bündniß mit Frankreich getreten war, d. h. nicht ohne den Gewinn der Donaufürſtenthümer. Mit dem Oberbefehl über die Donauarmee erhielt der General Kamensky im Frühjahre 1810 Weiſung, durch raſche und wirkſame Kriegführung den Frieden herbeizuführen. Er wurde bevollmächtigt, auf die Bedingungen der Abtretung der Moldau und Wallachei, der Anerkennung des ruſſiſchen Beſitzſtandes im Süden des Kaukaſus, der Unabhängigkeit Serbiens, der freien Schifffahrt für die ruſſiſche Handelsflagge durch die Dardanellen und den Bosporus, der Erlegung von 20 Mill. Piaſtern, endlich der Ausweiſung des engliſchen Geſandten aus Konſtantinopel abzuſchließen [1]). Die Eröffnung des Feldzuges war glücklich (S. 326). Kamensky drang bis Schumla vor, der Großvezir, der hier mit ſeiner Armee lagerte, verlangte zu unterhandeln. Aber dieſe Verhandlung ſcheiterte an jenen ſtarken Forderungen und der Ermuthigung, die Napoleon, wie oben bemerkt, der Pforte zukommen ließ. Vergebens verſuchte Kamensky nun das Heer des Großvezirs bei Schumla einzuſchließen

[1]) Bernhardi Geſchichte Rußlands 2, 2, 603. 608.

und auszuhungern; vergebens beſchränkte er ſich dann auf die Beobachtung dieſer Armee, um Ruſtſchuk zu ſtürmen (3. Auguſt). Dagegen gelang es ihm, eine zweite türkiſche Armee, die zum Entſatz Ruſtſchuks von Nikopolis heranzog, bei Batin entſcheidend zu ſchlagen (7. September). Ruſtſchuk kapitulirte (26. September); Giurgewo, Siſtowa, Nikopolis ſelbſt fielen den Ruſſen in die Hände.

Hardenberg hatte unausgeſetzt in Petersburg gerathen, ſich mit mäßigen Bedingungen zu begnügen, um den Frieden mit der Pforte zu erlangen. Er erreichte in der That, daß die Bedingungen Rußlands auf die Abtretung der Donaufürſtenthümer, auf die Forderung der Selbſtſtändigkeit Serbiens unter Hoheit der Pforte und jene Kontribution, auf die man auch eventuell verzichten wollte, beſchränkt wurden. Dieſe theilte der Kanzler Rumänzow dem Geſandten Preußens in Petersburg mit. Sie zur Kenntniß des Divan zu bringen, übernahm der preußiſche Geſandte in Konſtantinopel, Freiherr von Werther. Bei der Stellung Preußens zu Frankreich, bei dem gegentheiligen Intereſſe Napoleons, der alles daran ſetzte, die Pforte gegen Rußland unter den Waffen zu halten, mußte Herr von Werther „ohne Befehl ſeines Hofes", auf ſeine perſönliche Verantwortung, die vertrauliche Eröffnung Rumänzow's dem Divan mittheilen und ſtrenge Bewahrung des Geheimniſſes verlangen. Nach der Schlacht von Batin durfte Werther hoffen, ſeine Bedingungen zur Annahme bringen zu können. Aber der Reis Efendi beſtand auf der Integrität des osmaniſchen Gebietes und behauptete, die Pforte könne nicht Frieden ſchließen, ohne daß Rußland zugleich mit Perſien Frieden ſchließe. „Dieſe Hartnäckigkeit der Pforte beruht offenbar, bemerkt der Geſandte, auf der Hoffnung, Rußland bald von anderer Seite in Krieg verwickelt zu ſehen. Unter anderem fragte mich der Reis Efendi, ob ich nicht glaube, daß die Erwählung des Fürſten von Pontecorvo zum Könige von Schweden (S. 335) den Krieg zwiſchen Rußland und Schweden wieder entzünden und Rußland noch andere Feinde zuziehen werde?" Auch der öſtreichiſche Geſandte biete alles auf, die Pforte in ihrem Widerſtande zu

ermuthigen. So berichtete Werther unter dem 18. Oktober 1810[1]). Man mußte preußiſcher Seits um ſo mehr abſtehen, als die Pforte das Geheimniß nicht wahrte; Graf Latour Maubourg, Napoleons Vertreter in Konſtantinopel, fragte bald nach jener Konferenz Herrn von Werther, ob etwa der preußiſche Hof die Mediation zwiſchen Rußland und der Pforte übernommen habe.

Hatte Alexander die Zwecke, die Napoleon in Polen verfolgte, nicht ſchon zu Tilſit bei der Gründung des Herzogthums Warſchau erkannt, ſo waren ſie ſeitdem ſehr deutlich geworden. Es war die Ermuthigung, die Napoleon der Pforte gewährte, die dieſe in Waffen gegen Rußland hielt; mit Oeſtreich hatte er ſich verſchwägert; Schweden, dem Alexander Finnland entriſſen, ſchien mit der Wahl Bernadotte's vollſtändig für Frankreich gewonnen — wo waren Stützpunkte und Bundesgenoſſen für Rußland zu finden, wenn es nun zum Kriege mit der gewaltigen Macht Napoleons kam? Alexander wußte, welche Hoffnungen die Polen auf Napoleon ſetzten; ihrer zwanzigtauſend kämpften jetzt in Spanien für ihn, d. h. für die kommende Wiederherſtellung Polens durch ihn. War es unmöglich, dieſe ſtarke Waffe gegen Rußland Napoleon zu entwinden? Alexander kam auf die Gedanken ſeiner Jugend zurück. Wie oft hatte er damals mit dem Freunde jener Tage, nachmals ſeinem Miniſter Adam Czartoryski, von der Wiedervereinigung der zerriſſenen polniſchen Nation geträumt! Konnte er Napoleon nicht überbieten, wenn er von freien Stücken das ruſſiſche Polen mit dem Herzogthum Warſchau vereinigte? War es ohne Ausſicht, den Reſt Galiziens hinzuzufügen, wenn er Oeſtreich dafür die Moldau, die halbe Wallachei bot? War er nicht in der Lage, den Polen ein größeres Polen, den vollen Nationalſtaat zu bieten, den Napoleon ihnen erſt erobern ſollte, in ganzem Umfange ſchwerlich zu beſchaffen vermochte. Nur unter Einer Bedingung freilich konnte Alexander ſolches Angebot thun: unter der der Vereinigung des neuen Polens mit Rußland, unter der, daß er ſelbſt der König des neuen Polens war. Schon in den erſten

[1]) Geh. Staatsarchiv. Vgl. Bogdanowitſch 1, 397 D. Ü.

Monaten des Jahres 1810, als er noch über die Nichtherſtellung Polens mit Napoleon unterhandelte, hatte Alexander Czartoryski dieſen Plan angedeutet. „Die große Schwierigkeit," ſchrieb er dem Fürſten am 5. April 1810, „iſt, den König von Sachſen zu entſchädigen, wenn man den armen König von Preußen nicht noch weiter entgliedern will." Sobald es zum Bruche (mit Frankreich) komme, müſſe Hand an die Ausführung gelegt werden; in dieſem Jahre, fügt Alexander hinzu, werde es nicht dazu kommen; er erwarte die Kriſis im nächſten Frühjahre. Von der Okkupation und Annexion Oldenburgs benachrichtigt, ſchrieb Alexander am 25. Decbr. 1810 (6. Januar 1811) dem Fürſten Czartoryski, der ſich damals in Pulawy aufhielt: „Der Moment ſcheint gekommen zu ſein, den Polen zu beweiſen, daß Rußland nicht ihr Feind, ſondern ihr natürlicher und wahrer Freund iſt, und wenn man ihnen Rußland als das einzige Hinderniß ihrer Herſtellung bezeichnet, ſo iſt es im Gegentheil nicht unwahrſcheinlich, daß Rußland dieſe realiſire. Die Umſtände ſcheinen mir günſtig, einer Idee zu folgen, die vormals meine Lieblingsidee war, welche die Gewalt der Umſtände mich zweimal zu vertagen gezwungen hat, die aber darum nicht minder im Grunde meiner Gedanken geblieben iſt. Haben Sie Urſache, zu glauben, daß die Warſchauer mit Eifer jede Gewißheit (ich ſage nicht Wahrſcheinlichkeit ſondern Gewißheit) ihrer Herſtellung ergreifen werden? Werden ſie dieſe ergreifen, von welcher Seite ſie auch komme? Werden ſie ſich dem Staate anſchließen, der ihre Intereſſen zu ſeinen eigenen macht?" Czartoryski bezeichnete als Bedingungen der Polen: die Proklamirung der Verfaſſung vom 3. Mai 1791, die Vereinigung aller polniſchen Lande, geſicherte Ausgangspforten für den polniſchen Handel, d. h. die preußiſchen Lande an der unteren Weichſel. Alexander ſtimmte in ſeiner Antwort vom 31. Januar (12. Februar) den beiden erſten Punkten zu; wenn nicht die Verfaſſung von 1791, jedenfalls eine liberale Verfaſſung. Oeſtreich werde er die Moldau und Wallachei bis zum Sereth für Galizien bieten. Die Bedingung sine qua non ſei, daß Polen ein mit Rußland vereinigtes Königreich bilde, deſſen Kaiſer dann auch den Titel

König von Polen tragen werde. „Der angreifende Theil zu ſein, wäre in der gegenwärtigen Lage ein Fehler. Aber dieſe wendet ſich vollſtändig, wenn ſich die Polen mit mir vereinigen wollen.“ Er ſei bereit, mit 106,500 Mann in erſter, 134,000 Mann in zweiter Linie den Krieg zu eröffnen. Dazu käme eine Reſerve von 45,000 Mann und 80,000 Rekruten, die ſchon eingekleidet und einige Monate exercirt wären. Durch 50,000 Polen und ebenſoviel Preußen, wie „durch die moraliſche Revolution verſtärkt, die das Beiſpiel der Polen in Europa hervorrufen werde,“ könne er dann bis zur Oder vorgehen. Die Streitkräfte Frankreichs unterſchätzte Alexander in hohem Maße. In jenem früheren Schreiben an Czartoryski vom 6. Januar 1811 nimmt er an, daß bei Fortdauer des Krieges in Spanien nur 60,000 Franzoſen gegen ihn operiren könnten, ſo daß mit den Rheinbundstruppen Napoleons Armee gegen Rußland nicht mehr als 155,000 Mann betragen werde[1]). Dem intimen Vertreter Preußens, Major Schöler, ſagte Alexander im März 1811: Napoleon habe höchſtens 50,000 Franzoſen in Deutſchland. Ueber den Ernſt der polniſchen Abſichten des Kaiſers ließen die Berichte Schölers, der deſſen Vertrauen in hohem Maße beſaß, in Berlin keinen Zweifel.

Konnte man hier bei ſolchen Tendenzen der ruſſiſchen Politik an der Donau und an der Weichſel die Ausſöhnung Oeſtreichs und Rußlands zu erreichen auch nur ernſthaft hoffen? Und doch war ohne dieſe Verbindung kaum auf Erfolg zu rechnen. Es war der letzte Kampf für die Unabhängigkeit Europa's, der geführt werden konnte; mit Rußlands Unterliegen fiel der letzte Staat, der noch aufrecht ſtand, ging der in Berlin und Wien noch vorhandene Reſt von Selbſtbeſtimmung verloren. Noch war jedoch in keiner Weiſe zu überſehen, ob es überhaupt zum Kampfe kommen würde. Konnte nicht der Gang der Dinge in Spanien Napoleon zu erneuerter Annäherung an Rußland bewegen? Durfte Preußen für Rußland Partei nehmen — und kein preußiſches Herz konnte in jenen Tagen eine

---

[1]) De Mazade Alexandre et Czartoryski p. 65 sqq. 99. 101. 127 135. 161. 199.

andere als dieſe zu ergreifen gedenken — ſolange zu befürchten ſtand, daß die beiden Kaiſer ſich zum dritten Male über Preußen die Hand reichten? Selbſt wenn man es dennoch wollte, war es möglich, Danzig und Warſchau im Rücken, die Franzoſen im Lande, Sachſen, Weſtfalen und die Armee Davouſt's an der Elbe, in Lübeck und Mecklenburg in der Front, ſich für Rußland zu erklären, ohne erdrückt zu werden, bevor die eigenen Truppen geſammelt werden konnten? Und wenn man alles daranſetzte, das ganze Land preisgab, um hinter der Weichſel mit den Ruſſen vereint zu kämpfen, wer ſtand dann dafür, daß Alexander nicht wieder, wie 1805 und 1807, nach der erſten Niederlage wich oder Frieden machte und Preußen fallen ließ. Wollte er überhaupt an Preußen einen ſtarken Bundesgenoſſen haben, ſo mußte er ſeinerſeits die Folgen des Pariſer Vertrages, den er durch Zulaſſung über Preußen gebracht, aufheben, an die Oder und Elbe vorgehen, ehe Napoleon gerüſtet und zur Stelle war, und damit den Kriegsſchauplatz vom Niemen an die Elbe verlegen. Nichts für Preußen Erwünſchteres, nichts Folgereicheres konnte geſchehen. War dies zu groß und zu kühn, ſo mußte er mindeſtens das Herzogthum Warſchau, den Waffenplatz Napoleons an ſeiner Grenze im Rücken Preußens raſch überziehen, um Preußens Aktion nach Weſten, Norden und Süden freizumachen. Waren dies die Abſichten Alexanders, oder wollte er den Feind innerhalb der Grenzen Rußlands erwarten? Was man aber auch von der Geſammtlage, von den Ausſichten auf Erfolg oder Mißerfolg, von Alexanders Abſichten wiſſen oder halten mochte — für Napoleon war Preußen die Angriffsſtraße gegen Rußland. Wenn er es nun für angemeſſen hielt, ſich dieſer durch einen plötzlichen Ueberfall feſt zu verſichern?

Am 27. Januar 1811 ſchrieb der König dem Staatskanzler: „Die Nachrichten aus dem Auslande werden von Tag zu Tag beunruhigender und es wird immer weniger unwahrſcheinlich, daß eine große Kataſtrophe ſich vorbereitet.“ Die Konventionen, welche die Ausführung des Vertrages vom 8. September 1808 regelten, ſchrieben ſelbſtverſtändlich vor, daß die preußiſche Regierung von jedem Marſche auf den Etappenſtraßen im Voraus zu benachrichtigen ſei.

Im März betraten ſtärkere franzöſiſche Abtheilungen ohne Anzeige das preußiſche Gebiet; ſie gingen nach Danzig und nach den Oderfeſtungen [1]). Der König befahl die Verproviantirung ſeiner Feſtungen auf zwei Monate, die Verſtärkung ihrer Beſatzungen und wies den Staatskanzler an, mit dem General Scharnhorſt in Berathung zu treten. „Ich erwarte," ſchrieb er dem Staatskanzler am 7. März, „Ihren Bericht, welcher unſerem zukünftigen Verhalten zur Baſis dienen ſoll." Hardenberg hörte auch Gneiſenau's Meinung, mit welchem er am 17. und 18. März auf ſeinem Landgute bei Berlin eine Beſprechung hatte. Gneiſenau führte in einer Denkſchrift aus, daß es faſt keinen Rath gebe, als verwegen dem Ausbruche entgegen zu harren. Rußland werde ſchwer widerſtehen können; dauere der Türkenkrieg fort, ſo habe es wohl nicht mehr als 80,000 Mann an ſeiner Weſtgrenze zu verwenden. „Für Preußen war der Pariſer Vertrag ein Todesurtheil; er übergab die drei Feſtungen, die den einzig haltbaren Strom beherrſchen, dem Feinde. Füllen ſich dieſe, Danzig und Magdeburg mit franzöſiſchen Truppen, was dann? Jede Anſtalt, jede Rüſtung erregt Argwohn." Die Truppen aus den Marken müßten nach Kolberg; aber ſie würden ſchwer und nur fechtend durchkommen. Eben dahin wären die oſtpreußiſchen zu dirigiren, aber die Beſatzung in Danzig werde ſo ſtark werden, daß auch ſie nur vielleicht fechtend dorthin gelangen würden. Die Seeküſte müßte feſtgehalten werden, um in Verbindung mit England zu bleiben. Wolle Napoleon an die Weichſel, dann ſei es von Wichtigkeit, ein Corps zwiſchen den ſchleſiſchen Feſtungen zu haben. Wäre die Exploſion nahe, ſo müßten die Truppen in Lager vereinigt werden. Vorausſichtlich ſei dieſelbe jedoch noch fern; doch müſſe man ſich vorbereiten. Elemente zu einer Inſurrektion ſeien nicht in zu ſtarkem Maße vorhanden. Man müſſe geeignete Verbindungen anknüpfen und

---

[1]) Die Anzeigen unterblieben, wie die Correspondance de Napoléon gegenwärtig erkennen läßt, auf ausdrücklichen Befehl Napoleons; 21, 433. 488. 490—493. 503. 511. 518. Ueber die Verſtärkung der Garniſon von Danzig l. c. 22, 266. Bogdanowitſch 1, 19. 26. 35 D. Ü.

unterhalten und den Adel auf das Schickſal hinweiſen, das ihm unter dem Code Napoléon bevorſtehe [1]). Es war auch Scharnhorſts Meinung, daß die militäriſche Lage Preußens vor Allem die Verbindung mit Oſtpreußen, den Uebergang über die Weichſel bei Dirſchau zu behaupten und den brandenburgiſchen Truppen den Rückzug nach Kolberg oder Schleſien offenzuhalten fordere. Da die Brücken bei Frankfurt von den Sachſen wie von der Küſtriner Beſatzung leicht erreicht werden konnten, wurde der Bau einer Brücke bei Schwedt beſchloſſen. Beide Uebergänge ſollten durch Detachements gedeckt, die Dislokationen ſo getroffen werden, daß dieſe raſch verſtärkt und die Beurlaubten ſchnell einberufen werden könnten. Im Fall eines franzöſiſchen Einbruches gedachte man die Truppen bei Kolberg und Neiſſe in verſchanzten Lagern zu ſammeln, von hier aus auf die Flanken der franzöſiſchen Armee zu wirken und Pillau ſtark zu befeſtigen, um dieſen wichtigen Verbindungspunkt mit Rußland ſicher behaupten zu können. Napoleon hatte Preußen oft genug aufgefordert, ſeine Küſten militäriſch zu beſetzen, um den Schleichhandel der Engländer zu unterdrücken; er deckte gegenwärtig ſeine gewaltigen Rüſtungen, indem er ſie gegen England gerichtet erklärte, welches eine große Expedition gegen die deutſchen Küſten beabſichtige [2]). Man konnte auch in Preußen hiervon Vortheil ziehen, vornehmlich für Kolberg und Pillau.

Mit der militäriſchen mußte die diplomatiſche Vorbereitung Hand in Hand gehen. Aber die Nachrichten aus Wien wurden mit den ſteigenden Anzeichen der Kriſis nicht beſſer. Der Unwille gegen Rußland, die Verſtimmung über die Fortdauer des ruſſiſch-türkiſchen

---

[1]) „März 1811" geh. Staatsarchiv; Droyſen York 1, 254. Vergl. bei Pertz Gneiſenau die Schreiben vom 2. 16. April (nicht März) und 21. April; 2. 51. 61. 67. Das bei Pertz folgende „Ew. Excellenz u. ſ. w." iſt vom 24. April. An dieſem Tage iſt auch Boyens Denkſchrift, und zwar in Folge einer Unterredung des Königs mit dem Hauptmann am 23. April, dem Könige übergeben worden; a. a. O. 2, 71. — [2]) Correspondance de Napoléon 21, 464. 492. 508. 509; vom 10., 19., 24., 29. März 1811.

Krieges, die persönliche Abneigung Metternichs gegen Rumänzow, den leitenden Minister Alexanders, beherrschten das östreichische Kabinet. Humboldt berichtete am 2. März: man wird hier schwerlich zu einem Entschlusse kommen, und wenn es geschähe, würden die Mittel fehlen. Die Verwaltung im Innern ist trostlos. Am 16. März fügte er hinzu: man wird hier solange als möglich neutral bleiben und dann nach den Umständen handeln; die Armee soll nun zwar auf 180,000 Mann gebracht werden, aber es geschieht nichts, sie zu vermehren. Und am Tage darauf: die Vermehrung der französischen Truppen in Deutschland beginne Metternich unruhig zu machen; er gebe jedoch Rußland die Schuld, es habe angefangen zu rüsten; Preußen könne nichts thun, als sich eng an Frankreich anschließen.

In den ersten Tagen des April ging der Adjutant Alexanders, Oberst Czernischew, im Auftrage seines Kaisers durch Berlin nach Paris; er hatte dem Könige vertrauliche Mittheilungen zu machen. „In diesem Augenblicke," so schrieb der König am 4. April an Hardenberg, „verläßt mich Czernischew. Er hat mir anvertraut, daß er mit versönlichen, wenn auch festen Eröffnungen beauftragt sei. Er hält die Hoffnung fest, daß das Gewitter nicht sobald ausbrechen wird. Uebrigens trägt alles, was er mir gesagt hat, den Stempel einer unglücklichen Velleität, Krieg zu machen (velléité de guerroyer). Mit Emphase hat er mir von den neunzehn an den westlichen Grenzen versammelten Divisionen und einer Reserve, ich glaube von 150,000 Mann, gesprochen. Dies alles erinnert mich an 1805 und 1806, wo die Umgebungen des Kaisers von derselben Aufwallung ergriffen waren. Ich fürchte sehr, daß das Endresultat noch einmal ein schlecht kombinirter Krieg sein wird, welcher den Freunden Rußlands Unglück bringt, statt sie von dem Joche zu befreien, welches sie erdrückt." Der König sah vollkommen richtig. Auch Czartorysli gegenüber hatte Alexander von neunzehn Divisionen an seiner Westgrenze gesprochen, die noch durch einige Divisionen von der Moldauarmee verstärkt werden könnten, von jener starken Reserve an Linientruppen und Rekruten. Er hielt die Gewinnung der Polen

damals für zweifellos und den Moment zum Angriff für günſtig; Czerniſchew theilte auch perſönlich dieſe Anſicht [1]).

Wir ſahen, es war für Preußen von großem Werthe, die eben begonnene Konſolidation noch ein paar Jahre fortzuſetzen; das europäiſche, das deutſche, vor allem das preußiſche Intereſſe forderten, Rußland darauf aufmerkſam zu machen, den Kampf nicht zu beginnen, wenn man nicht ſicher ſei, ihn mit Nachdruck und einiger Wahrſcheinlichkeit des Erfolges führen zu können. In dieſem Sinne ſchrieb der König am 7. April an Kaiſer Alexander: „Die unglückliche Situation, in welcher ich mich befinde, iſt Ihnen bekannt. Ein Blick auf die Karte, auf die Poſitionen, welche des Kaiſers Napoleon Truppen einnehmen, auf die Militärſtraßen und Kommunikationen, welche unheilvolle Verträge ihnen zuſichern, genügt, zu zeigen, in welchem Grade meine Stellung gehemmt, gefahrvoll, vielleicht ohne Beiſpiel iſt, mit welcher Vorſicht ich handeln muß, um den Staat nicht einer ebenſo ſchnellen als unfehlbaren Vernichtung auszuſetzen; er genügt, um ſich zu überzeugen, daß ich ohne günſtige Veränderungen mich ſogar in der grauſamen Nöthigung ſehen kann, den Weg zu gehen, der meinen Wünſchen und Grundſätzen am meiſten widerſpricht. Ein Krieg zwiſchen Frankreich und Rußland wird immer für Preußen ein großes Unheil ſein, welches ſich nur mit äußerſter Mühe von ſeinem Unglück erholt. Man müßte mithin mit Sicherheit auf große Erfolge zählen können, um dieſen Krieg nicht eifrig hinausgeſchoben zu wünſchen. Die Richtung, welche ich einſchlagen zu müſſen glaube, behalte ich mir vor, mit vollem Vertrauen mitzutheilen. Sehr glücklich werde ich ſein, wenn meine Verpflichtungen mit meinen Neigungen und der unverbrüchlichen Anhänglichkeit an Ihre Perſon vereinigt werden können. Inzwiſchen erlaube ich mir zu bemerken, daß, um einen ſo furchtbaren

---

[1]) Alexander ſagte am 1. Juni 1811 Lauriſton: „Wenn ich der Angreifer ſein wollte, wer hätte mich gehindert? Ich bin ſeit zwei Monaten bereit;“ Lanfrey hist. de Nap. 5, 427. Und Czerniſchew ſchreibt aus Paris am 20. Febr. 1812: die drei erſten Monate des Jahres 1811 ſeien für den Angriffskrieg Rußlands die günſtigſten geweſen, er habe damals dazu gerathen; Smitt Zur Aufklärung S. 308. 309. Vgl. oben S. 341 u. unten S. 354.

Feind wie Napoleon mit Glück zu bekämpfen, es unerläßlich ſcheint, nur einen Krieg führen zu müſſen, um dieſem alle Aufmerkſamkeit und alle Kräfte zuwenden zu können, ſich durch den Beiſtand ſeiner Nachbarn zu verſtärken und ſelbſt große Opfer nicht zu ſcheuen, um ſich dieſes Beiſtandes zu verſichern. Dem Eifer des Freundes wird verziehen werden, wenn ich einer engen Verbindung mit Oeſtreich gedenke, welche Eure Majeſtät von vornherein aus einer rein paſſiven Rolle heraustreten laſſen würde, der Beziehungen, welche vielleicht mit Schweden angeknüpft werden könnten, endlich der Herſtellung Polens, welche Eure Majeſtät ſchon im Auge haben und welche von großen Folgen ſein würde, beſonders wenn ihm ein König ſeiner Wahl geſtattet werden könnte. Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, wie nöthig es iſt, ſeine Entwürfe wohl zu erwägen. Die Unabhängigkeit zu ſichern und herzuſtellen, das iſt heut die nützlichſte und glorreichſte Eroberung." Am 12. April fügte der König hinzu: „Napoleon läßt ſo eben eine neue Militärſtraße fordern, von Hamburg nach Stettin und von da nach Danzig. Sie wird unter den gegenwärtigen Umſtänden nicht verſagt werden können. Sie erleichtert und verkürzt die Verbindungen und ſchließt mich immer enger ein. In abſoluter Ungewißheit über die Abſichten Napoleons gegen Preußen muß ich fürchten, daß er ſich erſt im Augenblick des Krieges gegen Rußland erklären und inzwiſchen alle Maßregeln nehmen wird, um die Streitkräfte zu paralyſiren, welche mir bleiben, und ſich Preußens und aller ſeiner Hülfsmittel zu bemächtigen. Dieſe Betrachtungen erſcheinen mir ebenſo wichtig für Eure Majeſtät. Kann ich mit Sicherheit auf Ihre Unterſtützung zählen, werden Ihre Armeen mir zu Hülfe kommen, wenn ich angegriffen werde oder meine Provinzen durch Napoleon oder ſeine Verbündeten auf vertragswidrige Weiſe betreten werden? Maßregeln dieſer Art wären unwiderſprechlich feindlich gegen Eure Majeſtät, und ich denke, daß Ihr eigenes Intereſſe Ihnen in dieſem Falle verbieten würde, ſich auf die ſtrikte Defenſive innerhalb der Grenzen zu beſchränken. Sie dürfen überzeugt ſein, daß ich Napoleon nicht provociren, ſondern die größte Vorſicht beobachten werde; aber ich habe das dringendſte Bedürfniß, Ihre Entſchließungen zu kennen,

Sire, um darnach die meinigen in den ſchwierigen Fällen, welche eintreten können, zu nehmen. Theilen Sie mir dieſelben ſo bald als möglich mit und ſeien Sie verſichert, daß ich das Geheimniß bewahren werde.“ Am 16. April wiederholte der König die Bitte, bald poſitiv darüber unterrichtet zu ſein, was Alexander thun werde, um Preußen im Falle eines Angriffes oder in dem Falle zu helfen, daß Konceſſionen verlangt würden, welche Preußen paralyſirten, z. B. der Einmarſch eines bedeutenden Truppencorps oder die Abtretung eines Hafens. Direkte und vollkommen ſichere Nachrichten aus Oeſtreich ſagten: daß man dort ungern ſähe, daß Rußland den Schild gegen Frankreich erhebe, daß man den Krieg vermieden wünſche. „Wenn man ſich auch die Folgen nicht verhehlt, die ein für Rußland ungünſtiger Ausgang auch für Oeſtreich haben könne, ſo iſt man doch entſchloſſen, neutral zu bleiben. Der Türkenkrieg giebt dem Wiener Hofe noch immer üble Meinung, und es iſt noch keineswegs klar, daß ſolche Dispoſitionen nicht früher oder ſpäter die Wage zu Gunſten Napoleons neigen könnten. Noch ein Mal geſtatte ich mir zu bemerken, daß Eure Majeſtät, immer ſtark genug, Ihre Staaten zu vertheidigen, doch das großmüthige Ziel, das übrige Europa vor dem vollſtändigen Verluſte ſeiner Freiheit und politiſchen Exiſtenz zu bewahren, ſchwerlich erreichen werden, wenn Sie das Spiel nicht gut einleiten, Ihrer Nachbarn ſicher und von jedem anderen Kampfe frei ſind.“

Die Auffaſſung des leitenden Miniſters von der Lage Preußens, die Einleitungen, welche er Frankreich gegenüber bereits getroffen hatte, als der König dem Kaiſer Alexander dieſe Mittheilungen machte, läßt ein Bericht deſſelben vom 13. April erkennen. Preußen könne nicht neutral bleiben, wenn es nicht dem Schickſale Brandenburgs unter Kurfürſt Georg Wilhelm verfallen ſolle. Napoleon würde nur ein entwaffnetes Preußen in ſeinem Rücken dulden, und wäre ſelbſt die Neutralität möglich, ſo würde Preußen nichts davor bewahren, Kriegsſchauplatz zu werden. Napoleon ſei in der Lage, Preußen in kurzer Zeit in vier Stücke zu trennen, die Provinzen von allen Seiten zu überſchwemmen. Zur Verbindung mit Frank-

reich könne nur die Noth zwingen. Sie vermehre die Abhängigkeit, würde auf sehr üble Bedingungen geschlossen werden müssen und keine Sicherheit gegen Schädigung und Vernichtung gewähren, während Rußland sogleich Ostpreußen besetzen und England und Schweden den letzten Rest des preußischen Seehandels zerstören würden. Die Verbindung mit Rußland empfehle dagegen das gemeinsame Interesse, die Unabhängigkeit zu erkämpfen, die sich damit eröffnende Hoffnung auf die Unterstützung Englands, das Bewußtsein, für Ehre und Recht einzutreten, und die Aussicht, verlorene treue Provinzen wiedererlangen zu können. Dagegen komme in Betracht: die ungeheuere Macht Napoleons, sein Feldherrntalent, die Einheit und Schnelligkeit seiner Maßnahmen, die Folgsamkeit des Rheinbundes, die traurigen Erfahrungen der letzten Kriege, die stets mit weiteren Fortschritten Frankreichs endeten, der mangelnde Geist der Eintracht und Kraft der Höfe, der Mangel an Feldherren, die Napoleon und seinen Generalen entgegentreten könnten, der geringe Grad von Ausdauer und Kraft, den Kaiser Alexander in den früheren Fällen bewiesen, sein noch immer sehr gespanntes Verhältniß zu Oestreich, ferner der Umstand, daß bei der Verbindung mit Rußland das Land zwischen Elbe und Oder wenigstens vorerst verloren gehen würde, endlich die Ungewißheit, ob Alexander es wirklich auf den Krieg ankommen lassen werde, ob Napoleon bei der Lage der Dinge in Spanien nicht vorziehe, den Krieg zu verschieben. Habe man mit Rußland abgeschlossen und der Krieg erfolge nicht, so würde solcher Anschluß Preußen theuer zu stehen kommen. Rußland wünsche die Verbindung mit Preußen. Es sei wahrscheinlich, daß Kaiser Alexander einem Angriffe auf Preußen nicht zusehen werde, aber nicht ausgemacht. Bis hierüber Gewißheit erlangt sei, müsse die Verbindung mit Rußland offengehalten werden. Sich jetzt schon für Rußland zu erklären, d. h. das Gebiet diesseit der Oder aufzugeben, sei äußerst bedenklich, da offensiv vorzugehen für ein zu großes Wagestück gehalten werde, auch die Mittel dazu schwer zusammenzubringen wären. Ob Frankreich Preußen zum Freunde oder zum Feinde zu haben vorziehe, um dann dessen Hülfsmittel um so freier benutzen

zu können, ſei fraglich. Deshalb ſei dem Grafen St. Marſan das Verlangen geäußert worden, die Abſichten Napoleons für Preußen zu erfahren und eine Verbindung einzugehen. Man habe dabei die Unruhe und das Mißtrauen nicht verborgen, welche durch die Ungewißheit entſtehen müſſen, in der man gehalten werde, während Frankreichs Armeen ſich an Preußens Grenzen häuften, Durchmärſche und kriegeriſche Maßregeln einander folgten und verabredete Formen nicht beobachtet würden, daß der König wohl in den Abgrund geſtürzt werden könne, daß dies aber gewiß nicht geſchehen würde, ohne daß er die Achtung ſeines Volkes und Europa's mit hinab nähme. In wenigen Tagen müſſe die Entſchließung Napoleons hierüber erfolgen. Da jedoch derſelbe auch die Abſicht haben könne, Preußen erſt völlig zu umſtricken, um ſeinen Willen über Preußens Schickſal deſto unbedingter auszuſprechen, müßten, bis der Hauptentſchluß gefaßt werden könne, alle militäriſchen Mittel ohne Bedenken ergriffen und vorbereitet werden. Sollten ſie auch Aufſehen erregen, ſo ſei dies das geringſte Uebel. „Ich ſtimme," ſo ſchließt der Bericht, „allen Anträgen des Generals von Scharnhorſt bei. Das Corps bei der über die Oder zu ſchlagenden Brücke muß immer ſtark genug ſein, um Zerſtörungsverſuche durch Detachements der Beſatzungen von Stettin und Küſtrin vereiteln zu können. Die eventuelle Ernennung von Militär- und Civilgouverneurs erſcheint mir ſchon jetzt nöthig."

In der Abſicht, zunächſt durch den Antrag eines Bündniſſes Napoleons Abſichten zu erkunden, ſein Mißtrauen, welches einen plötzlichen Angriff herbeiführen konnte, zu beſchwichtigen, Zeit für Unterhandlungen mit Rußland und Oeſtreich zu gewinnen, um ſich für den Fall eines franzöſiſchen Angriffes der ruſſiſchen Hülfe zu verſichern und wenn möglich zu einer Vereinigung mit Oeſtreich zu gelangen, hatte Hardenberg am 24. März dem Grafen St. Marſan jene Eröffnungen gemacht. Er war noch weiter gegangen. Eben in dieſen Tagen (26. März) war die Nachricht eingetroffen, daß Napoleon ein Erbe geboren ſei. Hardenberg rieth dem Könige, den Fürſten Hatzfeldt mit Ueberbringung des Glückwunſches zu beauftragen. Hatz-

feldt war neben dem Feldmarschall Kalkreuth der erklärteste Parteigänger Frankreichs. Als Hatzfeldt im Frühjahre 1810 wegen seines Verhaltens im Jahre 1806 (er hatte damals einen Transport von 20,000 Gewehren nicht abgehen lassen) unter Anklage gestellt wurde, ließ Napoleon durch eine in Berlin übergebene Note erklären: „die Feinde Hatzfeldt's seien seine Feinde, die, welche Hatzfeldt angriffen, griffen ihn selbst an [1])." Die Fortsetzung des Prozesses hatte aufgegeben werden müssen. Der König erklärte Hardenberg, „daß er den größten Widerwillen empfinde, Hatzfeldt diese Mission anzuvertrauen." Hardenberg brachte jedoch seinen Vorschlag zur Annahme und instruirte Hatzfeldt, wenn ihm der Kaiser oder dessen Minister von Politik sprächen, diese Mittheilungen nur zum Bericht entgegen zu nehmen, doch aber jede solche Gelegenheit zu der Versicherung zu benutzen, daß Preußen in vollständiger Uebereinstimmung mit Frankreich zu handeln gedenke. Zugleich ließ er indeß in Paris die auf Grund des Vertrages vom 8. September 1808 (welcher die Räumung Glogau's nach Abzahlung der Hälfte der stipulirten Kontribution verfügte) bereits erhobene Forderung dieser Rückstellung durch eine Note des Staatsrathes Labaye, den er zur Regelung der Kontributionszahlungen Ende August 1810 nach Paris geschickt hatte, unter dem 18. April wiederholen. „Da gegenwärtig," sagt diese Note, „nach der am 10. d. M. festgestellten Rechnung über die Hälfte der Kontribution abgetragen ist, gestatte ich mir, die Forderung in Betreff der Rückstellung Glogau's zu erneuern, welche nunmehr in Gemäßheit des Art. 6 des Vertrages vom 8. September 1808 durch nichts mehr aufgehalten werden kann [2])."

Napoleon kamen die Eröffnungen Hardenbergs an St. Marsan nicht ungelegen. Er wies seinen Minister unter dem 8. April an:

---

[1]) Correspondance de Napoléon 20, 335; 9. Mai 1810. — [2]) Nach Labaye's Bericht an den Staatskanzler von demselben Tage waren auf den Gesammtbetrag der französischen Forderung von 127,096,556 Francs (das Mehr von 7,096,556 Francs war die Zinsforderung für die früherhin verzögerte Zahlung fälliger Raten; ob. S. 304) bis zum 8. April bezahlt 64,482,819, und lagen zu weiterer Zahlung in Paris bereit 4,970,000 Franks.

St. Marſan ſolle die Verhandlung im Gange halten, dabei aber zu erkennen geben, daß man an die Möglichkeit eines Bruches zwiſchen Frankreich und Rußland nicht glaube, ohne zu verhehlen, daß einige Kälte zwiſchen beiden Mächten beſtehe. Der Kaiſer ſei dankbar für die Eröffnung und St. Marſan beauftragt, von deren Tragweite ſich zu unterrichten und feſtzuſtellen, wie weit ſie ſich mit den Ideen des Kaiſers vereinigen ließe [1]). St. Marſan machte dem Staatskanzler die vorgeſchriebene Mittheilung, welche er ſelbſt als ſehr zufriedenſtellend bezeichnete (18. April), und General Kruſemark konnte (11. April) Champagny's Aeußerung nach Berlin berichten, daß nur vorübergehende Wolken zwiſchen Frankreich und Rußland ſchwebten, welche zu keiner Exploſion führen würden. Zugleich referirte Hatzfeldt, daß Napoleon zwar die Schwankungen der preußiſchen Politik getadelt und großes Mißtrauen gegen Preußen gezeigt, jedoch hinzugeſetzt habe, wenn Preußen dem franzöſiſchen Syſtem treu bleibe, werde er Preußen ebenſo viel Gutes thun als er ihm bisher Schlimmes zugefügt habe. Der König ſandte dem Staatskanzler beide Berichte (23. April) mit der Bemerkung, daß die allgemeinen Ausdrücke, die Hatzfeldt zu Theil geworden, nichts ſagten. Man will unſere Vorſchläge abwarten und hütet ſich ſorgfältig, etwas zu artikuliren. „Neue Verlegenheiten aller Art werden zu überwinden ſein, und endlich ein enges Bündniß — wohin wird es führen?"

Während Frankreich hiernach bereit ſchien, auf Verhandlungen über ein Bündniß einzugehen, erhielt man aus Wien auf das Anerbieten Hardenbergs: bei dem gleichen Intereſſe beider Staaten in der gegenwärtigen Kriſis das Syſtem zu verfolgen, welches man in Wien ergreifen werde, zur Antwort, daß man ſich außer Stande glaube, Preußen im Falle eines Angriffes von Seiten Frankreichs unterſtützen zu können, ſich ſelbſt auf Neutralität beſchränken werde, und Preußen überlaſſen müſſe, ſein Syſtem nach ſeiner Lage zu wählen. Mit Humboldts Urtheil, daß Oeſtreich, im Falle die Neu-

[1]) Correspondance de Napoléon 22, 24.

tralität nicht aufrecht zu erhalten wäre, mit Frankreich gehen werde, ſtimmten Kruſemarks Beobachtungen in Paris, der jedoch zugleich die Meinung ausſprach, daß der Krieg bis zum nächſten Jahre vertagt ſei, wenn der Zwiſt nicht überhaupt ausgeglichen werde. Von Petersburg her blieben die Mittheilungen des Königs vom 7., 12. und 16. April unbeantwortet; dagegen ſagten Schölers Berichte, daß der Kaiſer den Kampf mit Frankreich ſcheue, daß er ſich in ſtarken Vertheidigungsſtand ſetze und den Plan feſthalte, Polen durch Vereinigung mit Rußland wiederherzuſtellen. Gegen Galizien würde er die Moldau und Wallachei an Oeſtreich abtreten (S. 340). Er wünſche den Krieg mit der Pforte zu beendigen; aber ſeine Forderungen ſeien immer noch zu ſtark, und die Pforte verweigere Alles. Der Kaiſer ſei durchaus abgeneigt, ſich unwiderruflich für den Krieg zu entſcheiden. Komme es dennoch dazu, ſo werde, falls die Polen ſich für Rußland erklärten, zwar die Beſetzung des Herzogthums Warſchau, jedoch keine weitere Offenſive erfolgen; andernfalls ſei man entſchloſſen, rein defenſiv zu Werke zu gehen, worin der General Phull den Kaiſer beſtärke. Der Kaiſer halte dafür, daß Oeſtreich und Preußen die erſten Schritte gegen Frankreich thun müßten; die Nation theile die Anſicht des Kaiſers; alles hänge dem unſeligen Syſteme an, daß jede Kriegführung außerhalb der Grenzen Ruin der Finanzen und Vergeudung des ruſſiſchen Blutes ſei. Der Entſchluß des Kaiſers zur Offenſive ſtehe demnach bei den Polen. Noch üblere Ausſichten gab eine Mittheilung Rumänzows: „was Preußen denn zu fürchten habe, wenn es ſich mit Rußland verbinde und umſichtig genug ſei, ſich gegen eine Ueberraſchung zu ſichern? Das poſitive Intereſſe der Staaten gewährleiſte ihre Haltung beſſer als Verträge; das Herzogthum Warſchau ſei bereits durch die Aufſtellung der ruſſiſchen Armeen paralyſirt [1])." So ſchrieb Rumänzow, während Alexander Czartoryski ſagte, daß er nur dann den Krieg beginnen werde, wenn er Polens ſicher ſei, daß Preußen nur dann wagen könne, ſich mit ihm zu verbinden, wenn die Polen ſich Rußland anſchlöſſen [2]).

[1]) Schölers Berichte vom 30. März, 5. und 18. April. Rumänzow an Lieven 19. April (1. Mai) 1811; geh. Staatsarchiv. — [2]) De Mazade

Unter dieſen Umſtänden glaubte Hardenberg, daß den Verhandlungen mit Frankreich Folge gegeben werden müſſe, und legte dem Könige das Projekt eines Vertrages vor. Scharnhorſt vertrat in einer beredten Denkſchrift den Anſchluß an Rußland. Napoleon würde höchſtens eine Scheinallianz mit Preußen ſchließen; er mißtraue dem Könige, der Armee, der Nation, wie er dies dem Prinzen Wilhelm ſelbſt geſagt habe[1]). Preußen wäre nicht mehr, wenn er Rußlands Zuſtimmung zu ſeiner Vernichtung zu erlangen vermocht hätte. „Schlöſſen wir mit Frankreich ab, ſo entbänden wir Rußland von ſeinen Verpflichtungen und würden in der Stunde der Noth keinen Alliirten mehr finden. Rußland kann nur mit Preußen Napoleon widerſtehen; beſiegt aber Napoleon mit Preußen Rußland, ſo wären wir dann trotz der Allianz mit Frankreich verloren.“ Preußens Untergang ſei gewiß, wenn es ſich mit Frankreich verbinde; er ſei freilich auch wahrſcheinlich, wenn es ſich mit Rußland verbinde. „Mit Rußland und England verbündet, hat die Königliche Familie im übelſten Falle ein ehrenvolles Privatleben zu erwarten, mit Frankreich verbündet eine unbemitleidete Gefangenſchaft.“ Nur in dem Falle, daß Rußland die Zuſicherung kräftigſter Unterſtützung ablehne, worüber man ſich baldmöglichſt vergewiſſern müſſe, könne er zum Anſchluß an Frankreich rathen. Der Staatskanzler entgegnete: man könne zugeben, daß wir unſere Erhaltung im Frieden zu Tilſit Rußland verdanken; aber verlangte dies nicht ſein eigenes Intereſſe? War es nicht Rußland, welches Preußen dazu trieb, den Krieg fortzuſetzen und, nachdem es verſprochen, daß es bis zum Verluſt des letzten Dorfes kämpfen würde, beim erſten Unfall das

---

1. c. p. 163. „Ew. Majeſtät werden aus meinem letzten Berichte zu erſehen geruht haben, daß von der Wahrſcheinlichkeit, daß die Polen unter Bedingung ihrer Herſtellung und Vereinigung mit Rußland an dieſes ſich anzuſchließen geneigt ſein könnten, der Entſchluß des Kaiſers zur Offenſive abhängig ſein wird,“ ſchreibt Schöler am 18. April. Ueber die damaligen Offenſivpläne iſt auch die Denkſchrift Magnitzky's, welche Smitt (Zur Aufklärung des Jahres 1812) mittheilt, zu vergleichen. Leider fehlt, wie bei Smitt nur zu oft, zwar nicht die Jahreszahl (1811), aber das Datum. — [1]) Vgl. die folgende Abhandlung.

Feld verließ, ohne Preußen Waffenſtillſtand ſchloß, zugab, daß man uns einen unheilvollen Frieden diktirte, an Preußens Beraubung Theil nahm, nach dem Frieden nichts that, uns zu ſtützen, und ſich begnügte, uns Nachgiebigkeit gegen Frankreich zu predigen? Wer hat uns in Frankreichs Arme geworfen, wer hat uns gerathen, uns eng mit Frankreich zu verbinden? Wer iſt ſchuld, daß uns die franzöſiſchen Armeen umzingeln? Hätte Kaiſer Alexander größere Energie gezeigt, die Oderfeſtungen wären nicht in Frankreichs Hand; hätte ſein Kabinet eine geſunde Politik, es hätte ſeit 1809 gehandelt.

Es war in dieſen Tagen Hardenbergs Meinung, in Betracht der Unſicherheit, ob es zum Kriege kommen werde, der Politik Rußlands der Pforte und Polen gegenüber, der Gewißheit, von Oeſtreich keinen, der Ungewißheit, von Rußland irgend genügenden Beiſtand zu erhalten, mit Frankreich unter der Vorausſetzung abzuſchließen, daß Bedingungen erlangt werden könnten, die einigermaßen Sicherheit und Selbſtſtändigkeit gewährten. Am 10. Mai führte er aus: das Weſentlichſte ſei, die Exiſtenz zu bewahren; in dem Wechſel der Zeiten könnten Hülfsmittel liegen, die man nicht zu ahnen vermöge. Der Schwerpunkt für die Entſcheidung beruhe in der Frage: wo iſt das größere, wo das kleinere Uebel, wo die größte und dringendſte Gefahr? Die Verbindung mit Frankreich könne nur die eiſerne Nothwendigkeit gebieten. Die Verbindung mit Rußland wäre weit vorzuziehen, wenn hier eine feſte und uneigennützige Politik vorherrſchte, die nicht auf für die Nachbarn gefährliche Eroberungen ausgehe, die uns und Oeſtreich zu unterſtützen Maßregeln nähme, welche uns in den Stand ſetzten, uns mit verminderter Gefahr zu erklären, wenn auf Feſtigkeit und Ausdauer des Kaiſers und zweckmäßige Führung ſeines Heeres zu rechnen wäre. „Noch in einem läſtigen Kriege begriffen, reizt Rußland durch Rüſtungen den gefährlichſten Feind, verliert den Augenblick, wo es durch kräftiges Vordringen Oeſtreich und Preußen in die Lage bringen könnte, ſich ihm anzuſchließen. Unbegnügt, der Moldau und Wallachei Unabhängigkeit unter der Oberherrſchaft der Pforte zu ſichern, beſteht es auf dieſer Eroberung,

die das wesentlichste Hinderniß eines Einverständnisses mit Oestreich ist; es beabsichtigt sogar die Vereinigung Polens mit seinen übrigen ungeheueren Besitzungen, welches die Eifersucht Oestreichs aufs Höchste steigern und es auf die französische Seite drängen wird. Auch gegen Preußen giebt es nichts Feindseligeres als diese Vereinigung. Nur wenn der Kaiser die Polen für unabhängig erklärte und ihnen einen König aus ihrer Mitte zu wählen gestattete, könnten wir uns eher beruhigen, obwohl ein unabhängiges kräftiges Polen unsere Ostseeprovinzen stets bedrohen wird. Nimmt man dazu die Erfahrungen von 1805 und 1807, das schnelle Abspringen des Kaisers von einem System zum anderen, so kann ich unter den gegenwärtigen Umständen, dem tiefen Gefühle meines Herzens zuwider, nicht zum Bündniß mit Rußland rathen. Die größere Gefahr, die Gefahr, welche unvermeidlich ist und schnell eintreten würde, liegt gegenwärtig hier. Die Existenz Preußens würde höchst wahrscheinlich verloren gehen, wenn es jetzt durch das Bündniß mit Rußland gegen Frankreich in Krieg geriethe. Die Gefahr des Bündnisses mit Frankreich ist weniger drohend, später drohend und mithin eher zu vermeiden." Entschlösse sich der König zu diesem, so würde dem Kaiser von Rußland vertraulich im Hinweise auf die Nothwendigkeiten der Lage, unter freimüthiger Geltendmachung der Bedenken gegen seine Politik, hiervon Nachricht zu geben sein. Zugleich könnte Napoleon ein ostensibles Schreiben des Königs an Kaiser Alexander mitgetheilt werden, in welchem Letzterem die Herstellung des guten Einvernehmens mit Frankreich ans Herz gelegt würde. Aenderten sich während der nicht zu pressirenden Unterhandlung mit Frankreich die Umstände, so daß die Verbindung mit Rußland bessere Aussichten gewährte, so würde diese zu ergreifen sein. Stelle Napoleon unannehmbare Bedingungen, so sei es besser, mit Ehre zu fallen, als mit Schande stehen zu bleiben. Scharnhorst hielt seinen Standpunkt in einer Denkschrift vom 12. Mai aufrecht, welche der Staatskanzler seinerseits wiederum glossirte und sämmtliche Schriftstücke am 13. Mai dem Könige zur Entscheidung vorlegte.

Man hatte in Preußen Grund genug, auf der Hut zu sein. Zu

derſelben Zeit, als die Durchmärſche durch Preußen nach den Oderfeſtungen und Danzig begannen, hatte Napoleon ſeinem General-Inſpektor der Artillerie die Zuſammenſtellung von drei Belagerungsparks für Spandau, Kolberg und Neiſſe befohlen. Die Belagerung dieſer drei Feſtungen müſſe zu gleicher Zeit geführt werden; der Park für Spandau müſſe aus Magdeburg, der für Kolberg aus Stettin und Küſtrin, der für Neiſſe aus Glogau und den ſächſiſchen Feſtungen gezogen werden. Was die genannten Feſtungen böten, was außerdem erforderlich ſei, müſſe angegeben werden; das Geheimniß dürfe Niemand anvertraut werden. Darnach beſchäftigte er ſich mit dem Projekte, Hamburg in einen feſten Platz erſten Ranges gegen Preußen und England umzuwandeln [1]). In den letzten Tagen des März wies er Davouſt an, daß, wenn die Ereigniſſe es nöthig machen ſollten, er im Fluge mit 90,000 Mann bei Danzig ſein müſſe; er ſtehe ja auch bereits mit zwei Diviſionen faſt bei Stettin. In Weſtfalen dürfe nur eine Diviſion (12,500 Mann) zurückbleiben. An der Weichſel würden 50,000 Sachſen und Polen zu ihm ſtoßen. In Hamburg und Mecklenburg würden ſtatt ſeiner Truppen 84 franzöſiſche Bataillone einrücken, ihn zu unterſtützen, und im nächſten Monat noch 100,000 Gewehre nach Polen abgehen. Poniatowski müſſe alles in Modlin unterbringen, damit die Ruſſen nicht etwa auf den Gedanken kämen, anzugreifen, um ſich dieſer Waffen zu bemächtigen. In Warſchau und den größeren Städten müßten Nationalgarden gebildet, die neuen Befeſtigungen von Danzig ohne Rückſicht auf Geld ſo gefördert werden, daß ſie im Laufe des Sommers fertig und im Oktober armirt werden könnten, und die Arbeiten ſo eingerichtet, daß die Werke jeden Tag in Vertheidigungszuſtand zu ſetzen ſeien. General Haxo werde Danzig, Thorn, Modlin, darnach Stettin, Küſtrin und Glogau inſpiciren, endlich nach Magdeburg zurückkehren [2]).

Die militäriſchen Vorbereitungen, die in Preußen begonnen

---

[1]) 11. März 1811; Correspondance de Napoléon 21, 466. 474. 22, 120. — [2]) 25. bis 30. März 1811; Corresp. de Nap. 21, 504 seqq., 514 seqq. 529. 532. Bogdanowitſch 1, 26 N. D. Ü.

hatten, blieben ihm nicht verborgen. Am 27. April verlangte er Bericht, ob es wahr ſei, daß die Truppen aus Schleſien nach den Küſten gezogen würden? Wozu die Oderbrücke bei Schwedt dienen ſolle? St. Marſan müſſe dieſe Rüſtungen hemmen; hindern, daß Beurlaubte einberufen, die Kadres vermehrt, viele Rekruten ausgehoben würden. Die Regierungen von Sachſen und Weſtfalen müßten auf die Rüſtungen Preußens aufmerkſam gemacht und nach Schleſien, nach Berlin, nach Kolberg und Königsberg drei ganz zuverläſſige geheime Agenten abgeſchickt werden. Bereits am 30. April werden dieſe Befehle geſchärft: „St. Marſan läßt ſich von den Preußen düpiren. Wäre die Regierung aufrichtig, ſo brauchte ſie keine Oderbrücke und keine Zuſammenziehung bei Dirſchau. Wenn Preußen Rüſtungen macht, ehe wir uns verſtändigt haben, ſo ſind ſie gegen mich, und ich werde das Land auf der Stelle beſetzen. Preußen muß ruhig bleiben; kein Rekrut darf einberufen, keine Bewegung gemacht werden, bevor mein Streit mit Rußland beendet iſt. Man hat St. Marſan glauben machen wollen, daß die Rüſtung gegen die Engländer beſtimmt ſei; aber man weiß wohl, daß die Engländer keine Landung machen werden.“ Er ſelbſt hatte dies, wie wir ſahen, überlaut verkündet. Den Kommandanten zu Küſtrin und Glogau befiehlt Napoleon die größte Wachſamkeit einzuſchärfen; ſie dürften bei Tage, nie des Nachts ſchlafen (3. Mai). Die Beſatzungen dieſer beiden Feſtungen ſollten um drei Regimenter verſtärkt werden; zugleich wiederholte er den Befehl wegen der Belagerungsparks für Spandau, Kolberg und Neiſſe (11. und 12. Mai [1]).

Die Vorſtellungen, welche St. Marſan in Berlin auf Grund der Weiſungen vom 27. und 30. April gegen die Rüſtungen machte, gaben hier den Ausſchlag für den Beſchluß, die Unterhandlung mit Frankreich förmlich zu eröffnen. Man glaubte, die militäriſchen Vorbereitungen ungeſtörter fortſetzen zu können, wenn ſie durch ſolche Verhandlung gedeckt wären. Das Verfahren, welches eingeſchlagen ward, baſirte auf den Anträgen Hardenbergs vom 10. Mai, mit

[1]) Correspondance de Napoléon 22, 114. 115. 125. 140. 153. 155.

welchen jedoch der Vorſchlag Scharnhorſt's, ſich über die Abſichten Rußlands zu vergewiſſern, in ſo weit kombinirt wurde, daß der König noch ein Mal eine Erklärung des Kaiſers hierüber hervorrief. Den oſtenſiblen Brief, den der König unter dem 12. Mai an Kaiſer Alexander richtete, um die Herſtellung des Einvernehmens mit Frankreich zu empfehlen [1]), begleitete ein vertrauliches Schreiben, in welchem der König ausführte, daß es nothwendig geweſen ſei, Explikationen von Frankreich zu fordern, um einer plötzlichen Ueberziehung des Landes vorzubeugen. Beruhigende Erklärungen ſeien erfolgt, daß der Friede nicht geſtört werden würde, und der Wunſch ausgedrückt worden, in Verhandlung über ein Bündniß zu treten. Dieſer könne man ſich nun nicht mehr entziehen. Man werde die Reſtitution Glogau's fordern, die Räumung von Stettin und Küſtrin in Ausſicht nehmen, endlich den Wegfall der Beſchränkung der Stärke der preußiſchen Armee verlangen. Dieſe Vorſchläge würden als Prüfſtein für die Abſichten Napoleons dienen; ſie würden Zeit gewinnen laſſen und die Entwickelung der Ereigniſſe mit etwas größerer Ruhe abzuwarten geſtatten. Zugleich legte der König dem Kaiſer noch ein Mal ans Herz, daß ein ungünſtiger Ausgang ſeines Krieges gegen Frankreich den letzten Reſt von Unabhängigkeit in Europa vernichten würde, daß er nur auf Erfolg rechnen könne, wenn er mit vollſter Uneigennützigkeit in dieſen großen Kampf eintrete. Er möge ſich begnügen, der Moldau und Wallachei unter der Oberhoheit der Pforte möglichſt große Unabhängigkeit zu verſchaffen. Eine Partei im Herzogthum Warſchau wolle ſich für Rußland erklären. Nur dadurch würde ein Schritt dieſer Art nützlich werden, wenn Niemand den Verdacht hegen könne, daß es auf die Vereinigung Polens mit Rußland abgeſehen ſei. Preußen würde dieſe Vereinigung nur mit lebhafter Unruhe anſehen können. „Stände Oeſtreich auf Ihrer Seite, verbänden Sie Sich das Herzogthum Warſchau dadurch, daß Sie deſſen Unabhängigkeit zugeſtehen, wären Ihre Armeen meinen Staaten nahe und im Stande, mich zu unterſtützen, ſo würde ich keinen Augenblick ſchwanken,

[1]) Oben S. 356; er iſt abgedruckt in den Lebensbildern 3, 431.

und Eure Majeſtät würde mich an Ihrer Seite kämpfen ſehen; aber ſolange weder die eine noch die andere Vorausſetzung zutrifft: wie kann ich die Exiſtenz meines Staates bewahren, ohne mich mit Frankreich zu verbinden? Es hängt nur von Napoleon ab, ſie zu vernichten, ehe Eure Majeſtät mir zu Hülfe kommen könnte; und könnten Sie es, nachdem Sie die Vortheile eines wohl kombinirten Angriffs zu rechter Zeit aufgegeben hätten? Iſt dieſer Moment nicht bereits vorüber? Hat Napoleon nicht ſchon zu viel Zeit gehabt, ſeine Maßregeln zu nehmen? Das iſt der Grund meines eifrigen Wunſches, daß der Krieg unter den gegenwärtigen Umſtänden vermieden werde." Darnach erging dann am 14. Mai die Weiſung an Kruſemark in Paris, eine Offenſiv- und Defenſiv-Allianz für alle diejenigen Kriege anzubieten, welche den Intereſſen Preußens nicht fremd wären; für dieſe würde Preußen Frankreich ein Truppencorps ſtellen, Frankreich dagegen die Unabhängigkeit und Integrität des gegenwärtigen preußiſchen Gebietes garantiren. Glogau wäre nach den Beſtimmungen des Vertrages vom 8. September 1808 zurückzuſtellen; die Beſtimmungen deſſelben Vertrages über die Höhe der Kontribution müßten ermäßigt, die über die Stärke der preußiſchen Armee beſeitigt werden. Erläuternd bemerkte der Staats-Kanzler dem Geſandten, daß in dieſen Vorſchlägen alles vermieden ſei, was das Mißtrauen Napoleons erregen könne. Im Uebrigen handle es ſich nicht de lucro captando, ſondern de damno vitando. Die Vorſchläge könnten diskutirt und modificirt, müßten jedoch im Weſentlichen ſtreng feſtgehalten werden. „Sie ſind der Prüfſtein für die Abſichten des Kaiſers gegen Preußen; der König wird auf keinen anderen Grundlagen unterhandeln." Zugleich ſchrieb Hardenberg dem Staatsrath Labaye (S. 351), daß Kruſemark ihn jetzt vielleicht zur Erlangung der Reſtitution Glogau's beſſer werde unterſtützen können als bisher (16. Mai).

Während man in Berlin der Antwort auf dieſe Anträge entgegenſah, wurde Davouſt verſtärkt, die ſächſiſchen und polniſchen Truppen marſchfertig gemacht, und die Gewißheit, welche man Mitte Juni über die Abſichten Rußlands durch gleichzeitige Beantwortung der vertraulichen Schreiben des Königs vom 16. April und 12. Mai Seitens des

Kaiſers Alexander (unter dem 26. und 28. Mai) erhielt, war gerade in dem weſentlichſten Punkte, dem der Waffenhülfe, auf welche Preußen zu rechnen habe, in keiner Weiſe ermuthigend. Im Laufe des Monats Mai hatte ſich Alexander überzeugt, daß ſeine Anerbietungen bei den Polen keinen Boden fänden; er war nunmehr feſt entſchloſſen, ſich angreifen zu laſſen. Er hatte vermieden, dem Könige zu antworten, bis er klar über Polen ſähe. Weit entfernt, den Krieg zu ſuchen, ſo ſchrieb er nunmehr dem Könige, hege er keinen anderen Wunſch als den Frieden zu erhalten. Seine militäriſchen Maßnahmen ſeien Vorſichtsmaßregeln, die Frankreichs Verhalten ihm auferlegt habe. Um jeden Schein der Aggreſſion zu vermeiden, ſetze er auch den Krieg gegen die Pforte fort, der, rein defenſiv geführt, nur ein kleines Truppencorps beſchäftige. Das politiſche Intereſſe Rußlands verlange gebieteriſch die Erhaltung Preußens. Alles, was gegen Preußen geſchehe, könne ſomit nur als feindlich gegen Rußland angeſehen werden. Es werde es als Kriegserklärung betrachten. Für den Kriegsfall müßten ſorgſam die großen Schlachten vermieden und ſehr lange Operationslinien für rückgängige Bewegungen, die in verſchanzten Lagern endeten, organiſirt werden. „Dies Syſtem hat Wellington zum Siege verholfen, und ich bin entſchloſſen, es zu befolgen. Wenn günſtige Umſtände, wie der Abfall Polens oder eine Inſurrektion in Deutſchland, einträten, ſo würde man ſie gewiß benutzen, aber ſich ſtets bereit halten, zu dieſem Syſtem zurückzukehren. Der Krieg wird jedoch nur dann ſtatthaben, wenn Napoleon ihn beginnt. Ich will wenigſtens den Troſt haben, nicht der Angreifer geweſen zu ſein. Die Annäherung Englands habe ich abgewieſen und werde es thun, bis der erſte Kanonenſchuß gefallen iſt. Ihre Unterhandlung, Sire, mit Frankreich wird dieſen eher beſchleunigen als zurückhalten, indem ſie Napoleon über Ihre Intentionen beruhigt. Sie würden durch den Anſchluß an Frankreich ſehr weſentlich zur Vernichtung der Unabhängigkeit Europa's in dem letzten Kampfe beitragen, der geführt werden kann, und die Erfahrung hat nur zu ſehr gelehrt, daß die Fürſten, welche ſich in Frankreichs Hand gegeben, ihren Fall nicht erheblich verzögert haben. Die Ueberziehung Preußens durch die

Franzoſen habe ich kein Mittel zu verhindern, da dieſelben von der Elbe und Mecklenburg her die Oder früher erreichen, als ich vom Niemen her; aber ſie würde auch mit der Vernichtung der Monarchie nicht gleichbedeutend ſein, wenn verſchanzte Lager bei Kolberg und Pillau beſtänden. In Folge der Angriffe, welche die Franzoſen auf dieſe zu richten hätten, würden den ruſſiſchen Armeen geringere Streitkräfte gegenüberſtehen und dieſe dadurch in der Lage ſein, vorzurücken. Hierdurch würden die Franzoſen gezwungen werden, die Belagerungen aufzuheben und meinen Truppen entgegenzugehen, wodurch Eure Majeſtät die Möglichkeit erhielte, in den Flanken und im Rücken der Franzoſen zu operiren, während dann meine Truppen ihre Rückzugsbewegungen wiederaufnehmen würden [1])."

Kaiſer Alexander wollte nach dieſem Schreiben Feindſeligkeiten gegen Preußen als Kriegserklärung gegen Rußland anſehen; aber er wollte zugleich nicht einmal den Schein des Angriffs auf ſich nehmen, in keinem Falle bis zur Oder noch weniger zur Elbe vorgehen, vielmehr vor dem Angriff der Franzoſen tiefer in das Innere ſeines Reiches bis auf dort errichtete verſchanzte Lager zurückweichen. Gewiß ein ſehr zweckmäßiger Kriegsplan für Rußland, der leider nur die Kräfte des Herzogthums Warſchau Preußen im Rücken ließ, und dazu dieſes ſelbſt vollſtändig preisgab. Es war die ſtärkſte Unterſchätzung der Streitmittel Napoleons, wenn angenommen wurde, daß ihm, neben den zur Einſchließung von zwei befeſtigten Lagern und einigen Feſtungen erforderlichen Truppen, nicht ſehr ausreichende Kräfte zu Gebote ſtänden, den Krieg jenſeit des Niemen ohne Rückſicht auf dieſe Blokaden zu führen. Wollte man es auch auf dieſen ruſſiſchen Kriegsplan hin wagen, den überwältigenden Stoß der franzöſiſchen Maſſen auf ſich zu nehmen, wollte man es auf die Preisgebung des geſammten preußiſchen Landes und aller ſeiner Hülfsmittel ankommen laſſen, wie waren die Truppen aus Brandenburg und Schleſien nach Kolberg zu bringen? Jede Rüſtung, jede Bewegung in größerem Maßſtabe zog

[1]) Der oſtenſible Brief Alexanders, der den oſtenſiblen des Königs vom 12. Mai beantwortete, iſt erſt am 18. Juni geſchrieben; Lebensbilder 3, 433.

den unmittelbaren Einmarſch der Franzoſen, Weſtfalen, Sachſen und Polen von allen Seiten her augenblicklich nach ſich. Gelang auch das faſt Unmögliche, 50,000 Mann in Kolberg zuſammenzubringen, man wurde hier von 100,000 Mann eingeſchloſſen. Und wenn Rußland dann, innerhalb ſeiner Grenzen geſchlagen, ſeinen Frieden mit Frankreich machte, was hatte Preußen zu hoffen?

General von Scharnhorſt hielt dennoch den Anſchluß an Rußland für geboten. Die Verzögerung der Antwort Napoleons auf den Bündnißvorſchlag genüge, deſſen Abſichten erkennen zu laſſen. Gerade jetzt, nachdem man auf dieſe über vier Wochen gewartet, ſei man in vollem Rechte, die Verhandlung mit Frankreich fallen zu laſſen und ſich nach Petersburg zu wenden. Man werde dort für einen anderen Kriegsplan nicht unzugänglich ſein. Die Beſatzung von Danzig ſei zur Stärke einer Armee angewachſen; es würden dort neun Batterien beſpannt; es handle ſich alſo um Operationen im freien Felde, um die Abſchneidung der Verbindung mit Oſtpreußen, und die dieſſeit der Oder ſtehenden Truppen ſeien einem Einbruche gegenüber in augenſcheinlichſter Gefahr. Die kurze Friſt, welche noch bleibe, müſſe der König benutzen, um unter einem angemeſſenen Vorwande nach Königsberg zu gehen und den Sitz der Regierung dorthin zu verlegen. Hardenberg konnte ſich nicht überzeugen, daß die Gefahr ſo nahe ſei: ſie werde erſt eintreten, wenn der Krieg mit Rußland auf dem Punkt wäre, wirklich auszubrechen; bis dahin werde Napoleon, auch wenn er das Feindſeligſte beabſichtige, Preußen durch Hoffnungen oder Verhandlungen hinhalten. Zeige ſich dies, ſo ſei der Hauptzweck der Verhandlung erreicht. Er rieth deshalb (8. Juli), die Antwort aus Paris zu erwarten, die unverzüglich eintreffen müſſe, bevor man einen entſcheidenden Entſchluß faſſe. Auch wenn dieſer für den Anſchluß an Rußland ausfalle, müßten die Verhandlungen mit Frankreich unter vertraulichem Einverſtändniß mit Rußland in ſolcher Weiſe fortgeſetzt werden, daß man vor Napoleons Rache gedeckt ſei, wenn die Zwiſtigkeiten mit Rußland ſich ausglichen.

Tags darauf traf in der That endlich Botſchaft aus Paris ein. Der König ſchickte Hardenberg die Berichte mit folgenden Zeilen:

„Ich kann beinah ſagen, ſehr zufrieden zu ſein, daß nichts in Paris geſchloſſen iſt: wenigſtens haben wir uns nach dieſem letzten Verſuche keinen Vorwurf zu machen. Es ſcheint mir wirklich mehr und mehr, daß Napoleon den Krieg mit Rußland nicht will, da er zu ſtark auf der Halbinſel beſchäftigt iſt. Was jedoch ſeine wahren Abſichten uns gegenüber angeht, ſo finde ich ſie fortwährend ſehr verdächtig, und die vagen Ausdrücke, welche unſern Complimenteur (Hatzfeldt) ſo ſehr entzückt haben, ſcheinen mir nichts zu ſagen, als daß die wirklichen Dispoſitionen immer dieſelben ſind, die Zeit ihm aber noch nicht gekommen und nicht günſtig genug zu ſein ſcheint, um zu verſuchen, unſerer Exiſtenz ein Ende zu machen — vielleicht daß dieſer Moment noch für einige Zeit verſchoben iſt (9. Juli)." Napoleon hatte Hatzfeld am 27. Juni geſagt, daß er vor einiger Zeit genöthigt geweſen ſei, die Beſatzungen Danzigs und der Oderfeſtungen zu verſtärken, daß jedoch hierin nichts liege, was den König beunruhigen könne. Seitdem ſei eine glückliche Veränderung eingetreten; er glaube, den Frieden des Kontinents bewahren zu können. Er habe die beſten Abſichten für Preußen; aber eben, weil er den Frieden wolle, dürfe er keinen Grund zu Beſorgniſſen geben. Der Herzog von Baſſano, dem Napoleon an Champagny's Stelle das auswärtige Amt übergeben, hatte dann, das Schweigen des Kaiſers über die preußiſchen Anerbietungen erklärend, Hatzfeld anvertraut: der Kaiſer könne ſich über die Allianz nicht ausſprechen, um dem Petersburger Hofe keinen Anſtoß zu geben. Dem General Kruſemark hatte Baſſano geſagt, daß man auf die Allianz nicht eingehen könne, ſolange die Verhältniſſe mit Rußland unentſchieden ſeien, und auf die Forderung der Rückſtellung Glogau's erwidert, daß der gegenwärtige Moment dazu nicht geeignet ſei. Kruſemarck fügte hinzu, daß die Lage augenblicklich weniger beunruhigend, jedoch keineswegs beruhigend ſei. Die Projekte gegen Preußen ſchienen vertagt und Napoleon weniger disponirt für den Krieg gegen Rußland als vor drei Monaten, wahrſcheinlich wegen des üblen Ganges der Dinge in Spanien, der Zurückhaltung Oeſtreichs, ſich ihm gegen Rußland anzuſchließen, endlich auch wohl wegen der Stärke der Rüſtungen Rußlands. Maſſena war von Wellington

bei Fuentes d'Onoro, Soult von Beresford bei Albuera geſchlagen worden; Metternich hatte auf das im Frühjahr erfolgte Anerbieten der Donaufürſtenthümer für den Anſchluß an Frankreich gegen Rußland (S. 331) ausweichend geantwortet: Oeſtreich ſei in Folge des letzten Krieges noch in zu großer Erſchöpfung.

Die Prüfung der Abſichten Napoleons, welche Hardenberg mit den Allianzvorſchlägen zunächſt beabſichtigt hatte, war erfolgt. Das Ergebniß ſchien keinen Zweifel an den ſchlimmſten Vorſätzen in Paris zu erlauben. Mehr als drei Monate waren ſeit jener erſten Eröffnung an St. Marſan vergangen — man hatte keinerlei Erklärung Frankreichs erlangt, man war nun ſelbſt auf die auf den Wunſch Frankreichs vorgelegten Vorſchläge ohne Antwort geblieben. Sie waren mithin ſtillſchweigend abgelehnt; die vertragsmäßige Rückſtellung Glogau's, welche die Weiſung vom 14. Mai zum dritten Male gefordert hatte, war für inopportun erklärt. Dazu kam, daß ſich die franzöſiſchen Truppen an der Elbe inzwiſchen anſehnlich verſtärkt hatten; Oberſt Hacke ſchätzte deren Zahl mit Einſchluß der Beſatzungen Mitte Juli auf 96,000 Mann, und überdies ſtanden die ſächſiſche wie die polniſche Armee marſchfertig an den Grenzen Preußens; in den Oderfeſtungen, in Danzig wurden Kriegsvorbereitungen in größtem Maßſtabe betrieben [1]). Nach alledem ſchien erwieſen: Napoleon wollte Preußen hinhalten, es vollſtändig umgarnen, um ihm ſodann mit leichter Mühe den letzten Stoß geben zu können „oder günſtigſten Falls die Bedingungen vorzuſchreiben, unter denen er Preußen erlauben würde, alle ſeine Streitkräfte und Hülfsquellen für Frankreichs Zwecke zu opfern." So ſah der Staatskanzler jetzt die Lage; er trat auf Scharnhorſts Seite hinüber: nur energiſche Rüſtung und Bündniß mit Rußland könnten Preußen vor dieſen Gefahren retten. Die Krümper wurden einberufen, die Aufwerfung von befeſtigten Lagern bei Kolberg und Neiſſe in Angriff genommen, die Vorräthe in den Feſtungen vermehrt. Nach Berlin berufen, trat Gneiſenau als

[1]) Napoleon bemerkt Clarke am 23. Juni 1811, daß Davouſt demnächſt 120,000 Mann, die Sachſen 24,000, die Polen 34,000, die Weſtfalen 15,900 zählen würden.

Staatsrath wieder in die Geſchäfte ein, um an der Feſtſtellung und Ausführung dieſer Maßregeln mitzuarbeiten. Mit Scharnhorſt erſtattete er Hardenberg über die dringendſten Vorkehrungen Bericht [1]). Gneiſenau meinte, daß zu dieſen vor allem die Entfernung des Königs aus Berlin gehöre, der bei der Stärke der franzöſiſchen Beſatzungen in Magdeburg und den Oderfeſtungen, der Stellung der Franzoſen in Mecklenburg und der Sachſen bei Guben der Gefahr nicht ausgeſetzt werden dürfe, in franzöſiſche Gewalt zu gerathen. Scharnhorſt hatte die Entfernung des Königs von Berlin bereits ebenfalls, wie wir ſahen, für wünſchenswerth erklärt (S. 363). Er hielt jedoch, Gneiſenau's Meinung entgegen, das Durchkommen des Königs unter allen Umſtänden für möglich.

In Folge des nun genommenen Standpunkts ſchrieb der König am 16. Juli dem Kaiſer Alexander. Er verſuchte, ihn bei ſeinem Worte zu nehmen: „Feindſeligkeiten gegen Preußen als Kriegserklärung zu betrachten", um beſtimmte Zuſagen für das Vorrücken der ruſſiſchen Truppen zu erlangen. Die Verhandlungen mit Frankreich hätten feſtgeſtellt, daß Napoleon ſich Preußen gegenüber nicht binden wolle, während ſeine Rüſtungen fortdauerten. Der König hoffe, den Maßnahmen Alexanders den unſchätzbaren Vortheil verdanken zu können, vor der traurigen Nothwendigkeit bewahrt zu bleiben, ſich gegen ſeinen einzigen Freund mit Frankreich verbinden zu müſſen. Um Zeit zu gewinnen, ſich über die Vorkehrungen zu verſtändigen, welche Preußen die Möglichkeit gewährten, an der Seite Rußlands zu kämpfen, würde der Schein des Einverſtändniſſes mit Frankreich weiter bewahrt werden müſſen. Trotz allen Widerwillens gegen Duplicität ſei ſolche gleichwohl einem Manne wie Napoleon gegenüber unvermeidlich und eine für die Exiſtenz Preußens gebotene Pflicht. Alexander ſei einverſtanden, daß, wenn der Krieg nicht mit einer gewiſſen Ausſicht auf Erfolg geführt werden könne, alles anzuwenden ſei, den Frieden zu erhalten. Ein Aufſchub

---

[1]) Dieſer von Scharnhorſt und Gneiſenau gezeichnete, gegen Ende Juli eingereichte Bericht iſt irrthümlich bei Pertz Gneiſenau (2, 250) von Alinea 5 an als Denkſchrift Gneiſenau's aus dem Januar 1812 abgedruckt.

von einem oder zwei Jahren wäre ſchon ein großer Vortheil; Oeſtreich und Preußen würden in dieſer Friſt wieder einige Kraft gewinnen, und man könnte ſich gut vorbereiten. Aber der Krieg könne trotz aller Bemühungen ausbrechen. Der Kaiſer habe die deutliche Verſicherung gegeben, daß alles, was gegen Preußen geſchehe, als feindlich gegen ihn ſelbſt betrachtet und als Kriegserklärung angeſehen werden würde. „Ich habe Ihnen", fährt der König fort, „von der Nothwendigkeit geſprochen, mir wirkſam zu Hülfe zu kommen, um mir die Mittel zu bewahren, mich Ihnen anſchließen zu können, und mich nicht der traurigen Ausſicht zu überlaſſen, mich von der Uebermacht Napoleons erdrückt zu ſehen. Ich kann nur auf dieſen Punkt beſtehen, und ich bitte Sie, Sire, die Denkſchriften in Erwägung zu ziehen, welche ich hierüber den General von Scharnhorſt habe abfaſſen laſſen und welche Schöler die Ehre haben wird Ihnen vorzulegen. Ich geſtatte mir zu bemerken, daß nicht Preußen allein ein kraftvolles Syſtem beanſprucht, welches ihm Stütze bietet und Gewähr leiſtet, ſondern daß dies auch die mächtigen Mittel, welche wir in dem Geiſte, der faſt überall in Deutſchland herrſcht, finden können, verlangen, um einen vielleicht entſcheidenden Erfolg herbeizuführen, und ich bemerke, daß nichts beſſer Oeſtreich auf unſern Standpunkt hinüberziehen würde als ein Syſtem dieſer Art. Aber ich verlaſſe mich auf Sie, Sire; Sie werden Alles mit Weisheit erwägen und den beſten Entſchluß ergreifen. In dieſem Vertrauen mache ich mich gern verbindlich, für den Fall, daß der Krieg zwiſchen Frankreich und Rußland ſtattfindet, keine andere Partei zu ergreifen als die Ihrige. Lebhaft erkenne ich Ihre freundſchaftlichen und großmüthigen Intentionen, im Falle des Erfolgs Preußen mindeſtens in die Beſitzungen wieder eingeſetzt zu ſehen, welche ihm der letzte Krieg geraubt hat; aber ich zähle auch für den Fall des Unglücks darauf, daß Eure Majeſtät nicht Frieden ſchließen wird, ohne die Exiſtenz und die Intereſſen Preußens zu ſichern. Für den Augenblick iſt das Weſentlichſte, ſich über die nothwendigen Vorbereitungen und den Operationsplan ausreichend zu verſtändigen. Die Denkſchriften des Generals Scharnhorſt werden, wie ich glaube, der Aufmerkſamkeit würdig erſcheinen. Er iſt von

meinen Intentionen, von meinen Mitteln und Hülfsquellen vollständig unterrichtet, und die vorerwähnte Vereinbarung wird vielleicht am leichteſten und ausreichendſten feſtgeſtellt werden können, wenn im tiefſten Geheimniß eine Zuſammenkunft zwiſchen einem Offizier Ihres Vertrauens und Scharnhorſt und Schöler ſtattfinden könnte. Schöler wird die Ehre haben, Eurer Majeſtät die Art und Weiſe zu entwickeln, wie dieſe Idee realiſirt werden könnte, deren Ausführung mir ſehr dringlich erſcheint. Meine weiteren Verhandlungen mit Frankreich werde ich genau mittheilen oder mittheilen laſſen. Wenn es ſich dereinſt um den Abſchluß handeln ſollte, wird Napoleon durch die Bedingungen, von welchen er ſeine Freundſchaft abhängig machen wird, ausreichenden Grund zum Abbruch derſelben bieten. Um mich der Möglichkeit einer Abhängigkeit von Napoleon zu entziehen, ehe über Krieg und Frieden entſchieden iſt, werde ich mich im Nothfalle unter dem Vorwande der gewöhnlichen Revüen nach Königsberg begeben und meinen Aufenthalt dort bis in den Spätherbſt verlängern können.“ Für Schöler fügte der König hinzu (18. Juli): er wünſche dringend, daß der Ausbruch des Krieges vermieden werde und eine Uebereinkunft zwiſchen Rußland und Frankreich zu Stande komme. „Da die Hoffnungen, den Frieden zu erhalten, jedoch leicht vereitelt werden können, ſo iſt das Allerwichtigſte, im voraus feſtzuſetzen, wie man operiren will und auf welche Hülfe ich mit Gewißheit rechnen kann.“ Auch Hardenberg legte Schöler ſeinerſeits dringend ans Herz, „daß jene Zuſammenkunft mit Scharnhorſt nicht genug beſchleunigt werden könne.“

Um die Verhandlung Scharnhorſts, auf welche nicht weniger als alles ankam, möglichſt zu fördern, beſchloß der König, Scharnhorſt „zur gewöhnlichen Feſtungsinſpektion“ nach Oſtpreußen gehen zu laſſen. Hier ſollte er auf ſeinem Gute Dollſtädt das Zeichen der Abreiſe nach Rußland abwarten, welches Schöler ihm von Petersburg dorthin zukommen laſſen würde. Scharnhorſts Inſtruktion ſagte ihm: „Preußens Intereſſe erfordere, daß der Krieg vermieden oder wenigſtens verſchoben werde. Bei der Möglichkeit eines Ueberfalls ſei es jedoch geboten, ſichernde Vorbereitungen zu treffen, um einen energiſchen

Widerſtand zu thun und ſich der Hülfe der ruſſiſchen Armeen zu verſichern. In Kenntniß der Verhandlungen, welche mit dem Kaiſer von Rußland geführt worden, habe der General den Operationsplan mit dem oder denen zu verabreden, die der Kaiſer von Rußland zu dieſem Zweck ernennen werde. Vorzüglich ſeien die Mittel und Maßregeln feſtzuſtellen, durch welche Preußen in dem angenommenen Falle ſchleunigſt Hülfe erhalten könne. Ferner habe er Anleitung zu geben, wie die Streitkräfte, welche die preußiſche Monarchie zu einem langwierigen Kriege darbietet, erhalten und für den gemeinſamen Zweck verwendet werden könnten, und dazu die von ihm verfaßten, bereits nach Petersburg geſendeten Memoirs zu benutzen (29. Juli)."

Nach Scharnhorſts Abreiſe hatte Gneiſenau mit dem Staatskanzler die militäriſchen Maßnahmen zu bearbeiten und vorzuſchlagen. Seine Meinung war, daß es vorzugsweiſe auf Kolbergs Behauptung ankomme; die in Schleſien ſtehenden Truppen ſeien an der ſächſiſchen Grenze zu ſammeln, die märkiſchen müßten bei Potsdam und Berlin zuſammengezogen werden, da man die Provinz Brandenburg nicht gleich aufgeben könne. Wolle man ihnen keine befeſtigte Stellung bei Spandau vorbereiten, ſo müßten ſie nach Schleſien zurückzukommen ſuchen, da ſie den Uebergang bei Schwedt ſchwerlich erreichen würden. Die Gegenwehr Preußens müſſe durch die Bildung von Milizen und Vorbereitung eines Volksaufſtandes, deren Plan Gneiſenau ſeinen Vorſchlägen über Vertheilung und Aufſtellung der Truppen folgen ließ, ergänzt und wirkſamer gemacht werden (8. Aug.[1]). Der König erwartete nicht viel von einer Inſurrektion. In dringendſter Weiſe ſtellte ihm Gneiſenau am 20. Auguſt vor: die Gefahr, die Oder und Weichſel plötzlich geſperrt zu ſehen, ſei im Wachſen; wenigſtens ſei ſo viel gewiß, daß, wenn der König ſeinen Entſchluß, über die beiden Flüſſe zurückzugehen, bis über die laufende Woche hinaus verſchiebe, deſſen Ausführung unmöglich ſein werde, wenn Napoleon die Abſicht habe, ſich der Perſon des Königs zu bemächtigen. Ein gewaltſamer Verſuch zum Durch-

[1]) Denkſchrift, am 8. Auguſt dem Staatskanzler übergeben; geheimes Staatsarchiv.

ſchlagen möchte leicht unglücklich ablaufen und der König dann zur Unterzeichnung eines Unterwerfungsvertrages genöthigt und ein Gefangener in ſeinem Palaſt ſein. Genug habe der König gethan, um ſich die Rache des harten Feindes zuzuziehen, nicht genug, ſich vor derſelben zu ſchützen. Der König unterſchätze ſeine Streitkräfte. Auch die Mittel des Heerbannes (Landmiliz) ſowie des Landſturmes möchten ſo verächtlich nicht ſein, wie der König in ſeinen Bemerkungen zum Milizplane urtheile. Es ſeien nicht immer die ſtehenden Heere geweſen, die Throne und Staaten gerettet haben; häufig war es die Liebe eines für ſeinen Herrſcher begeiſterten Volkes. „Eure Majeſtät werden mir", ſo ſchließt Gneiſenau, „abermals Poeſie Schuld geben, und ich will mich gern hierzu bekennen. — Zur Ehre will ich es mir rechnen, der Schaar jener Begeiſterten anzugehören, die alles daranſetzen, um Eurer Majeſtät alles zu retten; denn wahrlich zu einem ſolchen Entſchluß gehört Begeiſterung, die jede ſelbſtſüchtige Berechnung verſchmäht [1])." General Bülows Gutachten vom 19. Auguſt führte dagegen aus, daß nach dem Charakter der Märker, Pommern und Preußen nicht viel von einem Inſurrektionskriege zu hoffen ſei; höchſtens auf den nicht polniſchen Theil der Schleſier, welche lebhafteren Geiſtes ſeien, könne man rechnen; auf die übrigen Bevölkerungen nur, wenn ganz Außerordentliches geſchähe und etwa eine Schlacht gewonnen ſei. Er halte es darum für falſch, den Kriegsplan auf die Inſurrektion zu baſiren; viel richtiger ſcheine ihm, ſich vielmehr, ehe der Feind im Lande ſei, der geſammten Kraft des Volkes zu bemäch-

[1]) Geheimes Staatsarchiv. Pertz hat dieſes Schreiben vom 20. Auguſt, deſſen Inhaltangabe unter dem Datum des 21. Auguſt (Gneiſenau 2, 143) gegeben iſt, irrthümlich als davon verſchiedene Denkſchrift, die angeblich dem Könige nach St. Marſans Eröffnung vom 11. September übergeben worden ſei, 2, 188 abdrucken laſſen. Die Lücke in unſerem Texte zwiſchen den Worten „bekennen" und „zur Ehre" enthält die Worte der Gegenbemerkung Gneiſenau's zu einer Bemerkung des Königs zum Milizplan vom 8. Auguſt (Pertz, Gneiſenau 2, 137) mit einer ſehr leichten Variante. Gneiſenau kann deshalb dieſe Gegenbemerkungen erſt nach dem 20. Auguſt eingetragen haben. Auf die nicht bedeutungsloſen Abweichungen, welche das Schreiben an den König von dem bei Pertz abgedruckten Konzept unterſcheiden, denke ich gelegentlich zurückzukommen.

tigen, alle irgend entbehrliche waffenfähige Mannſchaft auszuheben und zu üben und ſomit der Unſicherheit der Zukunft möglichſt wenig zu überlaſſen.

Auf jene Berichte aus Paris, welche am 9. Juli in Berlin eingetroffen waren (S. 363), hatte Hardenberg Kruſemark angewieſen, den flagranten Widerſpruch hervorzuheben, der darin liege, daß franzöſiſcher Seits behauptet werde: man könne auf die preußiſchen Vorſchläge nicht eingehen, weil man Rußland keinen Anſtoß geben wolle, während man die Oderfeſtungen, den ſtärkſten Anſtoß für Rußland, feſthalte, und ihm befohlen, die vertragsmäßige Zurückſtellung Glogau's zum vierten Male und in beſtimmteſter Weiſe zu fordern (13. Juli). „Der ſo lange erwartete Kurier" — ſo ſchrieb der König dem Staatskanzler am 21. Auguſt — „iſt endlich eben angekommen. Sie erhalten hierbei alle Depeſchen Kruſemarks und werden aus deren Inhalt erſehen, daß ſie nichts weniger als beruhigend ſind. Obwohl die Dispoſitionen gegen Preußen nicht offen feindſelig ſind, ſo iſt die Rückſtellung Glogau's dennoch formell abgelehnt. Man bleibt dabei, einen Bruch mit Rußland vermeiden zu wollen, man glaubt nicht daran; aber eine Annäherung zwiſchen beiden Mächten iſt entfernt nicht herbeigeführt, da man nichts thut, als ſich über die feindſeligen Maßregeln Rußlands zu beſchweren, denen man zur Erwiderung die gleichen entgegenſtellt. Das iſt in zwei Worten der weſentliche Inhalt der Depeſchen." Er beſtimmte den König, die Bildung einer Kommiſſion zu raſcherer Betreibung der Rüſtungen unter Leitung des Staatskanzlers anzuordnen. Die Mitglieder ſollten ſein: Staatsrath Sack, Oberſt von Hacke, Staatsrath und Oberſt von Gneiſenau und Major von Boyen. „Da die gegenwärtigen Verhältniſſe eine genaue Verbindung der politiſchen, militäriſchen und inneren Anordnungen nothwendig machen, hat die Kommiſſion ſowohl die bereits genehmigten Maßnahmen als die, welche noch weiter nöthig werden, unter größter Geheimhaltung zu bearbeiten und die Geſchäfte unverzüglich in Gang zu ſetzen (22. Auguſt)." Noch bevor dieſe Kommiſſion am folgenden Tage zu ihrer erſten Berathung zuſammentrat, überſandte der König dem Staatskanzler das Schreiben Gneiſenau's vom 20. Auguſt: „Ich

enthalte mich jeden Urtheils, da Sie meine Anſichten kennen; ich habe aber geglaubt, daß die Wiſſenſchaft dieſes Briefes Ihnen gerade heute wünſchenswerth ſein könnte, da Ihre Anweſenheit in Glienicke ſich auf die darin enthaltenen Gegenſtände hauptſächlich bezieht. Nur füge ich noch hinzu, wie ich mich immer mehr überzeugt halten muß, daß, wenn die Abreiſe beſchloſſen iſt, ſie immerhin, um weniger Aufſehen zu erregen, bis zu meiner Abfahrt für eine Revüereiſe gelten kann, daß aber in demſelben Augenblicke, wo ich Berlin verlaſſe, auch alles Uebrige, was gerettet werden kann und muß, fortzuſchaffen iſt. Beide Maßregeln halte ich für unzertrennlich. Denn von dem Augenblicke an, in dem ich fortgehe, möchte wohl die Aufmerkſamkeit unſerer Widerſacher alles, was man erſt ſpäter fortzuſchaffen gedächte, in Zeiten zu verhindern wiſſen. Meinen Gruß Ihrem Gaſte (Gneiſenau)."

Die Kommiſſion ſtellte feſt und berichtete dem Könige: daß Spandau, Pillau und Graudenz für die für ſie beſtimmten Garniſonen auf ſechs Monate mit Brot und Fourage verſehen ſeien; Kolberg für dieſelbe Zeit für eine Beſatzung von 4000 Mann und für weitere 4000 Mann ebenfalls auf ſechs Monate. Das noch erforderliche Schlachtvieh müſſe in den Umgebungen der Feſtungen requirirt werden; die dazu nöthigen Ordres fehlten jedoch noch für Kolberg und Graudenz. Man ſei beſchäftigt, in Kolberg Lebensmittel für 20,000 Mann auf vier Monate zuſammenzubringen. Für die Einkleidung der Krümper ſeien dort theils Uniformen, theils genügendes Tuch vorhanden. Noch fehlten aber ausreichende Waffen für die Krümper, die bald beſchafft werden müßten, um die ausgedehnten Befeſtigungen gegen einen etwa plötzlich von Stettin her erfolgenden Angriff halten zu können. Pulver und Gewehre zu kaufen müſſe im Auslande verſucht werden. Der König möge beſtimmen, ob die Truppen, die in Berlin, Potsdam und bei Schwedt ſtänden, in die Spandauer Verſchanzungen rücken oder zurückgezogen werden ſollten. Im Falle des Rückzuges könne man unter den gegenwärtigen Umſtänden nicht zum Uebergange über die Oder bei Schwedt (die Beſatzung von Stettin war inzwiſchen auf 16,000 Mann verſtärkt worden), ſondern nur zum Uebergange bei Frankfurt rathen. Gelinge derſelbe, ſo würde

Seine Majeſtät zu beſtimmen haben, ob dieſe Truppen nach Schleſien oder über Landsberg nach Kolberg gehen oder endlich den Marſch an die Weichſel verſuchen ſollten. Für den Fall, daß die Truppen bei Spandau blieben, wodurch der Vortheil erreicht würde, die Marken länger zu halten, müßten einige Bataillone mehr nach Spandau geſchickt werden, um die Schanzarbeiten zu beſchleunigen. In Betracht der Schwierigkeiten des Abmarſches von Berlin würde dem General Tauentzien das Kommando allein zu übergeben ſein, „und müſſen wir Eure Majeſtät unterthänigſt bitten, bei Allerhöchſtdero Abreiſe den Feldmarſchall Grafen von Kalkreuth unter Beibehalt ſeines Gehalts in den Ruheſtand zu verſetzen.“ Endlich ſtellte die Kommiſſion für den Fall des Ausbruchs der Feindſeligkeiten und der Einſchließung des Oberſten Thümen mit den zurückbleibenden Truppen in Spandau anheim, den Grafen Chazot zum außerordentlichen Kommiſſar in den Marken zu ernennen. „Die mit jedem Tage ſich mehrenden Beſorgniſſe können nur den ehrerbietigen Wunſch verſtärken, daß Eure Majeſtät den Tag Allerhöchſt Ihrer Abreiſe baldigſt zu beſtimmen geruhe, da, wenn ſie mit dem Anmarſch des Feindes zugleich geſchehen ſolle, ſowohl große Gefahr als Unordnung zu beſorgen iſt.“ Der geheime Staatsrath Sack würde die Perſonen ausmitteln, welche zum beſſeren Betrieb der Geſchäfte dem Könige folgen müßten, und zugleich vorläufig eine Inſtruktion für die zurückbleibenden Dikaſterien entwerfen. Die Ordres für die Reiſe würden nach dem Plane des Oberſten von Hacke ausgefertigt (23. Auguſt). Bis Ende Auguſt gediehen dann die Vorbereitungen ſo weit, daß 74,557 Mann unter Waffen waren. Am 30. Auguſt befahl der König, die Kompagnien auf die volle Kriegsſtärke zu bringen und aus den überzähligen Krümpern 40 Reſerve- und 11 Depot-Bataillone zu bilden [1]). Die franzöſiſchen Truppen waren nach Oberſt Hacke's Berechnung inzwiſchen mit Einſchluß der Feſtungsbeſatzungen auf 130,000 Mann verſtärkt, denen 70,000 Sachſen, Weſtfalen und Polen zur Seite ſtänden.

[1]) Wenn Gneiſenau in ſeinen Briefen aus dem Auguſt und September von 120,000 und 124,000 Mann ſpricht, ſo ſind dieſe Formationen dabei als bereits vollzogen vorausgeſetzt.

Mit der förmlichen Weigerung der Zurückſtellung Glogau's und den Fortſchritten der eigenen Rüſtung hielt der Staatskanzler den Zeitpunkt für gekommen, dieſelbe nicht mehr zu verdecken, vielmehr ſie ſelbſt in Paris offen anzukündigen. „Die Rüſtung beginne Aufſehen zu erregen; Napoleon würde demgemäß bald die Einſtellung fordern, Preußen überziehen und dennoch fortfahren, gegen Rußland eine freundſchaftliche Sprache zu führen, indem er die Urſache ſeines Vorgehens lediglich Preußen zuſchöbe. Dies zu verhüten, müſſe durch einen beſtimmten Schritt erklärt werden, weshalb Preußen gezwungen ſei, zu rüſten.“ Der Bericht, welchen Hardenberg am 26. Auguſt über die Eröffnungen empfing, die Napoleon dem Vertreter Rußlands in Paris, dem Fürſten Kurakin, gemacht hatte, hielt ihn nicht ab, dieſen Vorſatz auszuführen.

Am 15. Auguſt hatte Napoleon bei dem Empfange der Geſandten und Staatsbehörden an dieſem ſeinem Geburtstage Kurakin geſagt: „Ich begreife Euer Verfahren nicht, entweder habt Ihr Hintergedanken, oder Euer Gouvernement hat den Kopf verloren und macht es wie der Haſe, der Blei in den Kopf bekommen hat; er läuft, ohne zu wiſſen, wo er ſich ſtoßen wird. Wenn zwei Edelleute ſich ſtreiten, wenn z. B. einer dem anderen eine Ohrfeige giebt (S. 330), ſo ſchlagen ſie ſich und verſöhnen ſich nachher. Die Regierungen müſſen es ebenſo machen, entweder Krieg oder Frieden. Vor allem handelt es ſich darum, ſich zu erklären. Wenn man dies gewollt und verlangt hätte, ſo hätte ich geſagt: ziehet Eure Truppen zurück, ich werde die meinigen zurückziehen. Warum den Kontinent alarmiren, warum nicht lieber mit mir unterhandeln? Ich bin nicht dumm genug, um zu glauben, daß Ihr Euch um Oldenburg kümmert; ich ſehe klar, daß es ſich um Polen handelt. Ihr ſchreibt mir Kriegsprojekte zu Gunſten Polens zu, und ich fange an zu glauben, daß Ihr es ſeid, die ſich Polens bemächtigen wollen, indem Ihr Euch vielleicht einbildet, das ſei das einzige Mittel, Eure Grenzen an dieſer Seite zu ſichern. Daraus wird nichts. Ihr werdet es nicht haben und wenn Ihr auf dem Montmartre oder in der Nähe lagertet. Ich erkläre Euch, daß ich den Krieg nicht will, und daß ich ihn Euch, wenn Ihr mich nicht

angreift, in dieſem Jahre nicht machen werde. Ich habe keine Neigung, Krieg im Norden zu führen; aber wenn dieſe Kriſis bis zum November nicht vorüber iſt, hebe ich 120,000 Mann aus. Ich werde zwei, drei Jahre ſo fortfahren, und wenn ich ſehe, daß dies Syſtem läſtiger iſt als der Krieg, werde ich ihn führen. Ihr werdet den ganzen Kontinent gegen Euch haben. Oeſtreich wird niemals vergeſſen, daß ihm Rußland 400,000 Seelen in Galizien geraubt; Preußen wird ſich immer erinnern, daß Kaiſer Alexander, „ſein guter Bundesgenoſſe", ſich des Kreiſes Bialyſtok beim Frieden von Tilſit bemächtigte. Ihr werdet alle Eure polniſchen Provinzen verlieren. Sprecht offen mit mir, wie ich es liebe und wie ich verfahre. Ich habe die Garniſon von Danzig verſtärkt und Euch vertraulich erklärt, daß es wegen Eurer Rüſtung geſchähe. Der König von Sachſen hat ſeine Truppen bei Mühlberg verſammelt, um, wenn es nöthig iſt, denen zu helfen, die er im Herzogthum Warſchau hat. Ich habe bis jetzt nicht mehr als 50,000 Mann in Norddeutſchland. Verlangt eine Entſchädigung für den Fürſten von Oldenburg, aber nicht 100,000 Seelen für 50,000, und verlangt nichts von Polen. Ich werde Euch kein Dorf, keine Mühle dieſes Landes geben. Danzig, das Ihr vielleicht gewünſcht hättet, würde ich wohl gegeben haben, wenn man es, den weißen Stab in der Hand, verlangt hätte [1]). Ich denke nicht daran, Polen herzuſtellen; das Intereſſe meiner Völker iſt an dieſes Land nicht gebunden. Aber wenn Ihr mich zum Kriege zwingt, werde ich mich ſicherlich Polens als eines Mittels gegen Euch bedienen. Noch iſt es Zeit, allem dieſem Unheil zuvorzukommen. Noch einmal: die Fürſten von Oldenburg ſollen eine Entſchädigung haben und was Euren Proteſt wegen Oldenburgs betrifft (S. 330), ſo muß das zu treffende Abkommen meine Satisfaktion dafür in ſich faſſen [2])."

---

[1]) Daß Rußland Danzig und einen Theil von Warſchau begehrt hätte, gefiel Napoleon auch Kruſemark am 17. December 1811 zu erzählen; geh. Staatsarchiv. Es iſt möglich, daß hierbei eine Andeutung, die Rumäntzow bei oder nach Czerniſchews Sendung im April hatte machen laſſen, zu Grunde liegt; Bogdanowitſch bei Bernhardi a. a. O. 2, 676. — [2]) Geh. Staatsarchiv. Thiers (hist. du consul. 13, 183 sqq.) hat gerade die weſentlichen Züge weggelaſſen

Der Staatskanzler glaubte, daß dieſe brutale Herausforderung Napoleons die Frage zwiſchen Frankreich und Rußland auf die Spitze ſtelle, daß durch Alexanders Erwiderung die Entſcheidung über Krieg und Frieden in drei bis vier Wochen herbeigeführt ſein werde. Wenn der König in dieſem Augenblick, wie die Kommiſſion beantrage, Berlin verlaſſe, ſo würde dies in Verbindung mit den Rüſtungen Napoleon über den Entſchluß Preußens, die Partei Rußlands zu nehmen, keinen Zweifel laſſen. Nun beſtehe aber die Möglichkeit einer Verſtändigung zwiſchen Frankreich und Rußland. Die Erklärung, welche Napoleon von Rußland gefordert, gebe dem Könige Zeit, die Abreiſe zu verſchieben, bis man den in Petersburg gefaßten Entſchluß kenne, der früher als in Paris in Berlin vertraulich bekannt ſein werde. „Machen poſitive Nachrichten aus Petersburg die Abreiſe nothwendig, ſo muß dieſe im letzten Augenblick an der Spitze eines anſehnlichen Truppencorps geſchehen. Ich denke, daß der König immer im Stande ſein wird, ſich auf der Straße nach Frankfurt zurückzuziehen und die Feinde, die ſich ihm in den Weg ſtellen könnten, zurückzuſchlagen. Die Umſtände würden dann entſcheiden, ob der Weg nach Preußen oder Schleſien einzuſchlagen ſein würde (27. Aug.)." Tags zuvor hatte der König bei Ueberſendung des Berichtes über die Vorgänge vom 15. Auguſt Hardenberg geſchrieben: „Es ſcheint mir, daß kein Augenblick zu verlieren iſt, die wichtigen Nachrichten, die uns Kruſemark eben mittheilt, zu benutzen, um dem Kaiſer von Rußland die gewichtigen Beweggründe, welche ſich von allen Seiten für die Vermeidung des Bruches darbieten, und insbeſondere die unſrigen von neuem darzulegen. Ich meine, daß ein Schreiben von mir nicht am unrechten Orte wäre (26. Aug.)." Dieſe Abſicht ausführend, ſchrieb der König dem Kaiſer: „Eben werde ich von der langen Unterredung unterrichtet, welche

---

oder verwiſcht. Wenn die Richtigkeit der im Texte gegebenen Humboldt'ſchen Verſion (ſie beruht auf Schwarzenbergs Bericht, den Napoleon und Baſſano durchgeſehen hatten) weiteren Beweiſes bedürfte, ſo würde ſolcher in den Weiſungen liegen, welche Napoleon im Juli Baſſano und Davouſt ertheilte, Rußland möglichſt zu beruhigen und das Aufſehen, welches die Truppenanhäufung in Deutſchland mache, zu mindern, z. B. Correspondance de Napoléon 22, 335. 336; 19., 20. Juli 1811.

Napoleon für angemeſſen erachtet hat, öffentlich am 15. mit dem Fürſten Kurakin zu halten. In der Vorausſetzung, daß die große Frage über Krieg und Frieden zur unmittelbaren Entſcheidung ſteht, geſtatte ich mir, dieſe Zeilen an Sie zu richten. Die Umſtände erſcheinen mir durchaus ungünſtig und werden es mehr und mehr. Das Uebereinkommen, die Truppen gleichzeitig von beiden Seiten zurückzuziehen und alles auf den Fuß vor den Rüſtungen zu ſetzen, würde den Geboten der Ehre und der Sicherheit genügen, und vielleicht wird die Weisheit Eurer Majeſtät die Mittel finden, die Punkte, welche den Gegenſtand der Diskuſſion bilden, friedlich auszugleichen. Der Erfolg eines neuen Krieges gegen Frankreich iſt ohne Zweifel höchſt problematiſch. Unterſucht man ruhig die Elemente, welche die Höfe Europa's bilden, ihre Kräfte, ihre Auffaſſungsweiſe, ihre Art zu handeln, den Mangel an Einigkeit, der unter ihnen beſteht, und die großen Schwierigkeiten, dieſe herbeizuführen, ſo verzweifelt man, das große Ziel zu erreichen, das man ſich vorſetzen muß; vielmehr eröffnet ſich die Ausſicht auf die Vernichtung deſſen, was noch von Unabhängigkeit beſteht, und auf einen unheilvollen Despotismus, der an deren Stelle treten wird. Sie, Sire, werden aufrecht bleiben; aber die, für die Sie Sich intereſſiren, für welche Sie großmüthig kämpfen wollen, werden ſie daſſelbe Glück haben? Ohne die nöthigen Mittel, welche vereinigt werden müſſen, um Napoleon mit ſicherem und entſcheidendem Erfolg den Krieg zu machen, wohl kombinirt und vorbereitet zu haben, muß man ſich, wie mir ſcheint, begnügen, ſeine Exiſtenz zu bewahren, an einer engeren Einigung unter den Mächten, welche noch aufrecht ſtehen, arbeiten, verſuchen, ſich herzuſtellen und wieder Kräfte zu gewinnen, unter der Hand die Mittel vorbereiten, um dieſe Kräfte erfolgreich anwenden zu können, ſobald nur die Umſtände günſtiger werden. Mögen die exaltirten Köpfe nur Heil im Kriege ſehen — ich glaube, daß wir ihn in der gegenwärtigen Lage der Dinge unter ſchlechten Auſpicien führen würden. Napoleon hat vollkommen Zeit gehabt, furchtbare Streitkräfte zu ſammeln, und ich beſchwöre Euere Majeſtät, denen nicht zu glauben, welche ſie als wenig gefährlich darſtellen wollten. Ich bin näher intereſſirt als jeder andere,

mir ſichere Kunde zu verſchaffen, und meine Nachrichten ſind genau. Möchten Sie, Sire, Mittel finden, die Schwierigkeiten zu ebenen, welche der Aufrechthaltung des Friedens entgegenſtehen. Sollte es ſich um Zurückziehung der Truppen handeln, ſo geſtatte ich mir, zu hoffen, daß Eure Majeſtät die Oderfeſtungen nicht vergeſſen werden, deren Okkupation ebenſo offenſiv gegen Rußland wie gegen Preußen iſt. In dieſem Augenblicke ſind gegen 16,000 Mann in Stettin allein, und die Rückſtellung Glogau's gebührt mir von Rechtswegen (27. Aug.)." An Schöler ſchrieb der Staatskanzler: „Höchſt weſentlich iſt es, daß wir ohne den mindeſten Zeitverluſt von den Beſchlüſſen des Kaiſers über Krieg oder Frieden und die nach Paris zu ertheilende Antwort beſtimmt unterrichtet werden; denn die Ungewißheit, ob und wann es zum Bruche kommt, iſt für uns das größte aller Uebel (29. Auguſt)."

Gleich nach Empfang des Berichtes über die Vorgänge des 15. Auguſt zu Paris, noch am 26. Auguſt, hatte der Staatskanzler dem Grafen St. Marſan die beabſichtigte Eröffnung über die Rüſtungen Preußens gemacht. Abgeſehen auch von der ſeinerſeits eingeleiteten Unterhandlung über die zwiſchen Frankreich und Preußen zu ſchließende Allianz ließ ihm ſowohl die nahe Möglichkeit des Ausbruches des Krieges als die entferntere einer Ausgleichung zwiſchen Frankreich und Rußland — auch die letztere konnte Preußen in Vergeltung ſeiner gegenwärtigen Rüſtung gefährlich werden — räthlich erſcheinen, dieſer Mittheilung die Faſſung zu geben, daß Preußen rüſte, weil Frankreich ihm die Allianz geweigert, daß Preußen für Frankreich rüſte, wenn Frankreich keine feindſeligen Abſichten verfolge und eine ehrenvolle Allianz biete. Nach St. Marſans Berichte ſagte ihm der Staatskanzler an jenem Tage: der König verlange nur das Vertrauen des Kaiſers Napoleon. Wenn unglücklicher Weiſe der Krieg ausbrechen ſollte, ſtelle er ſich ganz zu ſeiner Verfügung: „aber ich bin beauftragt, zu erklären, daß, wenn dieſes Vertrauen nicht zu erreichen iſt, wenn im Kriegsfalle ſein Land überzogen würde, er ſich vor den Augen Europa's entehrt ſehen würde. Dann würde er es, auch ohne jede Hoffnung auf Erfolg, vorziehen, ſich dem Untergange mit den Waffen in der

Hand auszuſetzen. Deswegen hat er beſchloſſen, ſich in Bereitſchaft zu ſetzen; alle Feſtungen werden in Vertheidigungsſtand gebracht, die Regimenter vollzählig gemacht[1]." Hardenberg ſelbſt ſagt: „Ich habe geſtern mit St. Marſan über die Vernichtung unſerer Hoffnung auf die Rückgabe Glogau's geſprochen. Er geſtand zu, daß die Ehre des Königs und die Sicherheit des Staates dem Könige geböten, zu rüſten, da alles um uns her rüſte, und daß der Kaiſer nach den Erklärungen, die wir in Paris gegeben hätten, keinen Anſtoß daran nehmen könne, wenn er wirklich unſere Allianz wolle. Ich habe nicht angeſtanden, ihm zu ſagen, daß wir unſere Feſtungen in Stand ſetzen und in kurzer Zeit 100,000 Mann aufſtellen könnten, die bereit wären, ohne eingekleidet zu ſein; daß wir es vorzögen, den Degen in der Hand zu ſterben, als einen unehrenhaften Vertrag zu unterſchreiben. Er fragte nach der Reiſe des Königs; ich erwiderte, daß ſie nichts Ungewöhnliches habe, ſie ſei lediglich durch die politiſchen Konjunkturen verzögert (27. Auguſt)." In demſelben Sinne der Motivirung der preußiſchen Rüſtung durch das nicht angenommene Anerbieten der Allianz wies Hardenberg Kruſemark an, die Rüſtung auch in Paris anzuzeigen, aber ſich zugleich jedes Schrittes zu enthalten, der als Drohung ausgelegt werden könnte. Wenn die Rückſicht auf Rußland den Kaiſer Napoleon früherhin veranlaßt habe, jeder Erklärung über die Allianzvorſchläge auszuweichen, die im Laufe des März gemacht worden ſeien, ſo treffe dieſer Grund heute nicht mehr zu, da die kriegeriſchen Vorbereitungen Frankreichs täglich einen impoſanteren Charakter annähmen und Kaiſer Napoleon ſelbſt den eventuellen Zweck dieſer Maßregeln Rußland nicht länger verberge. Da die Beſorgniß, unzeitig Anſtoß zu geben, die Rüſtungen Frankreichs nicht zurückhalte, wie könnte der Abſchluß einer engeren Union zwiſchen Frankreich und Preußen durch dieſe Beſorgniß jetzt noch verzögert werden? „Dennoch iſt keine Erklärung erfolgt. Alles um uns her iſt in Waffen: von der einen Seite die ruſſiſchen Heere, von der anderen die Haltung der Warſchauer Armee, welche, angeblich

[1]) Lefèbvre histoire des cabinets 5, 139. 140.

gegen Rußland, auch gegen uns gerichtet ſein kann. Die ſächſiſche Armee iſt in ſo nahen Kantonnirungen vereinigt, daß ſie in zwei Märſchen die Hauptſtadt des Königs zu erreichen vermag. In Danzig allein liegt eine andere Armee; die Beſatzungen der Oberfeſtungen, vertragsmäßig 10,000 Mann, ſind auf 23,000 Mann verſtärkt. In dem Augenblick, in welchem ich ſchreibe, beträgt die Garniſon von Stettin 17,546 Mann. In dieſen verſchiedenen Armeen beſteht nur Eine Meinung, Eine Stimme über die bevorſtehende Vernichtung Preußens. Was bleibt dem Könige bei der Ungewißheit, in welcher Frankreich ihn läßt, übrig, als Maßregeln zu ſeiner Vertheidigung zu nehmen? Wir waffnen alſo, weil die Umſtände dem Könige dieſe Pflicht gebieteriſch auflegen und weil es beſſer iſt, wie ich Herrn von St. Marſan geſagt habe, mit dem Degen in der Hand zu ſterben, als mit Schande zu unterliegen. Wir waffnen für Frankreich, wenn es aufrichtig unſeren freien Beiſtand dem Kampfe vorzieht, von dem ſeine Soldaten ſprechen (30. Auguſt [1]).“

Napoleon hatte ſeine Rüſtung in umfaſſendſter Weiſe betrieben. Er bemühte ſich, die Küſten Hollands und Deutſchlands, die Mündungen der Ems, der Weſer, der Elbe in ſtarken Vertheidigungsſtand zu ſetzen, eine Küſtenflottille zu bilden, um, wenn er nach Oſten vordringe, eine Landung der Engländer in ſeinem Rücken unmöglich zu machen. Eingehend beſchäftigte er ſich mit den Munitionsvorräthen und den Befeſtigungen von Danzig, Thorn, Modlin, Zamosk. Auf das Anlehen, welches der König von Sachſen zur Beſtreitung der Koſten des polniſchen Feſtungsbaues gemacht hatte, ließ er Vorſchüſſe zahlen; er drängte ihn, die polniſche Armee auf 46,000 Mann zu bringen, ohne Einrechnung der Beſatzung von Zamosk [2]). Aber der weſentlichſte Theil dieſer Rüſtung beſtand darin, ſich Preußens vollſtändig zu bemächtigen. Darum iſt er unaufhörlich beſchäftigt, Davouſt Verſtärkungen zu ſchicken, ihn zu erinnern, daß er ſeine Truppen jeden Augenblick en cas d'événement marſchbereit

---

[1]) Gedruckt bei Schöll Recueil 10, 112 sqq. — [2]) Z. B. Correspondance de Napoléon 22, 458, vergl. 22, 464. 299. 483. 526.

halten müſſe. Wir erinnern uns der Befehle, die Napoleon im März und im Mai zur Ausrüſtung der Belagerungsparks für Spandau, Kolberg und Neiſſe ertheilt hatte. Am 12. Mai ſchrieb er dem Kommandanten von Danzig, General Rapp, daß die mobile Diviſion, die in Danzig (die Beſatzung war auf 20,000 Mann gebracht) unter General Grandjean gebildet werde, 11 bis 12,000 Mann ſtark und ſomit den in der Nähe befindlichen preußiſchen Truppen überlegen ſein müſſe[1]; Scharnhorſt hatte ihre Beſtimmung deutlich erkannt (S. 363). In den erſten Tagen des Juni erhielt Napoleon Anzeige von Davouſt, daß Geſchütze und Munition in Kolberg aufgehäuft würden, daß die Arſenale in Berlin in großer Thätigkeit ſeien. Hierauf hin wurde Maret am 4. Juni Weiſung ertheilt, über das Verhalten Preußens Bericht zu erſtatten. Ueber ſolche Vorgänge müſſe man ſich offen erklären: tout cela est aujourd'hui une mauvaise plaisanterie[2]. In Folge des auf dieſen Befehl erſtatteten Berichtes ließ Napoleon Sachſen und Weſtfalen am 22. Juni auffordern: die polniſchen, weſtfäliſchen und ſächſiſchen Truppen in der Stärke von 60,000 Mann marſchbereit zu machen; am 23. befiehlt er dem Kriegsminiſter: Davouſt müſſe in 24 Stunden marſchiren können[3]. In Berlin wurden zunächſt keine Vorſtellungen wegen der Rüſtungen erhoben, noch weniger die Drohungen wiederholt, die er Ende April hierüber hatte machen laſſen; vielmehr hielt er den Fürſten Hatzfeldt übermäßig lange in Paris feſt und täuſchte ihn in demſelben Augenblick, in dem er die Sachſen und Polen an die preußiſchen Grenzen kommandirte und Davouſt Marſchbereitſchaft binnen vierundzwanzig Stunden befahl, durch die angenehmſten Aeußerungen. Das angetragene Bündniß wurde nicht abgelehnt, ſondern hinausgeſchoben, Davouſt angewieſen, die Vermehrung ſeiner Streitkräfte möglichſt zu verbergen, endlich der Verſuch gemacht, Rußland durch die Eröffnung vom 15. Auguſt zugleich einzuſchüchtern und durch das Anerbieten gegenſeitiger Zurückziehung der Truppen

---

[1]) Correspondance de Napoléon 22, 155. 162 vergl. 22, 228. 266. 304. 366. — [2]) Correspond. 22, 202. — [3]) Correspond. 22, 273. 279. 296.

hinzuhalten und zu beruhigen. Am 4. Juli ſchrieb Napoleon Davouſt, daß er, wenn er am 1. Auguſt marſchiren müſſe, über 64,000 Mann, mit der Diviſion in Danzig über gegen 80,000 Mann zu verfügen haben werde, bald darauf (7. Juli), daß er am 1. September 104 vollzählige Bataillone, d. h. 84,000 Mann Infanterie ſtark ſein werde; bis zum 15. September werde ſeine Kavallerie auf 10,000 Mann gebracht ſein. Vom 1. September ab müſſe er ſich bereit halten, wenige Tage nach Empfang der Ordre marſchiren zu können [1]).

Die Geſichtspunkte, welche Napoleons Verfahren diktirten, ſind heute leicht zu erkennen. Zunächſt lag ihm viel daran, ſeine eigenen Rüſtungen ungeſtört bis zum Frühjahr 1812 fortzuführen und zu vollenden; ſodann wünſchte er das Herzogthum Warſchau, das von der größten Wichtigkeit für ihn war, vor dem Einfall, vor der Beſitznahme durch die bei Wilna bereit ſtehende ruſſiſche Armee zu bewahren; endlich legte er das allergrößte Gewicht darauf, den Krieg nicht an der Elbe anfangen zu müſſen, vielmehr den Ruſſen an der Weichſel zuvorzukommen, dieſen Strom vor ihnen zu beſetzen und den Krieg womöglich am Niemen beginnen zu können. Das waren die Aufgaben, die er ſich für die Einleitung des ruſſiſchen Krieges geſtellt hatte. Er wußte, daß die Feldzüge in der Vorbereitung gewonnen und verloren würden, und man wird nicht leugnen, daß die Einleitung, die er ſich vorgezeichnet, den Erfolg des Feldzuges mehr als irgend eine andere gewährleiſtete. Wir kennen ſeinen Trieb, Preußen zu vernichten; auch Champagny votirte nunmehr ſchon am 16. November 1810 für volle Vernichtung [2]). Aber dieſe Frage konnte doch jetzt nicht in erſter Linie ſtehen. Sie war mit dem glücklichen Ausgange des Krieges gegen Rußland entſchieden. Um dieſen führen zu können, mußte Napoleon unbedingt über Preußen verfügen. Wenn er Preußen über den Pariſer Vertrag hinaus gewaltſam okkupirte und niederwarf, ſo war dies allerdings die beſte Sicherung für ihn; aber der zu erwartende Widerſtand gab den Ruſſen das Signal des Einmarſches in das Herzogthum Warſchau, des Vormarſches nach

[1]) Corresp. Napol. 22, 287. 303. 316. — [2]) Bogdanowitſch 1, 55. D. Ü.

Oſtpreußen; der Widerſtand der preußiſchen Armee, der Feſtungen, der Bevölkerung hielt auf, und ſelbſt das bezwungene Preußen im Rücken forderte 100,000 Mann, um es in Gehorſam zu halten und die Etappenſtraßen zu ſichern, während zugleich durch dieſen Zuſtand der Gewalt die Hülfsmittel, welche für die franzöſiſche Armee durch die beſtehende Regierung aus Preußen zu gewinnen ſtanden und um ſo wichtiger waren, aus je weiterer Ferne der Erſatz herangeſchafft werden mußte, Napoleon entzogen oder wenigſtens in erheblichem Maße vermindert wurden. Die friedliche Unterwerfung Preußens war ohne Zweifel vortheilhafter. Die von Preußen angebotene Allianz war jedoch nicht die, welche Napoleon brauchte, und jede Allianz, die er mit Preußen ſchloß, brachte, wie er annehmen mußte, die Ruſſen vorzeitig in das Herzogthum Warſchau. Alle dieſe gebotenen Rückſichten und Erwägungen ließen Napoleon abwarten und ſich begnügen, jede Vorbereitung zu treffen, um Preußen im gegebenen Augenblick möglichſt raſch von allen Seiten überziehen und niederwerfen zu können. Je ſpäter der Einmarſch in Preußen nöthig war, um ſo ſtärker wurden inzwiſchen die dazu beſtimmten Truppen. Dann mußte Davouſt, wie er ihn ſchon Ende März angewieſen hatte, im Fluge die Weichſel zu erreichen ſuchen; wir ſahen, wie Napoleon ihm ſucceſſiv das Ende Juni, den Anfang Auguſt, dann den Anfang September als möglichen Angriffstermin bezeichnete. Zu ernſtlicher Rüſtung durfte Preußen keine Zeit gewährt werden. Der Angriff wurde unaufſchiebbar, wenn deſſen Vorbereitungen Umfang gewannen, wenn es abzurüſten weigerte, wenn die Ruſſen in Warſchau einrückten, wenn der preußiſche Hof mit dem ruſſiſchen einverſtanden war. Demnach wurde Davouſt im Auguſt auf 100,000 Mann verſtärkt und der Befehl gegeben, daß bei dem geringſten Zeichen des Einverſtändniſſes zwiſchen Preußen und Rußland, wenn auch nur Ein ruſſiſches Bataillon die Grenze des Herzogthums Warſchau überſchritte, die preußiſchen Grenzen von allen Seiten überzogen, das um Preußen geſpannte Netz zuſammengezogen werden ſolle [1]).

---

[1]) Lefèbvre histoire des cabinets 5, 108. 109.

So lagen die Dinge, als St. Marſans Bericht über die Mittheilung, die ihm Hardenberg am 26. Auguſt gemacht hatte, in Compiègne eintraf, wohin ſich Napoleon am 30. Auguſt begeben hatte. Hardenberg ſtellte Frankreich die Wahl zwiſchen der Annahme der preußiſchen Allianzvorſchläge und dem Kriege. Napoleon war überraſcht und fragte ſich, ob dieſer Schritt etwa im Einverſtändniß mit Rußland geſchehe. Jedenfalls war der Krieg mit Preußen auch der Krieg mit Rußland, die Invaſion des Großherzogthums Warſchau vor Vollendung der franzöſiſchen Rüſtung, und Napoleon wünſchte nicht, ihn unter dieſen Bedingungen zu führen Man konnte Preußen jedoch mit ſeinen Waffen ſchlagen, in ſeiner Schlinge fangen, wenn man in das Bündniß willigte, ohne es zu ſchließen. Man erwarb damit das Recht, ihm die Rüſtungen zu unterſagen. Gehorchte Preußen trotz des in Ausſicht geſtellten Allianzabſchluſſes nicht, ſo war damit der Beweis ſeines Einverſtändniſſes mit Rußland erbracht. Die Ueberziehung mußte erfolgen; ſie geſchah dann, weil Preußen gegen Frankreich rüſte und dieſe Rüſtungen nicht einſtellen wolle. Von dieſen Geſichtspunkten aus ſchrieb Maret dem Grafen St. Marſan unter dem 5. September: „Die preußiſchen Allianzvorſchläge ſeien der Gegenſtand ernſter Erwägungen; man könne jedoch in die Erörterung derſelben nicht eintreten, bis auf die dem Fürſten Kurakin gemachten Eröffnungen Antwort aus Petersburg eingegangen ſei. Sobald dies der Fall, werde ſich der Kaiſer über jene Vorſchläge in einer Weiſe erklären, welche dem Könige nichts zu wünſchen übrig laſſen würde. Die Rüſtungen machten jedoch den übelſten Eindruck auf den Kaiſer; ſie wären geeignet, den Krieg gegen Rußland zum Ausbruche zu bringen und müßten demgemäß ſogleich abgeſtellt werden.“ Am folgenden Tage (6. September) lud Maret den General Kruſemark nach Compiègne und ſagte ihm hier: die Rüſtungen in Preußen würden mit großer Thätigkeit betrieben; von allen Seiten kämen Nachrichten, daß man in Berlin Hintergedanken habe. Dieſe Nachrichten wären ihm gerade in dieſem Augenblick um ſo unerwünſchter, als ihn der Kaiſer mit einer Arbeit über die Allianzvorſchläge Preußens beauftragt und als er vorbehaltlich einiger

Modifikationen eine Einigung zu erzielen gehofft habe. Der Kaiser habe keine feindseligen Absichten gegen Preußen, vielmehr den Wunsch, das Vertrauen, das er seit einiger Zeit zu Preußen gefaßt, zu befestigen. Schließlich bat er den General dringend, seine Regierung zu beschwören, kein Mißtrauen zu zeigen, eine Haltung, welche Napoleon am wenigsten zu verzeihen vermöge.

Als Graf St. Marsan am 11. September dem Staatskanzler die Depesche Marets vom 5. September vorlas und darauf der Bericht Krusemarks über dessen Mittheilungen einlief, war man in Berlin noch ohne jede Nachricht aus Petersburg. Man wußte nicht, ob Kaiser Alexander die Eröffnung Napoleons vom 15. August in friedlichem oder in kriegerischem Sinne zu beantworten gedenke, ob er Frieden halten oder Krieg führen wolle. Nach fast zwei Monaten war noch keine Antwort auf jenes Schreiben des Königs vom 16. Juli erfolgt; man wußte nur aus einem Berichte Schölers vom 14. August, daß „das, was der (am 18. Juli von Berlin abgegangene) Kurier mitgebracht, den besten Eindruck gemacht habe," und General Scharnhorst hatte noch immer nicht aus Dollstädt gemeldet, daß er nach Petersburg abreisen könne. Unter diesen Umständen schien es Hardenberg gerathen, hinhaltend zu verfahren und die Rüstungen so weit einzustellen, als es ohne wesentlichen Nachtheil geschehen könne. Auf seinen Rath schrieb der König selbst dem Kaiser Napoleon gleich am 12. September: der Kaiser habe ihn wissen lassen, daß er sich über die Allianzvorschläge in einer Weise erklären wolle, welche nichts zu wünschen übrig lassen werde, sobald die Antwort Rußlands auf die dem Fürsten Kurakin gemachten Eröffnungen eingetroffen sein würde. Diesem Worte vertrauend, werde er unverzüglich die Maßregeln suspendiren, welche er für die Vermehrung seiner Streitkräfte beschlossen habe. Er sei im Begriff gewesen, neue Bataillone aus den alten Soldaten zu bilden, die sich noch in großer Zahl im Lande befänden. Der Befehl, diese Maßnahmen nicht auszuführen, sei ertheilt. Er hoffe, der Kaiser werde hieraus erkennen, wie er sich beeile, allen seinen Wünschen entgegenzukommen, und nicht säumen, sobald die Umstände es erlaubten, dem Könige die

Mittel zu erleichtern, das angenommene Syſtem wirkſam zu verfolgen, indem die gegenſeitigen Beziehungen auf eine ſichere und ſolide Baſis geſtellt würden und dem König ein öffentliches Zeichen des Vertrauens und Wohlwollens durch die Zurückſtellung Glogau's zu Theil werde.

Die Mittheilungen Marets vom 5. und 6. September an St. Marſan und Kruſemark waren jedoch nur die Einleitung geweſen. Napoleon hielt den Zeitraum von acht Tagen für ausreichend, dieſen Eröffnungen in Berlin die erwartete Wirkung zu geben, und er glaubte das dortige Kabinet durch ſie in hinlängliches Schwanken verſetzt, um den Hauptſtoß, zu welchem Hardenbergs Depeſche vom 30. Auguſt (S. 379) an Kruſemark, die von dieſem Maret am 9. September vorgelegt worden war, erwünſchten Anlaß bot, mit Erfolg führen zu können. Am 20. September erſchien Graf St. Marſan beim Staatskanzler, behufs Mittheilung der Befehle, die er eben aus Compiègne empfangen habe. Der Kaiſer habe die Anzeige von den Rüſtungen Preußens mit Mißfallen vernommen; er könne dieſelben nicht geſchehen laſſen, da ſie den beſtehenden Verträgen entgegenliefen, ohne vorgängiges Einverſtändniß mit Frankreich vorgenommen und überdies geeignet ſeien, den Krieg mit Rußland herbeizuführen, welchen der Kaiſer vermeiden zu können hoffe. Er ſei ermächtigt, in der poſitivſten Weiſe zu erklären, daß die Abſichten des Kaiſers für Preußen die freundſchaftlichſten und günſtigſten ſeien, daß der Kaiſer bereit ſei, mit Preußen abzuſchließen, ohne die Antwort Rußlands auf die Eröffnungen vom 15. Auguſt abzuwarten; er ſei ferner ermächtigt, ſein Wort zu geben, daß er binnen drei Tagen nach Abſtellung der Rüſtung Vollmacht zum Abſchluß dieſer Allianz erhalten werde. Eine bewaffnete Verhandlung, welche den Schein habe, von Preußen erzwungen zu ſein, ſei gegen die Ehre des Kaiſers, welcher deshalb verlange, daß Preußen auf der Stelle entwaffne, daß die Armee auf die traktatenmäßige Zahl zurückgeführt, die Rekruten und Arbeiter nach Hauſe geſchickt würden und jede Arbeit an den Befeſtigungen aufhöre, endlich daß Preußen in Petersburg erkläre, daß es, nachdem es vollkommen friedliche Zuſicherungen empfangen,

alle zur Verſtärkung ſeiner Streitkräfte getroffenen Maßregeln ſuspendirt habe. Werde ihm der Entſchluß hierzu nicht binnen drei Tagen bekannt gemacht, ſo müſſe er Berlin verlaſſen und hiervon den Herzog von Eckmühl (Davouſt) benachrichtigen, worauf dieſer einrücken werde.

Gleichzeitig mit dieſer Eröffnung traf ein Bericht Kruſemarks vom 14. September mit einem Schreiben Baſſano's an ihn von demſelben Tage ein. Baſſano benachrichtigte Kruſemark, daß der Kaiſer ihm eben aufgetragen habe, dem Grafen St. Marſan zu befehlen, Berlin zu verlaſſen, wenn die Rüſtungen auf ſeine Vorſtellungen nicht rückgängig gemacht würden, und fügte hinzu, daß er für ſeine Perſon ſeinen Ruhm und ſein Glück darin geſucht habe, das gute Einvernehmen zwiſchen Frankreich und Preußen herzuſtellen und den Kontinent vor den blutigen Kataſtrophen zu bewahren, die ihn nur zu oft verwüſtet. Es ſei dies die einzige Art von Auszeichnung geweſen, welche er für die erſten Monate ſeines Miniſteriums erſtrebt habe. „Sollte ich nur einer Chimäre nachgetrachtet haben? Wie hat man in Berlin glauben können, daß der Kaiſer einer bewaffneten Unterhandlung zuſtimmen werde? Man brauchte ihn nur zu kennen und zu würdigen, um alles vorauszuſehen, was ſich ereignen kann. Ich bin erſchrocken. Senden Sie auf der Stelle einen Kurier nach Berlin und beſchwören Sie Herrn von Hardenberg, einen Brand zu vermeiden, der ſo viele Verwüſtungen verurſachen wird. Rußland und Frankreich ſind noch weit davon entfernt, handgemein zu werden; ſie ſind vielleicht näher daran, ſich zu verſtändigen, als wir meinen. Warum alſo Ereigniſſe überſtürzen, die immer zu früh eintreten werden? Kann Rußland glauben, daß Preußen rüſtet, ohne mit uns einig zu ſein? Und wenn dies ſein Gedanke iſt, und Preußen nicht mit Rußland einig iſt, wird es nicht den Augenblick gekommen glauben, die Feindſeligkeiten zu beginnen? Ihr wollt das Bündniß mit Frankreich, und Ihr nehmt gerade die Maßregel, die ihm Mißtrauen und Feindſeligkeit einflößen muß. Ihr habt mehr Intereſſe als irgend eine andere Macht Europa's, daß der Friede im Norden erhalten bleibt; Ihr ſeid vielleicht die einzige, die

Alles im Kriege zu verlieren hat, und Ihr thut gerade das, was noch zu thun iſt, um den Krieg unvermeidlich zu machen! Was den Kaiſer bisher verhindert hat, die Allianz, die er nur wünſchen kann, zu unterhandeln, iſt allein die Beſorgniß, daß die Unterhandlung mit Euch der Bruch mit Rußland ſein würde. Aber weil Ihr es ſo wollt, ſo ſoll die Allianz geſchloſſen werden. Damit es geſchehen kann, entlaßt die Arbeiter an Euren Feſtungen, haltet Eure Truppenbewegungen auf und ſtellt Eure Rüſtungen ein, die verfrüht ſind, wenn ſie gegen Rußland gerichtet ſind, und in dem Augenblick, in welchem Preußen und Frankreich ſich durch engere Bande verbinden, ohne Gegenſtand. Weigert man ſich in Berlin, was unmöglich zu denken iſt, ſo wird Preußen überzogen. Entweder wird dann Rußland auch ſeinerſeits marſchiren, oder Frankreich und Rußland gelangen zu einem Einverſtändniß, und Preußen wird einen falſchen Schritt theuer bezahlen müſſen. Ich bitte Sie, die Abſendung eines Kuriers nicht zu verſchieben. Sie werden Ihrem Herrn niemals durch heilſamen Rath einen größeren Dienſt leiſten können." Mündlich hatte dann der Miniſter noch mitgetheilt, daß ein Kurier an den Marſchall Davouſt abgegangen ſei, mit dem Befehle, die preußiſchen Grenzen zu überſchreiten, ſobald St. Marſan Berlin verlaſſen hätte, daß anderufalls, wenn der König den Wünſchen Napoleons entſpräche, keine Satisfaktion gefordert werden würde, welche den König verletzen könnte, daß die Allianzverhandlungen beginnen ſollten, ſobald die Rüſtungen abgeſtellt ſeien. Jener Kurier war in der That an Davouſt abgegangen und zwar mit einem Schreiben Napoleons vom 14. September des Inhalts, daß der Marſchall, ſobald St. Marſan Berlin verlaſſen habe, was dieſer ihm anzeigen werde, mit ſeiner Armee auf Berlin marſchiren müſſe. Die Diviſion Deſſaix zu Stettin ſei durch eine zweite und mehrere Kavalleriebrigaden zu verſtärken, um hinreichend ſtark zu ſein, die Oderbrücke der Preußen (S. 358) zu zerſtören und den Uebergang über dieſen Fluß zu ſperren. Für den Fall des Einmarſches ſeien die Könige von Weſtfalen und Sachſen zu benachrichtigen, ihre Truppen bei Magdeburg und Glogau zu vereinigen. Nach Dresden und Warſchau ſei zu

ſchreiben, daß die Armee des Großherzogthums die Paſſage für Truppen, Wagen und Munition über die Weichſel zu hemmen, daß ſie alle Truppen zu entwaffnen und zu Gefangenen zu machen habe, welche ſie finde, und ſich der Geſchütze und Trains bemächtigen müſſe. Stettin, Glogau, Danzig und Küſtrin ſeien anzuweiſen, auf ihrer Hut zu ſein. Auf den Etappenſtraßen dürften ſich weder einzelne Leute, noch Wagenzüge, noch ſonſt etwas befinden, was verloren gehen könnte. „Wenn ich einen Mann oder ein Fuhrwerk verliere, werde ich Grund haben, Ihnen mein Mißvergnügen zu bezeigen. Ich habe meinen Beſchluß ſo ſtark ausgedrückt, daß ich hoffe, daß Preußen ſeine Ohnmacht und die Thorheit ſeiner Prätenſionen empfinden und St. Marſan nicht abreiſen wird. Meine Abſicht iſt übrigens, daß Sie keine drohende Vorbereitung machen. Die Truppen müſſen bereit ſein und ihre Lebensmittel auf vier Tage unter dem Vorwande einer Revüe haben. Wenn Sie in Preußen einmarſchiren, darf keine Proklamation gemacht oder irgend etwas geſagt werden; es muß Alles gefangen genommen und entwaffnet und vor allen Dingen gute Disciplin beobachtet werden. Im Falle des Einmarſches müſſen Sie verſuchen, Spandau zu überrumpeln.“

In Berlin war man, als St. Marſan jene Forderungen an den Staatskanzler ſtellte (20. September), immer noch in derſelben Ungewißheit, ob die Unterhandlung zwiſchen Frankreich und Rußland zum Frieden oder zum Bruche führen werde. Blieb man feſt gegen Frankreich, ſo war der Krieg zwiſchen Preußen und Frankreich und damit auch der zwiſchen Rußland und Frankreich, vielleicht gegen die Abſicht Kaiſer Alexanders, entſchieden. Jedenfalls erſchien es höchſt mißlich, ohne beſtimmte Verabredung mit Rußland in den Krieg gedrängt zu werden. Seit drei Tagen wußte man nun freilich, daß ein Kurier Schölers am 9. September Abends in Dollſtädt angelangt und der General in Folge deſſen am nächſten Tage nach Petersburg abgegangen war. Der Bericht Schölers vom 26. Auguſt, den dieſer Kurier dann am 16. September nach Berlin gebracht hatte, ſagte, daß ihm der Kaiſer am 15. Auguſt ſeine große Freude über die letzte Erklärung des Königs (das Schreiben vom 16. Juli) ausgeſprochen,

daß er Alles thun werde, den Frieden zu erhalten. Sollte Preußen jedoch aus nichtigen Gründen angegriffen werden, ſo werde er dieſen Angriff als einen Angriff auf Rußland anſehen. Dieſelbe Aeußerung hatte der Kaiſer bereits in ſeinem Schreiben vom 28. Mai an den König gethan. Sie enthielt doch nicht mehr, als daß der Angriff auf Preußen auch für Rußland das Zeichen zum Kriege ſein würde, was thatſächlich ohnehin der Fall ſein mußte. Sobald Preußen nicht mit Frankreich ging, mußte Napoleon den Angriff auf Rußland mit dem Angriff auf Preußen beginnen. Für Preußen war aber die Frage die: welche Hülfe will uns Rußland im Falle dieſes Angriffes gewähren und in welcher Zeit? Hierüber war man völlig im Dunklen; die Verſicherungen Alexanders, ſich angreifen laſſen, ſich ſtreng defenſiv halten zu wollen, jene Entwickelung des Operationsplanes mit langer Rückzugslinie, die er dem Könige gemacht (S. 361), die zurückgezogene Aufſtellung der ruſſiſchen Armee, endlich die beharrliche Nichtbeantwortung der Mittheilung des Königs vom 16. Juli, d. h. die Vermeidung der Annahme einer von freien Stücken gegebenen Zuſage des Königs, ſich unter beſtimmten Vorausſetzungen Rußland anzuſchließen, eröffneten wenig günſtige Ausſichten. Gewißheit konnte nur die Miſſion geben, welche Scharnhorſt nun eben angetreten hatte. Es ſchien geboten, bis zu deren Ergebniß Zeit zu gewinnen. Demnach bezog ſich Hardenberg St. Marſans peremtoriſcher Forderung gegenüber auf das Schreiben des Königs vom 12. September, welches Napoleon inzwiſchen zugegangen ſein müſſe, in welchem der Entſchluß, weitere Vermehrung der Streitkräfte nicht eintreten zu laſſen, bereits ausgeſprochen ſei, und ſagte die Einſtellung der Rüſtungen, in Betracht und in Erwartung der in nahe Ausſicht geſtellten Gegenvorſchläge Frankreichs, noch ein Mal zu. Am 24. September verſicherte er St. Marſan: die Befehle ſeien ertheilt, von dieſem Tage an die Befeſtigungsarbeiten einzuſtellen. Sie gingen in der That am 25. und 26. September ab. Ein Artikel der Berliner Zeitung verkündete am 26. September, daß die Truppen ihre gewöhnlichen Herbſtübungen anſtellten. Die Kriegsgerüchte hätten, wie man aus ſicherer Quelle wiſſe, nicht den geringſten

Grund. Höchſt übertrieben ſeien die Ausſprengungen über die Rüſtungen Preußens. Die Feſtungen ſeien in Stand geſetzt und die Mittel vorbereitet worden, die Armee im Nothfalle ſchnell kriegsfertig aufſtellen zu können; beides erfordere die Klugheit auch im tiefen Frieden und hätte keinen offenſiven Zweck. Auch das letzte Verlangen Frankreichs wurde erfüllt. Eine Weiſung an Schladen vom 26. September ſagte dieſem: der König habe in der Ueberzeugung, daß Rußland keine feindlichen Abſichten hege, auch die wirklichen Intentionen des Kaiſers Napoleon zu erforſchen geſucht und in Folge dieſer Erörterungen ſoeben eine poſitive Verſicherung der friedlichen Abſichten und guten Intentionen Frankreichs gegen Preußen empfangen ſowie darüber, daß auch gegen Rußland keine feindlichen Abſichten von Seiten Frankreichs gehegt würden, und hätten deshalb die angeordneten Rüſtungen eingeſtellt werden können.

Trotzdem war man Napoleon gegenüber bei weitem noch nicht am Ziele. St. Marſan beſchwerte ſich, daß die entlaſſenen Arbeiter nicht in die Heimath geſchickt, ſondern beim Chauſſeebau beſchäftigt würden, daß die Augmentation der Regimenter nicht entlaſſen würde (4. Oktober). Nach einem weiteren Berichte Schölers vom 15. September rieth Kaiſer Alexander, man möge den Forderungen Frankreichs nachgeben, ihm keinen Vorwand zum Kriege geben. Hardenberg erwiderte Schöler: Preußens Lage werde durch Rußlands Zögern immer bedenklicher. Die Sachſen nähmen Stellung bei Sorau (S. 388), und 20 polniſche Bataillone wären nach der preußiſchen Grenze auf Poſen dirigirt; der franzöſiſche Geſandte fordere peremtoriſch die Entlaſſung der bisher bei den Schanzarbeiten beſchäftigten uneingeſtellten Soldaten. „Bedroht mit augenblicklicher Invaſion, von allen Seiten umringt, ungewiß, was man in Petersburg beſchließen, ob man uns zu Hülfe eilen wird, zumal bei den letzten feierlichen Erklärungen, nicht über die Grenze gehen zu wollen und bei dem Rath zur Nachgiebigkeit in Ihrem letzten Schreiben, glaubt der König ſeine Exiſtenz allein aufs Spiel zu ſetzen. Er hat beſchloſſen, das Verlangen des franzöſiſchen Geſandten zu erfüllen. Das Zögern iſt tödtlich für uns. Seit dem 15. Julius (der

Staatskanzler meinte den 18. Juli), wo die letzte Erklärung des Königs abging, ſind nun in wenig Tagen drei Monate verfloſſen, und wir harren noch immer der Entſcheidung. Rußland kann dieſen Zuſtand der Ungewißheit lange aushalten. Für uns iſt nur Rettung in einem baldigen Vergleich Rußlands mit Frankreich oder einem baldigen Bruche zwiſchen Rußland und Frankreich (4. und 5. Oktober)."

Ganz ſo weit, wie Hardenberg nach Petersburg zu melden für angemeſſen hielt, hatte man in Berlin noch nicht nachgegeben. Auf Grund des Gutachtens der Immediatkommiſſion (S. 371) berichtete Hardenberg dem Könige am 7. Oktober, daß die Entlaſſung der Civilarbeiter nicht bedenklich ſei (Hardenberg hatte dies St. Marſan bereits am 5. Oktober zugeſagt); die der Einberufenen und Kantoniſten könne jedoch nicht ohne ſchweren Nachtheil eintreten, bevor Napoleon ſich beſtimmt über die Bedingungen erklärt habe, welche er der Allianz mit Preußen zu Grunde legen wolle. Nur diejenigen würden entlaſſen werden können, welche im Nothfalle in 48 Stunden wiederum bei den Fahnen ſein könnten. Da die Franzoſen ſicher Spandau und Kolberg vorzugsweiſe im Auge hätten, würde es ſich empfehlen, die Maßregel auf dieſe Plätze und ihre Umgebung zu beſchränken, zugleich aber an die Generale von Blücher, von York und von Stutterheim einen vertrauten Offizier abzuſchicken, damit die Maßregeln, welche die Gefahr des Augenblickes erheiſche, mit Umſicht und in Kenntniß der Sachlage getroffen werden könnten. Der König befahl, daß alle Krümper, die im Umkreiſe von ſechs Meilen des Garniſonortes ihres Regimentes anſäſſig wären, beurlaubt werden ſollten, und betraute den Hauptmann von Thile mit der Information der Generale.

An demſelben Tage (8. Oktober) ſchrieb Napoleon ſeinem Miniſter des Auswärtigen: er werde aus einem weiteren Schreiben Davouſts erſehen, daß dieſer noch immer über Preußen in Unruhe ſei. „Es wäre ſehr ſchädlich, wenn ſich St. Marſan hintergehen ließe. Schicken Sie doch einen Vicekonſul nach Kolberg, um zu wiſſen, was dort vorgeht; die Nachläſſigkeit, dort Niemand zu haben,

iſt unverzeihlich [1])." St. Marſan ließ es jedoch nicht an ſich fehlen. Am 10. Oktober erhob er neue Reklamationen: der Konſul zu Stettin habe angezeigt, daß die Arbeiten in Kolberg fortgingen, daß dort noch kein Arbeiter heimgeſchickt worden ſei; er müſſe die Abberufung von Generalen verlangen, welche den ertheilten Befehlen nicht gehorchten. Der König beſchloß, den General Blücher für den Augenblick durch den General Tauentzien zu erſetzen. Auch damit beruhigte man ſich franzöſiſcher Seits nicht. Man war im Vortheil und wollte ihn benutzen. St. Marſan erklärte am 19. Oktober: daß er beauftragt ſei, die Entlaſſung aller alten Soldaten wie der geſammten neuen Aushebungen und die Rückgängigmachung der außerordentlichen Verproviantirungen zu verlangen; daß er ferner zu fordern habe, daß die Arbeiten an den feſten Plätzen und den befeſtigten Lagern definitiv eingeſtellt und nicht wiederaufgenommen würden; daß alle Arbeiter, ſowohl die Landleute als die beurlaubten oder ausgedienten Soldaten, in ihre Heimath geſchickt und die Armee auf die im Vertrage vom 8. September 1808 feſtgeſtellte Stärke zurückgeführt würde; daß er Befehl habe, ſeinen Legationsſekretär Lefebvre (dieſer war eben St. Marſan beigegeben worden, um ſeine Wachſamkeit zu ſchärfen) an die betreffenden Orte zu ſchicken, um ſich zu vergewiſſern, daß die Arbeiten und Rüſtungen aufgehört hätten. Hardenberg lehnte die letzte Forderung durch ein Schreiben vom 21. Oktober beſtimmt ab. Als ſich St. Marſan jedoch auf den ausdrücklichen Befehl des Kaiſers Napoleon bezog, gab der Staatskanzler nach und ſtellte St. Marſan vier Schreiben für die kommandirenden Generale in Schleſien, Pommern, Oſt- und Weſtpreußen zu, in welchen es gleichlautend hieß: der Sekretär der franzöſiſchen Geſandtſchaft unternehme eine Reiſe in Handelsangelegenheiten und habe um Empfehlungsſchreiben gebeten. Der König wolle, daß dieſe Gelegenheit benutzt werde, den Herrn Lefebvre zu überzeugen, daß der Uebereinkunft mit dem Kaiſer Napoleon gemäß die Einſtellung der Arbeiten an den Befeſtigungen und die Entlaſſung der Arbeiter

[1]) Correspondance de Napoléon 22, 503.

überall geſchehen ſei (22. Oktober). Lefebvre ging am 23. Oktober zunächſt nach Kolberg ab.

Während St. Marſan in Berlin drängte, war Napoleon unausgeſetzt damit beſchäftigt, ſeine Elbarmee zu verſtärken. Neue Corps wurden nach Münſter und Erfurt vorgeſchoben. Davouſts Truppen waren nach Napoleons Berechnung am 30. Oktober an Infanterie 120,000 Mann, an Kavallerie 23,000 Mann ſtark; ſie bildeten ſomit eine Armee von 150,000 Mann, die ſtets bereit ſein mußte, in vierundzwanzig Stunden zu marſchiren[1]). Am 2. November äußerte Davouſt in Magdeburg: Preußen habe die Entwaffnung nur zur Hälfte vollzogen; zwar ſeien die Arbeiten in Spandau und Kolberg unterbrochen, aber die Arbeiter ſeien in der Nähe kantonnirt und könnten ohne Zeitverluſt wieder verſammelt werden. Er ſtehe mit 120,000 Franzoſen zum Einmarſche bereit[2]). Am 3. November befahl der Kaiſer (er war in Düſſeldorf) Baſſano: St. Marſan müſſe verhindern, daß Blücher verwendet werde[3]); am 5. November ſchrieb er ihm: die Berichte aus Kolberg (d. h. die Berichte Lefebvre's) bewieſen, wie ſehr St. Marſan düpirt worden ſei; dieſer dürfe nicht länger in Berlin bleiben. Man müſſe einen Soldaten dahin ſchicken. An den wichtigen Punkten von Kolberg und Memel müßten ſich nicht nur Konſuln, ſondern auch Kanzler befinden, welche alle Tage ſchrieben und ſich von allem unterrichteten, was vorgehe. „Sie werden Kruſemark meine Unzufriedenheit darüber ausdrücken, daß Lefebvre, obwohl Legationsſekretär, nirgend unbegleitet geweſen iſt. Die franzöſiſchen Offiziere und beglaubigten Agenten müſſen überall hingehen können, wohin das Volk gehen kann. Theilen Sie ihm das Weſentliche von dem mit, was wir von Preußen wiſſen, von der Zuſammenziehung bei Kolberg, von der Art, die Geſchütze zu transportiren u. ſ. w., und ſetzen Sie hinzu, daß dieſe Politik falſch, miſerabel und geeignet iſt, Preußen jede Achtung zu rauben, daß dies das alte Syſtem iſt, welches wieder in Anwendung gebracht wird, daß Preußen

---

[1]) Corresp. Napol. 22, 493. 507. 515. 537. 538. 540. — [2]) Jordans Bericht; geheimes Staatsarchiv. — [3]) Corresp. Napol. 22, 553.

ſich dabei ruiniren und fallen wird, ohne Achtung einzuflößen, während es wenigſtens mit Ehren fiele, wenn es ſich offen mit Rußland oder irgend einer anderen Macht alliirte, von welcher es glaubt, daß ſie Frankreich bekriegen will. Wenn dies Verfahren auch nach Abſchluß des Vertrages, den Graf St. Marſan unterhandelt, fortgeſetzt wird und die Worte im Widerſpruch mit den Thaten bleiben, ſo wird derſelbe nichts bedeuten und Preußen ohne Syſtem ſein. Die Geſandtſchaft in Preußen bedarf einer kräftigen Organiſation."

Mit dieſem Druck von ſeiner Seite verband Napoleon den Verſuch, auch Rußland zu bewegen, auf Preußen einzuwirken, daß dieſes die Rüſtungen einſtelle, indem er Rußland vorſpiegelte, daß die Verſtärkung der franzöſiſchen Armee in Deutſchland lediglich durch die preußiſchen Rüſtungen herbeigeführt würde, womit er dann zugleich Alexander auf den Fall vorbereiten konnte, daß er in Preußen einmarſchire; er ſei höchſt friedlich, aber Preußen verderbe Alles. Zu dieſem Zwecke wies er am 12. November Lauriſton, ſeinen Geſandten in Petersburg, an, dort mitzutheilen, daß das Verfahren Preußens die Verſtärkung der Truppen in Deutſchland nothwendig gemacht habe, daß Preußen bewaffnet, dann entwaffnet habe und dennoch fortfahre, zu rüſten, daß dieſe Haltung nicht zu verſtehen ſei. Dadurch verwickele ſich die Frage, und dieſe Verwickelung könne weiter führen. Lauriſton ſolle hinwerfen, daß es ſehr unglücklich ſei, daß Preußen rüſte und ſich in die ſchwebende Frage einmiſche; „es liege in Preußens Intereſſe, keine Bewegung zu machen, welche andere herbeiführe. Der Kaiſer wolle fortdauernd den Frieden und wünſche, die Differenz mit Rußland im Laufe des Winters geſchlichtet zu ſehen [1])." In Berlin befahl er zu erklären, daß Preußens Rüſtungen ihn genöthigt hätten, Verſtärkungen an Kavallerie nach Deutſchland zu ſenden; St. Marſan ſolle nachdrücklich einſchärfen, daß Preußen ſich ruhig verhalte (12. Novbr.).

Für den Fall, daß alle dieſe Mittel fruchtlos blieben, hörte er nicht auf, Vorſorge zu treffen. Marſchall Davouſt erhielt unter

[1]) Corresp. Napol. 22, 556. 23, 1. 2.

dem 14. November Befehl, den Kriegsplan gegen Preußen einzureichen. St. Marſan unterhandle in dieſem Augenblick; aber er ſähe ſo viel Unaufrichtigkeit und Unſicherheit in dieſem Kabinet, daß er es für unmöglich halte, Preußens Vernichtung zu hindern. Die ſiebente Diviſion (in Danzig) und die Armee des Großherzogthums Warſchau, von welcher ein Theil zur Beobachtung der Ruſſen an der Grenze ſtehen bleiben müſſe, hätten ſich durch eine kombinirte Bewegung raſch zu vereinigen und, ehe Nachricht davon nach Berlin gelangen könne, die Straßen von Berlin nach Dirſchau und Graudenz zu ſperren, Graudenz zu blokiren, Marienburg zu beſetzen und ſchnell zu befeſtigen und die Schanzen bei Pillau zu überraſchen, während die Sachſen auf Glogau, der Marſchall ſelbſt aber über Stettin auf Kolberg und zugleich von Magdeburg auf Berlin marſchire. Man müſſe dieſe Bewegungen wohl kalkuliren, um ſie ſo vortheilbringend wie möglich zu machen. „Ich glaube, daß die Preußen nur eine Brücke über die Oder haben; es wird ſomit leicht ſein, ſich derſelben zu bemächtigen und alle ihre Garniſonen zwiſchen Oder und Weichſel zu umzingeln, ehe ſie es bemerken. Die Artillerie in Stettin, Glogau und Küſtrin muß verſtärkt werden; die Infanterie in Glogau iſt um ein Regiment zu vermehren. Schicken Sie auch Stabsoffiziere der Artillerie und des Genie in dieſe Feſtungen. Wenn der Krieg ſtattfindet und Preußen gegen uns iſt, ſo muß vor allen Dingen der Belagerungspark für Spandau 24 Stunden nachdem die Bewegung demaskirt iſt von Magdeburg, und ſechs Tage nach Demaskirung der Bewegung der Belagerungspark für Kolberg aus den Oderfeſtungen abgehen. Ihr geſammtes Armeecorps und die Sachſen werden vor den Ruſſen an der Weichſel ſein; denn Sie werden in Berlin ſein, ehe man in Petersburg Nachricht von der Bewegung hat. Die Sache eilt nicht; unterrichten Sie ſich, ehe Sie mir antworten.“ Napoleon ſetzte noch hinzu: „Die Ruſſen haben große Erfolge über die Türken gehabt, die ſich wie dumme Thiere benommen. Ich ſehe den Frieden auf dem Punkte, abgeſchloſſen zu werden; Oeſtreichs bin ich ſicher [1]).“

---

[1]) Corresp. Napol. 23, 14—16. Vgl. Bogdanowitſch 1, 53. D. Ü.

Auf Davouſts Anfrage, ob der Kaiſer nicht ſelbſt zur Armee kommen werde, erwiderte Napoleon (24. November): dies ſei allerdings ſein Entſchluß; der Krieg könne jedoch verſchiedene Akte haben. Es ſei möglich, daß Davouſts Armee zur Vereinigung mit den Sachſen und Polen an die Weichſel vorgehen müſſe. In dieſem Falle würde Davouſt mit faſt 200,000 Mann und 400 bis 500 Geſchützen die Vorhut bilden, während er, der Kaiſer, mit anderen 200,000 Mann in der Nähe ſein werde. Dieſe Hypotheſen ſeien übrigens noch entfernt; er werde ſich im letzten Augenblick entſcheiden [1]).

Die Ereigniſſe an der Donau hatten allerdings einen für Napoleon nicht günſtigen Verlauf genommen. Wie Alexander dem Könige beruhigend geſchrieben (S. 361), wollte er den Krieg gegen die Pforte nur noch defenſiv weiterführen, d. h. die Donaufürſtenthümer behaupten. Es fragte ſich aber, ob die vier Diviſionen, die dieſer Armee nach den Abgaben, die ſie im Herbſte 1810 und im Sommer 1811 der Armee in Litthauen hatte zuſenden müſſen, ſchließlich blieben, für dieſen Zweck ausreichen würden. Kutuſow beſchränkte ſich auf die Vertheidigung der Linie der Donau. Das im vorigen Jahre genommene Ruſtſchuk vermochte er nicht zu behaupten, obwohl er es auf eine Schlacht ankommen ließ (16. Juli). Erſt der Donauübergang des Großvezirs gab ihm Gelegenheit, der osmaniſchen Armee, als ſie zur größeren Hälfte dieſſeit, zur kleineren Hälfte aber jenſeit des Fluſſes ſtand, am 13. Oktober einen entſcheidenden Schlag beizubringen. Der übergegangene Theil der Armee ſtreckte am 8. December die Waffen; ein Waffenſtillſtand folgte. Die Unterhändler der Pforte erſchienen im Hauptquartier Kutuſows; der Abſchluß hing lediglich davon ab, daß Alexander nicht zu harte Bedingungen ſtellte. Und während hier im Süden Napoleon mit dem Verluſte eines Bundesgenoſſen bedroht war, drängte er ſelbſt im Norden Schweden auf die Seite der Gegner. Wohl hatte er hier im Frühjahre die Wiedererwerbung Finnlands für den Anſchluß gegen Rußland in Ausſicht geſtellt; Schweden ſchien geneigt, hierauf einzugehen. [2]) Aber

---

[1]) Corresp. Napol. 23, 35. — [2]) Schöll Recueil 2, 349.

wenn er ſeit dem Herbſt 1810 (S. 335) die Forderungen zum Anſchluß an ſeinen Handelskrieg gegen England fortdauernd geſteigert, ſo wurden dieſe nach jenem Angebot noch weiter getrieben. Da Schweden nicht unbedingt gehorchte, rief er ſeinen Geſandten ab (Novbr. 1811).

Neben jenen ſehr ernſten Vorbereitungen, die Napoleon im September, Oktober und November gegen Preußen traf, unterließ er nicht, in Berlin die Ausſicht auf die Allianz mit ihm zu unterhalten. An St. Marſan war unter dem 20. Oktober Inſtruktion ergangen: auf Grundlage der preußiſchen Vorſchläge vom 14. Mai Gegenvorſchläge zu machen. Man hatte freilich in Berlin nach jener Verſicherung St. Marſans vom 20. September, daß, falls Preußen die Rüſtungen einſtelle, ihm binnen drei Tagen nach Anzeige davon die zum Abſchluß der Allianz erforderlichen Weiſungen zugehen würden, die Eröffnung dieſer Unterhandlung viel früher erwartet und erwarten müſſen. In der Beſorgniß, zum Abſchluß mit Frankreich gedrängt zu werden oder zur Ablehnung des Bündniſſes mit Frankreich genöthigt zu ſein, bevor Scharnhorſts Unterhandlung in Petersburg beendet und Rußland feſter für Preußen engagirt ſei, als durch jene allgemeine Erklärung, den Angriff auf Preußen als Kriegsfall für Rußland zu betrachten, hatte der König den Gedanken gefaßt: Rußland möge, wenn die Unterhandlung in Berlin begonnen habe, erklären, daß es den Abſchluß einer Allianz zwiſchen Preußen und Frankreich als gegen ſeine Sicherheit gerichtet und damit als einen Akt der Feindſeligkeit betrachten müſſe; dadurch werde ſowohl Rußland in beſtimmterer Weiſe für Preußen verpflichtet als Preußen der Rücktritt von einer Unterhandlung, die es ſelbſt eingeleitet, erleichtert werden. Hardenberg hatte ſofort (4. Oktober) in dieſem Sinne an Schöler geſchrieben: der Zweck Frankreichs ſei offenbar, Preußen zu umringen und ihm die Forderungen, die täglich zu erwarten ſeien, auf der Degenſpitze vorzuhalten. Als nun am 26. Oktober St. Marſan dem Staatskanzler anzeigte, daß er in den Stand geſetzt ſei, ihm die Vorſchläge für die Allianz vorzulegen, war auf die Mittheilung vom 4. Oktober noch keine Antwort aus Petersburg erfolgt; dagegen war endlich ein Schreiben Kaiſer Alexanders an den König vom 9. Oktober (27. Septbr.)

eingelaufen. Auch dieſes erwähnte weder des Schreibens des Königs vom 16. Juli, noch ging es auf deſſen Inhalt ein. Alexander beſchränkte ſich darauf, das ſpätere Schreiben des Königs vom 27. Auguſt zu beantworten: Schöler ſei beauftragt worden, den König von dem Verhalten, welches er zu beobachten gedenke, zu unterrichten; er gebe Lieven (ſeinem Vertreter in Berlin) Befehl, dem Freiherrn von Hardenberg die Depeſchen mitzutheilen, welche ſein Kurier Kurakin überbringe. Er wolle den Krieg nicht; er habe Alles gethan, ihn zu vermeiden, und werde auf dieſem Wege beharren, ſolange ſeine oder des Königs Staaten nicht angegriffen würden. Er habe den Vertrag mit Frankreich nicht gebrochen und von Frankreich nichts zu verlangen, als deſſen Integrität herzuſtellen. General Scharnhorſt werde in den nächſten Tagen zurückkehren. Der Vereinbarung, welche Preußen und Rußland noch enger vereinigen ſolle, habe er (der Kaiſer) eine ſtreng defenſive Baſis geben zu müſſen geglaubt. „Eurer Majeſtät will ich nicht verbergen, daß ich bei der Kunde von dem Beginn der Werke bei Spandau und von der Deklaration, die Sie für nothwendig gefunden haben, Frankreich über Ihre Rüſtungen zu machen, ſogleich geglaubt habe, daß man auf einen derartigen Schritt ſeitens dieſer Macht gefaßt ſein müſſe, und dieſer konnte nur die Folgen haben, welche eingetreten ſind. Ich habe deshalb die Stärke Preußens immer nur ſo hoch geſchätzt, als ſie vor dieſen Vorgängen war. Aber Eure Majeſtät mag überzeugt ſein, daß auch, bevor unſere Vereinbarung geſchloſſen iſt, jede Feindſeligkeit gegen Ihren Staat als eine Kriegserklärung gegen Rußland betrachtet werden wird, und daß die Waffen erſt nach gemeinſamem Uebereinkommen werden niedergelegt werden. Dies Schreiben iſt ebenſo verbindlich, wie die Vereinbarung, an welcher wir arbeiten.“

Die Weiſung an Kurakin, welche Graf Lieven dem Staatskanzler mitzutheilen hatte, war die Antwort auf Napoleons Eröffnungen vom 15. Auguſt. Sie war vom 7. Oktober datirt und beſagte, daß Kaiſer Alexander bei dem Bündniß mit Frankreich, deſſen Werth er zu ſchätzen wiſſe, beharren werde, ſolange das gleiche Verhalten von der anderen Seite ſtattfinde, daß er bereit ſei, die Vorſchläge zu hören, welche

Napoleon machen werde, um die Gegenstände der Diskussion zu beseitigen. Weder Danzig noch irgend ein Stück des Herzogthums Warschau begehre er zu erwerben (S. 375). Er sei entschlossen, die Allianz mit Frankreich festzuhalten, solange dies auch andererseits geschehe. Diese Mittheilungen wurden in den letzten Tagen des Oktobers durch ein Schreiben Rumänzow's vom 15. Oktober an den Staatskanzler vervollständigt, dem der vom Kaiser in Aussicht gestellte Vertragsentwurf und ein Entwurf zu der von dem Staatskanzler am 4. Oktober vorgeschlagenen Note beilagen. Von Hardenbergs Vorschlage weit abweichend, ging der letztere dahin, die preußische Regierung zu ersuchen, in einem ihr fremden Streite nicht Partei zu nehmen, nichts zu übereilen und beiden Kaisern gleiche Freundschaft zu bewahren; Kaiser Alexander sei der Meinung, daß jeder Schein eines Einverständnisses zwischen Rußland und Preußen zu vermeiden sei. Nach dem Vertragsentwurfe verpflichteten sich beide Mächte, Alles zur Erhaltung des Friedens aufzubieten; sollte aber eine oder die andere von ihnen oder beide von Napoleon oder dessen Bundesgenossen angegriffen werden, so versprechen sich der Kaiser und der König gegenseitig, einander mit allen ihren Streitkräften zu Hülfe zu kommen und die Waffen nur gemeinsam niederzulegen. Es war ziemlich genau das Gegentheil von dem, was der König verlangt hatte und brauchte. Er wollte sich den Abschluß mit Frankreich verbieten lassen und das Vorrücken der russischen Armee zugesichert wissen. Nach Alexanders Meinung mußte aber auch der Schein des Einverständnisses zwischen Rußland und Preußen vermieden werden, mithin jede Interception unterbleiben; aber vielleicht half Scharnhorsts Verhandlung in Petersburg allen diesen Mängeln ab. Schöler berichtete unter dem 18. Oktober, daß Scharnhorst die militärische Vereinbarung abgeschlossen habe.

Wenige Tage vor Eingang dieses Berichtes hatte die erste Konferenz zwischen dem Staatskanzler, dem Grafen Goltz und dem Grafen St. Marsan über die von diesem vorzulegenden Allianzvorschläge stattgefunden (29. Oktober). St. Marsans Aeußerungen ließen den letzten Gedanken Napoleons erkennbar durchscheinen. „Welche Achtung der Kaiser vor den militärischen Mitteln haben möge, die Preußen ihm

bieten könne, er glaube ihrer nicht zu bedürfen; er lege mehr Gewicht auf die Mittel, welche ihm die preußiſche Adminiſtration gewähren könne, ſeine Armee wie einen reißenden Strom an den Niemen zu bringen.“ Für den Fall, daß Preußen nicht vorziehe, in den Rheinbund zu treten, ſeien die Bedingungen Frankreichs für ein allgemeines Offenſiv- und Defenſivbündniß: ſtrenge Durchführung des Kontinentalſyſtems, Aufrechthaltung des Vertrages vom 8. September 1808 mit Ausnahme der Zurückſtellung Glogau's und unter Vermehrung des nach demſelben gegen Oeſtreich für den Kriegsfall zu ſtellenden Truppencorps (S. 291) von 16,000 auf 24,000 Mann, Stellung eines Corps von 20,000 Mann für den Kriegsfall gegen Rußland, das nicht vereinigt bleiben könne und deſſen Verwendung dem Kaiſer unbedingt zuſtehen würde, ſowie zweier Linienſchiffe und einer Fregatte gegen England, freier Durchzug im Kriegsfalle gegen Rußland auf der ganzen Operationslinie von der Elbe zur Oder, von der Oder zur Weichſel, auf welcher ſich alsdann keine preußiſchen Truppen befinden dürfen. Die franzöſiſchen Befehlshaber würden, ohne ſich in die Civilverwaltung zu miſchen, Lieferungen an Brot, Fleiſch und Fourage ausſchreiben können, über deren Bezahlung man ſich verſtändigen wolle. Gegen die Neutralität Schleſiens, die in den preußiſchen Vorſchlägen vom 14. Mai gefordert ſei (S. 360), habe der Kaiſer nichts einzuwenden. Er würde ſich ſogar verpflichten, ſich des Durchmarſches durch Schleſien zu enthalten; Rußland werde dieſe Neutralität jedoch ſchwerlich reſpektiren.

Die Stunde der Entſcheidung, ob Preußen die Partei Frankreichs oder Rußlands zu ergreifen habe, ſchien gekommen. Auf Hardenbergs Bericht über den Verlauf der Konferenz erwiderte der König am 30. Oktober. „Ich geſtehe, daß ich die Eröffnung, die St. Marſan Ihnen eben gemacht hat, erträglicher finde, als ich erwartet habe, und eben deshalb ſchwieriger. Hätte Frankreich vor ſechs Monaten ſolche Vorſchläge gemacht und hätten wir damals die wahren Intentionen Rußlands gekannt, die wir heute kaum kennen, die Wahl wäre weniger ſchwierig geweſen — allein auf dem Punkte, zu welchem die Dinge heute gediehen ſind, wird es reiflicher Erwägungen bedürfen, um ſeine

Meinung über den wahrſcheinlichen Ausgang der kommenden Ereigniſſe feſtzuſtellen. Es iſt nur zu wahr, dieſe Vorſchläge ſind weit verſchieden von denen, welche wir vor ſechs Monaten machen zu müſſen glaubten. Trotzdem ſind ſie weniger hart und weniger läſtig, als ſie es nach den vorgängigen Mittheilungen, die uns zugekommen waren, ſein zu ſollen ſchienen. Freilich Verſprechen und Halten ſind ſehr verſchieden.“ Am folgenden Tage fügte der König hinzu: „Die Schwierigkeiten und die Folgen der Wahl, welche uns bevorſteht, ſind furchtbar. Man iſt wie in heißem Fieber, der Abgrund zeigt ſich auf jeder Seite. Wenn uns die Vorſehung nicht beſonders erleuchtet, wird es ſich faſt darum handeln, das Loos zu ziehen. Die nächſten und ſchwerſten Gefahren drohen uns ohne Zweifel, wenn wir uns gegen Frankreich erklären. Aber auf der anderen Seite ſtoßen wir die Freundſchaft zurück und verbinden uns einer Sache, die uns widerſtrebt — das iſt es, was uns erwartet!“

Hardenberg erörterte die Lage in einem ausführlichen ſchriftlichen Vortrage (2. November). Er ging davon aus, daß man ſich wohl der ſtärkeren Macht anſchließen könne, wenn man deren Abſichten trauen dürfe. Das Gegentheil ſei hier der Fall: die franzöſiſchen Vorſchläge zeigten, daß Preußen in die vollkommenſte Abhängigkeit verſetzt werden ſolle, um ohne Schwertſchlag über daſſelbe disponiren zu können. Zudem habe der König keine freie Wahl mehr; er ſei ſeit dem 16. Juli an Rußland gebunden (S. 367). In beiden Fällen ſtehe die Exiſtenz auf dem Spiele. Auf der Seite Rußlands treffe Preußen der erſte Sturm; aber die Hülfe Rußlands und Englands ſei gewiß und die Lage bei weitem nicht ſo ſchlimm wie nach der Schlacht bei Jena und Auerſtädt. Im anderen Falle zunächſt erſchöpfende Laſten, danach das Gutfinden des Alleinherrſchers über den preußiſchen Staat, die Abreißung von Theilen, die Vernichtung des Ganzen und die Entſetzung der Dynaſtie. Demnach ſei ſein Rath: mit Rußland abſchließen, mit England anknüpfen, mit Oeſtreich auf den Grund verhandeln, den Jacobi eben in Wien gelegt habe, Frankreich Gegenvorſchläge machen, im Nothfalle die ruſſiſche Note zum Abbruch der

Unterhandlung benutzen, endlich die Residenz nach Schlesien verlegen [1]).

Am folgenden Tage (3. November) traf auch General Scharnhorst in der Nähe Berlins ein und meldete Hardenberg seine Ankunft. Der Major Boyen würde dem Könige einen kurzen Bericht und die Aktenstücke der Mission überreichen, während er selbst morgen (4. November) in Wusterhausen den Befehl des Königs erwarten werde, ob er kommen solle. In vierundzwanzig Stunden werde er umständlichen Bericht erstatten, der zeigen würde, daß nicht mehr zu erreichen gewesen sei. Scharnhorst hatte volle vierzehn Tage gebraucht, um von Dollstädt (S. 389) nach Petersburg zu gelangen, obwohl er Tag und Nacht gereist war; man hatte ihn auf Nebenwegen nach Zarskoi-Selo geführt. Dort hatte er am 4. Oktober die erste Audienz beim Kaiser gehabt, der ihm sagte, daß er den Krieg vermeiden wolle solange als möglich. Er sei unvermeidlich und werde über die Erhaltung Rußlands entscheiden. Eben deshalb müsse er mit großer Vorsicht verfahren; hiermit schien der Kaiser — so bemerkt Scharnhorsts Bericht — zu sagen, daß er mehr auf eigenes als auf fremdes Interesse zu sehen habe. Scharnhorst führte dem Kaiser aus, daß es nur Ein Mittel gebe, Preußen dem Machtgebote Napoleons zu entziehen, wenn Rußland erkläre, seine Armeen nur ebensoweit vom Niemen und Bug zurückzuhalten als Napoleon die seinigen von der Elbe. Der Kaiser schien diese Idee zu billigen. Scharnhorst bemerkte dann, die preußischen Truppen würden von vornherein vor der Uebermacht nach Kolberg, Neisse und Königsberg zurückweichen müssen; es sei deshalb nothwendig, wenn jenes Arrangement mit Frankreich nicht getroffen werden könne, daß die russische Armee, sobald die französischen Truppen an der Elbe und in Mecklenburg verstärkt würden, bis hart an die Grenze Rußlands nach Georgenburg, Brzesc und Bialystok vorgeschoben werde, um schnell die Weichsel erreichen zu können und dadurch zunächst die Provinz Ostpreußen vor der Ueberschwemmung durch die Garnison von Danzig und durch die Armee des Großher-

[1]) Dieser Bericht ist abgedruckt in den Lebensbildern 2, 102.

zogthums Warſchau bewahren zu helfen. Wenigſtens Ein ruſſiſches Corps müſſe alsbald an die Grenze Oſtpreußens rücken, und wie dieſes müßten auch alle übrigen ruſſiſchen Corps angewieſen werden, nicht erſt Befehle aus Petersburg zu erwarten, ſondern auf Benachrichtigung von Berlin, daß die franzöſiſche Invaſion begonnen habe, an die Weichſel marſchiren. Der Kaiſer erwiderte, dergleichen Beſtimmungen dienten zu nichts; das werde ſich von ſelbſt finden, wenn es ſo weit wäre; auch hätten dieſe Vorſchläge ſeinen Beifall nicht. Seine Armee ſtehe von Riga bis Pinsk mit zwei Avantgarden in Kurland und vor Wilna. Man werde mit zwei Armeen vorgehen, mit der einen auf Raſtenburg, mit der anderen auf Warſchau. Die Armee, gegen welche ſich der Feind wendet, geht zurück, während die andere in deſſen Flanke operirt. Nur mit überlegener Macht wird eine Schlacht angenommen. Findet ſolche Konjunktur nicht ſtatt, werden die beiden Armeen zurückgedrängt, ſo weichen ſie in ihre verſchanzten Lager. Es war daſſelbe Syſtem, das Kaiſer Alexander dem Könige bereits unter dem 28. Mai mitgetheilt hatte (S. 361). Scharnhorſt hob die Lage hervor, in welche Preußen bei dieſem Operationsplane kommen müſſe; „und nunmehr erhielten verſchiedene Punkte eine für Preußens Intereſſe günſtigere Auslegung.“ Er ſtellte ſodann ſchriftlich vor, daß Napoleon jeder der beiden Armeen auch ſeinerſeits beſondere Armeen gegenüber ſtellen, daß er ſie ſo weit auseinanderdrängen werde, daß kein Koncert mehr unter ihnen ſtattfinden könne und der Rückzug in die verſchanzten Lager innerhalb der ruſſiſchen Grenzen unvermeidlich ſei. Napoleon wäre dann ohne Schlacht im Beſitz ganz Preußens; im Beſitz aller Hülfsquellen Preußens vermöge er, am Niemen ſtehend, die polniſche Nation bis tief in Rußland hinein zu revolutioniren und zu bewaffnen, und hätte zugleich volle Freiheit und Muße, die preußiſchen Lager in ſeinem Rücken einſchließen und aushungern laſſen zu können. Preußen wäre ſomit völlig ſich ſelbſt überlaſſen und dürfte auch im glücklichſten Fall kaum darauf rechnen, ſeine Exiſtenz zu behaupten. Die preußiſchen Lager und Feſtungen könnten nur dann mit Erfolg wirken, wenn die Ruſſen bis zur Weichſel und Oder vorgingen, ſo daß Napoleon zugleich mit

ihnen und den Ruſſen zu thun habe. Wolle man den Krieg nach Wellington's Muſter führen, ſo müſſe man vorerſt Terrain zu gewinnen ſuchen, ehe man in die Defenſive zurückginge. Die beſten Defenſivpoſitionen biete die Weichſel, und wenn die ruſſiſche Armee weit ſchwächer und ohne vorbereitete Stellungen die Angriffe der Franzoſen bei Pultusk und Eylau zurückgeſchlagen, ſo werde ſie dies in ſolchen und bei viel größerer Stärke auch in dem bevorſtehenden Kriege vermögen. Fehler, wie der, welcher den Verluſt der Schlacht bei Friedland herbeigeführt, dürften freilich nicht wiederholt werden.

Bei der zweiten Audienz, am 10. Oktober, las der Kaiſer dem General Scharnhorſt und dem Oberſtlieutenant Schöler jenen ganz allgemein gehaltenen Vertragsentwurf zwiſchen Rußland und Preußen vor (S. 400), worauf Schöler bemerkte, daß der König das Hauptgewicht auf die militäriſchen Anordnungen und die darüber zu treffende Vereinbarung lege. Der Kaiſer erklärte die politiſche Uebereinkunft für die Baſis der militäriſchen, worauf Scharnhorſt hervorhob: der König glaube, daß nur wenn die ruſſiſchen Armeen das Kriegstheater nach Polen verlegten und Preußen dadurch in die Lage verſetzten, wirkſam bleiben zu können, einige Ausſicht auf guten Erfolg vorhanden ſei. Erhalte der König die Ueberzeugung, daß Rußland ſein Augenmerk ganz vorzüglich auf die Vertheidigung ſeiner inneren Grenzen gerichtet habe, ſo müſſe er ſich verlaſſen erachten, und was dieſe verzweifelte Lage zu thun veranlaſſen werde, ſei nicht zu berechnen. Acht preußiſche Feſtungen und 40,000 Mann im Felde würden 100,000 Franzoſen beſchäftigen; auch würden in dieſem Falle Norddeutſchland und England am Kriege Theil nehmen, anderenfalls aber Preußen der franzöſiſchen Armee ihre Bedürfniſſe leichter und raſcher als deren Heimath ſelbſt liefern, die Streitmittel Preußens gegen Rußland gewendet werden, ganz Polen außerhalb und innerhalb der Grenzen Rußlands Napoleon verſtärken, die Türken mit neuem Muth beim Eindringen der franzöſiſchen Armee in Rußland den Krieg aufnehmen, vielleicht auch Oeſtreich ſich gegen Rußland erklären. Nach „mehreren Diskuſſionen" willigte der Kaiſer in die Entwerfung einer militäriſchen Konvention und beauftragte den Kriegsminiſter Barclay de Tolli, dieſe

mit Scharnhorſt zu vereinbaren. In den mühſamſten Konferenzen mit dieſem vermochte Scharnhorſt nichts als die Feſtſetzung zu erreichen, daß die ruſſiſche Armee, ſobald der Krieg unvermeidlich geworden, ſich ſo ſchnell wie möglich in Marſch ſetzen und, „wenn es ſein kann", die Weichſel zu erreichen ſuchen werde. Dabei mußte Scharnhorſt noch den Zuſatz hinnehmen, daß von eigentlichen Operationen nichts Näheres beſtimmt werden könne, „weil man den Angriff abwarten wolle" und demgemäß die Maßnehmung des Gegners zu dieſem. „Da von der ruſſiſchen Armee elf Diviſionen ſo weit von der Grenze liegen, daß ſie dieſe nach erhaltenem Befehl erſt in 3 bis 4 Wochen erreichen können, die nächſtgelegenen ſechs Diviſionen hierzu acht Tage gebrauchen, ſo willigt der Kaiſer von Rußland ein, da die Wirkſamkeit der ruſſiſchen Armeen zunächſt nur gegen Unternehmungen des Gegners an der Weichſel gerichtet ſein kann und derſelbe ſolche wahrſcheinlich zuerſt gegen Königsberg machen wird, ein Corps von 12 Bataillonen und 8 Eskadronen auf dem rechten Flügel ſeiner Armee dergeſtalt in Bereitſchaft halten zu laſſen, daß es binnen fünf Tagen die Grenze bei Tauroggen paſſiren kann, um Königsberg in Verbindung mit dem Corps des General York zu decken. Außerdem wird die ruſſiſche Marine Vorkehrung treffen, einige bewaffnete Fahrzeuge zur Deckung der Schifffahrt zwiſchen Memel, Pillau und Kolberg auf das ſchnellſte verwenden zu können."

Das war das Ergebniß der langen und mühevollen Verhandlung des Generals Scharnhorſt. Waren die Franzoſen an der Weichſel, marſchirten ſie gegen Königsberg, requirirte York in dieſem Falle, ſo kamen zwölf Bataillone, welche fünf Märſche bis Tauroggen und von hier wieder fünf Märſche nach Königsberg hatten, nicht um Oſtpreußen, ſondern dieſen Küſtenpunkt vertheidigen zu helfen. Mit ſolchen Mitteln, auf ſolche Weiſe ſollte den Operationen Napoleons begegnet werden! Es war eine kaum verdeckte Ablehnung der Forderungen Preußens, der Verſagung des für Preußen unerläßlichen Vorgehens. Mit voller Offenheit ſagte Alexander dem Geſandten Oeſtreichs einige Wochen ſpäter, er wage nichts zu unternehmen, um ſich Preußens zu verſichern, weil dies den Krieg beginnen heiße.

Ueberdies ſei nur der Theil Preußens für Rußland von Werth, der zwiſchen der ruſſiſchen Grenze und der Weichſel liege. Der Theil jenſeit der Weichſel ſei zu entfernt, um ihn zu beſetzen, und Schleſien bereits durch Frankreich abgeſchnitten.

Ebenſowenig hatte Preußen von anderer Seite wirkſame Unterſtützung zu erwarten. Engliſcher Seits hatte freilich Graf Münſter gleich im Frühjahr, als ſich das Wetter zuſammenzuziehen begann, den Grafen Hardenberg, einen Vetter des Staatskanzlers, nach Wien und den ehemaligen hannoverſchen Geſandten in Berlin, Ompteda durch den Graf Goltz im Frühjahr 1809 die Verbindung mit England anzuknüpfen verſucht hatte (S. 305), nach Berlin geſendet, um hier wie dort unter dem Vorwande privaten Aufenthaltes Kenntniß von dem Verhalten und den Abſichten beider Höfe einzuziehen und, wenn deren Intentionen günſtige wären, Beziehungen mit England herbeizuführen. Ompteda war angewieſen, die Wichtigkeit einer Verbindung zwiſchen England, Rußland, Preußen und Oeſtreich geltend zu machen. Auf eine unmittelbare Unterſtützung, auch auf ſolche durch Subſidien, dürfe jedoch nicht gerechnet werden; indeß werde die bald in das baltiſche Meer abgehende Flotte zur Vertheidigung der Küſten mitwirken können (27. März [1]). Hardenberg kam den Eröffnungen Ompteda's mit vollem Vertrauen entgegen, ſprach ſich offen über die Politik, die er zu verfolgen gedenke, aus und fragte, nachdem beſchloſſen worden war, die Armee auf Kriegsfuß zu ſetzen (S. 369), am 14. Auguſt: ob die engliſche Flotte in der Oſtſee unter Admiral Saumarez auch wohl Vorräthe an Gewehren und Geſchütz bei ſich führe: Preußen würde derſelben dringend bedürfen. Er ſtellte die Anfrage wegen Ueberlaſſung engliſcher Waffen dann auch ſchriftlich und wiederholte ſie

[1]) Ompteda Nachlaß 2, 45—47. Dieſe Weiſung vom 27. März und die Nachſchrift vom 4. April ſind offenbar mit den vertraulichen Depeſchen vom 27. März und 11. April bei Pertz Gneiſenau 2, 206 gemeint. Was Pertz hier mittheilt (S. 205. 206), iſt eine nicht ganz wörtliche Wiedergabe der von Gneiſenau nach der Leſung der Inſtruktion Dörnbergs für den Staatskanzler notirten Inhaltsangabe. Wenn Dörnberg die befremdliche Nichtbeantwortung jener Weiſungen an Ompteda ergründen ſollte, ſo wäre deren Beantwortung jedenfalls noch befremdlicher geweſen.

am 25. September, während Gneiſenau die Nothwendigkeit, der preußiſchen Rüſtung durch Waffen und Munition zu Hülfe zu kommen, in dringendſter Weiſe dem Grafen Münſter ſelbſt brieflich vorſtellte, und dem geheimen Agenten Münſters, dem Grafen Dörnberg, den er am 1. Oktober zu Neuſtadt-Eberswalde ſprach, erklärte, daß Preußen Geld und Waffen für 200,000 Mann bedürfe [1]). Ompteda hatte dem Staatskanzler erwidert, daß auf eine große Unterſtützung an Waffen nicht gezählt werden könne; er werde aber dieſen Wunſch zur Kenntniß bringen und Erkundigung einziehen. Dörnbergs Inſtruktion beſtätigte, daß England keine direkte Unterſtützung gewähren könne, da die Umſtände ſolche nicht erlaubten; auch Subſidien ſeien bei dem Kriege auf der ſpaniſchen Halbinſel und den dem Handel angelegten Feſſeln nicht thunlich; aber jener Krieg ſei die ſicherſte Diverſion, welche England den deutſchen Höfen machen könne. Die Antwort, welche Ompteda vom Grafen Münſter am 15. Oktober empfing, wiederholte, daß die nachdrückliche Fortſetzung des Krieges in Spanien die beſte Diverſion ſei, die England für den Kontinent machen könne; doch habe Admiral Saumarez geheime Befehle erhalten, Preußen beizuſtehen, wo er könne. Ueberdies würden 10,000 Gewehre mit Munition an die Oſtſeeküſte abgehen, welche, wenn es zum Kriege gegen Frankreich gekommen ſein würde, in Kolberg und Pillau ausgeſchifft werden ſollten [2]). Gewiß waren dies entgegenkommende Schritte Englands und um ſo höher anzuſchlagen, als Preußen ſich formell in Folge des Kontinentalſyſtems in Kriegszuſtand mit England befand; auch war mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß mehr Waffen zu erhalten ſein würden; in der That ging am 19. November Nachricht ein, daß noch 25,000 Gewehre ſammt 55 Geſchützen zur Abſendung befehligt ſeien, am 21. November, daß England 50,000 Gewehre in Oeſtreich für Preußen kaufen laſſen wolle, und am 28. November, daß wiederum 25,000 Gewehre in die Oſtſee beordert ſeien [3]).

---

[1]) Pertz Gneiſenau 2, 207. — [2]) Ompteda a. a. O. 2, 65. 67. 87. 100. — [3]) Vergl. die Angaben Gneiſenau's bei Pertz 2, 212, die nach den oben gegebenen Daten erſt im December 1811 aufgeſtellt ſein können. Ompteda benachrichtigt dann am 14. December den Grafen Hardenberg, daß er dieſe Schiffe theils der

Alle dieſe Maßnahmen zeigten unzweifelhaft den guten Willen und in noch ſtärkerem Maße den Wunſch Englands, Preußen zum Entſchluß des Krieges gegen Frankreich zu bewegen; handelte es ſich doch darum, einen erheblichen Theil der Streitkräfte Napoleons durch Preußen zu beſchäftigen, ein Zweck, der wohl auch größerer Leiſtungen Englands werth geweſen wäre. 100,000 Gewehre waren, wie erwünſcht immer, dennoch kein Stützpunkt gegen den Angriff Frankreichs, welchen auch die Flotte des Admirals Saumarez nicht zu gewähren vermochte. Daß auf Geld und Mannſchaft nicht zu rechnen ſei, ſtand Ende Oktober feſt; England wollte ſeine verfügbaren Kräfte dem Kriege in Spanien nicht entziehen.

Noch weniger war von Oeſtreich zu erwarten. Wir ſahen, welche Antwort Metternich der Annäherung des Staatskanzlers im Frühjahre hatte zu Theil werden laſſen (S. 352). Nach dem Beginne der Rüſtungen nahm Hardenberg dieſe Verhandlung wieder auf, indem er den Freiherrn von Jacobi am 24. Auguſt an den Grafen Metternich perſönlich abordnete, mit dem Auftrage: auf ein beſſeres Verhältniß zwiſchen Oeſtreich und Rußland, insbeſondere durch die Erlangung der Zuſtimmung Oeſtreichs zur Erweiterung der ruſſiſchen Grenze gegen die Pforte bis zum Pruth, hinzuwirken und zugleich eine poſitive Erklärung Metternichs darüber herbeizuführen, was Preußen im Fall eines Angriffs Seitens Frankreichs von Oeſtreich zu erwarten habe. Metternich zeigte ſich zugänglicher als früher. Die Moldau und Wallachei könne Oeſtreich dem Kaiſer Alexander nicht zugeſtehen; die Theilung der Moldau und Wallachei zwiſchen Oeſtreich und Rußland, die Rußland angeboten, habe er abgelehnt (S. 340). Aber ein Friede, wenn er auch Rußlands Grenzen bis zum Pruth ausdehne, könne ihm in der gegenwärtigen Lage Europa's nur willkommen ſein. Rußland hätte ihn machen müſſen, bevor es gegen Frankreich gerüſtet; er ſei jedoch auch

---

vorgerückten Jahreszeit wegen, theils weil die Sache bekannt geworden, zurückgeſchickt habe; 2, 148. Auch der Geſandte Oeſtreichs in Berlin, Graf Zichy, meldet am 21. December nach Wien, daß Ompteda die neun Transportſchiffe zurückbeordert habe. Nach Pertz 2, 265 geſchah dies durch Gneiſenau im Februar oder März 1812, was hiernach unrichtig iſt.

jetzt bereit, der Pforte dieſe Abtretung anzurathen; ferner werde er in Petersburg Oeſtreichs Mediation zwiſchen Frankreich und Rußland anbieten. Der Ausbruch des Krieges zwiſchen dieſen beiden Mächten ſei ihm ebenſo unerwünſcht wie Preußen; Oeſtreichs Finanzen befänden ſich in der traurigſten Lage; ein Jahr ſpäter werde es eine ganz andere Sprache führen können. Anders als im Frühjahr war Metternich jetzt der Meinung, daß Preußen keine Allianz mit Frankreich gegen Rußland eingehen könne, ohne, wie er ſich ausdrückte, ſelbſt ſein Todesurtheil zu unterſchreiben. Der Antwort auf die Frage, was, wenn die Weigerung Preußens zum Kriege führe, Oeſtreich für Preußen thun werde, wich er jedoch beſtändig aus. Er blieb dabei: Napoleon werde Preußen nicht angreifen. Als dann Jacobi beſtimmt fragte, wenn es dennoch geſchehe, wenn Preußen unterliege: ob Oeſtreich der Vernichtung Preußens zuſehen werde, erwiderte er endlich, daß man Vorſtellungen machen werde. Jacobi verlangte wenigſtens die Aufſtellung eines Obſervationscorps; „aber ich vermochte dem Grafen Metternich auch nicht ein Wort zu entreißen, welches wenigſtens Demonſtrationen zu Gunſten Preußens hoffen laſſen konnte.“ Im Begriff, Wien zu verlaſſen, drängte Jacobi noch einmal. Metternich erwiderte endlich, wenn Preußen ehrenvolle Bedingungen von Frankreich erlangen könne, möge es abſchließen; wenn Frankreich erniedrigende verlange, ſei es ja ſtark genug, ſich zu vertheidigen und einen ehrenvollen Rückzug hinter die Oder zu nehmen. Endlich deutete er an, daß Oeſtreich möglicherweiſe ein Obſervationscorps in Galizien aufſtellen könnte [1]), hob dann aber dieſe Andeutung wieder auf, indem er am 28. Oktober dem Staatskanzler einen völlig nichtsſagenden Brief ſchrieb. An demſelben Tage zeichnete Humboldt dem Staatskanzler ein höchſt trauriges Bild von den inneren Zuſtänden Oeſtreichs, von der Lage der Finanzen und der Armee und fügte hinzu: „Wenn Frankreich Oeſtreichs Bündniß oder den Durchmarſch fordert, ſo wird man hier keinen wirkſamen Widerſtand leiſten. Gegen das, was Napoleon gegen Preußen

[1]) Jacobi's Berichte vom 12. und 27. Septbr., 9., 12. und 14. Okbr.; geh. Staatsarchiv.

unternehmen könnte, wird man höchſtens gute Dienſte verſuchen. Man wird niemals den Muth haben, Preußens Partei zu nehmen, wenn Preußen gegen Frankreich ſteht.“ Es war deutlich, Metternich wünſchte, daß Preußen nicht mit Frankreich gehe, Frankreichs Angriffen Widerſtand entgegenſtelle; Oeſtreich aber ſollte dabei in keiner Weiſe verpflichtet ſein. Konnte man ſeinen Aeußerungen überhaupt Gewicht beilegen, wenn ſich zeigte, daß, nachdem er Jacobi verſichert hatte: den Frieden mit der Ausdehnung Rußlands bis zum Pruth billige er, er werde der Pforte dazu rathen; ſein Geſandter in Konſtantinopel dabei beharrte, die Pforte zur Fortführung des Krieges zu ſpornen [1])?

So lagen die Dinge in den erſten Novembertagen. Wohl legte Kaiſer Alexander Gewicht darauf, Preußen auf ſeiner Seite zu ſehen [2]), aber ſeit Ende Mai des Jahres 1811 noch größere darauf, nicht der Angreifer zu ſein, nicht einmal als Angreifer zu erſcheinen. Wenn Preußen von Frankreichs Truppen und den Truppen ſeiner Genoſſen durchſetzt und auf allen Seiten umgeben war, ſo war dies weſentlich, wie wir ſahen, eine Folge der Allianz mit Frankreich, die Alexander in Tilſit geſchloſſen, in Erfurt aufrecht erhalten hatte. Als Alexander nun zum entgegengeſetzten Syſtem überging, übergehen mußte, ſo hatte Rußland wohl die Freiheit ſeiner Bewegung. Wie konnte jedoch Preußen dieſer Wendung ohne Rußlands aktive Unterſtützung folgen? Wenigſtens die Beſetzung Warſchau's war nöthig, um Preußens Rücken und damit Preußens Entſchluß freizumachen. Alexander hatte dieſe im März und April beabſichtigt. Nachdem er ſich jedoch überzeugt, daß die Polen auf ſeine Vorſchläge nicht eingingen, verſtand er die Intereſſen Rußlands dahin, daß ſie die Defenſive unverbrüchlich forderten. Eben weil dies ſeine Ueberzeugung war, glaubte er nicht nur, mit Frankreich nicht brechen ſondern auch dieſem keinerlei Vorwand zum Bruch geben zu dürfen, ſich unbedingt angreifen laſſen zu müſſen. War dieſe politiſche, dann die militäriſche Defenſive, der Rückzug in das Innere Rußlands nach der Ueberzeugung

[1]) Ompteda politiſcher Nachlaß 2, 184. 210. — [2]) Oben S. 345. 361. De Mazade l. c. p. 134. 169.

Alexanders das diplomatiſche und Kriegsſyſtem, welches allein glücklichen Ausgang verſprach — und dies war bereits Ende Mai ſeine Ueberzeugung — ſo durfte er in der That nicht nach Preußen vorgehen. Von dieſem Standpunkte aus hatte er die Annäherung Englands zurückgewieſen, die Erklärung des Königs vom 16. Juli unerwidert gelaſſen, Hardenbergs Weiſung an Kruſemark vom 30. Auguſt mißbilligt, Mitte September in Berlin zum Nachgeben gegen Frankreich gerathen (S. 391), Preußens Rüſtungen in Paris beklagen laſſen [1]), war er auch Scharnhorſt's Drängen gegenüber nur ſo weit gewichen, als abſolut erforderlich war, um wenigſtens einen Schein von gutem Willen zu zeigen, um Preußen nicht jede Ausſicht auf Unterſtützung Rußlands ſelbſt nach dem Ausbruche des Krieges zu nehmen.

Preußen ſtand zwiſchen zwei Mächten, von denen die eine nach den Worten St. Marſan's bereit war, ſich wie ein reißender Strom auf und durch Preußen an die ruſſiſche Grenze zu ſtürzen, die andere nicht einmal durch den Einmarſch in Warſchau Preußen den Rücken zu decken gemeint, vielmehr entſchloſſen war, dem Angriff des Feindes durch Rückzüge in das Innere ſeines Landes auszuweichen. Wer wollte Rußland tadeln, daß es ſeine Politik machte; aber wer durfte dann Preußen tadeln, wenn es gleichfalls den Geboten ſeiner Lage in erſter Linie Gehör gab? Die Stärke der franzöſiſchen Beſatzungen in Magdeburg, den drei Oderfeſtungen und Danzig (70,000 Mann) erreichte faſt die Stärke der geſammten preußiſchen Armee. Konnte man Preußen einen Vorwurf machen, wenn es ſich in einem Kampfe verſagte, in welchem es Anfang November 150,000 (vier Monate ſpäter ſogar 400,000) Feinde vor ſich, 50,000 Feinde in Mitten ſeines Landes (in den Oderfeſtungen und Danzig), endlich 50,000 Feinde (die ſächſiſch-polniſche Armee) in ſeinem Rücken hatte, einem Kampfe, welchen Rußland mit einer nicht zu ernſtlichen Demonſtration von zwölf Bataillonen bis Königsberg zu unterſtützen, England lediglich mit Lieferung von Geſchützen und Gewehren zu nähren, Oeſtreich mit guten Wünſchen und Worten zu begleiten gedachte? Wer durfte es

[1]) Weiſung an Kurakin vom 26. Septbr./8. Oktbr. 1811; geh. St.-A.

tadeln, wenn es einem unmöglichen Kampfe, deſſen unzweifelhafter Ausgang jede Ausſicht abſchnitt, auswich und eine Unterwerfung vorzog, die wenigſtens Ausſichten übrig ließ? Ein Anderes iſt es, in edelſtem patriotiſchen Zorne der Schmach der Knechtſchaft mit bereitwilligſter Aufopferung widerſtehen oder untergehen zu wollen, in dieſem Sinne den Krieg ſeines Ortes zu begehren und anzurathen; ein Anderes, die Möglichkeit des Widerſtandes gegen die gewaltigſte Uebermacht und ein unübertroffenes Feldherrngenie in vollſter Ueberſicht der geſammten Lage, welche nirgend einen irgend verläſſigen Stützpunkt gewahren ließ, erwägen, die letzte und höchſte Verantwortlichkeit für die Entſcheidung über den Beſtand des Staates und der Dynaſtie, über tauſende von Opfern, über das Geſchick des geſammten Volkes auf ſich zu nehmen. Die Lage war beiſpiellos. Ehre gebührt ſicher denen, welche damals urtheilten, daß es ſich nur darum handeln könne, nicht mit Schande, ſondern mit Ehren unterzugehen — am wenigſten der König verſagte ſie ihnen — aber das Urtheil derer wird nicht mindere Achtung verdienen, welche, von gleichem Patriotismus erfüllt und ohne Illuſion über die Bedeutung der franzöſiſchen Allianz, die Exiſtenz des Staates erſt dann in ſolchem Kampfe daranſetzen zu dürfen glaubten, wenn es ſich unmittelbar um deſſen Vernichtung handle.

Auf den Vortrag des Staatskanzlers vom 2. November, welcher trotz allem den Anſchluß an Rußland befürwortete (S. 402), erfolgte die Reſolution des Königs am 4. November. Der König glaubte weder an den ernſten Willen Oeſtreichs noch an die Wirkſamkeit einer engliſchen Unterſtützung, noch konnte ſein Vertrauen auf thatkräftige Hülfe Rußlands durch Scharnhorſts vorläufigen Bericht, der Tags zuvor (am 3. November) eingetroffen war, geſtärkt ſein. Er hielt dafür, daß Alexander immer noch zwiſchen dem Entſchluſſe, Krieg zu machen, und dem geheimen Wunſche, ihn nicht machen zu müſſen, ſchwanke. So ſchrieb er dem Staatskanzler: wenn er der Stimme ſeines Herzens Gehör geben, ſeiner Neigung und ſeinem Gefühle folgen wolle, ſo würde die Frage bald entſchieden ſein; wenn er jedoch ſeine Vernunft und innige Ueberzeugung zu Rathe

ziehe, ſo glaube er der Erhaltung des Staates und ſeines Hauſes alles Uebrige opfern und ſich hiernach in der jetzigen Lage der Dinge für den Anſchluß an Frankreich entſcheiden zu müſſen. Die dagegen anzuführenden Gründe ſeien erheblich, nur zu erheblich; dennoch ſtehe ſein Entſchluß feſt. Ein entſcheidendes und glückliches Reſultat des Krieges ſei nur zu erwarten, wenn die Armeen Frankreichs bis über den Rhein zurückgeſchlagen würden; das ſei gegen die Macht und das Genie Napoleons nur möglich, wenn Rußland, Preußen und Oeſtreich zuſammenſtänden. Unter den gegenwärtigen höchſt ungünſtigen Konjunkturen ſei hierauf in keiner Weiſe zu rechnen, und würden mithin die Anſtrengungen Preußens als einzigen Alliirten Rußlands kein anderes Reſultat als das einer neuen Zertrümmerung, wo nicht gänzlicher Vernichtung ſeiner Exiſtenz ergeben. Rußlands Abſichten ſeien rein defenſiv. Napoleon habe drei Vierteljahre Zeit gehabt, ſehr anſehnliche Truppenmaſſen zu ſammeln. „Unſere kriegeriſchen Vorbereiterungen konnten vernünftiger Weiſe nur auf einen Krieg der Verzweiflung berechnet ſein, falls Napoleon beſchloſſen hätte, uns zu vernichten.“ Die Gegenvorſchläge Frankreichs auf die diesſeitigen verhießen nun zwar nicht viel Tröſtliches, ſeien aber dennoch ſo angethan, nicht unbedingt abgewieſen zu werden. Man werde alles anzuwenden haben, noch möglichſt beſſere Bedingungen zu erhalten. Die Engagements mit Rußland ſeien noch nicht abgeſchloſſen. Es thue dem Könige weh, recht ſehr weh, die gewiß treu und herzlich gemeinten freundſchaftlichen Verheißungen Alexanders aufgeben zu müſſen; aber die Staaten könnten in Lagen kommen, wo ſie nicht ſo handeln könnten, wie ſie möchten oder wollten, ſondern ihrem Intereſſe und dem Drange der Umſtände gehorchen müßten. Preußens Bedrängniſſe ſeien zudem unleugbar großentheils durch das unzweckmäßige Benehmen Rußlands herbeigeführt, und kein Reich habe mehr Urſache, tolerant über dergleichen zu denken als Rußland ſelbſt. Es möge ſich des Friedens zu Tilſit erinnern, wo es ſich nicht ſtark genug glaubte, den Diſtrikt von Bialyſtok von ſich zu weiſen, oder des Krieges von 1809, wo es

Oeſtreich auf Geheiß Napoleons den Krieg machte und hinterher Galizien auf gleiche Weiſe annahm. Für Preußen komme es jetzt nur darauf an, die politiſche Exiſtenz zu friſten, nicht ſie aufs Spiel zu ſetzen, indem wir gern Hoffnungen Raum geben, deren Erfüllung, wenn ſie nicht gerade abſolut unmöglich ſei, doch die allergrößte Wahrſcheinlichkeit gegen ſich habe. Drei Tage darauf ſchrieb der König dem Staatskanzler bei Ueberſendung des inzwiſchen vorgelegten ausgeführten Berichtes Scharnhorſts (S. 403): „Hierbei noch einige Details über die Miſſion des Generals Scharnhorſt. Alle dieſe Verabredungen hätten uns von einigem Nutzen ſein können, wenn ſie ſtattgefunden, bevor Rußlands militäriſche Maßregeln Napoleon in Bewegung gebracht haben. Seitdem kann allein die Verzweiflung und die abſolute Unmöglichkeit, erträgliche Bedingungen von Napoleon zu erhalten, uns beſtimmen, auf die Seite Rußlands zu treten. Uebrigens beweiſt alles deutlich genug, daß ein hoher Grad von Thätigkeit ſeitens der ruſſiſchen Armeen wenig zu erwarten ſteht, welche ſich offenbar möglichſt bald damit begnügen werden, auf ihren erſten Kriegsplan zurückzukommen, den man nur mit Widerſtreben und allein darum verlaſſen hat, um ſich unſerer zu verſichern (7. November)."

Dem Befehle des Königs gemäß hatte bereits Tags zuvor (6. November) eine zweite Konferenz mit St. Marſan ſtattgefunden; die Gegenvorſchläge Preußens waren übergeben worden. Dieſe lehnten den Beitritt zum Rheinbunde, die Ausdehnung des Bündniſſes auf den Krieg mit Spanien wie auf andere Kriege, die von den Grenzen Preußens entfernt geführt würden, ab, verlangten die Zuſammenhaltung der preußiſchen Hülfstruppen unter dem Befehle eines preußiſchen Generals, Erhöhung der Stärke der preußiſchen Armee von 42,000 auf 48,000 Mann, Freihaltung der Reſidenzen des Königs von franzöſiſchen Durchmärſchen, Verzicht Frankreichs auf unmittelbare Requiſitionen in Preußen, Nachlaß des noch nicht abgetragenen Reſtes der Kontribution, endlich eine kategoriſche Erklärung Frankreichs, daß Glogau, Küſtrin und Stettin nach Aus-

gleichung der Differenzen mit Rußland zurückgeſtellt werden würden und die Verpflegung der drei Garniſonen bis dahin von Frankreich übernommen werde.

Gleich nach der erſten Konferenz mit St. Marſan hatte der König angeordnet (30. Oktober), Jacobi, deſſen Miſſion in Wien, wie wir ſahen (S. 410), beendet war, Weiſung entgegenzuſchicken, ſeine Ankunft in Berlin zu beſchleunigen, um Bericht zu erſtatten. Er war zunächſt nicht aufzufinden geweſen und traf erſt am 11. November in Berlin ein. Da er die Ausſicht auf eine dennoch mögliche Intervention Oeſtreichs für Preußen mehr andeutete als verſicherte, forderte der König ſchriftliche und beſtimmte Antwort auf die drei Fragen: Wie ſteht Oeſtreich zu Preußen; wird ſich Oeſtreich im Kriegsfalle Rußland annähern; räth Oeſtreich Preußen, ſich an Frankreich oder an Rußland anzuſchließen? Die hierauf eingereichte Denkſchrift Jacobi's ſtellte die Unterſtützung Oeſtreichs beſtimmter in Ausſicht. „Die Meinung," ſchrieb der König am 14. November dem Staatskanzler, „welche der Baron Jacobi hegt, daß Oeſtreich ſchließlich ein wenig früher oder ein wenig ſpäter die Partei Rußlands nehmen werde, ſcheint mir nach den Mittheilungen Metternichs ſelbſt an Jacobi höchſt unwahrſcheinlich. Dieſe allgemeinen Phraſen ſagen nichts. Preußen hat ſich 1806 und 1807 durch ſolche täuſchen laſſen. Auf dem Punkte, auf dem wir ſtehen, bedarf es der Beweiſe, um ſeinen Entſchluß zu faſſen, und wenn die Partei der guten Sache uns nicht Sicherheiten geben will oder kann, um mit einiger Hoffnung den drohenden Gefahren zu trotzen, ſo wirft ſie uns wider Willen der allgemeinen Unterdrückung in die Arme. Vielleicht könnten wir noch einen neuen und letzten Verſuch machen. Es wäre der: dem Wiener Hofe die beſtimmt artikulirten Intentionen Rußlands mitzutheilen, wenn wir dies können, ohne Rußland zu kompromittiren. Da Jacobi behauptet, daß die Kenntniß dieſer Dispoſitionen Oeſtreich entſcheiden würde, ſo könnte man vielleicht dieſen Verſuch machen. Für meinen Theil erwarte ich übrigens nichts von ſolchem Schritte. Man wird uns wie gewöhnlich mit allgemeinen Phraſen antworten, und indem man von dem Intereſſe ſpricht, welches

man an uns nimmt, wird es dabei bleiben; man wird die Dinge kommen ſehen und von den Umſtänden Vortheil ziehen. Das kann und darf uns nicht genügen. Der Beiſtand Oeſtreichs beſtimmt und poſitiv, wenn nicht — eine ehrenhafte (wenn auch immer unglückliche) Verbindung mit Frankreich. Einen dritten Weg kann ich wenigſtens nicht entdecken, wenn der Krieg zwiſchen Frankreich und Rußland unvermeidlich iſt."

Der Staatskanzler ging augenblicklich auf den Gedanken des Königs ein. Die Alternative, die der König ſtellte, war in der That das einzige Mittel, über welches Preußen verfügte, Oeſtreich zu einer deutlichen Erklärung zu bringen. Hardenberg ſchlug Scharnhorſt, der am 13. November noch einmal trotz der ihm ſelbſt am beſten bekannten Zurückhaltung Rußlands für den Anſchluß an dieſe Macht votirt hatte, auch für dieſe Miſſion nach Wien vor. Der König fand, daß Scharnhorſt eine zu markirte Stellung einnehme, um in Wien willkommen zu ſein, gab jedoch Hardenberg nach, der nun dem Grafen Zichy die bevorſtehende Sendung anzeigte (18. Novbr.). Bei Kaiſer Franz wurde Scharnhorſt durch ein Schreiben des Königs beglaubigt, in welchem der König ſagte, daß ihn das lebhafteſte Verlangen, in ſeiner Politik wie in ſeinen militäriſchen Maßnahmen mit Oeſtreich in Uebereinſtimmung zu handeln, bewogen habe, über ſeine Verhältniſſe zu Frankreich und Rußland durch den Ueberbringer in vollſtem Vertrauen Aufſchluß zu geben; er wünſche, daß durch dieſe Mittheilung ein vollſtändiges Koncert zwiſchen beiden Staaten herbeigeführt werde (19. Novbr.). Die Scharnhorſt ertheilte Inſtruktion wies ihn in Betracht des gleichen Intereſſes beider Staaten an, den Rath Oeſtreichs über die Partei, welcher ſich Preußen anzuſchließen habe, zu fordern, das Einverſtändniß zwiſchen beiden Staaten einzuleiten, um gemeinſam an der Erhaltung des Friedens zu arbeiten; für den Fall jedoch, daß dieſe Bemühungen ohne Erfolg blieben, das Maß der Hülfe feſtzuſtellen, auf welche Preußen, als die der franzöſiſchen Invaſion zunächſt ausgeſetzte Macht, von Seiten Oeſtreichs zu zählen haben würde. Der König ſetzte, als er dieſe Inſtruktion am 19. November zeichnete, hinzu: „Sollte der Wiener Hof in keinen der

von mir gemachten Vorſchläge eingehen, ſo bleibt für Preußen kein anderer Ausweg übrig, als die franzöſiſche Partei zu ergreifen.“

An demſelben Tage, an welchem Davouſt Napoleons Vorſchriften vom 14. November zugingen, in welcher Art die Vernichtung Preußens, die zu vermeiden unmöglich ſein werde, am ſchnellſten zu bewirken ſei, an dem St. Marſan wiederholte Weiſung empfing, Preußen von neuem zu bedrohen (S. 395), am 20. November, machte ſich Scharnhorſt insgeheim auf den Weg nach Wien. Der König hatte richtig vorausgeſehen. Die Depeſche, mit welcher Metternich Zichy's Anzeige von Scharnhorſts Miſſion erwiderte, erklärte, daß dieſer für eines der hervorragendſten Mitglieder des Tugendbundes gelte und er (Graf Metternich) ſich ſolchem gegenüber nicht mit dem Vertrauen zu äußern im Stande ſei, mit welchem er gewünſcht hätte, ſich Preußen gegenüber ausſprechen zu können (25. Novbr.). Die ausdrückliche briefliche Verſicherung Hardenbergs, daß Scharnhorſt nicht zu dieſem Bunde gehöre, und eifrige Anſtrengungen des Grafen Hardenberg in Wien ſchienen Metternich zu beſchwichtigen. Es war ein erwünſchter Vorwand geweſen. Metternich gedachte ſich in keiner Weiſe zu binden, und es war am bequemſten, die Zurückhaltung durch die Perſon des Unterhändlers zu decken. In Wien eröffnete Metternich dem General, daß der Kaiſer die Anträge Preußens ablehnen werde, worauf Scharnhorſt mündlich und ſchriftlich erwiderte (3. Decbr.): daß dieſe Weigerung, Preußen zu unterſtützen, die Verbindung Preußens mit Frankreich herbeiführen und dadurch ſowohl Oeſtreich als Rußland in eine ſehr üble Lage gerathen werde. Schließe Preußen mit Frankreich ab, ſo ſei dies für Napoleon ein größerer Erfolg, als er je davongetragen. Dieſes Bündniß gewähre ihm eine Verſtärkung von 100,000 Mann mit 300 Feldgeſchützen und acht gut armirten, auf ſechs Monate verſorgten Feſtungen; es beraube Deutſchland der Hoffnung, ſeine Unabhängigkeit wieder zu erlangen, geſtatte Napoleon, ganz Polen in die Waffen zu rufen, ſetze Rußland in die Unmöglichkeit, den Krieg anders als defenſiv zu führen, und werde endlich den Erfolg haben, daß England ſich völlig von den Angelegenheiten des Kontinents zurückziehe. Preußen müſſe

ſich Frankreich anſchließen, wenn Oeſtreich ſich nicht zur Defenſiv-Allianz, die er beantrage, verſtehe, da es ohne dieſe außer den Gefahren des franzöſiſchen Angriffs zu beſorgen habe, im Fall eines für Rußland ungünſtigen Ausganges des Krieges beim Friedensſchluſſe aufgeopfert zu werden. Im Grunde ſei die Defenſiv-Allianz mit Preußen für Oeſtreich noch wichtiger als für Preußen ſelbſt, denn Oeſtreich gerathe durch den Anſchluß Preußens an Frankreich in vollſtändige Abhängigkeit von Letzterem. Hierauf erklärte Metternich in einer zweiten Konferenz: „daß man zwar keine förmliche Allianz abſchließen könne, daß man aber die Abſicht habe, den König zufriedenzuſtellen, ſoweit dies die Lage Oeſtreichs erlaube, daß Informationen eingezogen werden würden, was die inneren Verhältniſſe zu thun geſtatteten. Preußens Allianz mit Frankreich würde die noch vorhandenen unabhängigen Staaten vollends um die Mittel bringen, der Unterjochung zu widerſtehen."

Die beiden Agenten Englands in Wien und Berlin, Graf Hardenberg und Ompteda, boten alles auf, die Unterhandlung Scharnhorſts nicht völlig ſcheitern zu laſſen. Erſterer beſchwor brieflich den Staatskanzler, von der furchtbaren Alternative: „Allianz mit Oeſtreich, wenn nicht — mit Frankreich" abzuſtehen. Man dürfe nicht das Unmögliche von Oeſtreich verlangen. Es ſei Oeſtreich unmöglich, 50,000 Mann in vierzehn Tagen marſchiren zu laſſen. Finanzen und Heer ſeien in deſolatem Zuſtande. Man könne eben darum auch nicht verlangen, daß ſich Oeſtreich durch den Abſchluß einer Allianz mit Preußen unverzüglich gegen Frankreich kompromittire. Metternich ſei bereit, für Preußen in Paris zu interveniren, indem er dort erklären laſſe, daß Oeſtreich auf die Erhaltung Preußens das größte Gewicht lege und Feindſeligkeiten gegen Preußen als Oeſtreich gefährdend anſehen müſſe. Man müſſe Oeſtreich durchaus Zeit geben und Scharnhorſts Inſtruktion demgemäß modificiren (4. Decbr.[1]). Ompteda unterſtützte dieſe Vorſtellungen auf

[1]) Nur die beiden Schreiben Graf Hardenbergs an den Staatskanzler und an Ompteda vom 4. Decbr., die am 10. in Berlin ankamen, können etwa

das lebhafteſte, und Zichy erklärte dem Staatskanzler, daß in dieſem Moment von Zeichnung einer Allianz nicht die Rede ſein könne, da ſich Oeſtreich zuvor die Mittel zu einer impoſanten Stellung verſchaffen müſſe, zu welchem Zwecke man ein Arrangement mit Ungarn zu treffen beabſichtige, welches mehr Kraft und Einheit der Monarchie herbeiführen würde. Jedes andere Syſtem würde nur die Invaſion und Knechtſchaft Oeſtreichs zur Folge haben und die Abſichten des Gegners befördern. Seinem Berichte an Metternich, daß er dieſe Erklärung abgegeben, fügt Zichy hinzu, der Staatskanzler wolle wegen weiterer Inſtruktion Scharnhorſts mit dem Könige ſprechen, und bemerkt: „Wir können die Situation dieſes Landes nicht ohne Schmerz und Intereſſe ſehen; der Entſchluß iſt ſchwer, es ſeinem Schickſale zu überlaſſen, aber das Gegentheil würde uns in eine ebenſo ſchlimme Lage ſtürzen", d. h. in die, in der ſich Preußen befindet. Er ſchließt dann, indem er Metternich ſeine Bewunderung über das Verfahren ausſpricht, das er in dieſer Unterhandlung einzuſchlagen gewußt habe (12. Decbr.).

Der König beharrte mit gutem Grunde darauf, daß Scharnhorſts Inſtruktion ſeine Abſicht deutlich ausdrücke und Spielraum genug gewähre, worauf der Staatskanzler dieſem ſchrieb: es ſei zu beklagen, daß Oeſtreich bei dem ſo offenbar gemeinſamen und gleichen Intereſſe Preußens und Oeſtreichs kein förmliches Defenſivbündniß zu gegenſeitiger Behauptung der Unabhängigkeit abſchließen wolle; die Bedingungen könnten ja eventuell und den Verhältniſſen Oeſtreichs entſprechend geſtellt werden, und würde das Bündniß, wie es müſſe, geheim gehalten, ſo könne es in keinem Falle kompromittiren. Auf die Form komme es nicht an; ein Schreiben Metternichs an ihn, auf welches ſich der Kaiſer in ſeiner Antwort an den König bezöge, würde genügen; in der folgenden Antwort würde der König dann ſeinerſeits die Annahme ausſprechen. Vorausgeſetzt, daß der

der Angabe bei Pertz (Gneiſenau 2, 244) zu Grunde liegen, daß günſtig lautende Depeſchen von Scharnhorſt gegen den 14. Decbr. eingelaufen ſeien. Scharnhorſt ſelbſt hat am 4., 24. und 27. Decbr. von Wien und dann am 5. Jan. 1812 von Neiſſe aus berichtet.

Wiener Hof die Allianz mit Frankreich abriethe, müſſe er ſich über die Abſicht ſeiner Intervention und deren Tragweite wie über die Art und die Zeit des Eintreffens ſeiner thätigen Hülfe, wenn Preußen von Frankreich angegriffen würde, beſtimmt erklären. Kaiſer Alexander beabſichtige, den Grafen Neſſelrode mit General- und Spezial-Vollmachten zum Abſchluß einer Uebereinkunft nach Paris zu ſchicken. „Wer ſteht dafür, daß Rußland und Frankreich den Plan nicht wieder hervorſuchen, ſich in Europa zu theilen? Oeſtreich und Preußen müſſen zuſammenhalten, innigſt ſich verbinden; hierin liegt die einzige Hoffnung (14. Decbr.)." Scharnhorſt erwiderte, nachdem er am 22. December mit Metternich wiederum konferirt, in einem kurzen Berichte, daß er, von dem Grafen Hardenberg unterſtützt, bemüht ſei, eine poſitive Erklärung zu erlangen. Man vermeide ſolche indeß, und es ſcheine, daß man unentſchloſſen ſei, was man thun wolle. „Vielleicht hat man nur die Abſicht, die Verhandlung in die Länge zu ziehen, um für den Augenblick den Abſchluß der Allianz mit Frankreich zu hindern. Ich fange an zu fürchten, daß man Zeit gewinnen will, ohne ſich an beſtimmte Bedingungen zu binden. Man hat verſprochen, mich morgen zu expediren; aber man hat ſich über die weſentlichſten Punkte nicht ausgeſprochen, und ich verliere die Hoffnung, die ich einige Zeit gehegt habe (24. Decbr.)."

Scharnhorſt täuſchte ſich nicht. Die ſcheinbare Wendung zum Beſſeren, welche mit der zweiten Konferenz eingetreten, war raſch vorübergegangen. Man habe zwar erfahren, berichtet Scharnhorſt, daß Metternich die Aufſtellung eines Obſervationscorps beantragt und in dieſer Frage wie in der der Behandlungsweiſe der ungariſchen Angelegenheiten den Sieg über den Grafen Wallis davongetragen. Aber auf die Nachricht der beabſichtigten Truppenaufſtellung ſeien die Staatspapiere gefallen, und Graf Wallis habe nun hierauf hin mit größerem Nachdruck auftreten können. Ferner hätten die Generale Duca und Kutſchera die Aufſtellung eines Obſervationscorps für höchſt gefährlich erachtet, obwohl ſolches nur auf 18,000 Mann hätte beſchränkt werden ſollen; endlich habe Fürſt Schwarzenberg aus Paris berichtet, daß die Bildung eines Obſervationscorps zu

Erörterungen zwiſchen Frankreich und Oeſtreich führen werde, worauf man zu dem Entſchluſſe gelangt ſei, die preußiſchen Anträge abzulehnen[1]). „Ich drang darauf, die Sache noch einmal in Ueberlegung zu nehmen, indem ich bemerklich machte, was Preußen bereits für die gute Sache gethan, indem Seine Majeſtät ſelbſt ihr Privatvermögen, ihre Pretioſen, Gold- und Silberzeug aufgeopfert, um neue Streitmittel aufzuſtellen und die Kontribution zu bezahlen, daß Sie durch ihre Rüſtungen mit eigener Gefahr für die Sicherheit anderer Staaten gewirkt hätte, daß die Nachwelt das zukünftige Schickſal Preußens zum Theil dem Benehmen des ruſſiſchen und öſtreichiſchen Kabinets zuſchreiben werde. Metternich gab mir zur Antwort, daß keine Aenderung mehr möglich ſei.“ Beim Abſchiede wiederholte dieſer dem General die ihm ſehr geläufigen Deklamationen über die ſchlechte Politik Rußlands, das „einen Defenſivkrieg für ſich ſelbſt provocire,“ das nichts für Preußen thue, das gegen den Abſchluß der Allianz zwiſchen Preußen und Frankreich nur Noten habe, ſtatt gegen ſolche durch das Vorrücken ſeiner Armee an die Oder zu proteſtiren. Dennoch könne er Preußen nur rathen, mit Rußland abzuſchließen, wie ſchlecht und ungenügend immer ſowohl der angebotene Traktat in Bezug auf den Kriegsfall als auch die Militär-Konvention für die in Ausſicht geſtellte Hülfe ſei. Schließe Preußen mit Frankreich ab, ſo ſei der Krieg mit Rußland entſchieden, da dieſes Bündniß Napoleon den Weg und die Mittel zum Angriff auf Rußland zur Verfügung ſtelle. Oeſtreich werde Frankreichs Partei nicht nehmen, es werde neutral bleiben und ſeine Neutralität behaupten, und in Berlin möge man ſich moraliſch überzeugt halten, daß die Intereſſen Oeſtreichs und Preußens auch ohne Traktat unauflöslich verbunden ſeien. Dieſe mündlich ertheilten Rathſchläge und Zuſicherungen auch nur in einer Weiſung an ſeinen Vertreter in Berlin ſchriftlich abzugeben, unterließ Metternich, angeblich weil

[1]) Die dem Wiener Frieden angehängte geheime Konvention verpflichtete Oeſtreich, ſeine Armee auf die Hälfte zu reduciren, die Landwehr für immer abzuſchaffen, keine Truppenzuſammenziehungen oder Befeſtigungen an den Grenzen vorzunehmen, welche Frankreich beunruhigen könnten.

er die Verantwortung für den Entſchluß Preußens, ſich in die Arme einer Macht zu werfen, die ſelbſt in ihren Entſchlüſſen ſchwanke, nicht übernehmen könne, thatſächlich weil er ſich in keiner Weiſe binden wollte. Nicht einmal die Erklärung, daß Oeſtreich neutral bleiben werde, war in ſeiner Depeſche vom 29. December an Zichy zu finden. Dem Staatskanzler ſelbſt ſchrieb er: „Was ſoll man thun, wenn eine Macht, welche ſtets Alles will, nur nicht die Mittel zu einem Ziele, welches ſie ſtets verläßt, ſobald ſie es aufgeſtellt hat, wenn eine ſo ſtarke Macht wie Rußland von allen Wegen den ſchwankendſten und darum falſcheſten geht (29. Decbr.)?“ Und dem Baron Jacobi, der ihn brieflich auf das äußerſte gedrängt hatte, Preußen nicht jede Hoffnung zu nehmen: „Ich hätte gewünſcht, daß Oeſtreichs Haltung ſeit unſeren erſten Geſprächen (S. 409) in der Weiſe eine andere geworden wäre, um Preußen wirklich zum Stützpunkt dienen zu können; aber wie weit ſind wir von dieſem glücklichen Zuſtande entfernt! Suchen Sie das Uebel da, wo es ſich findet: in einer unzählbaren Menge falſcher Schritte, falſcher Hoffnungen und demnach falſcher Berechnungen einer Macht, die ohne die traurigſte Verblendung berufen wäre, die Welt zu retten, während ſie ſich ſelbſt zum Werkzeuge ihres Verderbens macht.“ Kaiſer Franz erwiderte das Schreiben des Königs vom 19. November (S. 417) mit der Verſicherung: „daß die Gefahren, welche Preußen laufe, in der erſten Linie ſeiner Erwägungen ſtänden.“

Napoleon hatte, wie bemerkt iſt (S. 395), durchgeſetzt, daß der Sekretär ſeiner Geſandtſchaft in Berlin ſich perſönlich mittelſt einer Rundreiſe von dem Stande der preußiſchen Bewaffnung überzeuge. Dieſer war am 30. November nach Berlin zurückgekehrt. Der Herzog von Baſſano ſagte in den erſten Tagen des December dem General Kruſemark, daß deſſen Berichte nicht ſo befriedigend ausgefallen, wie man zu hoffen berechtigt geweſen ſei. Auch Davouſts Operationsplan gegen Preußen, den Napoleon am 14. November dem Marſchall einzureichen befohlen hatte, lag nun hier vor. Napoleon bemerkte dem Marſchall am 9. December: ſein Plan zeige ihm, daß die Elbarmee zu wenig Kavallerie habe; er ſolle deshalb noch zwei

Chaſſeurregimenter von Münſter an die Elbe ziehen, ſo daß er über 18 Kavallerieregimenter disponire; die Brigade in Münſter werde er im Januar durch eine andere erſetzen. Die Kommandeure der Kavallerie ſeien verantwortlich zu machen, daß ſie 24 Stunden nach Eingang des Befehls mit allen Mannſchaften und Pferden marſchiren könnten; er ſetze voraus, daß Davouſt ihnen die Mitführung von Vorräthen an Hufeiſen vorgeſchrieben habe, damit ſie ohne Aufenthalt große Märſche machen könnten. „Ihre achte und neunte Diviſion dürfen Sie im Fall des Ereigniſſes benutzen. Die achte iſt bereits in Münſter, die neunte wird im Januar dort ſein.“ An demſelben Tage ſchrieb Napoleon ſeinem Bruder Jerôme. „Wie viel Mann würden Sie brauchen, Schleſien zu beſetzen? Wie viel haben Sie 1807 gehabt? Welche Feſtungen ſind zu nehmen?“ Am 16. December erging die Weiſung an die Rheinbundfürſten, ihre Truppen fertig zu machen; ſie ſollten an den der Oder zunächſt gelegenen Punkten geſammelt werden [1]).

Der weſentliche Zweck Napoleons blieb jedoch, das Großherzogthum Warſchau, die Weichſel und die ruſſiſche Grenze ohne Widerſtand und ohne Aufenthalt vor den Ruſſen zu erreichen, keine ſtarke Truppenzahl in Preußen zurücklaſſen zu müſſen, über die intakten Hülfsquellen Preußens verfügen zu können. Da Preußen die Gegenvorſchläge vom 20. Oktober nicht einfach zurückgewieſen ſondern mit neuen Vorſchlägen beantwortet hatte (S. 415), war der Weg des Vertrages und der der Gewalt wohl zu kombiniren. Man diktirte ſchließlich die Bedingungen und rückte zugleich ein, um jeden Widerſtand abzuſchneiden. So konnte Napoleon dem Fürſten Schwarzenberg bei deſſen Rückkehr nach Paris am 17. December ſagen: „Ich ſehe, daß dieſe Narren (die Ruſſen) mir den Krieg machen wollen, ich werde ihn ihnen im April mit 500,000 Mann machen. Preußen ſcheint ſich vernünftig aufführen und ſich mit mir verbinden zu wollen. Ich habe keinen Grund, mit ihm unzufrieden zu ſein. Ich unterhandle in dieſem Augenblicke mit Preußen. Hat man es Ihnen geſagt?

[1]) Correspondance de Napoléon 24, 60. 61. 82.

Ich habe St. Marſan eben Weiſungen ertheilt. Der Miniſter iſt klug, der König ein guter Mann; aber es iſt eine ſchlechte Nation, die ich nicht liebe: es iſt ſtets ein ſtarkes Widerſtreben in den Geiſtern [1]).“ Nach dem Fürſten Schwarzenberg empfing er an jenem Tage den General Kruſemark [2]). „Man klagt mich bei Ihnen an,“ ſagte er, „Preußen vernichten zu wollen. Ich konnte es zu Tilſit, ich diktirte dort die Bedingungen. Ich that es nicht. Ich konnte es 1809 nach dem Frieden mit Oeſtreich. Der Losbruch Schills und alle die Umtriebe, die damals bei Euch ſtattfanden, gaben mir Grund und Recht. Ich that es auch damals nicht, und dennoch führt man dieſelben Reden fort. Man hat ohne Motiv gerüſtet, und als man auf meine Vorſtellungen verſprochen hatte, alle Vorbereitungen aufhören zu laſſen, hat man ſich Widerlegungen ausgeſetzt und insgeheim gethan, was man nicht eingeſtehen konnte, und ſich beklagt, daß ich die Unterhandlungen in die Länge ziehe, um deſto ſicherer über Preußen herfallen zu können. Und wenn jetzt die Allianz geſchloſſen ſein wird, ſo wird man ſagen, der Kaiſer will ſich Preußens bedienen, um es nachher zu vernichten. Und ſo weiter. Ich verſichere, daß ich von Preußen nichts will als die Annahme des Kontinentalſyſtems. Außerdem erhebe ich keinen Anſpruch. Ich wünſche die Erhaltung des regierenden Königshauſes. Mit einem Wort: ich ziehe vor, daß der König dort regiert als daß mein eigner Bruder dort regiert [3]). Schreiben Sie es, beruhigen Sie den König auf das Poſitivſte. Wenn der König aber nicht glaubt, mein aufrichtiger Freund ſein zu können, dann möge er die Allianz nicht zeichnen. Ich tadle ihn nicht, er muß ſein Intereſſe kennen. Wir führen dann Krieg. Wenn aber der König mein Alliirter iſt und wendet ſich dann auf die andere Seite, ſo ſchone ich nichts mehr;

---

[1]) Bericht Schwarzenbergs vom 17. December. — [2]) Dieſe Audienz fand nicht ſtatt und konnte nicht, wie Pertz (Gneiſenau 2, 249) angiebt, behufs Uebergabe der franzöſiſchen Vorſchläge an Kruſemark ſtattfinden. Anlaß derſelben war die Kruſemark obliegende Anzeige der Niederkunft der Prinzeſſin Wilhelm. — [3]) Dieſe Aeußerung hat die Projekte im Auge, die damals Jerôme zugeſchrieben wurden.

ich gebrauche meine Macht und vernichte Preußen. Es giebt Beiſpiele, und der König Friedrich iſt eins, daß man von einer Partei zur andern übergeht. Das Glück der Schlachten iſt ungewiß und könnte mir entgegen ſein. Ich kann mich der Beſorgniß nicht ausſetzen, meinen Rückzug gefährdet zu ſehen. Ich fürchte, daß Ihr nicht verſteht, eine feſte Richtung zu nehmen und zu verfolgen. Ich wiederhole Ihnen, laßt Ihr mich glauben, daß Ihr das Syſtem wechſelt, ſo thue ich Euch alles Ueble, was ich vermag." Er ließ Kruſemark keinen Zweifel, daß der Krieg mit Rußland bevorſtehe, daß er des Sieges ſich ſicher halte: „dieſer Krieg werde ſchwerere Folgen haben, als je ein Krieg gehabt", und Kaiſer Alexander ihn mit blutigen Thränen beweinen.

Im Sinne dieſer Eröffnung, d. h. im Sinne der Beſchwichtigung Preußens unter der Bedingung vollſtändiger Verfügung über ſeine Streitkräfte und Hülfsquellen, war auch die Inſtruktion gehalten, welche St. Marſan über die Gegenvorſchläge erhielt, die Hardenberg für den Allianzvertrag in der Konferenz vom 6. November gemacht hatte. St. Marſan empfing dieſe Weiſung am 24. December. Der casus foederis war darin auf Kriege in der Nähe der Grenzen Preußens beſchränkt; ebenfalls dem Gegenvorſchlage Preußens gemäß ſollte das preußiſche Hülfscorps, jedoch nur „ſoweit möglich", vereinigt bleiben und vorzugsweiſe zur Vertheidigung der preußiſchen Staaten verwendet werden. Die franzöſiſchen und alliirten Truppen ſollten während des Durchmarſches verpflegt werden und zu dieſem Zwecke Requiſitionen ausſchreiben dürfen. Berlin könne von Durchmärſchen nicht verſchont bleiben, aber doch Potsdam. Auch Geſchütze und Munition müßten im Falle des Bedarfs aus den preußiſchen Feſtungen für die franzöſiſche Armee geliefert werden. Die Forderung der Stellung zweier Linienſchiffe und einer Fregatte war dahin limitirt, daß Preußen nur deren Bemannung ſtellen und für dieſe Kleidung und Sold gewähren ſolle. Dagegen war jede Verſtärkung der preußiſchen Armee abgelehnt wie die Rückſtellung der Feſtungen, die Napoleon bis zum Frieden mit England beſetzt halten müſſe, und nur für den Unterhalt der Beſatzung Glogau's war die Ueber-

nahme von dem Zeitpunkt ab in Aussicht gestellt, daß die Kontribution vollständig abgetragen sei.

Der König gedachte das Endergebniß der Mission Scharnhorsts nach Wien zu erwarten, bevor über Annahme oder Ablehnung dieser Vorschläge Beschluß gefaßt werde. Doch wiederholte er Hardenberg, was er seit Scharnhorsts Abreise öfter geäußert: „Sie werden sehen, daß er nichts mitbringt." In den letzten Decembertagen ging jener Bericht Scharnhorsts vom 24. December (S. 421) ein, der kaum eine Hoffnung übrig ließ. Am 2. Januar 1812 berichtete Graf Zichy auf Grund einer Mittheilung Hardenbergs dem Grafen Metternich, daß der König die Allianz Frankreichs annehmen werde, falls Scharnhorst ohne positive Erklärungen von Wien heimkehre. Am 3. Januar kamen zwei Zeilen von Scharnhorst vom 27. December: „Erst gestern Abend erhielt ich die lang erwartete Eröffnung, welche mich unbeschreiblich unglücklich macht;" am 4. Januar 1812 gelangten jenes Schreiben des Kaisers Franz, das Schreiben Metternichs und dessen Depesche an Zichy vom 29. December zur Kenntniß des Königs und des Staatskanzlers. Oestreich war eine deutliche Alternative gestellt worden. Es hatte trotzdem jede Unterstützung Preußens abgelehnt. Sein Wunsch, daß Preußen sich in die Bresche stelle, war durch diese Verhandlung noch deutlicher als zuvor geworden, ebenso deutlich aber auch sein Entschluß, für Preußen keinen Finger zu rühren. Die Unterlagen für den Entschluß Preußens waren vollständig vorhanden. Es war festgestellt, daß Rußland sein entschieden defensives Kriegssystem festhielt, daß von England nur Waffen und Munition, von Oestreich nichts zu erwarten sei, während Frankreich die Verfügung über Preußen mittelst eines Allianzvertrages verlangte. Gleich am 3. Januar, als Scharnhorsts Meldung vom 27. December einlief, sagte der König dem Staatskanzler, daß nun nichts übrig bleibe, als dem Kaiser Alexander zu erklären, daß er sich, da Preußen von Oestreich nichts zu erwarten habe, gezwungen sehe, mit Frankreich zu gehen. Der definitive Beschluß sollte jedoch erst nach Eingang des von Scharnhorst in Aussicht gestellten ausführlichen Berichtes gefaßt werden.

Der Anſicht des Staatskanzlers entgegen, vertrat Staatsrath Ancillon, der Erzieher des Kronprinzen, ſehr lebhaft den Anſchluß an Frankreich. Hardenberg meldete dem Könige, daß er Ancillon aufgefordert habe, ſein Votum ſchriftlich zu formuliren. Für den entgegenſtehenden Entſchluß ſuchte Jacobi den König noch in letzter Stunde zu gewinnen, indem er ausführte, daß trotz der Zurückhaltung Oeſtreichs die franzöſiſche Allianz abgelehnt werden müſſe; ſie ſei der moraliſche, wenn nicht der phyſiſche Tod Preußens. Der König ſandte dies Schreiben am 8. Januar 1812 dem Staatskanzler mit folgenden Zeilen: „Der Baron Jacobi hat mir eine Art von Denkſchrift zukommen laſſen, welche ſeine Auffaſſung von der gegenwärtigen Lage unſerer Politik enthält; aber ich geſtehe Ihnen offen, daß ich ſeiner Meinung nicht ſein kann. Ich bin ſehr einverſtanden, daß Sie Ancillon aufgefordert haben, ſeine Anſicht ſchriftlich aufzuſetzen.“ Ancillons Denkſchrift führte aus, wie ſchön es ſei, wenn ein ganzes Volk Leben und Eigenthum ſeiner Regierung zur Verfügung ſtelle. Aber es ſei außerordentlich gefährlich, ein ſolches Syſtem zu dekretiren, da es leicht zu einer Revolution führen könne, die das Volk ſeine Freiheit verlieren ließe, um ſeine Unabhängigkeit zu erſtreiten, und das eigene Land der Anarchie preisgäbe, um dem fremden Despotismus zu entgehen. Ueberdies habe nur die Republik, nicht ein Monarch das Recht, in dieſer Weiſe über Leben und Gut der Staatsangehörigen zu disponiren. In der ganz beſonderen Lage, in welcher Preußen ſich zwiſchen Frankreich und Rußland befinde, von den franzöſiſchen Armeen umgeben, franzöſiſche Truppen in eigenem Lande, müſſe es ſich für die Macht entſcheiden, welche ihm das möglichſt größte Uebel, das gewiſſeſte Uebel zufügen würde, wenn es ſich gegen ſie erkläre. Dieſem Satze dürfe man nicht die Gefahren entgegenſtellen, welche die Allianz mit Frankreich in ſich berge, ſondern man müſſe dieſe mit den Gefahren vergleichen, welche der entgegengeſetzte Entſchluß herbeiführen würde. Im Uebrigen hänge alles von den Bedingungen dieſer Allianz ab. Er ſtellte den franzöſiſchen Vorſchlägen, die St. Marſan am 25. December übergeben hatte, ziemlich weit abweichende Gegenvorſchläge gegenüber und meinte,

Preußens Bündniß habe für Napoleon so viel Werth, daß man auf deren Annahme rechnen dürfe (10. Januar). Gneisenau, dem der Staatskanzler diese Denkschrift mittheilte, urtheilte: „Zu einer Revolution würde ein Volkskrieg führen? Ja, wenn die Völker, von ihren Regierungen verrathen und verlassen, zur Selbsthülfe greifen werden. Dann möchten die Regenten leicht über glücklichen Anführern vergessen werden!“ Ancillon sei wenig in den Geist des französischen Regierungssystems eingedrungen. Alle Traktatsbedingungen seien fast gleichgültig. Ob etwa der Tilsiter Friede ausgeführt worden sei? „Hat Herr Ancillon berechnet, daß es durchaus unmöglich ist, sich ohne Unredlichkeit zur Versorgung einer Armee von 200,000 Mann anheischig zu machen (13. Jan.)?“ So weit unterschätzte auch Gneisenau die von Napoleon bereit gestellten Streitkräfte.

Nachdem Scharnhorsts ausführlicher Bericht am 10. Januar eingetroffen und Hardenberg Ancillons Denkschrift mit seinen Gegenbemerkungen dem Könige vorgelegt hatte, schrieb dieser am 15. Januar: „Man darf die Gefahren der französischen Allianz nur denen gegenüberstellen, welche der entgegengesetzte Entschluß herbeiführen würde;“ diesen Satz habe ich Ancillons Denkschrift entnommen und finde ihn vollkommen richtig. Nur diese Alternative kann uns entscheiden, welche Partei wir zu ergreifen haben. Es scheint mir, daß Sie Ancillons Kontreprojekt des Bündnisses zustimmen. Ich billige dasselbe ebenfalls; aber ich muß sehr fürchten, daß wir in verschiedenen Punkten werden nachgeben müssen, um die wesentlichen zu erreichen: 1) die Kontributionssache (d. h. Niederschlagung des Restbetrages); 2) den Artikel der Requisitionen soweit als möglich (d. h. Requisitionen können nur durch die preußischen Behörden ausgeschrieben und müssen baar bezahlt werden); 3) die Rückstellung der Festungen nach dem Frieden im Norden, wenn der Krieg stattfindet, wenn nicht, nach Abtragung der Kontribution; 4) die Seeausrüstungen, obwohl ich immer rathen werde, in dieser Sache nachgiebiger zu sein, indem wir, wenn wir ihr nicht in anderer Weise entgehen können und endlich um andere Vortheile zu erlangen, die Ausrüstung von drei großen Kriegsfahrzeugen auf unsere Kosten dafür anbieten; 5) irgend

eine Vermehrung der Armee, wäre es auch nur um ein Infanterieregiment und ein Jägerbataillon, um das Bündniß zu nationaliſiren. Die Sendung Kneſebecks (er ſollte auf Ancillons Vorſchlag nach Petersburg gehen, dem Kaiſer Alexander die Erhaltung des Friedens dringend ans Herz zu legen) muß unverzüglich vorbereitet und ohne den mindeſten Verzug ausgeführt werden. Ihren Vorſchlag, daß Ancillon ſelbſt mit der Abfaſſung der betreffenden Schriftſtücke beauftragt wird, billige ich durchaus."

Demgemäß wurde der Vertragsentwurf, der den franzöſiſchen Vorſchlägen vom 25. December gegenübergeſtellt werden ſollte, vom Staatskanzler, dem Grafen Goltz und Ancillon redigirt. Von der Vorſtellung befangen, daß Napoleon den größten Werth auf die preußiſche Allianz legen müſſe, und in dem Wahne, daß man durch Feſtigkeit in Worten imponiren könne, brachte Ancillon die Vermehrung der preußiſchen Armee um 24,000 Mann (die Vermehrung um nur 6000 Mann war bereits abgelehnt) und beſtimmte Ziffern für die Garniſonen von Spandau und Pillau in dies Gegenprojekt. In dem Schreiben, mit welchem daſſelbe am 21. Januar St. Marſan übergeben wurde, bemerkte Hardenberg: „daß der König, von dem Wunſche durchdrungen, den Frieden im Norden bewahrt zu ſehen, und in Kenntniß, daß Graf Neſſelrode vom Kaiſer Alexander beauftragt ſei, verſöhnliche Vorſchläge nach Paris zu überbringen, den Entſchluß gefaßt habe, einen geeigneten Mann nach Petersburg zu ſenden, um den Kaiſer zu beſchwören, ſich zu einem Ausgleiche herbeizulaſſen, ihm das Unheil zu ſchildern, welchem das entgegengeſetzte Verfahren Preußen ausſetzen würde, und zu wiederholen, daß dieſes trotz der perſönlichen Gefühle, welche den König an den Kaiſer bänden, den König zwingen würde, auf die Seite Frankreichs zu treten." St. Marſan erwiderte die Mittheilung des Gegenprojektes auf der Stelle mit einigen Zeilen (22. Januar): „Wäre eine Möglichkeit, in dieſem Punkte (Vermehrung der Armee) etwas zu erlangen, ſo läge ſie darin, in dem Projekte nichts davon zu ſagen, ſondern nur in der begleitenden Note Bemerkungen über deren Nothwendigkeit zu machen. Von Spandau zu reden, ſei überflüſſig; man werde

einige Invaliden und Veteranen dorthin legen, da es so weit vom voraussichtlichen Kriegstheater entfernt sei. Auch von Pillau sei es besser, in dem Vertrage nicht zu sprechen." Abends schrieb er noch einmal: die aufmerksame Lektüre der Papiere habe ihn zu so gewichtigen und dringenden Erwägungen geführt, daß der Staatskanzler baldmöglichst die Stunde für eine Konferenz bestimmen möge. Hardenberg übersandte diese Zuschriften dem Grafen Goltz: „Die Anlagen sind ein erster Beweis, daß jede Hoffnung einer Unterhandlung mit Frankreich illusorisch ist. Nichts als das Vae victis des Brennus darf man erwarten (22. Januar)." In der Konferenz erklärte dann St. Marsan, daß er auf der Stelle abgerufen werden würde, wenn er dies Gegenprojekt nach Paris schicke, und verlangte kategorisch die von ihm angedeuteten Aenderungen (23. Januar). Während man noch über die zuzugestehenden Modifikationen berieth, zeigte St. Marsan dem Staatskanzler an, daß der Marschall Davoust Befehl erhalten habe, Schwedisch-Pommern zu besetzen: „wegen notorischer Verletzung des Kontinentalsystems." Die Division Friand und die Brigade Bourdesoult würden diese Besetzung ausführen und in Mecklenburg durch die Division Compans und die Brigade Poirée ersetzt werden. Diese neue Stellung mache eine Verbindung für die Korrespondenzposten über Anklam nach Stettin erforderlich; es werde jedoch nur nöthig sein, einen oder zwei neue Posten einzurichten (26. Januar Abends).

Mit großer Spannung sah man in Wien der Entscheidung in Berlin entgegen. Gleich am Tage nach Empfang des Befehles des Königs vom 15. Januar hatte Hardenberg dem Grafen Lieven mitgetheilt (16. Jan.), daß der Oberst Knesebeck in besonderer Mission nach Petersburg gehen werde. Auch Graf Zichy berichtete hierüber seinem Hofe: die beabsichtigte Mission nach Petersburg werde in Paris gegen Preußen erbittern, falls man sich in Berlin einfallen lasse, die Mediation zwischen Frankreich und Rußland zu übernehmen. Er hoffe noch immer, obwohl der König fingire, daß er Humboldts Berichten glaube, welcher eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen Oestreich und Frankreich in Aussicht stelle (der König hatte nur zu aus-

reichende Gründe, hieran ehrlichſt zu glauben), daß ein förmliches Engagement mit Frankreich preußiſcher Seits vermieden und Zeit gewonnen werden würde, ſich von Rußland einige Beruhigung zu ſchaffen. Inzwiſchen breche die Wuth der Armee gegen Frankreich in Inſubordination aus. Arretirungen hätten ſtattgefunden gegen Komplicen eines Verſuches, die That Schills zu wiederholen. Ein verabſchiedeter Offizier von Werder und ein Graf Schulenburg waren wegen unerlaubter Anwerbung verhaftet worden. Der Staatskanzler ſcheine gegen die Schuldigen ſtreng vorgehen zu wollen. „Aber es iſt ſehr gewiß," fährt Graf Zichy fort, „daß der König ſelbſt innerlich die Tendenz dieſer Männer billigt, und ich werde nicht überraſcht ſein, wenn einige in der Umgebung des Königs ihn in der Vorſtellung beſtärken, daß dieſe ſchlechten Köpfe aus lobenswerthen Motiven gehandelt hätten. Und doch könnte man einen ſo ſchuldvollen Schwindel nicht hart genug ſtrafen, den man ſich gefällt mit dem Mantel des Patriotismus zu dekoriren[1])."

Das Gegenprojekt Preußens, welches nach der Konferenz vom 23. Januar am 29. feſtgeſtellt und St. Marſan am 31. Januar übergeben wurde, beſchränkte ſich im Weſentlichen auf folgende Punkte: Die Kontributionsſache müſſe im Vertrage oder wenigſtens gleichzeitig mit dem Abſchluſſe des Vertrages geregelt werden; Requiſitionen dürften nur da ſtattfinden, wo die franzöſiſchen Truppen keine Magazine errichten könnten, und binnen drei Monaten in baarem Gelde bezahlt werden[2]); die preußiſche Armee werde um 6000 Mann (die urſprünglich geforderte Zahl war wiederhergeſtellt) verſtärkt werden; Berlin und Potsdam müßten von Durchmärſchen frei bleiben; doch könne neben der preußiſchen franzöſiſche Garniſon nach Berlin verlegt werden; über das Ende der Okkupation der Oderfeſtungen ſolle erſt nach der Wendung, welche die Verhandlungen zwiſchen Frankreich und Rußland nehmen würden, Feſtſetzung eintreten; Artillerie und

[1]) Berichte Zichy's Nr. 6. 7. 8. vom 18., 26., 27. Januar 1812. — [2]) Dieſes halbe Zurückweichen von der Baarzahlung der Lieferungen iſt der Denkſchrift Kneſebecks vom 26. Januar: „Auf welche Bedingungen ſoll Preußen mit Frankreich ſchließen?" entnommen.

Munition könne Preußen nur insoweit liefern, als sein eigener Bedarf es gestatte. Dienstpflicht zur See bestehe in Preußen nicht; man wünsche diese Forderung beseitigt, sei jedoch bereit, kleine Fahrzeuge zum Schutze des Küstenhandels zu bewaffnen. Zugleich schrieb der König dem Kaiser Alexander: „Ich habe gezögert, Eurer Majestät von neuem zu schreiben, weil ich in der gegenwärtigen gewaltigen Krisis und in der schwierigen und gefahrvollen Position, in welcher ich mich befinde, unaufhörlich zwischen den Pflichten des Souveräns und der Neigung, von welcher mein Herz erfüllt ist, gerungen habe. Warum darf ich dieser nicht blindlings folgen? Eure Majestät weiß durch die Mittheilungen, welche dem Grafen Lieven gemacht worden sind, daß ich den General von Scharnhorst insgeheim nach Wien geschickt, daß ich Alles versucht habe, diesen Hof zu einem bestimmten Entschlusse zu bewegen, weil nichts denjenigen besser zu rechtfertigen vermocht hätte, welcher meinen Wünschen entsprach. Aber alle diese Bemühungen sind fruchtlos geblieben, und ich habe von neuem die Ueberzeugung erlangt, daß Oestreich, wie gut seine Absichten sind, die Vertagung des Krieges verlangt und dieser Vertagung dringend bedarf. Dies Bedürfniß, Sire, ist das von ganz Europa und insbesondere das Bedürfniß Preußens, dessen Lage seit dem vorigen Sommer sehr viel schlimmer geworden ist und jeden Tag gefahrvoller wird. Ich sende Eurer Majestät den Oberst und Generaladjutanten Knesebeck, um genauen Bericht von derselben zu erstatten wie von den Ergebnissen jener Mission. Er ist von den Umständen und meiner Anschauungsweise vollkommen unterrichtet. Ich halte die Bewahrung des Friedens in diesem Augenblicke für so wichtig für die Rettung Europa's wie für die Sicherung und Wahrung des großen Zieles, welches Eure Majestät stets vor Augen hat, daß die Aufopferung untergeordneter Erwägungen nichts kosten sollte. Sie werden dadurch, Sire, und es wird dies der ihres Charakters würdigste Ruhm sein, der Menschheit und Ihrem Freunde insbesondere unübersehbares Unglück ersparen (31. Januar 1812)." Knesebeck war angewiesen, des Näheren auszuführen, daß Preußen, auf allen Seiten von den gewaltigen Streitkräften Frankreichs umgeben, ohne

einen feſten Stützpunkt an Rußland zu finden, und von Oeſtreich ohne jede Ausſicht auf Hülfe gelaſſen, nicht anders könne, als dem Zwange der Lage weichen [1]). So war es in der That und dies die

---

[1]) Der Bericht von dieſer Miſſion, der in den hinterlaſſenen Papieren des Generals von Kneſebeck veröffentlicht iſt (S. 91—104), iſt erſichtlich ſehr lange nach den Ereigniſſen niedergeſchrieben, und ſo kann es nicht auffallen, daß ſich Gedächtnißfehler eingeſchlichen haben. Kneſebeck hatte mit Ancillon den Anſchluß an Frankreich empfohlen, Ancillon am 11. Januar Kneſebeck als zur Abſendung nach Petersburg, um Alexander zum Frieden zu beſtimmen, höchſt geeignet bezeichnet. Daß Kneſebeck für die Allianz mit Frankreich votirt hatte, beſtimmte den König, ihm die Miſſion, die dieſe in den Augen des Kaiſers rechtfertigen ſollte, zu übertragen. Es iſt unrichtig, wenn S. 96 und 103 geſagt wird, Hardenberg hätte wohl den wahren Zweck dieſer Sendung nicht gekannt. Wir ſahen, daß der König Hardenberg am 15. Januar anwies, unverzüglich Kneſebecks Sendung vorzubereiten. Wie hätte der König in demſelben Augenblick, in dem er in ſeinem und Oeſtreichs Namen den Frieden ſo warm empfahl Kneſebeck zugleich mit der Entwickelung des Kriegsplanes für Rußland, wie S. 95 erzählt wird, beauftragen können? Wir ſahen überdies, bereits am 28. Mai 1811 hatte Alexander dem Könige ſeinen Kriegsplan des Ausweichens in das Innere mitgetheilt. Die geſammten Verhandlungen Preußens mit Rußland hatten ſich um dieſen Punkt gedreht. Gerade die Ueberzeugung des Königs, daß die ruſſiſche Heerführung, trotz der Scharnhorſts Andringen gemachten kleinen Zugeſtändniſſe, auf dieſen erſten Plan zurückkommen werde, beſtimmte ihn, ſich nicht an Rußland anzuſchließen (S. 415). Kneſebeck wußte dies damals ſehr genau. Es iſt demnach unrichtig, wenn das Fragment S. 93 ſagt: „daß ein ſchnelles Vorrücken, ſo weit es gehen würde, Rußlands Kriegsplan zu ſein" ihm geſchienen. Vielmehr hatte er in Petersburg im Namen des Königs zu ſagen: eben weil Ihr in Euren Grenzen verbleiben, eben weil Ihr Euch zurückziehen wollt, weil ich keine Hülfe von Euch und von Oeſtreich zu erwarten habe, muß ich mich Frankreich anſchließen. Die Depeſche, welche Kneſebeck mitgetheilt wurde (S. 96) — es war der Legationsrath Lecoq, der ſie ihm ſandte — war nicht eben (am 31. Januar) eingelaufen, ſondern ein Auszug aus dem Berichte Kruſemarks vom 18. Dezember 1811 über jene Audienz beim Kaiſer (S. 425); die Worte „Je crois à la guerre" ſind Worte, die Napoleon in dieſer Audienz gebraucht hatte; er hatte jedoch weiter hinzugeſetzt, daß, wenn ihm nur Rußland, wie er bereits am 15. Auguſt verlangt habe, einen Unterhändler ſchicke, der Friede erhalten werden könne. Gerade auf dieſe Eröffnung Napoleons an Kruſemark baſirte Ancillon ſeinen Satz, daß der Friede erhalten werden könne und müſſe. Der Kaiſer Alexander müſſe zur Abordnung dieſes Unterhändlers beſtimmt werden, und wenn man nur Jemand, der für den Frieden enthuſiasmirt ſei, nach Petersburg ſchicke — er kenne einen ſolchen (Kneſebeck) — ſo

einfachen Gründe. Alexanders Politik der Allianz mit Frankreich, die Politik von Erfurt hatte Preußen genöthigt, ſich dem Vertrage von Paris zu unterwerfen. Indem Rußland ſich gedrungen fand, das

---

werde man ihn haben: Napoleon wolle den Frieden; Alexander wünſche den Krieg nicht, und die Ausſicht, daß Preußen und Oeſtreich ſich Frankreich anſchließen würden, müſſe Alexander unbedingt für den Frieden disponiren. Die Begegnung mit York (S. 98) iſt ebenfalls nicht genau referirt. Wir ſahen oben, (S. 406) York war in der Punktation von Petersburg als der General bezeichnet, auf deſſen unmittelbare Requiſition jene zwölf ruſſiſchen Bataillone auf Königsberg vorrücken ſollten. Dies hatte Scharnhorſt York mündlich mitgetheilt, und Kneſebeck konnte ihm daher auf der Durchreiſe nur ſagen, daß die Punktation nicht ratificirt ſei, die Dinge jetzt anders lägen, daß der Abſchluß einer Allianz mit Frankreich wahrſcheinlich ſei, was York wie Tauentzien, unter Erwähnung der Sendung Kneſebecks nach Petersburg „zur Erhaltung des Friedens", mittelſt Kabinets-Ordres vom 4. Februar officiell mitgetheilt wurde. Was Kneſebeck nach jenem Fragment ſeiner Memoiren Alexander geſagt haben will, konnte und durfte er ihm nicht ſagen. Er hat das auch weder nach ſeinem oſtenſiblen noch nach ſeinem vertraulichen Berichte an den König geſagt. Er hat thatſächlich dem Kaiſer ſehr ernſthaft zum Frieden, insbeſondere zur Abſendung Neſſelrode's nach Paris gerathen. Alexander hatte Anfang December beſchloſſen, Neſſelrode, den Napoleon ſelbſt in jener Unterredung vom 15. Auguſt als dazu ſehr geeignet bezeichnet, nach Paris zu ſenden (S. 421). Napoleon paßte aber dieſe Unterhandlung nicht, weil ſie den Bruch zu früh herbeiführen konnte. Er machte ſie demgemäß durch ſein Verhalten gegenüber Kurakin und abfällige Aeußerungen unmöglich. Auf Kurakins Bericht vom 13. Januar hatte dann Alexander dieſe Miſſion, alſo mindeſtens vierzehn Tage vor Kneſebecks Ankunft in Petersburg, definitiv aufgegeben. Ueber alle weiteren Angaben Kneſebecks ſ. die folgende Abhandlung: Die Miſſion des Oberſten von Kneſebeck nach Petersburg. Sein oſtenſibler Bericht wurde am 23. März St. Marſan übergeben, am 24. März Abſchrift deſſelben an Krufemark nach Paris geſchickt. Dieſer berichtet am 3. April: „Kneſebecks Bericht ſei unverzüglich dem Kaiſer vorgelegt worden und ſcheine intereſſirt zu haben. Mit Befriedigung habe Napoleon geſehen, daß noch nicht jede Hoffnung auf Ausgleichung verſchwunden, und erwünſcht ſei ihm geweſen, Verſicherung darüber zu erlangen, daß Kaiſer Alexander bei dem Entſchluſſe beharre, ſich in ſtrikter Defenſive zu halten. Trotzdem werde der Vormarſch der Truppen an die Weichſel nur noch mehr beſchleunigt." Kneſebeck war am 20. März in Berlin wieder eingetroffen. Am Abend des folgenden Tages ging Gneiſenau in geheimer Sendung über Wien nach Petersburg ab, Scharnhorſt am 26. März nach Dollſtädt und dann nach Schleſien. Daß Scharnhorſt, wie a. a. O. S. 103 geſagt iſt, 300 Offiziere zur Forderung der Entlaſſung veranlaßt habe, bedarf keiner Widerlegung. Bezüglich der darauf berichteten Aeußerung Scharnhorſts

Syſtem der Allianz mit Frankreich aufzugeben, vermochte es nicht, zugleich die Folgen, die daſſelbe für Preußen herbeigeführt, aufzuheben, wenn es nicht mit raſcher Offenſive vorzugehen bereit war oder Oeſtreichs Betheiligung Preußen einen anderen Stützpunkt gewährte.

Die lange Verzögerung der preußiſchen Erwiderung auf die Vorſchläge vom 25. December erregte in Paris Argwohn. Baſſano wiederholte Kruſemark: Preußen hätte ſich früherhin über Zögerungen Frankreichs beklagt; gegenwärtig zögere es ſelbſt in unbegreiflicher Weiſe unter viel drängenderen Umſtänden. Ferner berichtete Kruſemark, daß Schwarzenberg ihm offen erkläre, Oeſtreich werde ſeine Neutralität zu behaupten nicht im Stande ſein (31. Januar). Ueber die Aufnahme, die das preußiſche Gegenprojekt, welches am 6. Februar in Paris eintraf, bei Napoleon finde, konnte er nichts erfahren. Aber Fürſt Schwarzenberg hatte ſeit dem 12. Februar lange Konferenzen mit

---

iſt zu bemerken, daß Scharnhorſt ſelbſt, wie wir wiſſen, formell nicht Chef des Departements des Krieges war. Daß nicht Kneſebeck ſondern Petersburg und Wien Scharnhorſts Pläne vereitelt hatten, wußte Niemand beſſer als Scharnhorſt. Daß Kneſebeck gegen Scharnhorſt, ſeitdem er bei deſſen Brigade geſtanden, erbittert war und Scharnhorſts Annäherung vor Antritt der Miſſion nach Petersburg abſichtlich auswich, ſteht feſt. Ueber Scharnhorſts zukünftige Stellung hatte dieſer ſelbſt Hardenberg am 18. Februar geſchrieben: er wünſche nach Preußen zu gehen, um die Kriegsſchule zu Königsberg zu inſpiciren und ſeine Angelegenheiten in Dollſtädt zu ordnen. „Sollte der Allianztraktat unterzeichnet ſein, ſo müßte ich den Poſten des Chefs vom Generalſtabe niederlegen; die Aufſicht über die Kriegsſchulen würde ich aber immer behalten können." Am 29. Februar erſuchte er Hardenberg, dem Könige die Anfrage vorzutragen: ob unter den gegenwärtigen Verhältniſſen ſein Aufenthalt wie der Gneiſenau's und Boyens in Berlin nicht nachtheilig ſei, „da man uns für diejenigen hält, welche gegen die Franzoſen kabaliren", und ob es nicht gut ſei, „daß wir unſere Stellen, ich als General-Quartier-Meiſter-Lieutenant, Boyen als Direktor der erſten Diviſion des Kriegsdepartements niederlegen." „Mir ſcheint es vortheilhaft zu ſein, daß die Veränderung bei allen drei Perſonen zugleich bekannt gemacht würde. Es würde den Franzoſen angenehm ſein und ihre Maßregeln mildern." Hardenbenberg wird gebeten, „uns nach der Allerhöchſten Willensmeinung zu beſcheiden." Gneiſenau wurde ſcheinbar entlaſſen, Scharnhorſt ſcheinbar beurlaubt. Ueber wichtige Fragen wurde des Letzteren Gutachten vom Könige erfordert; ſeine Aufgabe beſtand vornehmlich darin, den neutralen Theil Schleſiens, d h. den einzigen Theil der Monarchie, der von den Franzoſen unbetreten blieb, vertheidigungsfähig zu erhalten.

Baſſano über den Abſchluß einer Allianz zwiſchen Frankreich und Oeſtreich, und Schwarzenberg vertraute Kruſemark: er glaube nicht, daß Oeſtreich in der Lage ſei, die Vorſchläge, welche Baſſano gemacht habe, zurückzuweiſen. Humboldts Berichte hatten dies ſtets vorausgeſagt. Der Krieg ſei unzweifelhaft, meldete Kruſemark weiter; er ſtehe unmittelbar bevor. In Spanien ſollten ſich die franzöſiſchen Generale helfen, wie ſie könnten; die franzöſiſche Armee ſei in voller Bewegung gegen den Rhein (18. und 20. Februar 1812).

Napoleon traf ſeine Maßregeln, früh im Jahre an der Weichſel zu ſein. Am 19. Januar hatte er Davouſt jenen Befehl zur Beſetzung von Schwediſch-Pommern gegeben, den St. Marſan am 26. in Berlin mittheilte. Am 27. Januar zeigte er ſeinem Bruder Jerôme an, daß er nunmehr nach den Vorbereitungen eines ganzen Jahres mit 300,000 Mann in Deutſchland bis an die Oſtgrenzen des Rheinbundes (S. 424) vorrücken werde, nicht in feindlicher Abſicht, ſondern um der Weichſel ebenſo nahe zu ſein wie die ruſſiſche Armee; das weſtfäliſche Kontingent müſſe am 15. Februar bereit ſtehen, die Campagne zu beginnen. Sein Stiefſohn erhielt am 29. Januar Befehl, die bereits bei Verona und Brescia verſammelte italieniſche Armee zwiſchen dem 15. und 20. Februar über den Brenner gegen Regensburg in Bewegung zu ſetzen. Die Baiern würden ſich ihm anſchließen; in Regensburg dürfe kein Aufenthalt ſtattfinden, der Marſch müſſe vielmehr auf Glogau fortgeſetzt werden; wenn die Umſtände ſich nicht entgegenſtellten, würde er in dem ſchönen Oberſchleſien ausruhen können [1]). Am 6. Februar, dem Tage, an welchem St. Marſans Kurier Preußens Gegenvorſchläge nach Paris brachte, ſchrieb Napoleon dem Kommandeur der Artillerie der großen Armee, daß der Belagerungspark zu Magdeburg für Spandau oder Kolberg, der zu Danzig für Graudenz am 1. März bereit ſein müſſe. Auch der Brückentrain in Magdeburg müſſe in Stand geſetzt werden, um ihn für die Oder und die kleinen Flüſſe in Preußen gebrauchen zu können, wenn der Fall einträte. Am 9. Februar erhielten die

[1]) Dieſe Ergänzung iſt vom 8. Februar; Corresp. Napol. 23, 216, 219.

Truppen der Großherzogthümer Berg, Baden und Heſſen-Darmſtadt Befehl, nach Magdeburg zu marſchiren. An demſelben Tage wurde Davouſt benachrichtigt, daß ſeine Armee zwiſchen dem 20. und 30. (sic) Februar eine große Bewegung machen müſſe; die Diviſion Bruyère müſſe an der Grenze Pommerns ſtehen, um die Spitze zu nehmen, ſo daß Friand mit beiden Diviſionen und acht Kavallerie-Regimentern augenblicklich nach der Weichſel marſchiren könne; die übrigen Infanterie-Diviſionen und die drei Küraſſier-Diviſionen würden fünf oder ſechs Tage ſpäter folgen. Dies alles müſſe ſehr geheim ſein. Der Beginn der Bewegung hänge von dem Tage ab, an welchem ſich der Marſch der italieniſchen Armee demaskire. Davouſt müſſe, bevor hiervon Nachricht in Petersburg eintreffe und vor dem Aufgehen des Eiſes, an der Weichſel ſtehen.

Mit dieſen militäriſchen Maßnahmen ſtand die diplomatiſche Vorbereitung Napoleons in engſter Verbindung. Maret theilte dem General Lauriſton in Petersburg unter dem 18. Februar mit, daß die Aufſtellung von 400,000 Mann an der Weichſel und Oder nicht der Beginn des Krieges, ſondern die Beendigung einer erniedrigenden Stellung für Frankreich ſei, die Herſtellung des Gleichgewichtes zwiſchen zwei rivaliſirenden Mächten, die Verſetzung Frankreichs in die Lage, auf dem Fuße der Gleichheit zu unterhandeln. Zu Lauriſtons Information fügte er hinzu: es komme abſolut darauf an, Zeit zu gewinnen. Lauriſton müſſe damit anfangen, die Bewegung nach der Oder zu leugnen, wenn dies nicht mehr möglich, erklären, daß die Oder nicht überſchritten werden würde. Endlich, wenn die Truppen an die Weichſel marſchirten, habe er zu ſagen, daß die Bewegung nicht feindſelig ſei, daß der Kaiſer nur in guter Lage unterhandeln und ſeine bedrohten Bundesgenoſſen ſchützen wolle. Dann ſolle Lauriſton von ſich aus einen Kongreß oder eine Begegnung der beiden Kaiſer zwiſchen Weichſel und Niemen vorſchlagen [1]). Am folgenden Tage (19. Februar) wurde die Kaiſergarde nach Mainz in Marſch geſetzt, der Generalſtab der großen Armee trat in Funktion.

---

[1]) Thiers l. c. 13, 439—447. Lefèbvre l. c. 5, 173.

Den Chef deſſelben, Berthier, wies Napoleon an (21. Febr.): Davouſts Bewegung müſſe unverzüglich beginnen, die Diviſion Gudin die Elbe wo möglich am 29. Februar überſchreiten, die Elbarmee am 8. März an der Oder (Hauptquartier Stettin) ſtehen; die leichte Kavallerie ſei auf den Straßen nach Danzig und Poſen vorzuſchieben, um die Verbindung mit den dortigen Diviſionen aufzunehmen, welche entgegenkommen würden; die zweite Armee ſolle bis dahin in Magdeburg ſein, die dritte auf Leipzig und Erfurt marſchiren. Dieſen Befehlen fügte Napoleon hinzu: „In einem Briefe, den ich Ihnen morgen (22. Februar) ſchreiben werde, werde ich Ihnen das Verhalten, welches gegen Preußen beobachtet werden ſoll, angeben [1]).“

Die Truppen ſtanden überall bereit. Napoleon war in der Lage, Preußen die Bedingungen der Unterwerfung zu diktiren, oder es, wenn es remonſtrirte, augenblicklich über den Haufen zu werfen und mit größter Schnelligkeit an und über die Oder vorzudringen. Wie gut er auf dieſen Fall vorbereitet war — wir kennen die Gründe, die ihn trotz wiederholten Schwankens wünſchen ließen, daß Preußen ſich ohne Widerſtand füge. Nachdem jene Befehle ertheilt, der am 18. an Lauriſton abgeſandte Kurier den nöthigen Vorſprung hatte, lud der Herzog von Baſſano den General Kruſemark am 22. Februar zu einer Konferenz ein. Der Kaiſer, ſo ſagte er ihm, nehme die preußiſchen Vorſchläge mit leichten Modifikationen an. Die Augenblicke ſeien koſtbar; die Zeit, welche zwiſchen der Abſendung des Vertrages nach Berlin und dem Einlaufen der Nachricht von der Unterzeichnung vergehen werde, gefährde die gemeinſamen Intereſſen und insbeſondere die Intereſſen Preußens; ein Mißverſtändniß, eine Unvorſichtigkeit, die falſche Maßnahme eines preußiſchen oder eines franzöſiſchen Generals, ein Zufall könne die traurigſten Folgen herbeiführen. Der Kaiſer lege das größte Gewicht darauf, daß der Vertrag noch heute gezeichnet werde. In wichtigen Dingen laſſe ſich der Kaiſer nicht durch Formen aufhalten; er könne den Marſch ſeiner Truppen nicht länger verſchieben. Es handle ſich

[1]) Correspondance de Napoléon 23, 244.

demnach darum, ob General Kruſemark ausreichend ermächtigt zu ſein glaube, für den König zu zeichnen. Kruſemark war ohne Inſtruktion und ohne Vollmacht. Er empfand, daß das Geſchick Preußens in dieſem Augenblick in ſeiner Hand lag. Er verlangte 24 Stunden Zeit, die beiden Vertragsentwürfe zu vergleichen. Freilich fand er nun, daß die „leichten Modifikationen" des preußiſchen Projektes vom 29. Januar (S. 432) ſchwerwiegendſter Art waren. Es gelang ihm nur, hier und da eine kleine Erleichterung zur Annahme zu bringen. Aber er wußte, daß die große Armee marſchiren werde, ob er zeichne oder nicht zeichne. Nachdem ſich die zweite Konferenz mit dem Herzog von Baſſano die Nacht vom 23. Februar hindurch verlängert, unterſchrieb der General am 24. Februar Morgens 5 Uhr. In dem begleitenden Berichte entwickelte er die gebieteriſchen Gründe, die ihn bewogen hätten, eigenmächtig zu handeln, und ſchloß mit den Worten: „Eurer Majeſtät Lage iſt in Folge früherer Ereigniſſe der Art, daß keine freie Wahl zwiſchen zwei gleich unglücklichen Entſchlüſſen blieb. Die Liebe zu Ihrem Volke hat Sie beſtimmt, den zu faſſen, deſſen Gefahren die geringeren zu ſein ſchienen, und der die Hoffnung bietet, die Exiſtenz zu bewahren, welcher Zeit und Ereigniſſe den alten Glanz wiedergeben können[1])." Es war geſchehen, was Hardenberg vorausgeſehen und vorausgeſagt hatte: die Verhandlung war hingezogen worden, um die Bedingungen der Unterwerfung Preußen auf der Degenſpitze zu überreichen.

An dem Tage, in deſſen Frühe Kruſemark gezeichnet, machte Napoleon dem Adjutanten des Kaiſers Alexander, Oberſt Czerniſchew, perſönlich Mittheilung, daß er mit Preußen abgeſchloſſen habe. „In der Lage, in welche mich Eure Haltung ſeit einiger Zeit verſetzt hat," ſagte er Czerniſchew, „mußte ich mich Preußens durch einen Vertrag oder durch einen Handſtreich verſichern. Die Entwaffnung wäre ein ſo gewaltſamer Vorgang geweſen, daß ſie den Bruch zwiſchen dem Kaiſer und mir entſchieden hätte. Ich habe deshalb mit Preußen abgeſchloſſen. Dieſe Allianz iſt nichts als eine Vorſichtsmaßregel

[1]) Bei Pertz (Gneiſenau 2, 256) iſt dieſe Stelle aus dem P. S. vom 27. Februar nicht genau wiedergegeben.

meinerſeits, welche die große Frage über Krieg und Frieden zwiſchen uns offen läßt. Je mehr ich nachdenke, um ſo weniger kann ich mich an den Gedanken gewöhnen, daß der Krieg zwiſchen Kaiſer Alexander und mir ausbrechen könnte.“ Darauf zählte er in gewohnter Weiſe ſeine Beſchwerden gegen Rußland auf, das mit England durch die Vermittelung angeblich Neutraler Handel treibe, die Einfuhr franzöſiſcher Waaren verbiete u. ſ. w. Er ſei noch immer bereit, zu erklären, die Wiederherſtellung Polens nicht begünſtigen zu wollen, den Herzog von Oldenburg zu entſchädigen. Danzig könne er ihm nicht geben (S. 375. 400); er biete Erfurt, aber zum letzten Male. „Keine dieſer Streitfragen iſt einen Kanonenſchuß werth. Gehen Sie zum Kaiſer, übergeben Sie ihm dieſen Brief. Sagen Sie ihm vor allem, daß ich ihn bitte, die Unterhandlung nicht länger zu verſchieben, welche allen unſeren Mißverſtändniſſen ein Ende machen muß.“ Der Brief ſagte Alexander nur, daß er (Napoleon) mit Czerniſchew über die ſeit fünfzehn Monaten eingetretenen Streitigkeiten geſprochen und daß es nur von Alexander abhänge, Alles zu beenden (24. Februar[1]). Es kam Napoleon lediglich darauf an, dem Eindrucke, den die Nachricht von dem Einrücken ſeiner Truppen in Preußen in Petersburg machen würde, noch ein ſtärkeres Gegengewicht durch ein von ihm ſelbſt ausgehendes Friedensanerbieten zu geben, als Lauriſtons Erklärungen in Gemäßheit der Weiſung vom 18. Februar vermöchten. Er will Alexander in Friedenshoffnung verſetzen oder dieſe erhalten, ihn ungewiß machen, dadurch das Vorrücken der Ruſſen verhindern, um ungeſtört durch Preußen vorgehen und die Weichſel erreichen zu können. Oberſt Czerniſchew machte ſich ſofort auf den Weg nach Petersburg.

In Berlin erhielt man am 28. Februar Nachricht, daß franzöſiſche Kolonnen von Mecklenburg und Schwediſch-Pommern her die Peene, d. h. die preußiſche Grenze am 26. überſchritten und Demmin mit 3000, Anklam mit 4000 Mann beſetzt hätten; am folgenden Tage, daß eine dritte Kolonne von 2800 Mann bei Wolgaſt über

[1]) Lefèbvre l. c. 5, 171. Bogdanowitſch a. a. O. 1, 408 D. Ü.

die Peene geſetzt ſei, auf Uſedom vorrücke und mit der Spitze Swinemünde erreicht habe: „behufs Konfiskation von Kolonialwaaren", wie die Befehlshaber erklärten. Da St. Marſan den Staatskanzler ohne jede Kunde hierüber zu ſein verſicherte, wurde der Major Kalkreuth unverzüglich nach Hamburg zu Davouſt entſendet, Aufklärung über dies Vorgehen zu verlangen; zugleich wurden St. Marſan Noten übergeben (28. und 29. Febr.), welche die Zurücknahme von Maßnahmen forderten, die den Charakter der Feindſeligkeit trügen. Oberſt Borſtell zog die preußiſchen Garniſonen auf die Inſel Wollin zurück, koncentrirte die übrigen Truppen auf Kolberg, ließ die Wälle armiren, rief die Beurlaubten und Arbeiterbrigaden ein und benachrichtigte den franzöſiſchen Oberſten, der mit 500 Mann in Swinemünde eingerückt war, daß er die Feindſeligkeiten beginnen werde, ſobald die Swine überſchritten würde[1]). Am 2. März Morgens erfuhr man in Berlin: jene franzöſiſchen Abtheilungen ſeien auf dem Rückmarſch, nachdem ſie überall vergebens nach Kolonialwaaren geſucht; Swinemünde ſei noch am 28. Februar wieder geräumt worden. Dagegen traf Mittags, als der König bei Tafel war, die Kunde ein, die Diviſion Gudin (S. 439) ſei mit 15,000 Mann aus Magdeburg aufgebrochen, habe die Elbe überſchritten und marſchire auf Brandenburg. Der König befahl, die Truppen in Berlin bereit zu machen; General Leſtocq ſollte mit den Garniſonen von Berlin, Spandau und Potsdam den Franzoſen entgegengehen, Scharnhorſt und Gneiſenau die weiteren Dispoſitionen entwerfen, während Hardenberg und Goltz zu St. Marſan gingen, dieſem zu eröffnen, daß Einmärſche ohne Anzeige und Benachrichtigung als Kriegserklärung angeſehen werden müßten. Um 6 Uhr Abends ſollte die Garniſon von Berlin durch den Generalmarſch geſammelt werden; um 5 Uhr traf Kruſemarks Kurier mit den Verträgen vom 24. Februar ein; zugleich erfuhr man, daß die aus Magdeburg ausgerückten Truppen ihren Weg nach Stettin nähmen. Am folgenden Tage (3. März) erreichte Czerniſchew Berlin, machte Mittheilung von Napoleons

[1]) Anzeige des Oberſt Borſtell, Treptow 28. Februar; geh. Staatsarchiv.

Eröffnungen und fügte hinzu, daß nach den Armeeliſten des franzöſiſchen Kriegsminiſteriums, die er ſich zu verſchaffen gewußt, 550,000 Mann bereit ſtänden [1]).

Die Verträge vom 24. Februar wurden ratificirt (5. März). Sie unterſagten ſehr beſtimmt jede Vermehrung der preußiſchen Armee und ſchrieben deren Dislocirung vor. Die Kommandanten von Kolberg und Graudenz waren anzuweiſen, an den Generalſtab der franzöſiſchen Armee zu berichten, deſſen Befehlen zu gehorchen, die Generalſtabsoffiziere aufzunehmen, welche dahin geſchickt, und die Artilleriſten, welche zur Anfertigung von Munition dorthin beordert werden würden. Keine Aushebung, keine Zuſammenziehung, keine Befeſtigung war ohne vorheriges Einverſtändniß beider Theile zuläſſig. Die Stellung und Bemannung der beiden Linienſchiffe und der Fregatte war feſtgehalten. Die Neutralität Schleſiens war nicht mehr für die ganze Provinz zugeſtanden; ſie ſollte nur für deren öſtliche Bezirke, für Breslau, Oels und Brieg gelten. Dagegen übernahm Frankreich die Verpflegung der Garniſon Glogau's vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages, die der Garniſonen von Stettin und Küſtrin mit der völligen Abtragung der Kontribution. Was bedeutete dies, wenn zugleich den Befehlshabern der franzöſiſchen Armee das Requiſitionsrecht im vollſten Umfange zugeſtanden war? Jedoch ſollte der Werth der Requiſitionen auf den Reſt der Kontribution angerechnet und die Zahlung der fälligen Raten derſelben demgemäß aufhören. Das ganze Land war mit Ausnahme Potsdams und jener Theile von Schleſien den Bewegungen der franzöſiſchen Armee geöffnet und hatte außer deren Quartierung und Verköſtigung, außer jenen Requiſitionen, beſtimmte Lieferungen ungeheuerſten Umfanges an Wagen, Pferden und Ochſen, an Pulver und Blei, an Naturalien jeder Art vertragsmäßig zu übernehmen. Der Werth der Letzteren ſollte ebenfalls auf die Kontribution angerechnet werden [2]).

Es war die Unterwerfung Preußens. Und Napoleon blieb bei

---

[1]) Goltz an Kruſemark am 29. Febr. und 3. März 1812. — [2]) S. die folgende Abhandlung.

dieſen Verträgen nicht ſtehen. Sobald ſich die franzöſiſchen Heeresſchwärme über Preußen ergoſſen, ſchrieb er am 6. März ſeinem Stabschef: „Ich habe eine Allianz mit Preußen geſchloſſen. Die Brücke bei Schwedt (S. 344) muß entfernt werden. Davouſt wird den Preußen mittheilen, daß keine militäriſche Bewegung in ſeinen Linien ſtattfinden darf. Sobald der Traktat ratificirt iſt, wird St. Marſan den preußiſchen Corps die Orte bezeichnen, wo ſie ſtehen ſollen.“ Er fand dann, daß es nöthig ſei, auch Pillau und Spandau durch franzöſiſche Truppen zu beſetzen (Spandau mit 2 bis 3000 Mann); in beiden Plätzen könnten jedoch einige preußiſche Invaliden bleiben. Er müſſe Herr dieſer Plätze ſein, da Spandau die Citadelle von Berlin, Pillau die Citadelle von Königsberg ſei. Berlin müſſe einen franzöſiſchen Kommandanten erhalten. Mit 40,000 Mann in Magdeburg und Berlin ſei Victor im Stande, Preußen bis zur Weichſel im Zaum zu halten; er ſolle das Oberkommando in allen Provinzen führen; nur die Küſte ſei, die weſtliche Hälfte unter das Gouvernement zu Stettin, die öſtliche unter das Gouvernement zu Danzig zu ſtellen. Jede Inſulte gegen franzöſiſche Soldaten ſei durch Militärgerichte zu ahnden. In Berlin ſolle eine thätige Polizei für das ganze Land organiſirt werden. Man müſſe hier täglich Wachtparade halten und häufig Offiziere nach Potsdam ſchicken, um auch dieſe Stadt an den Anblick der franzöſiſchen Uniformen zu gewöhnen. Die Magazine in Kolberg, die Gewehrvorräthe in Pillau und Königsberg ſeien für die franzöſiſche Armee in Beſchlag zu nehmen. „Herren von Torgau, Magdeburg, Berlin, Spandau, Stettin, Küſtrin, Glogau, durch unſere Autorität und Aufſicht auch in Kolberg, endlich durch die Reſervearmee zwiſchen Elbe und Oder ſind wir in der Lage, im Falle eines unglücklichen Ereigniſſes nichts fürchten zu dürfen.“ „Die beſte Art, die Ruhe Preußens zu ſichern, beſteht darin, es in die Ohnmacht zu verſetzen, eine Bewegung zu machen [1]).“

Rußland unterließ jeden Gegenzug gegen Napoleons Vormarſch an die Oder und weiter an die Weichſel. Die ruſſiſchen Truppen

[1]) Correspondance de Napoléon 23, 381. 383.

rückten nicht einmal gegen den Niemen vor; unbeweglich hielten ſie in ihren Quartieren in Kurland und Litthauen. Ungeſtört, in voller Muße konnte Napoleon ſeine geſammte Armee in Preußen und im Großherzogthum Warſchau verſammeln und ausruhen. Er hatte erreicht, wonach er anderthalb Jahre hindurch mit unausgeſetzter Sorge, unvergleichlicher Thätigkeit und italieniſcher Verſchlagenheit geſtrebt hatte, nicht bloß ſeine im größten Maßſtabe unternommene Rüſtung unbehindert zu vollenden, das Herzogthum Warſchau intakt zu bewahren, ſondern auch Preußen ohne Schwertſtreich wiederum vollſtändig zu beſetzen, ſeine Armee an der Weichſel in aller Ruhe zu etabliren und die Vorräthe Preußens und Polens ſeinen weiteren Operationen ungeſchwächt und in vollem Umfange zu ſichern. Aber er irrte, wenn er dieſen immenſen Erfolg den Künſten ſeiner Unterhandlungen, ſeinen abwechſelnden Einſchüchterungen und Beruhigungen, den weit voraus kalkulirten Bewegungen ſeiner Truppen zuſchrieb; Rußland gegenüber hätte er daſſelbe Reſultat mit weit geringerer Mühe erreichen können. Alexanders Entſchluß, ſeine Grenzen nicht zu überſchreiten, ſtand, wie wir wiſſen, ſchon Ende Mai des Jahres 1811 feſt. Er motivirte, verbunden mit der Haltung Oeſtreichs, wiederum den Entſchluß König Friedrich Wilhelms, dem Rathe Scharnhorſts, Gneiſenau's und Boyens, dem Rathe des Staatskanzlers entgegen, der ſeit Mitte Juli 1811 den Anſchluß an Rußland entſchieden vertreten hatte, auf den Vertrag mit Napoleon einzugehen. Die Folge hat den Entſchluß des Königs gerechtfertigt, durch welchen in kurzer Friſt größere und glücklichere Erfolge für Preußen und Deutſchland ermöglicht worden ſind als dem entgegengeſetzten beim denkbar günſtigſten Gange der Dinge hätten zu Theil werden können.

Die große Armee war nach den Siegen von Smolensk und Borodino am 14. September in Moskau eingezogen. Napoleon ſchien auch hier am Ziele. Trotz ſo glänzender Erfolge hielt man in Berlin die Hoffnung feſt, daß, wenn Rußland nur nicht Frieden ſchließe, doch noch eine Wendung eintreten könne. Dieſe Möglichkeit glaubte der Staatskanzler ſo wenig außer Acht laſſen zu dürfen, daß er Ende September mit dem Grafen Metternich eine Erörterung anknüpfte,

welche Maßnahmen in ſolchem Falle zu treffen ſein würden. In England hatte man ſich wie 1807 und 1809 mit dem Plane beſchäftigt, eine Expedition im Rücken Napoleons an der deutſchen Küſte landen zu laſſen. Oberſt Gneiſenau, der nach Abſchluß der Februarverträge ſcheinbar aus dem Dienſte geſchieden, in der That in geheimer Sendung über Wien nach Wilna zum Kaiſer Alexander, von hier nach Stockholm, von Stockholm nach England gegangen war, um die Verbindung mit dem engliſchen Hofe zu unterhalten, berichtete hierüber aus London (29. Auguſt und 5. September): es ſei beſchloſſen worden, dem Kronprinzen von Schweden Geld und 10,000 Mann zu gewähren; Bernadotte wolle ſich jedoch zunächſt gegen Dänemark wenden, Seeland erobern und dann erſt an der deutſchen Küſte landen. Hardenberg erwiderte am 15. Oktober: „Unſere politiſchen Geſinnungen haben ſich nicht geändert, darauf rechnen Sie gewiß. Wir wollen beharrlich einerlei Zweck; aber es kommt alles darauf an, den rechten Augenblick zu erwählen, um mit Erfolg für ſolchen zu wirken. Darnach müſſen wir ſtreben. Der König iſt von dem Inhalt Ihrer Briefe unterrichtet. Er denkt wie wir. Obgleich er, wie Sie wiſſen, nicht ſo leicht in heroiſche Pläne hineingeht, ſo wird er dennoch nicht zurückbleiben, ſobald das Wageſtück nur nicht zu groß und ein guter Erfolg wahrſcheinlich iſt. Man iſt in Wien unzufrieden mit Rußland, hofft von dorther gar nichts und ſetzt auch wenig Vertrauen in die Maßregeln der anderen Mächte, weil auf Rußland, wo immer noch dieſelben Menſchen, welche die bisherigen falſchen Maßregeln nahmen, an der Spitze ſind, gar nicht zu rechnen ſei. Das einzige Hülfsmittel glaubt man in einem Verſuche zu finden, während des Winters den allgemeinen Frieden zu vermitteln. Es iſt unſtreitig, daß die Sachen in Rußland unglaublich ſchlecht ſtehen und geleitet werden. Indeß hat Napoleon trotz ſeiner Siege mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, die in ſeiner Stellung, in der Entfernung von ſeinen Staaten und der herannahenden böſen Jahreszeit liegen, und er kann in große Gefahr gerathen, wenn mächtige Diverſionen in ſeinem Rücken gemacht werden und man ihm die Kommunikationen abſchneidet oder ſehr bedeutend erſchwert, wenn dann Oeſtreich und Preußen den rechten

Zeitpunkt benutzen, kräftig zusammenwirken und durch ihren Einfluß und ihre Aufforderung Deutschland mit fortreißen. Von der Friedensvermittelung ist wenig zu hoffen, und gesetzt, der Friede käme zu Stande, würde er das Joch entfernen, das auf Europa lastet?" In diesem Sinne werde er sich in Wien äußern. Noch sei Preußen ganz in Napoleons Macht; ein voreiliger Schritt könne es ohne den geringsten Nutzen für das Ganze in den Abgrund stürzen. Für Landungen in diesem Jahre erscheine die Jahreszeit zu weit vorgerückt, wenn auch Seeland noch angegriffen werden könne. Nach den Nachrichten aus Schweden sei aber auch dies wenigstens für dieses Jahr aufgegeben. „Hat man einmal festen Fuß in unserem Rücken und giebt uns dadurch ein Appuy, so wird ein großer Theil Deutschlands, so werden wir uns, so wird Oestreich sich an die gute Sache anschließen."

Die Hoffnungen des Staatskanzlers schienen sich zu bestätigen, als ihm Ende Oktober über Kopenhagen ein Schreiben des Grafen Lieven, des früheren Vertreters Rußlands in Berlin, zuging. Es war am zweiten Oktober geschrieben und sagte, daß Rußlands Kräfte nicht gebrochen, vielmehr im Wachsen begriffen seien; die Donauarmee (der Friede mit der Pforte war am 28. Mai geschlossen worden) ziehe von Süden, die finnischen Truppen von Norden her auf den Kriegsschauplatz. Moskau sei aufgegeben worden, aber Rußland werde nicht Frieden schließen; selbst wenn Petersburg dem Feinde in die Hände fiele, würde der Krieg fortgesetzt werden. Die Friedensanträge, die Napoleon nach der Schlacht von Moshaisk gemacht habe, verriethen die Gefahr seiner Lage. Kaiser Alexander wolle die Unabhängigkeit und die Wohlfahrt seines Reiches gesichert sehen; er würde dies nicht zu erreichen glauben, wenn nicht auch Oestreich und Preußen ihre Unabhängigkeit wiedererlangten. „Unsere Interessen sind in dieser Beziehung die Eurigen. Indem wir den Kaiser in das Innere des Reiches gezogen, gaben wir Euch Freiheit des Willens und der Aktion zurück, welche zu benutzen Euer besonderes und das gemeinsame Heil Europa's Euch vorschreiben. Vereinigt Euch zu diesem großen Zwecke mit Oestreich. Stellt Oestreich die Uebereinstimmung der gemein-

ſamen Intereſſen vor, zeigt ihm den Sturz Napoleons und die Freiheit Europa's. Ich würde Ihnen nicht in dieſem Sinne ſprechen, wenn ich dazu nicht vollſtändig autoriſirt wäre.“ Nachdem Hardenberg dieſe Aufforderung noch an dem Tage, an welchem ſie eingegangen (28. Oktober), dem Könige vorgelegt, erhielt er die Weiſung, vertraulich in Wien zu eröffnen: „Der König könne ohne Oeſtreich nichts unternehmen; aber wenn ihn Oeſtreich unterſtütze, werde er nicht zögern, das Syſtem zu wechſeln, und alle Kräfte zu dem Verſuche zuſammennehmen, ſeine Unabhängigkeit wiederzugewinnen und das fremde Joch abzuſchütteln [1]).“ Hardenberg unterließ ſeinerſeits nicht, Gneiſenau aufzufordern, Sorge zu tragen, daß auch von London aus in dieſem Sinne auf das Wiener Kabinet eingewirkt werde.

Vom Kriegsſchauplatze erfuhr man durch einen Bericht Kruſemarks aus Wilna — er war dem Herzoge von Baſſano dorthin gefolgt —, der am 8. November in Berlin eintraf, daß Napoleon nicht die Abſicht habe, den Winter über in Moskau zu bleiben; die große Armee werde bei Tula Winterquartiere beziehen. Am 13. November ergab weitere Meldung Kruſemarks, daß die franzöſiſche Armee in Bewegung ſei, ſich auf Smolensk zu koncentriren. An demſelben Tage forderte Graf St. Marſan auf Grund einer Weiſung Baſſano's vom 4. November, der ein Befehl Napoleons vom 16. Oktober aus Moskau zu Grunde lag (die Armee hatte Moskau am 20. Oktober verlaſſen), die Erſetzung der beiden preußiſchen Kavallerieregimenter, die Napoleon zur Hauptarmee gezogen hatte, durch zwei gut berittene friſche Regimenter und die Verſtärkung des Hülfscorps. Die beiden Regimenter hätten ſich in der Avantgarde ausgezeichnet, aber auch ſehr gelitten. Zugleich möge der König ein neues Korps von 6000 Mann Infanterie und 1000 Mann Kavallerie auf Riga dirigiren; wohl verſtanden jedoch, daß das preußiſche Korps bei Memel zu dieſer Verſtärkung nicht herangezogen werden dürfe. Der König müſſe begreifen, daß die raſche Beendigung des Krieges vornehmlich in

---

[1]) So lautet wörtlich die bezügliche Erklärung des Königs in Zichy's Bericht an Metternich vom 29. Oktober 1812.

ſeinem Intereſſe liege, und daß man zu dieſer nur gelangen könne, indem man Rußland durch die großen Mittel der Rekrutirung, die der Kaiſer nicht nur in ſeinen Staaten, ſondern auch durch die Unterſtützung ſeiner Alliirten beſitze, die Unmöglichkeit zeige, die franzöſiſche Armee untergraben zu können, wie es hoffe[1]). Zur Erläuterung diente eine ruſſiſche Mittheilung, welche Graf Brandenburg von Yorks Armeecorps in dieſen Tagen nach Berlin brachte. Es war ein Schreiben des ruſſiſchen Generals Eſſen vom 2. November an York: Napoleon ſei bei Moskau geſchlagen, Moskau wiedererobert worden, die franzöſiſche Armee in voller Retraite. Eſſen fügte hinzu: „Es hängt von Ihnen ab, durch einen kühnen Entſchluß die Feſſeln Ihres Königs und Ihres Vaterlandes zu zerbrechen.“

Graf Metternich legte dem Rückzuge Napoleons aus Moskau kein entſcheidendes Gewicht bei; was etwa verloren ſei, werde er bald auf dem Schlachtfelde wiedergewinnen[2]). Hardenberg hatte er auf jene Anfrage (S. 445) geantwortet, daß Oeſtreich die franzöſiſche Allianz feſthalten werde, die Rettung liege allein in der Herbeiführung des Friedens. Dieſem Gedanken glaubte er nunmehr trotz Hardenbergs lebhafter Abmahnung Folge geben zu können. Er erließ eine Einladung an den Prinzen Regenten von England: den Abſchluß des allgemeinen Friedens auf billigen Grundlagen zu unterſtützen, und forderte Hardenberg auf, ſich dieſem Schritte in London anzuſchließen. Die Mittheilung, die Zichy hierüber am 15. November machte, erfüllte Hardenberg mit Schmerz. Er mußte ſich ſagen, daß auf Oeſtreich wiederum nicht zu rechnen ſein werde. Er betrachte dieſen Schritt Oeſtreichs, ſo ſagte er Ompteda, dem Agenten Englands, als einen Schlag ins Waſſer. „Wie kann man hoffen, ſo vage Friedensvorſchläge in einem Moment beachtet zu ſehen, in welchem alle Vortheile des Friedens zu Gunſten Napoleons wären, der ihn aus der ſchlimmſten Verlegenheit zöge, die er je erfahren hat? Jedoch haben wir nicht

[1]) Correspondance de Napoléon 16. Oktober 1812. Das Schreiben Marets an St. Marſan wiederholt die Weiſung des Kaiſers wörtlich, auch daß die Zahl der Verſtärkungen in den Zeitungen verdoppelt werden müſſe. —
[2]) Humboldts Berichte vom 12. und 18. November; geh. Staatsarchiv.

verweigern wollen, uns dieſem Schritte anzuſchließen; es könnte ſogar vortheilhaft ſind, während des Winters Unterhandlungen anzuknüpfen, um die vorhaendenen Streitkräfte zu vermehren und Unterſtützungen zu erwarten, welche in dieſem kritiſchen Moment durch Mangel an Uebereinſtimmung und genügenden Verſtändniſſen fehlen. Erſt dann wird ſich beurtheilen laſſen, ob die Idee einer bewaffneten Mediation ausführbar iſt oder nicht[1])." An demſelben Tage (23. November) hatte Hardenberg bereits, nachdem er dem Könige Vortrag gehalten, an Gneiſenau geſchrieben: „O, warum wird der gegenwärtige, vielleicht ſchnell vorübergehende Zeitpunkt nicht recht benutzt! Aber es iſt einmal der Wille des Schickſals, daß nirgend Zuſammenhalten iſt und kräftige wirkſame Maßregeln genommen werden. Oeſtreich ſcheint ſich darauf zu beſchränken, den Mittler zum allgemeinen Frieden machen zu wollen. Es macht deshalb dem Prinzen Regenten eine allgemeine Eröffnung; vermuthlich hat es Napoleons Einwilligung dazu. Uns hat es aufgefordert, dahin mitzuwirken. Wir verſprechen uns davon wenig. Indeſſen werden Sie im Namen des Königs hierdurch autoriſirt, dort zu erklären, daß Preußen ſeiner Lage nach ſich nur an Oeſtreich anſchließen könne, daß unſere Geſinnungen und Wünſche unverändert ſind, daß wir den Frieden als ein großes Gut betrachten und gern Alles dazu beitragen werden, inſofern er allgemein und ſicher wäre, daß wir bereit ſind, wenn der Friede nicht zu Stande kommt, auch mittelſt kräftiger Maßregeln gemeinſchaftlich mit Oeſtreich zu handeln, wogegen wir dies allein nicht vermöchten. Eben dies ſoll ich Sie auf Befehl des Königs bitten dem Grafen Lieven auf deſſen an mich gerichteten Brief zu antworten, da der Graf vermuthlich ſchon bei Ihnen (d. h. in London) angekommen ſein wird und eine ſchriftliche Antwort manchen Bedenken unterworfen iſt. Sagen Sie ihm insbeſondere, daß der Kaiſer Alexander auf die perſönlichen Geſinnungen des Königs feſt rechnen könne. Auf Oeſtreich wirken, von allen Seiten zuſammenhängende kräftige Schritte zu rechter Zeit

[1]) Ompteda Politiſcher Nachlaß 2, 312. Der Auszug bei Pertz (Gneiſenau 2, 460) giebt die Meinung des Staatskanzlers nicht genau wieder.

thun — darauf kommt's an. Verliert man wieder Zeit, läßt man Napoleon Zeit, ſich zu erholen und neue Mittel anzuſchaffen, ſo wird nichts ausgerichtet und das Uebel ſchlimmer werden [1])."

Wohl hatte Hardenberg Grund, zu klagen. Weitere Mittheilungen Metternichs ergaben, daß Kaiſer Alexander die Eröffnung, welche Lieven dem Staatskanzler gemacht, auch nach Wien hatte gelangen laſſen. Dem ruſſiſchen wie dem engliſchen Kabinet hatte Metternich hierauf erklärt, daß Oeſtreich mit Frankreich nicht brechen, daß es den Vertrag mit Frankreich halten, aber nicht über denſelben hinausgehen werde. Metternich fügte hinzu, daß Oeſtreich ſich in anderer Stellung als Preußen befände, daß er zugebe, daß für Preußen eine Lage eintreten könne, in der es außer Stande ſei, dem Beiſpiele Oeſtreichs zu folgen [2]). Es war das alte Syſtem vom vorigen Jahre: Preußen möge ſich mit Frankreich überwerfen, Oeſtreich könne ſich nicht kompromittiren.

Der König wollte Frankreich gegenüber mit Oeſtreich in Uebereinſtimmung bleiben (26. November). Demgemäß wurde dem Grafen St. Marſan auf jene Forderung der Vermehrung der preußiſchen Hülfstruppen am 28. November erwidert: Der König wünſche ohne Zweifel lebhaft die Beendigung des gegenwärtigen Krieges. Dem Kaiſer Napoleon ſei jedoch durch freimüthige und eingehende Mittheilungen die Erſchöpfung bekannt, in der ſich Preußen durch die ſtrikte Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtungen befinde. Sie mache es unmöglich, neue Korps aufzuſtellen und zu unterhalten, wenn der Kaiſer die bedeutenden Vorſchüſſe, welche Preußen über die Abtragung der Kontribution hinaus durch Lieferungen Frankreich bereits geleiſtet habe, nicht erſtatten laſſe. Auch habe der König weder Verluſtliſten jener beiden Kavallerieregimenter noch Liſten des gegenwärtigen Standes

---

[1]) Dieſer Weiſung vom 23. November lag ein früheres Schreiben ohne Datum bei, welches bei Pertz (Gneiſenau 2, 462) abgedruckt iſt. Es wird in den erſten Tagen des November geſchrieben ſein. Hardenberg ſagt im Eingange des Schreibens vom 23. November in Bezug auf das erſte liegen gebliebene: „Vieles hat ſich verändert", d. h. die Hoffnungen auf Oeſtreich ſind geſchwunden. — [2]) Vergl. Ompteda Politiſcher Nachlaß 2, 321.

derſelben erhalten, ebenſowenig die betreffenden Liſten der beiden Artilleriekompagnien, welche der Garde angeſchloſſen worden ſeien. Inzwiſchen werde Nichts verſäumt, die nach den Allianzverträgen zu ſtellenden Truppen vollzählig zu machen; die Erſatzmannſchaften für jene beiden Kavallerieregimenter würden möglichſt bald in der Stärke von 800 bis 900 Pferden in Graudenz geſammelt werden. Andrer Seits ſchrieb Hardenberg dem Oberſt Schöler nach Petersburg durch den dorthin abgeſendeten Major Lützow: dem Grafen Lieven ſei auf die Aufforderung vom 2. Oktober (S. 447) durch Gneiſenau in London geantwortet worden, Lützow ſei beauftragt, ſowohl hierüber als auch von einigen andern Umſtänden Schöler zu unterrichten, der mit der nöthigen Vorſicht Kaiſer Alexander Mittheilung zu machen habe. (10. December).

Kruſemarks Berichte vom Kriegsſchauplatze ſchienen zunächſt der Auffaſſung, die man in Wien hegte, Recht zu geben. Napoleon ſollte auf dem Rückzuge bedeutende Erfolge davongetragen haben; die Winterquartiere würden hinter der Düna und dem Dnjepr genommen und der nächſte Feldzug auf Petersburg gerichtet werden; Napoleon ſelbſt ſei in Smolensk. Bald jedoch folgten andere Meldungen vom 28. November, welche am 8. December in Berlin eintrafen. Sie zeigten, daß Smolensk nicht behauptet worden ſei, daß Napoleon in Wilna erwartet werde; die ruſſiſche Donauarmee marſchire auf Boriſow an der Bereſina; dies könne Verlegenheiten herbeiführen; indeß werde Napoleon ihrer ohne Zweifel Herr werden. Am 13. December kam Major Seydlitz, den York am 5. December, behufs Mittheilung einer ihm zugegangenen Aufforderung Paulucci's vom 1. December zum Abſchluß einer Konvention abgeſendet hatte, in Berlin an[1]; Tages darauf traf höchſt überraſchend die Anzeige des Poſtmeiſters zu Glogau ein: Napoleon ſei mit wenigen Begleitern am 12. Abends in Glogau angekommen und habe den Weg nach Dresden eingeſchlagen. Am folgenden Tage (15. December) meldete St. Marſan dem Staatskanzler, daß er dem Könige einen Brief des Kaiſers zu über-

[1] Droyſen York 1, 423. Eckardt York und Paulucci S. 72.

reichen habe. Der König nahm dieſen am 16. December in Potsdam entgegen. Napoleon ſchrieb vom 14. aus Dresden; „Mein Herr Bruder! Graf St. Marſan wird Eurer Majeſtät die Bulletins mitgetheilt haben, aus denen Sie die Ereigniſſe ſeit meiner Abreiſe von Moskau erſehen haben werden. Nach dem Kampfe an der Bereſina bin ich abgereiſt und habe das Kommando meiner Armee während meiner Abweſenheit dem Könige von Neapel überlaſſen. Ich werde in vier Tagen in Paris ſein. Unter den gegenwärtigen Umſtänden würde ich wünſchen, daß Eurer Majeſtät Truppen zahlreich genug wären, um für ſich allein ein Armeecorps zu bilden, d. h. daß ſie auf 30,000 Mann gebracht würden. Ich ſetze voraus, daß Ihr bevollmächtigter Miniſter Befehl erhalten wird, ſich nach Paris zu begeben. Von Eurer Majeſtät in dieſem Augenblick die Vermehrung Ihrer Truppen fordern, das heißt Ihnen zeigen, welches Vertrauen ich auf Ihre Beſtändigkeit in dem Syſteme ſetze, welches Sie ergriffen haben. Ich habe Grund, mit dem Verhalten zufrieden zu ſein, das Ihre Truppen während des ganzen Feldzuges bewieſen haben. Eure Majeſtät kann von dem Wunſche überzeugt ſein, den ich hege, Ihnen Beweiſe der Achtung und vollkommenen Werthſchätzung zu geben, welche ich Ihnen zolle.“ Der König ſagte hierauf dem Grafen St. Marſan nach deſſen Bericht: er werde die Wünſche des Kaiſers ſo weit erfüllen, als dies die Lage ſeiner Finanzen zulaſſe. Der Kaiſer habe zahlreiche Garniſonen in den Oderfeſtungen, die herausgezogen werden könnten; er übernehme es, dieſe durch preußiſche Truppen zu erſetzen, was ohne große Koſten geſchehen könne [1]).

Welches Geſchick die franzöſiſche Armee getroffen hatte, war nun klar. Gleich am nächſten Tage (17. December) führte Kabinetsrath Albrecht in einer Denkſchrift dem Könige aus, daß das Schickſal ſchwerlich zum zweiten Male einen ſolchen Moment herbeiführen werde, die Feſſeln Europa's zu zerbrechen. Angenommen, daß ein Befehl des Königs an den General York, ſich gegen die franzöſiſchen Truppen zu richten, die Trümmer der großen Armee völlig vernichten

[1]) Lefèbvre histoire des cabinets 5, 186.

könnte, ſo wäre damit wenig ausgerichtet, wenn Oeſtreich in der franzöſiſchen Allianz verbleibe. Was man auch ſagen möge, Napoleon gebiete über ſo außerordentliche Reſſourcen und ſei ſo geſchickt, ſie zu benutzen, daß er bald Streitkräfte genug aufbringen werde, um den deutſchen Fürſten vom Rhein bis zur Elbe zu imponiren und furchtbar genug im nächſten Frühjahre aufzutreten, ſelbſt wenn von ſeiner Armee in Rußland und Polen nichts übrig geblieben wäre. Und dränge Rußland auch wirklich noch vor Eintritt des Frühjahrs nach Polen vor und bemächtigte ſich dieſes Reiches, fände dann auch die ſchwediſche Landung in Norddeutſchland weſtlich der Elbe ſtatt, erhalte ſie großen Anhang, ſo würden Preußens Kräfte doch gegen Frankreich, Baiern, Sachſen, Würtemberg, Weſtfalen und Oeſtreich nicht ausreichen und Preußen höchſt wahrſcheinlich das Opfer des Krieges werden. Bleibe andererſeits die Gunſt des Augenblicks unbenutzt, ſo habe man nur auf den Spott Frankreichs zu rechnen. Ohne Oeſtreich in die Schranken zu treten, ſei zu gefährlich. „Mit Oeſtreich müſſe der vom Schickſal dargebotene Moment ergriffen werden; mit Oeſtreich und Rußland müſſe jetzt oder nie das Unternehmen gelingen.“ Der König bemerkte, daß dieſe Denkſchrift „beinahe wörtlich ſeine eigenen Anſichten über dieſen ſo höchſt entſcheidenden Augenblick enthalte,“ zugleich aber: „ob Oeſtreich mit Frankreich zuſammenhalte, darüber ſind wir noch immer im Dunklen.“ An demſelben Tage unterrichtete Hardenberg den General York, daß der Kaiſer Napoleon ſeine Armee verlaſſen, und gab ihm von den Forderungen Kenntniß, die er für die Vermehrung der preußiſchen Hülfstruppen geſtellt habe. Die frühere Forderung ſei abgelehnt, über die letzte noch kein Entſchluß gefaßt. Vermuthlich würden die Mannſchaften und Streitkräfte auf dem rechten Weichſelufer zur Verſtärkung ſeines Corps und der Beſatzung von Graudenz verwendet werden. Wenn York über die Memel zurückgehen ſollte, möge er kluge Einleitung zur Beſetzung von Pillau treffen. Er ſchreibe dies mit Vorwiſſen des Königs für ihn allein, im engſten Vertrauen; nächſtens werde er beſtimmte Befehle erhalten (17. December). Der König ſelbſt trug dem Grafen Brandenburg, der dieſe Weiſung zu überbringen hatte, auf, dem

General York zu ſagen, daß Unterhandlungen mit Oeſtreich ſtattfänden [1]). Die in Ausſicht geſtellten Befehle erfolgten drei Tage darauf dahin, daß York als Generalgouverneur die Leitung der Provinz Preußen zu übernehmen habe, ſobald er demnächſt in die Grenzen Preußens zurückkehre. Bis dahin werde General von Bülow alles Erforderliche einleiten und ihn von den getroffenen Verfügungen in fortgehender Kenntniß erhalten. Zugleich erfolgte der Befehl, daß die Beurlaubten und Krümper Oſt- und Weſtpreußens nach Graudenz einzuberufen und hier vom General von Bülow einzukleiden ſeien. Dieſe Befehle ſollte Major Seydlitz ſeinem General überbringen. Bei der Abfertigung am 20. December ſagte ihm der König (nach mündlicher Ueberlieferung [2]): General York müſſe „nach den Umſtänden" handeln. Er erhielt damit zwar nicht Befehl, die franzöſiſche Armee zu verlaſſen, aber doch freilich verantwortungsvollſte Freiheit, dies unter Umſtänden zu thun. Wäre der König gemeint geweſen, die Partei Frankreichs feſtzuhalten, ſo war York ſelbſtverſtändlich anzuweiſen, den franzöſiſchen Oberbefehlshabern unter allen Umſtänden zu gehorchen.

Noch in Smorgoni, bevor er die Armee verließ, hatte Napoleon ſeinem Adjutanten, dem General Grafen Narbonne, befohlen, ſich nach Berlin zu begeben nnd von hier zu berichten, welchen Gang die Dinge nähmen. Er werde ſeine Inſtruktionen in Berlin finden [3]). Narbonne kam am 20. December in Berlin an und fand bei St. Marſan die Vorſchrift, darauf hinzuwirken, daß Preußen bei der franzöſiſchen Allianz beharre, daß die Verſtärkung des Hülfscorps auf 30,000 Mann unverzüglich erfolge, die nöthigen Magazine an der Oder errichtet würden, um die Corps, welche nach der Weichſel vorgehen würden und an die Oder zurückgingen, zu ernähren, ſammt den erforderlichen Lazarethen für die Kranken, endlich daß ſämmtliche preußiſche Feſtungen mit Munition und Vorräthen wohl verſehen würden. Bei den Konferenzen, die Narbonne und der Kommandant von Berlin, Marſchall Augereau, mit dem Staatskanzler hatten, fügte Letzterer

---

[1]) Droyſen York 1, 446. — [2]) Droyſen York 1, 447. — [3]) Corr. Nap. 23, 337. 352.

jenen Forderungen noch den Vorschlag hinzu, einen Cordon preußischer Truppen an der oberen Oder zu ziehen, welchen St. Marsan lebhaft unterstützte. Am 23. December traf der Herzog von Bassano selbst auf der Reise von Warschau nach Paris in Berlin ein. Er blieb zwei Tage und versicherte, daß die französische Armee nicht in dem Maße geschwächt sei, wie man annehme, wenn sie auch starke Verluste gehabt; die der russischen Armee seien noch größer; neue Anstrengungen Frankreichs und seiner Alliirten seien das beste Mittel, den Frieden herbeizuführen. Er sprach dann von der Nothwendigkeit eines engeren Bündnisses zwischen Preußen und Frankreich, fügte jedoch hinzu, daß er dem Könige nur die Motive zu entwickeln habe, die den Kaiser zu dem Entschluß bestimmt hätten, die Armee zu verlassen. Bei der Eile, die ihm geboten, sei er im Augenblick außer Stande, sich einer Unterhandlung zu unterziehen; in Paris angekommen, werde er dort mit dem Vertreter Preußens solche alsbald einleiten.

Inzwischen waren dem Könige verschiedene Denkschriften von dem General Tauentzien, dem früheren Gesandten in Paris, Brockhausen, von Knesebeck und von Ancillon überreicht worden. Knesebeck hatte die Täuschung wohl erkannt, der er sich zu Anfang des Jahres hingegeben, als er mit Ancillon wähnte, daß Napoleon Preußen „eine sichere und ehrenvolle Allianz gewähren werde", daß der Kaiser Alexander zu größerer Nachgiebigkeit gegen Napoleon zu bewegen und damit der Krieg zu vermeiden sein müsse. Jetzt war er um so eifriger, den Irrthum wieder gut zu machen. „Es ist Zeit, zu handeln," sagte er dem Könige am 23. December: „die französische Armee sei vernichtet, in Danzig, in den Oderfestungen und auf dem Marsche nach Osten befänden sich höchstens 60,000 Mann. Oestreich scheine geneigt, zu handeln, und Baiern, Sachsen, die übrigen deutschen Staaten erwarteten wohl Oestreichs Entschluß. Oestreich wolle den Frieden vermitteln; seine Bedingungen würden den Absichten Rußlands, Europa von der Uebermacht Frankreichs zu befreien, voraussichtlich gemäß sein. Preußen müsse daher, ohne sich schon jetzt gegen Frankreich zu kompromittiren, eine Stellung einnehmen, die ihm gestatte, Oestreichs oder Rußlands Partei zu

ergreifen. Vor allem müſſe der König ſich der Gewalt der Franzoſen entziehen, Berlin ſchon in den nächſten drei Tagen verlaſſen und nach Schleſien gehen. Alle Krümper müßten einberufen werden, die der Marken und Schleſiens in die ſchleſiſchen Feſtungen, die Pommerns nach Kolberg; alle Feſtungen mit Proviant auf ſechs Monate verſehen werden und keine fremden Truppen mehr einlaſſen. Ein Bevollmächtigter müſſe ſogleich nach Wien gehen, um hier die Frankreich vorzulegenden Friedensbedingungen zu vereinbaren und Oeſtreich zu bewegen, ſogleich, ehe Napoleon eine neue Armee ſammle, 100,000 Mann an den Oberrhein, 60,000 Mann nach Italien abzuſchicken und ein Hülfscorps von 30,000 Mann für Preußen bereit zu machen. Deutſchland und Italien würden unter dieſer Aegide aufſtehen. Je ſchneller dies alles geſchehen könne, mit je weniger Blutvergießen ſei Europa's Freiheit zu erkämpfen. Im ſechſten Monate würde Napoleon wieder ſtark ſein und ohne inneren Widerſtand gewiß wieder an der Spitze von 200,000 Mann ſtehen. Jetzt würden 100,000 Mann mehr ausrichten als 500,000 nach ſechs Monaten. Die Abreiſe des Königs, die Sammlung der waffenfähigen Mannſchaft ſeien die Vorbedingungen für alles Andere und müßten unverzüglich geſchehen. Sobald der König in Schleſien und die waffenfähige Mannſchaft in Kolberg, Graudenz und den ſchleſiſchen Feſtungen geſammelt ſei, könne ſich der König entweder, wenn Oeſtreich zögern ſollte, für Rußland erklären, oder abwarten, wozu ſich Oeſtreich entſchließen wird. Ancillon ſchloß ſich dieſen Ausführungen in doktrinärer Abſchwächung an (24. December). Die Herrſchaft Frankreichs müſſe gebrochen, die Uebermacht Rußlands verhindert werden. Preußen könne jedoch die Führung nicht nehmen, ſondern nur in zweiter Linie handeln. Oeſtreich müſſe führen, Preußen aber Oeſtreich vorwärts treiben. Oeſtreich müſſe die Mediation deklariren, ſeine Truppen koncentriren und als Bedingung vorſchreiben, daß Frankreich über den Rhein zurückweiche. Zur Feſtſtellung der Friedensartikel, zum Abſchluß der Allianz zwiſchen Oeſtreich und Preußen möge der König den Oberſt Kneſebeck nach Wien ſenden. „Dieſelben Grundſätze, welche vor acht Monaten die Allianz mit Frankreich diktirt, geböten heute

die Allianz mit Oeſtreich. Damals ſei Vorſicht nöthig geweſen, heute gelte es Entſchloſſenheit, aber eine überlegte Entſchloſſenheit und eine wohlabgemeſſene Thätigkeit.“ Er überſchätzte bei weitem Oeſtreichs Willen und Stärke, welche ſchon Kneſebeck viel zu hoch angeſchlagen hatte; er unterſchätzte Preußens Geiſt und Kraft in noch höherem Maße.

Der König hatte Hardenberg bereits befohlen, mit Kneſebeck und Ancillon über den Weg, welchen Preußen einzuſchlagen habe, in Berathung zu treten. Der Staatskanzler wollte Preußen nicht unbedingt an Oeſtreich gebunden wiſſen; wenn Oeſtreich das, was man vorausſetze, nicht thue, ſo müſſe Preußen eben allein mit Rußland in Aktion treten; daß Oeſtreich nicht gegen Preußen ſein werde, davon halte er ſich feſt überzeugt. Am 26. December ſendete er dem Könige, der ihm Tags zuvor alle jene Denkſchriften übergeben, dieſelben mit ſeinen Gegenbemerkungen verſehen zurück und berichtete, daß er ſich in der am 25. December abgehaltenen Konferenz mit Ancillon und Kneſebeck über folgende Punkte geeinigt habe: die Zeit des Handelns ſei gekommen, kein Augenblick dürfe verſäumt werden; Preußen ſei am gedrängteſten und habe am meiſten verloren; ſomit habe es auch die größten Anſtrengungen zu machen, ſeinen Ruhm, ſeine Unabhängigkeit, ſeine Macht wiederzugewinnen. Preußen müſſe alles aufbieten, Oeſtreich zu ſchnellem Handeln und dazu zu beſtimmen, als bewaffneter Vermittler in Gemeinſchaft mit Preußen einzutreten. Ueber das Minimum der zu ſtellenden Friedensbedingungen müſſe man ſich mit Oeſtreich verſtändigen. Weiſe Napoleon dieſe zurück, ſo ſei dies der Krieg, der bei gehörigen Maßregeln zwiſchen Rhein und Weſer und am Oberrhein geführt werden könne. Die Streitkräfte Preußens ſeien augenblicklich in allen Provinzen zu ſammeln und zu koncentriren, um der Unterhandlung Nachdruck, Oeſtreich Vertrauen, Rußland den Glauben zu geben, daß Preußen zur alten Allianz zurückkehre. Ohne kräftige und ſchnelle Maßregeln werde es auch ſchwer ſein, die geſpannte Erwartung des Landes von wilden Ausbrüchen zurückzuhalten. Die Koſten könnten nicht in Frage kommen. In einem Falle der Noth und Rettung müſſe das Geld

genommen werden, wo es zu finden ſei. Der König möge ſich bald nach Schleſien begeben, weil von dort aus ſelbſtſtändig gehandelt werden könne und Rußland, Oeſtreich und die übrigen Mächte darin ein Unterpfand ſehen würden, daß man handeln wolle; doch ſei wünſchenswerth, Oeſtreichs Meinung hierüber vorerſt zu kennen. Den Abgang des Oberſt Kneſebeck nach Wien habe der König bereits befohlen. Er werde ſich unterwegs mit General Scharnhorſt beſprechen, der dann mit Oberſt Boyen in Ratibor zuſammentreffen und von dem Ergebniß dem Oberſt Kneſebeck direkt nach Wien Nachricht geben werde. Hardenberg hatte eben Mittheilung aus Wien empfangen, daß Oberſt Boyen mit einem Auftrage Kaiſer Alexanders aus Petersburg auf der Reiſe nach Berlin an der Grenze Galiziens eingetroffen ſei. Endlich ſei es von großer Wichtigkeit, den Schein der Anhänglichkeit an das franzöſiſche Syſtem feſtzuhalten und den militäriſchen Maßregeln die Geſtalt zu geben, als ob ſie für Frankreich getroffen würden. Auch müßten Kruſemark und Beguelin unverzüglich nach Paris abgehen, die von Maret in Ausſicht geſtellten Unterhandlungen zu eröffnen; ſie dürften jedoch nichts abſchließen und hätten, wenn dies verlangt würde, Mangel an Vollmacht vorzuſchützen. Der König erwiderte: „Auch ich bin im Ganzen mit den eingereichten Memoires und Ihren hinzugefügten Bemerkungen einverſtanden, habe jedoch mit Bleiſtift einige Stellen noch beſonders bemerkt und einige meiner Anſichten hinzugeſetzt. Ich bin morgen um zwölf Uhr in Berlin und erwarte Sie alsdann (27. December)."

Die Bedenken, die der König Hardenberg hier zuerſt mündlich, dann auch ſchriftlich (28. December) näher bezeichnete und dem Oberſt Kneſebeck ausſprach, beſtanden weſentlich darin, daß die Hoffnung, den Krieg am Rhein führen zu können, eine Chimäre ſei; um dahin zu gelangen, müßten erſt noch einmal 300,000 Franzoſen vernichtet ſein. Aber ſelbſt wenn man den Krieg dort führen könnte, würde er mit größerem Vortheil im Norden ſtattfinden. Im Norden vermöchten Preußen, Oeſtreich, Rußland, England und Schweden am leichteſten zuſammenzuwirken. In ihren Grenzen angegriffen, würden

die Franzoſen mit neuem Enthuſiasmus und größerer Energie fechten als fern von ihrer Heimath im Norden, wo ſie ſo üble Erfahrungen gemacht. Außerdem trete Rußland im Norden mit ganzer Macht auf, und Oeſtreichs Heere gelangten hier ebenfalls eher zur Koncentrirung. „Schlagen muß man und vernichten; dies aber geſchieht zuverläſſiger im Norden als am Rhein, bis wohin Rußlands Macht nie mit ganzer Kraft kommen wird und beinahe nicht kommen darf.“ Weiter meinte der König, daß, wenn Oeſtreich auch auf den Gedanken der bewaffneten Mediation eingehe, es äußerſt ſchwierig ſein werde, ſich über die Bedingungen zu verſtändigen, welche geeignet ſeien, das Gleichgewicht Europa's herzuſtellen. Von Napoleons Art und Charakter ſei nicht zu erwarten, daß er ſich das Geſetz machen laſſe; er werde eher zu den verzweifeltſten Mitteln greifen. Demnach ſcheine es am gerathenſten, abzuwarten, ob Napoleon im nächſten Frühjahr defenſiv oder offenſiv auftrete. Verhalte er ſich defenſiv, ſo gehe Rußland zur Offenſive über, und der Uebergang über die Weichſel ſei in dieſem Falle das Zeichen des Aufbruchs für Oeſtreich und Preußen. Gehe Napoleon jedoch offenſiv vor, ſo koncentrire Rußland, welches das feierliche Verſprechen Oeſtreichs und Preußens zur Theilnahme am Kriege gegen Frankreich erhalten hat, ſeine Armee von der Weichſel rückwärts nach Litthauen. Sobald Napoleon die Memel überſchritten, wendeten ſich die öſtreichiſchen Streitkräfte, die in der inzwiſchen gewonnenen Zeit in Böhmen und Galizien, und die preußiſchen, die bei Kolberg und in Schleſien koncentrirt worden, gegen Napoleon. Die gänzliche Vernichtung der franzöſiſchen Armee wäre dann die unausbleibliche Folge. Hardenberg und Kneſebeck hoben dagegen hervor, obwohl auch ſie der Meinung waren, daß Rußland bis zum Frühjahre nur bis zur Weichſel gelangen und etwa das Herzogthum Warſchau okkupiren werde, daß dieſer Plan höchſt mißlich ſei, weil er Napoleon volle Zeit gewähren würde, eine neue und ſtarke Armee zu ſammeln, ſeine Macht in Deutſchland zu befeſtigen, und Preußen zum Kriegstheater mache. Der Nothwendigkeit ſofortiger Rüſtung ſtimmte der König zu; die Armee ſollte ſo raſch

als möglich auf 90,000 Mann gebracht und zu diesem Zwecke die Krümper einberufen und die noch ungeübten Waffenfähigen als Miliztruppen zusammengezogen werden. Krusemarks Instruktion wurde nach dem in der Konferenz vom 25. December festgestellten Gesichtspunkt ausgefertigt (31. December).

Auf Grund dieser Lage konnte Hardenberg dem Oberst Gneisenau am 29. December nach London schreiben: die Elemente seien so treue und mächtige Verbündete der Russen gewesen, daß die große Armee aufgelöst sei. Man bemühe sich jetzt, die Trümmer an der Weichsel zu sammeln; er glaube nicht, daß noch 60,000 Mann übrig seien. Der König von Neapel sei mit 30,000 Mann in Königsberg; von diesen seien nicht 5000 bewaffnet. Die Russen seien an der Grenze; unser Corps, mit einer französischen, noch in gutem Stande befindlichen Division zusammen etwa 25,000 Mann stark, auf dem Rückzuge nach Kurland. Die Russen, die auch wohl stark gelitten hätten, verfolgten nicht rasch. Es wäre sehr wesentlich, wenn sie sich wenigstens des Herzogthums Warschau bemächtigen könnten. Oestreich habe seine Vermittlung angeboten. „Es ist wichtig, dahin zu wirken, daß es nicht bei Unterhandlungen stehen bleibt, sondern gleich stark imponirende Maßregeln damit verbindet. Der König bleibt dabei, sowie die Sachen jetzt noch stehen, nicht allein etwas unternehmen zu wollen; aber er ist fest entschlossen, mit Oestreich Alles für die gute Sache einzusetzen, und wir unterlassen nichts, um den Wiener Hof anzufeuern. Wirken Sie nun dort, mein Freund, damit England und Schweden recht kräftige Operationen ausführen, sobald es nur irgend die Jahreszeit zuläßt. Theilen Sie dem Grafen Lieven alles Vorstehende vertraulich mit; aber bitten Sie ihn, ja recht vorsichtig zu sein, damit wir nicht vor der Zeit kompromittirt werden, und seien Sie es selbst. Wir müssen dem Scheine nach unser bisheriges System durchaus verfolgen. Napoleon hat die Vermehrung unseres Hülfscorps auf 30,000 Mann gefordert und dagegen versprochen, es selbstständig unter einem preußischen General beisammen zu lassen. Man fordert von uns, einen Cordon an der oberen Oder

zu ziehen. Wir benutzen dies, um unſere Armee zu vermehren und unſere todten und lebendigen Streitkräfte zu ſammeln, wie wir es im Herbſt des vorigen Jahres thaten und beabſichtigten."

Die Inſtruktion, welche Kneſebeck ſammt Vollmacht zum Abſchluß eines Bündniß-Vertrages mit Oeſtreich erhielt, ging davon aus, daß die Allianz beider Mächte das einzige Mittel ſei, Frankreichs Herrſchaft wirkſam zu bekämpfen und zu verhüten, daß Rußland bei fernerem ſiegreichem Vorſchreiten eine Autorität in den deutſchen und europäiſchen Angelegenheiten erlange, welche weder Oeſtreich noch Preußen konveniren könne. Der Oberſt habe zuerſt feſtzuſtellen, ob Oeſtreich durch die Frankreich angebotene Vermittlung für dieſes oder gegen dieſes einzutreten beabſichtige. Erlange er die Ueberzeugung, daß letzteres die Abſicht ſei, ſo habe er zu erklären, daß Preußens Lage ihm nicht erlaube, im gegenwärtigen Augenblicke die Initiative gegen Frankreich zu nehmen. Aber der König fürchte und vermeide den Krieg nicht. Er rüſte; bis dieſe Rüſtung vollendet ſei, müſſe er die Rolle eines aufrichtigen Verbündeten Frankreichs ſpielen. Solle Oeſtreichs Vermittlung Frucht für die gute Sache tragen, ſo müſſe ſie nicht angeboten, ſondern angekündigt werden und bewaffnet ſein. Der König werde dann ſeinen Beitritt zu dieſer Vermittlung erklären. Frankreich werde ſie nur zum Schein annehmen; darum werde auch Oeſtreich ſofort rüſten müſſen. Wenn Oeſtreich dieſe Abſichten hege, ſo habe der Oberſt auf dieſer Grundlage abzuſchließen; hege Oeſtreich ſie nicht, ſo ſei die Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß Oeſtreich dieſen Weg betrete. Schließlich habe er zu bedenken zu geben, ob es den Intereſſen Oeſtreichs entſprechen würde, wenn deſſen Zurückhaltung den König in die Lage bringe, mit Rußland ein Sonderbündniß ſchließen zu müſſen. Von Frankreich werde die Räumung Deutſchlands bis zum Rhein, der Verzicht auf ſeine deutſchen Beſitzungen, das Aufhören des Rheinbundes zu fordern ſein. Die Hanſeſtädte würden wiederhergeſtellt werden; den Rheinbundsfürſten könne die Fortdauer ihrer gegenwärtigen Exiſtenz vorbehaltlich ſpäterer Verhandlungen zugeſichert werden, und an die Stelle des Einfluſſes Frankreichs würde insbeſondere für die militäriſchen Einrichtungen im

Süden des Main der Einfluß Oeſtreichs, im Norden des Main der Einfluß Preußens treten. Preußen werde mit allen ſeinen Kräften auftreten, den öſtreichiſchen Truppen ſeine Provinzen zum Durchmarſch für die Kriegsoperationen, ja auch ſeine Feſtungen öffnen, wenn die Ereigniſſe dies nothwendig machen ſollten. Dagegen wünſche es, daß Oeſtreich 80,000 Mann in Böhmen, die nach den Umſtänden auch in der Richtung gegen den Rhein verwendet werden könnten, und 30,000 Mann in Mähren aufſtelle, welche mit den an der Oder zu koncentrirenden preußiſchen Truppen kooperiren würden. Auch ſcheine es förderlich zu ſein, wenn Oeſtreich 30,000 Mann nach Italien ſendete und die Völker Italiens zur Mitwirkung aufriefe. Endlich habe Kneſebeck in Wien mitzutheilen, daß der König beabſichtige, um die volle Freiheit ſeiner Entſchließungen zu erlangen, ſich nach Schleſien zu begeben, „wenn man nicht etwa in Wien meine, daß dadurch die gemeinſamen Abſichten verrathen würden.“ Ertheilte Oeſtreich ſeinen Rath in dieſer Frage, ſo war derſelbe, was der Staatskanzler wünſchte, eine Verpflichtung mehr für Oeſtreichs Theilnahme an der Befreiung Deutſchlands.

Der König hatte dieſe Inſtruktion und die dazu gehörige Vollmacht zum Abſchluß eines Allianzvertrages zu Potsdam am 2. Januar 1813 vollzogen, als ihm ein Schreiben des Königs von Neapel vom 29. December aus Königsberg zuging. Murat ſchrieb: „Ich verliere keinen Augenblick, Eurer Majeſtät anzuzeigen, daß die Avantgarde des 10. Corps (Macdonald) geſtern Morgen in Tilſit ihre Vereinigung mit einem Streifcorps bewerkſtelligt hat, welches ich dorthin geſchickt und welches vorgeſtern die Ruſſen von dort vertrieben hat. Dieſelbe Avantgarde hat vorgeſtern ein Gefecht gehabt, deſſen Reſultat die Gefangennahme einiger Bataillons und die Wegnahme eines Geſchützes war. Inzwiſchen verſchwinden die ruſſiſchen Streifcorps, welche bis Wehlau, Gumbinnen und Inſterburg vorgegangen waren. Wehlau und Taplacken ſind geſtern durch meine Truppen wieder beſetzt worden. Ich habe jetzt die Gewißheit, daß die Ruſſen nur wenige Leute in Gumbinnen und Inſterburg hatten.“ In dem Begleitſchreiben, mit welchem St. Marſan dieſen Brief Murats dem

Staatskanzler überſendet hatte, bemerkte der Geſandte: das Schreiben an den König enthalte jedenfalls die ſehr erwünſchte und wichtige Nachricht, die ihm der Fürſt von Neufchatel mittheile, daß die Avantgarde des Herzogs von Tarent am 28. in Tilſit eingerückt ſei, nachdem ſie den Feind über den Haufen geworfen, zwei Bataillone gefangen und zwei Geſchütze erobert habe. „Der Marſchall, die Diviſion Grandjean und die Kolonne des Oberſten Maſſenbach ſollten am 29. den Niemen paſſiren; York und Kleiſt, welche die Hinterhut bildeten, wurden am Abend erwartet.“ Anders lautende Nachrichten von dieſen Truppen erhielt der König Nachmittags deſſelben Tages. Eine halbe Stunde nach drei Uhr meldete ſich in der Orangerie im neuen Garten, wo der König geſpeiſt hatte, Major Graf Henckel vom Corps des Generals York; er war von dieſem am 27. December Mittags mit einem Schreiben an den König abgefertigt worden. York zeigte dem Könige an, daß er auf dem Rückzuge von Mitau nach Tilſit ſeit zwei Tagen vom Marſchall Macdonald getrennt ſei. Er glaube nicht, daß er wieder zu dieſem ſtoßen könne, und werde, im Falle er auf ein ruſſiſches Corps treffe, bemüht ſein, Alles ſo zu leiten, daß er die Truppen konſervire, die Ehre der Waffen nicht kompromittire, und der König nach kurzer Friſt frei über das Corps disponiren könne. Wahrſcheinlich werde er durch das Wittgenſtein'ſche Corps von Tilſit abgedrängt werden; er ſei dann Willens, ſich gegen Memel zu ziehen und einen augenblicklichen Waffenſtillſtand in der Art abzuſchließen, wie der Marquis Paulucci vorgeſchlagen. „Ich bin noch immer ohne Leitfaden. Weder der Kapitain von Schack[1]) noch der Major von Seydlitz ſind zu mir gekommen; ſelbſt von der Grenze habe ich ſeit acht Tagen keine Nachricht. Meine Lage iſt wahrlich ſehr peinlich, da ich beim beſten Willen fehlgreifen kann. Handle ich unrecht, ſo werde ich meinen alten Kopf ohne Murren zu Eurer Majeſtät Füßen legen. Nur der Gedanke, mir vielleicht

---

[1]) York hatte Schack am 30. November 1812 nach Berlin geſchickt, um den König von dem Zerwürfniß zu unterrichten, welches zwiſchen ihm und Macdonald eingetreten war.

die Unzufriedenheit Eurer Majestät zuzuziehen, macht mich sehr unglücklich. Ueber alles Uebrige bin ich völlig einig mit mir selbst (27. Dcbr.)." Das anliegende Schreiben des Marquis Paulucci vom 22. Dcbr. enthielt den Vorschlag [1]), daß das preußische Corps gegen das Versprechen, binnen zwei Monaten nicht offensiv zu verfahren, Kantonnements bei Liebau beziehe. Werde inzwischen keine Vereinbarung zwischen den Höfen von Preußen und Rußland getroffen, so werde es dann dem General York freistehen, sich mit dem nächsten preußischen oder französischen Korps zu vereinigen. Diesem Briefe hatte der Marquis Paulucci beglaubigte Abschrift eines an ihn gerichteten Schreibens des Kaisers Alexander (Petersburg, 18. December) beigefügt, in welchem dieser Paulucci ermächtigte, mündlich oder schriftlich dem General York zu erklären, daß für den Fall, daß der König von Preußen gemeinsame Sache mit Rußland mache, der Kaiser die Verpflichtung übernehmen werde, die Waffen nicht eher niederzulegen, bis Preußens Gebiet den Umfang erreiche, der es die Stelle unter den Mächten wieder einnehmen lasse, welche es vor dem Kriege von 1806 besaß [2]).

Wie überrascht der König von dieser unerwarteten Lage der Dinge, durch den Entschluß war, dessen nahe Vollziehung General York ankündigte, er billigte ihn. Ohne Zögern antwortete er dem Könige von Neapel noch an demselben Tage (2. Januar): „Ich bin sehr dankbar für die Aufmerksamkeit, welche Eure Majestät mir durch die angenehme Nachricht von der Ankunft der Avantgarde des 10. Corps zu Tilsit und der Erfolge, welche sie dort über die Russen davongetragen hat, erwiesen haben. Jetzt wünsche ich jedoch die glückliche Vereinigung meiner von den Generalen York und Kleist befehligten Truppen mit dem Reste dieses Corps mit um so größerer Ungeduld zu erfahren, als die Nachrichten, welche mir über diese zugegangen sind, mir Besorgniß einflößen müssen, da diese Truppen

[1]) Vgl. S. 452. Am 7., 11. und 17. Decbr. hatte Paulucci York zu einfachem Uebertritt aufgefordert. — [2]) Vgl. Droysen York 2, 269. Die daselbst erwähnte Weisung: de ne pas y donner de plus grande latitude fehlt in der im Text erwähnten beglaubigten Copie.

ſich auf Befehl des Herzogs von Tarent erſt zwei Tage ſpäter als die übrigen in Marſch geſetzt haben." Mit dieſen Zeilen reiſte der Major von Luck am folgenden Tage (3. Januar 1813) zum Könige von Neapel nach Königsberg ab [1]), während Hardenberg dem Grafen St. Marſan ausführlicher ſchrieb: „Den guten Nachrichten, welche Sie die Güte gehabt haben mir geſtern mitzutheilen, ſind bald ſehr ſchlechte gefolgt. Ich geſtehe, daß ich bereits für dieſe Arrieregarde unter den Befehlen der Generale York und Kleiſt, welche angeblich am 29. Abends in Tilſit ankommen ſollte, ſehr große Beſorgniſſe hegte, da ſich dieſe dem Befehle des Herzogs von Tarent gemäß erſt am 20. Abends in Marſch geſetzt hatte, während die übrige Armee am 19. am früheſten Morgen aufgebrochen war. Sie ſind nur zu ſehr beſtätigt worden. Der Major von Henckel iſt, nachdem er viel Mühe gehabt, durchzukommen, mit der Nachricht eingetroffen, daß ſich dieſe beiden Generale mit 7 bis 8000 Mann von allen Seiten von unendlich überlegenen feindlichen Korps eingeſchloſſen ſähen, und daß es unmöglich war, den Marſch auf Tilſit fortzuſetzen. Der General York wollte noch eine Seitenbewegung verſuchen und ſich auf Memel zu werfen bemühen. Aber es iſt durchaus nicht wahrſcheinlich, daß er dorthin gelangen könne, da wir wiſſen, daß der Marquis Paulucci mit ſeinem Corps geraden Weges und mit größter Schnelligkeit auf dieſe Stadt marſchirt iſt und ſich derſelben bemächtigt hat. Wir erwarten demnach, zu erfahren, daß dieſer Theil unſeres Korps abgeſchnitten iſt. Der König iſt dadurch in außerordentliche Betrübniß verſetzt. Es iſt faſt unbegreiflich, weshalb der Marſchall von Tarent einen ſo großen Zwiſchenraum zwiſchen dem Marſch der beiden Theile ſeiner Armee hat eintreten laſſen. Mir ſcheint, daß es nur eine Art der Erklärung hierfür giebt. Er hat dem General York nur ſechs Schwadronen gelaſſen. Daraus folgt, daß er vor Allem die Kavallerie und den größten Theil ſeines Corps retten wollte, indem

[1]) Es iſt demnach ganz unmöglich, daß Graf Henckel dieſem, wie deſſen Erinnerungen (S. 173) behaupten, am 31. December oder 1. Januar zwiſchen Friedeberg und Landsberg begegnet iſt. Ebenſo unrichtig iſt der Zweck der Sendung Lucks bezeichnet.

er den General York den Angriffen der Ruſſen überließ (3. Januar)."

Die Abſicht beider Schreiben iſt klar; ſie ſollten den König von Neapel, den Vertreter Frankreichs in Berlin und durch dieſen Napoleon ſelbſt auf das bevorſtehende Ereigniß vorbereiten. Mit voller Abſicht ließ der König auch den General Kruſemark noch am 3. Januar nach Paris abreiſen. Er war angewieſen, auf Zahlung der preußiſchen Vorſchüſſe zu dringen, ſcharf zu beobachten und keine neue Verpflichtung einzugehen. Unter ſcheinbarer Feſthaltung der franzöſiſchen Allianz wollte man den Weg gewinnen, zugleich auch mit formellem Rechte von ihr zurücktreten zu können, indem der Beweis erbracht wurde, daß Frankreich die gegen Preußen übernommenen Verpflichtungen nicht nur nicht erfülle, ſondern auch zu erfüllen verweigere. Kneſebecks Inſtruktion erhielt den Zuſatz: daß die Lage in wenigen Wochen kritiſcher werden, daß die Ruſſen bis zur Oder vorrücken könnten. „Der König würde ſich für Rußland erklären müſſen, wenn dieſes die Weichſel überſchritte. Es würde ein Vortheil erſten Ranges für die gemeinſame Sache ſein, wenn Rußland und Preußen die franzöſiſchen Waffen bis zur Elbe zurückdrängten. Der Oberſt Kneſebeck hat ſich demnach zu beeilen, gleich bei ſeiner Ankunft in Wien vor allem Anderen dieſe Betrachtungen dem öſtreichiſchen Miniſterium vorzuhalten und von demſelben eine kategoriſche und günſtige Erklärung für den Fall zu verlangen, daß die Ruſſen die Weichſel überſchritten und bis zur Oder vorgingen. Der König will ohne Zuſtimmung Oeſtreichs mit den Ruſſen keine Vereinbarung treffen. Er wünſcht, daß dieſe erfolge, und es wäre in Oeſtreichs Intereſſe, ſo zu verfahren (4. Januar)." Kneſebeck reiſte ſofort ab.

Das Ereigniß ließ nicht auf ſich warten. Der Staatskanzler war am 4. Januar von dem Kommandanten Berlins, General Augereau, zum Mittagstiſch geladen; Graf St. Marſan, der Adjutant Napoleons Narbonne, Fürſt Hatzfeldt waren anweſend. Beim Deſſert brachte ein Kurier aus Königsberg dem Grafen St. Marſan die Nachricht, daß General York eine Konvention mit den Ruſſen

geſchloſſen. Die Franzoſen geriethen in die größte Beſtürzung. Der Staatskanzler hatte das Unglück vorausgeſagt. Am Abend überreichte ihm St. Marſan mittelſt einer Note Abſchrift des Schreibens, welches York am 30. December an Macdonald gerichtet, und der Zuſchrift vom 31. December, mit der Macdonald dieſes Schreiben Yorks dem Chef des Generalſtabes, Fürſten von Neufchatel, in Königsberg übergeben hatte. York zeigte dem Marſchall an, daß er eine Konvention geſchloſſen, nach welcher die preußiſchen Truppen ein neutrales Korps auf preußiſchem Gebiete bilden würden: „die kommenden Ereigniſſe, Folgen der Verhandlungen, die unter den kriegführenden Mächten ſtattfinden müßten, würden über die endliche Beſtimmung dieſer Truppen entſcheiden.“ Macdonald hatte hinzugefügt: „General Maſſenbach, der hier (in Tilſit) mit mir war, mit zwei Batterien, ſechs Bataillonen und zehn Escadronen, iſt dieſen Morgen ohne meinen Befehl abmarſchirt, um über den Niemen zurückzugehen. Er wird ſich mit General York vereinigen. Er läßt uns ohne einen Mann Kavallerie dem Feinde zur Beute. Ich ſammle in Eile die 7. Diviſion (Grandjean) und ſetze ſie in Marſch nach Labiau. Ich weiß nicht, ob ich intakt ankommen kann, da ich von Kavallerie umgeben bin.“ St. Marſans Note ſagte: „Die Folgen dieſes Ereigniſſes ſind unberechenbar; die höchſten Intereſſen könnten gefährdet werden, wenn nicht auf der Stelle die ſchleunigſten, kraftvollſten, deutlichſten und zugleich offenkundigſten Maßregeln ergriffen würden. Ich erwarte ſie mit Ungeduld von der mit ſo großem Recht anerkannten Loyalität des Königs.“ Mit dieſen Schriftſtücken begab ſich Hardenberg noch Abends zum Könige und darnach wieder zu St. Marſan, um dieſem mitzutheilen, daß der König überraſcht und indignirt ſei.

Von York geſendet, traf am folgenden Morgen (5. Januar) Major von Thile ein, mit einem Schreiben Yorks an den König aus Tauroggen vom 30. December und der Konvention, die York in der Mühle zu Poſcherun mit dem Stabschef des Generals Wittgenſtein, General-Major von Diebitſch, an dieſem Tage vollzogen hatte. Major von Seydlitz war am Morgen des 29. December wieder bei

York eingetroffen [1]). Der König und der Staatskanzler hatten vorausgeſetzt, daß York eine rein militäriſche Konvention abſchließen, daß die Vereinbarung lediglich auf militäriſche Motive baſirt ſein und durch deren Anführung gedeckt ſein werde, daß ſie weſentlich darauf geſtützt ſein werde, daß es nicht möglich geweſen, die ruſſiſchen Corps, die ſich in den Weg geſtellt, zu durchbrechen. Die Konvention ſagte nichts von allem dem, und dem Marſchall Macdonald hatte York geſchrieben: „daß die Unterhandlungen zwiſchen den kriegführenden Mächten über die endliche Beſtimmung ſeiner Truppen entſcheiden würden.“ Wenn damit Unterhandlungen mit Rußland in Ausſicht geſtellt wurden, welche in keiner Weiſe zu dem beſchloſſenen und verfolgten Syſtem: „unter dem Deckmantel der franzöſiſchen Allianz die diplomatiſchen und militäriſchen Vorbereitungen zum Kriege gegen Frankreich zu machen“, ſtimmten, ſo war noch übler, daß Napoleon aus dieſer Wendung ſchließen mußte, wenigſtens unfehlbar ſchließen würde, daß ſolche bereits angeknüpft ſeien. Erkannte der König unter dieſen Umſtänden die Konvention Yorks an, ſo gab er nicht nur jenes Syſtem auf — er erhob jene Schlußfolge zu unwiderleglicher Gewißheit. Es war der offene Bruch mit Frankreich.

War dieſer ſchon jetzt räthlich, war er möglich? Der König ſelbſt war perſönlich ſchutzlos. Die preußiſchen Garniſonen in Berlin und Charlottenburg zählten je 250, in Potsdam 1500 Mann — ſo beſtimmten die Verträge vom 24. Februar 1812 — die franzöſiſchen Truppen in Berlin und Spandau 12,000 Mann. Entzog ſich der König dieſer Lage durch ſchleunigſte Abreiſe, ſo war dies um ſo gewiſſer der augenblickliche Bruch mit Frankreich. Man wußte von Oeſtreich poſitiv nichts, als daß es Frankreich die Friedensvermittelung angeboten hatte; aber man war noch immer ungewiß, ob dieſe zu Gunſten oder zu Ungunſten Frankreichs beabſichtigt werde. Man wußte auch von den Abſichten Alexanders nicht mehr, als jene Stelle in der Weiſung an Paulucci vom 18. Dcbr. ergab (S. 465 [2]). Erſchien

---

[1]) Droyſen York 1, 481. — [2]) Man wäre freilich über dieſe beſſer unter-

es bei ſolcher Ungewißheit über Oeſtreich und Rußland politiſch faſt unmöglich, offen und auf der Stelle mit Frankreich zu brechen, ſo überſah man auch militäriſch in keiner Weiſe, welche Streitkräfte den Ruſſen nach dem ſchweren Feldzuge übrig geblieben waren. Ihre Verfolgung der Franzoſen war außerordentlich matt, und wenn man auch in Berlin ſofort erkennen konnte und, wie wir ſahen, erkannt hatte, daß die Konvention von Tauroggen den Franzoſen die wirkſame Vertheidigung der Weichſellinie unmöglich mache, ſo wußte man doch nicht, ob ruſſiſcher Seits auch nur die Abſicht beſtehe, die Weichſel wirklich zu überſchreiten, und, wenn ſie beſtand, ob die Streitkräfte ausreichten, ob eine Erhebung des polniſchen Volkes für Frankreich dieſe nicht beſchäftigen werde, ob Kaiſer Alexander nicht vorziehen werde, den neuen Feldzug hinter der Weichſel zu erwarten. Man mußte ſich der ruſſiſchen Kriegspläne des vorigen Jahres erinnern. Jedenfalls hatte die ruſſiſche Armee, wenn ſie über die Weichſel vorging, 50,000 Mann zur Blokade von Danzig, Thorn, Modlin und Zamosk zurückzulaſſen. Von der franzöſiſchen Armee war allerdings das Centrum vernichtet; die Trümmer, welche Murat in Oſtpreußen ſammelte, ergaben wenig mehr als 10,000 Bewaffnete, die durch die Reſte der Diviſion Loiſon (Marchand) und die Kavallerie-Brigade Cavaignac auf 15,000 bis 16,000 Mann anwuchſen. Die Diviſion Heudelet führte Murat eine weitere Verſtärkung von 14,000 Mann friſcher Truppen zu, zu denen noch die Diviſion Grandjean vom

---

richtet geweſen, wenn Graf Metternich dies nicht verhindert hätte. Der Kaiſer Alexander hatte am 10. November den Oberſt Boyen an den König abgeſendet (S. 459). Boyen hatte nach dem Abſchluß der Februarverträge ſeine Entlaſſung gefordert (S. 436 N.). Es war ſeine Abſicht, in ruſſiſche Dienſte zu treten. Er war jedoch erſt im Oktober nach Petersburg gelangt und der Kaiſer hatte es vorgezogen, ihn mit mündlichen Aufträgen an den König zu verſehen. In den letzten Tagen des November an der Grenze Galiziens angekommen, ließ man ihn nicht nach Schleſien paſſiren, obwohl er ſich als Beauftragten Alexanders zu erkennen gab. Graf Metternich fragte bei Hardenberg an, ob er wünſche, daß Boyen durchgelaſſen werde und da dieſe Anfrage erſt am 23. December nach Berlin gelangt war (S. 459), ſo durfte man hier vor Mitte Januar nicht auf weitere Aufklärung rechnen.

linken Flügelcorps, welche dem Marſchall Macdonald, nachdem ſich York ihm entzogen, übrig geblieben war, mit 10,000 Mann ſtoßen konnte. Murat war demnach im Stande, in den erſten Tagen des Januar 40,000 Mann am Pregel zu vereinigen [1]). Auf dem rechten Flügel der franzöſiſchen Armee hatten das öſtreichiſche Corps Schwarzenberg, das polniſche Corps Poniatowski, das ſächſiſche Corps und die Diviſion Durutte unter Reynier wohl Verluſte gehabt, waren aber völlig ſtreitfähig geblieben. Ließ man auch Schwarzenberg außer Rechnung, ſo zählte General Reynier noch etwa 10,000 Mann. Verfügte Napoleon hiernach im Januar auch ohne die Oeſtreicher und Polen (30,000 Mann) immer noch über eine Streitmacht von 50,000 Mann an der Weichſel, ſo ſtanden überdies in den Feſtungen dieſes Stromes, in denen der Oder und Elbe 70,000 Mann, und die Beſatzung von Berlin hatte durch das Korps Grenier, welches mit 23,800 Mann auf Berlin marſchirte (es erreichte dieſe Stadt am 15. Januar) eine bedeutende Verſtärkung zu erwarten [2]). Die

---

[1]) Chambray Feldzug in Rußland (überſ. von Bleſſon 2, 300) rechnet 44,000 Mann. — [2]) Correspondance de Napoléon 24, 410 giebt die Stärke Greniers auf 25,000 Mann an. Bei Eröffnung des neuen Feldzuges gegen Ende April 1813 betrugen nach Thiers' Angaben (l. c. 15, 434 sqq.) die franzöſiſchen Beſatzungen in den Weichſel- und Oderplätzen 60,000 Mann; Eugens Stärke einſchließlich der detachirten Diviſion Puthod und ausſchließlich der Beſatzungen von Magdeburg und Wittenberg 76,000 Mann. Napoleon ſchreibt Eugen ſogar, wenn er nicht 28,000 Mann en pure perte zerſtreut hätte, würde er mit 88,000 Mann ſtatt mit 60,000 Mann zu ihm ſtoßen; Corresp. 25, 248. Thiers giebt ferner an, daß Eugen mit 62,000 Mann (Macdonald und Lauriſton) zur Vereinigung mit Napoleon nach Weißenfels marſchirte, der ſeinerſeits 135,000 Mann (Ney, Marmont, Bertrand, Garde) heranführte; die vereinigte franzöſiſche Armee zählte demnach bei Lützen 197,000 Mann (Napoleon ſagt über 200,000; a. a. O. 25, 240) oder nach Abzug der Diviſion Maiſon auf dem Schlachtfelde reichlich 180,000 Mann. Die ruſſiſche Armee zählte: Kutuſow und Wittgenſtein 38,000, Miloradowitſch und Gortſchakow 9000, entſendet 1400, Streifcorps 8000 Mann (Bernhardi Toll 2, 521); die preußiſche: Blücher 25,000 Mann, York 10,000 Mann, Kleiſt 4000, Bülow 4000 Mann, zuſammen 43,000 Mann; vor Spandau, Stettin, Glogau, Wittenberg u. ſ. w. 30,000 Mann, Garniſonen der Feſtungen 15,000, in Marſch zur Armee 12,000 Mann. Auf dem Schlachtfelde von Lützen ſtanden 70,000 Preußen und Ruſſen gegen 180,000 Franzoſen, bei Bautzen 80,000 Preußen und Ruſſen gegen mindeſtens

preußiſche Rüſtung war eben begonnen, aber noch nirgend eine nennenswerthe Anzahl von Truppen geſammelt; man war, wie es der Vertrag vom 24. Februar 1812 gewollt, in dieſem Augenblicke noch wehrlos. Konnte man in ſolcher Lage von immer noch anſehnlichen feindlichen Streitkräften umgeben und durchſetzt, die eigene Rüſtung fortführen, wenn man ſich zu Yorks That bekannte; war dies, ſelbſt abgeſehen von der politiſchen und militäriſchen Lage, möglich, ſolange die Gegner dieſes Bekenntniß mit dem Befehl an Augereau, den König von Preußen zu ergreifen und abzuführen zu beantworten vermochten?

Der König beſchloß, die Konvention thatſächlich anzunehmen, Frankreich gegenüber ſie zu verleugnen. Am Abend des 5. Januar ging der Major von Natzmer mit einem Schreiben des Königs an Murat ab: der König von Neapel werde aus dem letzten Schreiben des Königs erſehen haben, daß er nicht ohne Unruhe über das Corps des General York geweſen; doch wäre er entfernt geweſen, zu erwarten, was eingetreten ſei. Der Major Natzmer überbringe mit dieſem Briefe zugleich dem General Kleiſt die Ordre, das Kommando des Corps zu übernehmen, York zu entſetzen und zu verhaften. Die Konvention ratificire der König nicht, die Truppen ſtänden nach dem Allianzvertrage zu Murats Dispoſition; er möge General Kleiſt mit ſeinen Befehlen verſehen und dieſe dem Major Natzmer bezeichnen [1]). Hardenberg ließ St. Marſan Abſchrift dieſes Briefes und darnach, am 7. Januar, auch die bezügliche Ordre des Königs an General Kleiſt zugehen mit der Anzeige, daß Fürſt Hatzfeldt ungeſäumt nach Paris abreiſen werde, um dem Kaiſer die Details der getroffenen Maßregeln auseinanderzuſetzen. Tags zuvor hatte der Staatskanzler mit Ompteda von dieſer Angelegenheit geſprochen, „ohne viel Unruhe darüber zu zeigen." Nach Ompteda's Bericht ſagte ihm Hardenberg: die Angelegenheit bereite wegen der Formen Verlegenheit. General York hätte vollkommen Unrecht gehabt, in dieſer Weiſe zu verfahren,

---

160,000 Franzoſen und Rheinbündner, und doch wird immer noch die Meinung ausgeſprochen, daß man trotzdem, trotz Eugen, Magdeburg und Wittenberg, im Frühjahre bis zum Rhein hätte vordringen können und ſollen. — [1]) G. St.-A.

beſonders darin, daß er in ſeiner Korreſpondenz in politiſche Diskuſſionen eingetreten ſei und Unterhandlungen unterſtellt habe, die nicht exiſtirten. Um konſequent zu bleiben, habe der König nicht anders handeln können. Als Ompteda bemerkte, daß Yorks Truppen durch die Weigerung der Ratifikation den ſie umgebenden ruſſiſchen Truppen gegenüber in die übelſte Lage kommen würden, entgegnete Hardenberg: „Das iſt meine geringſte Sorge; das Weſentliche iſt, nicht zu früh gegen Frankreich kompromittirt zu werden.“ Er ſchloß indem er ſagte: „Der General York hat dem Faſſe den Boden ausgeſchlagen (6. Januar [1]).“ An Gneiſenau ſchrieb er: „General York hat mit unſerm Corps kapitulirt, auf eine unkluge Art. Der König konnte nicht anders als ihn desavouiren. Kleiſt bekommt das Kommando, der Kaiſer Alexander aber einen Wink. Kneſebeck iſt nach Wien mit den beſten Inſtruktionen und Vollmachten, ſowohl mit Oeſtreich ſelbſt als gemeinſchaftlich mit dem Wiener Hofe mit anderen Mächten abzuſchließen. Von daher haben wir aber noch nichts Tröſtlicheres und Beſtimmteres. Man führt zwar gegen Frankreich eine feſtere Sprache; aber ſie mit Handlungen zu unterſtützen, darauf kommt es an. Es bleibt immer die Hauptſache, dort zu wirken; hier werden die Befehle jetzt ausgefertigt, wodurch unſere Truppen, das Hülfskorps ausgeſchloſſen, bis gegen 60,000 Mann vermehrt werden, zum Theil unter dem Namen einer Miliz; das iſt ein Hauptpunkt. Der König wird auch wohl nächſtens nach Schleſien gehen. Seien Sie nun thätig, theuerſter Freund, und machen Sie, daß man handle. An uns ſoll es gewiß nicht fehlen, wenn wir nur Oeſtreich mit haben, und wäre dieſes auch am Ende nur nicht auf franzöſiſcher Seite, ſo könnten auch ſonſt Fälle eintreten, wo gewiß auf uns gerechnet werden kann (9. Januar).“

An demſelben Tage übergab der Major von Natzmer dem Könige von Neapel in Elbing das Schreiben des Königs vom 5. Januar. Indem er angeblich von hier aus weiter zum General York ging, um dieſen durch Kleiſt abſetzen und verhaften zu laſſen, begab er ſich

[1]) Ompteda Politiſcher Nachlaß 2, 339 340.

thatſächlich, nachdem er die ruſſiſchen Vorpoſten erreicht, dem ihm mündlich ertheilten Auftrage gemäß, zum Kaiſer Alexander. Die angebliche Miſſion zur Abſetzung Yorks enthielt und deckte eine Botſchaft an Alexander; eben dieſe ließ Hardenberg Ompteda ſagen, daß er wegen der ruſſiſchen Truppen ohne Beſorgniß ſei. Natzmer hatte dem Kaiſer Alexander zu erklären, daß der König die Konvention Yorks billige, dieſelbe aber öffentlich nicht anerkennen und ſomit auch nicht formell ratificiren könne. Wenn der Kaiſer ſeine Armee unverzüglich die Weichſel überſchreiten und bis zur Oder vorgehen laſſe, ſei der König bereit, ein Schutz- und Trutzbündniß gegen Frankreich mit ihm abzuſchließen [1]). Daß Natzmer nicht zu York gelangte, war ſehr einfach dadurch zu erklären, daß ihn die ruſſiſchen Truppen nicht durchgelaſſen hätten, und falls der König von Neapel ſeinerſeits die Verbindung mit York herſtellen konnte, verhalf ihm das Schreiben des Königs vom 5. Januar auch den preußiſchen Truppen gegenüber höchſtens dazu, daß Kleiſt das Kommando an Yorks Stelle übernahm, wodurch thatſächlich nichts geändert werden konnte. Ueberdies wußte der König, daß Kleiſt im Auftrage Yorks nach Wilna zum Kaiſer Alexander gegangen ſei [2]).

Als General Narbonne, der ſeine Forderungen am zweiten Januar wieder in Erinnerung gebracht hatte, ſich vom Staatskanzler verabſchiedete (7. Januar), verſicherte ihn dieſer: „es werde nichts vernachläſſigt, Preußen, ſo gut wir irgend vermögen, in Vertheidigungsſtand zu ſetzen, unſere Mittel zu koncentriren und unſere Feſtungen zu approviſioniren.“ Narbonne ließ fallen, daß nichts geeigneter ſein würde, die Allianz zwiſchen Frankreich und Preußen zu befeſtigen und Preußen einen Theil der verlorenen Gebiete wiederzugewinnen, als die Verbindung des Kronprinzen von Preußen mit einer Prinzeſſin des Kaiſerlichen Hauſes, einer Beauharnais oder einer der Töchter Murats. Ohne Befehl des Kaiſers war eine Andeutung dieſer Art unmöglich [3]). Hardenberg erwiderte, daß er die Dispoſitionen des Königs hierüber

---

[1]) Aus Natzmers Leben S. 92 ff. — [2]) Der König an Hardenberg 14. Januar 1813; geh. Staatsarchiv. — [3]) Thiers beſtätigt dieſe ſelbſtverſtändliche Vorausſetzung ganz ausdrücklich; hist. du Consulat et de l'Empire 15, 205.

zu erforſchen ſuchen werde. Als nun Fürſt Hatzfeldt mit dem Auftrage nach Paris abging: die Kapitulation Yorks in das richtige Licht zu ſtellen und zu verhüten, daß dieſelbe einen ungünſtigen Eindruck mache, ſagte ihm der König mündlich von Narbonne's Andeutungen und fügte hinzu, daß er ſich jeder Anſpielung hierauf zu enthalten habe; ſollte man etwa franzöſiſcher Seits darauf zurückkommen, ſo habe er zu erklären, daß bereits Verpflichtungen beſtänden, die auf ſolche Vorſchläge einzugehen nicht zuließen [1]). Im Uebrigen war Hatzfeldt angewieſen, auf neue Verabredungen nicht einzugehen, Zahlung der preußiſchen Vorſchüſſe zu verlangen und dem Kaiſer anzudeuten, daß, wenn die Ruſſen weiter vorrückten, der König ſich nach Schleſien begeben werde und alsdann von Rußland die Anerkennung der Neutralität für den Theil Schleſiens zu erlangen hoffe, für welchen dieſe im Vertrage vom 24. Februar 1812 von Frankreich anerkannt ſei (Inſtruktion vom 8. und 9. Januar). Hatzfeldt reiſte am 12. Januar nach Paris ab.

Napoleon hatte auf die Nachricht von der That Yorks zunächſt Berthier geſchrieben, daß es nach den Maßnahmen des Königs doch vielleicht möglich geworden ſei, das preußiſche Korps zurückkommen zu laſſen (11. Januar). Zugleich aber verkündete der Moniteur am 12. Januar den Beſchluß des Senats zur Aushebung von 350,000 Mann und die Begründung dieſes Beſchluſſes durch den Verrath Yorks. Der Kaiſer ſelbſt empfing den General Kruſemark (15. Jan.) mit größerer Ruhe, als er ſonſt bei Anläſſen dieſer Art an den Tag zu legen pflegte; die Lage ſchien ſelbſt ihm nicht mehr zu Inſulten angethan. Kruſemark übergab ihm zunächſt die Antwort des Königs auf jenes Schreiben Napoleons vom 14. December aus Dresden (S. 453). Die Antwort datirte vom 31. December und ſagte, daß der König bereit ſei, an der franzöſiſchen Allianz feſtzuhalten; der

[1]) Hardenberg ſcheint nach dem Berichte St. Marſans vom 12. Januar bei Fain (Manuscrit 2, 210 sqq.) es für zweckmäßig erachtet zu haben, dieſem zu ſagen: wenn reelle und anſehnliche Vortheile geboten würden, könnte ſich der König vielleicht entſchließen. Auf dieſen Bericht St. Marſans geht auch offenbar zurück, was noch ſtärker ausgedrückt auch bei Lefebvre zu leſen iſt; a. a. O. 5, 218.

Kaiſer müſſe jedoch der Erſchöpfung Preußens zu Hülfe kommen. Der König ſei einverſtanden, daß die preußiſchen Truppen fortan ein beſonderes Corps bilden ſollten, und ſei Befehl ertheilt, daſſelbe bei Graudenz zu ſammeln. Der General hob dann die militäriſchen Gründe hervor, welche York zum Abſchluß der Konvention beſtimmt haben könnten, nachdem er ſich von Macdonald verlaſſen und ſeiner Kavallerie beraubt geſehen, führte aus, daß York geirrt haben möchte, aber ein Mann von Ehre und Pflichttreue ſei, daß die Konvention, die er geſchloſſen, ſomit nicht unter die gehäſſige Anklage des Verraths geſtellt werden könne. Weiter bemerkte er, daß 14 bis 15,000 Mann mehr oder weniger für den Fortgang der Operationen ohne entſcheidende Bedeutung ſeien, endlich daß der König nicht in der Lage ſei, erheblichere Rüſtungen zu machen, wenn der Kaiſer nicht die Vorſchüſſe Preußens im Betrage von 100 Millionen Franks, deren Zahlung er zu reklamiren habe, wenigſtens abſchläglich erſtatten laſſe. Der Kaiſer erwiderte: Yorks Abfall ſei ein großes politiſches Ereigniß. „Wir ſtehen vielleicht am Vorabend großer Ereigniſſe; es iſt ein Sturm, durch den wir hindurch müſſen.“ Er beurtheile den General York nach ſeinem Briefe an den Herzog von Tarent; ſeine eigenen Worte verurtheilten ihn. Es ſei das ſchlimmſte Ereigniß, was eintreten konnte. „Wird man in Graudenz Yorks Beiſpiel folgen?“ Wenn der Kaiſer Alexander ſich nicht mit den Erfolgen begnüge, die er davongetragen, wenn er über die Weichſel gehe, mache er denſelben Fehler, den er ſelbſt im vorigen Feldzuge begangen habe. Er glaube, daß Alexander ihn begehen werde; ſeitdem er wiſſe, daß er „jenen Stein“ und Roſtopſchin zu Miniſtern ernannt habe und auf ihre Eingebungen höre. Aber die ruſſiſchen Truppen bedeuteten nicht viel, hätten ungeheuer gelitten, und die Armee habe keine Generale, die ſie zu führen verſtänden. Er ſei Frankreichs ſicher, habe ausreichende Geldmittel und werde mit ſtärkeren Streitkräften wieder auftreten, als er gehabt habe. Yorks Abfall habe ihn zu dieſer Aushebung genöthigt; bis dahin habe er nur ſeine Cadres wieder füllen wollen. Er wolle den Frieden, Oeſtreich habe ſeine Vermittelung angeboten, er habe ſie angenommen. Vor Yorks Abfall ſei der Friede

möglich geweſen, jetzt glaube er nicht daran. Er ſei bereit, das Kontinentalſyſtem aufzugeben; aber er könne Rußland nicht die geringſte Eroberung zugeſtehen. Die Engländer wollten keinen Frieden. Oeſtreichs ſei er ſicher; ſeit ſeiner Heirath habe Oeſtreich nichts mehr von Frankreich, nur noch von Rußland zu fürchten, und der König von Preußen werde es nicht zu bereuen haben, wenn er der Allianz mit Frankreich treu bleibe. Aber auch im ſchlimmſten Falle, wenn Oeſtreich, Preußen und Deutſchland ſammt Dänemark ſich gegen ihn erklärten, ſei er ſtark genug, zu widerſtehen. Er würde dann hinter dem Rhein die Ereigniſſe erwarten und ſehr bald den Moment finden, ihn mit Erfolg wieder zu überſchreiten, ja dies wäre für ihn vielleicht die beſte Wendung. Was die Forderungen Preußens betreffe, ſo kenne er die Sache nicht; Kruſemark möge mit Baſſano ſprechen; er werde ſehen, was ſich thun laſſe.

An Thätigkeit ließ es Napoleon in dieſen Wochen nicht fehlen, alles, was ſich an verfügbaren Truppen an der Nordküſte Deutſchlands, am Rhein und an der Weſer befand, auf Magdeburg zu dirigiren, die Bildung von Magazinen in den Oderfeſtungen, in Spandau und Magdeburg zu betreiben, den König von Sachſen zur Aufſtellung eines Obſervationscorps bei Glogau zu drängen, Er gab ſeine Abſicht zu erkennen, in den erſten Tagen des März perſönlich in Magdeburg einzutreffen. Am 20. Januar befahl er ſeinem Adjutanten, dem Ingenieurgeneral Hogendorp, das Kommando der Stadt und Citadelle von Spandau zu übernehmen: beide ſeien in den beſtmöglichen Vertheidigungsſtand zu ſetzen; er müſſe die Wichtigkeit dieſer centralen Poſition begreifen, welche Berlin beherrſche, und fleißig berichten; der Kaiſer rechne auf ſeine Treue und Wachſamkeit. Darnach befahl er, die Oderfeſtungen, Spandau und Magdeburg auf ein volles Jahr mit Lebensmitteln zu verſehen, die franzöſiſchen Kaſſen von Berlin nach Spandau und Magdeburg zu bringen. Am 22. Januar ſchreibt er Eugen, der am 15. Januar an Stelle Murats das Kommando über die Trümmer der großen Amee übernommen hatte, nach Poſen: der König von Preußen müſſe ſein Kontingent erneuern und Kavallerie ſtellen; er möge nach Berlin ſchreiben, daß das Kontingent verſammelt und

1000 Pferde nach Poſen geſchickt würden. Die Preußen würden ſeine linke Flanke, die Sachſen bei Glogau ſeine rechte Flanke decken. Die Diviſion Lagrange könne er aus den Oderfeſtungen ziehen, deren Beſatzungen, ſolange er ſie decke, nicht ſehr ſtark zu ſein brauchten, und die beiden Diviſionen Greniers aus Berlin heranziehen; ſo werde er im Stande ſein, Poſen zu behaupten. Er zweifle nicht daran, daß dies gelingen werde; Danzig werde jetzt blokirt ſein, er werde es ſpäteſtens im Juni deblokiren und gedenke am 15. Auguſt den Niemen wieder zu überſchreiten, da alsdann die Ernte eingebracht ſein werde. „Ich laſſe Preußen drängen," ſchreibt er am 27. Januar, „die Reorganiſation ſeines Korps zwiſchen Poſen und Stettin zu beeilen." Die ruſſiſche Armee müſſe 50,000 Mann vor Danzig, 20,000 Mann vor Thorn und Modlin zurücklaſſen und Schwarzenberg mit Reynier 60,000 Mann gegenüberſtellen, auch wenn Schwarzenberg Warſchau räume. In Berlin habe er (Napoleon) ſeine (d. h. des Kaiſers) baldige Ankunft anzeigen laſſen [1]). Dem Fürſten Hatzfeldt ſagte er am 29. Januar: Zwiſchen mir und dem Könige muß jetzt die größte Einigkeit herrſchen. Europa muß ſich überzeugen, daß Intriguen nichts gegen unſere Allianz vermögen und momentane Erfolge der Feinde den Muth meiner Verbündeten nicht erſchüttern können. Dieſer Uebereinſtimmung wegen muß ich von Preußen die Abberufung ſeines Geſandten aus Stockholm unbedingt verlangen (St. Marſan hatte dieſe Forderung bereits am 19. Januar in Berlin geſtellt); wir müſſen zeigen, daß wir dieſelbe Politik verfolgen. Das gleiche Verlangen habe ich an Oeſtreich gerichtet. Die Verhandlung zwiſchen Preußen und Rußland, die Sie mir anzuzeigen haben (S. 475), kann nicht ſtattfinden. Ich kann nicht zugeben, daß mein Verbündeter mit meinem Feinde unterhandelt; das Beiſpiel wäre für die übrigen zu gefährlich. Uebrigens würden auch die Ruſſen die Neutralität für jene Theile Schleſiens nicht zugeſtehen. Endlich muß der König das Hülfscorps, das er mir nach dem Allianzvertrage zu ſtellen hat, ſchleunigſt reorganiſiren. Da Preußen verfügbare Truppen in gutem

[1]) Correspondance de Napoléon 24, 439. 455. 464. 465. 468.

Stand und weder Mangel an Menſchen noch an Waffen und Offizieren hat, kann dies weder ſchwierig noch langwierig ſein. Hatzfeldt erwiderte: er glaube, daß dem erſten Punkte zugeſtimmt werden würde; dem zweiten wich er aus; dem dritten Verlangen ſtellte er entgegen, daß das Land ſo erſchöpft ſei, daß jede weitere Anforderung der Regierung die bereits allgemein vorhandene Erbitterung zum Aufſtande treiben würde. Man habe nichts mehr zu verlieren. Ganz Deutſchland ſei in größter Erregung; die Regierungen könnten dem Strome der öffentlichen Meinung nicht mehr widerſtehen. Bräche das Feuer jetzt in Preußen aus, ſo werde es ganz Deutſchland entzünden. Der Kaiſer müſſe Preußen wenigſtens 25 bis 30 Millionen auf Abſchlag zahlen. Was Hatzfeldt über die populären Bewegungen in Deutſchland ſage, entgegnete Napoleon, ſei nur zu begründet; Frankreichs ſei er jedoch ſicher, und in Preußen wolle er keine Requiſitionen mehr machen. Gegen Maret äußerte er ſich höchſt mißfällig über die Langſamkeit Preußens bei Aufſtellung ſeines neuen Hülfscorps, für welches er die Truppen des Generals Bülow nahm: „Preußen thut nichts, anſtatt mit uns ſein Territorium gegen die Ruſſen zu vertheidigen und den Verrath Yorks auszugleichen. Es ſind da 2000 Reiter, welche ſich in die Feſtungen Schleſiens einſchließen als ob ſie Furcht vor uns hätten, ſtatt uns zu helfen, ihr Land zu decken (3. Februar [1]).“ Zugleich erhielt Eugen Befehl, das für die Oderfeſtungen, für Spandau und Magdeburg nöthige Holzwerk zu Blendungen und Blockhäuſern zu requiriren, zu fällen, wegzunehmen, wo er es finde, auf den Flüſſen, in den Forſten, auf den Promenaden, gleichviel ob es dem Könige von Preußen oder Privatleuten gehöre. Dem Kriegsminiſter wurde aufgegeben, dafür zu ſorgen, daß das Lauriſton'ſche Corps Mitte Februar mit der erſten Diviſion in Brandenburg, mit der zweiten in Magdeburg ſtehe; in Hamburg ſolle nur ein Regiment bleiben; das preußiſche Korps ſammle ſich bei Neuſtettin und ſei dort an ſeinem Platze; Augereau ſolle es nicht hinter die franzöſiſche Armee zurücknehmen (dies würde gefährlich ſein), ſondern in erſter

[1]) Correspondance de Napoléon 24, 471.

Linie auf dem linken Flügel marſchiren laſſen. Davouſt müſſe nach Stettin, um dort ſein Korps zu organiſiren und von da aus das preußiſche Korps bei Neuſtettin zu überwachen; St. Cyr ſolle daſſelbe befehligen und ſpäter mit den Baiern vereinigen. In Spandau und Berlin müßten 17,000 Mann bleiben (8. Februar). Nach Spandau dirigirte Napoleon dann auch ſeine eigenen Pferde und Feldequipage[1]).

Den erſten Zweifel an der Feſtigkeit der preußiſchen Regierung in ſeinem Syſtem erregte ihm der Aufruf des Königs vom 3. Februar zum freiwilligen Eintritt in die Armee. Maret ſoll einen Kurier an St. Marſan ſchicken: die große Rekrutirung in Preußen unter Offizieren, denen der König nicht trauen könne, müſſe Frankreich beunruhigen; der Kaiſer wünſche, daß Alles ruhig bleibe. Zugleich erhielt der Vicekönig von Italien Befehl: die Rekrutirung in Preußen zu ſiſtiren und ſich mit den Truppen des Generals Bülow zu begnügen, wie ſie ſeien. Die 500 berittenen Gensdarmen, welche ſich in Magdeburg befänden, ſolle er nach Berlin beordern, wo ſie für die Polizei dieſer großen Stadt nützlich ſein würden (10. und 11. Februar[2]). Eugen erließ die ihm aufbefohlene Verfügung. Für die Verſorgung der Oderfeſtungen hatte der Generallieutenant Dumas Lieferungsverträge geſchloſſen. „Hat Dumas den Kopf verloren," ſchreibt Napoleon an Eugen, „ich kann und will das Geld nicht auf dieſe Weiſe fortwerfen." Die Preußen müſſen fortfahren, den täglichen Bedarf zu liefern; wenn ſie damit aufhörten, ſo müſſe man requiriren, und Preußen würde uns dann in die Lage ſetzen, das Land in Beſitz zu nehmen. „Man muß ſtarke Requiſitionen ausſchreiben und Bons geben. Nichts iſt lächerlicher als Dumas' Ankäufe. Auch die Hospitaltage müſſen durch Bons bezahlt werden bis zur allgemeinen Liquidation. Ich gebe jedoch nicht mehr als 20 Sous täglich. Geben Sie die ſtrengſten Ordres, daß die Kommandanten der Oderfeſtungen ſich mit allem verſehen, was ihnen nützlich iſt

---

[1]) Correspondance de Napoléon 24, 486. 491. 500 sqq. — [2]) Corresp. Napol. 24, 510. 514.

(15. und 27. Februar [1]).“ Da der Kaiſer die Lieferungsverträge kaſſirt hatte, wies Eugen die Kommandanten an: zehn Lieues in der Runde um ihre Feſtungen alles, was ſie brauchten, mit Gewalt zu nehmen.

Nicht lange nach Hatzfeldts Abreiſe nach Paris beſchloß der König, nach Breslau zu gehen, obwohl die Berichte Humboldts und bald auch die Kneſebecks zeigten, daß auf die Hoffnung, mit Oeſtreich das franzöſiſche Bündniß kündigen zu können, verzichtet werden müſſe. Die Befehle an die Truppen, welche die Reiſe des Königs nach Breslau, die durch die zurückgehenden franzöſiſchen Truppen hindurch führte, decken ſollten, ergingen am 17. Januar. Tags darauf liefen erwünſchte Nachrichten von ruſſiſcher Seite ein. Zuerſt die Mittheilungen Boyens, die jetzt endlich (18. Januar) nach mehr als zwei Monaten nach Berlin gelangten. Sie bewieſen, daß Kaiſer Alexander bereit ſei, Preußen zu unterſtützen, wo und wie es wolle, und nicht eher Frieden zu machen, bis Preußen in dem Umfange, den es vor 1806 beſeſſen, hergeſtellt ſei. Was der Kaiſer damals Boyen geſagt, ſpäter Paulucci geſchrieben, beſtätigte ein gleichzeitig eintreffender Brief Alexanders von jüngerem Datum. York hatte nach Abſchluß der Konvention ein Schreiben an Kaiſer Alexander gerichtet und General Kleiſt mit dieſem an Alexander nach Wilna geſendet. Noch ehe Kleiſt eintraf, hatte der Kaiſer bereits ſeinerſeits an York geſchrieben, um ſeine Freude auszudrücken, daß das preußiſche Corps nicht mehr für den Unterdrücker Europa's fechte, und einen Brief an den König zur Beförderung beigefügt, den er York als von größter Wichtigkeit bezeichnete; York ſandte ihn dem Könige durch Hauptmann Schack, den er zugleich mit mündlichen Aufträgen an den König verſah (11. Januar). Der Kaiſer hatte am 6. Januar (25. December) in Wilna geſchrieben: er ergreife den erſten günſtigen Augenblick, dem Könige zu ſagen, daß trotz der ſchmerzlichen Ereigniſſe des letzten Jahres ſeine Geſinnungen unverändert ſeien. Er werde nicht befriedigt ſein, bis Preußen ſeinen alten Glanz und ſeine Macht wiedergewonnen habe.

[1]) Correspondance de Napoléon 24, 525. 557.

Zu dieſem Zwecke erbiete er ſich, die Waffen nicht eher niederzulegen, bevor dies große Ziel erreicht ſei. Er hoffe, daß General York, indem er die Konvention annahm, die er ihm habe anbieten laſſen, im Sinne des Königs gehandelt habe. „Wenn Eure Majeſtät dieſen einzigen Moment ergreift, erwerben Sie den unſterblichen Ruhm, Europa zu retten, indem Sie zugleich Preußen ſeine alte Macht wiedergeben. Ich werde glücklich ſein, dazu meinerſeits beizutragen und dadurch den Wunſch zu erfüllen, den ich ſeit ſo langer Zeit hege. Niemals war ein Entſchluß wichtiger, als der, welchen Eure Majeſtät jetzt faſſen wird. Sie können Europa retten oder für immer verderben [1])." Major Natzmer, der den Kaiſer acht Tage ſpäter (13. Januar) im Hauptquartier zu Bobersk in Litthauen geſprochen und am 19. Abends in Berlin, am 20. Morgens in Potsdam wieder eintraf, konnte nur hinzufügen, daß die ruſſiſche Armee die Weichſel überſchreiten werde, daß der Kaiſer den Abſchluß eines Schutz- und Trutzbündniſſes zwiſchen Preußen und Rußland dringend wünſche. Der König beſtimmte am 20. Januar ſeine Abreiſe nach Breslau auf den 22. Januar Morgens.

Da Hatzfeldt erſt in dieſen Tagen in Paris eintreffen konnte, Napoleon mithin von der Abſicht des Königs, Berlin zu verlaſſen, noch nicht unterrichtet war, auch erſt nachträglich davon unterrichtet werden ſollte, der Staatskanzler aber annahm, daß dieſer Schritt franzöſiſcher Seits als Erklärung des Bruches angeſehen werden würde (worin er Dank ſeinem eigenen virtuos durchgeführten Täuſchungsſyſteme irrte), ließ er jetzt, um jeden Argwohn der Franzoſen zu zerſtreuen (am 19. Januar), in den Berliner Zeitungen die gegen Yorks

[1]) Ueber den Inhalt der Schack mündlich ertheilten Aufträge Yorks habe ich nichts ermitteln können; nur folgende Zeilen des Adjutanten des Königs, von Thile I., an Hardenberg liegen vor: „Eurer Excellenz habe ich auf Befehl Sr. Majeſtät die Anlagen zu überſenden die Ehre, welche durch den General von Kleiſt, der in Wilna geweſen iſt, zurückgebracht worden ſind, und die heute Abend der Hauptmann von Schack überbracht hat. Die mündlichen Aufträge des Generals von York an denſelben ſind ſo wichtig, daß ich ihn aufgefordert habe, morgen früheſtens bei Eurer Excellenz zu erſcheinen, um Hochdieſelben davon au fait zu ſetzen; Potsdam den 18. Januar 1813."

Konvention genommenen Maßregeln verkündigen, worauf St. Marsan unaufhörlich gedrungen hatte, und nahm aus den Händen St. Marsans ein Schreiben Eugens an General Kleist, den angeblichen Kommandeur des Yorkschen Korps, entgegen. St. Marsan theilte Hardenberg mit, daß der König von Neapel in Folge des an ihn gerichteten Schreibens des Königs vom 5. Januar dem General Kleist eigenhändig geschrieben, sich in Elbing mit ihm zu vereinigen; denselben Befehl habe der Fürst von Neufchatel Kleist zugehen lassen. Nachdem nun der Vicekönig das Kommando übernommen weise dieser Kleist in dem übergebenen Schreiben an, von dem Punkte, an welchem er sich befinde, auf Stettin zu marschiren; der König werde ersucht, den Versuch zu machen dies Schreiben an General Kleist gelangen zu lassen.

Die Antwort Hardenbergs auf diese Aufforderung und die Widerlegung jenes Zeitungsartikels war die Absendung des Majors von Thile, der die Konvention von Tauroggen überbracht hatte, an den General York mit Befehlen des Königs für diesen nebst der Mittheilung, daß der König im Begriff sei, nach Breslau abzureisen (20. Januar), und ein Edikt von demselben Tage, welches die Emission von zehn Millionen Thalern Tresorscheine verfügte und diesem Papiergeld Zwangscours beilegte. Es war bestimmt, die Kosten der vorschreitenden Rüstung zu bestreiten: „die gefahrvolle Lage des Staates erfordere Maßregeln, durch welche die Vertheidigung des Vaterlandes bewirkt und die Selbstständigkeit des Staates erhalten werden könne." Die Berliner Zeitungen vom 19. Januar gelangten früher nach Königsberg als der Major Thile und erregten hier einen Augenblick die größten Besorgnisse. Aber schon am 26. konnte der Landhofmeister von Auerswald in sein Tagebuch vermerken: „Major Thile bringt die Genehmigung zu allem, was York gethan hat und was hier geschehen ist[1])." Der König hatte inzwischen Berlin verlassen. Die Maske konnte somit fallen.

Die ersten Berichte Knesebecks aus Wien hatten lediglich be-

[1]) Droysen York 2, 70.

ſtätigt, daß man dort von einer entſcheidenden Wendung noch weit entfernt ſei. Hardenberg wies nunmehr am 22. Januar Humboldt an, unverzüglich folgende Mittheilung Metternich zu übergeben: „Der König hat keinen lebhafteren Wunſch, als ſich mit Oeſtreich auf gleicher Linie zu bewegen; er hält dafür, daß es für Oeſtreich und Preußen keine gute und heilſame Politik giebt als die engſte Einigung; er glaubt, daß beide Mächte daſſelbe Intereſſe haben, die Suprematie und den zu großen Einfluß ſowohl Rußlands als Frankreichs beſonders in Deutſchland zu verhüten. Es iſt für den König außerordentlich wichtig, ſo ſchnell wie möglich zu wiſſen, was Oeſtreich thun würde, im Falle der König ſich genöthigt ſähe, die Partei Rußlands zu nehmen. Würde Oeſtreich dieſen Entſchluß günſtig beurtheilen? Kann Preußen ſicher ſein, daß Oeſtreich in dieſem Falle nicht gegen Preußen handeln, daß es die Streitkräfte nicht vermehren wird, die es Frankreich nach dem Allianzvertrage ſtellt? Graf Metternich wird gebeten, auf dieſe Fragen offen und kategoriſch zu antworten. Der König iſt heute nach Breslau abgereiſt." Am Mittag dieſes Tages machte der Staatskanzler dem Grafen St. Marſan, den Marſchällen Augereau, Ney und Sebaſtiani, die er eingeladen, beim Nachtiſche Mittheilung von der am Morgen erfolgten Abreiſe des Königs. Er ſelbſt werde dem Könige am nächſten Tage folgen. In Berlin ſei eine Oberregierungskommiſſion unter dem Vorſitze des Grafen Goltz eingeſetzt: jedoch habe er die Vertreter Frankreichs und Oeſtreichs im Auftrage des Königs zu erſuchen, ſich an das Hoflager nach Breslau zu begeben.

Die Freiheit, wenn nicht des Entſchluſſes, doch die, ihn frei zu bekennen, war mit dem Eintreffen des Königs in Breslau am 25. Januar gewonnen. Freilich war die Sicherheit auch hier keine vollſtändige; Reynier und Poniatowski konnten ihren Rückzug über Breslau nehmen, Grenier und der Vicekönig ſelbſt ſich nach Glogau wenden. Gleich am Tage nach der Ankunft ſchrieb der König Hardenberg über die Art wie der „Syſtemwechſel" auszuführen ſein würde. „Die große ruſſiſche Armee, etwa 100,000 Mann ſtark, wird ungefähr Anfang Februar an den Ufern der Weichſel vereinigt ſein. Es ſcheint,

daß ſie dort wird Halt machen müſſen, um ſich von den Verluſten der erſten Campagne herzuſtellen und ſich für die zweite vorzubereiten. Die bei uns ſo ſehr als möglich beeilten neuen Formationen werden dennoch früheſtens Mitte nächſten Monats auf ihren Sammelplätzen vereinigt und auch dann nur zum Theil im Stande ſein, gegen den Feind zu marſchiren. Wie mir ſcheint, muß man von dieſer Zwiſchenzeit Nutzen ziehen, um mit Zuſtimmung Rußlands Frankreich zu erklären, daß Preußen ſich verpflichte, dahin zu wirken, daß die ruſſiſche Armee die Weichſel nicht überſchreite, um hier das Ergebniß der von Oeſtreich angeknüpften Unterhandlungen zu erwarten, wenn dagegen die franzöſiſchen Armeen vollſtändig und unverzüglich ohne irgend eine Ausnahme das preußiſche Gebiet räumten, ſich auf das linke Ufer der Elbe zurückzögen und alle preußiſchen Feſtungen, womöglich auch Danzig, Preußen zurückgäben, welches dieſe genügend beſetzen und weder Ruſſen noch Franzoſen einlaſſen würde, bis über den Frieden oder Fortgang des Krieges entſchieden wäre. Zugleich würde das Corps des Generals York unter einem ſtattlichen Vorwande in Marſch geſetzt werden, um ſich bei Kolberg mit Bülow zu vereinigen. Wenn Frankreich, wie mehr als wahrſcheinlich iſt, ablehnt, ſo würde man auf der Stelle gemeinſame Sache mit Rußland machen, indem man es aufforderte, ſo ſchnell wie möglich vorzurücken. Alle unſere Streitkräfte mit Ausnahme der Beſatzungen der Feſtungen würden den ruſſiſchen angeſchloſſen. Wenn der raſche Gang der Ereigniſſe dieſe Art des Syſtemwechſels nicht mehr ausführbar macht, wenn man ſich auf der Stelle entſcheiden müßte, ohne Rückſicht auf die Vermittlungsprojekte Oeſtreichs, ſo müßte Rußland aufgefordert werden, mit allen ſeinen Kräften und ohne Zeitverluſt vorzurücken. An der Oder angelangt, würden ſich hier die preußiſchen Streitkräfte oder da mit ihnen vereinigen, wo der feſtzuſtellende Operationsplan dies erforderte. Bei weiterem Nachdenken wird es nicht ſchwer ſein, noch andere Motive als die angeführten zu finden, um die Forderung, welche Preußen an Frankreich zu ſtellen vorhat (Räumung ſeines Territoriums), zu begründen (26. Januar)." Die Sorge für die Beſchleunigung der Rüſtungen übertrug der König dem Staats-

kanzler, dem General Scharnhorſt, der ſich ſeit dem Mai des vorigen Jahres in Schleſien befand (S. 436 N.), und dem Oberſt Hacke. Kruſemarks am 28. Januar eintreffender Bericht über ſeine Audienz bei Napoleon (S. 473) zeigte, wie wenig dieſer an Friedensverhandlungen denke, wie gewaltige Anſtrengungen zur Fortſetzung des Krieges er mache, während ein zu gleicher Zeit von Oſten her eingehendes Schreiben dem Könige meldete, daß Kaiſer Alexander den preußiſchen Boden betreten habe. Er ſelbſt zeigte dies dem Könige aus Lyck unter dem 21. Januar an. Für den Fall, daß ſein Schreiben vom 6. Januar aus Wilna dem Könige nicht zugegangen ſei — ſo ſagte Alexander — füge er Abſchrift deſſelben bei. „Ebenſo halte ich es für meine Pflicht, Ihnen mitzutheilen, Sire, daß ich in Folge des gewiſſenhaften Verfahrens, welches ich mir in Ihren Staaten zu beobachten vorgezeichnet habe, nicht einen höheren ruſſiſchen Beamten ſondern einen Ihrer treueſten Unterthanen, den Baron Stein, mit meiner Vollmacht verſehen habe." Da beim Einrücken in Memel Königsberg noch in der Gewalt des Feindes geweſen ſei und es den Anſchein gehabt, als ob dieſer ſich dort behaupten wolle, ſei der Befehlshaber ſeiner Truppen genöthigt geweſen, um für die in feindlicher Gewalt befindlichen Oberbehörden Aushülfe zu treffen, eine Adminiſtration zu ſchaffen; ſobald Königsberg ſich befreit geſehen, habe er dieſe proviſoriſchen Anordnungen aufgehoben, und alles ſei in die gewohnte Ordnung der preußiſchen Verwaltung zurückgekehrt. Der Kaiſer erklärte hiermit die Maßregeln Paulucci's in Memel, der dort eine einſtweilige Verwaltung im Namen Rußlands eingeſetzt hatte, für hinfällig und zurückgenommen. Was das kaiſerliche Schreiben von der dem Freiherrn vom Stein ertheilten Vollmacht meldete, wurde durch Berichte aus Königsberg in den nächſten Tagen beſtätigt, welche dieſelbe als ſehr weitgreifend bezeichneten. Stein war am 22. Januar in Königsberg eingetroffen [1]).

Graf Brandenburg erhielt am Tage nach Eingang dieſes

[1]) Die Beſeitigung der Maßnahmen Paulucci's war auf Yorks Forderung vom 15. Januar und Steins Betreiben erfolgt; Droyſen York 2, 59.

Schreibens vom Könige Auftrag, ſich zum Kaiſer Alexander zu begeben: der König nehme deſſen Anerbietungen an und werde einen Bevollmächtigten zum Vertragsſchluſſe in das kaiſerliche Hauptquartier ſenden (29. Januar); zugleich ging ein Kurier nach Wien, Kneſebeck abzuberufen, da ihn der König zum Kaiſer Alexander zu ſchicken und mit dem Abſchluſſe der Allianz mit Rußland zu beauftragen beſchloſſen habe. Hardenberg ſchrieb Humboldt: Kneſebecks Miſſion in Wien ſei für den Augenblick erfüllt. Auf die am 22. Januar geſtellten Fragen werde Metternich hoffentlich eine amtliche und poſitive Antwort zu ertheilen nicht verweigert haben. Die Umſtände würden täglich dringender. „Der König hat die kräftigſten Maßregeln zur Vermehrung ſeiner Streitmacht ergriffen, beſonders hier in Schleſien und in Pommern. Binnen Kurzem werden wir über 100,000 Mann auf den Beinen haben, von dieſen 60,000 Mann in Schleſien mit Einſchluß deſſen, was für die Feſtungen nöthig iſt, welche alle in gutem Stand und wohl verſehen ſind, den Ueberreſt bei Kolberg und in Preußen. Vielleicht können wir Kneſebeck offen zum Kaiſer Alexander ſchicken, unter dem Vorwande, die Anerkennung der Neutralität Schleſiens zu negociiren, welche in unſerm Vertrage mit Frankreich feſtgeſtellt iſt (29. Januar)." Den Brief Alexanders vom 21. Januar hatte Lieutenant Werner von den litthauiſchen Dragonern gebracht; er war zufällig in Lyck auf Urlaub geweſen und hatte ſich dem Kaiſer erboten, das Schreiben ſicher zu überbringen [1]). Er mußte zu ſeinem Regiment zurück. Hardenberg gab ihm ein Schreiben nach Königsberg an Stein mit, das er, da es den Franzoſen in die Hände fallen konnte, in der mit Stein verabredeten Bilderſprache abfaßte. Es trug die Adreſſe der Mademoiſelle Caroline Heinſius zu Marienwerder und lautete: „Liebe Schweſter! Von ungefähr erfahre ich, daß der Herr Lieutenant von Werner in die dortige Gegend geht. Bei der Unſicherheit des Poſtenlaufes benutze ich eilig dieſe Gelegenheit, Dich zu benachrichtigen, daß unſer

[1]) Die erhaltene äußere Adreſſe dieſes Briefes lautet: A Sa Majesté le Roi de Prusse Monsieur mon frère; vgl. Droyſen York 2, 61.

guter Vater (der König) im Begriff ſteht, dem Onkel (Kaiſer Alexander) die Eheſtiftung (den Allianzvertrag) durch eine ſichere Gelegenheit zu ſenden, und da vorauszuſehen ſein wird, daß alle Punkte ihm recht ſein werden, ſo wird die Verbindung unſerer lieben Amalie (Preußen) bald und gewiß zu Stande kommen, wozu ich von Herzen Glück wünſche. Sage unſern dortigen Geſchwiſtern aber nichts davon, da der Vater will, daß Alles geheim bleibt, bis mit dem Onkel Alles in Richtigkeit gebracht iſt. Indeſſen kannſt Du nun Deine Einrichtung hiernach machen. Der Vater grüßt Dich und rechnet übrigens darauf, daß Du ſeine dortigen Geſchäfte, die beſonders in dem gegenwärtigen kritiſchen Zeitpunkt große Aufmerkſamkeit erheiſchen, mit Sorgfalt beſorgen wirſt. Ich umarme dich herzlich als dein treuer Bruder Karl (1. Februar)."

Am 3. Februar wurde der Aufruf zum freiwilligen Eintritt in die Armee publicirt; er konnte in Preußen wenigſtens keinen Zweifel übrig laſſen, gegen welchen Feind die Rüſtung dienen ſolle. Je weniger zunächſt auf Oeſtreich zu rechnen war, um ſo beſtimmter war man auf die eigenen Kräfte angewieſen. Ein eben eintreffender Bericht Humboldts vom 28. Januar faßte das Reſultat der Miſſion Kneſebecks und ſeiner eigenen Bemühungen in Erwiderung der Mittheilung des Staatskanzlers vom 22. Januar an Metternich dahin zuſammen: Oeſtreich wird ſeine Streitkräfte *für* Frankreich nur in dem Falle verſtärken, wenn es durch verletzendes Verfahren Rußlands und Englands dazu gedrängt würde; es wird *gegen* Napoleon nur dann mitwirken, wenn es dieſen ſo engagirt ſieht, daß es ſelbſt außer aller Gefahr iſt, und insbeſondere deshalb, um dann bei der Regelung der Angelegenheiten mitwirken zu können; bis dahin wird die Furcht, ſich Frankreich gegenüber zu kompromittiren, es von jeder kategoriſchen Erklärung zurückhalten. Metternichs eigene Note von demſelben Datum bewegte ſich in den allgemeinſten Ausdrücken der Friedensliebe und Vermittelung: man habe nach England und an den Kaiſer Alexander geſendet, um deren Bedingungen für den Frieden zu hören. Während Scharnhorſt am 4. Februar den Operationsplan für die

vereinigten preußisch-russischen Armeen vorlegte [1]), deducirte Ancillon in einer sehr ausführlichen Denkschrift über die Knesebeck zu ertheilende Instruktion an demselben Tage, daß durch die höchst beklagenswerthe Zurückhaltung Oestreichs geboten sei, dem Kriege das mäßigste Ziel zu stecken, d. h. den Rheinbund und den französischen Besitz der Nordwestküste Deutschlands nicht in Frage zu stellen. Nicht nur Hardenberg, Scharnhorst und Hacke widerlegten in einem Immediatbericht vom 6. Februar diese kleinliche und ängstliche Auffassung; Knesebeck selbst schloß sich ihrer Ansicht an und übergab an demselben Tage seinerseits dem Könige eine Denkschrift über die nächsten Operationen, deren Plan er zugleich mit dem Allianzvertrage im russischen Hauptquartier vereinbaren sollte. Er schätzte die Streitkräfte, die Napoleon zur Verstärkung des Vicekönigs, dessen Truppen er auf 35,000 Mann annahm, von Mitte April bis Anfang Mai an die Elbe bringen könne, ganz richtig auf über 200,000 Mann [2]). Die Instruktion für den Abschluß mit Rußland, die er gleich darauf erhielt, wies ihn an, auf die Herstellung des Vertrauens zwischen den Höfen von Petersburg und Wien nachdrücklich hinzuwirken, den casus foederis nicht auf Italien und Spanien erstrecken zu lassen; so wünschenswerth die allgemeine Regelung der europäischen Verhältnisse sei, so habe doch Rußland ebenso wenig Interesse wie Preußen, sich in Beziehung auf diese Fragen die Hände zu binden. Sollte der Kaiser Erwerbungen in Bezug auf den ehemals preußischen Antheil Polens, in dessen Besitz Preußen zurücktreten würde, beanspruchen, so würden diese auf Landstriche zwischen Ostpreußen und dem Niemen zu beschränken sein. Dem Verlangen Schwedens nach Norwegen solle Knesebeck bei dem Kaiser entgegenarbeiten, da dies Dänemark auf die

---

[1]) Dies Aktenstück trägt das Datum des 4. Januar 1813. Da Scharnhorst jedoch erst unter dem 3. Januar mittelst Feldjäger von der eingetretenen Wendung unterrichtet wurde, wird dasselbe vom 4. Februar sein. — [2]) Nur Eugen und die Garnisonen in den Plätzen der Weichsel, Oder und Elbe schätzte er zu niedrig; in Danzig allein befanden sich, nachdem Murat hier die Divisionen Heudelet, Grandjean und Marchand zurückgelassen hatte, 35,000 Mann.

Seite Frankreichs treiben müſſe; es ſcheine vielmehr richtiger, die Vergrößerung Schwedens von dem Maße ſeiner Anſtrengungen gegen Frankreich abhängig zu machen. Endlich habe Kneſebeck darauf zu dringen, daß die ruſſiſchen Generale in den preußiſchen Provinzen unter keinem Vorwande ſelbſtſtändige Anordnungen zu treffen ſondern ſich überall mit den preußiſchen Regierungspräſidenten zu verſtändigen hätten, zugleich aber auch das Vorrücken einer erheblichen ruſſiſchen Streitkraft an die Oder möglichſt zu betreiben, um die Vernichtung der dieſſeit der Elbe befindlichen franzöſiſchen Truppen herbeizuführen. Er war ermächtigt, den preußiſchen Befehlshabern jenſeit der Oder nach Maßgabe dieſer Verabredungen Weiſungen zu ertheilen (8. Februar). In dem Beglaubigungsſchreiben Kneſebecks ſagte der König: „Es iſt mir unmöglich, Eurer Majeſtät ſo lebhaft, wie ich es wünſche, ſowohl meine Dankbarkeit für die Empfindungen auszuſprechen, welche Sie mir bewahrt haben, als die Befriedigung, die ich fühle, mich Ihnen, Ihrem Syſteme und Ihren Maßnahmen anzuſchließen, von denen nur die zwingendſten Umſtände mich eine Zeit lang trennen konnten. Die treue Freundſchaft, die ich Ihnen gewidmet und die nichts zu ändern vermag, haben Sie nie bezweifeln können; wie theuer es mir war, dieſe auch bei Ihnen in dem Briefe aus Wilna und dem aus Lyck wiederzufinden, werden Sie ſelbſt ermeſſen. Ich hätte ohne jeden Verzug geantwortet, wenn ich nicht gehofft hätte, Ihnen zu gleicher Zeit befriedigende Nachrichten über die Kooperation des Wiener Hofes geben zu können, wohin ich den Oberſten von Kneſebeck geſendet hatte, um Alles aufzubieten, uns dieſe Mitwirkung zu ſichern. Wenn es ihm nicht gelungen, ſo iſt er doch nicht ohne Hoffnung zurückgekehrt, und es wird gewiß ſehr förderlich ſein, alle unſere Mittel aufzubieten, um die Gründe zu Beſorgniſſen, welche Oeſtreich haben könnte, zu beſeitigen, und es zu bewegen, ſobald als möglich einen energiſchen und beſtimmten Entſchluß zu faſſen, zu welchem es ſich wahrſcheinlich in dem Falle entſchließen wird, daß ſeine Dazwiſchenkunft für einen Frieden, der die Unabhängigkeit Europa's beſſer ſichert als die früheren, erfolglos bleiben ſollte." Der König fügte hinzu, daß er Kneſebeck darum zu ſeinem Bevoll-

mächtigten ernannt, weil dieſer dem Kaiſer über die Anſchauungen und Abſichten in Wien treuen Bericht erſtatten könne (8. Februar).

Den Abſchluß des Vertrages mit Rußland erwartete der König binnen wenigen Tagen nach Kneſebecks Abgang. Am 9. Februar erging das Geſetz, welches jede Exemtion von der Leiſtung der Militärpflicht für die Dauer des bevorſtehenden Krieges aufhob. St. Marſan proteſtirte ſehr lebhaft wie gegen die Verordnung vom 3. Februar (S. 480) auch gegen dies Geſetz, das gleich am 10. Februar erweitert wurde. Als dann Major von Thile, mit Berichten und Schreiben der Generale York und Kleiſt vom 1. Februar von Königsberg zurückkehrend, in Breslau eintraf, vollzog der König, nachdem er Kenntniß von den überbrachten Schriftſtücken genommen, folgenden Armeebefehl: „Durch die von dem Generallieutenant von York eingereichten Rechtfertigungen und Berichte habe ich mich überzeugt, daß derſelbe zu der mit den Ruſſen eingegangenen Kapitulation durch die Umſtände, beſonders aber durch die Anordnungen des Marſchalls Herzog von Tarent ſelbſt bewogen und genöthigt worden iſt. Als den kräftigſten Beweis meines ungeſchwächten Vertrauens habe ich dem General von York den Oberbefehl über meine ſämmtlichen Truppen in Preußen und Pommern ertheilt und mache dies der Armee bekannt (12. Februar)." Eine an York ſelbſt gerichtete Ordre von demſelben Tage ſagte ihm, daß die Generale von Bülow und von Borſtell ſowie die Beſatzung von Graudenz ihm unterſtellt ſeien, und werde der General York ſich durch dieſe Ordre hierüber ausweiſen. Der König hege das Vertrauen zu ihm, daß er die zweckmäßigſten Maßregeln ergreifen, und falls die Truppen in Schleſien angegriffen werden ſollten, dem Feinde kräftig in dem Rücken operiren werde. Noch an demſelben Abend ging der Major von Thile mit dieſen Befehlen von Breslau ab und erreichte nach ſeiner Angabe den General York am 22. Februar in Marienwerder.

Andererſeits war der Staatskanzler beſchäftigt, die Formalität des Syſtemwechſels regelrecht weiter zu führen. Metternich hatte Kneſebeck geſagt, man möge doch die Ankunft der ruſſiſchen Armee an der Oder ruhig erwarten und ſich dann von Kaiſer Alexander

peremtoriſch auffordern laſſen, binnen 24 Stunden ſeine Partei zu nehmen. Verlange Preußen hiergegen den Schutz Frankreichs und könne dieſer in der geſtellten Friſt nicht geleiſtet werden, ſo ſei man im beſten Rechte, auf die Seite Rußlands zu treten. Solchem Rathe war das Syſtem des Staatskanzlers vorzuziehen: von dem Vertrage mit Frankreich dadurch loszukommen, daß man den Nachweis führte, daß dieſer von Seiten Frankreichs nicht gehalten ſei. In Verfolgung dieſes Ganges, den Hardenberg nach der Weiſung des Königs vom 26. Januar modificirte, erhielten Kruſemark und Hatzfeldt am 13. Februar Befehl, die Zahlung wenigſtens der Hälfte der preußiſchen Vorſchüſſe im Betrage von 47 Millionen Franks beſtimmt zu fordern. Der König habe die Rüſtungen angeordnet, welche die Umſtände gebieteriſch erheiſchten. Auch habe er ſich nicht enthalten können, den Oberſten Kneſebeck wegen der ihm vertragsmäßig zugeſtandenen Neutralität Schleſiens an den Kaiſer Alexander zu ſchicken; Hatzfeldts Bericht vom 29. Januar: Napoleon könne keine Verhandlung mit Rußland über die Neutralität Schleſiens zugeben (S. 478), war am 5. Februar in Breslau eingetroffen, und St. Marſan hatte nach ſeinem Ausdrucke Alles erſchöpft, die Abſendung Kneſebecks zu verhindern [1]). Sollte Napoleon geneigt ſein, die Beſetzung Danzigs, Pillau's und der Oderfeſtungen Preußen zu überlaſſen und ſeine Truppen hinter die Elbe zurückzuziehen, ſo werde der König den Kaiſer Alexander ſondiren laſſen, ob er auf dieſer Baſis einen Waffenſtillſtand zu ſchließen geneigt wäre, der ſeinen Truppen, die ſich eben Warſchau's bemächtigt hätten, die Weichſel nicht zu überſchreiten vorſchriebe. Dem General Bülow, deſſen Corps noch in der Formation ſei, ſei wohl durch ein Mißverſtändniß die Ordre des Fürſten von Neufchatel zugegangen, daß er unter den Befehl des Herzogs von Belluno (Viktor) geſtellt ſei [2]). Der König ſei hiervon nicht benachrichtigt, und der Kaiſer habe ſelbſt erklärt, daß das preußiſche Hülfscorps unter einem preußiſchen General ſtehen ſolle; Bülow ſei deshalb angewieſen worden, jenem Befehle nicht zu gehorchen. In

[1]) St. Marſan an Baſſano 15. Februar 1813. — [2]) Vgl. S. 479. 480.

einer Note vom 15. Februar verlangte Hardenberg von St. Marsan zu wissen, ob der Kaiser Napoleon auf einen Waffenstillstand unter jenen Bedingungen einzugehen geneigt sei. Nach der Antwort des Kaisers werde der König seine weiteren Maßnahmen treffen.

Diese Weisungen theilte der König dem Kaiser Alexander mit: der Systemwechsel werde auf diesem Wege vollzogen werden, da Napoleon sehr weit entfernt sein würde, diesen Forderungen zu genügen. Jedenfalls werde er nicht lange säumen, sich zu erklären, und er hoffe, daß inzwischen die beiderseitigen Beziehungen durch Knesebecks Sendung vollständig geregelt sein würden. Seine Ungeduld sei ebenso groß, wie die des Kaisers (17. Februar). Und noch bevor Nachricht von diesem Abschluß einging, am 20. Februar, wurde York angewiesen, gegen die Oder vorzugehen, da der König beschlossen habe, seine Truppen mit den russischen gegen diesen Strom vorrücken zu lassen; der im russischen Hauptquartier befindliche Oberst von Knesebeck sei beauftragt, ihm die näheren Bestimmungen über die Direktion des Marsches mitzutheilen. Bülow und Borstell wurden entsprechende Befehle ertheilt. Hardenberg schickte diese drei Ordres des Königs an Knesebeck, dem er bereits am 15. und 17. Februar geschrieben hatte: „Um eine kostbare Zeit nicht zu verlieren, ist es höchst dringlich, daß wir uns so schleunig als möglich aussprechen und handeln können. Beeilen Sie sich, ich bitte Sie, abzuschließen und uns Nachricht zu geben. Jedoch ist es zu wünschen, daß vor unserer Deklaration noch so viel Zeit vergeht, daß wir Antwort auf unsere Forderungen aus Paris haben könnten. Es scheint sehr wesentlich, Napoleon keinen neuen Vorwand zu geben, die Köpfe der Franzosen zu exaltiren. Wir verlieren dadurch auch keine Zeit, da York vor dem 8. oder 9. März die Oder nicht erreichen kann. Noch einmal, beeilen Sie sich, zu enden. Die guten Gründe zum Bruche werden uns nicht fehlen (21. Februar)." Aus Knesebecks erstem Berichte vom 18. Februar — Knesebeck hatte sechs Tage (9. bis 15. Februar) gebraucht, von Breslau in das Hauptquartier zu Klodawa zu gelangen — ging dann hervor, daß er gleich nach seiner Ankunft auf den Wunsch Alexanders den General Bülow angewiesen

habe, mit dem Corps Wittgenſteins an die Oder vorzugehen, da Wittgenſtein zu ſchwach ſei, dieſe Operation allein auszuführen; doch habe er Bülow aufmerkſam gemacht, nicht offenſiv zu verfahren und über Schwedt nicht hinauszugehen, da der Bruch mit Frankreich noch nicht erklärt ſei.

Der Vormarſch Wittgenſteins wurde dem Könige gleichzeitig von anderer Seite beſtätigt. Graf Ludwig Dohna überbrachte am 21. Februar aus Königsberg drei Schreiben Yorks vom 12. und 13. Februar ſammt den Beſchlüſſen der oſtpreußiſchen Stände. York meldete, daß er als Generalgouverneur der Provinz (S. 455) an die Spitze der landſtändiſchen Verſammlung getreten ſei und ſchilderte das Verhalten, den Patriotismus der Stände, weiter überreichte er den von den Ständen beſchloſſenen, darnach in Konferenzen mit den Landesbehörden modificirten Entwurf zur Bildung der Landwehr. In dem dritten Schreiben (13. Febr.) berichtete York, daß ihn der ruſſiſche Oberbefehlshaber zum Vorrücken an die Oder aufgefordert habe. Wittgenſtein hatte ihm ein Schreiben Kutuſows zugeſendet, in dem dieſer ſagte: „Es iſt der Wille ſeiner kaiſerlichen Majeſtät, daß das preußiſche Corps des Generals York ebenfalls vorrücke. Zu Folge dieſes werden Eure Erlaucht demſelben den Befehl ertheilen, aus Elbing aufzubrechen und auf dem rechten Flügel Eurer Erlaucht in der Richtung auf Neu-Stettin zu marſchiren.“ York bemerkte: „So wünſchenswerth es mir auch geweſen wäre, noch einige Zeit dieſſeit der Weichſel bleiben zu können, ſo habe ich dennoch dem Antrage nachgeben zu müſſen geglaubt, um auf keinen Fall bei entſcheidenden Operationen zu fehlen.“ Das Corps werde den 17. von Elbing aufbrechen, am 19. die Weichſel paſſiren, am 27. in Schlochau eintreffen. Bei ſeiner auf den 19. Februar feſtgeſetzten Abreiſe aus Königsberg werde er bis auf weitere Allerhöchſte Beſtimmung dem General Maſſenbach die Geſchäfte des Generalgouverneurs abgeben, dem Oberſten Below die neu zu errichtenden acht Reſervebataillone, dem vormaligen Major Grafen Lehndorf die Errichtung des von den Ständen angebotenen National-Kavallerie-Corps übertragen; „Eurer Königlichen Majeſtät ferneren Befehlen ſehe ich nun in Ehrfurcht

und mit Sehnſucht entgegen.“ Der König überſandte ſämmtliche Berichte Hardenberg mit folgenden Zeilen: „Hierbei die Nachrichten aus Berlin und die durch den Grafen Dohna erhaltenen Berichte. General York und die preußiſchen Stände ſchlagen die Formation einer Landwehr vor, die nützlich werden kann, wenn die Vorſchläge gehörig geprüft und mit den übrigen Maßregeln in Verbindung gebracht ſein werden. Das durch den Feldmarſchall Kutuſow motivirte Vorrücken des Generals York giebt Anlaß zu allerlei Betrachtungen. Es erhellet daraus, daß man uns coûte que coûte entrainiren und kompromittiren will. Ueber Alles dieſes ſehe ich Ihrem Vortrage entgegen (21. Februar).“ Hardenberg konnte nur betonen, daß ſo unzuläſſige Uebergriffe doch weſentlich daraus entſprängen, daß mit Rußland noch nicht abgeſchloſſen ſei, daß Kneſebeck die Verhandlungen hinziehe. Der König befahl, Kneſebeck zu ſchleunigem Abſchluß anzuweiſen.

Die Schwierigkeiten, auf welche Kneſebeck traf, lagen in der polniſchen Frage. Kneſebeck wünſchte dringend Preußen den früheren Antheil Polens, wenigſtens bis zur Weichſel, verbrieft zu ſehen und fürchtete, daß ohne eine beſtimmte Feſtſtellung auch über den vormals öſtreichiſchen Antheil die Beſorgniß Oeſtreichs vor der Vergrößerung Rußlands in Polen und vor deſſen Feſtſetzung an der Weichſel Oeſtreichs Theilnahme am Kriege gegen Frankreich erſchweren, ja vielleicht verhindern würde. Wir kennen Alexanders Intentionen in Bezug auf Polen (S. 339 ff.); bei dieſem Standpunkte kann es nicht verwundern, daß er ausſprach und trotz allem Drängen Kneſebecks daran feſthielt: er könne ſich vor dem Frieden über Polen nicht erklären. Für Preußen würden ſich andere Entſchädigungen finden z. B. Sachſen, wenn Sachſen mit Napoleon gehe. Kneſebeck blieb ebenſo hartnäckig bei ſeinem Verlangen; beredt ſchilderte er dem Staatskanzler, wie man ohne beſtimmte Zugeſtändniſſe Rußlands in Bezug auf Polen nur das franzöſiſche Joch mit dem ruſſiſchen vertauſchen werde, daß der Fehler von 1806 in keinem Falle wiederholt werden dürfe, der Fehler: mit Frankreich zu brechen, ehe man mit Rußland ſicher engagirt ſei. Es hieß das doch in dieſem Moment

die Hauptſache über den Nebenſachen vergeſſen und das Fell des Bären theilen, ehe man ihn erlegt hatte.

Hardenberg drang wiederholt auf den Abſchluß. Am 23. Februar ſchrieb er Kneſebeck: „Die Ungeduld des Königs, den Vertrag vollzogen zu erhalten, ſteigert ſich von Stunde zu Stunde, und es wird ohne Zweifel immer dringender, den Abſchluß nicht länger zu verzögern. Es iſt dies um ſo wichtiger, als die Verträge mit England und Schweden nach Maßgabe des ruſſiſchen eingerichtet werden müſſen. Die Anlagen zeigen Ihnen, was der Vicekönig ſich erlaubt (jene gewaltſame Approviſionirung der Feſtungen; S. 481), und mit welcher Schwäche ſich die Regierungskommiſſion in Berlin benimmt. Schon in meinem letzten Briefe ſagte ich Ihnen, daß Artikel 9 des Entwurfs von ſelbſt falle, wenn ihn der Kaiſer von Rußland nicht zulaſſen will. Was kann Sie noch hindern, zu zeichnen? Der König befiehlt mir eben, Ihnen einen Kurier zu ſchicken, um Sie zu drängen, mein lieber Oberſt. Herr Frieſen, der ſich mit mehreren Militairs eifrig mit der Bildung eines Freicorps beſchäftigt, iſt hierzu beſtimmt worden. Ich ſchreibe durch ihn zugleich auch dem Baron Stein. Es iſt meine Pflicht, Ihnen nicht zu verbergen, daß man Sie im ruſſiſchen Hauptquartier anklagt, nicht rund und offen genug zu verfahren und in Ihrer Unterhandlung zu finaſſiren. Ich glaube das nicht, ſetze Sie aber in Kenntniß, da ich weiß, daß Sie nur das vollſtändigſte Gelingen unſerer Abſichten im Auge haben. Laſſen Sie uns nicht länger in der Ungewißheit.“ Und darauf am folgenden Tage: „Der Hauptmann von Röder, der in das Hauptquartier der Avantgarde geht, bringt Ihnen dieſen Brief. Das militäriſche Koncert für das, was augenblicklich zu thun iſt, wird täglich dringender und nöthiger. Wir müſſen daher wiſſen, was es mit dem jetzt vereinigten polniſchen und ſächſiſchen Korps unter Poniatowski für eine Beſchaffenheit hat, ob dieſes in unſerem Rücken operiren und wie man dies verhindern kann; es könnte uns in der Folge ſehr geniren.“ Dem Könige ſagte Hardenberg bei Ueberſendung einiger Berichte: „Aus den beigelegten Stücken erhellt, daß die gewaltſamen Requiſitionen im Umkreiſe der Feſtungen auf ausdrücklichen Befehl

Napoleons geſchehen (S. 480). Von Paris haben wir ſeit dem 5. d. M. gar nichts. Es iſt nicht zu bezweifeln, daß wir uns ſchon im Kriegszuſtande befinden. Hiernach müſſen wir meines Erachtens alle unſere Maßregeln nehmen. Ich habe heute wieder an Kneſebeck geſchrieben (24. Februar)."

Auch dem Kaiſer von Rußland war die Geduld ausgegangen. Am 25. Februar meldete ſich beim Staatskanzler der Freiherr von Anſtett, um dem Könige ein Schreiben Alexanders zu überreichen. Es war aus Zbiersko vom 22. Februar. Alexander bat den König dringend, ſich nicht zu bemühen, Napoleon ins Unrecht zu ſetzen, (S. 493) um dem Vorwurfe der Treuloſigkeit zu entgehen. Habe nicht Napoleon dem Könige gegenüber jeden Artikel des Vertrages von Tilſit in jedem Punkte auf die unerhörteſte Weiſe gebrochen? Das Recht, ſich einer erdrückenden Allianz, welche die Uebermacht erzwungen, unter veränderten Umſtänden zu entziehen, ſei unbeſtreitbar. „Wir werden, wie ich hoffe, hierüber einig ſein, und ich ſchmeichle mir, daß wir uns ebenſo über alle übrigen Punkte verſtändigen werden. Um die Unterhandlung zu beſchleunigen, ſchicke ich Ihnen, mit meiner Vollmacht verſehen, den Staatsrath Anſtett. Ich empfehle ihn Ihrem Wohlwollen und bin überzeugt, daß ſeine Ankunft alle noch übrigen Schwierigkeiten ausgleichen wird. Baron Stein benutzt dieſe Gelegenheit, ſich Eurer Majeſtät zu Füßen zu legen. Er iſt ſicherlich einer der treueſten Unterthanen, die Sie beſitzen. Faſt ein Jahr hindurch iſt er in meiner Nähe, und ich habe ihn dadurch noch beſſer kennen und achten gelernt. Er kennt alle meine Pläne und meine Wünſche für Deutſchland und kann darüber genaue Auskunft geben."

Der Vertragsentwurf, welchen Anſtett vorlegte, bezeichnete als den unmittelbaren Zweck der Defenſiv- und Offenſiv-Allianz zwiſchen Rußland und Preußen die Herſtellung Preußens. Dieſe ſei nicht erreicht, ſolange Frankreich Einfluß in Norddeutſchland übe. Rußland werde 150,000, Preußen 80,000 Mann, abgeſehen von den Garniſonen der Feſtungen, ſtellen, wohlverſtanden, daß Preußen dieſe Zahl in jeder möglichen Weiſe erhöhen werde. Zur Feſtſtellung des Operationsplanes werde der König einen höheren Offizier in das ruſſiſche

Hauptquartier ſchicken. Der Kaiſer werde die Waffen nicht niederlegen, bis Preußen in dem Umfange und der Stärke von 1806 hergeſtellt ſei. Für die hierzu erforderlichen Aequivalente würden alle Gebiete Norddeutſchlands, welche durch Unterhandlung oder die Waffen erworben würden, mit Ausnahme der Beſitzungen des Hanoverſchen Hauſes, verwendet werden. Insbeſondere garantire der Kaiſer dem Könige den Beſitz Oſtpreußens, dem ein Territorium hinzugefügt werden würde, welches dieſe Provinz in allen Beziehungen, militäriſch wie politiſch, mit Schleſien verbinde. Nachdem Hardenberg dieſen Entwurf mit Anſtett durchgegangen, rieth er, ihn ohne jede Aenderung anzunehmen. „Nach der Art, wie Kneſebeck dieſe Unterhandlung geführt hat", ſchrieb er dem Könige, „wären noch Wochen erforderlich geweſen, und an Stelle von Uebereinſtimmung und Vertrauen hätten wir von vornherein das Gegentheil gehabt [1])." Der König genehmigte die Vollziehung durch den Staatskanzler auf der Stelle und ſchrieb dem Kaiſer: „Ich hoffe, Sire, daß Sie aus der Beeilung, mit welcher ich auch meinerſeits den Vertragsentwurf, den der Staatsrath Anſtett vorgelegt, ohne Aenderung genehmigt habe, das unbegrenzte Vertrauen erkannt haben werden, welches ich in Ihre freundſchaftliche Geſinnung für mich, der ich den Vorſchlag völlig entſprechend gefunden habe, ſetze, und wie groß meine Ungeduld iſt, die Bande, welche mich mit Eurer Majeſtät verknüpfen, unauflöslich geſchlungen und unſer Bündniß gezeichnet zu ſehen. General Scharnhorſt wird die Ehre haben, Ihnen dieſe Zeilen zu überreichen. Ich ſende ihn in Ihr Hauptquartier, um dort gemeinſchaftlich mit Oberſt Kneſebeck mit den von Eurer Majeſtät ernannten Offizieren unſere erſten Kriegsoperationen feſtzuſtellen. Den Baron Stein habe ich noch nicht ſehen können, da

---

[1]) Durch den Text wird der Erzählung bei Pertz (Steins Leben 4, 302. 303; Gneiſenau 2, 505), daß Stein beim Schloſſe vorgefahren, dem Könige geſagt, daß er ſich nun doch beſinnen werde, die Lage auf das Eindringlichſte vorgeſtellt, der König nachgegeben habe und Hardenberg gerufen worden ſei, als deren Quelle mündliche Mittheilung Boyens citirt iſt, jede Grundlage entzogen. Auch zeigt, was oben vorangeht, ausreichend, daß es ſich um Nachgeben des Königs keineswegs handelte.

er durch ein Unwohlsein in seinem Zimmer zurückgehalten ist; aber ich werde ihn mit Vergnügen wiedersehen und Eurer Majestät Absichten über Deutschland von ihm vernehmen. Möge der Himmel unsere Anstrengungen segnen (27. Februar [1])!"

Als Anstett mit dem vollzogenen Vertrage in Kalisch eintraf, ließ der Kaiser Knesebeck rufen und sagte ihm: „Sie sehen, mein Herr, der König hat mehr Vertrauen zu mir; er hat sogleich gezeichnet, ohne ein Wort zu ändern. Das ist eine Verstärkung, welche die Vorsehung mir sendet, und der König kann sicher sein, daß ich nicht abstehen werde, ohne seine Hoffnungen erfüllt zu haben. Ich werde eher untergehen, als ihn verlassen." Dem Könige selbst schrieb er (28. Februar): „Es ist mir unmöglich, mich zu enthalten, Sire, das volle Glück Ihnen auszusprechen, welches ich empfinde, mich Ihnen von Neuem durch den feierlichsten und heiligsten Akt verbunden zu sehen, der mit Hülfe der göttlichen Vorsehung Europa dem Joche entreißen wird, welches es niederdrückt, und mir die lange erwartete Freude gewähren wird, Ihnen durch Thaten zu beweisen, wie sehr ich Ihr Freund bin. Wohl habe ich Ihr Herz erkannt an der schnellen und offenen Art, mit welcher Alles geschlossen und beendet worden ist. Ich schließe, indem ich unseren Wahlspruch wiederhole: Hoffnung auf Gott, Muth und Ausdauer; und Alles wird gut gehen. Mit Ungeduld erwarte ich den General Scharnhorst; dann werde ich nach dem Glücke trachten, Sie wiederzusehen, ein Augenblick, der mir über jeden Ausdruck theuer sein wird." Der König erwiderte: „Lebhaft bewegt mich, Sire, der ergreifende Ausdruck Ihrer Empfindungen in Ihrem Schreiben vom 28. Februar; die meinigen entsprechen denselben vollständig, und ich kann Ihnen nicht sagen, wie befriedigt

[1]) Wenn bezweifelt worden ist, daß Alexander mit Wahrheit Knesebeck am 28. Februar in Kalisch habe sagen können: „Stein sei vom Könige sehr gut aufgenommen worden" (Sybels historische Zeitschrift 16, 289), so beweist diese Aeußerung des Königs, daß Alexander vollen Grund dazu hatte. Was der König dem Kaiser schrieb, wird er Anstett auch mündlich gesagt haben; vgl. Hardenbergs Brief an Stein S. 488. Stein war gleich nach der Ankunft in Breslau schwer erkrankt, die Besserung trat erst am 19. Februar ein. Zur Verhandlung über den Allianzvertrag war nur Anstett bevollmächtigt.

ich bin, die Bande, welche uns einigen, feierlich uud für immer befeſtigt zu ſehen. Ich nehme Ihren Wahlſpruch in ſeiner ganzen Bedeutung an: Hoffnung auf Gott, Muth und Ausdauer!“

Als Napoleon die Kriegserklärung Preußens erhielt, ließ er ſeinem Geſandten in Wien ſchreiben: Da Oeſtreich den Frieden will, muß es raſch handeln. Will Kaiſer Alexander nicht unterhandeln, ſo ſchlagen wir vor: Preußen wird in drei Theile getheilt. Es hat fünf Millionen Einwohner. Eine Million im Oſten der Weichſel bleibt ihm, zwei Millionen (d. h. den beſten Theil Preußens, Schleſien) erhält Oeſtreich, eine Million Sachſen, die letzte Million Weſtfalen. Die Tage ſind gezählt, der Kaiſer wird Anfang Mai an der Elbe ſein.

An der gewaltigen Erhebung des preußiſchen Volkes, an dem feſten Zuſammenhalten Friedrich Wilhelms und Alexanders ſcheiterten dieſes und ähnliche Projekte, ſcheiterten Thron und Macht des erſten Napoleon. Die perſönliche Beziehung, welche ſeit der Zuſammenkunft in Memel zwiſchen beiden Fürſten beſtand, hatten alle Künſte Napoleons nicht zu erſchüttern vermocht. Trotz des wechſelnden Ganges der Politik, trotz der übelſten Zwiſchenfälle unbeirrt feſtgehalten, bewahrte ſie die Möglichkeit der Koalition gegen Frankreichs Dominat, geſtattete ſie die raſche und volle Vereinigung Preußens und Rußlands, bildete ſie den feſten Kern der Kriegführung gegen den erſten Napoleon, welche ohne dieſen kaum zum Ziele gelangt ſein würde.

Eine Milliarde Kriegsentschädigung,

welche

Preußen Frankreich gezahlt hat.

Man liebt es in Frankreich, ſich der Großmuth des nationalen Charakters zu rühmen; aber ſeine Lenker haben es dennoch zu allen Zeiten verſtanden, die Vortheile, welche ihre Armeen erfochten hatten, zu verwerthen und den Beſiegten die ganze Schwere des Unterliegens eindringlich fühlbar zu machen. Was „Ludwig der Große“ in dieſer Richtung geleiſtet, wurde von dem Konvent und der Direktorialregierung anſehnlich überboten, und dieſe wiederum ließ das erſte Kaiſerthum weit hinter ſich zurück. Die ſchärfſte Anwendung dieſes Syſtems hat der Imperator nach den Tagen von Jena und Auerſtädt gegen Preußen eintreten laſſen. Wenn ich verſuche, Art und Umfang dieſer Ausbeutung des Sieges im Einzelnen zu vergegenwärtigen, ſo geſchieht dies nicht ſowohl, um die Erfindungskraft des Siegers nach dieſer Seite hin zu verdeutlichen, als vielmehr um die Folgen anſchaulich zu machen, die dieſe Auspreſſung Preußens auf deſſen weitere Geſchicke ausüben mußte und ausgeübt hat, Folgen, die thatſächlich über die Wiederaufrichtung unſeres Staates weit hinaus gereicht und mehr als zwei Decennien hindurch einen ſehr bemerkbaren Einfluß auf die wirthſchaftliche Lage des Landes und deſſen politiſche Aktion geübt haben.

„Niemals,“ ſagt einer der eifrigſten Bewunderer Napoleons unter den Franzoſen, Bignon, „hatte bis dahin eine fremde Okkupation ſo grauſam einen Staat gedrückt, wie die Frankreichs Preußen drückte.“ Er erzählt, daß, als Napoleon im September 1806 ſeine in Deutſchland bereitſtehenden Truppen gegen Preußen wendete, der Generalzahlmeiſter der Armee in der Feldkriegskaſſe nur 24,000 Frs.

über den Rhein mit ſich genommen habe; nach anderen Angaben waren es 80,000 Frs. Während des Krieges ſeien dann 200,000 Franzoſen und dazu deren Alliirte auf Koſten Preußens beſoldet, verpflegt, bekleidet und remontirt worden, und trotzdem hätten die baaren Ueberſchüſſe am Schluſſe der erſten Okkupation (d. h. im Herbſt 1808) 474 Millionen Franks betragen [1]). Bignons Autorität, der des erſten Generaladminiſtrators der preußiſchen Finanzen, Eſtève's, Nachfolger in Berlin war, wird für den Druck, welchen Preußen erfuhr, und deſſen Erträge nicht leicht anzufechten ſein. Noch ſachkundiger, als er, war in dieſer Beziehung der Generalintendant der großen Armee, Daru. Dieſer berechnete ſchon am 1. Januar 1808 den Ertrag der Okkupation auf 604,227,922 Frs. und am 15. Oktober 1808 den baaren Ueberſchuß nach Abrechnung deſſen, was die Beſoldung der Armee gekoſtet, auf 474,352,650 Frs. 53 Cts. [2]). Napoleon ſelbſt, der, wenn auch ſonſt, doch in ſolchen Dingen gewiß nicht zu ſeinem Vortheil übertrieb, ſagte nach Beendigung der erſten Okkupation am 9. März 1809 dem Grafen Röderer: „Ich habe eine Milliarde aus Preußen gezogen [3])."

Man würde irren, wenn man hiermit die Leiſtungen Preußens erſchöpft glaubte. Es hatte nach dieſer Räumung (Dcbr. 1808) eine ſchwere Kontribution zu erlegen; es hatte die franzöſiſchen Garniſonen, welche Küſtrin, Stettin und Glogau auch weiterhin beſetzt hielten, zu unterhalten; die Laſt des Kontinentalſyſtems drückte nach ſeiner wirthſchaftlichen und Handelslage Preußen ſchwerer als irgend ein anderes Land; es hatte 1812 vertragsmäßig die enormſten Lieferungen für Napoleon zu beſchaffen und dazu die Quartierung, die Verpflegung, den Transport und die Remontirung der großen franzöſiſchen Armee auf dem Marſche nach und von Rußland, die Quartierung und Verpflegung ihrer Reſerven zu tragen. Und dieſe Fülle von Leiſtungen mußte ein Staat aufbringen, den der Friede von

---

[1]) Bignon Histoire de France 6, 31. 7, 399. — [2]) Daru bei Dumas Précis 19, 459 399. 463 sqq. — [3]) Oeuvres du comte Roederer p. 544.

Tilsit auf ein Gebiet von 2856 Quadratmeilen und eine Einwohnerzahl von 4,600,000 Bewohnern beschränkt hatte [1]).

Vor dem Kriege hatte das höchste Gesammteinkommen des Staates, zu dem Preußen überhaupt gelangt war (es war im Rechnungsjahre 1805/1806 erreicht worden), 35½ Millionen Thaler, das reine Einkommen 27 Millionen Thaler betragen. Nach Abzug der Kosten für den Hof und die Civilverwaltung, welche sich auf 7 Millionen Thaler beliefen, waren 20 Millionen Thaler verfügbar geblieben [2]). Nachdem Preußen im Frieden von Tilsit die fruchtbarere und dichter bevölkerte Hälfte seines Gebietes verloren, hätte das Gesammteinkommen höchstens 17 Millionen, das reine Einkommen nicht mehr als 14 Millionen Thaler, der verfügbare Theil höchstens 11 bis 12 Millionen Thaler betragen können, wenn der Krieg das Land unberührt gelassen, wenn der Grundbesitz, wenn die übrigen Quellen des Einkommens nicht durch diesen, durch die Okkupation und das Kontinentalsystem im Werthe theils tief herabgedrückt, theils vollständig aufgetrocknet worden wären. Das Finanzdepartement erklärte bald nach dem Frieden noch in Memel und noch ohne Kenntniß der Lasten, welche Preußen nach diesem aufgebürdet werden sollten: es sei höchst ungewiß, ob das Gesammteinkommen nach der Räumung des Landes in den nächsten Jahren auf 17 Millionen Thaler gebracht werden könne.

Prüfen wir, ob die Angaben des Kaisers Napoleon und seiner mit Aussaugung Preußens beauftragten Beamten zu den Angaben unserer Behörden aus jenen Jahren stimmen, ob sie hinter ihnen zurückbleiben oder dieselben übersteigen. Es wird sich dabei ergeben, in welcher Weise Napoleon innerhalb zweier Jahre jene Milliarde oder wie viel sonst aus dem Gebiete, das er Preußen übrig gelassen, herauspreßte, welche Summen und Leistungen er über diese hinaus,

---

[1]) Stein giebt 4,600,000 Einwohner in einer Denkschrift aus dem Juli 1810; Bassewitz, Kurmark (1, 581) berechnet unmittelbar nach dem Frieden 4,594,000 Einwohner, Hoffmann in einer Denkschrift vom 2. Mai 1812 4,750,000. — [2]) Riedel Der Brandenburgisch-Preußische Staatshaushalt S. 225.

von welchen wir durch Autoritäten jener Seite nicht unterrichtet ſind, Preußen abzunehmen verſtanden hat. Die Kriegskoſten und Leiſtungen, welche die eigene Armee, ſodann die ruſſiſche unſerem Staate in den Jahren 1806 und 1807 verurſacht haben, bleiben ſelbſtverſtändlich bei Seite; ich verſuche nur, die Leiſtungen und Lieferungen, die Preußen für die franzöſiſche Armee und für Frankreich zu tragen gehabt, insbeſondere aber die Kriegsentſchädigung, welche Frankreich aus Preußen gezogen hat, annähernd feſtzuſtellen.

Gleich am Tage nach der Doppelſchlacht von Jena und Auerſtädt ſchrieb Napoleon mittelſt Dekretes vom 15. Oktober eine Kontribution von 100 Millionen Franks aus. Dieſer Betrag wurde alsdann auf das Herzogthum Magdeburg, auf die Marken, auf Berlin und auf Pommern vertheilt. Nach der Uebergabe Stettins wurde der dortigen Kaufmannſchaft durch Dekret vom 4. November 1806 noch eine beſondere Kontribution von 10 Millionen Franks aufgelegt. Die Dekrete vom 7. December 1806 und 12. Januar 1807 legten der Provinz Schleſien 30 Millionen Franks auf. Endlich wurde nach der Schlacht von Friedland Königsberg angewieſen, eine Kontribution von 12 Millionen Franks zu entrichten. Von der Belegung Oſtpreußens mit einer beſonderen Kontribution nahm Napoleon ſelbſt Abſtand; er kannte den Zuſtand dieſer Provinz aus halbjähriger Erfahrung. Sonach war dem preußiſchen Gebiet an der Elbe und oſtwärts der Elbe an Kontributionen ein Geſammtbetrag von 152 Millionen Franks auferlegt worden. Als dann der Friede am 9. Juli 1807 zu Tilſit gezeichnet war, befahl Napoleon, dafür zu ſorgen, daß keine Flinte, kein Pulverkorn, kein Ausrüſtungsgegenſtand in Preußen zurückbleibe. Es zeigte ſich bald, daß auch kein Geld, kein Korn und kein Vieh im Lande bleiben ſollten.

Die Konvention zur Ausführung des Friedens von Tilſit, die am 12. Juli gezeichnet wurde, verfügte durch Art. 2, daß Oſtpreußen bis zum 20. Auguſt, das übrige Preußen verbliebene Gebiet bis zur Elbe, mit Ausnahme der Kreiſe Prenzlau und Paſewalk und des Herzogthums Magdeburg rechts der Elbe, am 1. Oktober geräumt ſein ſolle; die Räumung der ausgenommenen Territorien ſolle bis zum

1. November 1807 erfolgen. Jedoch bestimmte Art. 4 dieser Konvention: „Diese Dispositionen werden zu den bestimmten Terminen Platz greifen, sobald die dem Lande aufgelegten Kontributionen abgetragen sind.“ Man hatte preußischer Seits an diesem Vorbehalte zunächst keinen Anstoß genommen. Ohne schon im Besitze genügender Kenntniß zu sein, was die Kreise und Provinzen bis zum 9. oder 12. Juli auf ihre Kontributionen gezahlt, wußte man doch, daß bedeutende Summen abgetragen waren, daß noch bedeutendere Lieferungen auf die höchst umfassenden Requisitionen, welche für die Ernährung, Bekleidung und Remontirung ihrer Truppen von den französischen Befehlshabern gefordert worden waren, von den Provinzen erfolgt seien. Der Generaladministrator Estève hatte am 15. November 1806 erklärt, daß diese Requisitionen auf die ausgeschriebenen Kontributionen angerechnet werden würden. In jenem Dekrete, durch welches der Stadt Königsberg 12,000,000 Franks auferlegt wurden, war ausdrücklich verfügt, daß ein Drittel dieser Summe in Lieferungen abgetragen werden solle. In fast allen Requisitionsausschreibungen war gesagt, daß die verlangten Lebensmittel, Fourage, Bekleidung, Ausrüstung, Lager- und Lazarethbedürfnisse auf die Kontribution angerechnet werden sollten. Endlich hielt man sich preußischer Seits überzeugt, daß, nachdem das Herzogthum Magdeburg, mit Ausnahme der drei rechtselbischen Kreise, die gesammte Altmark und von der Neumark der Kreis Kottbus abgetreten waren, die von diesen Gebieten aufzubringenden Quoten der Kontribution Preußen nicht mehr zur Last fallen könnten. Ueber den Betrag dieser Quoten konnte kein Streit sein; die Kontributionen waren nach Anweisung des Generalintendanten Daru selbst nach dem Maßstabe der in den einzelnen Landestheilen aufkommenden Grundsteuer vertheilt worden.

Es war freilich auffallend, daß unmittelbar nach Auswechselung der Ratifikationen neue Anforderungen besonderer Art gestellt wurden. Napoleon schenkte innerhalb der preußischen Staatsgrenzen, seinem Stabschef Berthier die Güter Schönlanke und Schlope, dem Marschall Mortier die Herrschaft Kammin. Der Friedensvertrag vom 9. Juli

verpflichtete durch Art. 16 Preußen: Sachſen und dem nunmehr mit dieſem verbundenen Großherzogthum Warſchau eine Militärſtraße durch ſein Gebiet zu geſtatten. Sie wurde über Kroſſen und Züllichau auf Poſen gelegt. Bereits am 25. Juli 1807 beanſpruchte Berthier jedoch nachträglich noch eine Handelsſtraße zwiſchen Sachſen und Polen, auf welcher der Verkehr für die Unterthanen Sachſens und des Großherzogthums Warſchau zollfrei ſein und der ſächſiſchen Regierung das Recht zuſtehen ſolle, eigene Poſtbureaus zu errichten. Die Konvention von Elbing geſtand am 13. Oktober 1807 ſtatt der einen drei Handelsſtraßen mit erheblichen Zollbefreiungen von Dresden über Breslau und Oels, über Liegnitz und Steinau, über Sorau und Glogau nach Frauſtadt, jedoch ohne ſächſiſche Poſtbureaus zu. Kaum war dies zugegeben, als franzöſiſcher Seits Grenzberichtigungen für das Großherzogthum Warſchau, d. h. Erweiterungen deſſelben, auf Koſten Preußens verlangt wurden. Preußen ſollte zu Gunſten Warſchau's auf den Michelauer Kreis und Neuſchleſien, welches Art. 2 des Friedens ausdrücklich unter den Preußen verbliebenen Gebieten aufzählte, verzichten. Beide Forderungen wurden am 10. November 1807 gewährt, um die Räumung des Landes nicht zu verzögern. Art. 18 des Friedens zu Tilſit hatte Danzig zu einer unter dem Schutze Preußens und Sachſens unabhängigen Stadt gemacht: „avec un territoire de deux lieues de rayon autour de son enceinte.“ Auf ausdrücklichen Befehl Napoleons mußten Soult, der die Armee in Preußen befehligte, und Berthier einen Umkreis von zwei deutſchen Meilen, und zwar von den letzten Außenwerken bemeſſen, fordern [1]). Auch dieſer wurde am 6. December 1807 aus dem bereits erwähnten Grunde von Seiten Preußens zugeſtanden.

Hatte man preußiſcher Seits gehofft, durch dieſe Reihe von Nachgiebigkeiten die Räumung zu erkaufen, um endlich wieder Herr in dem Ueberreſte des Staates zu werden — man wurde bald grauſam enttäuſcht. Die franzöſiſche Armee, welche am 20. Auguſt über die Weichſel zurückgezogen ſein ſollte, blieb hinter der Paſſarge ſtehen

[1]) Correspondance de Napoléon 15, 473. 481.

und fuhr fort, Preußen mit mindeſtens 160,000 Mann und 50,000 Pferden beſetzt zu halten [1]). Napoleon war nicht gemeint, Preußen überhaupt zu verlaſſen, ſo ſagt er uns ſelbſt [2]), und der unbefangenſte, aber keineswegs ungünſtig geſinnte Darſteller ſeiner Politik, Lefebvre, bemerkt: „Es war ſeine Abſicht, die Okkupation Preußens ins Unbeſtimmte zu verlängern [3])." Napoleons Motive habe ich an einem anderen Orte nachgewieſen (S. 283 ff.). Um der Fortdauer der Okkupation den Schein das Rechtes zu geben, verbot er dem Generalintendanten Daru, die Requiſitionen auf die Kontributionen anzurechnen; außerdem müſſe ihm (Napoleon) wenigſtens eine volle Jahreseinnahme des preußiſchen Staates zufallen: die Erträge der letzten Monate des Jahres 1806 und das ganze Jahr 1807 (der Friede war, wie bemerkt, am 9. Juli 1807 unterzeichnet worden) gehörten ihm. Da die Provinzen, welche Preußen geblieben, jährlich 73,000,000 Franks einbrächten, müſſe Preußen noch 200,000,000, mindeſtens 150,000,000 Frs. zahlen. Alle Holzvorräthe ſeien wegzuführen oder zu verkaufen; es müſſe mit der äußerſten Härte verfahren werden [4]).

Dieſe Befehle erklären, wie es geſchah, daß die preußiſchen Kommiſſare, welche Ende Juli zu Berlin zur Vollziehung des Friedens in Berlin mit Daru zuſammentraten, erſtaunliche Anſätze zu ſehen bekamen. In den letzten Tagen des Auguſt präſentirte ihnen Daru die folgende Note; er hatte für die oben erwähnten abgetretenen Landestheile etwa 21½ Millionen Franks von jener Geſammtkontribution von 152 Millionen abgeſetzt; trotzdem ſollte Preußen noch mehr als 154 Millionen Franks zahlen und zwar:

An Kontribution . . . . . 130,511,856 Frs. 9 Cent.
An Landesrevenuen nach dem Anſchlage von 87,986,625 Frs.

---

[1]) Am 1. Mai 1808 ſtanden in der Kurmark 40,774 Mann und 16,151 Pferde, in Schleſien bis Dcbr. 1807 77,373 Mann und 19,067 Pferde; S. 528. — [2]) Correspondance de Napoléon 15, 410. 531. 543. 545; 16, 33. 51. 123. 143. — [3]) Lefèbvre histoire des cabinets 3, 352. — [4]) Corresp. Napol. 15, 419. 423. 429. 440. 448. 453. 461.

Transport	130,511,856 Frs.	9 Cent.
3 Cent. jährlich für die Zeit vom 1. November 1806 bis zum 12. Juli 1807 d. h. für 8 Monate und 12 Tage	61,590,637 =	53 =
An anderen Forderungen . . .	6,624,475 =	24 = [1]
Summa	198,726,968 Frs.	86 Cent.

Hierauf könne angerechnet werden an bereits gezahlten Kriegskontributionen . . . 33,077,182 Frs. 40 Cent.
an erhobenen Landesrevenuen . . 11,144,307 = 28 =

Summa 44,221,489 Frs. 68 Cent.

Mithin habe Preußen noch zu entrichten: 154,505,479 Frs. 18 Cent., in runder Summe 154,500,000 Frs. [2].

Napoleon wußte, so sagt uns Lefebvre, daß Preußen in naher Frist 150 Millionen nicht zu zahlen vermochte. Es kam ihm nur auf einen Vorwand an, das Land besetzt zu halten [3]. Was konnte es solchen Absichten gegenüber fruchten, daß die preußischen Kommissare geltend machten und überzeugend nachwiesen, daß von der Gesammtforderung an Kontribution von . . . . . 152,000,000 Frs.
unter jeder Voraussetzung nach Abtretung der Altmark, des Herzogthums Magdeburg und des Kreises Kottbus nach Maßgabe der betreffenden Grundsteuerquoten für die Altmark . . . . 9,209,883 =

Latus 9,209,883 Frs.

[1] Réquisitions 5,392,744 Frs. 40 Cent., Créances 1,231,730 Frs. 84 Cent. — [2] Die Forderungen Frankreichs wurden durchgehends noch dadurch erhöht, daß der Thaler nur zu 3 Frs. 65 Cent. angenommen und berechnet wurde. — [3] Lefèbvre l. c. 3, 352.

Transport	9,209,883 Frs.
für Magdeburg, von dem nur die drei rechtselbiſchen Kreiſe bei Preußen geblieben	24,040,322 "
für den Kreis Kottbus	939,718 "
in Summa	34,189,923 Frs.

abgeſetzt werden müßten, wodurch ſich die Kontributionsforderung auf . . . . . 117,810,077 Frs. ermäßige. Die für Danzig, das Kulmerland und den Kreis Michelau erforderlichen Abſetzungen mußten die ausgeſchriebenen Kontributionen dann noch weiter und zwar auf den Betrag von etwa 115,000,000 Frs. reduciren. Wollte man ſelbſt dieſen Abzug nicht zugeben, ſo konnte Preußens reſtirende Schuld, da über 98 Millionen Franks auf die ausgeſchriebenen Kontributionen abgetragen waren, nicht mehr als 19 Millionen Franks betragen. Zu dieſer Zahlung erklärten ſich die Kommiſſare des Königs bereit. Wenn Daru dann weiter das Staatseinkommen für das Preußen des Tilſiter Friedens auf jährlich nahezu 88 Millionen Franks und zwar nach Abzug der Adminiſtrationskoſten berechnet hatte, ſo zeigte uns bereits Napoleons eigene Autorität, daß Daru's Anſatz auch für das Bruttoeinkommen um mindeſtens 15 Millionen Franks zu hoch war. Die angeführte Aeußerung Napoleons, daß die Einkünfte der Provinzen, welche Preußen geblieben ſeien, 73 Millionen Franks (rund 19,465,000 Thaler) betrügen, beruht offenbar auf den Berichten ſeines eigenen Generaladminiſtrators. Auch dieſer Anſatz war nach dem, was oben über die Einkünfte Preußens bemerkt iſt (S. 505), noch um mehr als zwei Millionen Thaler zu hoch.

Die Gegenrechnung Preußens gegen Daru's Forderungen ſtellte ſich, wie folgt:

Preußen hatte auf die Kontributionen bis zum 12. Juli eingezahlt den ſehr erheblichen Betrag von	98,662,125 Frs. 42 Cent.
Ferner war bis zu demſelben Tage von den franzöſiſchen Behörden	

Transport	98,662,125	Frs. 42	Cent.
an Staatseinkommen empfangen . . .	16,832,756	» 34	»
Dagegen aber waren an Gehalten und Penſionen preußiſcher Beamten, deren Zahlung das Dekret Napoleons vom 13. November 1806 zugeſagt hatte, am 12. Juli 1807 rückſtändig . . .	4,773,699	» —	»
Bei den Ueberſchußverwaltungen und den Geldinſtituten des Staates, der Bergverwaltung, der Bank, der Seehandlung, den Holzverwaltungen war konfiscirt worden in baarem Gelde und Vorräthen ein Betrag von	23,400,083	» 18	»
Ebenſo waren an Pupillen- und Waiſenhausgeldern konfiscirt worden .	7,538,636	» 89	»
Der Werth der bis zum 12. Juli 1807 geleiſteten Requiſitionen, abgeſehen von der Quartierlaſt und Kriegsſchäden, betrug	56,228,941	» 86	»
Die Geſammtſumme der Leiſtungen, Vorenthaltungen und Konfiskationen betrug mithin für Preußen am 12. Juli 1807	207,436,242	Frs. 69	Ct.[1])

[1]) Aufſtellung Sacks vom 16. November 1809; geh. Staatsarchiv. Für die Bank, die Bergverwaltung u. ſ. w. ſind die beſonderen Ergebniſſe folgende. An konfiscirten Beſtänden an Geld und Material hatte verloren:

die Nutzholzgeſellſchaft	5,491,161	Frs. 68	Cent.
die Bank	9,735,009	» 10	»
die Seehandlung	4,281,576	» 40	»
die Bergverwaltung	2,646,134	» 30	»
die Brennholzgeſellſchaft . . .	1,047,641	» 70	»
Summa	23,201,523	Frs. 18	Cent.

Ich habe dieſer Summe im Texte die erſt ſpäter zur Anzeige gelangten Verluſte der Porzellanfabrik mit 198,560 Frs. hinzugefügt. Für die Bergverwaltung dieſſeit der Elbe iſt eine ſpätere Anzeige Gerhards vom 22. September 1815

Den Forderungen, welche Daru für Frankreich erhob, ließ er die der Provinzen zur Seite treten, welche der Friede von Tilsit Preußen genommen hatte. Daru hatte die Institute und Bewohner derselben aufgefordert, ihm ihre Ansprüche an Preußen einzureichen, und daraus eine Rechnung zusammengestellt, welche zuerst auf 116, dann auf 126, und endlich auf 135 Millionen Franks summirt wurde. Preußischer Seits wurde dagegen nachgewiesen, daß Preußen für seine Institute und Unterthanen den abgetretenen Provinzen und dem französischen Gouvernement gegenüber eine bei weitem höhere Forderung im Betrage von 204,315,060 Franks 60 Cent. geltend zu machen habe, welche durch Artikel 25 des Tilsiter Friedens, soweit sie die abgetretenen Provinzen betraf, vollständig gewährleistet war [1]).

Weder Rechnungen noch Gegenrechnungen entschieden. Die französische Armee blieb in jener Stärke (S. 509) im Lande, bezog abwechselnd Kantonnirungen und Uebungslager in Preußen und lebte weiter auf Kosten des Landes, wurde weiter auf Kosten Preußens remontirt. Die Einkünfte des Staates füllten die Kassen Frankreichs, die aufgelegten Kontributionen wurden weiter erhoben, die Forderungen gesteigert. Der Kommandant von Berlin, St. Hilaire, hatte sich anfangs mit 800 Thalern Tafelgeld wöchentlich begnügt; er forderte jetzt 1000 Thaler. Nicht einmal die Zurücksendung der gefangenen Preußen war zu erreichen. Sie wurden mit Kanalbauten und anderen Arbeiten in Frankreich beschäftigt. So standen die Dinge, als Daru Mitte Oktober der stockenden Verhandlung mit der Friedensvollziehungs-Kommission eine auffallende Wendung gab. Er erklärte, noch 35 Millionen Franks von seiner Forderung als auf die Kontribution gezahlt absetzen und sich demnach mit 119,505,479 Franks begnügen

ebenfalls höher, indem sie an Verlust an Material 747,511 Thlr. 5 Gr., an baaren Zahlungen 59,448 Thlr. 10 Gr. 9 Pf. ergiebt. Stägemann berichtet 1815 dem Staatskanzler, daß die Verluste dieser Verwaltungen und Institute nach vorhandener Nachweisung ohne die Warschauer Beraubung 35,000,000 Frs. betrügen; geh. Staatsarchiv.

[1]) Die Nachweisungen in Sacks Mittheilung an Brockhausen vom 24. Januar 1808; geh. Staatsarchiv.

zu wollen. Da jedoch nach dem Zugeſtändniſſe der preußiſchen Kommiſſare höchſtens 19 Millionen auf der Stelle entrichtet werden könnten, müſſe Frankreich für die reſtirenden 100 Millionen Sicherheit haben. Dieſe würde für die Hälfte dieſer Summe, alſo für 50 Millionen, in Ceſſion von Domänen beſtehen, die, zwiſchen der Elbe und Oder und dem Königreich Weſtfalen möglichſt nahe gelegen, dem Kaiſer Napoleon in der Weiſe zur Verfügung geſtellt würden, daß er ſie auch zu Gratifikationen verwenden könne; für die zweite Hälfte müßten bis zur Abtragung derſelben die Feſtungen Kolberg, Graudenz, Stettin, Küſtrin und Glogau als Sicherheit eingeräumt werden und zwar mit der Maßgabe, daß jede eine franzöſiſche Beſatzung von 6000 Mann Infanterie und 2000 Mann Kavallerie erhalte, die auf Koſten Preußens beſoldet, equipirt und unterhalten würde. Einen auf dieſen Baſen artikulirten Vertragsentwurf legte der Generalintendant der preußiſchen Kommiſſion am 24. Oktober vor. Von den zuvor mündlich gemachten Vorſchlägen wich derſelbe darin ab, daß als einzuräumende Feſtungen nur Küſtrin, Stettin und Glogau genannt und das Einlöſungsrecht der cedirten Domänen dem Könige vorbehalten war. Man wollte franzöſiſcher Seits verſuchen, wie weit man Preußen über den Frieden von Tilſit hinausdrängen könne, während Napoleon andererſeits mit Rußland jene Verhandlung begann, welche Kaiſer Alexanders Zuſtimmung zur Abreißung Schleſiens von Preußen herbeiführen ſollte [1]).

In Kenntniß von dieſem Vertragsentwurf geſetzt, unterſagte König Friedrich Wilhelm ſeinen Kommiſſaren in Berlin deſſen Annahme. Er beſchloß, ſeinen Bruder Wilhelm nach Paris zu ſenden. In der Inſtruktion für den Prinzen hieß es: es handle ſich um die Exiſtenz Preußens. Der Prinz ſolle Napoleon als Beweis der aufrichtigen Abſicht des Königs, ſich dem Syſtem Napoleons unbedingt anzuſchließen, deſſen Bereitſchaft zu einer Defenſiv- und Offenſivallianz — der König werde ihm 30 bis 40,000 Mann zur Verfügung ſtellen können — gegen augenblickliche Räumung des Landes aus-

[1]) Preußen während der franzöſiſchen Okkupation ob. S. 285 ff.

ſprechen. Schlimmſten Falles dürfe der Prinz ſelbſt den Eintritt in den Rheinbund gegen die ſofortige Räumung anbieten. Man werde aus der Aufnahme dieſer Anträge wenigſtens Napoleons wahre Abſichten erkennen können [1]). Bezüglich der Kontribution habe der Prinz auf Abſchluß zu dringen, indem er 51 Millionen Franks auf der Stelle zahlbar in auf drei Monate geſtellten Wechſeln preußiſcher Kaufleute auf außerpreußiſche Handelsplätze oder gültigen Werthpapieren, ſodann 50 Millionen nach zwölf Monaten zu zahlen böte, wogegen Frankreich von der durch Daru vorgeſchlagenen Ceſſion von Domänen und Einräumung von Feſtungen abzuſtehen habe [2]).

Erſt nach Beſeitigung manchen Hinderniſſes, das ihm abſichtlich in den Weg gelegt wurde, gelangte der Prinz, der am 7. November 1807 von Königsberg abgereiſt war, am 3. Januar 1808 nach Paris. In der Audienz, die ihm Napoleon einige Tage darauf gewährte, lehnte dieſer die Allianzanträge des Prinzen rund ab. Niemals, ſagte er dem Prinzen, werde er ſich auf Preußen verlaſſen können; er wiſſe ſehr gut, daß alle Preußen ihn haßten, täglich habe er Beweiſe davon durch Briefe, die in ſeine Hände fielen. Er müſſe gegen Preußen ſtets auf dem qui vive ſtehen, um Weſtfalen zu decken. Die Kontributionen müßten gezahlt werden. „Warum wollt Ihr nicht in Domänen zahlen," fragte er den Prinzen. Die Einräumung von Kolberg und Graudenz habe Daru über ſeine Inſtruktion hinaus gefordert. Perſönlich freundlich ſchloß er mit den Worten: „Ueber die Kontribution wird man ſich arrangiren [3])." Inzwiſchen wurden in Preußen immer neue Remonten ausgehoben und neue Leiſtungen ausgeſchrieben. Mittelſt Erlaſſes vom 9. Januar 1808 an die kurmärkiſche Kammer forderte Bignon z. B. 4000 der ſtärkſten Stämme aus deren Forſten für die Artillerie. Vergebens verſuchte der Prinz, Einhalt zu ſchaffen; vergebens bot er Ende Januar auf Tolſtoi's, des ruſſiſchen Geſandten, Rath und Verantwortung die Garantie Rußlands für die Summen,

[1]) Inſtruktion vom 6. November 1807; geh. Staatsarchiv. — [2]) Weiſung an den Prinzen 22. November 1807. — [3]) Bericht des Prinzen vom 9. Januar 1808; geh. Staatsarchiv.

welche Preußen nicht augenblicklich zu zahlen vermöge [1]). Vergebens wiederholte Tolſtoi dieſen Vorſchlag, nachdem er von Petersburg dazu ermächtigt worden war [2]). Am 23. Februar gab Napoleon dem Prinzen auf ſein Anſuchen eine zweite Audienz. Der Kaiſer war ziemlich offen. „Der Abſchluß Eurer Angelegenheiten", ſagte er, „hat ſeinen Platz in den großen Kombinationen der allgemeinen Politik, welche ſich zu entwickeln im Begriff ſtehen. Es handelt ſich nicht um eine Frage des Geldes ſondern um eine politiſche Frage. In einigen Millionen mehr oder weniger liegt die Schwierigkeit nicht. Ich will meine Verpflichtungen erfüllen; da iſt es billig, daß auch die anderen die ihrigen erfüllen. Preußens Friede zu Tilſit hängt von dem dort mit Rußland geſchloſſenen Frieden ab. Rußland fährt fort, die Moldau und Wallachei beſetzt zu halten; ſein Friede mit der Pforte iſt noch nicht geſchloſſen. Hiervon wie von dem Arrangement der allgemeinen Angelegenheiten hängt die Räumung Preußens ab." Konſtantinopel ſei gegenwärtig, fuhr der Kaiſer fort, der Mittelpunkt ſeiner Politik. Nach den Umſtänden werde er die Pforte als Freund oder Feind anſehen. Vielleicht kämen die Dinge im Laufe des Sommers zum Ausgleich. Es ſei nicht angemeſſen, daß Preußen eine Armee von mehr als 40,000 Mann halte. Die Provinzen würden ſich in zwei bis drei Jahren bei guter Verwaltung wieder im früheren Zuſtande befinden; die ausgehobenen Remonten ſollten auf die Kontribution angerechnet werden [3]). Daß die Berichte aus Petersburg meldeten, Napoleon habe dort angedeutet, er werde an der Donau coulanter ſein, wenn Alexander gegen die Abreißung Schleſiens nichts einzuwenden habe, konnte der König gleichzeitig ſeinem Bruder mittheilen (25. Februar). Auch Tolſtoi machte Brockhauſen, dem Geſandten des Königs in Paris, kein Geheimniß aus dieſer Unterhandlung; „es werde jedoch wohl etwas dazwiſchen kommen", ſetzte Alexanders Vertreter hinzu [4]).

---

[1]) Bericht des Prinzen vom 26. und 27. Januar 1808; geh. Staatsarchiv. — [2]) Weiſung an den Prinzen vom 16. März, Bericht des Prinzen vom 1. April 1808. — [3]) Bericht des Prinzen vom 26. Februar 1808. — [4]) Bericht des Prinzen vom 20. März und Brockhauſens Bericht vom 30. März 1808.

Wenn im November 1806 den Unterhändlern Preußens zu Charlottenburg erklärt worden war, daß der zukünftige Umfang Preußens von dem Maße abhängig ſei, in welchem England die Kolonien Frankreichs, Spaniens und Hollands zurückzuſtellen gedenke, ſo hatte Napoleon jetzt, nach dem Frieden, dem Prinzen denſelben Troſt gegeben. Preußens Geſchick hänge von der Geſtaltung der europäiſchen Politik ab. War man im Frieden oder war man noch im Kriege mit Napoleon? Jedenfalls hielt Er den Kriegszuſtand gegen Preußen feſt, und der Prinz wie der König wußten, daß Alexanders Entſchluß über die Moldau und Wallachei für Schleſien entſcheidend werden könne. Als der König dem Prinzen mittheilte: Stein ſei in den letzten Tagen des Februar ſelbſt nach Berlin gegangen, in der feſten Abſicht, mit Daru zum Abſchluß zu kommen, und voll Zuverſicht, daß ihm dies auch gelingen werde, erwiderte Prinz Wilhelm aus näherer Empfindung der Atmoſphäre in den Kreiſen der hohen Beamtenſchaft zu Paris, des Eindrucks, den er ſelbſt von Napoleon empfangen: „auch wenn ſich Stein und Daru einigen, ſelbſt wenn wir zahlen, was man fordert — Preußen wird dennoch nicht geräumt werden (13. März).“ Stein wurde in der That mit Daru über den Entwurf eines Vertrages einig, der die Räumung Preußens, mit Ausnahme Stettin's, Küſtrin's und Glogau's als Unterpfand für die Reſtzahlungen, feſtſtellte. Die Forderungen Frankreichs waren auf 100 bis 112 Millionen Franks ermäßigt; die von Preußen zu verpflegenden Beſatzungen der drei Feſtungen ſollten 9000 Mann betragen. Am 18. März traf der Aſſeſſor Koppe mit dieſem Entwurfe bei dem Prinzen in Paris ein, der nun von Neuem Audienz bei Napoleon erbat. Napoleon empfing ihn erſt am 29. März. „Ich habe das Projekt geſehen (Daru hatte Stein verſprochen es ſofort vorzulegen und zu befürworten),“ ſagte er dem Prinzen, „es ſcheint, daß ſich alle Bedingungen darin befinden.“ Der Prinz hob hervor, daß Napoleon wohl nicht nöthig finden werde, ſtärkere Beſatzungen, als der Entwurf vorſchlage, in den drei Plätzen zu laſſen, da Preußen ja außerdem durch die Truppen im Danziger Gebiet und im Großherzogthum Warſchau ausreichend cernirt ſei. Weder hierüber noch

über die Hauptfrage der Räumung: „da Preußen ja nun alles erfüllt, was gefordert worden ſei“, vermochte der Prinz eine Antwort zu erlangen, welche weiter als: „wir werden ſehen“, „man muß ſehen“, „ich werde an Euch denken“, „ich werde mit Champagny ſprechen“, gegangen wäre.

Nicht der Prinz, aber der König und ſein Miniſter waren um eine neue Hoffnung ärmer. Statt des Eintritts einer Erleichterung ſpitzte ſich die Lage vielmehr immer grauſamer zu. Im Gefolge des Prinzen befand ſich neben Alexander von Humboldt und dem Major Grafen Goltz der geheime Legationsrath Leroux. Dieſem ließ der Polizeiminiſter Fouché am 21. Mai den Befehl zugehen: Paris binnen 24 Stunden, Frankreich binnen 5 bis 6 Tagen zu verlaſſen. Es hieß nicht nur jeder Vorſchrift des Völkerrechts, es hieß auch jeder Regel des Anſtandes ins Geſicht ſchlagen, das Mitglied einer außerordentlichen Miſſion, einen Beamten des auswärtigen Amtes eines Staates, mit dem man in Frieden war, der dem Bruder des Königs behufs Erfüllung ſeines Auftrags beigegeben war, wie einen Verbrecher fremden Urſprungs aus den Grenzen zu jagen. Eine Note Champagny's, des Miniſters Napoleons für das Auswärtige, vom 21. Mai ſagte Brockhauſen: der Kaiſer ſei mit dem Betragen verſchiedener preußiſcher Beamten unzufrieden. Er habe erfahren, daß den Ständen der Mark geſchrieben worden ſei, ſich mit allen Mitteln einem Projekt, das der Generalintendant der Armee verlautbart habe, zu widerſetzen. Dieſer Widerſtand ſei den Ständen als Pflicht der Ehre und Unterthanentreue vorgeſtellt, es ſei ihnen mit dem Fluche des Volkes und der Rache ihres Souveräns gedroht worden, wenn ſie die Abſichten des franzöſiſchen Gouvernements förderten. Dieſe Anführungen würden genügen, den Urheber einer ſo offenbaren Provokation dem preußiſchen Hofe nicht unbekannt bleiben zu laſſen. Der Kaiſer habe nicht ohne Bedauern erfahren, daß ein Mann, der das Vertrauen des Königs genieße, ſich einen Schritt erlaubt habe, der offenbar darauf berechnet war, den Bruch zwiſchen beiden Staaten herbeizuführen. Dieſer Mann ſei nicht der einzige Beamte Preußens, der den Verſicherungen des preußiſchen Hofes entgegengeſetzte Ge-

UNIV. CAL.

ſinnungen zeige. Berichte, die der Kaiſer über das wenig convenable Betragen des Herrn Leroux erhalten, hätten ihn beſtimmt, demſelben die zuvor ertheilte Erlaubniß, ſich in Frankreich aufhalten zu dürfen, zu entziehen. Es ſei ſehr zu wünſchen, daß der preußiſche Hof ſeine Beamten auf der Bahn ihrer Pflichten feſthalte. Aehnliche Provokationen in einem noch beſetzten Lande könnten die Dinge dahin treiben, daß der Kaiſer den Vertrag von Tilſit als gebrochen anſehe. „Welche Verantwortlichkeit für die," ruft Herr von Champagny am Schluſſe ſeiner Note aus, „die den Krieg von Neuem über ihr Land gebracht hätten!"

Napoleon hielt, wie es ſcheint, eine nachdrückliche Einſchüchterung der preußiſchen Regierung für angezeigt, obwol ſich ſeine Truppen in ſehr ausreichender Stärke in Preußen befanden. Der Beamte, den Champagny's Note anklagte, die Stände der Kurmark zur Oppoſition aufgeregt zu haben (ſie ſollten ſich zu den Koſten der Herſtellung und Verpflegung eines Barackenlagers für 25,000 Mann bei Berlin verpflichten), war der geheime Oberfinanzrath Sack, Präſident der Friedensvollziehungskommiſſion. Die Beſchuldigung beruhte auf einem Berichte des Generalintendanten Daru; Brockhauſen hatte ſchon im März gewarnt, man ſei in der Friedensvollziehungskommiſſion nicht vorſichtig genug [1]). Ein Schreiben Sacks war — man weiß nicht, durch wen — Daru verrathen worden [2]). Des Legationsraths Leroux Berichte oder Privatbriefe waren von der franzöſiſchen Polizei geöffnet worden: „Ich habe Briefe dieſes Leroux, der in Luccheſini's Fußtapfen wandelt", ſagte Napoleon ſpäter Brockhauſen, „in welchen meine Finanzen und meine politiſche Lage als verzweifelt geſchildert ſind [3])."

Wie brutal die Schritte Napoleons waren, man mußte ſie um ſo gelaſſener hinnehmen, man durfte ſich um ſo weniger verletzt zeigen, als Kaiſer Alexander dem Könige dringend rieth, ſich unter den gegenwärtigen Umſtänden Napoleon unbedingt zu fügen. Prinz Wilhelm ſchrieb

---

[1]) Brockhauſens Bericht vom 11. März. — [2]) Steins Bericht an den König vom 8. Mai 1808; gedruckt bei Pertz Stein 2, 628. — [3]) Brockhauſens Bericht vom 16. September 1808.

Napoleon: was zu Berlin geſchehen, ſei ohne Weiſung des Königs geſchehen und nur die Wirkung eines übereifrigen Patriotismus, während Brockhauſen Champagny ausführte, daß die Stände der Kurmark ſich ehrlicher Weiſe einer neuen Forderung von Lieferungen im Werthe von drei Millionen Franks hätten widerſetzen müſſen, da ſie anderenfalls eine Zuſage gegeben, die ſie unter keinen Umſtänden zu erfüllen vermocht hätten [1]). Sack wurde auf Steins Vorſchlag durch den Miniſter von Voß erſetzt [2]) und im Departement der Juſtiz beſchäftigt, Leroux angewieſen, ſich in die Neumark zu ſeinen Freunden zu begeben und ſich dort ſtill zu verhalten. Dem Könige führte der Prinz aus: nach ſeiner Meinung komme es gegenwärtig nur noch darauf an, „Preußen irgend welche Exiſtenz bis zu dem Tage zu bewahren, der Europa's Freiheiten wieder erſtehen ſehen werde." Er bat um neue Inſtruktionen [3]). Der König konnte ſeinem Bruder nur erwidern, daß er auf das Anerbieten der Allianz zurückkommen möge, in keinem Falle aber dem Eintritte in den Rheinbund zuſtimmen; die Umſtände hätten ſich in dieſer Beziehung ſeit ſeiner Abreiſe von Königsberg weſentlich geändert [4]).

Die „großen Kombinationen der allgemeinen Politik", von denen Napoleon das Schickſal Preußens abhängig gemacht hatte (S. 516), geſtalteten ſich doch anders, als er erwartet hatte. Die ſpaniſchen Dinge, in welche er ſich eben verwickelt hatte, als er jene Blitze gegen Sack und Leroux ſchleuderte, nahmen eine höchſt bedenkliche Wendung. Die Unfälle, welche ſeine Armeen im Juli und Auguſt in Spanien wie in Portugal trafen, machten es unerlaßlich, anſehnliche Verſtärkungen dorthin zu ſenden. Die erprobten und wohlgenährten Truppen, welche Preußen beſetzt hielten, mußten heran-

---

[1]) Bericht des Prinzen vom 1. Juni 1808; Brockhauſen an Champagny 31. Mai 1808. Vergl. Sacks Schreiben an Brockhauſen vom 9. April 1808. Die Kurmark, d. h. die Mittelmark, Uckermark und die Priegnitz, war damals ein Gebiet von 371 Quadratmeilen und 533,167 Einwohnern; Berlin zählte 155,666 Einwohner; Denkſchrift der Stände der Kurmark vom 11. Mai 1818; geh. Staatsarchiv. — [2]) Steins Bericht vom 8. Mai 1808. — [3]) Bericht des Prinzen vom 28. Juli 1808. — [4]) Weiſung vom 12. Auguſt 1808.

gezogen werden. Aber dieſe Zurückziehung aus Preußen in demſelben Augenblicke, in welchem der Widerſtand der Spanier in Oeſtreich und Preußen die Hoffnung erwachen ließ, das Joch Frankreichs abſchütteln zu können, war höchſt bedenklich. Nur das zu Tilſit begründete Einverſtändniß mit Rußland konnte helfen, nur Kaiſer Alexander konnte Oeſtreich und Preußen in Ruhe halten, bis es gelungen war, die Spanier niederzuwerfen. Freilich war jenes Einverſtändniß bereits durch Napoleons Verhalten in der orientaliſchen Frage, durch die fortgeſetzte Okkupation Preußens, durch Napoleons Verſuche, Schleſien gegen die Donaufürſtenthümer einzutauſchen, alterirt. Eine Zuſammenkunft mit Alexander wie das gefliſſentlich verbreitete Gerücht: Napoleon werde ſeine Ehe trennen, um ſich die Großfürſtin Katharina zu vermählen, ſollten dieſe Wunden heilen. Abgeſehen davon, daß Napoleon die in Preußen kantonnirenden Truppen in Spanien brauchte, die Räumung Preußens war die unerlaßliche Vorbedingung für die Wiederherſtellung des Einvernehmens mit Rußland; die große Armee Frankreichs in Preußen war eine ſtarke Drohung für Rußland. Aber wenn nun die Okkupation Preußens in der bisherigen Weiſe enden mußte, Napoleon wollte des Gehorſams Preußens auch ohne Alexander ſicher bleiben; er gedachte die Okkupation in der bereits angebahnten anderen Form fortzuſetzen. Die Zuſammenkunft war anberaumt, und ſchon hatten zwei Corps der großen Armee den Befehl zum Abmarſch aus Preußen erhalten, als Napoleon unter dem 5. Auguſt, nicht dem Drängen Alexanders, wie Lefebvre ſagt [1]), ſondern dem Zwange ſeiner Lage weichend, ſeinen Vertreter in Petersburg Caulaincourt mit der Erklärung beauftragte, daß er Preußen räumen werde, um ſich dem Kaiſer von Rußland gefällig zu zeigen [2]). Drei Tage darauf begann Champagny die Unterhandlung mit dem Prinzen und Brockhauſen, auf deren Eröffnung dieſe mehr als ſieben Monate hindurch vergebens gewartet hatten. Preußen ſchulde, ſo ſagte Champagny, 194 Millionen Franks; der Kaiſer wolle ſich mit 180 Millionen begnügen. Endlich

---

[1]) Histoire des cabinets 4, 34. — [2]) Weiſung vom 25. Auguſt an den Prinzen Wilhelm.

bezeichnete er 140 Millionen und den Bezug des gesammten Staatseinkommens Preußens bis zum Tage der Ratifikation des nunmehr zu schließenden Vertrages als letztes Wort des Kaisers. Nach Vollziehung des Vertrages würden dann auch die Kriegsgefangenen an Preußen zurückgegeben werden, ohne daß es darüber einer besonderen Bestimmung in demselben bedürfe. Der Prinz und Brockhausen waren einig, daß sie höchstens 120 bis 125 Millionen Franks zugestehen dürften, daß gegen dies neue Zugeständniß lange Zahlungsfristen bewilligt werden müßten, daß sie der vertragsmäßigen Feststellung der Stärke der preußischen Armee — Champagny hatte von einem zu stipulirenden Maximum von 25,000 Mann gesprochen — unmöglich zustimmen könnten [1]), als wiederum eine höchst unerwartete Wendung eintrat.

Napoleon wollte mit Preußen im Reinen sein, bevor er mit Alexander zusammentraf, um allen Einreden und Wünschen Alexanders für Preußen vorzubeugen. Die Verhandlung mit dem Prinzen mußte demnach schnell zu Ende gebracht werden. Ein besonderer Vorfall setzte Napoleon in den Stand, nicht nur den Schluß der Verhandlung sondern auch deren Ergebniß in der ihm genehmsten Weise herbeizuführen, d. h. den Vertrag einfach diktiren zu können. Der Minister Stein verwendete den in seinem Departement beschäftigten Assessor Koppe öfter als Kurier in wichtigen Angelegenheiten; am 18. März hatte er dem Prinzen den Vertragsentwurf, den Stein mit Daru verabredet, nach Paris gebracht. Die Polizei in den besetzten Landestheilen Preußens, d. h. in ganz Preußen mit Ausnahme des Landes jenseit der Passarge, übten die Befehlshaber der französischen Armee, in oberster Instanz Marschall Soult. Ob von Paris aus, von Daru, von Clérembault, dem neuen französischen Konsul in Königsberg, oder von wem sonst aufmerksam gemacht — genug Marschall Soult ließ jenen Beamten des dirigirenden Ministers ohne weiteres verhaften. Unter den Schriftstücken, die er bei sich

[1]) Berichte des Prinzen vom 19. August und 2. September. Brockhausens Bericht vom 31. August.

führte, befanden ſich zwei Briefe des Miniſters. So konnte Champagny den Prinzen und Brockhauſen am 3. September zur Konferenz einladen, um ihnen zu ſagen: der Kaiſer bedauere, von ſeiner Forderung im Betrage von 190 Millionen Franks an Preußen zurückgetreten zu ſein; eine Korreſpondenz, die in ſeine Hand gefallen, zeige ihm, wie feindlich ihm Preußen geſinnt ſei. Er müſſe wiſſen, wie er mit Preußen daran ſei. Ein einfaches Ja oder Nein unter dem Vertrage werde die Aufklärung geben, die unverzüglich erforderlich ſei, um den Kaiſer in den Stand zu ſetzen, die Bewegungen ſeiner Armeen zu regeln. Die Motive, die den Prinzen bei ſolcher Lage der Dinge zur Unterzeichnung des Vertrages beſtimmten (8. Septbr.), habe ich anderen Orts hervorgehoben und gewürdigt [1]). Brockhauſen hebt in ſeinem Berichte beſonders hervor, daß das Zurückweichen Oeſtreichs, das Aufgeben oder die Vertagung ſeiner Schilderhebung gegen Frankreich, keine Wahl übrig gelaſſen [2]).

Beim Abſchiede des Prinzen beſchwerte ſich Napoleon über die Abſichten, die man zu Königsberg hege; der Prinz möge dafür ſorgen, daß die falſchen Kalküls und die Intriguen gegen Frankreich aufhörten. Der König möge den Rathſchlägen, die Kaiſer Alexander ihm gegeben, folgen; er erwähnte ausdrücklich, daß Alexander dem Könige den Eintritt in den Rheinbund angerathen. Sobald die Ratifikation des Vertrages erfolgt ſei, werde er Preußen räumen, obwol die Ruſſen die Moldau und Wallachei noch beſetzt hielten, und die Gefangenen zurückgeben. Als erſten Beweis des Vertrauens des Königs werde er deſſen „baldigſte Rückkehr" nach Berlin anſehen. Er lege Werth darauf, daß der König nach Berlin zurückkehre, und werde dort auch demnächſt einen Geſandten bei ihm beglaubigen [3]). Unmittelbar darauf gewährte Napoleon Brockhauſen die bis dahin verweigerte Antrittsaudienz. Hatte er dem Prinzen gegenüber ſeinen Zorn über Steins Brief maßhaltend ausgeſprochen, Brockhauſen hatte ſcharfe Drohungen anzuhören. Preußen müſſe offen Feind oder Freund

[1]) Preußen während der franzöſiſchen Okkupation ob. S. 291 ff. — [2]) Bericht vom 9. September. — [3]) Bericht des Prinzen vom 15. September.

ſein; ſollte er ſich einmal von Rußland trennen, ſo müſſe ſich Preußen ganz für ihn oder ganz für Rußland entſcheiden; er werde ſchnell ſein wie der Blitz, die Ausbrüche des Mißwollens zu unterdrücken. Er ſchloß mit der Verſicherung, daß er in den politiſchen Fragen unerbittlich, in den Geldfragen ſehr nachſichtig ſein werde, daß er hoffe, der König werde einen ruhigen Winter in Berlin haben [1]).

Preußen hatte auf die ihm während des Krieges auferlegte Kontribution von 152 Millionen Franks (S. 506) bis zum Tage der Ratifikation des Vertrages vom 8. Septbr. nach Angabe der Friedensvollziehungskommiſſion 141,270,222 Franks 82 Cents. gezahlt, nach einer ſpäteren Zuſammenſtellung des Miniſteriums des Innern: 142,063,957 Franks 12 Cents. [2]). Da von jener Geſammtforderung 4 Millionen in Naturalien zu liefern ſein ſollten (S. 507) und geliefert waren, betrug die Geſammtleiſtung 146 Millionen und überſtieg wahrſcheinlich auch noch dieſen Betrag, da von franzöſiſcher Seite, wenn die Kontributionsreſte der einzelnen Landestheile anzugeben verlangt wurde, ſtets nur ein Reſtbetrag der Kurmark von 3,700,000 Franks angeführt wurde. Außerdem waren in dem bezeichneten Zeitraume an Staatseinkünften Preußens gegen 60 Millionen Franks für Napoleon erhoben worden. Trotzdem mußte nunmehr die endliche Räumung mittelſt einer neuen Kontribution von 140 Millionen Franks erkauft werden, zahlbar zur Hälfte nach Ratifikation des Vertrages in Wechſeln, zur anderen Hälfte in Obligationen der Stände der Provinzen, die 12 bis 18 Monate nach der Ratifikation einzulöſen waren. Doch es iſt wahr, die Großmuth des Kaiſers Napoleon hat dieſen Betrag herabgeſetzt. Während des Beiſammenſeins mit dem Kaiſer Alexander zu Erfurt am 14. Oktober ſchrieb Napoleon dieſem: er habe, um ihm einen überzeugenden Beweis ſeiner Freundſchaft zu geben, die Kontribution Preußens um 20 Millionen Franks vermindert. Es traf ſich, daß dieſe Großmuth nur einbrachte und gar nichts koſtete.

---

[1]) Bericht Brockhauſens vom 16. September. — [2]) Vom 13. Auguſt 1815; geh. Staatsarchiv.

Alexander antwortete Napoleon auf der Stelle, noch an demſelben Tage. Er verzichtete in Erwiderung dieſer gegen Preußen geübten Milde auf die Ausführung eines Separatartikels des Friedens von Tilſit, der Preußen einen Zuwachs von 400,000 Seelen auf dem linken Elbufer für den Fall zuſicherte, daß das Königreich Weſtfalen durch Hanover arrondirt werde; es war dies vorerſt theilweiſe durch die Zutheilung Göttingens und Grubenhagens geſchehen. Ja, Alexander ging noch weiter, indem er zugleich alle Veränderungen anerkannte, welche Napoleon in Italien vorgenommen hatte. Und doch hatte Sachſen jene zwanzig Millionen, die Napoleon Preußen erließ, für die Ueberweiſung preußiſchen Eigenthums im Großherzogthum Warſchau bereits bezahlt. Artikel 25 des Friedens von Tilſit ſicherte Preußen ausdrücklich zu: „daß alle Kapitalien, Zinſen oder Anſprüche irgend welcher Art, die Privatperſonen oder irgend welche Etabliſſements der Staaten des Königs, wie namentlich die Bank und die Seehandlung, in den abgetretenen Provinzen zu reklamiren hätten, unberührt bleiben ſollten.“ Dagegen brachte die Warſchauer Zeitung im Januar 1808 eine Bekanntmachung des Inhalts, „daß jedermann, welcher dem Könige von Preußen, d. h. der preußiſchen Staatskaſſe, der preußiſchen Bank oder anderen preußiſchen Inſtituten, Kapitalien ſchulde, weder Kapital noch Zinſen an andere zu zahlen hätte, als an die, welche vom Kaiſer Napoleon oder vom Könige von Sachſen hierzu ernannt werden würden.“ In dem vor Tilſit preußiſchen Polen, dem nunmehrigen Großherzogthum Warſchau, waren Kapitalien der preußiſchen Bank, der Seehandlung, der allgemeinen Wittwenkaſſe, des Militärwaiſenhauſes zu Potsdam nebſt Pupillengeldern aus den Fonds anderer Inſtitute, wie Kapitalien vieler Privaten in großem Umfang hypothekariſch angelegt worden, um der dortigen Landwirthſchaft die nöthigen Betriebsmittel zu gewähren und den Anbau der Provinz zu heben. Den Betrag dieſer Kapitalien ſchätzte die preußiſche Regierung auf gegen 30 Millionen Thaler [1]), von denen

[1]) Der König an Prinz Wilhelm 6. Februar und 2. September 1808. Denkſchrift Hardenbergs vom 28. Mai 1810. Schladen Tagebuch S. 308.

22 Millionen Thaler der Bank, der Seehandlung, der Wittwenkaſſe und dem Waiſenhauſe gehörten. Die Entziehung dieſer Kapitalien ruinirte nicht nur viele Privatvermögen, ſie gefährdete den Kredit nicht bloß ſondern auch die Zahlungsfähigkeit der Bank und der Seehandlung und entriß Preußen damit die letzten finanziellen Hülfsmittel. Am Tage nach jener Audienz, die Napoleon am 23. Februar dem Prinzen Wilhelm gewährt (S. 516), hatte er Daru befragt, welche Forderungen an Preußen in Warſchau zu machen wären: „und wenn der König von Sachſen ſie kaufen wollte, für wieviel könnte ich ſie ihm abtreten[1])?“ Darnach wurden dann in einem geheimen Vertrage zwiſchen Frankreich und Sachſen vom 10. Mai 1808 alle preußiſchen Forderungen im Großherzogthum Warſchau für 20 Millionen Franks dem Könige von Sachſen überlaſſen. Um dieſen ſchnöden Handel zu decken, war eine zweideutige Formel in den Vertrag vom 8. September eingeſchoben worden, welche beſagte: „daß die Forderungen, welche der König von Preußen an Partikuliers des Großherzogthums Warſchau habe, in Gemäßheit der Beſtimmungen des Tilſiter Friedens abgetreten ſeien (Art. 3).“ Bald nach der Zuſammenkunft in Erfurt publicirte die Großherzogliche Regierung zu Warſchau ein Dekret (13. December), mittelſt deſſen eine Anzahl näher bezeichneter preußiſcher Kapitalien im Betrage von 11,314,769 Thlrn. 5 Gr. konfiscirt wurden. Es waren die einiger der oben bezeichneten Inſtitute. Am 6. Januar 1809 folgte eine zweite Liſte, welche die Kapitalien preußiſcher Unterthanen im Großherzogthum im Betrage von 7,371,529 Thlrn. mit Beſchlag belegte; endlich am 28. März 1811 eine dritte, welche nachträglich Kapitalien anderer preußiſcher Inſtitute im Betrage von 7,509,327 Thlrn. 17 Gr. ſequeſtrirte.

Somit war dem preußiſchen Staate und ſeinen Unterthanen in Folge jener Großmuth von Erfurt Beſitzthum im Werthe von 26,195,625 Thlrn. 22 Gr. entriſſen. Wenn nun auch nach langen Verhandlungen mit der ſächſiſchen Regierung eine beſondere Konven-

[1]) Correspondance de Napoléon 16, 273.

tion, welche zwischen Preußen und Sachsen am 10. September 1810 zu Dresden geschlossen wurde, diese Konfiskationen für das gesammte Eigenthum der Privaten und die Pupillengelder (7,371,529 Thlr.) rückgängig machte, die sächsische Regierung endlich selbst die erste Liste vom 13. December 1808 durch Absetzung von 1,805,140 Thlrn. 2 Gr. am 18. Mai 1811 korrigiren mußte (verschiedene Beträge waren in der Eile doppelt angesetzt worden), so betrug der effektive Verlust des preußischen Staates doch 17,018,956 Thlr. 20 Gr. oder 63,821,088 Franks. Dazu zeigten sich dann weiterhin die Forderungen sowohl der Privaten als der Waisenverwaltungen an Zins und Kapitalien im Großherzogthum zumeist inexigibel.

Nachdem den Bevollmächtigten Frankreichs am 5. November 1808 über 50 Millionen Franks Wechselbriefe und über 70 Millionen Franks Obligationen, welche die Provinzen ausgestellt hatten, eingehändigt worden waren, verließ endlich am 5. Dezember 1808 die französische Armee Preußen bis auf die Oderfestungen. Erst jetzt, nachdem die Landesbehörden ihre vollen Funktionen aufzunehmen vermochten, war es möglich, die erlittenen Schäden vollständiger zu übersehen und annähernd festzustellen. Durch Erlaß vom 31. März 1809 wurden die Regierungen angewiesen, die jedem Kreise durch den Krieg und die Okkupation erwachsenen Lasten zu erheben, zu welchem Behufe zugleich ein bestimmtes Schema vorgeschrieben wurde. Die Zusammenstellung dieser Erhebungen ergab an Lieferungen und Leistungen der dem Staate verbliebenen Provinzen folgende Resultate:

Der französischen Armee waren vom Oktober 1806 bis December 1808 geliefert worden:

1) Hülsenfrüchte im Werthe von . . .	1,435,032	Thlr.
2) Getränke im Werthe von	3,714,095	"
3) Brot und Fleisch im Werthe von . .	10,913,142	"
4) Schlachtvieh im Werthe von	11,660,601	"
5) Getreide im Werthe von	21,426,070	"
6) Fourage im Werthe von	26,026,212	"
7) Pferde im Werthe von	5,569,115	"
Latus	80,744,267	Thlr.

Transport	80,744,267 Thlr.
8) Andere Lieferungen und Lazarethkosten hatten betragen	11,653,520 "
9) Erpressungen und Plünderungen . . .	41,073,044 "
10) Tafel- und Indemnisationsgelder . . .	4,990,383 "
11) Brandschäden und Verwüstungen . . .	12,631,063 "
12) Die Verpflegungs- und Quartier-Kosten nach dem Satze von acht Groschen für den zu beköstigenden Mann und zwölf Groschen für das zu fütternde Pferd ergaben bei der Dauer der Okkupation	65,848,369 "
Summa	216,940,646 Thlr.

Diese Nachweisungen bleiben hinter den thatsächlichen Leistungen zurück. Vorspann und Kriegsfuhren sind überhaupt in die Zusammenstellung nicht aufgenommen. Berlin allein hat nach dem Frieden vom 1. August 1807 bis 1. November 1808 zu diesem Behufe 108,802 Pferde gestellt [1]). Die Naturallieferungen bis zur Räumung des Landes berechnete die preußische Regierung in der Napoleon vorgelegten Denkschrift vom 16. November 1809 abgesehen von der Quartierlast auf über 92 Millionen Thaler (346,800,000 Franks). Bis zu Ende December 1807 hatte die Provinz Schlesien, nach Angabe des Oberfinanzraths von Massow, der hier die Vertheilung der Kontribution geregelt hatte, an solcher abgeführt: baar 12,568,428 Thaler; Requisiten waren geliefert worden im Werthe von 3,765,891 Thalern; Naturalien welche aus der Provinz geführt waren, im Werthe von 2,406,360 Thalern. Die Unterhaltung der Truppen (damals 77,373 Mann mit 19,067 Pferden) hatte 20,619,524 Thaler erfordert, Fuhren waren im Werthe von 4,998,408 Thaler gestellt worden, die Kriegsschäden durch Brand und Zerstörung wurden auf 3,168,773 Thaler geschätzt; der Gesammtschaden der Provinz, die danach noch elf Monat okkupirt blieb, betrug mithin am Schlusse des Jahres 1807 schon 47,527,399 Thaler [2]). Die Regierung zu

[1]) Bassewitz Kurmark 2, 623. — [2]) Pertz Stein 2, 628.

Breslau bemerkte bei Einreichung der Nachweisungen für die Kreise ihres Bezirks am 26. Juli 1810: daß nichts zu hoch angesetzt, „die angegebenen Summen vielmehr noch zu niedrig sein mögen, indem ein großer Theil der geleisteten Transport- und Vorspannfuhren, ingleichen der zu Demolirung der Festungen gestellten Arbeiter nicht angesetzt worden sei." „Der wahre Verlust ist eine zehnjährige sonst gewöhnliche Abgabe und hat mehr als den sechsten Theil des Grundvermögens und über den achten Theil des ganzen Kapitals der Provinz geraubt, wie man es vor dem Kriege berechnen konnte. Jetzt, da die Grundstücke fallen, wird der Verlust gewiß den fünften Theil des Grundvermögens betragen." Auch die in obiger Zusammenstellung die Kurmark einschließlich Berlins betreffenden Summen sind in zu niedrigem Betrage angesetzt, da Berlin allein seine Leistungen auf mehr als 15 Millionen Thaler berechnete und der Rechnungsabschluß über die Einnahmen und Ausgaben der kurmärkischen Kriegsschuldenkasse für die Zeit vom Okt. 1806 bis Dcbr. 1808 eine um 3,290,595 Thaler höhere Verausgabung nachweist als die zusammengestellten Berichte der Landräthe für diese Provinz ergeben [1]). Ebenso ergeben die Papiere der preußischen Provinzialstände für diese Provinz (ohne Danzig und Kulmerland) Aufwendungen, deren Summe die der Zusammenstellung für diese Provinz um 11,304,731 Thaler. 9 Gr. übertrifft [2]).

Hält man trotzdem das Ergebniß der Zusammenstellung fest, so gelangt man unter Hinzuzufügung der übrigen in Betracht kommenden Posten zu folgender Uebersicht:

Lieferungen und Leistungen (in Franks)	813,527,422	Frs.	50 Cent.
Bis zur Räumung des Landes waren an Kontribution Frankreich baar gezahlt	141,270,222	„	82 „ [3])
Latus	954,797,645	Frs.	32 Cent.

[1]) Bassewitz Kurmark 2, 632. — [2]) Töppen in der Altpreußischen Monatsschrift 1871 Heft 1, 47. — [3]) So die von dem früheren Vorsitzenden der Friedensvollziehungs-Kommission am 16. November 1809 aufgestellte und dem französischen Kabinet gegenüber geltend gemachte Berechnung; 142,063,957 Franks 12 Cent. wies das Ministerium des Inneren nach; oben S. 524.

Transport	954,797,645	Frs.	32 Cent.
Die vom November 1806 bis November 1808 in die französischen Kassen geflossenen Staatseinkünfte Preußens betrugen	59,064,796	"	92 "
Die Gehalte und Pensionen an preußische Beamte, welche die französische Regierung durch das kaiserliche Dekret vom 13. November 1806 zu zahlen übernommen, jedoch nicht gezahlt, betrugen am 5. November 1808	14,321,097	"	19 " [1]
Durch schlechtere Ausbringung der Münze während der französischen Verwaltung derselben hatte Frankreich einen Preußen zur Last fallenden Ertrag gewonnen von	6,430,870	"	— "
Die Bergverwaltung, die Bank, die Seehandlung und die Holzverwaltungen hatten durch Konfiskation verloren . .	23,400,083	"	18 "
An Eigenthum preußischer Institute war in Warschau konfiscirt . . .	63,821,088	"	— "
An Waisenhaus- und Pupillenkapitalien im Inlande waren konfiscirt . .	7,538,636	"	89 "
Summa	1,129,374,217	Frs.	50 Cent.

Auch diese Angaben erreichen die thatsächlichen Verluste nicht. Die Denkschriften, welche die preußische Regierung am 16. November 1809 und 1815 bei den Friedensverhandlungen übergab, beziffern z. B. den Verlust durch die Münzverschlechterung auf 8 Millionen Franks, den Verlust der Bank, der Seehandlung, der Holzverwaltungen auf 35 Millionen Franks [2]). Hält man dennoch die ge-

[1]) Zu der für diese Rubrik oben für die Zeit bis zum 12. Juli 1807 aufgeführten Summe von 4,773,699 Franks treten für die Periode vom 12. Juli 1807 bis zum 5. November 1808 9,547,398 Franks. — [2]) Schöll Recueil 6, 312 sqq.

ringeren Ansätze fest, ja jetzt man selbst von ihrem Gesammtbetrage den Posten 11 der Nachweisung (S. 528), Brandschäden und Verwüstungen, vollständig, von dem Posten 9 (Erpressungen und Plünderungen) 10 Millionen Thaler für Plünderungen, mit 22,631,063 Thalern oder 85 Millionen Franks ab, so bleibt immer noch mehr als jene Milliarde übrig, die Napoleon nach seiner Versicherung aus Preußen gezogen, und wir dürfen Daru's Berechnung daß die Erträge schon am 1. Januar 1808 604 Millionen Franks erreicht hatten, vollen Glauben schenken.

Ueber jene Milliarde hinaus hatte Preußen nun die 120 Millionen zu zahlen, die ihm der Vertrag vom 8. September 1808 auferlegte, die Kosten für die französischen Garnisonen in Stettin, Küstrin und Glogau und ihrer vollen Verproviantirungen für eine sechsmonatliche Belagerungszeit zu tragen, nebst der Aussicht auf die Stellung eines Hülfscorps für Frankreich gegen Oestreich in Stärke von 16,000 Mann; für das erste Jahr nach Zeichnung des Vertrages sollten jedoch 8000 Mann genügen. Die Schwierigkeit der Abtragung jener 120 Millionen war viel größer als die Summe an sich. Die Okkupation hatte mit den Kontributionen das baare Geld aus dem Lande gezogen, die Geldinstitute waren beraubt und damit nicht nur in ihrem Kredite geschädigt; wie gefährdet die Existenz des Staates auch nach dem Frieden, auch nach dem Vertrage von 1808 war, zeigte jede Maßregel Napoleons. Welcher auswärtige Kapitalist hätte Preußen unter solchen Umständen geborgt!

So schwer die finanziellen Verpflichtungen waren, durch welche Preußen den Abzug der französischen Armee hatte erkaufen müssen, es fehlte viel, daß Preußen mit dem Vertrage vom 8. September, mit dem Rückzuge der großen Armee zur Staatshoheit über sein Gebiet, zu freier Verfügung über seine Kräfte, zu freier Bewegung innerhalb seiner Grenzen gekommen wäre. Die Stärke der preußischen Armee war durch den Vertrag für die nächsten zehn Jahre auf 42,000 Mann beschränkt, und zwar durfte die Infanterie 24,000 Mann, die Kavallerie 6000 Mann, Artillerie und Pioniere 6000 Mann, endlich die Garde ebenfalls 6000 Mann zählen. Die Linie der Weichsel beherrschte Napoleon

durch Thorn und Danzig, die Oderlinie durch ſeine Beſatzungen in Glogau, Stettin und Küſtrin; ausdrücklich beſtimmte der Vertrag vom 8. September, daß keine preußiſchen Truppen ſich dieſen Plätzen über das Maß eines Tagemarſches hinaus nähern dürften; an der Elbe ſtanden Napoleon die ſächſiſchen und weſtfäliſchen Streitkräfte, an der Weichſel die polniſchen zur Verfügung. Magdeburg, Wittenberg, Torgau und Dresden drückten in Verbindung mit Küſtrin und Stettin ſo ſtark auf Berlin, daß der König mit beſtem Grunde auch nach dem Abzuge der großen Armee nicht nach Berlin zurückkehren wollte. Er ſah voraus und ſagte dies ſchon im Januar 1808 dem Kaiſer Alexander, daß in Berlin ſeine Entſchlüſſe nicht frei ſein würden. Er überhörte, was Napoleon dem Prinzen Wilhelm und Brockhauſen ſo eindringlich geſagt hatte, daß er in der Rückkehr des Königs nach Berlin den erſten Beweis des Vertrauens des Königs zu ihm ſehen werde (S. 523), und reſidirte weiter in Königsberg. Erſt dann, als Oeſtreich im Jahre 1809 unterlegen war und Frieden geſchloſſen hatte, als Napoleon dem Abgeſandten des Königs, Oberſten Kruſemark, am 5. November 1809 geſagt hatte: „wenn der König nicht nach Berlin geht, ſo gehe ich nach Berlin [1]),“ blieb keine Wahl. Mit dem 23. December 1809 wurde Berlin wieder die Reſidenz des Königs. Daß ſich der König in Berlin, d. h. in erſter Linie unter dem Druck der franzöſiſchen Beſatzungen von Magdeburg und Küſtrin befinde, bildete einen weſentlichen Punkt in Napoleons fortgeſetztem Okkupationsſyſtem. Hatte der König dieſe Abſicht von vornherein erkannt und ſich Berlin deshalb möglichſt lange entzogen, ſo zeigten das Jahr 1812, die erſten Monate des Jahres 1813 jedermann, wie richtig er geſehen.

Neben der Militär- und den Handelsſtraßen, welche der Friede von Tilſit und die Konvention von Elbing vom 13. Oktober 1807 (S. 508) Sachſen und Polen gewährten, legte der Vertrag von 1808 Preußen für die Beſatzungen der drei Oderfeſtungen noch das Zugeſtändniß von ſieben Etappenſtraßen auf. Zur Feſtſtellung der Demar-

[1]) Preußen während der franzöſiſchen Okkupation ob. S. 311.

kationslinien um die drei Plätze, zur Regelung der Preußen obliegenden Proviantirung derſelben wurden vom 12. November 1808 bis zum 22. Februar 1809 noch fünf Konventionen geſchloſſen, in welchen Napoleon das Recht zugebilligt werden mußte, franzöſiſche Poſten zwiſchen den drei Feſtungen einzurichten und Preußen die weitere Pflicht auferlegt wurde, die Beſatzungstruppen auch auf den Märſchen auf ſeine Koſten zu quartieren und zu verpflegen. Die Zahl dieſer Straßen, obwol ſie nun Preußen nach allen Richtungen durchſchnitten, genügte Napoleon noch nicht. Am 26. April 1811 mußte eine neunte zwiſchen Mecklenburg und Stettin, am 4. Juni 1811 die zehnte zwiſchen Stettin und Danzig, nebſt zwei Hülfsſtraßen zugeſtanden werden. Die Polizeigewalt in den drei Oderplätzen übertrug der Vertrag vom 8. September den franzöſiſchen Kommandanten derſelben. Dieſe beſchränkten ſich ſelbſtverſtändlich nicht auf die Fürſorge für die Sicherheit ihrer Garniſonen. Sie nahmen den Begriff der Sicherheit in möglichſt ausgedehntem Sinn, ſetzten die ſtädtiſchen Polizeibeamten nach Gefallen ab, unterbrachen den Lauf der preußiſchen Poſten, hielten die durchgehenden Kuriere an, ließen ſich die eintreffenden wie die durchgehenden Briefe vorlegen und eröffnen, und unterwarfen auch Zoll und Handel ihrem Ermeſſen. Die vertragsmäßige Stärke der Garniſonen (ſie ſollte die Geſammtzahl von 10,000 Mann nicht überſchreiten) wurde nicht beachtet. Am 1. Januar 1812 befanden ſich über 23,000 Mann in den drei Feſtungen. Dieſe Zahl, verbunden mit häufigem Wechſel der Garniſontruppen und ſtarken Märſchen auf allen zehn Etappenſtraßen, verurſachte Preußen Koſten, die ſich im Durchſchnitt auf jährlich 10 Millionen Franks ſtellten.

Am wenigſten durfte Preußen auch nach dem Abzuge der großen Armee daran denken, ſeine Intereſſen auf dem Gebiete des Handels zu wahren; vielmehr blieb ihm hier ſeine Souveränetät vollſtändig verſagt; es war verurtheilt, dem franzöſiſchen Syſtem bedingungslos zu gehorchen. Art. 27 des Friedens von Tilſit beſtimmte, daß die geſammten Lande des Königs von Preußen bis zum Frieden zwiſchen Frankreich und England der Schifffahrt und dem Handel der Engländer geſchloſſen ſein ſollten. Weiter verpflichtete ein geheimer

Artikel deſſelben Vertrages Preußen: England den Krieg zu erklären, wenn daſſelbe bis zum 1. Dezember 1807 nicht Frieden mit Frankreich geſchloſſen habe. Dieſe Beſtimmungen kamen in Gemäßheit einer Kabinetsordre vom 1. September 1807 mit dem 1. December d. J. zur Ausführung [1]). Der preußiſche Geſandte, Jakobi-Klöſt, wurde aus London zurückgerufen; die Häfen wurden den engliſchen Schiffen geſchloſſen, die Küſten, ſoweit ſie von den Franzoſen geräumt waren, beſetzt, Küſtenbatterien erbaut, um die engliſchen Schiffe zurück zu treiben. England antwortete mit der Wegnahme aller preußiſchen Schiffe in ſeinen Häfen, und derer, welche ſeine Kreuzer auf dem Meere trafen.

Von Berlin aus hatte Napoleon am 21. November 1806, „um das Meer auf dem Feſtlande zu erobern," dekretirt: „daß die britiſchen Inſeln in Blockadezuſtand verſetzt ſeien, daß jeder Handelsverkehr, jede Korreſpondenz mit ihnen unterſagt ſei, daß jeder Engländer, der ſich in von franzöſiſchen Truppen beſetzten Ländern befinde, Kriegsgefangener, daß jedes Eigenthum, welches einem britiſchen Unterthanen gehöre, gute Priſe ſei, daß alle Handelswaaren engliſchen Urſprungs überall, wo man deren entdecke, zu konfisciren ſeien." Der Kontinent ſollte den Engländern geſchloſſen, ihr Handel damit vernichtet werden. War dies Syſtem auf allen Küſten des Kontinents zur Geltung und ſcharfer Durchführung zu bringen, ſo konnte die faktiſche Folge nur die ſein, daß der Seehandel aller Staaten des Kontinents vernichtet wurde und die engliſche Handelsmarine allein übrig blieb, daß die Entziehung der überſeeiſchen Rohſtoffe, deren die Fabrikation des Kontinents nicht entbehren konnte, dieſe tödten mußte, daß mit der Ausſchließung der Kolonialprodukte und der engliſchen Fabrikate zugleich der Abſatz d. h. der Austauſch der Produkte und Fabrikate des Kontinents gegen die überſeeiſchen Produkte und engliſchen Fabrikate, aufhörte. Die Staaten, welche Napoleon ſo feſt wie Preußen in jenen Jahren in der Hand hatte, mußten ſich freilich unbedingt fügen. Zur Ueberwachung der Verkehrsſperre gegen England ſandte er nach dem Frieden von Tilſit Konſuln in die

[1]) Vergl. Lefèbvre Histoire des cabinets 3, 182.

Häfen Oſtpreußens, die er nicht mehr beſetzt hielt, nach dem Vertrage von 1808 auch in die übrigen, welche unaufhörlich ſtrengere Abſperrung forderten, Uebertretungen auskundſchafteten, Konfiskationen, Strafgelder und Einſchließungen verlangten und daneben ſich dann zugleich die politiſche Aufſicht über die Stimmung des Landes und das Verhalten der Regierung angelegen ſein ließen. Da ſich Schweden dem Kontinentalſyſtem nicht hatte unterwerfen wollen, ließ Napoleon die Sperrung der preußiſchen Häfen auch gegen Schweden fordern. Am 11. Juni 1808 wurde dieſer Forderung genügt. Trotzdem machten es ſich die franzöſiſchen Konſuln zur Aufgabe, auch weiterhin den geringen Ueberreſt des Seeverkehrs durch ihre Chikanen, wenn nicht ganz zu hindern, doch möglichſt zu erſchweren. Es gab außer der Küſtenfahrt Seehandel nur noch durch die Neutralen, d. h. durch die Griechen unter osmaniſcher Flagge auf dem Mittelmeer, durch die Nordamerikaner an der Weſt- und Nordküſte Frankreichs, in der Nord- und Oſtſee. Auch dieſer ſollte bald nicht mehr exiſtiren. England antwortete auf das Dekret von Berlin durch die Befehle ſeines geheimen Rathes vom 7. Januar und 11. November 1807, die jeden Hafen, von dem die engliſche Flagge ausgeſchloſſen ſei, für blockirt und *jedes* dorthin beſtimmte Schiff auch der Neutralen für gute Priſe erklärten, es ſei denn, daß dieſes zuvor die Erlaubniß, in ſolche einzulaufen, mittelſt Verſteuerung der Ladung in London, Malta oder einem anderen engliſchen Hafen erkauft hätte. Napoleon verfügte hierauf mittelſt Dekretes von Mailand (17. December 1807) daß jedes Schiff, das ſich dieſen Vorſchriften unterwerfe, entnationaliſirt und engliſches Eigenthum geworden, ſomit gute Priſe ſei. Die Ausführung dieſes neuen Dekretes erwies bald die Unmöglichkeit, die Schiffe zu unterſcheiden, welche ſich den engliſchen Vorſchriften unterworfen hätten, welche nicht. Da amerikaniſche Schiffe in nicht unbedeutender Zahl als entnationaliſirt in franzöſiſchen Häfen konfiscirt worden waren, verbot die amerikaniſche Regierung mittelſt Geſetzes vom 1. März 1809 ihren Handelsſchiffen das Einlaufen ſowohl in die franzöſiſchen als in die engliſchen Häfen; franzöſiſche und engliſche Schiffe, welche in die Häfen Nordamerika's einliefen, ſollten der

Konfiskation vom 20. Mai 1809 ab verfallen. Die Häfen der Frankreich verbündeten oder von ihm abhängigen Länder hatte die Republik der Vereinigten Staaten ihren Handelsschiffen nicht untersagt; sie fuhren fort, den überseeischen Verkehr mit Italien und Spanien, mit Holland und den Ostseestaaten, mit Schweden und Dänemark, mit Rußland und Preußen zu betreiben, zu dem sie auch nach den Dekreten von Berlin und Mailand berechtigt waren, sobald sie sich nur den englischen Vorschriften nicht gefügt hatten. Napoleon ließ jedoch mehre hundert amerikanische Schiffe in französischen Häfen wegnehmen, die trotz des Verbots ihrer Regierung den Verkehr mit Fankreich fortgesetzt hatten; er befahl, sie auch in Holland, in Dänemark und Schweden, in den Häfen der Hansestädte und in Preußen wegzunehmen, gleichviel ob sie England Gebühren gezahlt hätten oder nicht. Preußen gehorchte. Am 9. März 1810 erließ das preußische Ministerium die entsprechende Verordnung. Erst nachdem Napoleon diese Konfiskationen in den Häfen Frankreichs und der abhängigen Staaten befohlen hatte, nachdem sie vollzogen worden waren, wurde unter dem 23. März 1810 das Dekret von Rambouillet publicirt, welches die Wegnahme und den Verkauf aller amerikanischen Schiffe verfügte, die seit dem 20. Mai 1809 in die Häfen des Reichs eingelaufen wären oder weiterhin einlaufen würden. Preußen wurde aufgefordert, auch dieser Maßregel beizutreten und seine Häfen den Schiffen Amerika's zu sperren. Nach einigen Gegenvorstellungen, die selbstverständlich erfolglos blieben, gehorchte der Staatskanzler Hardenberg mittelst Verordnung vom 19. Juli 1810. Napoleons Gouverneur in Stettin hielt sich für befugt, Ende Juli zu verfügen, daß kein Schiff weder ein- noch auslaufen dürfe, welches nicht mit einem französischen Paß versehen sei. Dem Dekret von Rambouillet ließ Napoleon dann das Dekret von Trianon vom 5. August 1810 folgen, welches dem gesammten Handel unter neutraler Flagge ein Ende machte, da nicht sicher festgestellt werden könne, welche neutralen Schiffe sich den englischen Vorschriften unterworfen hätten oder nicht. Hieraus folgte dann weiter, daß, da keine Art überseeischen Verkehrs erlaubt war,

alle Kolonialprodukte, welche den Kontinent erreichten, zu konfisciren seien. Auch diesem Dekrete wurde rückwirkende Kraft auf die bereits auf dem Kontinent vorhandenen Kolonialprodukte beigelegt, gleichviel ob sie in gestatteter oder unerlaubter Art eingebracht waren. Bisher hatten doch die neutralen Schiffe, welche nachweislich England keine Gebühr bezahlt, einlaufen dürfen, waren doch durch französische Kaper englische oder angeblich englische, mit Kolonialprodukten beladene Schiffe aufgebracht und deren Ladungen dann verkauft worden, es waren ferner große Massen dieser Produkte auf den konfiscirten amerikanischen Schiffen gefunden und Seitens der Zollbehörden selbst verkauft worden. Noch mehr, Napoleon hatte angefangen sich selbst seinem Sperrsystem zu entziehen und gegen sehr hohe Gebühr Licenzen zur Heranführung zuerst gewisser Arten, dann sämmtlicher Kolonialprodukte ertheilt. Das Dekret von Trianon unterwarf nun alle auf dem Kontinent vorhandenen Kolonialwaaren der Konfiskation und gestattete deren Rückkauf durch den gegenwärtigen Besitzer nur gegen Erlegung des Kontinentalzolls, d. h. gegen fünfzig Procent des Werthes oder des Verzichts auf die Hälfte seiner Kolonialprodukte. Alle Magazine von Kolonialwaaren innerhalb eines Rayons von vier Tagemärschen von den Grenzen des französischen Reiches wurden für heimliche Depots erklärt und unbedingter Konfiskation unterworfen. Die Regierungen der verbündeten und abhängigen Staaten wurden eingeladen, sich diesen Maßregeln anzuschließen, französische Truppen brachten dieselben in der Schweiz, in den Hansestädten zur Ausführung. Der Gouverneur von Stettin, der sich hier als souverän ansah, sequestrirte ohne weiteres sämmtliche Kolonialprodukte, die er in den Magazinen und in den Häusern der Kaufleute zu Stettin fand. Sein Verfahren wurde selbstverständlich von Paris her vollständig gebilligt [1]). Erst nach langer Verhandlung, nach Entrichtung des Kontinentalzolls im Betrage von 1,028,018 Franks gab Napoleon diese Waaren den Stettiner Eigenthümern zurück und befahl endlich am 24. März 1811 im Zusammenhange seiner Vorbereitungen für den

[1]) Note Champagny's vom 8. August 1810; geh. Staatsarchiv.

Krieg gegen Rußland, den erwähnten Betrag für die Approvisionirung seiner eben verstärkten und weiter zu verstärkenden Besatzungen der Oderfestungen zu verwenden [1]). Der Gouverneur von Glogau folgte dem Beispiele seines Kollegen in Stettin: er konfiscirte, was ihm beliebte, und erhob Kontinentalzoll nach seinem Wohlgefallen [2]). Das Dekret von Trianon wurde dann durch das Dekret von Fontainebleau am 19. Okt. 1810 dahin ergänzt, daß alle englischen Manufakturwaaren, wo sie auch gefunden würden, in Zollhäusern oder Privatmagazinen, verbrannt werden sollten. Napoleon wies Champagny an, die preußische Regierung kategorisch aufzufordern, wie das Dekret von Trianon so diese Ergänzung desselben ebenfalls einzuführen. Sollte man sich in Berlin weigern, so müsse sein Gesandter auf der Stelle abreisen. „In diesem Falle" schrieb er Champagny, „rücke ich in Preußen ein [3])." Schon am folgenden Tage ließ Champagny diese Eröffnung nach Berlin übermitteln. Man mußte gehorchen. Eine Verordnung vom 28. Oktober befahl alle Kolonialwaaren und englischen Manufakte im Lande mit Beschlag zu belegen, ihren Ursprung und die Art ihrer Einfuhr zu untersuchen, damit die ersteren im Fall verbotener Einfuhr konfiscirt, im anderen Falle dem Kontinentalzoll unterworfen würden; die Manufakte waren nach einer späteren Verfügung zu verbrennen. Waren die Kolonialwaaren auf Licenzen nach dem Kontinent gelangt und durch Zwischenhandel nach Preußen gekommen, oder rührten sie von Ladungen durch französische Kaper aufgebrachter Schiffe her, dann griff der Kontinentalzoll Platz, d. h. die Abgabe des halben Werthes, im andern Falle die Konfiscation. Nicht lange darnach erhielt das preußische Kabinet von Paris her eine Einladung entgegengesetztester Art. Man möge die Häfen nicht mehr sperren, vielmehr die mit Kolonialwaaren beladenen Schiffe einlaufen lassen, danach aber deren Ladungen konfisciren und diese dann dem französischen Gouvernement überlassen, das deren Werth

[1]) Correspondance de Napoléon 21, 505. — [2]) Schöll Recueil 2, 266 sqq. — [3]) Corresp. de Nap. 21, 228.

auf die Kontribution in Anrechnung bringen werde[1]). Auf Grund einer hierüber am 28. Januar 1811 getroffenen Uebereinkunft wurden in Preußen sehr erhebliche Quantitäten von Kolonialwaaren konfiscirt und nach Frankreich abgeführt. Die Versteigerung derselben ergab für die französische Regierung die Summe von etwa 14 Millionen Franks. An Kontinentalzoll für auf erlaubten Wegen eingebrachte Kolonialwaaren ist in Preußen vom Oktober 1810 bis Ende Januar 1813 ein Betrag von 12,202,959 Thalern erhoben worden. Die Verbrennung der englischen Manufakte wurde in Gemäßheit der betreffenden Verfügung in Berlin, Königsberg, Elbing und anderen Orten vollzogen; sie traf nicht wenig wohlerworbenes Eigenthum preußischer Unterthanen.

Man hätte meinen können, daß Napoleon durch diese Ausführung seines Systems in Preußen befriedigt gewesen wäre. Er war es doch nur zum Theil. Seine Konsuln denuncirten bald diesen bald jenen Vorfall, wollten oftmals von kleinen und größeren Flotten von Handelsschiffen in der Ostsee, von nur scheinbaren Konfiskationen wissen, was dann zu immer erneuten Beschwerden und Plackereien nur zu reichlichen Stoff gab. Dazu hatte Napoleon die Bekümmerniß, daß Kaiser Alexander zwar in den Handelskrieg gegen England eingetreten war, aber die neutralen Flaggen nicht proscribiren wollte. Nun konnten ja Kolonialwaaren auf dem Landwege aus Rußland nach Preußen gelangen. Es genügte nicht, daß sich Preußen dem Kontinentalsystem, der vollständigen Sperrung des überseeischen Handels angeschlossen hatte; sein gesammtes Zollsystem sollte das des französischen Reiches sein. Im Juni 1811 legte Napoleon erhöhte Zölle auf die Ausfuhr von Getreide und Nutzholz, um England die Erlangung seines Bedarfs an diesen hierdurch weiter zu erschweren. Am 4. Juli befahl er, Preußen zu veranlassen, auch diese Maßregeln bei sich einzuführen[2]). Preußens wichtigste Ausfuhrartikel waren

[1]) Vergl. Thiers Histoire du Consulat et de l'Empire 12, 50. —
[2]) Correspondance de Napoléon 22, 297.

Holz und Getreide. Man mußte ſich in Berlin auch darin fügen, den ſchwachen Ueberreſt ſeines Verkehrs mit eigener Hand zu vernichten. Die Verordnung vom 26. Juli 1811 legte einen Ausfuhrzoll von 32½ Thalern auf die Laſt Holz und Getreide. Wenn ſich dann auch der Staatskanzler bald darauf (5. Auguſt) ſo weit emancipirte, dieſen Zoll für Weizen auf die Hälfte, für Gerſte auf den vierten Theil herabzuſetzen, ſo blieb doch jener Anſatz für Nutzholz beſtehen, ſo daß die Getreideausfuhr höchſt erſchwert, Nutzholzausfuhr unmöglich war. In Berlin war man noch mit der Feſtſtellung dieſes neuen Tarifs beſchäftigt, als Napoleon den Amtsnachfolger Champagny's, den Herzog von Baſſano, bereits mit weiteren Anforderungen an Preußen beauftragt hatte. Schon am 1. Auguſt 1811 hatte er dieſem geſchrieben: „Verlangen Sie kategoriſch in Berlin, daß Preußen keine Kolonialwaaren, die durch Rußland kommen, zuläßt. Ich werde Preußen gern Licenzen für Getreideausfuhr nach England unter der Bedingung baaren Verkaufs bewilligen. Der Ausfuhrzoll wird Preußen, mir der Ertrag der Licenzertheilung gehören. Die Hauptſache iſt, daß keine Kolonialwaaren aus Rußland nach Preußen kommen [1])." Die Forderung wurde geſtellt und preußiſcher Seits (21. April 1812) erfüllt; Licenzen ſind preußiſchen Unterthanen niemals ertheilt worden.

Die Verluſte und Schäden, welche die Auferlegung dieſes Handels- und Zollſyſtems Preußen eingetragen hat, durch Vergleichung der Handelsbilanz der Preußen verbliebenen Provinzen für das Luſtrum vor und nach dem Kriege von 1806 und 1807 annähernd zu ſchätzen, unterlaſſe ich. Das Angeführte genügt, den vollen Ruin der geſammten wirthſchaftlichen Exiſtenz erkennen zu laſſen, den der Ueberreſt Preußens hierdurch erleiden mußte. Ich gehe zu den direkten Laſten über, die der Vertrag vom 24. Februar 1812 und was dem folgte, die der Krieg Napoleons gegen Rußland Preußen auferlegt hat. Napoleon konnte dieſen Krieg nur in Preußen oder von Preußen aus führen. In welcher Weiſe Napoleon den Vertrag

[1]) Correspondance de Napoléon 23, 363.

vom 24. Februar 1812 zu erzwingen wußte, habe ich an einem anderen Orte ausgeführt. Preußen trat durch denſelben in Bündniß mit Frankreich gegen England und Rußland. Es verpflichtete ſich formell in dieſem Vertrage, das Kontinentalſyſtem gegen England in derſelben Weiſe durchzuführen, wie dies in Frankreich geſchehe, alle engliſchen Fabrikate zu verbrennen, alle engliſchen Kolonialwaaren, gleichviel ob ſie zu Waſſer oder zu Lande eingingen, zu konfisciren. Es verpflichtete ſich ferner, Napoleon zwei Linienſchiffe und eine Fregatte unter preußiſchen Offizieren und mit preußiſcher Mannſchaft zu liefern. Gegen Rußland wird Preußen ein Corps von 20,000 Mann ſtellen, welches beſtändig vollzählig erhalten wird. Die übrigen preußiſchen Truppen werden ſo vertheilt, daß 4000 Mann in Kolberg, 3000 in Graudenz, 10,000 in den ſchleſiſchen Feſtungen und 3000 in Potsdam garniſoniren. Aushebungen, neue Befeſtigungen und Bewegungen ſeiner Truppen darf Preußen, ſolange die franzöſiſche Armee das Land beſetzt hält, nur im Einverſtändniß mit Frankreich anordnen. Die Kommandanten von Kolberg und Graudenz werden ihre Befehle von dem Generalſtabe der franzöſiſchen Armee erhalten und Offiziere deſſelben wie franzöſiſche Artilleriſten aufnehmen. Die franzöſiſchen Truppen können durch die preußiſchen Provinzen marſchiren und ſie beſetzen, mit Ausnahme von Oberſchleſien, d. h. von Glatz, Breslau, Oels, Brieg, und der Stadt Potsdam. Sie können im Nothfalle bei den Ortsbehörden Requiſitionen erheben, deren Werth auf die Kontribution angerechnet werden wird. Für die Transporte der franzöſiſchen Armee wird Preußen 3600 beſpannte Wagen mit den Führern ſtellen, deren jeder 15 ſchwere Centner laden kann, ſowie für zwanzigtauſend Kranke der franzöſiſchen Armee Lazarethgebäude, Utenſilien, Leinenzeug, Aerzte, Medikamente und Dienerſchaft. Wenn es nöthig würde, Geſchütze und Munition aus den preußiſchen Feſtungen zu ziehen, ſo wird der König von Preußen dieſelben hergeben, ſoweit er ſie nicht für ſeine Truppen und Feſtungen für erforderlich hält. Außerdem wird Preußen liefern an Pulver 600,000 und an Blei 300,000 Pfund, an Pferden für

Kavallerie, Artillerie und Train im Alter von 5 bis 7 Jahren 15,000 Stück und an Ochſen 44,000 Stück. Dazu:

an Gerſte	200,000	Quintals,
an Hülſenfrüchten	48,000	"
an Weizen	400,000	"
an Heu	650,000	"
an Stroh	750,000	"
an Hafer	6,000,000	Scheffel,
an Branntwein	2,000,000	Flaſchen,
an Bier	2,000,000	Flaſchen.

Die Transportkoſten der Pferde, Ochſen und aller dieſer Lieferungen an die von der franzöſiſchen Intendantur zu beſtimmenden Orte trägt Preußen. Der Werth der Naturalien wird jedoch auf die Kontribution angerechnet.

Die erſchöpfendſten Laſten lagen wiederum auf Preußen. Es hatte zuſtimmen müſſen, Kantonnementsbezirk, Operationsbaſis und Geſammtmagazin für eine Armee von über 500,000 Mann zu werden. Gleich nach erfolgtem Einmarſch ließ Napoleon auch Spandau und Pillau beſetzen. Die franzöſiſchen Gouverneure in Königsberg und Pillau nahmen die dort vorhandenen preußiſchen Waffenvorräthe in Beſitz. Aber nicht nur dies. Nicht nur, daß die vertragsmäßigen Lieferungen in der ſchärfſten Weiſe von den franzöſiſchen Behörden eingefordert und kontrolirt wurden [1]) — das Land hatte faſt in ſeiner ganzen Ausdehnung den Durchmarſch von 482,000 Mann mit 84,000 Pferden zu tragen, von denen die Hälfte längere Zeit im Lande kantonnirte, da der Einmarſch in Preußen Anfang März begann und die franzöſiſche Armee erſt am 23. Juni den Niemen überſchritt. Die franzöſiſchen Gouverneure auf den Operationslinien wie die Intendanten und Civilkommiſſare regierten nach ihrem Belieben und requirirten wie die Befehlshaber der Corps und die

[1]) Die preußiſche Regierung hatte zur Erleichterung des Landes 15,000 Ochſen in Polen kaufen laſſen für 540,000 Thaler. Dieſe polniſchen Ochſen wurden als zu leicht erſt dann angenommen, als zum Erſatz 8684 Stück über die vertragsmäßige Zahl geliefert wurden.

Truppentheile im weiteſten Maße, während der Soldat ſelbſt in Oſtpreußen und Litthauen geradezu plünderte. Ende September waren aus acht Kreiſen Oſtpreußens bereits 22,722 Ochſen fortgeführt; man rechnete, daß aus dem geſammten Lande bis dahin 77,920 Pferde und 13,349 Wagen von den franzöſiſchen Truppen mitgenommen worden ſeien [1]).

Durch den Werth jener vertragsmäßigen Lieferungen, welche von Frankreich vergütet und zunächſt auf die Kontribution angerechnet werden ſollten, trug Preußen in den Monaten März, April und Mai des Jahres 1812 den Reſt der Kontribution aus dem Vertrage vom 8. September 1808 ab. Seine Schuld hatte am 1. März 1812 noch 33,616,369 Franks betragen. Die weiteren vertragsmäßigen Lieferungen Preußens im Jahre 1812 im Werthe von 94,628,574 Franks wurden von Frankreich nicht bezahlt.

Nur annähernd ſind die enormen Laſten zu ſchätzen, welche die Quartierung, Verpflegung und Fortſchaffung der franzöſiſchen Truppenmaſſen auf dem Hinmarſche, der Trümmer derſelben auf dem Rückmarſche, ihre Requiſitionen, Vexationen, Erpreſſungen, der geraubte oder vernichtete Viehſtand Preußen verurſachten. Die Provinz Preußen (ohne Danzig und Kulmerland) allein berechnete ihren Verluſt auf 33,208,474 Thlr. [2]). Die Leiſtung des geſammten Landes betrug nach der Veranſchlagung des Staatskanzlers 309,430,000 Franks.

Stellt man die Summen und Werthe zuſammen, welche Frankreich im Frieden und nach angeblicher Räumung des Landes ſeit dem 5. November 1808 bis zum 15. März 1813 Preußen entzogen hat, ſo ergeben ſich folgende Poſten:

Für Unterhaltung der franzöſiſchen Garniſonen in Stettin, Küſtrin und Glogau vom 5. November 1808 bis
zum März 1813 . . . . . 37,973,951 Frs. — Cent.

[1]) Schön bei Droyſen Yorks Leben 2, 5 giebt für Oſtpreußen und Litthauen allein 79,161 Pferde und 26,579 Wagen. Radefeldt giebt für Oſtpreußen und Litthauen von 1807—1813 als geliefert, verwendet oder verloren 75,750 Pferde und 228,800 Stück Schlachtvieh. Dies wird die zutreffende Angabe ſein; Töppen in Altpreuß. Monatsſchrift 1871 Heft 1, 48. — [2]) Töppen, a. a. O. S. 53.

Transport	37,973,951 Frs. — Cent.
Die Kontribution des Vertrages vom 8. September 1808 war — wir sahen, auf welche Weise — auf 120 Millionen Franks herabgesetzt. Hierauf sind angerechnet worden: an Staatseinnahmen Preußens, welche vom Tage der Ratifikation des Pariser Vertrages bis zur Räumung des Landes am 5. December von den Franzosen erhoben waren . . . 1,763,162 Frs. 61 Cent.; der Werth der nach dem oben erwähnten Vertrage vom 28. Januar 1811 von Preußen konfiscirten Kolonialwaaren sammt Transportkosten . . . 14,322,518 = 81 =	
Summa 16,085,681 Frs. 42 Cent.	
Mithin hat Preußen an Kontribution gezahlt	103,914,318 Frs. 58 Cent.
An zu vergütenden Lieferungen .	94,628,574 = — =
An Kosten des Durchzuges und Rückzuges der französischen Armee nach und von Rußland	309,430,000 = — =
Somit vom 5. November 1808 bis zum 15. März 1813	545,946,843 Frs. 58 Cent.

Transport	545,946,843 Frs. 58 Cent.
Fügt man zu dieſer Summe den oben nachgewieſenen Betrag der Lieferungen, Leiſtungen, Verpflegungen und Kriegsſchäden, welche Preußen im Umfange des Vertrages von Tilſit vom November 1806 bis zum November 1808 abgetragen und erlitten hat, mit . .	1,129,374,217 = 50 =
ſo ergiebt ſich eine Geſammtleiſtung von	1,675,321,061 Frs. 8 Cent.

Es iſt bereits bemerkt, daß die dieſſeitigen Nachweiſungen unvollſtändig ſind, daß erhebliche Leiſtungen überhaupt nicht zum Anſatz gebracht ſind, daß für die vorſtehende Berechnung unter den vorhandenen Angaben durchgängig die niedrigſten angenommen worden ſind. Die Behauptung wird demnach nicht fehlgreifen, daß Napoleon, wenn er im Frühjahre 1809 ſagen konnte: ich habe eine Milliarde aus Preußen gezogen, im Frühjahre 1813 hätte verſichern können, daß er zwei Milliarden aus Preußen gezogen. Daß auch in dieſer Summe nur die direkten, nicht die indirekten Verluſte begriffen wären, bedarf nach den oben hervorgehobenen Thatſachen keiner Ausführung [1]).

Sehen wir ab von den Verluſten und Schäden, welche Preußen zu tragen hatte, um beſtimmt feſtzuſtellen, welche Kriegsentſchädigung Frankreich ſeinerſeits für den Krieg von 1806 und 1807 von Preußen empfangen hat.

Dieſe Kriegsentſchädigung beſtand in dem baaren Ueberſchuß, der bis zur Räumung Preußens im December 1808 in die Kaſſen Napoleons gefloſſen iſt, und in den Leiſtungen und Lieferungen, die Preußen

[1]) Die Schäden, welche Preußen in dem Feldzuge von 1813 vor, während und nach dem Waffenſtillſtand erlitten hat, ſchätzte das Miniſterium des Inneren nach den erhobenen Kontributionen und Requiſitionen für die Kurmark und die drei magdeburgiſchen Kreiſe dieſſeit der Elbe auf eine Million Thaler, für Schleſien auf 9,100,000 Thaler. Die Annahme iſt gewiß nicht zu hoch, da die Specialangaben für ſechs Kreiſe (Grünberg, Freiſtadt, Sagan, Bunzlau, Löwenberg, Glogau) und fünf kleine Städte (Raude, Liegnitz, Neumark, Liebau und Berthelsdorf) 2,323,721 Thaler erreichen und auch dieſe Angaben unvollſtändig ſind; Staatsarchiv zu Breslau.

durch die Verträge vom 8. September 1808 und 24. Februar 1812 übernehmen mußte.

Nach Daru's Rechnung betrug der baare Ueberschuß unter Einrechnung der von Sachsen für überlassenes preußisches Eigenthum gezahlten 20 Millionen Franks bis zum 15. Oktober 1808	474,352,650 Frs. 53 Cent.,
von denen 220 Millionen Franks in die Amortisations-Kasse eingezahlt, 228,944,363 Franks weiterhin für die Armee verwendet wurden.	
Dazu treten: an Kontribution aus dem Vertrage vom 8. September 1808	103,914,318 Frs. 58 Cent.
An Unterhaltung der Garnisonen zu Stettin, Küstrin und Glogau . .	37,973,951 » — »
An Lieferungen nach den Verträgen vom 24. Februar 1812	94,628,574 » — »
An Quartierungs-, Verpflegungs-, Transport- und Remontirungskosten der Armee Frankreichs auf dem Marsche nach und von Rußland	309,430,000 » — »
mithin in Summa	1,020,299,494 Frs. 11 Cent.

Somit hat Frankreich für den Krieg von 1806 und 1807 von Preußen eine reichliche Milliarde Kriegsentschädigung empfangen. Dieser Betrag übersteigt dreizehn Brutto-Jahreseinkommen des damaligen Preußens auch nach der, wie wir sahen, erheblich zu hohen Schätzung dieses Jahreseinkommens, welche Napoleon selbst angestellt hat (S. 511).

Wenn Frankreich im Jahre 1871 an Deutschland fünf Milliarden Kriegsentschädigung zu zahlen hatte, so erreicht dieser Betrag noch bei weitem nicht drei Brutto-Jahreseinkommen des heutigen Frankreichs. Dazu kann weder der Wohlstand des Preußen von 1807

mit dem Wohlstand des Frankreich von 1871, noch die Okkupation Frankreichs von 1871 und 1872 mit der Preußens von 1807 bis 1813 verglichen werden. Frankreichs Existenz und Fortdauer standen niemals auch nur entfernt in Frage. Somit war auch sein Kredit nicht untergraben, um so weniger als seine Geldinstitute nicht beraubt noch sein Gebiet gegnerischer Seits auf sechs Jahre hinaus einem Zoll- und Handelssystem unterworfen wurde, welches seinen Handel seine Industrie und seinen Ackerbau ruinirt hätte.

Die Miſſion des Oberſten von dem Kneſebeck nach Petersburg.

Die Bruchstücke aus den hinterlassenen Papieren des General-Feldmarschalls von dem Knesebeck geben eine „Erläuterung meiner Sendung im Jahre 1812 nach Rußland", in welcher höchst anschaulich erzählt wird, wie der Verfasser in der Stille den Plan zur Vernichtung Napoleons ersonnen, wie er sich überzeugt, daß Preußen beim Ausbruche des Kampfes zwischen Frankreich und Rußland sich Napoleon nicht widersetzen, Rußlands Armee nicht vorrücken dürfe; vielmehr müsse diese zurückweichend den Gegner tief in das Innere Rußlands locken. Dann könne Napoleons Untergang nicht ausbleiben, wie Karls XII. Beispiel zeige. Es sei ihm zu heftiger Empörung der preußischen Patrioten gelungen, König Friedrich Wilhelm III. zu überzeugen, der nun, „da Kaiser Alexander immer sehr großes Vertrauen zu Knesebeck gehabt", ihn nach Petersburg abgesendet habe, um Alexander zur Annahme dieses Kriegsplanes zu bewegen. Dieser geheime Auftrag sei durch eine ostensible Mission, den Kaiser Alexander zur Erhaltung des Friedens zu bestimmen, gedeckt worden. In Petersburg habe Knesebeck dann Alexander in dem Maße für seinen rettenden Plan zu gewinnen verstanden, daß ihn dieser mit den Worten entlassen: „Sagen Sie dem Könige, daß ich nicht Frieden machen werde, selbst wenn ich in Kasan sein werde."

Der Politik, welche Preußen in jenen bedrängten Tagen, in denen Napoleon seinen großen Kampf gegen Rußland vorbereitete, verfolgte, gegenüber hat diese Erzählung wenig Wahrscheinlichkeit, und ein Versuch, sie in den Zusammenhang der in Berlin vorwaltenden Tendenzen einzureihen, dürfte schwerlich gelingen. Anderen

Orts habe ich gezeigt, wie viel Gewicht gleich bei den erſten Anzeichen des drohenden Sturmes der König wie der Staatskanzler darauf legten, den Ausbruch deſſelben zu vertagen, welche Anſtrengungen im tiefſten Geheimniß gemacht wurden, die Hülfe, das aktive Vorgehen Rußlands, Preußen zu ſichern, wie nach dem Scheitern dieſer Bemühungen einen Stützpunkt an Oeſtreich zu finden verſucht wurde. Als auch dieſe Hoffnung ſich als eitel erwies, ſah man keinen Ausweg als den Anſchluß an Frankreich oder vielmehr die Unterwerfung unter Frankreich, wenn es nicht noch in dieſem letzten Augenblick gelang, den Kaiſer Alexander zu einiger Nachgiebigkeit zu ſtimmen und dadurch vielleicht den Ausbruch des Krieges noch hinauszuziehen. Der Anſicht des Staatskanzlers, Scharnhorſts, Gneiſenau's, Boyens entgegen ſtimmte Kneſebeck mit Ancillon für den Anſchluß an Frankreich; in einer Denkſchrift vom 26. Januar 1812 führte er ſogar aus, daß Preußen dieſen ſelbſt „auf jede Bedingung" vollziehen müſſe [1]). Und was die „Erläuterung" als den oſtenſiblen Zweck, als Deckmantel der ihm übertragenen Miſſion nach Petersburg angiebt: den Kaiſer Alexander zur Erhaltung des Friedens zu beſtimmen, das war in den Tagen vor ſeiner Abreiſe nach Petersburg Kneſebecks innerſte Ueberzeugung. Dafür beſitzen wir nicht nur das Zeugniß ſeines ihm engverbundenen Freundes Ancillon, der Kneſebeck „enthuſiasmirt für den Frieden" nennt [2]), ſondern auch ſein eignes, das er in einer für Kaiſer Alexander geſchriebenen Denkſchrift vom 21. Januar 1812 niedergelegt hat, auf welche ich weiterhin zurückkomme.

Kneſebeck hat Berlin am 1. Februar verlaſſen (S. 557) und iſt am 20. März von Petersburg wieder eingetroffen [3]). Das Ergebniß ſeiner Miſſion hat er in einem Berichte vom 23. März zuſammengefaßt, in welchem ſich keine Spur von dem findet, was nach der „Erläuterung" der eigentliche, der geheime Zweck ſeiner Sendung war. Eher das Gegentheil. Aber nichts natürlicher und nichts erklärlicher als dies. Dieſer Bericht gehört der oſtenſiblen Seite der Miſſion

---

[1]) Geh. Staatsarchiv. — [2]) Preußen während der franzöſiſchen Okkupation; ob. S. 434 N. — [3]) Für den Grafen Goltz ſchreibt Lecoq am 21. März dem General

an; er war dazu beſtimmt und darauf berechnet, Napoleon vorgelegt zu werden. Kneſebeck ſelbſt ſagt uns: „er habe dieſen Bericht auf den Wunſch des Staatskanzlers ſo ſchreiben müſſen, daß er St. Marſan (dem Vertreter Napoleons in Berlin) und durch dieſen Napoleon ſelbſt mitgetheilt werden konnte [1])." Dies iſt in der That geſchehen; St. Marſan hat den Bericht dem Herzog von Baſſano, Miniſter des Auswärtigen, zugefertigt und dieſer ihn dem Kaiſer auf der Stelle vorgelegt [2]). Der Vertreter Preußens in Paris, General Kruſemark, erhielt Abſchrift deſſelben [3]). Auf dieſen Bericht vom 23. März wird ſich mithin gegen die Angaben der „Erläuterung" nicht fußen laſſen, obwohl es, den geheimen Zweck der Miſſion zugegeben, auffallen muß, daß derſelbe ſehr beſtimmt hervorhebt, wie gewaltig der Widerſtand der Ruſſen ſein werde, welche Vortheile ein wohlüberlegtes Rückzugsſyſtem dem Kaiſer Alexander gewähren könne. Warnungen dieſer Art waren doch nicht der richtige Weg, Napoleon in das Innere Rußlands zu locken. Kneſebeck ſelbſt hat dieſen Widerſpruch empfunden, indem er Müffling im Jahre 1844 ſchrieb: er habe nicht vermieden, ſeinen (Kneſebecks) Feldzugsplan Napoleon ſelbſt vorzulegen, ihm ſein Schickſal zu prophezeien, in der ſicheren Erwartung, daß Napoleon ſolcher Warnung doch nicht folgen werde [4]). So auffallende Dinge machen es erforderlich, die „Erläuterung" einer näheren Prüfung zu unterziehen. Dieſe wäre am ſchnellſten zu erledigen und müßte zu den ſicherſten Reſultaten führen, wenn neben dem Bericht vom 23. März vertrauliche Berichte über Kneſebecks Thätigkeit zu Petersburg in den Papieren des geheimen Staatsarchivs vorhanden wären.

Unverrichteter Aufgabe war Scharnhorſt in den erſten Tagen des November 1811 von Petersburg zurückgekehrt. Alexander hielt,

---

Kruſemark: „Kneſebeck iſt endlich geſtern hier wieder eingetroffen; eine ſehr baldige Expedition wird Sie im Detail von den Ergebniſſen ſeiner Miſſion unterrichten." — [1]) Kneſebeck 20. Mai 1844 bei Müffling Aus meinem Leben S. 185. — [2]) Bericht Kruſemarks vom 3. April 1812; geh. Staatsarchiv. — [3]) Anfrage Lecoqs und Reſolution Hardenbergs vom 24. März 1812; geh. Staatsarchiv. — [4]) Kneſebeck bei Müffling a. a. O.

nachdem er ſich überzeugt, daß er die Polen nicht zu gewinnen vermöge [1]), daran feſt, den Angriff Frankreichs in ſeinen Grenzen zu erwarten. Als dann auch Scharnhorſts Schlußbericht vom 10. Januar 1812 über die Sendung nach Wien, mit welcher er nach der Rückkehr von Petersburg beauftragt worden, in der Hand des Königs war, entſchied ſich dieſer, die franzöſiſchen Bündniß- oder Subjektionsvorſchläge unter gewiſſen Modifikationen anzunehmen. Kneſebeck ſollte, eben weil er den Abſchluß mit Frankreich ſo eifrig vertreten hatte [2]), nach Petersburg gehen, um dieſen Entſchluß bei dem Kaiſer Alexander zu rechtfertigen, die Fühlung mit Rußland trotz des gezwungenen Ueberganges zum franzöſiſchen Syſtem zu erhalten, zugleich aber, wenn möglich, Alexander zu einiger Nachgiebigkeit, zu wenigſtens ſcheinbarer Beibehaltung des Kontinentalſyſtems zu beſtimmen und ihn zu vermögen, durch eine außerordentliche Sendung nach Paris noch einen Verſuch zur Ausgleichung zu machen, damit der Ausbruch des Krieges mindeſtens verſchoben werde. Ancillon und Kneſebeck hatten dies wetteifernd für Alexanders Pflicht und für erreichbar erklärt. An demſelben Tage, an dem Preußens Gegenvorſchläge zum Bündniß mit Frankreich nach Paris abgingen, am 31. Januar, ſollte Kneſebeck den Weg nach Petersburg einſchlagen. Sein Auftrag lag in dem Briefe des Königs, den er dem Kaiſer zu überreichen hatte; eine ausführliche Inſtruktion, was er dem Kaiſer Namens des Königs zu ſagen habe, führte er bei ſich. Ancillon war, der Weiſung des Königs vom 15. Januar, welche Kneſebeck's Miſſion unverzüglich einzuleiten befahl, gemäß, mit Abfaſſung derſelben beauftragt worden [3]). Wenn Kneſebeck in der „Erläuterung" ſagt, Hardenberg habe den geheimen Zweck ſeiner Miſſion nicht gekannt, ſo hatte Hardenberg das Schreiben des Königs an den Kaiſer Alexander [4]) nicht nur concipirt, Kneſebeck hatte Abſchrift deſſelben von Hardenbergs Hand in ſeiner Taſche.

Eine Miſſion nach Petersburg in demſelben Augenblicke, in

---

[1]) Preußen während der franzöſiſchen Okkupation; ob. S. 339 ff. 353. 361. — [2]) Daſelbſt S. 431 N. — [3]) Daſelbſt S. 430. — [4]) Daſelbſt S. 433.

welchem man ſich Frankreich näherte, war geeignet, den höchſten Argwohn in Paris zu erwecken und den Befehl zum Einmarſch an die den Reſt Preußens umringenden franzöſiſchen, weſtfäliſchen, ſächſiſchen und polniſchen Truppen herbeizuführen. Warum ſollte man dieſe Sendung auch verbergen? Daß man für den Frieden, für Nachgiebigkeit in Petersburg arbeite, konnte man in Paris ſehr wohl eingeſtehen. Durch ſolche Anzeige war, was man darüber hinaus wollte, Rechtfertigung der Ergreifung des franzöſiſchen Syſtems im Kriegsfalle und möglichſte Erhaltung guten Vernehmens mit Rußland wohl zu decken. So fragte denn auch der Miniſter des Auswärtigen, Graf Goltz, am 23. Januar beim Staatskanzler an, ob er dem Geſandten in Paris, General Kruſemark, von Kneſebecks Miſſion Mittheilung machen ſolle[1]). Der Staatskanzler hatte bereits am 21. Januar St. Marſan geſchrieben: „daß der König, von dem Wunſche durchdrungen, den Frieden im Norden bewahrt zu ſehen, und in Kenntniß, daß Graf Neſſelrode beauftragt ſei, verſöhnliche Vorſchläge nach Paris zu überbringen, den Entſchluß gefaßt habe, einen geeigneten Mann nach Petersburg zu ſenden, um den Kaiſer zu beſchwören, ſich zu einem Ausgleich herbeizulaſſen, ihm das Unheil zu ſchildern, welchem das entgegengeſetzte Verfahren Preußen ausſetzen würde, und zu wiederholen, daß dieſes trotz der perſönlichen Gefühle, welche den König an den Kaiſer bänden, den König zwingen würde, auf die Seite Frankreichs zu treten.“ Am 30. Januar erging dann auch Weiſung des Königs an Kruſemark: „Sie wiſſen, wie ſehr mir der Friede am Herzen liegt. Ich mache einen letzten Verſuch in Petersburg, ihn zu erhalten. Ich wollte denſelben nicht machen, bevor die Baſen meiner Einigung mit Frankreich feſtgeſtellt wären, und habe demnach jetzt meinen Generaladjutanten Kneſebeck dazu beſtimmt. Sie werden keine Schwierigkeiten finden, zu bewirken, daß dieſe Miſſion unter dem richtigen Geſichtspunkt meiner guten Abſichten betrachtet wird.“ Am 4. Februar erhielten die übrigen Geſandtſchaften Mittheilung von der Abſendung des Oberſten Kneſebeck nach Petersburg.

---

[1]) Geh. Staatsarchiv.

Der Vertreter Rußlands in Berlin, Graf Lieven, war von der bevorſtehenden Miſſion noch vor Hardenbergs Mittheilung an St. Marſan am 16. Januar in Kenntniß geſetzt worden. So konnte ſchon am 2. Februar der Reichskanzler Graf Rumäntzow den Geſchäftsträger Preußens in Petersburg, Jouffroy (er vertrat zur Zeit den Freiherrn von Schladen), fragen, ob er offizielle Nachricht von der Sendung des Oberſten Kneſebeck erhalten, der Oberſt werde ein Schreiben des Königs bringen; und hinzufügen: „wenn deſſen Sendung keinen anderen Zweck hat, als uns zum Frieden zu mahnen, ſo iſt ſie überflüſſig; der Friede beſteht, und wir ſind es nicht, die ihn brechen werden [1]." Unter dem 31. Januar wies der Staatskanzler die Vertreter Preußens in Petersburg, Herrn Jouffroy und den Oberſtlieutenant Schöler, an, den Oberſten Kneſebeck in Erfüllung ſeines Auftrages zu unterſtützen. Es ſei der letzte Verſuch, den Frieden zu erhalten. Napoleon wolle brechen, wenn Rußland ihm nicht durch einige zufriedenſtellende Erklärungen die Mittel gäbe, ſeine Schritte zurückzuthun. Dieſe glückliche Chance ſolle Kneſebeck herbeiführen. Kneſebeck könne ſich auch des Rathes des dortigen Vertreters Frankreichs bedienen; Graf St. Marſan habe ſich beeilt, den General Lauriſton in dieſem Sinne zu unterrichten. Oberſtlieutenant Schöler erwiderte dem Staatskanzler am 14. Februar: die Sendung Kneſebecks thue ihm wehe, nicht aus verletzter Eigenliebe, ſondern als Zeichen der Verkennung, während er doch ſtets das Vertrauen, das er in Petersburg gewonnen, zum Beſten des königlichen Dienſtes geltend gemacht, auch wenn ſeine Privatmeinung eine andere geweſen ſei. „Da ich in gänzlicher Unwiſſenheit deſſen bin, was ſeit Monaten bei uns vorgeht, wünſche ich in dieſer Hinſicht mit Sehnſucht die Ankunft Kneſebecks; aber der Kaiſer ſagte mir geſtern (13. Februar): er wiſſe, daß Preußen ſich verpflichtet habe, ſeine Truppen zu vertheilen, den Durchmarſch und Requiſitionen zu geſtatten, Munition aus den Feſtungen zu gewähren; er glaube, daß Alles geſchloſſen ſei und nur die Ratifikation von Paris fehle."

---

[1]) Jouffroy's Bericht vom 4. Februar 1812; geh. Staatsarchiv.

Kneſebeck meldete ſich am 31. Januar reiſefertig bei Hardenberg [1]). Am 1. Februar hatte er mit dem Staatskanzler noch eine Konferenz. Er wird an demſelben Tage nach Petersburg abgereiſt ſein. Schölers Brief vom 14. Februar zeigt, daß, als er geſchrieben wurde, Kneſebecks Ankunft dort noch nicht erfolgt oder wenigſtens Schöler noch nicht bekannt war. Am 15. Februar aber berichtet dieſer dem Staatskanzler: „Kneſebeck iſt geſtern Abend zu ſpät hier angekommen, um dem Kaiſer noch auf amtlichem Wege Anzeige machen zu können. Heute Morgen wird der Geſchäftsträger des Königs die nöthigen Schritte thun, um die Audienz beim Kaiſer herbeizuführen." Die Behauptungen der „Erläuterung", daß Kneſebeck den Weg von Berlin nach Petersburg „in acht Tagen" zurückgelegt, „daß er am 13. Februar 8 Uhr Morgens dort angekommen und ſchon gegen 11 Uhr durch einen Adjutanten des Kaiſers in den Palaſt befohlen worden ſei", ſind ſomit hinfällig. Schöler fügt ſeiner Meldung hinzu: „Bereits vor Kneſebecks Ankunft habe ich Alles gethan, ihm einen günſtigen Empfang zu verſchaffen, und werde, ſoviel ich irgend kann, zum Erfolg dieſer Sendung beitragen." (In Chiffren): „Obgleich ich die Gründe, wodurch er ſeinen Auftrag unterſtützen will, noch nicht alle kenne, ſo glaube ich doch, daß ſie, durch mich vorgeſtellt, wenigſtens ebenſo viel Erfolg gehabt hätten, wenn ſie überhaupt Wirkung haben können. Hieran aber zweifle ich, da ſie aus der Konverſation mit General Kruſemark genommen [2]) und auf ein Raiſonnement gegründet ſind, welches eigentlich hier zu Hauſe gehört, von deſſen Unrichtigkeit man eben darum auch hier am meiſten überzeugt iſt."

Was Kneſebeck dem Kaiſer in der Audienz, die am 16. Februar ſtattfand, wirklich geſagt, was dieſer erwidert, darüber würden wir in ſeinem Berichte vom 23. März aus den oben angegebenen Gründen

[1]) Geh. Staatsarchiv. — [2]) Napoleon hatte Kruſemark am 17. Decbr. 1811 geſagt: der Friede werde erhalten werden können, wenn ihm nur Rußland einen Unterhändler ſchicke Gerade auf dieſe Eröffnung an Kruſemark baute Ancillon ſeinen Satz, „daß der Friede erhalten werden könne und müſſe"; Preußen während der franzöſiſchen Okkupation; ob. S. 425. 434 N.

beweiskräftige Sicherheit nicht finden; die Angabe der „Erläuterung", daß er die Aeußerung gethan: „Ich bringe den Krieg; 20,000 Preußen marſchiren gegen Sie", könnte jenem gegenüber immerhin Beachtung beanſpruchen, ſo widerſprechend ſie der Geſammtlage, Kneſebecks Denkſchriften vom 21. und 26. Januar, dem Briefe des Königs vom 31. Januar an den Kaiſer wie Kneſebecks Inſtruktion erſcheint, ſo ſehr ſie dem Abſchluß der Konvention Preußens mit Frankreich (welche ein Hülfskorps von jener Stärke für den Kriegsfall mit Rußland ſtipulirte) vorausgeeilt ſein würde. Aber wir beſitzen einen höchſt vertraulichen Bericht über dieſe Audienz in einem Schreiben, welches Kneſebeck ſelbſt und zwar am Tage nach dieſer Audienz, d. h. am 17. Februar, an den Kaiſer gerichtet hat, welches darnach in Abſchrift mit den übrigen vertraulichen Berichten über dieſe Miſſion dem Könige vorgelegen hat[1]). Die Abſchrift rührt von der Hand des Kanzliſten der Geſandtſchaft in Petersburg her. Hier in dieſem Schreiben, dem Kaiſer allein gegenüber, wird Kneſebeck doch niedergelegt haben, was den eigentlichen, den letzten Zweck ſeiner Sendung bildete.

Daſſelbe rekapitulirt die Aeußerungen, die der Kaiſer in der Audienz gethan: er habe Frankreich gegenüber nichts aufzuklären, er habe die vereinbarten Verträge gehalten; er ſchweige ſelbſt zur Okkupation Oldenburgs, zur Beſetzung von Schwediſch-Pommern (die Nachricht von dieſer war vor wenigen Tagen in Petersburg eingetroffen[2]), zur beſtändigen Vermehrung der franzöſiſchen Truppen in Danzig, Stettin und Küſtrin; er ſchweige dazu, daß Frankreich dem Könige die Feſtungen nicht zurückſtelle; dies ſeien ebenſo viele Beweiſe der Friedensliebe. Eine Miſſion nach Paris würde nur zu Diskuſſionen, dieſe zu Diſſenſionen führen, und aus den Diſſenſionen würden offene Feindſeligkeiten werden. Seine Armee ſei unter Waffen; aber ſie hätte die Grenze nicht überſchritten und würde ſie nicht überſchreiten.

---

[1]) Weiſung des Königs vom 25. März 1812; geh. Staatsarchiv. — [2]) Jouffroy's Bericht vom 11. Februar; geh. Staatsarchiv.

Hatte der Kaiſer auch nur entfernte Veranlaſſung, Kneſebeck gegenüber die Beweiſe ſeiner Friedensliebe in langer Reihe aufzuführen, wenn dieſer nicht, ſeinem Auftrage gemäß, in der Audienz die Erhaltung des Friedens accentuirt hatte? Aber hören wir Kneſebeck ſelbſt. „Mit zerriſſenem Herzen (le coeur navré) habe ich geſtern Eure Kaiſerliche Majeſtät verlaſſen", ſo beginnt er ſein Schreiben. Und der Grund dieſes Schmerzes? Weil der Kaiſer nach ſo vielen Beweiſen der Friedensliebe, nicht noch den, den Kneſebeck verlangt hatte, geben, d. h. Neſſelrode nicht nach Paris ſchicken wolle. „Habe ich Eurer Majeſtät Ideen richtig erfaßt, ſo ſoll dieſe Sendung nicht ſtattfinden, weil Sie in derſelben gerade das Mittel erblicken, welches, weit entfernt, den Frieden zu bewahren, vielmehr den Krieg herbeiführen würde." Kneſebeck bittet nun um Erlaubniß, „da von dem Entſchluß, welchen der Kaiſer jetzt faſſen werde, das Schickſal Europa's, ja das der geſammten Menſchheit abhänge (Worte der oben erwähnten Inſtruktion Kneſebecks)," auf die Gründe ſeiner Miſſion noch einmal zurückkommen zu dürfen, „um zu bewirken, daß Eure Majeſtät jemand nach Paris ſchickt, mit dem Kaiſer Napoleon in Explikationen zu treten." Die Gründe des Kaiſers — ſo fährt Kneſebeck fort — würden überzeugend ſein, wenn die Lage Europa's nicht erheiſchte, daß man ſich über alle kleinen Erwägungen erhebe (Worte der Inſtruktion). Die ganze Welt erwarte die Bewahrung des Friedens und der Ruhe der Völker von Kaiſer Alexander. „Nichts, was dazu führen kann, iſt unter Ihrer Würde. Mag Rußland mit Recht den erſten Schritt erwarten dürfen, die Menſchheit, die nur das Bedürfniß des Friedens fühlt und von dieſer Auseinanderſetzung erwartet, wird ſich immer an Eure Majeſtät wenden, den erſten Schritt zu thun, weil ſie Ihr Herz kennt. Eine große Macht, die ſich in ihrem Rechte fühlt, wird immer eher den erſten Schritt thun können, als die, welche bereits in der Angelegenheit Oldenburgs zugeſtanden hat, daß ihre großen Geſichtspunkte ſie hingeriſſen haben. Man wird Sie deswegen nicht der Erniedrigung anklagen, ſondern wird hierin vielmehr einen Akt der Großmuth ſehen. Mit 300,000 Mann und einer Nation, die

ihren Souverän verehrt, giebt es keine Furcht, und die geringſte Zuvorkommenheit iſt wahre Größe. Ihre Würde verlangt viel mehr dieſen letzten Schritt der Verſöhnung als daß ſie durch dieſen leiden könnte."

Kneſebeck unterſucht nun weiter, ob eine Sendung Alexanders nach Paris dem Frieden förderlich oder hinderlich ſein werde, und kommt zu dem Ergebniß: Will Napoleon den Krieg, ſo wird die Sendung nichts Schädliches hinzufügen; aber wenn dieſe Suppoſition nur Suppoſition iſt, ſo kann die Unterlaſſung der Sendung leicht den Krieg herbeiführen, gegen die Wünſche Europa's, gegen den Willen Alexanders. Es könne demnach nur Gutes, niemals Schlimmes aus dieſer Sendung folgen. Schweigen erſcheine weder der Offenheit und Gemüthsgröße Alexanders noch der Politik eines großen Reiches wie Rußland würdig. Er ſchließt dann: „Was die Gefahr betrifft, daß aus dieſer Explikation neue Diskuſſionen durch neue Prätenſionen, die Napoleon zu erheben beabſichtigen könnte, entſtehen möchten, ſo würde, wenn ſolches Napoleons Abſicht wäre, dies im Falle der Sendung wie der Nichtſendung eintreten." „Die Sendung kann alſo in keinem Falle das Uebel vergrößern, wohl aber daſſelbe verkleinern, wenn die Perſon gut gewählt iſt und die Sendung bald geſchieht, bevor die Truppen Frankreichs vereinigt und in Marſch geſetzt ſind, was Mitte März oder Anfang April geſchehen wird. Ich glaube, die Sendung unter allen möglichen Geſichtspunkten betrachtet zu haben, und kann ſie unter keinem ſchädlich finden. Möge Eure Majeſtät geruhen, ſie noch einmal in Erwägung zu nehmen; auf dieſem Schritte ruht in dieſem Augenblick die Hoffnung aller Völker, aller Männer Europa's, die dieſes Namens würdig ſind (Worte der Inſtruktion Kneſebecks), die in dieſem Kriege nichts erblicken können, als eine neue Quelle von Unglück und Leiden, und die das Gewitter, welches über ihren Häuptern auszubrechen im Begriff iſt, zerſtreut zu ſehen wünſchen."

Sonach findet ſich auch in dem denkbar vertraulichſten Bericht über dieſe Audienz nichts, was nicht in der Aufgabe gelegen hätte, die das Schreiben des Königs vom 31. Januar Kneſebeck vorzeichnete.

UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Er beſchwört den Kaiſer um einen Akt der Nachgiebigkeit; er führt ſcharfſinnig aus, daß dieſer ihm nur zur Ehre gereichen und in keinem Falle ſchädliche Folgen, d. h. eine Steigerung des Zerwürfniſſes herbeiführen könne. Damit ſtimmt vollkommen die Meldung, die er am 21. Februar eigenhändig dem Staatskanzler machte. Sonntag den 16. habe er Audienz gehabt; der Kaiſer habe die Gnade gehabt, ausführlich mit ihm zu ſprechen und ihn über $1^1/_2$ Stunden anzuhören. „Ich habe darauf geſtern (20. Febr.) Se. Exc. den Herrn Kanzler Grafen Rumäntzow in einer ſtundelangen Unterredung von den Wünſchen Seiner Königlichen Majeſtät unterrichtet, den Frieden im Norden zu erhalten, und demſelben offen und frei die Mittel dargelegt, die Seine Königliche Majeſtät dazu für zweckmäßig und geeignet erachten, und welche zu berühren Sie in dieſem Augenblicke ſowohl als eine Pflicht gegen Sich Selbſt als den Banden der Freundſchaft gemäß erachten, die zwiſchen beiden Monarchen ſtattfinde. Ich behalte mir vor, über alles dies Seiner Königlichen Majeſtät wie Eurer Excellenz bei meiner Rückkunft näheren Bericht zu erſtatten, und ſehe indeß in *banger Erwartung* der näheren Entſcheidung Seiner Kaiſerlichen Majeſtät entgegen", d. h. dem Erfolge meiner Vorſtellung vom 17. Februar.

Die zweite Audienz, in welcher der Kaiſer Kneſebeck dieſe nähere Entſcheidung gab, wird am 24. Februar ſtattgefunden haben. Der oſtenſible Bericht vom 23. März verlegt in dieſe zweite Audienz eine Auswahl der Gründe für eine neue Sendung nach Paris, die wir aus der eben durchmuſterten Vorſtellung kennen, in wörtlicher Wiedergabe: die Nothwendigkeit, ſich über alle kleinen Erwägungen zu erheben; das große Herz des Kaiſers, das ſicherlich dieſen Weg nehmen werde; nichts, was den Frieden erhalten könne, ſei unter ſeiner Würde; an der Spitze von 300,000 Mann habe ein ſolcher Akt nicht das Anſehen der Schwäche; die Würde des Kaiſers erfordere eher einen friedlichen Schritt, als daß ſie von dieſem leiden könnte. Derſelbe geht dann kurz zu den „*verderblichen Folgen*, die der Ausbruch des Krieges herbeiführen werde" und einigen militäriſchen Andeutungen über und ſchließt damit, daß der Kaiſer dabei

geblieben ſei, keine Sendung nach Paris eintreten zu laſſen; daß er nicht angreifen werde, aber vorbereitet ſei, langen und guten Widerſtand zu thun.

Aber wir beſitzen auch über dieſe Audienz vertrauliche Berichte. Jouffroy ſchreibt dem Grafen Goltz am 25. Februar: die Rückkehr des Oberſten Kneſebeck ſtehe bevor; obwohl ihn dieſer erſucht habe, nichts, was ihn betreffe, zu melden, ſo dürfe man doch in Berlin über das Reſultat ſeiner Sendung nicht länger in Ungewißheit bleiben [1]). „Mr. de Knesebeck a eu deux audiences de Sa Majesté Impériale et plusieurs entretiens avec le Chancelier, et il n'a assurément rien négligé pour s'acquitter au gré du Roi de la commission dont Sa Majesté l'avait chargé. Mais tout ce qu'il a pu dire jusqu'ici pour prouver la nécessité d'envoyer un négociateur à Paris — a complètement échoué contre les raisons, que lui a opposées l'Empereur. Sa Majesté Impériale lui a déclaré solennellement, qu'Elle désirait la paix, mais qu'Elle ne craignait pas la guerre, qu'Elle n'avait rien à se reprocher, qu'Elle avait fait pour conserver la paix dans le nord tout ce qui était humainement possible, mais qu'Elle s'était enfin convaincue, que la France en voulait à Son indépendance, et préparait à la Russie le sort de tant d'autres états ou écrasés ou incapables de devenir jamais dangereux à sa tyrannie. Elle est persuadée que l'envoi du Comte Nesselrode ne retardera pas d'un instant l'éclat de la guerre et aurait pour Elle le désavantage de paraître fléchir et implorer la clémence du conquérant, démarche que Sa Majesté Impériale traite de lache, et à laquelle Elle ne consentira jamais. Au point où en sont les choses Sa Majesté ne voit plus que les armes, qui puissent décider la question. *Elle est résolue à Se défendre jusqu'à la dernière extrémité dans ces propres foyers, de faire de Son empire un vaste champ de car-*

[1]) Denſelben Grund führt Jouffroy in ſeinem Schreiben vom 27. Februar an den Staatskanzler zu ſeiner Rechtfertigung an.

nage, de vaincre ou de mourir pour Son indépendance plutôt que de souscrire aux lois d'un étranger. Telle est Sa ferme résolution. Mr. de Knesebeck se propose de faire *un dernier effort et de soumettre à l'Empereur un mémoire militaire pour lui représenter les dangers qu'il court.*"

Jouffroy mußte ſich für vollſtändig und erſchöpfend inſtruirt erachten, um ſich berechtigt zu halten, wider den Willen und ohne Wiſſen Kneſebecks zu berichten. Was er angiebt, zeigt, daß Alexander in der zweiten Audienz den Gründen der Vorſtellung vom 17. Februar gegenüber ſich nicht auf die Ablehnung der Sendung durch Hinweis auf die Beweiſe der Friedensliebe, die er gegeben, beſchränkt, daß er weiter und offener mit der Sprache herausgegangen iſt, daß er geſagt hat, er könne ſich auf keine Verhandlung mehr einlaſſen; Napoleon wolle die Unabhängigkeit Rußlands vernichten. Eine neue Sendung an ihn unter dieſen Umſtänden ſei ein Akt der Feigheit; er ſei entſchloſſen den Krieg aufzunehmen und ſich mit aller Kraft zu vertheidigen. Ein Schreiben Schölers vom 25. Februar meldet dem Staatskanzler, daß Kneſebecks Abreiſe noch nicht feſt ſtehe. „Bisher ſcheinen ſeine Vorſtellungen wenig zu helfen. Die Ueberzeugung, daß Napoleon den Krieg wolle, iſt hier allgemein und erhält täglich neue Nahrung. Das Kontinentalſyſtem und alle anderen Scheinbeſchwerden betrachtet man als Vorwand und will ſich zu keinen Maßregeln entſchließen, durch welche man ſich ganz vergeblich zu erniedrigen glaubt." Ein zweites Schreiben vom 28. Febr. ergänzt dieſe flüchtige Mittheilung und Jouffroy's Bericht dadurch, daß es die beſtimmt abgegebene Erklärung Kneſebecks erkennen läßt: wenn es zum Kriege komme, werde Preußen auf der Seite Frankreichs ſtehen. Kneſebeck ſelbſt meldet dem Staatskanzler am 27. Febr., er habe bis jetzt zwei ausführliche Unterredungen mit dem Kaiſer und ebenſo mit dem Kanzler gehabt. „Indeß zweifle ich, den Zweck meiner Sendung zu erreichen, und kann Eurer Excellenz zum wenigſten keine Hoffnung dazu machen. Graf Neſſelrode iſt noch immer hier, und ich glaube nicht, daß er abgeſchickt werden wird. Bei allem Wunſche, den Frieden zu erhalten, fürchtet man, wie es ſcheint,

durch die Sendung des Grafen Neſſelrode nur noch mehr kompromittirt zu werden, und mit welchen Gründen ich dieſen Gedanken auch geſucht habe zu bekämpfen, ſo iſt mir ſolches bis jetzt noch nicht möglich geweſen. Ich werde deshalb nur noch wenige Tage warten und alsdann um meine Abſchiedsaudienz anhalten. Alles, was bis jetzt geſchehen, iſt, daß man einen Kurier an den Fürſten Kurakin geſchickt hat. Es iſt unbekannt, ob mit erweiterter Vollmacht oder nicht. Ich hoffe Eurer Excellenz mündlich die Beweiſe vorzulegen, daß, wenn der Friede nicht erhalten werden ſollte, an meinem Beſtreben, Alles zu thun, um von hier aus eine Explikation zu bewirken, es nicht gelegen hat[1])."

Hat Kneſebeck ſeine Abſicht ausgeführt, hat er dem Kaiſer nach der zweiten Audienz ein militäriſches Memoire überreicht? In den Akten findet ſich keine Abſchrift eines ſolchen. Trotzdem glaube ich die Frage bejahen zu müſſen. Warum will Kneſebeck Jouffroy verhindern, über das negative Ergebniß auch der zweiten Audienz zu berichten? Doch nur, weil er die Meldung vollſtändigen Scheiterns noch für verfrüht hält, weil er noch einige Hoffnung hegt, wie er ſelbſt in dem Schreiben an Hardenberg andeutet. Worauf konnte dieſe Hoffnung am 27. Februar beruhen, als auf einem erneuten „letzten Verſuch" von ſeiner Seite, den Kaiſer umzuſtimmen? Warum ſucht er nicht ſogleich nach dieſer Audienz ſeine Verabſchiedung beim Kaiſer Alexander nach, warum will er noch einige Tage warten, ehe er dies thut? Doch nur, um den Erfolg eines neuen Schritts, des Memoire's, zu erwarten. Auch die Wendung in ſeiner Meldung vom 27. Febr., daß es „an ſeinem Beſtreben nicht gelegen haben werde", wenn der Zweck nicht erreicht würde, deutet auf einen erneuten Verſuch. Weiter ſpricht für die erfolgte Einreichung, daß Kneſebeck nur erfüllte, was ihm vorgeſchrieben war, wenn er die militäriſche Seite der Frage genauer diskutirte; ſeine Inſtruktion gab ihm für deren Erörterung ausreichendes Material in die Hand. Endlich ſcheinen mir für die ſtattgehabte Ueberreichung dieſes Memoire's gewiſſe militäriſche An-

[1]) Geh. Staatsarchiv.

deutungen, die der Bericht vom 23. März in die zweite Audienz legt, und die weit eingehendere militäriſche Eröffnung zu entſcheiden, welche der Kaiſer dem Oberſten in der dritten, der letzten Audienz gemacht hat.

Ueberreichte Kneſebeck dem Kaiſer ein militäriſches Memoire, ſo fragt ſich weiter: welches war ſein Inhalt? Jetzt wenigſtens wird Kneſebeck doch dem Kaiſer das Geheimniß der „Erläuterung" enthüllt, deſſen Entſchluß zum Kriege aus ganzem Herzen gebilligt und jenen Kriegsplan zur Vernichtung Napoleons entwickelt haben! Der Kaiſer hatte ihm ja ſchon in der zweiten Audienz ſeine Abſicht angekündigt, ſich innerhalb ſeiner Grenzen aufs Aeußerſte zu vertheidigen, ſein Reich in ein großes Feld der Verwüſtung zu verwandeln. Gab es einen günſtigeren Boden für die Motivirung des Rückzugsplanes in die weiteſten Fernen? Aber Jouffroy ſagte uns: Kneſebeck beabſichtige, dem Kaiſer „die Gefahren vorzuſtellen, die er (bei ſeinem Entſchluſſe) laufe."

Kneſebeck hatte bereits in Berlin ein militäriſch-politiſches Memoire für den Kaiſer Alexander niedergeſchrieben und zwar am 21. Januar. Das Thema iſt: „Kann Rußland in dem gegenwärtigen Augenblicke den Krieg anfangen und den edlen Zweck ſeines Monarchen erreichen, es (Europa) von der Uebermacht Frankreichs zu befreien; oder wird es durch denſelben nur Europa's Unglück vergrößern?" Er vergleicht zunächſt die Stärke der Armeen. Rußland verfüge über 225,000 Mann; Napoleon könne neben dem Kriege in Spanien 300,000 Franzoſen an der Weichſel verwenden; er ſelbſt ſpreche von 400,000 Mann (die Zahl iſt der Aeußerung entnommen, die Napoleon am 17. Dezember 1811 Kruſemark gegenüber gethan hatte [1]), und mit den Baiern, Sachſen, Weſtfälingern, Italienern ſei dieſe Zahl nicht übertrieben. Dieſe Maſſen würden von einer vierfach geſicherten Baſis, d. h. von den Rhein-, Elb-Oder- und Weichſel-Feſtungen ausgehen, welche ſelbſt im Fall von Inſurrektionen im Rücken Napoleon ſeine Verbindungen ſicherten; ſie hätten jenſeit der

[1]) Preußen während der franzöſiſchen Okkupation; ob. S. 425.

Weichſel das fruchtbare, zur Erhebung gegen Rußland bereite Polen vor ſich. Rußland beſitze die geringere Streitmacht, es habe zu befürchten, daß Schweden ſeine rechte Flanke angreife wie die Türken ſeine linke Flanke beſchäftigten. Dazu keine Feſtungen als Operationsbaſis, im Centrum das gährende Polen und kein Genie, dem es die Führung ſeines Heeres anvertrauen könne. In dieſer Lage wolle Rußland ſich in den Krieg ſtürzen und warum? Weil ſeine Rüſtungen fertig ſind. So habe Preußen 1806, ſo Oeſtreich 1809 gehandelt, und dies ſei doch der unwiederbringlich letzte Kampf. „Soll durch eine unbegreifliche Verblendung der Gemüther der Moment abermals falſch ergriffen werden?“ Wolle Frankreich etwa den Krieg? Es erhebe nur die Forderungen, die es immer erhoben habe. Kaiſer Alexander zähle auf das Syſtem der retrograden Linien, ein Syſtem, das unter anderen Umſtänden eben ſo richtig und genialiſch entworfen als verderblich für den Gegner werden könne. Aber es ſetze voraus, daß immer noch eine andere Macht vorhanden ſei, welche Flanken und Rücken des Gegners nicht nur bedrohe ſondern nachdrücklich angreife. Ueberdies entſtehe daraus ein Zurückgehen ohne Ende, und der Gegner erobere das Land. Die andere Macht könne im gegebenen Fall nur Oeſtreich ſein. Ohne Oeſtreichs Theilnahme werde dies Syſtem Europa's Untergang vollenden, und wenn dann Türken und Schweden in den Flanken des ruſſiſchen Heeres losbrächen, ſo werde es die Urſache ſein, daß der nächſte Friede in Moskau geſchloſſen werde. Das höchſte Reſultat des Feldzuges, wenn er nach dem Syſtem der retrograden Linien geführt werde, würde der status quo beim Anfange des Feldzuges ſein. Wer aber ſichere in dieſer Lage dieſen Erfolg? Wenn ſomit Rußland beim glücklichſten Ausgang des Krieges nichts erreichen könne, als Königsberg gedeckt zu ſehen und Preußen den Beſitz ſeiner noch übrigen Feſtungen zu erhalten, ſo müſſe Rußland, wenn das Selbe durch einen Traktat zu erreichen ſei, auf den Krieg verzichten und dieſen Traktat herbeizuführen ſuchen, „da es mittelbar durch ſelbigen Alles gewinnt, was es in der gegenwärtigen Lage der Dinge nur

durch das höchſte Glück mit der Gewalt der Waffen erreichen kann."

Noch eingehender verbreitet ſich die Inſtruktion Kneſebecks, deren Abfaſſung in die letzten Tage des Januar fällt, über die militäriſche Frage. Sie liegt nur im Concept von Ancillons Hand vor, in welchem einige Stellen von der Hand Hardenbergs, andere von der Hand des Königs verbeſſert ſind. Niemand wird die ſtrategiſchen Betrachtungen dieſer Inſtruktion Ancillon zuſchreiben; ſie können nur von Kneſebeck herrühren. Ich begnüge mich, die Hauptſtellen hervorzuheben: „Si la Russie entreprend sans l'Autriche une guerre offensive, elle trouve l'armée française appuyée sur une quadruple ligne de places fortes, avec des points d'appui pour aller en avant, des asyles surs en cas de retraite et de malheurs. — Si la Russie au contraire combattant seule contre la France fait une guerre défensive, *suit le système des lignes rétrogrades*, et croit y trouver son salut, *elle pourrait bien se tromper* et l'ennemi sans crainte de diversions puissantes, sans inquiétude pour ses communications se porterait sur le *centre de la Russie* Européenne avec toute l'audace et toute la puissance de calcul, qui le caractérisent, et une ou deux batailles, que le génie de Napoléon pourrait, malgré la valeur des troupes Russes, décider en sa faveur, auraient les conséquences les plus funestes pour l'empire. — — Si la Prusse aujourd'hui s'allie avec la Russie — la guerre commencera par l'invasion de la monarchie Prussienne et la Prusse entière à l'exception des places fortes sera au pouvoir de l'ennemi; la Russie couvrira Königsberg (d. h. es würde nach der Vereinbarung mit Scharnhorſt 12 Bataillone eventuell bis Königsberg vorſchicken [1]) et ne pourra donner à la Prusse que des espérances de résurrection fort incertaines. La Prusse aura péri sans fruit pour la Russie ou plutôt au grand détriment de cet empire et de tout ce qui reste encore de puissances en Europe.

[1]) Preußen während der franzöſiſchen Okkupation; ob. S. 406.

Les camps retranchés de Glatz, de Neisse, de Colberg en supposant même que la rapidité de l'invasion n'empêche pas les troupes de s'y réunir, n'empêcheront pas les opérations hardies de l'empereur Napoléon contre la Russie car il pourra" (die folgenden Worte ſind Korrektur des Königs) „par la supériorité de ses forces prendre le camp retranché de Colberg par assaut et tout en continuant sa marche faire observer les autres", et s'appuyant sur l'Oder et la Vistule porter la masse de ses forees par Beuthen et Varsovie sur Grodno, diriger sa marche vers Moscou et menacer le centre de la Russie." Die Inſtruktion unterſucht dann weiter die Stellung Schwedens und der Türkei und kommt zu dem Schluſſe, daß Schwedens Haltung ſehr unſicher, wenn nicht für Frankreich ſei, daß die Pforte ſich ſchwerlich zum Frieden verſtehen, jedenfalls aber die Waffen wieder ergreifen werde, ſobald Rußland im Kampfe mit Frankreich ſei, und reſapitulirt: „que le flanc droit de la Russie n'est point assuré, que le flane gauehe de eet empire est encore sérieusement engagé." Napoleon aber werde 250,000 Franzoſen, 100,000 Deutſche und 50,000 Polen gegen Rußland führen. Rußland habe viele Generale, die geſchickt ſeien, ein Corps zu commandiren, aber keinen General en ehef, den es Napoleon mit Vertrauen entgegenſtellen könne. Dann heißt es weiter: „La Russie est un pays ouvert, il n'y a point de forteresses (redoutables ſetzt Hardenberg hinzu) sur le Niemen ni sur la Duna, qui puissent soutenir les mouvements ou faciliter la retraite des armées. Le système des lignes rétrogrades est une idée heureuse, une idée de génie; mais pour avoir son entier effet, ce système suppose que l'ennemi à lieu de eraindre que ses flancs et ses derrières soient extrêmement exposés à mesure qu'il marehe d'avantage en avant, ee qui n'existerait que dans le cas où l'Autriehe pourrait prendre en faveur de la Russie une part active à eette guerre. Hors de là ce système des lignes rétrogrades parait être insuffisant pour assurer de grands succès à eelui, qui l'adopte. Il offre l'inconvénient de laisser à un ennemi, qui a besoin

d'activité et de mouvements rapides pour faire la guerre avec plaisir, *tous les avantages de l'offensive*, et d'inspirer à l'armée *qui recule par principe et méthodiquement cette espèce de découragement* ou du moins de défiance qui parait être l'effet naturel d'une guerre défensive. Sans doute Napoléon s'éloignera toujours d'avantage du centre de sa puissance et de ses ressources, à partir du Rhin la ligne d'opération parait immense et d'une étendue tout-à-fait contraire aux principes de la stratégie; mais il faut partir de la ligne de la Vistule, il faut penser qu'il pourra disposer des moyens de tous les pays, qui sont en deçà de ce fleuve comme il dispose de ceux de la France, et alors *quand il s'engagerait dans l'intérieur de la Russie ses opérations ne paraitront plus avanturées.* Les vivres lui manqueront, mais ils lui viendront de toutes les contrées qu'il laisse en arrière. D'ailleurs il a déjà prouvé qu'il sait faire subsister son armée partout où le peuple ne meurt pas de faim; et de plus si marchant par le grand Duché de Varsovie et par la Lithuanie Russe il menace de se porter sur Moscou, il traversera des provinces fertiles en blé, et les habitants des provinces, qui ont fait partie de l'ancienne Pologne, lui donneront toutes les facilités imaginables pour accélerer ses mouvements; car il leur promettra le rétablissement du royaume de Pologne et ils sacrifieront tout à ce phantôme. Es folgt der Nachweis, daß Deutſchland ſich im Rücken Napoleons niemals erheben könne und werde, wenn es ſich nicht an eine benachbarte Macht und insbeſondere an Oeſtreich anzulehnen vermöge.

Kneſebeck hat von dieſen Geſichtspunkten in Petersburg Gebrauch gemacht, das beweiſt die ſchon bemerkte Stelle des Berichtes vom 23. März unter dem Rubrum der zweiten Audienz, wo Kneſebeck dem Kaiſer „die verderblichen Folgen des Krieges" vorhält, wo er dieſem weiter ſagt, daß es ihm als „Militär[1])" erlaubt ſein möge,

[1]) Der Abdruck in der Correspondance inédite de Napoléon hat fälſchlich „comme ministre".

darauf hinzuweiſen, daß für Rußland der Krieg nicht unter glücklichen Bedingungen beginne: „son aile gauche étant encore engagé avec les Turcs; que l'Empereur Napoléon avait des bases établies sur l'Oder et la Vistule; que la Russie au contraire n'avait aucune place de conséquence.“ Auch die Bemerkung der Inſtruktion, daß Rußland keinen General habe, erſcheint in der Form wieder, daß der Bericht vom 23. März Alexander ſagen läßt: er habe Napoleon keinen General entgegenzuſetzen und er ſelbſt ſei kein Feldherr wie Napoleon.

Wir beſitzen jedoch hierüber noch intimere Beweiſe. Jouffroy meldet am 6. März in einem Schriftſtück, welches Kneſebeck mit nach Berlin nahm: daß deſſen Auftrag zu wichtig geweſen wäre, als daß Schöler und er (Jouffroy) nicht alles gethan hätten, ihn zu unterſtützen. Der Geſandte Frankreichs habe ſeine Anſtrengungen mit den ihrigen verbunden, und die Vertreter Oeſtreichs und Baierns hätten gethan, was ſie konnten, Kneſebecks lebhafte Vorſtellungen bei Graf Rumäntzow zu unterſtützen. „In dem angeſchloſſenen Expoſé habe ich verſucht, Eurer Majeſtät die Geſichtspunkte vorzulegen, aus denen das Kabinet von St. Petersburg die gegenwärtige Lage betrachtet, welche auf ſo ungünſtige Weiſe auf die Miſſion Kneſebecks eingewirkt haben. Es umfaßt die Argumente des Kaiſers und die des Grafen Rumäntzow.“

Dies Expoſé iſt der vertrauliche Schlußbericht Kneſebecks, der „Privatbericht“, den er in dem Briefe an Müffling von dem oſtenſiblen unterſcheidet [1]). Er wollte dieſen mit vollſtem Grunde nicht unter ſeinem Namen erſtatten. Die Augen der Franzoſen waren auf ihn gerichtet; er wollte unter ſeinem Namen nur berichten, was Frankreich mitgetheilt werden konnte. Das Expoſé ſagt: Kaiſer Alexander habe die feindſeligen Abſichten Napoleons erkannt, als dieſer unter ſeinen Augen die Weichſelplätze habe befeſtigen, als er Glogau nicht habe zurückſtellen laſſen, als der Geſandte Napoleons in Konſtantinopel den Divan offen angetrieben habe, den Krieg

[1]) Bei Müffling Aus meinem Leben S. 193.

kräftig fortzuführen, als die Polen gegen Rußland exaltirt worden seien. Die Kenntniß des Charakters Napoleons und die Furcht, die er Alexander einflöße [1]), hätten diesen die Gefahr vielleicht näher erblicken lassen, als sie es in der That war. Während der ersten Explikationen seien Hamburg und Lübeck mit Frankreich vereinigt worden, ohne daß Rußland auch nur eine Mittheilung erhalten hätte, und Oldenburg, dessen Bestand zu Erfurt ausdrücklich garantirt worden: „weil der Besitz dieser Lande Frankreich unentbehrlich sei; Napoleon sei jedoch geneigt, den Herzog von Oldenburg anderswo zu entschädigen; Rußlands Sache sei es, Entschädigungen für ihn in Vorschlag zu bringen." Hätte Alexander Entschädigungen vorgeschlagen, so hätte er den despotischen Akt Frankreichs ratificirt und sich vor ganz Europa erniedrigt. Aber „wenn Alexander den Krieg gewollt hätte, hätte er ihn damals gemacht." Der ostensible Bericht läßt hierauf hin Alexander sagen: la preuve la plus claire de son amour pour la paix pourrait être, qu'il n'avait pas attaqué dès le printemps passé, qu'il avait été déjà à cette époque aussi préparé à la guerre qu'à présent, qu'il aurait pu s'avancer jusqu'à l'Elbe et forcer la Prusse de prendre son parti. Der Kaiser begreift, so fährt das Exposé vom 6. März fort, das lebhafte Interesse nicht, welches Oestreich, Preußen und Baiern an der Sendung Nesselrode's nähmen, als ob dieser junge Mann von 26 Jahren allein im Stande sei, die Dinge zu ordnen. Er habe wirklich die Absicht gehabt, ihn nach Paris zu schicken, in der Voraussicht, daß der Krieg mit der Pforte bald beendet sein werde. Er hätte ihn einen Brief an Napoleon überbringen lassen, in welchem er — ohne den Ton zu erhöhen — den Friedensschluß angezeigt und Napoleon seines Wunsches, den Frieden zu erhalten, von Neuem versichert hätte. Aber der Friedensschluß habe sich hinausgezogen, und es sei inzwischen ihm bekannt geworden, daß Napoleon diese Sendung mißfallen werde [2]).

[1]) Dieselbe Bemerkung wiederholt Knesebeck in dem Briefe an Müffling a. a. O. S. 188. — [2]) Napoleon hatte diese Sendung in der That vereitelt; Preußen während der französischen Okkupation; ob. S. 455 N.

Ueberdies ſei ſein Geſandter in Paris; an dieſen habe der Herzog von Baſſano ſeine Mittheilungen zu richten. Nachdem Rußland das Mögliche gethan, den Frieden zu erhalten, ſei es im Recht, Explikationen von Frankreich zu erwarten. Gegenwärtig habe Napoleon Schwediſch-Pommern beſetzen laſſen. Schweden verlange Rußlands Unterſtützung gegen Frankreich. Jeder Tag bringe neue Uebergriffe, neue Gewaltthaten der Polen an den Grenzen. Alexander bleibe trotz alledem ſeinem Syſtem treu, den Frieden zu erhalten; er werde ihn als wirklich gebrochen erſt dann betrachten „lorsque le premier coup de canon aura été tiré sur son propre territoire.“

Abgeſondert von dem Expoſé, in Chiffren werden unter Jouffroy's Namen die Geheimniſſe des ruſſiſchen Kabinets enthüllt (Bericht vom 6.): der Stand der Verhandlungen mit Schweden, mit der Pforte und der Kriegsplan Rußlands. Löwenhjelm ſei ſeit dem 17. Februar in Petersburg. Gleich an dieſem Tage ſeiner Ankunft habe ihn Alexander empfangen. Für die Zuſtimmung des Kaiſers zur Eroberung Norwegens biete Schweden ſeine Allianz, und für den Fall des Krieges eine Diverſion ſchwediſcher Truppen in Deutſchland an. Der Kaiſer habe nichts angenommen und nichts abgelehnt. Er mißtraut dem Kronprinzen von Schweden und wird nicht an ſeinen Ernſt gegen Frankreich glauben, bis er eine ſchwediſche Armee im Kampfe gegen die Franzoſen ſieht. Auch den Engländern will Alexander ſeine Häfen nicht öffnen, um den Bruch mit Frankreich nicht zu beſchleunigen. Die Verblendung Rumänzows bezüglich des Friedens mit der Pforte ſei unglaublich. Er ſage ganz laut, dieſer Krieg ſei für Rußland gleichgültig und könne ihm nie gefährlich werden. Den Kaiſer hat er für dieſe Anſicht gewonnen. Doch hat dieſer auf die lebhaften Vorſtellungen Kutuſows das Ultimatum modificirt und den Befehl zurückgenommen, Ruſtſchuk durch eine Ueberraſchung wegzunehmen. Es iſt möglich, daß dieſe Modifikationen den Abbruch der Friedensverhandlung verhüten. Aber nach allem, was geſchehen iſt, zweifelt man ſehr, daß die Pforte ſchließt. Sie betrachtet den Kriegsausbruch zwiſchen Frankreich und Rußland als ſehr nahe; wenigſtens

unterläßt Latour Maubourg (Napoleons Vertreter in Konſtantinopel) nichts, die Pforte hiervon zu überreden.

Endlich folgt der Kriegsplan (in Chiffren): l'Empereur veut faire de cette guerre une guerre de consommation [1]) et ne s'engagera pas dans des affaires décisives où la tactique savante de son adversaire aurait infailliblement le dessus. Tout est calculé pour pouvoir soutenir la guerre avec cette persévérance, qui seule peut en assurer le succès; avantage ou revers tout a été prévu. L'empereur est résolu *de faire retraite jusqu'à Casan plutôt que de signer une paix, qui serait funeste à son indépendance.* Une armée superbe de près de 400,000 h., la présence d'un souverain adoré de ses sujets et combattant pour leur liberté, l'insurrection de tout le pays, le fanatisme, qui n'est pas moins grand ici que dans la péninsule, les déserts, la famine voilà les armes, qu'on veut opposer à l'Empereur Napoléon. In Worten: „Cette lutte sera terrible; mais les Français n'y trouveront pas leur avantage, mais y perdront comme en Espagne leur population et leurs trésors. Les dispositions pour les différents commendemcnts de l'armée sont encore un sécret pour le public. On prétend que l'Empereur commendera en personne l'armée du centre, ayant sous lui Phull et Barclay — — et la gauche le Général Bennigsen. Selon d'autres celuici remplacera le Général Kutusoff contre les Turcs, si cette guerre malheureuse n'est pas encore finie. Bagration, Doctoroff, Bahagawuth commanderont, dit on, l'avant-garde. Mais j'ai lieu de croire que ces dispositions ne seront pas les dernières, surtout pour ce qui regarde le Général Bennigsen."

Hier iſt deutlich unterſchieden, was Alexander über ſeinen Kriegsplan geſagt, das Urtheil, das Kneſebeck ſich über das Maß des zu erwarteuden Widerſtandes gebildet und was er anderweit über die Vertheilung der Kommandos erfahren hat. Es ſteht demnach feſt, daß

[1]) Dieſe Auflöſung der Chiffre iſt zweifelhaft.

Alexander in der Abſchiedsaudienz am 2. März Kneſebecks militäriſchen Einwendungen, den von ihm geſchilderten Gefahren des Krieges, ſeiner Prophezeiung über den Erfolg des Syſtems der retrograden Linien, das dazu führen müſſe, daß der Friede in Moskau geſchloſſen werde, entgegengeſtellt hat: „er werde ſein Land zur Wüſte, den Hunger und den Fanatismus ſeines Volkes zu ſeinen Bundesgenoſſen machen, und wenn Napoleon ſelbſt nach Moskau komme, — er werde auch in Kaſan keinen Frieden ſchließen, der ſeine Unabhängigkeit ſchädige."

Die Sache liegt demnach gerade umgekehrt, wie die „Erläuterung" behauptet. Kneſebeck hat ſeine Miſſion loyal erfüllt; er hat Alles aufgeboten, den Kaiſer zur Sendung nach Paris, zur Nachgiebigkeit, zur Erhaltung des Friedens, zur Verſchiebung des Krieges zu beſtimmen; er hat ſeiner Ueberzeugung von den verderblichen Folgen des Rückzugſyſtems vollen Ausdruck gegeben. Nicht er hat des Kaiſers Verſprechen erwirkt, ſelbſt in Kaſan nicht Frieden zu machen, ſondern der Kaiſer hat ſeiner entgegenſtehenden Anſicht dieſen ſcharfen Ausdruck gegeben.

Bedürfte es für dieſes Ergebniß weiterer Beweiſe, ſie würden darin liegen, daß Kneſebeck nicht, wie die „Erläuterung" behauptet, der Mann des Vertrauens Alexanders war. Schöler berichtet am 28. Februar (nach der zweiten Audienz Kneſebecks) dem Staatskanzler: „Kaiſer Alexander ſchickt einen Kurier nach Paris und antwortet durch dieſen dem Könige (auf das Schreiben vom 31. Januar), in Erwägung, daß ein Kurier nach Paris weniger Gefahr laufe als einer nach Berlin. Deshalb hat er das Schreiben Orlow (dieſer ging am 28. Februar an den Grafen Lieven in Berlin ab) nicht anvertraut, und meint auch, daß es mit unſerem Generaladjutanten nicht allein viel langſamer ſondern auch nicht ſo ſicher gehen würde, weil Frankreich wohl den Argwohn haben könnte, daß Kneſebeck Ueberbringer eines geheimen Auftrages geweſen ſei, was wirklich Viele glauben. Die Antwort dürfte wohl etwas hart ausfallen, nach allem, was vorgefallen iſt. Ich glaube aber doch, daß ſie dem Könige beweiſen wird, daß er im äußerſten Falle noch immer auf ſeinen Freund

rechnen könne. Kaiſer Alexanders Beſorgniß ſcheint mir nicht ohne Urſache; daher vortheile ich von derſelben Gelegenheit. Der Kaiſer will Kneſebeck nächſtens expediren; ob er ihm ſagen wird, daß er dem Könige ſchon geantwortet hat, weiß ich nicht. Ich verſchweige Kneſebeck auf jeden Fall, daß ich davon weiß und davon Gebrauch mache." Nach Orlows Ankunft in Berlin am 11. März theilte Graf Lieven dem Miniſter des Auswärtigen, Grafen Goltz, mit, daß der Kaiſer alsbald dem Könige auf das Schreiben antworten werde, welches Kneſebeck überbracht habe. In dieſer Antwort ſagte Alexander dann dem Könige, daß er Kneſebeck nur einen faſt oſtenſiblen Brief mitgegeben; jetzt aber ſpreche er in dem Gefühl aufrichtiger und unveränderlicher Freundſchaft. „Wir ſind nun Feinde, und Eure Majeſtät kann ſich vorſtellen, was ich bei dieſer traurigen und grauſamen Gewißheit empfinden muß. Der problematiſche Ausgang des Krieges, der beginnen wird, iſt nach der Verbindung Eurer Majeſtät mit Frankreich noch zweifelhafter, und das Geſchick Europa's wird durch Unfälle Rußlands entſchieden ſein. Wenn der Entſchluß, den Eure Majeſtät gefaßt hat, Ihre Monarchie retten könnte, ſo würde ich der erſte ſein, zuzugeſtehen, daß Sie keine andere Wahl hatten und dem Gebot Ihrer Pflicht gefolgt ſind. Aber können Sie glauben, Sire, daß, wenn Rußland niedergeworfen iſt, Frankreich Ihre Exiſtenz erhalten wird, daß während des Kampfes ſelbſt Napoleon Sie als einen Verbündeten betrachten wird, auf den er zählen kann? Ich gebe zu, daß die Gefahren der Verbindung mit Rußland groß waren; aber im Falle des Erfolges hätte Eure Majeſtät den Ruhm der preußiſchen Monarchie wiedererkämpft, im unglücklichen Falle mit Rußland wenigſtens theuer die Exiſtenz verkauft. Es iſt ſchöner, ruhmreich zu enden, als in Knechtſchaft zu leben. Dies iſt meine Anſicht. Ich habe ſie Ihnen nicht verſchweigen können. Verzeihen Sie meiner Freundſchaft für Ihre Perſon dieſen Ausbruch des Freimuths. Ich kann nur die Verkettung der Umſtände beklagen und meine Hoffnung auf die göttliche Gerechtigkeit ſetzen, meine Pflichten mit Feſtigkeit und Ausdauer erfüllen. Seien Sie überzeugt, Sire, daß meine Freundſchaft nur mit meinem Leben endigen wird (1/13. März)."

Den König trafen dieſe Vorwürfe nicht. Die preußiſch-ruſſiſche Allianz und das Erwarten des erſten franzöſiſchen Kanonenſchuſſes innerhalb der Grenzen Rußlands, die Verbindung mit Preußen und der Rückzug nach Kaſan, das waren Widerſprüche im Satze, die nur Alexander nicht empfand. König Friedrich Wilhelm hatte die Pflicht, über ſein Volk und ſein Land aus anderen Geſichtspunkten zu beſchließen, als aus dem eines aufgegebenen Vorpoſtens Rußlands.

Erſt nach Feſtſtellung jener Schriftſtücke abreiſend, traf Kneſebeck am 20. März in Berlin ein. Hardenberg hatte die Chimäre Ancillons und Kneſebecks nicht getheilt, daß ſich Alexander zu Nachgiebigkeit bringen laſſen werde und damit der Friede zu erhalten ſei. Gleich nach Eingang jenes Berichts Jouffroy's vom 4. Febr. (S. 556) ſchrieb Goltz am 22. Februar Kruſemark nach Paris, daß Kneſebeck in Petersburg keinen Erfolg haben werde. Während Kneſebecks Abweſenheit war der Vertrag mit Frankreich am 24. Februar durch Kruſemark in Paris gezeichnet worden. Dem neuen Alliirten gegenüber war die größte Loyalität und Offenheit geboten. In dieſem Sinne mußte Kneſebecks Bericht abgefaßt werden. Aber Kneſebeck hatte noch einen anderen Geſichtspunkt. Kneſebeck und Ancillon hatten ſtets angenommen, es ſei Napoleon kein rechter Ernſt mit dem Kriege gegen Rußland. Was in Petersburg nicht zu erreichen geweſen, konnte doch am Ende vielleicht in Paris möglich ſein; warum ſollte man nicht verſuchen, Napoleon friedlicher zu ſtimmen, vielleicht zu einer beſonderen Miſſion nach Petersburg zu bewegen? Der Staatskanzler hatte gewiß nichts einzuwenden, wenn Preußen dieſer Krieg erſpart wurde.

Von dieſem ſeinem Standpunkte der Erhaltung des Friedens aus hat Kneſebeck den Bericht vom 23. März mit großem Geſchick abgefaßt. Bei der Redaktion hatte er ſeine Vorſtellung vom 17. Februar an den Kaiſer, ſeinen eigenen vertraulichen Bericht (das Expoſé vom 6. März) und Jouffroy's Bericht von demſelben Tage vor ſich liegen. Dieſe Schriftſtücke ſind zum Theil wörtlich in den neuen Bericht übergegangen. Aus der Vorſtellung vom 17. Februar die Gründe für eine neue Miſſion nach Paris u. ſ. w., aus dem Expoſé der geſammte Paſſus über die Handelsfrage, über

die früherhin beabsichtigte Sendung Nesselrode's, daß ja Kurakin in Paris sei u. s. w., so wörtlich, daß sich z. B. im Bericht vom 23. März wie im Exposé: Czieronozek neben Praga und Modlin in dieser absonderlichen Rechtschreibung findet. Der Bericht vom 23. geht darauf aus, die Friedensliebe Alexanders den Rüstungen Frankreichs gegenüber (die Ankunft der Baiern bei Hof ist Jouffroy's Berichte vom 6. März entnommen) unter Weglassung aller Aeußerungen, die in Paris irgend verletzen könnten, stark zu betonen; hervorzuheben, daß Alexander niemals der Angreifer sein werde. Es geht über das Exposé und wohl auch darüber hinaus, was Knesebeck sagen durfte, wenn derselbe versichert, daß dem Kaiser Alexander eine besondere Mission Napoleons nicht unerwünscht zu sein geschienen hätte; endlich wird die Zuversicht ausgesprochen, daß die Explikationen mit den Mittheilungen, die Czernischew aus Paris überbringe, beginnen würden. Napoleon erhält den Wink, daß, wenn seine Forderungen für den russischen Handel nicht gar zu schwer seien, sie zum Frieden führen würden. Dieser Wink wird durch die Hinweisung verstärkt, daß Napoleon im anderen Falle starken Widerstand zu erwarten habe. Zu diesem Zwecke läßt der Bericht vom 23. in geradem Widerspruche mit dem vom 6. Rumäntzow sagen, daß der Friede mit der Pforte bald geschlossen sein werde, und verstärkt diese Aeußerung durch die Anführung aus Letzterem, daß neue Instruktionen für die Friedensverhandlungen abgegangen seien; in diesem Sinne wird nach dem Bericht vom 6. bemerkt, daß Schweden Rußland seine Allianz angeboten, der Kaiser die Angebote Schwedens aber nicht angenommen habe, d. h. es wird Napoleon insinuirt: Rußland kann Frieden mit der Pforte und das Bündniß Schwedens haben, sobald es will [1]). Dann werden, der Aufgabe, die sich Knesebeck gestellt, gemäß, die Mittel, die Rußland selbst für die Gegenwehr besitze, hervorgehoben. Der Bericht vom 6. März wird in gemildertem Auszuge copirt: die Streitkräfte Rußlands seien

[1]) Lecoq, der die Absicht des Berichtes nicht verstand und glaubte, daß Hardenberg St. Marsan nur von dessen Inhalt Kenntniß gegeben, bemerkte Hardenberg, daß der Passus über Schweden in der Abschrift für Krusemark wegbleiben müsse, was dieser dann verneinte.

bedeutend, die Ruſſen würden ſich wüthend ſchlagen. Was ihm Alexander eröffnet hat, benutzt Kneſebeck beſtmöglichſt, um Napoleon zu zeigen, wie große Schwierigkeiten ſeiner im Kriegsfalle warten würden. Er geht im Eifer der Schilderung dieſer Schwierigkeiten etwas weiter, als die Loyalität gegen Rußland erlaubte. Der Krieg könne ein nationaler und religiöſer werden, wenn die Prieſter die Maſſe des Volkes in Aufregung brächten, was gewiß der Fall ſein werde. Daneben wird die Unwegſamkeit des Landes, der Mangel großer Flüſſe, an die ſich der Angreifer lehnen könne, bemerklich gemacht. Unter ſolchen Umſtänden habe die Defenſive große Vortheile, wenn der Vertheidiger ein Devaſtationsſyſtem annähme, indem er ſich auf im Voraus gut gewählte Punkte zurückziehe und das Innere Schritt für Schritt umſichtig vertheidige. Warnend ſchließt Kneſebeck dann: „Man fühlt dieſe Vortheile in Rußland, die Militärs ſprechen davon, und ich glaube, daß dies das Kriegsſyſtem ſein wird, was man befolgen wird, wenn auch daſſelbe vielleicht erſt dann beſtimmt feſtgeſtellt werden wird, wenn der Kaiſer ſich über den Oberbefehlshaber ſchlüſſig gemacht haben wird.“ Die Kommandoſtellen des vertraulichen Berichtes ſind, wie man ſieht, in die Frage des Oberbefehls aufgelöſt, und die Hinzufügung des Zweifels über die definitive Annahme des Plans iſt nur der unerlaßliche Vorbehalt, den die Loyalität gegen Rußland in dieſem Punkte forderte.

Als Kneſebeck dieſe Arbeit am 23. März vollendet hatte, übergab ſie Hardenberg dem Grafen St. Marſan noch an demſelben Tage. St. Marſan ſandte den Bericht, der Napoleon die höchſt willkommene Botſchaft brachte, daß ihm Alexander den Weichſelübergang nicht ſtreitig machen werde, mittelſt Kuriers, der am 24. März 11 Uhr von Berlin abging, zur Kenntniß ſeines Souveräns. Die Angaben des Briefes Kneſebecks an Müffling und der „Erläuterung“ über die ganze oder theilweiſe Abſchrift des Berichtes für St. Marſan, über die durch den Erfolg nicht getäuſchte Vorausſetzung, in der Kneſebeck ſeinen Kriegsplan Napoleon ſelbſt vorgelegt haben, ihm ſein Schickſal prophezeit haben will (S. 553), fallen dem nachgewieſenen

Zwecke des Berichtes vom 23. März und dieſen Thatſachen gegenüber zuſammen.

Die „Erläuterung“ Kneſebecks mußte auf die Autorität ihres Verfaſſers hin in die Darſtellungen jener Zeit übergehen und iſt in dieſelben übergegangen. Damit war der hiſtoriſchen Kritik ihre Aufgabe geſtellt. Gegenüber den großen Verdienſten, die ſich Kneſebeck um Preußen im Rathe wie auf dem Schlachtfelde erworben hat, iſt es höchſt unerquicklich, ſeine Erzählung dieſer Miſſion in ihrer völligen Grundloſigkeit aufzuweiſen. Nicht leicht iſt mir eine Unterſuchung zu führen ſo peinlich geweſen, wie die vorſtehende. Aber die hiſtoriſche Wahrheit kennt kein Anſehen der Perſon. Vergeſſen wir über dem, was Kneſebeck für Preußen geleiſtet, ein Trugbild, welches die durch wache Erinnerung und Willenskraft nicht mehr beherrſchte Phantaſie eines faſt achzigjährigen Alters ihm vorgeſpiegelt hat. Das Verdienſt, das Kneſebeck durch Aneignung eines Kriegsplanes, der Alexander gehörte, der jedoch nur ſchwankende Umriſſe beſaß, den Alexander mit der Eröffnung des Feldzugs fallen ließ, bis er durch den Gang der Dinge zu demſelben zurückgenöthigt wurde, ſich beizulegen verſucht hat, wird durch die gewiſſenhafte und nachdrückliche Ausführung ſeines thatſächlichen Auftrages in Petersburg, durch das Gewicht, welches er im December 1812 und im Januar 1813 für den Entſchluß des Königs zum Kriege gegen Frankreich in die Wagſchale gelegt hat, wofür ihm Preußen und Deutſchland den größten Dank ſchulden, weit überboten.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

26938

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE
STAMPED BELOW

DEC 19 1914

MAY 9 1919

30m-6,'14

26938 DD405
Duncker, M. .8
Aus der zeit D7
Friedrichs des Grossen
und Fredrich Wilhelms
III.
MAY 5 1910
26938
DD405
D7
UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY